

Funktion und Leistung einer Forschungsbibliothek

Die Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung im Kontext der Historischen Bildungsforschung

Dissertation

eingereicht bei der Humanwissenschaftlichen Fakultät der Universität Potsdam

Berlin, 2006

vorgelegt von

Christian Ritzi

Gutachter:

Prof. Dr. Hanno Schmitt (Universität Potsdam)

Prof. Dr. Heinz-Elmar Tenorth (Humboldt-Universität zu Berlin)

Datum der mündlichen Prüfung:

14. Februar 2007

Inhaltsverzeichnis

I. Funktion und Leistung einer Forschungsbibliothek. Die Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung im Kontext der Historischen Bildungsforschung

1. Vorbemerkung: Thema und Zusammenhang der kumuliert vorgelegten Veröffentlichungen	4
2. Zu Begriff und Aufgaben einer ‚Forschungsbibliothek‘	9
3. Geschichte der Bestände der Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung	14
3.1. Lokale Lehrerbibliotheken und die Verberuflichung der Lehrer	14
3.2. Zentrale Lehrerbibliotheken	18
3.3. Stagnation zwischen 1933 und 1945	25
3.4. Pädagogische Zentralbibliothek der DDR	28
3.5. Die Umwandlung der Pädagogischen Zentralbibliothek in eine bildungshistorische Forschungsbibliothek	33
4. Dienstleistungen einer bildungshistorischen Forschungsbibliothek im Kontext einer digitalen Bibliothek	45
4.1. Bibliographie Bildungsgeschichte	47
4.2. Scripta Paedagogica Online	49
4.3. Pictura Paedagogica Online	54
4.4. Vox Paedagogica Online	56
5. Die Leistungen der BBF als ein Zentrum des disziplinären Diskurses	59
6. Schluss	64
7. Literatur	68

II. Beiträge

1: Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung übernimmt Hamburger GEW-Bibliothek	72
2: Comenianische Ideen verwirklichen ... Der Beitrag der Leipziger Comenius-Bücherei zur Professionalisierung der Volksschullehrer	82

3:	„Die nationalsozialistische Staatsführung hat sofort erkannt, welche Dienste ihr die Auskunftstelle für Schulwesen leisten konnte“. Zur Nützlichkeit einer pädagogischen Behörde in vier politischen Systemen.	98
4:	Vom Freikorps-Kämpfer zum Bibliotheksdirektor. Zur Biographie von Hanns Beckmann – Leiter der Deutschen Lehrerbücherei 1942-1944	162
5:	Zeitzeugengespräch zum Prozess der Integration der Pädagogischen Zentralbibliothek in das Deutsche Institut für Internationale Pädagogische Forschung in der Zeit von Anfang 1990 bis zum 31. 12. 1991	225
6:	Schulprogramme/Jahresberichte. Zur Geschichte einer wenig beachteten Publikationsform	256
7:	Computer in Bibliotheken. Verbesserung traditioneller Angebote und neue Dienstleistungen	269
8:	Erfahrungen im Umgang mit Allegro-C am Beispiel der Bibliographie Bildungsgeschichte	288
9:	Die Online-Bestelldienste der Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung	298
10:	Pädagogische Zeitschriften und Nachschlagewerke als elektronische Dokumente im Internet. Ein DFG-gefördertes Projekt der Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung (BBF)	308
11:	Scripta Paedagogica Online. Digitales Textarchiv zur deutschsprachigen Bildungsgeschichte	325
12:	Bilder als Quellen der bildungshistorischen Forschung. Pictura Paedagogica Online	356
13:	Vox Paedagogica Online (VPO)	375

III. Anhang

	Bibliographie der eigenen Veröffentlichungen	392
--	--	-----

I.

Funktion und Leistung einer Forschungsbibliothek. Die Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung im Kontext der Historischen Bildungsforschung

1. Vorbemerkung

Die dreizehn Beiträge, die im Anschluss an diese zusammenfassende Einleitung abgedruckt sind (II) und als kumulative Promotionsleistung vorgelegt und hier eingeordnet werden, wurden in den Jahren 1994-2006 in unterschiedlichen Zeitschriften und Sammelbänden publiziert. Sie entstanden aus je aktuellen Forschungs- und Arbeitszusammenhängen, die in diesen Jahren Schwerpunkte meiner Arbeit in der Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung (BBF) bildeten. Weitere Beiträge zum Thema, die ebenfalls durch konkrete Arbeitskontexte veranlasst waren, sind in der Bibliographie im Anhang (III) aufgeführt; auf einige verweise ich im Text durch Angabe der laufenden Nummer. Entsprechend ihrem Entstehungskontext sind einige Beiträge reflexiv und wissenschaftssystematisch, andere eher deskriptiv, etwa wenn die Beschreibung und Kontextualisierung von forschungsfördernden Dienstleistungen im Mittelpunkt steht.

Die vorliegende Einleitung hat die Funktion, eine systematische Klammer der thematisch zunächst disparat erscheinenden Beiträge zu liefern und den gemeinsamen Kontext zu verdeutlichen, aus dem sie entstanden sind. Dazu werden sie überblicksartig referiert, vor allem aber in einen systematischen Zusammenhang eingeordnet, der mit Begriff und Funktion einer Forschungsbibliothek gegeben ist. Forschungsbibliotheken bilden einen Bibliothekstypus, der in Deutschland erst seit vergleichsweise kurzer Zeit einen eigenen Stellenwert gewonnen hat. In einem Positionspapier der Deutschen Bibliothekskonferenz¹ wurde 1973 ein Strukturplan zur koordinierten Zusammenarbeit des bundesrepublikanischen Bibliothekswesens unter dem Titel ‚Bibliothekspan ’73‘ veröffentlicht. Darin sind

¹ Die Deutsche Bibliothekskonferenz bildete von 1969 bis 1990 ein gemeinsames Dach für bibliothekarische Vereine und Verbände; Nachfolger ist die 1989 gegründete Bundesvereinigung Deutscher Bibliotheksverbände.

Forschungsbibliotheken noch nicht dezidiert aufgeführt, erst in der Nachfolgepublikation, ‚Bibliotheksplan ’93‘, werden sie berücksichtigt. Forschungsbibliotheken werden in dieser Struktur-, Aufgaben- und Positionsbeschreibung definiert als „Einrichtungen, die außerhalb der Hochschulen Forschung fördern bzw. auf der Grundlage ihrer historisch gewachsenen Bestände eigene Forschungstätigkeit wahrnehmen, indem sie Editionen betreuen, Stipendien vergeben, wissenschaftliche Veranstaltungen durchführen und hierbei mit anderen Institutionen auch auf internationaler Ebene zusammenarbeiten.“ (Bibliotheksplan ’93, S. 40). Die mit dieser Aufgabenstellung verbundenen Anforderungen und Leistungen waren zwar in Ansätzen schon immer Teil des wissenschaftlichen Bibliothekswesens, aber erst im Zuge seiner Aus- und Binnendifferenzierung institutionalisierte sich für diese Aufgabe eine eigenständige Form.

Zu dieser verhältnismäßig kleinen Gruppe von Bibliotheken zählt auch die Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung (BBF), der ich seit 1993 angehöre, zunächst als stellvertretender Bibliotheksleiter und ab 1997 als Leiter. Sie ist eine unselbständige Einrichtung des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF), dem sie als Forschungsbibliothek seit 1992 angehört. Bis zu diesem Zeitpunkt fungierte sie zunächst als Lehrerbibliothek (als Deutsches Schulmuseum gegründet, 1908 in Deutsche Lehrerbücherei umbenannt), dann als überregional wirksame pädagogische Spezialbibliothek (Pädagogische Zentralbibliothek). Die ihr im Laufe der Jahre von ihren wechselnden Trägern zugewiesenen Aufgaben bestanden zunächst darin, durch ihre Dienstleistung die Aus- und Weiterbildung von Lehrern zu fördern. Es war eine Gebrauchsbibliothek², die, wie alle Gebrauchsbibliotheken, dadurch charakterisiert ist, dass sie spezifische Wissensbestände zu sammeln, in geeigneter Form zu erschließen und zur Benutzung zur Verfügung zu stellen hatte. Die Dienstleistungen von Gebrauchsbibliotheken orientieren sich an den Bedürfnissen ihrer aktuellen Benutzer, was sich vor allem in der Erwerbungspolitik bemerkbar macht. Das heißt, es werden im Prinzip nur jene Medien angeschafft und aufbewahrt, die von den gegenwärtigen Benutzern benötigt werden.

² Der Begriff Gebrauchsbibliotheken dient im Bibliothekswesen zur funktionalen Unterscheidung und Abgrenzung gegenüber Archivbibliotheken (vgl. Busse/Ernestus/Plassmann/Seefeldt 1999, S. 137, 321; Hacker 1992, S. 22).

Geschichtlich betrachtet war die Deutsche Lehrerbücherei³, zusammen mit anderen pädagogischen Gebrauchsbibliotheken, eine der institutionellen Grundlagen zur Beförderung der Kompetenz im Lehrerberuf. Als sie 1876 als Deutsches Schulumuseum begründet wurde, war die Verberuflichung der Lehrer seit Jahrzehnten im Gang. Hinfort begleitete sie diesen Prozess und bildete eine notwendige Voraussetzung zur Professionalisierung der Lehrertätigkeit.

Diese Funktion hat sich seit 1992 grundsätzlich geändert. An die Stelle der Berufs- oder Professionsangehörigen traten als neue Adressaten bibliothekarischer Dienstleistungen Forscher unterschiedlicher Provenienz, vor allem Angehörige jener Disziplinen, die sich mit Themen der historischen Bildungsforschung befassen. Dies leitete einen Funktionswandel ein, dessen Form und Umfang hier im Blick auf ihre Nutzer analysiert werden soll.

Die Begriffe Tätigkeit, Arbeit, Beruf und Profession sind berufssoziologische Fixpunkte, die mir geeignet scheinen, Aufgaben einer bildungsgeschichtlichen Forschungsbibliothek im Blick auf ihre Nutzer gegenüber ihren früheren Funktionen als Gebrauchsbibliothek herauszuarbeiten. Problematisch ist allerdings vor allem für den Professionsbegriff die Definition der Bestimmungsmerkmale, was dazu führt, dass es unter Historikern unterschiedliche Auffassungen darüber gibt, wann eine Tätigkeit, wie etwa die der Volksschullehrer, ihre Verberuflichung abgeschlossen hat und ab wann bzw. ob sie überhaupt als Profession anzusehen ist. So konstatiert Hans-Ulrich Wehler zwar nach 1871 einen beruflichen Aufstieg der Volksschullehrer, hält jedoch ihre Einordnung als Profession für irreführend. Vielmehr müsse man diese Phase als einen schleppenden Prozess der ‚Verberuflichung‘ charakterisieren (vgl. Wehler 1995, S. 1197). Demgegenüber betont Heidemarie Kemnitz in ihrer Untersuchung zu ‚Lehrerverein und Lehrerberuf im 19. Jahrhundert‘ die Vorteile des Analyserahmens der Professionalisierungsforschung, obgleich auch sie in ihrem Untersuchungszeitraum nur einen Prozess der ‚Verberuflichung‘ der Lehrer konstatiert (Kemnitz 1999, S. 14).

Um der Schwierigkeit zu entgehen, eine bestimmte, in konkreter geschichtlicher Ausprägung vorfindbare Tätigkeit einem jener alternativen Begriffe zuzuordnen, schlägt Heinz Hartmann (1968/72) vor, das Verhältnis zwischen den drei Begriff-

³ Ich verwende in der Folge diesen, 1908 gewählten Namen, der bis zur Integration in die Pädagogische Zentralbibliothek Bestand hatte.

fen Arbeit, Beruf und Profession als unterscheidbare Ebenen zur Charakterisierung von Tätigkeiten zu deuten und jede konkrete Tätigkeit nach zwei Dimensionen hin zu betrachten: ihrer funktionalen und ihrer sozialen. Die funktionale Dimension wird von ihm als Wissens-Dimension gekennzeichnet, die sich im Prozess der Entwicklung von der Arbeit über den Beruf zur Profession als Systematisierung der Wissensbestände verfolgen lässt (vgl. Hartmann 1968/72, S. 41). Die soziale Dimension untersucht den Verlauf der Tätigkeitsentwicklung im Dual von Individualisierung und Vergesellschaftung, also etwa den Zusammenschluss der eine Tätigkeit Ausübenden in Interessenverbänden. Das Spektrum reicht von der Selbstbezogenheit des einzelnen Tätigen über die Orientierung an der Berufsgruppe bis zu einer allgemeinen Kollektivitätsorientierung der Profession (vgl. ebd., S. 47).

In der Geschichte der BBF und in der Geschichte anderer Bibliotheken, die heute ganz oder zum Teil von der BBF übernommen wurden, können wichtige Stadien beider Dimensionen verdeutlicht werden. Da sie sich selbst zu jedem Zeitpunkt im Kontinuum dieser Entwicklung befindet, vermittelt diese Betrachtungsweise nicht nur Kriterien zur Analyse des zurückgelegten Weges, sondern hat Konsequenzen für die Aufgabenbestimmung einer bildungsgeschichtlichen Forschungsbibliothek und impliziert auch einen Anforderungswandel an die Kompetenz des bibliothekarischen Personals. Neben der Erfüllung ihrer Aufgaben als Forschungsbibliothek durch angemessene Dienstleistungen lassen sich gleichermaßen Defizite und Lücken identifizieren.

In einer Forschungsbibliothek ist der Wissensbestand in Form der gesammelten archivalischen und gedruckten Dokumente fundamental und seine systematische Erweiterung setzt die Kenntnis der Vorgeschichte voraus. Untersuchungen zum Wandel der Adressaten einer Gebrauchsbibliothek, also der veränderten sozialen Orientierung, hin zu einer mit Archivfunktion ausgestatteten Forschungsbibliothek, vermitteln deshalb detaillierte Bestandskenntnisse. Dadurch werden sowohl Einsichten über besonders dichte Bestandssegmente gewonnen als auch von systematischen Lücken, die wiederum für die systematische Ergänzung des Wissensbestandes einer bildungshistorischen Forschungsbibliothek notwendig sind.

Die Beiträge 1-6 (II) enthalten Untersuchungen zur Vorgeschichte der BBF und zur Geschichte von Bibliotheken, deren Bestände ganz oder teilweise in den Bestand der BBF aufgenommen wurden (Bibliothek der Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens, Bibliothek und Archiv der Auskunftsstelle für Schulwesen) oder die zu ihr über einen längeren Zeitraum in enger, die Erwerbungspolitik beeinflussender Verbindung standen (Comenius-Bücherei).

Die Feststellung der Differenz zwischen einer Gebrauchs- und einer mit Archivfunktion versehenen Forschungsbibliothek sowohl bezüglich des Wissensbestandes als auch der sozialen Orientierung schärft zum anderen das Bewusstsein zur Entwicklung spezifischer Dienstleistungen. Die Beiträge 7-13 (II) widmen sich einigen Projekten, die in der BBF im Verlauf der letzten acht Jahre entstanden sind. Es handelt sich jeweils um Momentaufnahmen konkreter Entwicklungsstadien. Da die vorgestellten Angebote durchweg die neuen Technologien nutzen, wurden, bedingt durch die rasanten Veränderungen auf diesem Gebiet, zwischenzeitlich mehrfach Modifikationen vorgenommen, so dass manche Beschreibungen veraltet sind. Auf Weiterentwicklungen wird in diesem einleitenden Beitrag jedoch nur dann hingewiesen, wenn sich konzeptionelle Änderungen oder Erweiterungen ergeben haben. Dagegen werden die zwischenzeitlich erfolgten Modifikationen der informationstechnischen Infrastruktur nicht behandelt.

Im Folgenden werde ich nach einer kurzen Begriffs- und Aufgabenbestimmung einer Forschungsbibliothek (2) im zweiten Teil der Einleitung auf die geschichtlichen Beiträge (II, 1-6) unter Verwendung der beiden von Hartmann diskutierten Dimensionen eingehen (3). Der dritte Abschnitt widmet sich Aufsätzen (II, 7-13) jener Projekte, die sich nach und nach zu einem umfassenden Konzept einer ‚digitalen Bibliothek‘ entwickelt haben (4). Schließlich muss zur Abrundung der Aufgabenbeschreibung einer bildungsgeschichtlichen Forschungsbibliothek ihre Funktion als Zentrum der fachlichen Kommunikation berücksichtigt werden. Sie muss, darauf werde ich eingehen, als Forschungsbibliothek zugleich Forschungsstätte sein (5).

2. Zu Begriff und Aufgaben einer ‚Forschungsbibliothek‘

In den 1980er Jahren entstand eine wissenschaftspolitische Debatte, die im internationalen Vergleich grundlegende Defizite geisteswissenschaftlicher Forschung in der damaligen Bundesrepublik Deutschland feststellte und als eine der dafür verantwortlichen Ursachen die unzureichende Bibliotheksversorgung diagnostizierte. Auf die wohl größte Resonanz in diesem Kontext stieß ein 1983 veröffentlichtes Buch des Münsteraner Anglisten Bernhard Fabian, das nicht nur im Bibliothekswesen für Aufsehen sorgte. Die Arbeitsbedingungen für Geisteswissenschaftler, so seine Klage, seien schlecht, insbesondere die Literaturversorgung genüge nicht den Anforderungen für qualitativ hochwertige Forschungsleistungen der geisteswissenschaftlichen Disziplinen (Fabian 1983, S. 14 f.). Zu den Geisteswissenschaften zählt er zunächst die klassischen Disziplinen wie Philosophie, die Philologien und die Geschichte, in denen der Text primärer, wenn auch nicht alleiniger Arbeitsgegenstand ist. Arbeitsbereiche in sozialwissenschaftlichen Disziplinen, die sich - wie die historische Bildungsforschung auch – in ihrer Praxis lange Zeit vorrangig auf Textquellen als Forschungsgegenstand bezogen, werden von ihm ebenfalls den Geisteswissenschaften zugeordnet (vgl. ebd., S. 26). Geisteswissenschaftler, so führt er aus, benötigten analog etwa zum Labor der Naturwissenschaftler eine Forschungsstätte, die nicht nur die aktuelle Sekundärliteratur ihres Arbeitsgegenstandes, sondern einen möglichst vollständigen Bestand an gedruckten Quellen bereit hält (vgl. ebd., S. 32). Je dichter ihr historischer Bestand umso bessere Voraussetzungen böte sie für die geisteswissenschaftliche Arbeit (vgl. ebd., S. 27). Wünschenswert wäre ein Nationalarchiv, das alle gedruckten Texte verwahrt, die jemals auf deutschem Boden publiziert wurden (vgl. ebd., S. 101 f., Garber 2006, S. 23).

Die Aufgabe zur Aufbewahrung einer größtmöglichen Sammlung von gedruckten Quellen sowie deren retrospektive Ergänzung leisten in anderen Ländern Nationalbibliotheken, wie die 1792 gegründete Bibliothèque Nationale in Paris oder die Library of Congress in Washington, die 1800 errichtet wurde. In Deutschland dagegen gab es zwar in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts Bemühungen, der Königlichen, später Preußischen Staatsbibliothek, bezüglich der Erwerbungs-

gabe eine vergleichbare Funktion einer Nationalbibliothek zuzuweisen, die sich jedoch nur zum Teil durchsetzen konnten (vgl. Garber 2006, S. 24). Denn 1912 wurde in Leipzig die Deutsche Bücherei begründet, die sich ebenfalls als Nationalbibliothek verstand, wenn sich auch deren Sammelauftrag nur auf die Gesamtheit der in Deutschland publizierten Neuerscheinungen bezog, also auf die systematische Erwerbung und Sammlung der vor dem Gründungsdatum erschienenen gedruckten Quellen verzichtete. Gleichwohl entstanden Interessenskonflikte, die die Entfaltung der Berliner Staatsbibliothek eher behindert haben (vgl. Garber 2006).

Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte die Berliner Staatsbibliothek zum einen erhebliche Bestandsverluste durch die Kriegseinwirkungen zu beklagen, zum anderen war der Bestand durch die zur Sicherung vor Bombenabwürfen motivierten Auslagerungsmaßnahmen auf mehrere Standorte verstreut und konnten vor allem aufgrund der politischen Teilung Deutschlands nicht wieder zusammengeführt werden (vgl. Garber 2006, S. 23 f.). Da auch die Leipziger Deutsche Bücherei im beginnenden Kalten Krieg ihre Funktion eines Nationalarchivs der seit 1913 in Deutschland erschienen Literatur einbüßte, konzentrierten sich die Westzonen auf eine Neugründung. 1947 wurde in Frankfurt am Main die Deutsche Bibliothek gegründet, die, wie vormals die Deutsche Bücherei, alle deutschen und deutschsprachigen Neuerscheinungen zu erwerben und dauerhaft zu archivieren hatte. Nach der 1990 erfolgten institutionellen Vereinigung der beiden Einrichtungen Deutsche Bücherei und Deutsche Bibliothek sowie ihrer Umbenennung in Deutsche Nationalbibliothek im April 2006, verfügt die Bundesrepublik über ein Archiv der Literatur seit 1913, jedoch nicht über ein historisches Nationalarchiv gedruckter Texte der vorangehenden Zeit.

Fabians Philippika hat zwar keine Gründung des von ihm geforderten historischen Nationalarchivs gedruckter Texte in diesem umfassenden Sinne veranlasst, aber die Situation hat sich seit den 1980er Jahren doch verbessert und Fabians Verdienst ist es, einige dieser Entwicklungen angestoßen zu haben. Historisch bedingt durch das zersplitterte Staatenwesen deutscher Länder verfügt die Bundesrepublik heute über eine Mehrzahl an wissenschaftlichen Bibliotheken mit bedeutenden Altbeständen. 1989 schlossen sich sechs davon zur Arbeitsgemeinschaft Samm-

lung Deutscher Drucke zusammen mit dem Ziel, gemeinsam die trotz des Literaturreichtums in den jeweiligen Magazinen fortbestehenden beträchtlichen Lücken zu schließen. Jeder der Bibliotheken wurde ein Zeitsegment zugeordnet, das im Bestand bereits besonders dicht vertreten war, und jede wurde mit nicht unerheblichen Mitteln ausgestattet, Bestandslücken in ihrem Zeitsegment zu schließen. Die Bayerische Staatsbibliothek München ist für Druckwerke der Erscheinungsjahre 1450 bis 1600, die Herzog August Bibliothek Wolfenbüttel für 1601 bis 1700, die Niedersächsische Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen für 1701 bis 1800, die Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main für 1801 bis 1870, die Staatsbibliothek zu Berlin - Preußischer Kulturbesitz für 1871 bis 1912 sowie die Deutsche Nationalbibliothek Leipzig, Frankfurt am Main, Berlin für die Jahre ab 1913 zuständig und zwar universal, also über alle Fachrichtungen hinweg.

Für diese Bibliotheken verwandte Fabian den Begriff Forschungsbibliothek. Dieses Konzept betonte vor allem die Sammelfunktion eines Nationalarchivs gedruckter Literatur, das von der DFG mit dem 1997 gestarteten Projekt einer „Verteilten digitalen Forschungsbibliothek“ konsequent fortgesetzt wurde. Mit Hilfe der technischen Möglichkeiten im Zusammenhang mit dem Internet, soll eine permanent zunehmende Zahl von gedruckten Texten digitalisiert und über Bibliotheksverbünde oder Fachportale unabhängig von Ort und Zeit über das Internet bereit gestellt und benutzt werden können.

Andere Definitionen setzen dagegen andere Akzente und ergänzen das auf den Sammlungsaspekt konzentrierte Aufgabenspektrum von Forschungsbibliotheken um weitere Merkmale wie etwa die Unterstützung des disziplinären Diskurses, die dann nur noch wenige Bibliotheken erfüllen, von denen an erster Stelle die Herzog August Bibliothek (HAB) in Wolfenbüttel zu nennen ist. Sie führte in Deutschland erstmals den Begriff Forschungsbibliothek als Bestandteil ihres Namens ein. Im Jahrbuch der deutschen Bibliotheken des Jahres 1975 findet sich ergänzend zu ihrem Namen der Zusatz „*Forschungsbibliothek* zur Kultur- und Geistesgeschichte der frühen Neuzeit“. 1983, also wenige Jahre später, wird diese Namensergänzung in bedeutsamer Weise verändert. Nun bezeichnet sich die Wolfenbütteler Bibliothek als „*Forschungsstätte* zur Kultur- und Geistesgeschichte der

frühen Neuzeit“. Mit dieser Namensänderung war eine Erweiterung des Aufgabenprofils verbunden, wodurch die Beschränkung auf die traditionellen bibliothekarischen Arbeitsgebiete Erwerbung, Erschließung und Benutzung aufgehoben wurde. Die Herzog August Bibliothek wollte sich zum einen selbst zur Forschungsinstitution profilieren, zum anderen den Standort zu einem Kommunikationszentrum für Forschende im thematischen Umfeld entwickeln. Nur zwei Jahre hatte dieser Zusatz Bestand, bis erneut eine wichtige Ergänzung vorgenommen wurde, die jedoch nur konsequent war in bezug auf die Schärfung der Begriffsbestimmung von Forschungsbibliotheken: „Internationale Forschungsstätte zur Kultur- und Geistesgeschichte der frühen Neuzeit“. Damit wurde nicht nur das schon bestehende Merkmal der Interdisziplinarität bestätigt, sondern der Adressatenkreis ausdrücklich erweitert – zwei Kennzeichen, die seitdem für Forschungsbibliotheken bestimmend sind.

In einem Handbuch zum Bibliothekswesen in der Bundesrepublik Deutschland wird angemerkt, dass die mehrfache Änderung des Zusatzes auf „eine gewisse Unsicherheit“ der Namensgeber verweise, „wie denn nun die Aufgabe gerade dieser Bibliothek am treffendsten zu formulieren sei“ (Busse S. 131). Dieser Einschätzung ist dann zuzustimmen, wenn man diesen Zeitraum als Experimentierstadium versteht, in dem die HAB tastend ihr Konzept anreicherte und einen in Deutschland neuen Bibliothekstypus erfand, ausbaute und schließlich etablierte.

In der überschaubaren Literatur zur Institution Forschungsbibliothek⁴ wird vor allem auf das in Wolfenbüttel entwickelte Modell zurückgegriffen. In der Folge übernahmen einige wenige Bibliotheken, die die entsprechenden Voraussetzungen erfüllten, den Begriff Forschungsbibliothek entweder als Bestandteil ihres Namens oder in der Beschreibung ihrer Ziele und Aufgaben. Im Unterschied zu den Bibliotheken der Arbeitsgemeinschaft Sammlung Deutscher Drucke sammeln sie jedoch nicht universal, sondern konzentrieren sich thematisch. Dabei beschränken sie sich allerdings nicht auf ein Profil einer fest begrenzten Disziplin, sondern sind relativ offen strukturiert und interdisziplinär bestimmt. Vor allem verstehen sie sich nicht nur als Einrichtungen mit traditionell bibliothekarischen Aufgaben wie

⁴ Hervorzuheben sind: Knoche (1993), Weber (1997), Busse (1999).

Sammlung, Erschließung und Benutzung, sondern als Forschungsstätten im Wolfenbütteler Verständnis.

Auch diese Forschungsbibliotheken sind durchgängig keine Neugründungen, sondern basieren auf alten Sammlungen, die als Spezialbibliotheken eine lange Vergangenheit aufweisen. Für die historische Bildungsforschung von zentraler Bedeutung sind dabei die Herzogin Anna Amalia Bibliothek in Weimar mit dem Sammelschwerpunkt Literatur zur Kultur- und Literaturgeschichte unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Klassik und Aufklärung bis zur Spätromantik, die Bibliothek der Franckeschen Stiftungen zu Halle, deren Altbestand sich auf theologische Werke, speziell zu Pietismus und Frühaufklärung konzentriert, sowie die Berliner Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung (BBF) des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung.

Forschungsbibliotheken sind zusammenfassend ein Bibliothekstyp, der sich an einen bestimmten Adressatenkreis richtet, nämlich an Geisteswissenschaftler. Sie zeichnen sich durch einen bedeutenden Bestand an gedruckten und ungedruckten Quellen aus, der das Fundament bildet, auf das archivarische, bibliothekarische und dokumentarische Dienstleistungen sowie historiographische Forschung aufbauen. Im Zusammenhang ihrer Erwerbungs politik ergänzen sie ihren Bestand um neue Forschungsliteratur und bisher fehlende alte Quellentexte entsprechend ihres Sammelauftrags und bieten spezifische Dienstleistungen sowie Arbeitsmöglichkeiten für alle Wissenschaftler an, die über Themen der jeweiligen Schwerpunkte forschen. Schließlich sind sie Kommunikationszentren, die durch unterschiedliche Formen den disziplinären Diskurs befördern.

3. Geschichte der Bestände der Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung

Insbesondere die Aufgabe zur Vervollständigung gedruckter Quellen einer Forschungsbibliothek erfordert genaue Kenntnis über den Bestand sowie seiner Genese. In einer über viele Jahre gewachsenen Sammlung wie die der Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung lassen sich sowohl Themenbereiche identifizieren, die besonders dicht besetzt sind, wie solche, die Lücken aufweisen. Die hier verfolgte Bestandsanalyse erfolgt über die Untersuchung der wechselnden Aufgaben, die jene Bibliotheken für den jeweiligen Adressatenkreis ausübten, deren Bestand sich heute in der BBF befindet.

3.1. Lokale Lehrerbibliotheken und die Verberuflichung der Lehrer

Die wichtigste Sammlung der BBF mit dem umfangreichsten Bestand an bildungshistorischen Quellen beruht auf dem 1876 vom Bezirksverband Berlin des Deutschen Lehrervereins gegründeten Deutschen Schulmuseum. Die Gründung fällt in eine Zeit, in der die Lehrerbewegung intensiv über Notwendigkeit und Konzeption einer reichsweit wirksamen Einrichtung diskutierte. Angesichts der sich zwar reduzierenden, aber immer noch ausgeprägten Vielfalt der Bildungseinrichtungen im neugegründeten Kaiserreich, des seit den späten 1850er Jahren, vor allem aber im Zuge der Falkschen Reformen starken Anwachsens der Produktion von neuen Unterrichtsmitteln und der zunehmenden erziehungswissenschaftlichen sowie die Schulpraxis betreffenden Literatur, schien eine zentrale Sammelstelle notwendig. Da jedoch weder Preußen als stärkster Bundesstaat noch das Reich die Einrichtung einer solchen Zentralstelle zunächst in Angriff nahmen, ging die Initiative aus der Lehrervereinsbewegung hervor.

Die Initiatoren des Deutschen Schulmuseums hielten eine permanente Lehrmittel-Ausstellung für geeignet, den Lehrern „der Volksschule (incl. Mittelschule im Sinne der Allgem. Bestimmungen vom 15. October 1872) mit ihren Ergänzungen und Nothanstalten (Kindergarten, Fortbildungsschule, Taubstummen-, Blinden-, Schwachsinnigen-, Idioten-, Rettungs-Anstalten), Präparandenanstalt und dem

Seminar“ einen konzentrierten Überblick über die verfügbaren „Hilfsmittel“ (Die Lehrmittel-Ausstellung des Deutschen Lehrer-Vereins. In. Beilage zur Berliner Pädagogischen Zeitung 3 [1874], Nr. 7) zu geben. Die vorbereitende Debatte spiegelt sich seit 1873 über mehrere Jahrgänge in der Berliner Pädagogischen Zeitung, konzentrierte sich in der Folge auf die Idee, eine geplante Lehrmittel-Ausstellung permanent weiterzuführen (vgl. u.a. Berliner Pädagogische Zeitung 2 (1873), Nr. 37; 3 (1874), Nr. 5, Nr. 7, Nr. 9, Nr. 16, Nr. 27, Nr. 33), deren Exponate schließlich den Grundstock für das Deutsche Schulmuseum bildeten.

Das Deutsche Schulmuseum richtete sich demnach an alle Volksschullehrer im Deutschen Reich, sofern sie Mitglieder des Deutschen Lehrervereins waren. Die soziale Dimension hatte sich insofern gegenüber den bereits existierenden, lokalen Lehrerbibliotheken deutlich erweitert. Es richtete sich an einen ausgeformten Berufsstand, der über eine seminaristische Berufsausbildung verfügte. Der Bibliotheksbestand, der bald den Schwerpunkt des Deutschen Schulmuseums ausmachen sollte, setzte als Adressaten ausgebildete Lehrer voraus, die die gesammelten Bücher und Zeitschriften zur Fort- und Weiterbildung sowie als Grundlage für eigene Forschungsarbeiten nutzten.

Anders waren die Motivationen zu Beginn des 19. Jahrhunderts gelagert. Bereits um 1800 wurde auf die Notwendigkeit von Literatur für die systematische pädagogische (Aus-)Bildung der Lehrer hingewiesen. So etwa von Bernhard Christoph Ludwig Natorp, der in seiner „Kleinen Schulbibliothek“ darauf hinwies, dass Lehrern ein großer Gewinn entginge, wenn ihnen die zu ihrer ‚Wissenschaft und Kunst‘ zugehörige Literatur unbekannt bliebe (Natorp 1809, S. [7]). Zu diesem frühen Zeitpunkt des Verberuflichungsprozesses ging es vor allem darum, durch die Bereitstellung von pädagogischer Literatur eine Angleichung des pädagogischen Wissens unter den Angehörigen des sich formierenden Berufsstandes zu erreichen (vgl. Kemnitz 1999, S. 207). In dieser Phase waren es vor allem regional wirksame Einrichtungen zur Verbesserung der lokalen Schulpraxis. Die Bedarfsfeststellung erfolgte im Rahmen der sich herausbildenden Lehrervereine, die gestützt auf die Mitgliedsbeiträge die Einrichtung einer Bibliothek und deren dauerhafte Finanzierung realisieren konnten. Die Vergesellschaftung der Berufsgruppe der Volksschullehrer im Sinne der Vereinsbildung war deshalb eine zentrale Vor-

aussetzung für die Erkenntnis, dass die Schulpraxis im Sinne einer Vereinheitlichung und Systematisierung verbessert werden musste. Zugleich bildete sie die organisatorische Voraussetzung, diese Effizienzsteigerung u.a. durch in eigenen Bibliotheken zur Verfügung gestelltes pädagogisches Wissen zu erreichen.

Ein frühes Beispiel für diesen Prozess der Verberuflichung der Lehrertätigkeit und der Funktion der Lehrerbildung bildet die 1805 von Johann Carl Curio in Hamburg gegründete „Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens“ (vgl. II, Beitrag 1)⁵. Neben den Bemühungen um die Verbesserung der materiellen Versorgung der Lehrer (Einkommen, Pension, Witwenversorgung) sollte ein zweiter Schwerpunkt auf die Fortbildung der Mitglieder gelegt werden. Dazu wurde neben einem Lesezirkel auch eine Lehrerbibliothek gegründet, im Folgenden verkürzt als Bibliothek der Gesellschaft bezeichnet. Die Literaturoauswahl sollte nicht an den subjektiven Bedürfnissen eines Einzelnen ausgerichtet werden, wie dies in einer Privat- oder Gelehrtenbibliothek der Fall ist, sondern an den Notwendigkeiten des Berufs, wie er sich den Bibliotheksbesitzern, also den im Lehrerverein zusammengeschlossenen Mitgliedern, darstellte.

Beide Einrichtungen, Lesezirkel und Lehrerbibliothek, hatten auch hierin eine Funktion, ihre Mitglieder vor ungeeigneter pädagogischer Literatur zu ‚schützen‘, also eine Abgrenzung zwischen guter und schlechter pädagogischer Literatur vorzunehmen. Die sich im fachlichen Diskurs herausbildenden Kriterien zur Beurteilung pädagogischer Literatur, sollten einen Beitrag zur Verbesserung der pädagogischen Praxis leisten. Die Notwendigkeit einer derartigen Selektion war etwa für Johann Christoph Friedrich GutsMuth eine wichtige Motivation für die Herausgabe seiner Zeitschrift „Bibliothek der pädagogischen Literatur“. Im Vorwort zum ersten Heft schrieb er angesichts der den Überblick eines einzelnen Lehrers überfordernden Menge an Neuerscheinungen: „man greife in diese Büchermasse, die einem Glückstopfe ähnelt: und man wird nach zehn tauben Nüssen vielleicht eine herausziehn, die einen Kern hat.“ (Bibliothek der pädagogischen Literatur 1 (1800), H. 1, S. 2).

⁵ Nach der Übergabe der Hamburger GEW-Bibliothek, vormals Bibliothek der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens habe ich einen kleinen Beitrag zur Geschichte der Einrichtung geschrieben. Da die Archivalien im Hamburger Staatsarchiv aufgrund von Zeitproblemen nicht eingesehen werden konnten, handelt es sich lediglich um eine Vorstufe für eine größere Arbeit.

In diesem Sinne ausgewählte Bücher wurden mit pädagogischem Wissen identifiziert. Der Besitz des in jenen Büchern systematisierten Wissens hatte eine Funktion zur Inklusion erwartungskomplementären beruflichen Handelns. Zugleich war damit die Erwartung verbunden, vor allem pädagogische Laien zu exkludieren (vgl. Luhmann 1997, S. 618 ff.). Die Autoren waren überwiegend selbst qualifizierte Lehrer, die in der Folge zunehmend die Realität des Berufs bestimmten und „einen Stand von Fachleuten für elementare Volksbildung und wissenschaftspropädeutische Ausbildung“ (Tenorth 1987, S. 257) konstituierten. Damit grenzten sie sich zugleich gegen „eine dilettantisch ausgeübte Erziehungstätigkeit ab“ (ebd., S. 250).

Das Modell des Lesezirkels erwies sich in diesem Funktionszusammenhang auf Dauer jedoch als ungeeignet. Es setzte einen kleinen Personenkreis mit disziplinierten Lesern voraus, was sich angesichts des Mitgliederwachstums als immer problematischer erwies. So wurde der Lesezirkel der Gesellschaft 1903 mit der Begründung aufgelöst, er sei nicht mehr zeitgemäß und würde von den Mitgliedern als überflüssig angesehen (vgl. Stoll 1905, S. 251).

Die Bibliothek der Gesellschaft dagegen erfüllte die in sie gesetzten Erwartungen. Im Verlauf des 19. Jahrhunderts wurden eine Reihe weiterer lokal wirksamer Lehrerbibliotheken gegründet, deren Entwicklungsverlauf zwar nicht bruchlos und störungsfrei verlief, aber sie blieben ein erfolgreiches Modell für die Darbietung pädagogischen Wissens mit dem Ziel zur Fort- und Weiterbildung der Lehrer und damit zur Effizienzsteigerung schulpädagogischen Handelns. Die Hamburger Bibliothek wurde, nachdem sie 1842 im Zuge des Stadtbrandes vernichtet wurde, sofort wieder aufgebaut und wies bereits drei Jahre später 1100 Bände nach.

Der für die damalige Zeit beachtliche Zuwachs resultiert nicht zuletzt aus Schenkungen, vor allem von Mitgliedern - eine auch für alle anderen Lehrerbibliotheken unverzichtbare Erwerbungsquelle. Es handelte sich dabei um größere oder kleinere Buchbestände einzelner ‚Gelehrter‘, zu denen auch gelehrte Praktiker zu zählen sind. In diesen sogenannten Gelehrtenbibliotheken einzelner herausragender Schulmänner erkenne ich systematisch gesehen die Vorstufe zu Lehrerbüchereien, sozusagen ihre vorberuflichen Vorgänger. Ihr Wissensbestand wies eine grundsätzliche Differenz zu Lehrerbibliotheken auf, denn er bezog sich nur auf

die Arbeitsfelder und Interessenschwerpunkte des jeweiligen Besitzers. Gelehrtenbibliotheken waren keine öffentlichen Bibliotheken, sondern standen im Prinzip nur dem Eigentümer zur Verfügung. Obgleich solche Gelehrtenbibliotheken bis heute entstehen und zum Teil beachtliche Ausmaße annehmen, entsprechen sie hinsichtlich des Wissensbestandes und der sozialen Orientierung dem vereinzelt Tätigen.

Eine qualitativ neue Stufe bilden dagegen die zahlreichen im 19. Jahrhundert begründeten Lehrerbibliotheken. Zwar weisen sie eine beträchtliche Variationsbreite sowohl im Bestandsumfang als auch hinsichtlich der Öffentlichkeit auf – von der Bibliothek eines örtlichen Lehrervereins bis zu den zentralen Lehrerbibliotheken –, dies sind aber nur graduelle Unterschiede. Denn während der Gebrauchswert einer Gelehrtenbibliothek an die Befriedigung der subjektiven Interessenschwerpunkte des Besitzers geknüpft ist, muss in einer Lehrerbibliothek der Wissensbedarf des Berufsstandes vertreten sein. Je mehr sich der für die Erwerbung zuständige Bibliothekar einer Lehrerbibliothek bei seiner Literaturliteraturauswahl von eigenen Interessen leiten lässt – was sich in der Praxis jedoch kaum ganz vermeiden lässt – umso eingeschränkter ist der Wert der Sammlung für ihre Benutzer. Sicherlich gab es Gelehrtenbibliotheken, die umfangreicher waren als manche kleine Lehrervereinsbibliothek. Systematisch gesehen sind sie jedoch nicht in dem Kontinuum zwischen Verberuflichung und Professionalisierung anzusiedeln, sondern gehören zur außerberuflichen Phase der Tätigkeit. Insofern ist es einsichtig, dass sich insbesondere Buchbestände von Lehrerbildnern, die im Rahmen etwa von pädagogischen Seminaren die Verberuflichung und Professionalisierung beförderten, später in Lehrerbibliotheken wieder finden. Der Bestand der BBF enthält, um nur ein Beispiel zu nennen, zahlreiche Bücher mit dem Besitzstempel des Begründers des Jenaer Universitätsseminars Karl Volkmar Stoy.

3.2. Zentrale Lehrerbibliotheken

Die Reichsgründung 1871 bot einen äußeren Anlass für eine neue Etappe in der Verberuflichung der Volksschullehrer. Im gleichen Jahr wurde der Deutsche Leh-

rerverein gegründet sowie auf Beschluss des Leipziger Lehrer-Vereins die Gründung der Comenius-Bücherei vorbereitet, die zunächst den Namen Pädagogische Centralbibliothek (Comenius-Stiftung) erhielt (vgl. II, Beitrag 2).

In Leipzig war zu diesem Zeitpunkt eine neue, selbstbewusste und liberal eingestellte Generation von Volksschullehrern herangewachsen, denen Ende der 1860er Jahre nach jahrelangen, zum Teil heftigen Kämpfen im Leipziger Lehrerverein die Verdrängung der bis dahin vorherrschenden Gruppe konservativer Lehrer gelang. Julius Beeger (1829-1898), ein ehrgeiziger und aufstiegsbestrebter Lehrer jener liberalen Generation, war zwei Amtsperioden lang (1874-1875, 1875-1876) Vorsitzender des Leipziger Lehrervereins, zweiter Präsident des Sächsischen Lehrervereins und maßgeblich an der Gründung des Deutschen Lehrervereins beteiligt. Als er 1871 die Gründung der Comenius-Bücherei vorschlug, waren die Auseinandersetzungen zugunsten der jüngeren Lehrer beendet. Sein Antrag hatte dementsprechend Gewicht und wurde angenommen.

Neben der Persönlichkeit Beegers, dessen Durchsetzungsfähigkeit gefürchtet war, da sie sich mit leidenschaftlicher Heftigkeit gegenüber Widersprüchen verband, gab es gewichtige Gründe, die für ein solch kostenträchtiges und langen Atem erforderndes Unterfangen wie eine Bibliotheksgründung sprachen. Parallel zur fortschreitenden Vergesellschaftung der Lehrerschaft im Sinne einer Ausdehnung des Wirkungskreises der Lehrervereine hatte auch der Grad der Systematisierung pädagogischen Wissens eine neue Stufe erreicht, die im Bereich der pädagogischen Bibliotheken eine Arbeitsteilung erforderlich machte. Vor allem lokal wirksame pädagogische Bibliotheken sollten weiterhin einen Beitrag zur Lehrerfort- und Weiterbildung im Sinne einer Effizienzverbesserung beruflichen Handelns bieten. Durch die zentralen Lehrerbibliotheken konnte dagegen den Lehrern durch Forschung generierte neue systematische Wissensbestände bereitgestellt und damit ein Beitrag zur Verwissenschaftlichung geleistet werden (vgl. Hartmann 1968/72, S. 41). Diese Konzeption hatte Konsequenzen in der Erwerbungspolitik. Im ersten Statut der Comenius-Bücherei wurde als Ziel die vollständige Sammlung von Literatur zur Förderung der pädagogischen Wissenschaft formuliert. Ein Beleg für die Umsetzung dieser Intention bildet der gedruckte Bibliothekskatalog, der im ‚Korrespondenzblatt der Comenius-Stiftung‘ publiziert wurde. Er-

schlossen wurden alle neuerworbenen Bücher auf der Grundlage einer 56 Hauptgruppen umfassenden Bibliothekssystematik. Tatsächlich wurden jedoch nur die Titel der ersten 26 Hauptgruppen veröffentlicht, die u.a. Nachschlagewerke, Literatur zur Allgemeinen Pädagogik, Systematischen Pädagogik und Geschichte der Pädagogik enthielten, auf den Ausdruck der späteren Gruppen mit fachdidaktischen Werken, die vor allem Hilfen für die Unterrichtspraxis der Lehrer betrafen, wurde dagegen verzichtet.

Auch der ursprüngliche Namenszusatz der Leipziger Bibliothek, ‚Comenius-Stiftung‘, unterstreicht ihre Zielsetzung, denn der Universalgelehrte Comenius galt als Fürsprecher einer Verselbständigung der Volksschule unter pädagogischen Prämissen. Zugleich sollte die Namensgebung als Hinweis verstanden werden, dass sich die Pädagogik intensiver mit ihrer Geschichte befassen sollte, um Anerkennung im Kanon der Wissenschaftsdisziplinen zu finden. „Solange die Lehrer ihr pädagogisches Wissen nur aus Kompendien schöpfen, solange sie nicht zu den Quellschriften greifen, solange man nicht die Geschichte der Pädagogik auf Grundlage der Lektüre der Hauptwerke betreibt, solange wird man auf gewissen Seiten berechtigt sein, der Bildung der Lehrer einen fachwissenschaftlichen Charakter abzusprechen.“ (Zit. nach Bericht über das 25-jährige Bestehen der Pädagogischen Zentralbibliothek [Comenius-Stiftung] in Leipzig. 1897, S. 13). Mit dieser Einschätzung zitiert ein Bibliothekar der Comenius-Bücherei ihren Gründer anlässlich des 25jährigen Bestehens der Bibliothek. Er fährt fort, dass dieses Anliegen in der Folge „Sinn und Geist“ der Bibliothek beseelt habe (ebd., S. 14).

Ähnliche Gründe motivierten auch die Errichtung der Deutschen Lehrerbücherei und führten etwas später zur Modifikation des Sammlungsauftrags der Bibliothek der Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens. In einem programmatischen Beitrag eines Mitglieds des Bibliotheksausschusses der Gesellschaft wird 1902 betont, dass vorrangig solche Werke anzuschaffen seien, die die Pädagogik als System behandelten. In allen drei Bibliotheken wird also vorrangig nicht Unterstützung bei der Verbesserung des beruflichen Handelns einzelner Lehrer bezweckt, sondern die Systematisierung des Wissens zur pädagogischen Theorie. Der Anspruch, der mit den Bibliotheken verbunden ist, geht

demnach dahin, einen Beitrag zur ‚Verwissenschaftlichung‘ als einem Kennzeichen der Professionalisierung zu leisten (vgl. Hartmann 1968/72, S. 41).

Dieser Anspruch erforderte, dass nicht nur alle pädagogischen Neuerscheinungen, soweit sie sich auf das Schul- und Erziehungswesen beziehen, zu erwerben waren, sondern auch das ausländische pädagogische Schrifttum, worauf Julius Beeger ausdrücklich hinwies. Weiterhin sollten gedruckte Quellen in möglichst großer Zahl zur Verfügung stehen. Der damit verbundene Kostenaufwand überstieg jedoch die Möglichkeiten einer Bibliothek, die bis auf geringe öffentliche Zuschüsse von den Mitgliedsbeiträgen der Lehrer finanziert werden musste. Gleichwohl wuchs die Leipziger Bibliothek zur größten pädagogischen Spezialbibliothek in Europa an (vgl. Geißler 2003, S. 143), gefolgt von der Deutschen Lehrerbücherei.

Die Bestrebung, einen Beitrag zur Professionalisierung der Lehrer durch den bereit gestellten Wissensbestand zu leisten, wurde in der Berliner und Leipziger Lehrerbibliothek ergänzt durch eine Ausdehnung der sozialen Orientierung. Im Gegensatz zur Bibliothek der Gesellschaft, die bis 1933 vorwiegend Volksschullehrern aus Hamburg und Umgebung zur Verfügung stand, hatten die Berliner und Leipziger Lehrerbibliotheken einen reichsweiten Bezug, der sich im Fall der Comenius-Bücherei bis nach Österreich erweiterte. Beide Einrichtungen wurden damit als zentrale Lehrerbibliotheken sowohl in ihrer inhaltlichen Sammelaufgabe als auch in ihrer sozialen Orientierung konzipiert.

Die Notwendigkeit ihrer Einrichtung und Unterhaltung durch die Lehrervereinsbewegung wurde weiterhin damit begründet, dass Universitätsbibliotheken oder andere staatlich unterhaltene wissenschaftliche Bibliotheken, so die in Lehrerkreisen immer wieder geführte Klage, pädagogische Literatur nur in unzureichender Weise sammelten⁶. Deshalb mussten im Selbstverständnis der Gründer zumindest die Initiativen durch die Lehrervereine erfolgen. Angesichts des hohen Kostenaufwandes, den eine Bibliothek auf Dauer erfordert, wurden die Gründungen je-

⁶ Vgl. Studt 1902, [S. 1]. Diese Behauptung beruhte seinerzeit vor allem auf den Erfahrungen der Lehrer als Benutzer der staatlichen Bibliotheken, kann aber heute leicht nachgewiesen werden, so etwa im Bereich pädagogischer Zeitschriften. Alle Zeitschriften der BBF sind wie die aller anderen großen Bibliotheken in Deutschland in der Zeitschriftendatenbank nachgewiesen. Dadurch ist schnell erkennbar, dass es in keiner anderen Bibliothek in Deutschland einen auch nur annähernd so dichten Bestand an vor 1945 erschienen, deutschsprachigen pädagogischen Zeitschriften gibt.

doch immer mit der Hoffnung verbunden, dass zunächst staatliche Zuschüsse eingeworben werden können und später die Finanzierung ausschließlich von staatlicher Seite geschieht, indem sie in die öffentliche Hand überführt werden. Diese Perspektive, 1892 von Julius Beeger formuliert, erfüllte sich jedoch zunächst nicht.

Der Berliner Lehrerverein als Träger des Deutschen Schulmuseums zog 1908 eine Konsequenz aus der Unterfinanzierung. Die bis dahin gesammelten Exponate der Schulausstellung wurden an das Berliner Schulmuseum abgegeben und der zukünftige Sammelauftrag auf Bücher, Handschriften, Bildwerke und Münzen beschränkt. Mit dieser Entscheidung wurde auch eine Umbenennung in Deutsche Lehrerbücherei beschlossen.

Trotz dieser Beschränkung gelang es weder in Berlin noch in Leipzig alle dem Sammelprofil entsprechenden Neuerwerbungen anzuschaffen. Zu Anfang waren die Bibliothekare in starkem Maß auf Geschenke angewiesen, später wurden zwar Mittel von verschiedener Seite zur Verfügung gestellt (Lehrervereine, Kommune, Spenden), die eine systematische Erwerbungspolitik der Neuerscheinungen ermöglichten, aber ein Anspruch auf Vollständigkeit konnte nie realisiert werden.

Gleichwohl waren die Hoffnungen auf eine vom Reich getragene zentrale pädagogische Bibliothek nicht unrealistisch, denn entsprechende Forderungen zur Gründung eines Reichsschulmuseums oder eines Reichsschulamtes mit einer pädagogischen Zentralbibliothek wurden seit der Reichsgründung mehrfach vorgebracht⁷. Konsequenterweise gab es auch den Vorschlag, die Bestände der Comenius-Bücherei und der Deutschen Lehrerbücherei als Grundstock in die neue Einrichtung aufzunehmen. Tatsächlich bemühte sich das preußische Kultusministerium über mehrere Jahre, in Verhandlungen mit dem preußischen Finanzministerium die Mittel für eine derartige Einrichtung einzuwerben. Durchgesetzt werden konnte jedoch 1899 lediglich die Gründung der „Königlichen Preußischen Auskunftstelle für Lehrbücher des höheren Unterrichtswesens“.

⁷ Wesentliche Argumente der seinerzeitigen Debatte habe ich dem Aufsatz „Die nationalsozialistische Staatsführung hat sofort erkannt, welche Dienste ihr die Auskunftstelle für Schulwesen leisten kann“ (II, Beitrag 3) zusammengefasst.

Angesichts der im Namen bereits erkennbaren Aufgabenstellung wurde eine Übergabe der zentralen Lehrerbibliotheken nicht ernsthaft erwogen⁸. Stattdessen musste die Auskunftstelle ihrerseits eine eigene Bibliothek begründen mit allerdings engbegrenztem, ihrem beschränkten Aufgabeprofil entsprechendem Sammelauftrag.

Bleibt noch die Frage zu klären, weshalb angesichts der zu erwartenden Kosten zwei von der Lehrervereinsbewegung getragene zentrale Lehrerbibliotheken gegründet wurden? Warum etwa der Deutsche Lehrerverein als maßgeblicher Zuschussgeber für beide Einrichtungen und als Dachverband nicht entsprechenden Einfluss auf seine Berliner und Leipziger Mitgliedsverbände ausgeübt hat? Spätestens mit der Umbenennung des Deutschen Schulmuseums in Deutsche Lehrerbücherei und dem darin implizit enthaltenen Zugeständnis, dass die Unterhaltskosten eine Begrenzung der ursprünglichen Aufgabenstellung erzwungen haben, hätte eine Entscheidung erwartet werden können, zumindest die Berliner und Leipziger Bibliothek zu einer organisatorischen Einheit mit klarer Aufgabenteilung zusammenzufassen, die dann als nationales Zentrum die Gesamtheit pädagogischer Neuerscheinungen hätte erwerben können.

Die archivarischen Quellen geben keine explizite Auskunft über eine diesbezügliche Debatte, aber ein Blick auf das Bibliothekswesen des Kaiserreichs vermittelt zumindest Hinweise, wie stark die einzelstaatliche Besitzstandswahrung in dem noch jungen Reich ausgeprägt war. Bis zur Reichsgründung gab es zwar bedeutende Bibliotheken in Deutschland, von denen jedoch keine die Stellung einer Nationalbibliothek in Anspruch nehmen konnte. Nach 1871 konnte zwar die Königliche, später Preußische Staatsbibliothek in Berlin Funktionen einer Nationalbibliothek übernehmen, aber die 1912 erfolgte Gründung der Deutschen Bücherei in Leipzig deutet darauf hin, dass dieser Anspruch keineswegs unbestritten war. Klaus Garbe nennt dafür zwei Gründe: zum einen spielte der alte territorialstaatli-

⁸ Das Archiv der BBF enthält einen handschriftlichen Text des damaligen Leiters der Deutschen Lehrerbücherei, Adolf Rebhuhn, aus dem Jahr 1907, der mit „Soll das Deutsche Schulmuseum dem Staate überlassen werden“ überschrieben ist. Eine Debatte über diese Frage kam jedoch nicht zustande, denn bereits während der Außerordentlichen Hauptversammlung des Berliner Lehrervereins im April 1907 wurde festgestellt, dass das neuerworbene Grundstück einen Gebäudekomplex für das neue Lehrervereinshaus ermögliche, in dem auch die Bibliothek ‚zweckmäßiger‘ und ‚würdiger‘ untergebracht würde (Pädagogische Zeitung 36 [1907], Nr. 19, S. 401).

che Gegensatz zwischen Preußen und Sachsen eine Rolle, zum anderen der zwischen dem kaiserlichen Berlin und dem großbürgerlichen Leipzig (Garbe 2006, S. 24). Vergleichbare Empfindlichkeiten müssen im Spiel gewesen sein, um die vorhersehbaren Mehrkosten mehrerer zentraler Lehrerbibliotheken zu ignorieren. Ein Indiz dafür könnte die Tatsache sein, dass es in den Jahren bis 1933 zwar eine intensive Zusammenarbeit beider Einrichtungen gab, aber auch ausgeprägtes Konkurrenzdenken. Trotz dieser Selbstbeschränkungen konnten bis 1933 mit der Comenius-Bücherei und der Deutschen Lehrerbücherei die zwei umfangreichsten Lehrerbibliotheken in Deutschland aufgebaut werden, die wichtige Ressourcen für das pädagogische Wissen bildeten.

Während die Entwicklung der Berliner und Leipziger Bibliotheken relativ geradlinig verlief, gab es an anderen Standorten auch gegenläufige Tendenzen. In den 1870er Jahren, also in der Gründungszeit der beiden zentralen Lehrerbibliotheken, ist im Entwicklungsverlauf der Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens sowie ihrer Bibliothek für eine kurze Phase ein Stillstand oder gar ein Rückschritt zu verzeichnen. Aus der Bibliothek wurden Bücher ausgesondert und es wurde beschlossen, die Erwerbung auf solche Werke zu beschränken, die aufgrund des hohen Preises von den Mitgliedern nicht selbst beschafft werden könnten. Während mit den Bibliotheken in Berlin und Leipzig das programmatische Ziel verbunden war, auf eine neue Stufe in der Entwicklung der Systematisierung pädagogischen Wissens zu gelangen, die über die Aufgabe hinausgehen sollte, nur zur Steigerung der Effizienz des beruflichen Lehrerhandelns einen Beitrag zu leisten, wird in Hamburg selbst dieser Anspruch zeitweise in Frage gestellt. Für diese Stagnation wurde ein Generationsproblem verantwortlich gemacht, das in den 1880er Jahren allerdings überwunden worden sei (vgl. Stoll 1905, S. 150 ff.; 250). Das Argument wird mit Blick etwa auf den Leipziger Lehrerverein verstärkt, denn auch dort war - zumindest in der Wahrnehmung Robert Rissmanns - in den späten 1860er Jahren ein Wechsel von der bisher führenden Lehrergeneration mit eher konservativer Grundeinstellung zu jüngeren, liberal eingestellten Lehrern eine Voraussetzung für die Gründung der Comenius-Bücherei (vgl. Rissmann 1910, S. 207). Diese Entwicklungsverläufe verdeutlichen, dass zwar aufs Ganze gesehen die Professionalisierung der Lehrer voranschritt, sie

jedoch keineswegs störungsfrei verlief. In beiden Dimensionen - der Systematisierung des Wissens und der Vergesellschaftung - konnten rückläufige Entwicklungen auftreten, die dabei keineswegs parallel erfolgen mussten.

3.3. Stagnation zwischen 1933 und 1945

1933 wurde der Deutsche Lehrerverein mit allen seinen Gliederungen vom Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB) übernommen und gleichgeschaltet. Damit war das Bemühen verbunden, alle seine Vermögenswerte, zu denen auch die Bibliotheken zählten, zu vereinnahmen (vgl. II, Beitrag 4). Mit der Änderung des Trägers war auch eine neue Aufgabestellung verbunden, die sich insbesondere in der Erwerbung von Literatur ausdrückte. Zur Verdeutlichung des Umschwungs sei hier nur an eine Diskussion erinnert, in der sich 1902 ein Mitglied des Bibliotheksausschusses der Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens dahingehend äußerte, dass bei der Literaturoauswahl jede Einseitigkeit zu vermeiden sei, damit jeder Lehrer die Gelegenheit zu Vergleichung, Prüfung und Auswahl habe (Studt 1902). Diese Grundauffassung entsprach auch der Praxis der zentralen Lehrerbibliotheken in Berlin und Leipzig, wie bereits ein Blick in den Bibliothekskatalog der heutigen BBF belegt. Während bislang das Prinzip vorherrschte, Literatur weitgehend unabhängig von den weltanschaulichen Grundausrichtungen der Autoren in den Bibliotheksbestand aufzunehmen, sofern sie der Weiterbildung der Lehrer und vor allem der Fundierung einer objektivierten Wissensbasis schulpädagogischer Praxis dienen konnte, wurde nach der ‚Machtergreifung‘ der Nationalsozialisten nicht nur strenge Parteilichkeit bei der Erwerbung verlangt. Zugleich sollten die Bibliotheksbestände selbst einer ‚Säuberung‘ unterzogen werden. Statt jedoch die der neuen Ideologie entgegenstehende Literatur zu vernichten, beschloss der für die Deutsche Lehrerbücherei zuständige Büchereiausschuss des Berliner Lehrervereins, solche Schriften aufzubewahren, jedoch dem Leihverkehr zu entziehen. Auch der Bestand der wertvollen Handschriftensammlung der Deutschen Lehrerbücherei wurde in diesem Zusammenhang nicht dezimiert, aber immerhin kennzeichnete der spätere Bibliotheksleiter

Hanns Beckmann im Handschriftenzugangsverzeichnis entsprechende Dokumente mit dem in roter Schrift versehenen Zusatz „Jude“.

Der Bibliotheksbestand erfuhr also im Zuge der ‚Machtergreifung‘ der Nationalsozialisten zwar keine Schädigung, die Wissens-Dimension jedoch wurde eingeschränkt, denn bis zum Ende des Dritten Reiches konnten Teile des Bestandes nicht mehr benutzt werden. In der Dimension der sozialen Orientierung gelang dagegen eine vermeintliche Fortentwicklung. Durch die Übernahme des Deutschen Lehrervereins sowie seiner Untergliederungen – zu denen auch der Berliner und Leipziger Lehrerverein sowie die Gesellschaft des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens gehörten - und ihrer Gleichschaltung gelang eine Integration der großen Lehrerbibliotheken. In diese Richtung zielende Pläne wurden bereits 1933 formuliert, konnten jedoch erst Ende der 1930er Jahre abgeschlossen werden. Neben der Deutschen Lehrerbücherei wurde auch die Comenius-Bücherei, die Bibliothek der Gesellschaft sowie die Süddeutsche Lehrerbücherei vom NSLB vereinnahmt und der Unterabteilung Büchereiwesen der Abteilung Schrifttum des NSLB überantwortet. Auch um den Ursprung der Bibliotheken in Vergessenheit geraten zu lassen, wurden zwei Bibliotheken umbenannt und eine um einen Namenszusatz erweitert. Der Name der seinerzeit größten und bedeutendsten pädagogischen Bibliothek, der Comenius-Bücherei, wurde in Erinnerung an den 1935 verstorbenen NSLB- und NSDAP-Funktionär in Hans-Schemm-Bücherei verändert. Die Bibliothek der Gesellschaft erhielt den Namen Hansische Lehrerbücherei und die Deutsche Lehrerbücherei schließlich wurde mit dem Zusatz „Zentralbibliothek des Nationalsozialistischen Lehrerbundes e.V.“ versehen.

Außer dem eigentlichen Verwaltungsakt und den Umbenennungen hatte die Vereinigung im Sinne der Dimension der sozialen Orientierung keinen Effekt. Die Bibliotheken blieben weitgehend selbständig geleitete Einrichtungen, eine alle Bibliotheken übergreifende Gesamtkonzeption wurde nicht erstellt, über konkrete Arbeitsteilung oder Koordination im Erwerbungsbereich ist nichts bekannt, abgesehen von gelegentlichem Tausch von Dubletten, den es jedoch auch schon vor 1933 gab. Damit scheint es, dass die Zusammenführung der Bibliotheken weniger mit dem Ziel einer Verbesserung der Organisation und Koordination erfolgte, sondern mehr zur Durchsetzung der ideologischen Vorgaben in allen bibliotheka-

rischen Geschäftsgängen. Falls bei einzelnen der damaligen Entscheidungsträger trotzdem ein, wenn auch den archivarischen Unterlagen nicht entnehmbarer, ernsthafter Wille zur Effizienzsteigerung der Bibliotheken durch Umsetzung einer Organisationsreform vorhanden war, so ließen insbesondere zwei Umstände entsprechende Maßnahmen nicht zum Erfolg kommen. Zum einen die den NS-Staat kennzeichnende Polykratie der Machtzentren (vgl. Wehler 2003, S. 623), bei der sich im vorliegenden Zusammenhang insbesondere NSLB und Reichsinnenministerium zeitweise gegenseitig blockierten⁹. Ein zweiter Grund hängt mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs zusammen, der eine ganz neue Prioritätensetzung erforderlich machte. Bis zum Kriegsende mussten alle verfügbaren Arbeitskapazitäten für die Rettung der Bestände der Bibliotheken verwandt werden, während alle anderen Aufgaben zunehmend vernachlässigt oder ganz eingestellt wurden.

Die NS-Zeit stellt sich insofern als Phase der Stagnation dar. Dies gilt indes nur für die Deutsche Lehrerbücherei, für andere Bibliotheken bedeutete sie massive Beschädigungen, die bis zur Zerstörung reichten. Ende 1942 wurden in der Deutschen Lehrerbücherei Luftschutzmaßnahmen eingeführt und ab Mitte 1943 begannen die Bemühungen zur Auslagerung von Teilbeständen, um sie so vor Bombenschäden zu bewahren¹⁰. Nachdem viele Hindernisse überwunden waren konnte der damalige Bibliotheksleiter feststellen, dass insgesamt 175 Bücherkisten mit den aus seiner Sicht wertvollsten Beständen in einem Schloss in Bensen (heute Bešov nad Ploučnice) sicher verwahrt seien. Dazu zählten die Handschriften-, Bildwerke-, Münzen- und Plastikensammlungen sowie rund 72 000 Bände, darunter auch die gesamte Sammlung Alte Drucke. Tatsächlich konnte dieser Bestand bis zum Kriegsende im Salhausenschloss sicher verwahrt werden. Aber auch der in Berlin verbliebene Bestand erlitt keine nennenswerten Schäden, obgleich

⁹ Im Zuge der Gleichschaltung der Beamtenverbände durch das Innenministerium wurde auch für die Lehrervereine Zuständigkeit beansprucht. Dabei wurden Differenzen zwischen Innenministerium und NSLB in der Frage deutlich, ob die Lehrerverbände als eigenständige Organisationen bestehen bleiben sollen oder in den vom NSLB propagierten Deutschen Erzieherverband unter Leitung des NSLB eingehen sollen (vgl. DIEKMANN, H.: Der Weg zum Ziel. In: Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung 62 (1933), Nr. 19, S. 341-342).

¹⁰ Die Auslagerungsmaßnahmen habe ich in dem Beitrag ‚Vom Freikorps-Kämpfer zum Bibliotheksdirektor‘ dargestellt (vgl. II, Beitrag 4).

noch der Umzug der Bibliothek in die Warschauer Str. 1993/94 eine Reihe von Bänden mit Granatdurchschüssen zu Tage förderte.

Andere Lehrerbibliotheken wurden dagegen sehr viel stärker in Mitleidenschaft gezogen, so etwa der Bestand der Bibliothek der Gesellschaft. Betroffen waren Bücher und Zeitschriften, vor allem jedoch wurde die ‚Schulgeschichtliche Sammlung‘ vernichtet. Auch Bibliothek und Archiv der Auskunftstelle für Schulwesen (seit 1936 Reichsstelle für Schulwesen) wurden stark in Mitleidenschaft gezogen. Von den rund 100 000 Bänden verbrannten etwa 4/5 und die aufgrund ihrer Vollständigkeit einzigartige Sammlung preußischer Schulprogramme/Jahresberichte weist bis heute bei vielen Bänden Brandschäden auf. Am schlimmsten jedoch traf es die Comenius-Bücherei, die nahezu vollständig vernichtet wurde. Von der bis dahin größten zentralen Lehrerbibliothek Deutschlands blieben nur noch Reste.

3.4. Pädagogische Zentralbibliothek der DDR

Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges ist eine Zäsur verbunden, die unterschiedliche Entwicklungsverläufe der zentralen Lehrerbibliotheken in Ost und West mit sich brachte und zum Teil zu grundlegenden Veränderungen in der Trägerschaft und in den Aufgabenstellungen führte. Den vier Lehrerbüchereien in Berlin, Hamburg, Leipzig und München ging durch Verbot des NSLB der Träger verloren. Die Hamburger Bibliothek wurde der 1945 wiederbegründeten Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens rückübergeben (vgl. S. 39 f.). Auch die Süddeutsche Lehrerbücherei ging wieder in das Eigentum seines ursprünglichen Besitzers, dem 1946 wiederbegründeten Bayerischen Lehrerverein (vgl. Strehler 1959, S. 62, Brinkmann/Arnold 1997). Damit verblieben die beiden in den westlichen Zonen, später auf bundesrepublikanischem Gebiet befindlichen Lehrerbüchereien in ihren traditionellen Strukturen.

Die in der Sowjetischen Besatzungszone befindlichen Bibliotheken, die Deutsche Lehrerbücherei und die Comenius-Bücherei, gingen zunächst in das Eigentum der 1946 gegründeten Gewerkschaft der Lehrer und Erzieher im Freien Deutschen

Gewerkschaftsbund über, die als Rechtsnachfolger des Deutschen Lehrervereins anerkannt wurden. 1950 wurde unter der Trägerschaft des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts, das dem Ministerium für Volksbildung unterstand, die Pädagogische Zentralbibliothek (PZB) gegründet. Ihr wurde zugleich die Deutsche Lehrerbücherei und die Comenius-Bücherei zugeordnet.

Im Gegensatz der nur additiven Zusammenlegung während des Nationalsozialismus wurde nun ein Gesamtkonzept erarbeitet, das Koordination und Arbeitsteilung in der Erwerbung ermöglichte. Damit wurde endlich jene mit der Reichschulmuseums-idee verbundene Vorstellung realisiert, nämlich ein Forschungsinstitut mit einer pädagogischen Zentralbibliothek zu verwirklichen, wenn auch nun nur für einen Teil Deutschlands und unter ideologischer Begrenzung des Wissensbestandes.

Die Pädagogische Zentralbibliothek erhielt das Pflichtexemplarrecht, d.h. jede pädagogische Veröffentlichung musste an sie abgegeben werden. Damit war erstmals gesichert, dass alle pädagogischen Neuerscheinungen von der Bibliothek erworben und dauerhaft archiviert wurden. Dieses Recht beschränkte sich allerdings nur auf die Veröffentlichungen der DDR. Ausländische Publikationen, zu denen auch jene der Bundesrepublik zählten, mussten gekauft oder im Tauschverfahren erworben werden. Aus Gründen der Sparsamkeit, vor allem aber auch politisch motiviert, erfolgte diese Auswahl in engen Grenzen.

Die Hauptaufgabe der PZB war wie in der Vergangenheit die Unterstützung der Aus- und Fortbildung von Lehrern. Insofern blieb sie schwerpunktmäßig eine Gebrauchsbibliothek. Daneben ermöglichte sie aufgrund der Breite ihres Bestandes jedoch besser als jemals zuvor auch pädagogische Forschung, die vor allem von Mitarbeitern des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts und später der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR geleistet wurde.

Die unverändert bestehende Differenz zu einer Forschungsbibliothek zeigt sich darin, dass sich die Erwerbung auf Neuerscheinungen konzentrierte. Historische Quellen wurden dagegen sowohl in der Erwerbung als auch in der Bestandspflege vernachlässigt. Zwar wurde die Sammlung Alte Drucke im Magazin des 1964 bezogenen Hauptgebäudes der Bibliothek im Haus des Lehrers am Alexanderplatz gesichert, aber andere, ältere Bestände wurde in Außenmagazinen untergebracht,

die denkbar ungeeignet waren zur Aufbewahrung von Büchern¹¹. Viele Bücher waren Kälte, Hitze und Feuchtigkeit ausgesetzt. Farbspritzer auf zahlreichen Einbänden von Büchern deuteten darauf hin, dass vor Jahren Malerarbeiten ausgeführt wurden, ohne vorbereitend die Bücher abzudecken oder den Bestand gar während der Arbeiten auszulagern. Da sich zudem ein großer Teil des Bestandes in ziemlicher Unordnung befand, ist dies ein weiterer Beleg dafür, dass die Pädagogische Zentralbibliothek ihren Schwerpunkt in der Literaturversorgung der Lehreraus- und –fortbildung sah und die Aufgabe eines Archivs pädagogischer Quellen eher vernachlässigte, vermutlich aus Kostengründen auch vernachlässigen musste.

Nach der Wende 1989/90 verlor die PZB ihren Träger, da die Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR abgewickelt wurde. Bei den Bemühungen zur Rettung der Bibliothek, d.h. bei der Suche nach einer neuen Trägerstruktur, wurden mehrere Konzepte erstellt (vgl. Wiegmann 2003). 2001 wurden mehrere damalige Entscheidungsträger sowie einige ihrer maßgeblichen Berater zu einem Zeitzeugengespräch eingeladen, um mit 10 Jahren Abstand gemeinsam den Weg zu rekonstruieren, der zur Gründung der BBF führte. Bevor auf diesen Zusammenhang eingegangen wird, lohnt es sich jedoch, eine Zwischenbilanz in Form einer zusammenfassenden Bestandsübersicht zu ziehen. Dies impliziert die Frage nach Lücken und Defiziten, die durch Verlust oder systematische Vernachlässigung bei der Erwerbung entstanden sind. Denn der einzigartige Reichtum bildungsgeschichtlicher Literatur führte letztlich zur Entscheidung, eine bildungsgeschichtliche Forschungsbibliothek zu begründen.

Der Bestand der Deutschen Lehrerbücherei wuchs bis in die 1940er Jahre kontinuierlich an und umfasste rund 200 000 Bände. Hinweise auf die Sammelschwerpunkte mit besonders dichten thematischen Segmenten lassen sich der Aufstel-

¹¹ Ich kann mich noch gut an zwei dieser Außenmagazine erinnern, die ich kurz nach meiner Arbeitsaufnahme in der BBF 1993 kennen lernte. Eines davon war in einer Wohnung im Erdgeschoss eines mehrstöckigen Mietshauses in der Simplonstrasse/Friedrichshain untergebracht. In einem Teil der Räume war der Fußboden offenbar seit Jahren durchgebrochen, ohne dass eine Instandsetzung vorgenommen wurde. Die anderen Räume waren in nicht viel besserem Zustand. Der größte Teil der Bücher war zwar in Regalen aufgestellt, viele lagen aber ungeordnet auf dem Fußboden.

Schlechter noch der Zustand des zweiten Außenmagazins, das sich damals in der Maternstrasse (heute Luisenstrasse/Mitte) befand. Es handelte sich eher um einen Schuppen als ein festes Gebäude, der keinerlei Schutz vor Witterungseinflüssen bot.

lungssystematik der Bibliothek, dem ‚Ausführlichen Büchereiplan‘, entnehmen, die bis etwa 1940 angewendet wurde. Insbesondere jene Hauptsystemstellen, die weitere Untergliederungen aufweisen, sind umfangreich besetzt. Die Pädagogikgeschichte etwa verteilt sich auf vier von insgesamt 28 Hauptsystemstellen, die durchgängig weitere Unterpunkte aufweisen. Besonders dicht ist weiterhin theoretische Literatur zu Erziehung und Bildung, zu Schule und Unterricht und zur pädagogischen Profession und ihrer Klientel vertreten, mit Schwerpunkten im Bereich der allgemeinbildenden Schulen.

Mit der Pädagogischen Zentralbibliothek gelang es erstmals den Rechtsstatus einer Pflichtexemplarbibliothek für pädagogische Literatur zu erhalten. Insofern ist die in der DDR erschienene pädagogische Literatur, einschließlich der Nachbardisziplinen, selbstverständlich nahezu vollständig vorhanden. Pädagogische Literatur aus der Bundesrepublik wurde dagegen nur soweit gesammelt, wie es die begrenzten Devisen, die bestehenden Tauschbeziehungen sowie die ideologischen Vorgaben erlaubten. Vor allem wurde die für die bundesrepublikanische Erziehungswissenschaft grundlegende Literatur der Nachbardisziplinen wie etwa Psychologie und Soziologie ausgespart, die nahezu gänzlich fehlte. Eine Vervollständigung pädagogischer Quellen wurde nur zufällig erreicht, etwa dann, wenn ein Nachlass an die Bibliothek abgegeben wurde. Eine systematische Durchsicht etwa von Antiquariatskatalogen unterblieb dagegen.

Neben den Verlusten, die immer im Rahmen normaler Bibliotheksbenutzung entstehen, gab es drei große Bedrohungen für den Bibliotheksbestand. Auf die Aufforderung zur ‚Säuberung‘ des Bestandes der Deutschen Lehrerbücherei nach der ‚Machtergreifung‘ der Nationalsozialisten wurde schon kurz eingegangen, ebenso auf die Bestandsverlagerung in den letzten Jahren des Zweiten Weltkrieges. Nach Kriegsende wurde eine erneute ‚Bestandssäuberung‘ angeordnet. Rechtliche Grundlage dafür war der Befehl Nr. 4 des Alliierten Kontrollrates vom 13. Mai 1946. Anfang 1947 wurde mit der Sichtung und Aussonderung des als militaristisch und nationalsozialistisch eingeschätzten Schrifttums begonnen. Auf Anweisung der russischen Kommandantur sollten die selektierten Bände zum Berliner Aufbau-Verlag transportiert und dort makuliert werden (vgl. Geißler 2003, S. 132 ff.). Weiterhin wurden Kisten mit selektierter Literatur in nicht bekannter Grö-

Benordnung in die Berliner Staatsbibliothek abgegeben. Über Zweck und Zielsetzung dieser Maßnahme fehlen derzeit noch entsprechende Belege. Immerhin konnten Mitte der 1990er Jahre einige dieser Kisten wieder in die BBF zurückgeführt werden und erst durch diese Rückgabe wurde der damalige Vorgang bekannt.

Während in diesem Zusammenhang die Zahl der ausgesonderten Bücher nicht ermittelbar ist und damit auch die Verluste nicht beziffert werden können, ist die Teilrückführung der ausgelagerten Bestände besser dokumentiert. Erste Bemühungen, die aus dem mittlerweile tschechischen Bešov nad Ploučnice nach Olomouc (Olmütz) verlagerten Bücher zurückzubekommen, begannen bereits 1948. Ein Teilerfolg konnte jedoch erst rund zehn Jahre später erzielt werden. 1957 ging eine erste Lieferung an die PZB zurück, der 1958 ein zweite folgte. Laut Unterlagen umfassten beide Lieferungen rund 44 000 Bände. Über den Verbleib der restlichen der ursprünglich 72 000 Bände kann man bis heute nur mutmaßen, wie auch über die nicht zurück geführten Handschriften, Bildwerke und Münzen.

Nicht nur im Zusammenhang mit der Auslagerung und der Rückführung von Teilbeständen der Deutschen Lehrerbücherei verbleiben viele ungelöste Fragen. Noch ungewisser sind die Folgen der ‚Bestandsäuberungen‘ nach 1933 und 1945. Die Kenntnisse solcher Vorgänge sind jedoch für eine Forschungsbibliothek wichtig, da sie Erklärungsansätze bieten, wenn unerwartete Tatbestände innerhalb der alltäglichen Bibliotheksarbeit entdeckt werden, wie dies Anfang 2006 der Fall war. Im Rahmen mehrerer Vergabe-Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen konnte über mehrere Jahre der gesamte alte Alphabetische Katalog in die Online-Datenbank der BBF überführt werden. Die Konversion, wie dieser Vorgang im Bibliotheksjargon genannt wird, wurde Ende 2005 abgeschlossen und damit ist es erstmals in der Geschichte der Bibliothek möglich, eine Bestandsrevision durchzuführen, die Anfang 2006 begann und bis 2007 abgeschlossen sein wird. Bei dieser Revision finden sich schon jetzt tausende von Büchern, die zwar mit einem Signaturschild versehen¹², aber nicht im Alphabetischen Katalog verzeichnet sind. Einen

¹² Der Tatbestand erklärt im Übrigen, weshalb dieser Missstand über Jahrzehnte unentdeckt blieb. In einer Forschungsbibliothek und noch mehr in einer Gebrauchsbibliothek mit bedeutendem Altbestand gibt es immer zahlreiche Bücher, die über einen gewissen Zeitraum selten oder

Standortkatalog, so erinnern sich ältere Bibliotheksmitarbeiter, gab es zwar, er wurde aber in der PZB aus nicht mehr bekannten Gründen weggeworfen. Nicht katalogisierte Bücher sind in einer großen Bibliothek unauffindbar, so dass erst eine Revision ihre Existenz ermitteln kann. Da die Bücher durchgehend den Geschäftsgang der Inventarisierung und Signierung durchlaufen haben, ist es nahezu ausgeschlossen, dass ihre Katalogisierung vergessen wurde, zumal die hohe Zahl der Bände solch ein ‚Versehen‘ ausschließt. Stattdessen ist eher zu vermuten, dass bei den ‚Säuberungen‘ sowohl nach 1933, vor allem aber nach 1945 zwar die Katalogzettel entfernt wurden, die Bücher jedoch am alten Standort verblieben. Vielleicht wurden diese Katalogkarten gesondert aufbewahrt, aber irgendwann ist ihr Zweck in Vergessenheit geraten und der Sonderkatalog vernichtet worden. Da es sich vielfach um Literatur aus der NS-Zeit handelt, spricht einiges dafür, dass es sich um Selektionsmaßnahmen nach 1945 handelt. Diese Schlussfolgerungen sind indes vorläufig und müssen im Verlauf der Revision weiter geprüft werden.

3.5 Die Umwandlung der Pädagogischen Zentralbibliothek in eine bildungshistorische Forschungsbibliothek

Trotz der aufgrund ihrer finanziellen Ausstattung nur unzureichenden Erwerbungen bis zum Ende der Weimarer Republik, trotz der Verluste durch Auslagerung und ‚Säuberungen‘, trotz der zweifachen Vernachlässigung bildungshistorischer Quellen in der Zeit der Pädagogischen Zentralbibliothek sowohl in Bezug auf die Erwerbung als auch hinsichtlich der Bestandserhaltung und trotz der hinsichtlich der bundesrepublikanischen Pädagogik-Literatur unzureichenden Bestände war die Bibliothek 1990 die größte pädagogische Spezialbibliothek des wiedervereinigten Deutschlands. Ihre zukünftige Bedeutung konnte jedoch nicht mehr in Form einer Gebrauchsbibliothek liegen, sondern nur in einer bildungsgeschichtlichen Forschungsbibliothek. Diese Erkenntnis setzte sich in einem vergleichsweise

auch gar nicht benutzt werden. Insofern war es für die Bibliotheksmitarbeiter nicht auffällig, dass zahlreiche Bücher nie nachgefragt wurden, oder genauer: aufgrund der fehlenden Katalogisierung nicht nachgefragt werden konnten.

kurzen Entscheidungsprozess zwischen Anfang 1990 und Mitte des Jahres 1991 durch.

Die in der PZB vorhandene Wissensbasis konnte aufgrund der Lücken westlicher pädagogischer Literatur weder der aktuellen Aus- und Fortbildung pädagogischer Berufe noch erziehungswissenschaftlicher Forschung im wiedervereinigten Deutschland genügen. Eine entsprechende Ergänzung wäre nicht nur kostspielig, sondern nahezu unlösbar geworden, da eine Vielzahl der fehlenden Literatur nur antiquarisch hätte beschafft werden können. Sie war jedoch auch unnötig, denn es gab mit der Universitätsbibliothek Erlangen eine zunächst für die alte Bundesrepublik, dann ab 1990 für das wiedervereinigte Deutschland zuständige Sondersammelgebietsbibliothek für Bildungsforschung. Dieses System an Sondersammelgebietsbibliotheken wurde in den 1950er Jahren von der DFG gegründet und hatte sich im Wissenschaftsbetrieb längst bewährt. Mit dem Status einer Sondersammelgebietsbibliothek ist die Aufgabe verbunden, alle Neuerscheinungen des zugeordneten Sammelgebiets zu erwerben. Dies betrifft neben deutschsprachigen auch ausländische Veröffentlichungen.

Ergänzend zu der Sondersammelgebietsbibliothek gab es neben den primär die Lehrerausbildung unterstützenden universitären Bibliotheken (erziehungswissenschaftliche Instituts-, Fachbereichs-, Fakultätsbibliotheken) ein Netz weiterer pädagogischer Spezialbibliotheken, die vor allem die Wissensbasis für die Lehrerfortbildung zur Verfügung zu stellen hatten. Auch in Berlin selbst gab es mit der Bibliothek des Pädagogischen Zentrums (heute: Landesinstitut für Schule und Medien) eine umfangreiche Bibliothek, die den Bedarf abdeckte, obwohl sie von ihren Bestandszahlen deutlich kleiner war als die Pädagogische Zentralbibliothek. Diese Gesichtspunkte im Blick behaltend, suchten Verantwortliche aus Politik und Wissenschaft nach Lösungsmöglichkeiten für den Erhalt zumindest des größeren Teils der PZB. Die Comenius-Bücherei hatte sich zuvor schon mit Erfolg darum bemüht, sich aus dem Zusammenhang der PZB zu lösen. Die Dramatik des Entscheidungsprozesses und auch die drohende Möglichkeit des Scheiterns angesichts eines relativ kleinen Zeitfensters, innerhalb dessen eine Rettung der verbliebenen PZB und ihre Überführung in sichere Finanzierungsformen möglich

war, verdeutlicht sich in einem Zeitzeugengespräch, das im Mai 2001 stattfand (vgl. II, Beitrag 5).

Neben der letztlich gefundenen und durchgesetzten Lösung zur Weiterführung der PZB als bildungsgeschichtliche Forschungsbibliothek gab es alternative Konzepte. So wurde kurzzeitig erwogen, den Bibliotheksbestand in die Berliner Freie Universität zu integrieren, bis sich die Erkenntnis durchsetzte, dass der damit verbundene Kostenaufwand die Möglichkeiten des Landes Berlin überfordern würde. Stattdessen entstand in Arbeitsgruppen der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung die Idee, die Bibliothek einer bereits bestehenden, von Bund und Ländern gemeinsam finanzierten Einrichtung anzugliedern. Dafür wurde das Deutsche Institut für Internationale Pädagogische Forschung ausersehen, das den Vorschlag ab April 1991 intensiv in seinen Gremien diskutierte. Nachdem die Grundsatzentscheidung zur Übernahme der Bibliothek zusammen mit weiteren kleineren Einheiten der ehemaligen APW (Forschungsstelle, Information und Dokumentation) positiv entschieden worden war, erfolgte die weitere Ausarbeitung des zukünftigen Bibliothekskonzepts innerhalb des Instituts. Zusammen mit externen Beratern, unter denen der seinerzeitige Direktor der Herzog August Bibliothek, Paul Raabe, hervorzuheben ist, wurde ein Grundsatzpapier vorgelegt, das nun schon von zwei Bildungshistorikern, Christoph Führ (DIPF) und Heinz-Elmar Tenorth (Humboldt-Universität zu Berlin), formuliert wurde. Die Pädagogische Zentralbibliothek sollte hinfort als bildungshistorische Forschungsbibliothek fungieren und dieses neue Aufgabenprofil auch in ihrem Namen zum Ausdruck bringen. Mit der Integration der Bibliothek in das DIPF wurde sie am 1.1.1992 in Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung umbenannt.

Diese Entscheidung fiel keineswegs leicht. Innerhalb der Leitung des DIPF entbrannte eine heftige Kontroverse über Sinn und Nützlichkeit der Übernahme einer Serviceeinrichtung in Berlin in ein Institut, dessen Schwerpunkte bis zu diesem Zeitpunkt in der Forschung und auf aktuellen Themen sowie in der erziehungswissenschaftlichen Nachwuchsrekrutierung lagen. Auch im Umfeld der Pädagogischen Zentralbibliothek gab es erhebliche Vorbehalte. Hier wurde das neue Konzept als Einschränkung gegenüber den bisherigen Aufgaben empfunden und zwar

sowohl als Einschränkung der zu sammelnden Literatur, also der Wissensbasis, als auch hinsichtlich der sozialen Orientierung. Da der aktuelle Literaturbedarf der bisher größten Benutzergruppe, der Lehrerinnen und Lehrer, in der Erwerbungspolitik hinfort nur noch eingeschränkt berücksichtigt werden sollte, schien die Weiterführung der Bibliothek durch das Ausbleiben der Benutzer bedroht.

Aus Berliner Sicht war trotz aller Bedenken jedoch entscheidend, dass die Bibliothek weitergeführt werden konnte. Die folgenden Jahre eröffneten Möglichkeiten, sich der großen Herausforderung einer Neuprofilierung der Bibliotheksarbeit zu stellen und die in diesem Konzept bereit liegenden Chancen zu ergreifen. Ende 1993 konnten neue und größere Räumlichkeiten in der Warschauer Strasse bezogen werden, die vor allem für die in den Außenmagazinen befindlichen Bestände eine angemessene Unterbringung bedeuteten. Es wurden ausreichend Mittel für Personal und Sachmittel zur Verfügung gestellt, die zur Modernisierung der Bibliotheksarbeit notwendig waren. Im Zusammenhang mit der Erwerbungspolitik konzentrierte sich die Bibliothek hinfort auf den Ankauf von aktueller Forschungsliteratur zur historischen Bildungsforschung und bemühte sich um die systematische Ergänzung ihres Quellenbestandes. Im Jahr 2000 gelang eine mit der DFG abgestimmte Arbeitsteilung mit der Sondersammelgebietsbibliothek für Bildungsforschung in Erlangen, die festlegte, dass die BBF hinfort die Erwerbung von Literatur zur deutschsprachigen Bildungsgeschichte als Teil des Sondersammelgebietes übernahm. Seit diesem Zeitpunkt erhält die BBF wie die übrigen Bibliotheken im System der Sondersammelgebietsbibliotheken einen Zuschuss zur Erwerbung durch die DFG und gehört somit zu jenen großen deutschen Bibliotheken, die die Funktion einer verteilten Nationalbibliothek übernehmen¹³.

Mit der Umwandlung von einer Lehrerbibliothek in eine Forschungsbibliothek war einerseits eine Einschränkung, andererseits eine Ausdehnung des neu zu erwerbenden Wissensbestandes verbunden. Denn eine bildungsgeschichtliche Forschungsbibliothek darf sich nicht nur auf Literatur beschränken, wie sie die traditionelle Geschichtsschreibung der Pädagogik hervorgebracht hat. Darauf wurde

¹³ Der Begriff ‚verteilte Nationalbibliothek‘ ist nicht eindeutig definiert. Er wird u.a. zur Beschreibung der Aufgaben des Fachportals Webis verwandt, einem Informationssystem zur überregionalen Literaturversorgung in Deutschland. Das System wird von zahlreichen wissenschaftlichen Bibliotheken, darunter auch von der BBF, getragen und von der DFG gefördert (vgl. <http://webis.sub.uni-hamburg.de/>).

schon in dem Grundsatzpapier von Führ/Tenorth hingewiesen. Daneben muss sie Literatur zur Verfügung stellen, die ihren Kontext etwa in der Sozial-, Kultur-, Gesellschafts- und Mentalitätsgeschichte hat, sofern sie für die Historiografie der Bildung von Menschen relevant ist.

Vor allem hat die BBF als Forschungsbibliothek ihren früheren Charakter einer primären Gebrauchsbibliothek verloren. Ihre Bestände sollen nicht oder nur bei- läufig zur Effizienzsteigerung der pädagogischen Berufspraxis nützen. Sie orien- tieren sich auch nicht am Literaturbedarf einer fest umrissenen Personengruppe, etwa den Mitgliedern eines Verbandes oder den Mitarbeitern eines einzelnen For- schungsinstituts. Die Bibliothek hat stattdessen die Aufgabe, die Gesamtheit deutschsprachiger bildungshistorischer Literatur zu erwerben und zwar sowohl bei der aktuellen Forschungsliteratur als auch im Bereich bildungsgeschichtlicher Quellen. Während etwa der Altbestand einer Lehrerbibliothek an Relevanz verlie- ren kann, weil er von ihren Benutzern nicht oder kaum noch nachgefragt wird und in der Konsequenz an andere Einrichtungen abgegeben oder schlimmsten Falles makuliert wird, ist er für die BBF fundamental, denn in ihm wird der Prozess der Forschung selbst dokumentiert. Neben der möglichst vollständigen Erwerbung bildungsgeschichtlicher Forschungsliteratur und Quellen ist die Bewahrung des Bestandes deshalb eine weitere zentrale Aufgabe. Als Forschungsbibliothek hat sie zugleich die Funktion einer Archivbibliothek.

Der Auftrag zur möglichst vollständigen Sammlung bildungsgeschichtlicher Quellen ließe sich angesichts der dargelegten Lücken allein durch antiquarische Käufe schon aus Kostengründen kaum realisieren. Deshalb ist die BBF nicht nur offen für die Übernahme profilrelevanter geschlossener Sammlungen und Biblio- theken, sondern sucht aktiv entsprechende Gelegenheiten. In ihrer durch Öffent- lichkeitsarbeit angestrebten Außenwirkung wird dieser Aspekt stets betont. Tat- sächlich konnten seit 1992 eine Vielzahl größerer und kleinerer Bestände über- nommen werden. Auf zwei der bedeutenderen will ich kurz eingehen, weil sich darin ein Prinzip der Arbeitsteilung zwischen pädagogischen Gebrauchsbibliothe- ken und der BBF als Forschungsbibliothek zeigen lässt.

2001 wurde der rund 80 000 Bände umfassende Bestand der Hamburger GEW- Bibliothek übernommen. Deren Bestandsgrundlage war die Bibliothek der Gesell-

schaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens, die, wie schon dargestellt, nach 1933 zusammen mit den Lehrerbüchereien in Berlin, Leipzig und München an den NSLB übergeben werden musste. Nach der Wiederbe-gründung der Gesellschaft im November 1945 ging die Bibliothek wieder in ihr Eigentum über. Im Gegensatz zur Einbindung der Deutschen Lehrerbücherei und der Comenius-Bücherei in staatliche Finanzierungsstrukturen, verblieb die Ham-burger Bibliothek im Prinzip eine Lehrervereinsbibliothek. 1948 trat die Gesell-schaft der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) bei und bildete in ihr den Landesverband Hamburg. Da die Lehrerausbildung jedoch in Hamburg bereits seit der Weimarer Republik in der Universität Hamburg angesiedelt war und zu diesem Zweck eine eigene leistungsfähige Bibliothek aufgebaut wurde, verlor die Bibliothek der Gesellschaft zunehmend an Bedeutung. Eigene Ambitio-nen zur Lehrerfortbildung hatte der Landesverband Hamburg der GEW nicht mehr. In der Satzung der Gesellschaft aus dem Jahr 1901 wurde ihre Bibliothek noch ausdrücklich und an prominenter Stelle als eines jener Mittel aufgezählt, mit deren Hilfe die Zwecke des Verbandes erfüllt würden. In der Satzung des Jahres 1952 fehlt ein vergleichbarer Hinweis. Man kann nur vermuten, dass sie unter die ‚Einrichtungen‘ subsumiert wurde, die von den Mitgliedern kostenlos genutzt werden konnten. Da die Bibliothek zudem mit ihrem Standort im Curio-Haus (Rothenbaumchaussee) in Geh-Nähe sowohl zur Hamburger Staatsbibliothek als auch zur Bibliothek des Fachbereichs Erziehungswissenschaft lag, drängte sich mehr und mehr die Frage auf, ob sich der Hamburger Landesverband weiterhin eine solch kostspielige und bezüglich ihres Nutzens zweifelhafte Einrichtung leisten könne. Dies auch deshalb, da offenbar keine durchsetzungsfähigen Überle-gungen angestellt wurden, durch Spezialisierung oder thematische Konzentration ein Angebot zu entwickeln, das über die universitären Bibliotheken hinausgehen und damit eine Ergänzungsfunktion bilden könnte. Stattdessen fungierte sie wei-terhin, wie seit ihrer Gründung, als pädagogische Gebrauchsbibliothek für die Aus- und Fortbildung der Lehrer.

Die weit zurückreichende Geschichte dieser vermutlich ältesten deutschen Leh-rervereinsbibliothek erwies sich lange Zeit als ein schwer überwindbares Hinder-nis für die Entscheidung, diesen durchaus anachronistisch anmutenden Zustand zu

beenden. 1990 wurde endlich beschlossen, den Bestand an eine geeignete Bibliothek in staatlicher Trägerschaft abzugeben. Nach einer Zwischenlösung in der Universitätsbibliothek Lüneburg wurde der Bestand 2001 an die BBF abgegeben. Ein zweiter bedeutender Bestand ging bereits 1998 an die BBF. Es handelt sich um das Archiv der ehemaligen Auskunftstelle, später Reichsstelle für Schulwesen (vgl. II, Beitrag 3). Nachdem sich die Aufgabenstellung der Einrichtung nach ihrer Gründung im Jahr 1899 zunächst auf die Fortschreibung der bereits früher hergestellten Übersichten über die in Preußen zugelassenen Schulbücher beschränkte, konnte ihre Funktion später ausgedehnt werden. In der Zeit der Weimarer Republik erstellte der damalige Leiter Max Kullnick statistische Erhebungen vor allem zur Schulentwicklung in Preußen, die er in umfangreichen Bänden publizierte. Vor allem zur Erfüllung dieser Aufgabe wurden ein umfangreiches Archiv und bis zu Beginn des Zweiten Weltkriegs eine etwa 100 000 Bände umfassende Bibliothek aufgebaut.

Die im Kaiserreich begonnenen Dienstleistungen für das preußische Kultusministerium konnten in der Weimarer Republik weitergeführt werden und weiteten sich sukzessive aus (vgl. Kullnick 1940). Eine erneute Expansion erfuhr die Einrichtung während der NS-Zeit, indem 1936 die bislang auf Preußen beschränkte Wirksamkeit auf das gesamte Reich ausgedehnt wurde. Die Auskunftstelle wurde in Reichsstelle für Schulwesen umbenannt.

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges ging auch der Auskunftstelle für Schulwesen der Träger verloren, da die vorgesetzte Behörde, das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung von den Alliierten aufgelöst wurde. Es begann für den bald 70-jährigen langjährigen Leiter Max Kullnick ein zermürbender Kampf darum, seine Einrichtung in neue Finanzierungsformen zu überführen und die bisherigen Aufgaben unter den veränderten politischen Verhältnissen fortzuführen. Die Verwirklichung der von ihm verfolgten, schon aus dem 19. Jahrhundert stammenden Idee, ein Reichsamt bzw. - unter bundesrepublikanischen Verhältnissen - ein Bundesamt für Schulwesen einzurichten und dafür seine Auskunftstelle als Basis anzubieten, hätte jedoch die Genehmigung der Alliierten zur Aufnahme Berlins in die Bundesrepublik vorausgesetzt. Statt eine Bundesbehörde zu werden, wurde die Auskunftstelle zunächst als Hauptstelle für Erzie-

hungs- und Schulwesen der Abteilung Volksbildung im Berliner Verwaltungszweig Hauptschulamt zugeordnet mit der Konsequenz, dass die bisherigen Arbeitsschwerpunkte verloren gingen. Unter den zugeordneten Aufgaben wurde auf lange Sicht gesehen insbesondere die Auskunftserteilung über Lehrer des früheren Landes Preußen bestimmend. Auf der Grundlage der in ihrem Archiv bis 1945 gesammelten Materialien wie Lehrerkarteien, Lehrerpersonalbögen und der Sammlung preußischer Schulprogramme/Jahresberichte konnten Bescheinigungen ausgestellt werden für Lehrer, die einen Wiedereintritt in das Beamtenverhältnis anstrebten, aber bedingt durch Flucht oder Ausbombung keine Originaldokumente vorweisen konnten. Später verlagerte sich diese Gutachtertätigkeit auf Anträge zur Verrentung, deren Berechtigung gegebenenfalls durch die im Archiv verwahrten Dokumente nachgewiesen werden konnte. 1966 wurde diese mittlerweile die Hauptaufgabe ausmachende Tätigkeit auch im Namen kenntlich gemacht. Die ehemalige Auskunftstelle für Schulwesen und nun unter dem Namen Hauptstelle für Erziehungs- und Schulwesen geführte Einrichtung wurde in Gutachterstelle für Deutsches Schul- und Studienwesen umbenannt und dem Pädagogischen Zentrum unterstellt.

Es war eine Frage der Zeit, bis Gutachten, die sich auf Archivalien vor 1945 zu stützen hatten, noch erstellt werden mussten. Als das Pädagogische Zentrum Ende der 1990er Jahre seinen bisherigen Hauptstandort in der Uhlandstrasse aufgeben und gegen Räumlichkeiten mit geringerer Platzkapazität austauschen musste, bot sich die BBF als Aufnahmeort für den nur noch bildungsgeschichtlich bedeutsamen Bestand an.

Im Jahr 2006 wurde dieser vor allem archivalische Bestand um den Rest der Bibliothek der ehemaligen Auskunftstelle ergänzt. Diese war mit der Integration der Gutachterstelle in das Pädagogische Zentrum in deren neugegründete Bibliothek übernommen worden. Hier sollte sie zusammen mit der 1947 von den amerikanischen Besatzern gegründeten und ebenfalls in die Bibliothek des Pädagogischen Zentrums integrierten Bibliothek der Pädagogischen Arbeitsstelle den Grundstock für eine bedeutende pädagogische Spezialbibliothek bilden. Die in den frühen 1960er Jahren entwickelten ambitionierten Pläne konnten jedoch nicht zur Entfaltung kommen. Der ehemalige Direktor des Pädagogischen Zentrums, Carl-

Ludwig Furck, beschreibt in einem Aufsatz die seit den 1970er Jahren von der vorgesetzten Behörde erzwungene zunehmende Einengung der Arbeitsaufgaben des Instituts (vgl. Furck 2003). Dadurch wurde das zunächst mit weitem Forschungsspektrum geplante Pädagogische Zentrum mehr und mehr in eine Einrichtung umgewandelt, deren Schwerpunkt auf der Lehrerfortbildung lag. Entsprechend dieser veränderten Schwerpunktsetzung wurde ihr Name in Berliner Landesinstitut für Lehrerfort- und –weiterbildung umgewandelt (heute Landesinstitut für Schule und Medien). Damit verloren auch die historischen Bestände der Bibliothek ihre Berechtigung und wurden von den Kostenträgern eher als unnötiger Ballast angesehen. Deren Übergabe an die BBF war insofern ein konsequenter Schritt im Sinne einer koordinierten Aufgabenverteilung im deutschen Bibliothekswesen.

Sowohl der Bestand der Bibliothek der Gesellschaft als auch der der Auskunftstelle für Schulwesen sind für die historische Bildungsforschung von großer Bedeutung und ergänzen den bisherigen Bestand der BBF in einzigartiger Weise. So können etwa durch den Bestand der Hamburger Bibliothek Lücken der pädagogischen Literatur der Jahre 1933 bis 1945 geschlossen werden. Im Gegensatz zur Deutschen Lehrerbücherei wurde zwar nach Kriegsende auch in der Bibliothek der Gesellschaft der Bestand nach militaristischer und nationalsozialistischer Literatur gesichtet, zur Aussonderung kam es jedoch nicht.

Auch aus dem umfangreichen Bestand der ehemaligen Auskunftstelle für Schulwesen soll nur an einem Beispiel seine bedeutende Ergänzungsfunktion für eine bildungsgeschichtliche Forschungsbibliothek belegt werden und zwar an der Sammlung preußischer Schulprogramme/Jahresberichte (vgl. II, Beitrag 6). Ein Erlass des preußischen Kultusministeriums aus dem Jahr 1824 (vgl. Neigebaur 1826/1988, S. 272 ff.) verpflichtete alle höheren Schulen zur jährlichen Vorlage eines Schulprogramms. Mit diesem Begriff wurde eine lange Tradition von Schulschriften aufgenommen, die jedoch durch den Erlass eine strenge Normierung erfahren sollten. Dies betraf insbesondere den berichtenden Teil, der neben einer wissenschaftlichen Abhandlung verpflichtend war. Als nach 1875 die Anfertigung der wissenschaftlichen Abhandlung nicht mehr zwingend vorgeschrieben war,

dominierte der berichtende Teil, so dass es konsequent war, ab den 1890er Jahren die Schriftengattung in Jahresberichte umzubenennen.

Schulprogramme/Jahresberichte wurden an das jeweilige schulische Umfeld verteilt sowie an die vorgesetzten Behörden und gelangten im Tauschverfahren an viele Schulen. Es gab jedoch nur zwei Stellen, die bis 1915 alle Exemplare aus preußischen Schulen vollständig sammelten: die Preußische Staatsbibliothek in Berlin sowie die Bibliothek des Preußischen Kultusministeriums. Die letztgenannte Sammlung ging Anfang der 1920er Jahre zur Unterstützung ihrer Aufgaben an die Auskunftstelle für Schulwesen, die auch weiterhin zentraler und nunmehr einziger Sammlungsort für die in Preußen anzufertigenden Jahresberichte blieb.

Diese Sammlung ist vollständig erhalten, trotz einiger Brandschäden, die in der Folge eines Bombentreffers entstanden. Sie füllt im Bestand der BBF eine Lücke, die in ihrer Zeit als Pädagogische Zentralbibliothek entstanden ist. Denn bei der Verteilung der Aufgaben zwischen Berlin und Leipzig wurde die Comenius-Bücherei zur zentralen Sammelstelle für diese Schriftengattung bestimmt, worauf viele Exemplare aus dem Berliner Bestand nach Leipzig verlagert wurden. Dieser Verlust konnte mit der Übernahme der Sammlung der Auskunftstelle für Schulwesen mehr als kompensiert werden.

Die beiden hier nur kurz gestreiften Teilbestände der Bibliothek der Gesellschaft sowie der Auskunftstelle für Schulwesen, die um viele weitere Beispiele erweitert werden könnten, verdeutlichen das Prinzip, dass nicht mehr benötigte Bestände pädagogischer Gebrauchsbibliotheken ihren dauerhaften Ort in der auch als Archiv fungierenden bildungshistorischen Forschungsbibliothek finden.

Beschränkung und gleichzeitige Erweiterung des zu erwerbenden und dauerhaft aufzubewahrenden Wissensbestandes der BBF als bildungsgeschichtliche Forschungsbibliothek korrespondieren mit einer veränderten sozialen Orientierung. Tatsächlich gingen seit 1992 viele Benutzer der PZB verloren. Dies hatte neben der Änderung des Erwerbungsprofils allerdings weitere Gründe. Einige der früheren Benutzer aus der ehemaligen DDR verloren im Zusammenhang mit der Wende ihre Arbeitsmöglichkeit und damit eine zentrale Motivation zur Bibliotheksnutzung. Andere verloren die Bibliothek unfreiwillig aus den Augen nach-

dem sie kurz nach der Namensänderung (1992) auch noch Ende 1993 ihren Standort vom Alexanderplatz in die Warschauer Strasse verlegte. Schließlich musste es der BBF gelingen, durch Öffentlichkeitsarbeit in den alten Bundesländern bekannt zu werden.

Bis heute muss insgesamt von einer knappen Halbierung der Benutzer- und Ausleihzahlen ausgegangen werden. 1985 wurden in der PZB 60.442 Ausleihen registriert (Entwicklung im Fünfjahrplan 1981-1985. BBF/DIPF-Archiv, 13 807). 1997 lag dieser Wert noch bei 18.807 Ausleihen und steigerte sich bis 2005 wieder auf 35.512. Dieser Verringerung der Nutzungszahlen vor Ort stehen indessen Nutzungszahlen gegenüber, die sich im Zusammenhang mit Dienstleistungen im Rahmen der digitalen Bibliothek (vgl. dazu den folgenden Abschnitt 4) ergeben und ein erhebliches Wachstum aufweisen. Im Jahr 2005 konnten insgesamt 2.641 201 Onlinezugriffe auf die Website der BBF verzeichnet werden.¹⁴

Bedeutsamer noch als die quantitativen Veränderungen im Benutzungsbereich war der strukturelle Wandel der Bibliotheksbenutzer. Zwar sind in den Benutzungstatistiken der PZB keine Berufsgruppen ausgewiesen, trotzdem besteht kein Zweifel, dass Lehrer und Lehrerstudenten die weitaus größte Benutzergruppe darstellten. In der vor Ort-Nutzung der BBF dagegen spielt die Gruppe der Lehrer mit 4,2 % nur noch eine marginale Rolle. Die stärkste Gruppe mit 65,2 % sind Studierende, gefolgt von der Gruppe Sonstige mit 18,7 % und Wissenschaftlern mit 10,4 % (Quelle: Statistikdaten der Ausleihdatenbank der BBF). Auf welche Berufsgruppen sich die Onlinezugriffe verteilen ist mit den bisherigen Internet-Statistikprogrammen nicht ermittelbar.

Damit ist im Kontinuum der sozialen Orientierung ein Wandel eingetreten, der dem Wandel der Bibliothek folgte. Die Benutzer der Deutschen Lehrerbücherei waren Mitglieder des Deutschen Lehrervereins bzw. des NSLB. Diese enge Ausrichtung hat sich in der Zeit als Pädagogische Zentralbibliothek erweitert, denn nun stand sie als staatliche öffentliche Bibliothek nicht nur allen Berufsangehörigen zur Verfügung, sondern der Allgemeinheit. Mit der Gründung der BBF wurde der Bezug zu einem Beruf aufgehoben. Stattdessen wurde sie zu einem Ort nicht nur für Erziehungswissenschaftler, sondern für Studierende und Forscher aller

¹⁴ In dieser Zahl sind weder interne Zugriffe von PCs der BBF noch Zugriffe von Suchmaschinen enthalten.

geisteswissenschaftlichen Disziplinen, sofern sie Gegenstände und Themen der Bildungsgeschichte bearbeiten. Ihre Benutzer sind interdisziplinär in ihren Forschungsthemen und international hinsichtlich ihrer Herkunft. Sie sind miteinander weniger durch Berufsverbände oder gleiche Ausbildung verbunden, sondern durch soziale Netzwerke, etwa in Form von Fachgesellschaften.

4. Beiträge zu Dienstleistungen einer bildungshistorischen Forschungsbibliothek im Kontext einer digitalen Bibliothek

Der Begriff ‚digitale Bibliothek‘ ist seit einigen Jahren weit verbreitet. Eine Recherche dazu über die Internetsuchmaschine Google lieferte Mitte des Jahres 2006 1,9 Mio. Ergebnisse. Der Begriff findet auch in anderen Bereichen wie dem Verlagswesen Verwendung, vor allem jedoch im Bibliothekswesen. Angesichts dieser inflationären Verwendung ist es erstaunlich, dass es dafür keine konsensuelle Definition gibt. Er wird von Bibliotheken als Leitbegriff genutzt, unter dem bestimmte, von Einrichtung zu Einrichtung variierende Dienstleistungen subsumiert werden. Ein Minimalkonsens herrscht im Wesentlichen darin, dass digitale Bibliotheken im Unterschied zu traditionellen Bibliotheken nicht nur bibliographische Beschreibungen von Dokumenten zur Verfügung stellen, sondern auch die Dokumente selbst und zwar in digitaler Form (vgl. Ewert/Umstätter 1997, S. 13).

Im vorliegenden Zusammenhang wird der Begriff ‚digitale Bibliothek‘ nur für solche Dienstleistungen verwendet, die es Anwendern ermöglichen, von der Bibliothek erstellte oder verwaltete Dokumente, gleich welcher Art, über das Internet unmittelbar zu nutzen. Dazu sind mehrere Voraussetzungen zu erfüllen. Zum einen müssen Dokumente in digitaler Form hergestellt oder in digitale Form überführt werden. Die entstehenden Dateien erfordern zum Zweiten ein geeignetes Managementsystem, das nicht nur die Internetzugriffe verarbeitet, sondern auch Aufgaben der Datensicherung zu erfüllen hat. Zum Dritten müssen alle Funktionalitäten verfügbar sein, die es den Nutzern erlauben, am PC ihres Arbeitsplatzes Texte zu lesen, Bilder anzusehen oder Tondokumente anzuhören.

Die intensive, durch geschichtliche Forschung fundierte Kenntnis des Bestandes einer bildungsgeschichtlichen Forschungsbibliothek ist nicht nur für die systematische Erwerbung von Quellen und aktueller Forschungsliteratur grundlegend, sondern auch für darauf aufbauende Dienstleistungen der Bestandserschließung und der Bibliotheksbenutzung. Um diese jedoch, entsprechend der neuen sozialen Orientierung und unter Verwendung der neueren Technologien so ausgestalten zu können, dass sie interdisziplinär und vor allem international nutzbar sind, mussten nach der Wende Anpassungen vorgenommen werden, die alle Bibliotheken der

neuen Bundesländer zu leisten hatten, um im gesamtdeutschen Bibliothekswesen ihren Platz zu finden. Dies betraf im Wesentlichen zum einen die Übernahme der bibliothekarischen Standards der alten Bundesrepublik, zum anderen den Aufbau einer leistungsfähigen EDV (vgl. II, Beitrag 7). Beide Voraussetzungen waren unabdingbar zu erfüllen um eine überregionale Rolle in Deutschland und darüber hinaus übernehmen zu können.

Die Anpassung an die bibliothekarischen Standards betraf zunächst eine vergleichsweise geringfügige Modifikation der Alphabetischen Katalogisierung sowie die Umstellung auf die Inhaltserschließung nach den „Regeln für den Schlagwortkatalog“¹⁵. Bei der Gestaltung der EDV-Infrastruktur galt insbesondere der Auswahl der Datenbank besondere Sorgfalt, die sich zur Verzeichnung der im Bestand der BBF vorhandenen Quellen eignen musste. Zwei Gesichtspunkte waren dabei zu beachten. Zum einen musste die Software eine Perspektive zur künftigen Teilnahme an die damals bestehenden bzw. gerade im Aufbau befindlichen regionalen Bibliotheksverbänden in Deutschland gewährleisten und damit eine Anschlussfähigkeit an die Datenfernübertragung ermöglichen. Ein erster Schritt in diese Richtung gelang bereits 1996 mit dem Anschluss an den Hessischen Bibliotheksverbund, weitere folgten in den nächsten Jahren. So schloss sich die BBF nach und nach dem Verbund der Zeitschriftendatenbank sowie dem Kooperativen Bibliotheksverbund Berlin-Brandenburg an und beteiligte sie sich mit ihren Ressourcen an mehreren Fachportalen wie etwa Clio-Online, Fachportal Pädagogik, dem Zentralen Verzeichnis Digitalisierter Drucke oder WEBIS¹⁶.

Zum anderen musste die Datenbank genügend Flexibilität aufweisen, um spezifische Dienstleistungen für eine bildungsgeschichtliche Forschungsbibliothek entwickeln zu können. Dazu zählen aktuell Angebote wie die Bibliographie Bildungsgeschichte und Scripta Paedagogica Online. Im Kontext der digitalen Bibliothek können schließlich Projekte entwickelt werden, die aufgrund vorhandener

¹⁵ Die ‚Regeln für den Schlagwortkatalog‘ sind heute das grundlegende Instrumentarium für die Inhaltserschließung von Bibliotheksbeständen in wissenschaftlichen Universalbibliotheken, in Öffentlichen Bibliotheken, mit Einschränkung auch in Spezialbibliotheken. Sie finden Verwendung in Deutschland, Österreich und der deutschsprachigen Schweiz. Ergänzend zum Regelwerk wurde mit der ‚Schlagwortnormdatei‘ ein Pool mit normierten Begriffen ausgebaut, der permanent weiterentwickelt wird.

¹⁶ Gebildet aus **WEB** und **B**ibliotheks**I**nformations**S**ystem. WEBIS ist eine Webseite, die alle im DFG-System beteiligten Sondersammelgebietsbibliotheken, Zentrale Fachbibliotheken und Spezialbibliotheken zusammenfasst.

oder antizipierbarer Forschungsbedürfnisse die traditionelle Beschränkung auf Texte überwinden wie *Pictura Paedagogica Online* und *Vox Paedagogica Online*.

4.1. Bibliographie Bildungsgeschichte

Der Anspruch der BBF als bildungsgeschichtliche Forschungsbibliothek, die Gesamtheit der aktuellen Forschungsliteratur zum Sammlungsprofil zu erwerben, bildet das Potential, um eine jährlich erscheinende Bibliographie erarbeiten zu können (vgl. II, Beitrag 8). Die Bibliographie Bildungsgeschichte gehört wie die monatlich erscheinenden Neuerwerbungsverzeichnisse und die Reihe ‚Bestandsverzeichnisse zur Bildungsgeschichte‘ (vgl. III, 60-65, 68, 70, 76, 84, 89) in den Kontext der von der BBF geleisteten aktiven Informationsversorgung (vgl. Ewert/Umstätter 1997, S. 11). 1994 wurden dazu erste Überlegungen angestellt und Kooperationspartner gesucht¹⁷. Indendiert ist eine vollständige Verzeichnung von deutschsprachiger aktueller bildungsgeschichtlicher Forschungsliteratur, die durch Aufsätze einiger englischsprachiger Zeitschriften ergänzt werden. Grundsätzlich werden nur Titel verzeichnet, die sich von ihrem methodischen Ansatz und Ertrag als Forschungsleistungen erweisen. Die Konzeption wurde in Zusammenarbeit mit einer Arbeitsgruppe erstellt, der Bildungshistoriker aus Berlin und Potsdam angehörten. Dadurch sollte gewährleistet werden, dass die Nutzerperspektive in ausreichender Form berücksichtigt wird.

Zunächst musste die bisherige Literaturschließung in zweierlei Weise erweitert werden. Zum einen war eine tiefere Inhalterschließung erforderlich. Dazu musste der Schlagwortpool (Schlagwortnormdatei) ergänzt werden, der in den großen Universalbibliotheken für die Inhalterschließung Verwendung findet. Auf der Grundlage historischer Nachschlagewerke zur Pädagogik wurde in der BBF ein

¹⁷ In der Anfangsphase waren beteiligt: Arbeitsgruppe Historische Pädagogik der Schweizerischen Gesellschaft für Bildungsforschung (SGBF), Pestalozzianum Zürich, Philipps-Universität Marburg und Universität Wien. Gegenwärtig setzt sich die Redaktion aus Vertretern folgender Einrichtungen zusammen: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften (Akademievorhaben Jahresberichte für Deutsche Geschichte), Pädagogische Hochschule Zürich (Informationszentrum), Pädagogische Hochschule Zürich (Institut für Historische Bildungsforschung Pestalozzianum), Universität Klagenfurt (Abt. für Historische und Systematische Pädagogik).

„Bildungshistorischer Thesaurus“ erarbeitet, der ausschließlich historische Deskriptoren für Sachverhalte enthält, die durch heutige Begriffe nicht angemessen repräsentiert werden können. Dieser Thesaurus wird analog zu den „Regeln für den Schlagwortkatalog“ benutzt. Zum anderen wurde die in Bibliotheken übliche Beschränkung auf die Erschließung von Monographien aufgebrochen. In die Bibliographie werden seit 1994 ergänzend Aufsätze aus Zeitschriften und Sammelwerken sowie Rezensionen aufgenommen, sofern sie sich mit Bildungsgeschichte befassen.

Die Titel sind in der Bibliographie alphabetisch geordnet. Über mehrere Register sind jedoch auch systematische Zugänge möglich. Schließlich wurde von Anfang an eine weitere Möglichkeit zur Verbesserung der Recherchierbarkeit realisiert. Jedem Band wird eine Datenbank beigelegt – zunächst auf Diskette, später auf CD-ROM –, die nicht nur die Titel des aktuellen Bandes der Jahresbibliographie enthält, sondern auch jene der früheren Jahrgänge.

Seit dem Erscheinen des ersten Jahrgangs der Bibliographie Bildungsgeschichte im Schneider-Verlag Hohengehren im Jahr 1995 hat sich der Nachweis neu erschienener bildungsgeschichtlicher Forschungsliteratur verbessert. Um sich die verzeichnete Literatur zu beschaffen, mussten Benutzer der Bibliographie jedoch zu Anfang vielfach den mitunter langwierigen Weg der Fernleihe begehen. Um dieses Verfahren effizienter zu gestalten, hat sich die BBF bemüht, schon frühzeitig die Vorteile des Internets zu nutzen. Mitte der 1990er Jahre wurden die notwendigen technischen Modifikationen vorgenommen, die es ermöglichten, die Bibliotheksdatenbank über das Internet zu recherchieren. Wenig später wurden dann die ersten Online-Bestellfunktionen eingerichtet, über die alle seit dem ersten Jahrgang in der Bibliographie verzeichneten Aufsätze aus Zeitschriften und Sammelwerken über Internet in der BBF bestellt werden können (vgl. II, Beitrag 9). Die Lieferung erfolgt seitdem in Form von Kopien und wird wahlweise per Post oder Fax angeboten. Diese Dienstleistung wurde im Folgenden ausgedehnt auf alle Aufsätze im Bestand der BBF, sofern eine solche Bearbeitung durch den Erhaltungszustand des Dokuments zu verantworten ist.

Mittlerweile werden in der Bibliographie Bildungsgeschichte nicht nur gedruckte Texte nachgewiesen, sondern auch elektronische Publikationen. Viele davon sind

über das Internet frei zugängliche Dokumente mit einer festen Adresse, den sogenannten URLs (Uniform Resource Locator). Diese Adresse wird in der Bibliographie der bibliographischen Beschreibung der entsprechenden Publikationen beigelegt. Der Datenbanknutzer bekommt einen Link angezeigt (Online-Zugang), über den er sich sofort das entsprechende Dokument anzeigen lassen kann, sofern er über einen Internetanschluss verfügt.

Ein Teil der in der Bibliographie verzeichneten elektronischen Publikationen sind Rezensionen, die im Kontext des Projekts Historische Bildungsforschung Online entstanden sind (s.u.). Diese Texte sind auf dem Web-Server der BBF gespeichert und bilden damit einen Teilbestand im Rahmen des digitalen Bibliotheksangebots der BBF.

Sowohl die Online-Bestellfunktion für Aufsätze als auch die Ermöglichung des Online-Zugriffs auf elektronische Publikationen im Web wurden nicht nur im Zusammenhang mit der Datenbank der Bibliographie Bildungsgeschichte realisiert, sondern zeitgleich auch für den Online-Katalog der BBF. Für Benutzer des Online-Katalogs wurde darüber hinaus auch eine Online-Ausleihe für Bücher eingerichtet, die für Angehörige einiger Universitäten nutzbar ist, die mit der BBF eine zur Absicherung der Buchrückgabe notwendige Vereinbarung getroffen haben. Dieses Verfahren war jedoch von vornherein nur als Übergangslösung für ein umfassenderes Verfahren im Rahmen des Kooperativen Bibliotheksverbundes Berlin-Brandenburg vorgesehen, das seit 2005 schrittweise verwirklicht wird.

4.2. Scripta Paedagogica Online

Mit der Bibliographie Bildungsgeschichte und den Online-Bestellmöglichkeiten bewegte sich die BBF noch weitgehend auf traditionellem bibliothekarischem Boden, wenn auch durch die neuen Technologien mit verbesserter Leistung. Damit waren jedoch die Möglichkeiten, die sich mit der Einführung des Internets andeuteten, noch längst nicht ausgeschöpft. Gerade für eine Forschungsbibliothek mit ihrer im Vergleich zu Gebrauchsbibliotheken unspezifischeren sozialen Ori-

entierung bietet das Internet alternative Wege zu zeit- und ortsunabhängigen Dienstleistungsangeboten.

Ergänzend zum traditionellen Bibliotheksbestand wird deshalb ein digitaler Korpus bildungshistorischer Texte aufgebaut, der sich seit seinen Anfängen im Jahr 1998 unter dem Namen Scripta Paedagogica Online als eigenständiges Angebot etabliert hat und dauerhaft weitergeführt wird (vgl. II, Beiträge 10 u. 11 sowie III, 21, 23).

Scripta Paedagogica Online ist ein digitales Textarchiv zur deutschsprachigen Bildungsgeschichte. Der Anstoß dazu erfolgte durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft, die Ende der 1990er Jahre den Aufbau einer auf den neuen Informationstechnologien basierenden Verbundförderkonzeption für Wissenschaft und Forschung vorschlug. In der Folge wurden - nicht nur von Seiten der DFG - beträchtliche Mittel zur Verwirklichung einer ‚verteilten digitalen Forschungsbibliothek‘ zur Verfügung gestellt. Als eine der konzipierten Aktionslinien wurde die Digitalisierung gedruckter Materialien bezuschusst, die dann in einem zweiten Schritt virtuell miteinander verbunden werden sollten. Auf diese Weise sollten eine Mehrzahl von Bibliotheken Teile ihres Bestandes in eine neue Form überführen, die über spezielle Softwarelösungen so zusammengeführt werden, dass sie nicht nur über die Websites der jeweils bearbeitenden Bibliotheken benutzbar sind, sondern über Internetfachportale zusammengefasst werden können¹⁸.

Grundlegend für einen erfolgversprechenden Förderantrag an die DFG war der Nachweis der Forschungsrelevanz des zu digitalisierenden Textkorpus - eine Anforderung, die mit dem Anliegen einer Forschungsbibliothek korrespondiert. Angesichts der Masse an Literatur im Bestand der BBF musste deshalb ein Wissensbestand ausgewählt werden, der besonders geeignet ist, den Diskurs in der historischen Bildungsforschung zu befördern. Die Entscheidung fiel zugunsten von älteren pädagogischen Zeitschriften und Nachschlagewerken mit Erscheinungsjahren von der Mitte des 18. Jahrhunderts bis 1945 aus. In diesem Zeitraum erfolgte die Verberuflichung pädagogischer Tätigkeiten und setzte ihre Professionalisierung ein. Zugleich etablierte sich die Erziehungswissenschaft zur eigenständigen Disziplin. Diese Entwicklung, die sich als Aus- und Binnendifferenzierung von Pro-

¹⁸ Beispiele hierfür sind Clio online (<http://www.clio-online.de/>) und das Zentrale Verzeichnis Digitalisierter Drucke (<http://www.zvdd.de/>).

fession und Disziplin charakterisiert, lässt sich an dem ausgewählten Bestand dokumentieren.

Die ersten pädagogischen Nachschlagewerke richteten sich an alle, die praktisch mit Erziehungsaufgaben zu tun hatten. In der 1797 erschienenen Pädagogischen Encyclopädie von Gottfried Immanuel Wenzel, einem der frühesten pädagogischen Nachschlagewerke des deutschsprachigen Raums, wird im Untertitel der angesprochene Adressatenkreis aufgeführt und wie folgt benannt: Väter, Mütter, Erzieher, Hebammen, Ammen und Wärterinnen. Der in diesem Band zusammengestellte Wissensbestand bezog nicht nur pädagogische Kenntnisse mit ein. Daneben findet sich eine Vielzahl von Artikeln, die aus heutiger Sicht anderen disziplinären Kontexten zuzuordnen sind, etwa der Philosophie, der Theologie oder auch der Medizin.

In später erschienenen Nachschlagewerken zeigen sich sowohl deutliche Ausdifferenzierungstendenzen gegenüber anderen Disziplinen als auch erste Binnendifferenzierungen. So wendet sich das 1840-42 erschienene ‚Universal-Lexicon der Erziehungs- und Unterrichtslehre‘ ausschließlich an Volksschullehrer und die Beiträge beziehen sich überwiegend auf jene Wissensbestände, wie sie sich im Diskurs der Berufsangehörigen zu diesem Zeitpunkt systematisch herausgebildet haben.

Zur Verfolgung dieses fortwährenden Diskurses der Berufsangehörigen sind pädagogische Zeitschriften in besonderer Weise geeignet. In ihnen wird die berufliche Praxis reflektiert, diskutiert und zu systematisierten Wissensbeständen vorangetrieben. Vor allem durch die Häufigkeit ihres Erscheinens ermöglichen und befördern sie den fachlichen Diskurs, der sich sukzessive auf Spezialgebiete konzentriert. Dies führte zu zahlreichen Neugründungen von Zeitschriften, die die Binnendifferenzierung von Beruf, Profession und Disziplin widerspiegeln.

Ältere pädagogische Zeitschriften und Nachschlagewerke sind somit eine bedeutende Ressource zur Erweiterung des systematischen Wissensbestandes der historischen Bildungsforschung. Der Bestand erfüllte damit die Kriterien, die die DFG zur Genehmigung von Förderanträgen zur Digitalisierung gedruckter Materialien vorgegeben hat. Allerdings übersteigt der in der BBF vorhandene Bestand mit knapp 4000 vor 1945 erschienenen Zeitschriften bei weitem die Kapazitäten der

BBF, die für ein solches Projekt zur Verfügung gestellt werden können. Deshalb musste in Zusammenarbeit mit Berliner und Potsdamer Bildungshistorikern eine begründete Auswahl getroffen werden, die insbesondere ihre Relevanz für aktuelle bildungshistorische Fragestellungen begründete. Insgesamt 102 Zeitschriften und 23 Nachschlagewerke wurden selektiert, die in zwei Projektabschnitten zwischen 1998 und 2006 bearbeitet wurden.

Im Projektverlauf erwies es sich, dass der Bestand der BBF insbesondere bei den Zeitschriften Lücken aufwies. So fehlten bei einer beachtlichen Zahl der Titel einzelne Jahrgänge, einzelne Hefte oder einzelne Seiten. Entsprechend dem Anspruch einer Forschungsbibliothek, den Quellenbestand des Sammelprofils möglichst vollständig zu sammeln, wurden diese Lücken in der digitalen Ausgabe durch Bestände anderer Bibliotheken gefüllt. Zahlreiche Bände mussten im Verlauf des Projektes über Fernleihe besorgt werden, um zu erreichen, dass jede der bearbeiteten Zeitschriften und jedes der digitalisierten Nachschlagewerke vollständig erfasst werden konnten.

Aus Benutzerperspektive bietet das digitale Textarchiv den Vorteil, dass der bearbeitete Bestand vollständig an einem Standort zugänglich ist. Zuvor mussten Bildungshistoriker mehrere Bibliotheken in gegebenenfalls unterschiedlichen Orten aufsuchen, um die heute über Internet verfügbaren Quellen in gleicher Vollständigkeit zu finden. Damit wurde kein neuer Wissensbestand erstellt, sondern nur die Benutzungsmöglichkeiten verbessert. Allerdings wurde ergänzend zur Digitalisierung eine Datenbank aufgebaut, in die alle Aufsätze der bearbeiteten Zeitschriften und Nachschlagewerke katalogisiert wurden. Dadurch kann nach jedem Autor und jedem Titel der einzelnen Beiträge recherchiert werden.

Der Nutzen der Ressource zeigt sich an vielen positiven Resonanzen, die durch einzelne Forscher in unterschiedlicher Form der BBF in den letzten Jahren zugehen, vor allem aber wird er durch die Entwicklung der Zugriffszahlen dokumentiert. Während im Jahr 2004 451.719 Seiten aufgerufen wurden, waren es 2005 1.109.488¹⁹.

Die im Rahmen des DFG-Projekts digitalisierten pädagogischen Zeitschriften und Nachschlagewerke bilden den Grundstock für ein immer weiter anwachsendes

¹⁹ In diesen Zahlen sind weder interne Zugriffe von PCs der BBF noch Zugriffe von Suchmaschinen enthalten.

digitales Textarchiv zur Bildungsgeschichte. Erweitert wurde der Bestand zwischenzeitlich um einige preußische Schulprogramme/Jahresberichte und Lehrerzeichnisse, die im Rahmen von Vergabe-Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gesammelt und erschlossen wurden.

Die bislang beschriebenen Materialien wurden jedoch lediglich als Images gescannt²⁰, damit ist eine Volltextsuche in diesen Dokumenten ausgeschlossen. Einen anderen Weg beschreiten die Editionsprojekte der BBF, von denen das erste, eine kommentierte Ausgabe der pädagogischen Werke Adolf Reichweins, im Jahr 2001 als DFG-Projekt begann. Dabei wurden alle Publikationen Adolf Reichweins als Volltext erfasst. Parallel zur Erfassung wurden die Texte nach den Richtlinien der Text Encoding Initiative (TEI) ausgezeichnet²¹, ein Verfahren, das die BBF zum ersten Mal im Bereich der deutschsprachigen Bildungsgeschichte anwendet.

²⁰ Um gedruckte Texte als Volltexte zu digitalisieren muss die Vorlage in einer Qualität vorliegen, die es ermöglicht, dass die gescannte Seite durch eine geeignete Software, sogenannte OCR-Programme (optical character recognition), bearbeitet werden kann. Die Software übernimmt dabei die Aufgabe, die gepixelten Zeichen als Buchstaben, Ziffern oder Sonderzeichen zu interpretieren. Bei neueren gedruckten Texten gelingt dieses Verfahren bereits sehr gut. Anders verhält es sich bei älteren gedruckten Dokumenten, vor allem bei solchen, die in Frakturschrift gesetzt wurden. Die Fehlerrate bei allen bisher zur Verfügung stehenden OCR-Programmen ist in diesen Fällen sehr hoch und würde einen unverhältnismäßig hohen Korrekturaufwand erfordern. Aus diesem Grund werden gegenwärtig ältere Texte in der Regel nicht als Volltexte, sondern nur als Bilder gescannt.

²¹ Textauszeichnung nach den TEI-Richtlinien ist insbesondere in den Literaturwissenschaften international weit verbreitet, aber auch historische Quellen werden zunehmend entsprechend diesem Standard ausgezeichnet.

Die TEI-Guidelines

- basieren auf den Erfahrungen bei der Erstellung konventioneller Texteditionen, zwingen also nicht dazu, Formate, die ursprünglich für einen ganz anderen Einsatzzweck entwickelt wurden, in arbeitsaufwendiger Weise anzupassen;
- verwenden als Grundlage die standardisierte Auszeichnungs-Metasprache SGML bzw. inzwischen vorzugsweise XML;
- sind modular aufgebaut und damit an verschiedene Textarten anzupassen.

In diesem Zusammenhang ist insbesondere die Verwendung von SGML/XML hervorzuheben. Es handelt sich um einen offenen, nicht herstellerebenen Standard, so dass keine Bindung an eine bestimmte Hardware, Betriebs- oder Anwendungssoftware zu befürchten ist. Die stetig zunehmende Verbreitung von XML hat dafür gesorgt, dass zahlreiche Werkzeuge zur Erstellung und Weiterverarbeitung von XML-Dokumenten verfügbar sind.

Die TEI-Guidelines beschäftigen sich ausschließlich mit der Struktur des auszuzeichnenden Textes, während keinerlei Festlegungen über Aussehen oder Ausgabeform getroffen werden. Diese Umwandlung in eine dem gewohnten Lese- und Rezeptionsverhalten entsprechende Form geschieht z. B. mit Hilfe von sogenannten Stylesheets, die in der Regel nicht nur für ein Dokument, sondern für eine Vielzahl von Texten verwendet werden können. Auf diese Weise ist etwa die Herstellung von HTML- oder PDF-Fassungen möglich, aber auch die Generierung von Konkordanzen oder E-Book-Formaten.

Der TEI-Text der Werke Reichweins wird für eine vollständige elektronische Ausgabe aufbereitet, die sich derzeit in Vorbereitung befindet. Auf der Grundlage der TEI-Dokumente ist ferner eine gedruckte Ausgabe aller pädagogischen Schriften Reichweins in fünf Bänden vorgesehen, der eine CD-ROM des Gesamtwerks beigegeben wird.

Seit 2005 wird ein weiteres DFG gefördertes Computereditionsprojekt in der BBF bearbeitet. Es handelt sich um eine Gesamtausgabe der Briefe Friedrich Fröbels, die bezüglich der technischen Umsetzung in gleicher Weise wie die Werkausgabe Adolf Reichweins hergestellt wird. Nach Fertigstellung ist vorgesehen, diese umfangreichen Textkorpora, denen weitere folgen sollen, über Scripta Paedagogica Online nutzbar zu machen.

4.3. Pictura Paedagogica Online

Mit dem Aufbau eines weiteren Projektes im Rahmen der digitalen Bibliothek der BBF wurde partiell ein Quellenbestand errichtet, der zuvor nirgendwo verzeichnet und damit schwer zugänglich war. Es handelt sich um Pictura Paedagogica Online (PPO), ein digitales Bildarchiv zur Bildungsgeschichte, das im Jahr 2000 mit finanzieller Förderung der DFG seinen Anfang nahm (vgl. II, Beitrag 12, sowie III, 32, 33, 40-42, 45, 46, 48, 49, 54, 55, 59).

Sammlungen bildungshistorischer Abbildungen gab es allerdings schon vorher. Robert Alt etwa legte eine Fotosammlung an, die rund 12 000 Abbildungen zur Erziehungs- und Schulgeschichte umfasste (vgl. Basikow/Lost 2005). Im Vergleich zu den älteren Sammlungen bildungshistorischer Abbildungen konnte in PPO jedoch der Umfang erheblich erweitert werden (Bildbestand Mitte 2006: rund 35 000). Dies hat zur Folge, dass der Forschung bislang weitgehend unbekanntes Abbildungen in qualitativ hochwertige Reproduktionen zur Verfügung stehen.

Den Anstoß für Pictura Paedagogica Online bildete die seit den 1980er Jahren in der historischen Bildungsforschung immer wieder formulierte Kritik an der Vernachlässigung von Bildern als eigenständige Quellen. Mehrere Tagungen widme-

ten sich dem Thema, deren Beiträge in Sammelbänden dokumentiert wurden. Be-
fruchtend für diese Debatte erwiesen sich Anregungen des Kunsthistorikers Erwin
Panofsky, der eine Bildinterpretationsmethode für alle Geisteswissenschaften
vorlegte (vgl. Panofsky 1975, 1980). In einem dreigestuften Verfahren unter-
scheidet er zwischen vorikonographischer Beschreibung, ikonographischer Ana-
lyse im engeren Sinn und ikonographischer Analyse im tieferen Sinn, die er auch
als Ikonologie bezeichnet. Dieser methodische Ansatz wurde auf pädagogische
Fragestellungen übertragen und spezifiziert, mit dem Ergebnis, Vorschläge für
eine ‚Pädagogische Ikonologie‘ zu formulieren.

Panofskis Ansatz fand indes nicht nur Zustimmung, sondern stieß gleichermaßen
auf Skepsis und Kritik²², die zu alternativen methodischen Konzepten führten.
Konsens stellt sich jedoch darüber ein, dass bildungshistorische Abbildungen eine
bedeutende und eigenständige Quelle der Forschung sein können und bislang in
der historischen Bildungsforschung vernachlässigt wurden. Dieses Defizit wurde
unter anderem damit begründet, dass der Zugang zu einem notwendig umfangrei-
chen Quellenbestand mit einem Arbeitsaufwand verbunden sei, der von einem
einzelnen Forscher kaum geleistet werden kann. Deshalb schlug Franz Pöggeler
1992 vor, ein ‚Zentralarchiv zur Bildgeschichte der Bildung‘ zu begründen.

Mit PPO wird diese Anregung aufgenommen. Allerdings ist es kein Archiv in
dem Sinne, dass analoge Bilddokumente gesammelt und archivarisch verwahrt
werden. Vielmehr handelt es sich im Kern um eine Datenbank, in die verschie-
dene bereits bestehende Sammlungen virtuell integriert werden, ohne dass sich der
Standort der Originale verändert. Derzeit sind erst drei Sammlungen in PPO ver-
einigt, aber das System ist offen für weitere. Die Kriterien für die Aufnahme von
Bildern vernachlässigen dabei deren künstlerische Qualität. Stattdessen liegt die
Betonung auf den Bildinhalten, die relevant sein müssen zur Beantwortung bil-
dungshistorischer Fragestellungen.

Zur Verbesserung der Nutzungsmöglichkeiten werden alle in PPO verzeichneten
Bilder inhaltlich erschlossen. In Anlehnung an die Panofskischen Interpretations-

²² Johannes Bilstein fasst einige Kritikpunkte an der ikonographischen Methode zusammen: „Oft
allzu intuitiv vorgehend, die sozialen Hintergründe der bearbeiteten Bilder ignorierend, die
Vielfalt des visuellen Materials vereinheitlichend, literarisch und logozentrisch orientiert“
(Bilstein 2004, S. 34, vgl. aber auch positiver wertend Schmitt/Link/Tosch 1997,
Pilarczyk/Mietzner 2005).

stufen beschränkt sich die Erschließung jedoch überwiegend auf die vorikonographische Beschreibung, die sich jedoch als Rechercheinstrumentarium für weitergehende ikonographische oder ikonologische Analysen eignet. PPO versteht sich als Ressource für bildungshistorische Forschung, nicht als eigenständiges Forschungsprojekt.

Der überwiegende Teil der Bilddatenbank entstammt Buchillustrationen aus der Sammlung ‚Alte Drucke‘ der BBF. Ein erheblicher Teil dieser Bände wurde seit vielen Jahren nicht benutzt, so dass davon ausgegangen werden kann, dass die in diesen Bänden enthaltenen Abbildungen bislang weitgehend unbekannt sind. Es handelt sich also um einen partiell neuen Wissensbestand für die historische Bildungsforschung. Zudem konnte mit diesem Projekt innerhalb der sozialen Orientierung auch eine Ausdehnung des disziplinären Kontextes erreicht werden. Denn neben historiographisch arbeitenden Erziehungswissenschaftlern und Fachhistorikern greifen auch Kunsthistoriker und Ethnologen auf die Datenbank zu. Die Zugriffszahlen weisen ähnliche Steigerungsraten auf wie bei Scripta Paedagogica Online. 2004 konnten 162.072 Zugriffe gezählt werden, die sich im Jahr 2005 auf 403.985 steigerten²³.

4.4. Vox Paedagogica Online

Die dritte und bislang letzte Etappe im Aufbau einer digitalen Bibliothek der BBF bildet das Projekt Vox Paedagogica Online. Langfristig versteht es sich als ein digitales Tonarchiv zur deutschsprachigen Bildungsgeschichte des 20. Jahrhunderts. In der derzeitigen Phase konzentriert es sich auf Selbstdarstellungen emeritierter Erziehungswissenschaftler des deutschsprachigen Raums (vgl. II, Beitrag 13).

Selbstdarstellungen von Pädagogen weisen eine lange Tradition auf. Seit Diesterwegs in den Jahren 1835/36 publizierten Bänden ‚Das pädagogische Deutschland der Gegenwart‘ wurden in unregelmäßigen Abständen Sammelbände mit Selbstdarstellungen herausgegeben. Dazu zählen ‚Galerie berühmter Pädagogen, ver-

²³ In diesen Zahlen sind weder interne Zugriffe von PCs der BBF noch Zugriffe von Suchmaschinen enthalten.

dienter Schulmänner, Jugend- und Volksschriftsteller und Componisten aus der Gegenwart in Biographien und biographischen Skizzen' (Heindl 1858–59), ‚Pädagogik der Gegenwart in Selbstdarstellungen' (Hahn 1926-27) und ‚Pädagogik in Selbstdarstellungen' (Pongratz 1975-82). Zunächst enthielten sie vorwiegend Beiträge von Schulpraktikern, später dominierten Angehörige der Disziplin.

In diese Tradition fügt sich Vox Paedagogica Online ein. Im Gegensatz zu den vorgenannten Bereichen der digitalen Bibliothek werden jedoch keine bestehenden, historischen Dokumente bearbeitet, sondern es entstehen neue. Seit Ende 2003 werden emeritierte Erziehungswissenschaftler um eine Beteiligung an dem Projekt gebeten. Die gesprochenen Selbstdarstellungen werden aufgenommen, bearbeitet und über das Internet zum Abhören bereitgestellt.

Damit weist Vox Paedagogica Online eine systematische Differenz gegenüber den früheren Sammlungen mit Selbstdarstellungen auf, die eine Bereicherung des pädagogischen Wissensbestandes bietet. Denn Tondokumente, so unsere These, haben wie Abbildungen einen eigenständigen Quellenwert, d.h. sie vermitteln Erkenntnisse, die sich aus Text- oder Bilddokumenten nicht oder nicht so gut erschließen lassen. Dies betrifft den Sprachstil, der während der Selbstdarstellung zwischen Fachsprache und Umgangssprache changiert, die Stimmlage, die Geschwindigkeit des Sprechens, Dialekteinflüsse u.a.m. Im Gespräch spontan verwendete rhetorische Stilmittel und Stilfiguren wie etwa Ironie erlauben unmittelbarere und nuancenreichere Akzentuierungen, als dies den meisten in Schriftform, zumal in wissenschaftlichen Publikationen, auszudrücken möglich ist.

Neben Erkenntnismöglichkeiten, die sich durch weitergehende gesprächs- und kommunikationsanalytische Methoden eröffnen, bieten die Tondokumente zunächst Hinweise zur Biographie, vor allem zum Bildungsgang des jeweiligen Selbstdarstellers. Den größten Raum beanspruchen jedoch Reflexionen zur Entwicklung der Erziehungswissenschaft seit den 1950er Jahren. Dies betrifft zum einen jene Denktraditionen, denen sich der Selbstdarsteller selbst verpflichtet sieht. Zum anderen werden jedoch auch Netzwerke und Personenkonstellationen erkennbar, die einen Beitrag zum Verständnis der Disziplingeschichte leisten.

Als Teilbereich der digitalen Bibliothek sind die Selbstdarstellungen über Internet verfügbar. Dazu werden sie in mehrere, kapitelartig untergliederte Tondokumente

aufgeteilt. Parallel zum Abhören, aber auch unabhängig davon, sind weitere Informationen zu jedem Selbstdarsteller verfügbar wie Fotos, tabellarischer Lebenslauf, Personenindex sowie Literaturhinweise.

Eine Aussage zur Resonanz ist noch nicht möglich. Die Dokumente wurden Anfang 2006 anlässlich eines Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft (DGfE) freigeschaltet, d.h. erst seit diesem Zeitpunkt ist ein öffentlicher Zugang möglich. Im Rahmen einer Veranstaltung im Vorprogramm des Kongresses wurden das Konzept und die Nutzungsmöglichkeiten erläutert. Daran anschließend wurden Statements aus der Perspektive von Lernenden, Lehrenden und Forschenden abgegeben, die immerhin eine Tendenz zum zukünftigen Nutzen erkennen lassen. Aus Sicht der Lernenden wird betont, dass die Kombinationsmöglichkeit verschiedener Quellen besonders reizvoll sei. Die Tondokumente würden durch die Studierenden guten Zuspruch finden, da sich damit auch ein Stück der Persönlichkeit des Sprechers transportieren lasse. Aus der Perspektive der Lehrenden wird die Quellenkritik hervorgehoben, die den Einsatz der Tondokumente begleiten müsse. Sie könnten deshalb in einer ‚forschenden‘ Veranstaltung einen eigenen Stellenwert erhalten, in der bewusst und reflektiert Wissen produziert würde. In der Sichtweise des historischen Bildungsforschers wird der Quellencharakter der Dokumente unterstrichen, dessen Bedeutung sich erst in der Zukunft erweisen würde²⁴.

In allen drei Statements wurde ebenso nachdrücklich eine Fortsetzung des Projektes gefordert, wie von Seiten der Diskussionsteilnehmer, da die entstandenen Quellen in der Lage seien, den Wissensbestand zu erweitern.

²⁴ Die Statements wurden publiziert im Rundbrief der Sektion Historische Bildungsforschung in der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft 15 (2006), S. 64-71.

5. Die Leistungen der BBF als ein Zentrum des interdisziplinären Diskurses

Wie bereits schon bemerkt, erweiterte die Herzog August Bibliothek in Wolfenbüttel 1983 ihren Namen um den Zusatz ‚Arbeitsstätte zur Kultur- und Geistesgeschichte der frühen Neuzeit‘. Mit dem Begriff ‚Arbeitsstätte‘ betonte sie den Raum, in dem Forschung betrieben werden sollte, und dieser Raum war zu dieser Zeit ausschließlich innerhalb der Mauern der Bibliothek denkbar. Zwar stand sie in Verbindung zu vielen Geisteswissenschaftlern ihres fachlichen Umfelds, für die sie Arbeitskreise, wissenschaftliche Tagungen und Ausstellungen organisierte, die aber ebenfalls durchweg in den Räumen der Bibliothek stattfanden.

Historische Bildungsforschung Online

Mit der Verbreitung des Internets in den 1990er Jahren eröffneten sich Erweiterungsmöglichkeiten bisher unbekanntem Ausmaßes, die gerade für Forschungsbibliotheken angesichts ihrer sozialen Orientierung große Chancen bot. Bald wurden neue Begriffe gefunden, wie ‚virtueller Raum‘, und es wurden Konzepte entwickelt, wie sich solche Räume gestalten lassen, damit sie eine Beförderung von Wissenschaft leisten können. Es entstanden viele Konzepte, die zum Aufbau einer Vielzahl von virtuellen Räumen führten, davon auch eine ganze Reihe, die sich mit bildungshistorisch relevanten Themen befassen. Angesichts der Vielzahl und der damit drohenden Unübersichtlichkeit entstanden parallel Konzepte, die sich auf fachlich zusammengehörende Angebote fokussierten. Entsprechend dem Bild vom virtuellen Raum wurden solche Angebote als Fachportale bezeichnet. Fachportale sollen Internetangebote unterschiedlichster Art disziplinär bündeln und so den Zugang zu einschlägigen Materialien insbesondere für wissenschaftliche Nutzer erleichtern.

Seit Ende der 1990er Jahre hat sich die BBF bemüht, die Begrenzung auf die realen Räumlichkeiten der Bibliothek aufzuheben. Die bereits beschriebenen Angebote im Rahmen der digitalen Bibliothek können als solche virtuellen Räume verstanden werden. Ein anderer Weg wurde mit dem Fachportal Historische Bildungsforschung Online (HBO) beschritten, das 1999 zusammen mit der Histori-

schen Kommission (heute Sektion Historische Bildungsforschung in der DGfE) gegründet wurde (vgl. III, 43). Obgleich zum damaligen Zeitpunkt der Begriff ‚Fachportal‘ im heutigen Verständnis unbekannt war, entsprechen die Angebote auch nach sieben Jahren noch weitgehend jenen Erwartungen, die mit Fachportalen im heutigen Verständnis verbunden sind. Dies ist dadurch gelungen, dass sich HBO 2006 unter Wahrung seiner redaktionellen Selbständigkeit in das umfassendere Fachportal Pädagogik integrieren konnte, das vom Informationszentrum Bildung des DIPF verantwortet wird. Dadurch wurde die zwischenzeitlich veraltete technische Grundlage auf ein modernes System transferiert, das zudem über personelle Ressourcen für Programmierarbeiten verfügt, um permanente Anpassungsleistungen vorzunehmen, die angesichts der ungebremst rasanten Entwicklung des Internets unabdingbar sind. Die Integration in ein umfassenderes Fachportal bietet jedoch noch mehr. Hervorzuheben ist die unter ‚Metasuche‘ zusammengefasste Recherchemöglichkeit in einer Mehrzahl von Datenbanken. Neben gedruckter Literatur (u.a. Online-Katalog der BBF und FIS-Bildung) kann die Suche auf Online-Ressourcen und Fakten ausgeweitet werden.

Die Angebote von HBO verteilen sich im Wesentlichen auf drei Bereiche. Eine erste betrifft die Selektion fachlich relevanter Websites. Dazu wurde eine kommentierte Sammlung von bildungsgeschichtlich relevanten Links erstellt und fortlaufend aktualisiert. In die gleiche Kategorie gehört der Terminkalender, eine zeitlich geordnete Sammlung von bildungsgeschichtlichen Veranstaltungen wie Tagungen oder Ausstellungen. Mit der Integration in das Fachportal Pädagogik erfolgen diese Arbeiten zwar durch ein Redaktionsmitglied von HBO, aber unter dem Dach des Fachportals.

Über die Angebote der meisten Fachportale geht ein zweiter Bereich hinaus, der traditionell eher von Zeitschriftenredaktionen wahrgenommen wird. HBO fungiert auch als Publikationsort, wobei der Schwerpunkt auf Rezensionen bildungshistorischer Monographien liegt. Eine Gruppe von derzeit zwei HBO-Redakteurinnen wählt zu rezensierende Monographien aus, veranlasst die Bestellung der Rezensionsexemplare und vergibt die Rezension an einen Rezensenten. Seit 1999 wurden mehr als 70 Rezensionen über HBO publiziert.

Schließlich ist mit HBO noch ein drittes Anliegen verbunden, nämlich die Beförderung der fachlichen Kommunikation. Alle bisher genannten Informationsquellen sind mit einer Mail-Adresse versehen, über die Kontakte entstehen können. So kann gegebenenfalls eine Diskussion mit einem Rezensenten beginnen oder der Veranstalter einer Tagung um weitere Auskunft gebeten werden. In jedem Fall gibt es die Möglichkeit, über die reine Rezeption von Informationen hinaus über das gleiche Medium zu kommunizieren. Um diesen Aspekt zu stärken wurde innerhalb von HBO ein eigenes Kommunikationsforum in Form einer Mailingliste (PAED-HIST-L) entwickelt.

Die Nutzung der Mailingliste als Kommunikationsforum ist bislang allerdings begrenzt. Überwiegend dient sie als Möglichkeit zur Vermittlung von Informationen und für Anfragen, die von anderen Teilnehmern beantwortet werden. Noch nie wurde es dagegen für einen fachlichen Diskurs zu einem bestimmten Thema genutzt. Damit ist deutlich, dass sich das Potential dieser Entwicklungen noch im Anfangsstadium befindet. Neue Lösungen, die zu Arbeitsformen mit breiterer Akzeptanz führen, werden von mehreren Seiten initiiert. So wurde Ende 2004 vom Bundesministerium für Bildung und Forschung ein umfangreiches Förderprogramm aufgelegt (e-Science und vernetztes Wissensmanagement), das ‚Wissensvernetzung‘ zum Ziel hat. Gefördert werden Projekte, die Methoden der kooperativen Wissensverarbeitung über das Internet ermöglichen. Dazu sollen virtuelle Informations- und Arbeitsumgebungen erstellt werden, die es ermöglichen, dass sich Wissenschaftler unabhängig von ihrem Arbeitsplatz zu virtuellen Organisationen formieren können.

Tagungen

Die Möglichkeiten der internetgestützten Kommunikation sind noch längst nicht ausgeschöpft. Trotzdem werden sie in absehbarer Zeit die vor Ort angebotenen traditionellen Formen der face-to-face-Kommunikation nicht ersetzen können, sondern nur ergänzen. Die BBF hat in den vergangenen rund 10 Jahren im Wesentlichen drei Typen von Veranstaltungen durchgeführt, die sich als Ort für den fachlichen Diskurs bewährten. Dies betrifft zunächst wissenschaftliche Tagungen,

die in aller Regel in Kooperation mit einschlägigen Partnern durchgeführt wurden. Sie widmen sich Forschungsdesideraten sowie aktuellen Fragestellungen und Forschungsvorhaben. Ihr Ziel ist zunächst die Förderung der an der jeweiligen Thematik arbeitenden Forschenden selbst, indem sie Diskursmöglichkeiten in ihren Räumen initiiert und durch entsprechende Organisationsleistungen zum positiven Verlauf beiträgt. Weiterhin tragen die Ergebnisse der Tagungen zu weiteren Forschungsarbeiten bei, indem in der Regel die Beiträge in überarbeiteter Form in einschlägigen Verlagen publiziert werden. Bislang waren die Tagungen u.a. einzelnen Personen oder Institutionen gewidmet, z.B.:

- Geschichte und Gegenwart des Lehrplans: Josef Dolchs "Lehrplan des Abendlandes" als aktuelle Herausforderung (vgl. III, Nr. 74),
- Wege des Wissens: 125 Jahre Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung (vgl. III, Nr. 77),
- Behörden und pädagogische Verbände im Nationalsozialismus : zwischen Anpassung, Gleichschaltung und Auflösung (vgl. III, Nr. 89),
- Wege von Pädagoginnen vor und nach 1933 (vgl. III, Nr. 90).

Andere Tagungen beleuchteten bildungsgeschichtliche Auswirkungen gesellschaftspolitischer Entwicklungen:

- Bildungsideen und Schulalltag im Revolutionsjahr 1848 (vgl. III, Nr. 72),
- Schule und Jugend im Umbruch : Analysen und Reflexionen von Wandlungsprozessen zwischen DDR und Bundesrepublik (vgl. III, Nr. 78),
- Die Preußischen Regulative von 1854 im Kontext der deutschen Bildungsgeschichte (vgl. III, Nr. 91).

Schließlich widmeten sich weitere Tagungen bildungsgeschichtlich relevanten Medien:

- Zwischen Kunst und Pädagogik: zur Geschichte des Schulwandbildes in der Schweiz und in Deutschland (vgl. III, Nr. 67),
- Klassiker und Außenseiter: pädagogische Veröffentlichungen des 20. Jahrhunderts (vgl. III, Nr. 82).

Ausstellungen

Während sich die Tagungsaktivitäten eher an einen begrenzten Kreis von Spezialisten richten, haben die Ausstellungen der BBF ein größeres Publikum im Blick. In ihrer Mehrzahl standen sie in inhaltlicher Verbindung zu einer der vorgenannten Tagungen. Über 20 Ausstellungen wurden seit 1997 durchgeführt, zu denen mehrheitlich begleitende Kataloge erstellt wurden (vgl. III, Nr. 66, 69, 71, 73, 76, 79, 80, 81, 85, 86, 87, 92, 93).

Arbeitskreis

Schließlich wurde 1997 ein dritter Typus zur Beförderung der fachlichen Kommunikation begründet. Es handelt sich um einen Arbeitskreis, der sich zunächst der Geschichte der BBF widmete. Später erweiterte sich der Gegenstand auf pädagogische Institutionen bzw. auf pädagogische Zeitschriften. Dazu wurden Bildungshistorikerinnen und Bildungshistoriker eingeladen, die sich über einen längeren Zeitraum regelmäßig trafen und ihre Arbeitsergebnisse im Rahmen einer Tagung präsentierten (vgl. III, Nr. 77, 89).

Kooperation

Die genannten Kommunikationsangebote für historische Bildungsforscher haben nicht nur die Funktion einer Dienstleistung, sondern sind auch für die konzeptionelle Weiterentwicklung einer bildungshistorischen Forschungsbibliothek fundamental. Denn nur die enge Verbindung zum eigenen Adressatenkreis gewährleistet, dass aktuelle Fragestellungen in der Arbeit berücksichtigt werden können und so zur Generierung neuer Dienstleistungsangebote führen. Deshalb ist es für die BBF von herausragender Bedeutung, intensive Arbeitsbeziehungen zu einschlägigen Fachgesellschaften, Einrichtungen und Vereinen zu pflegen. In diesem Zusammenhang ist auch der Förderkreis Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung e.V. zu nennen, der zweimal jährlich ein Mitteilungsblatt als Kommunikationsforum publiziert.

6. Schluss

Die heutige BBF ist 1992 mit ihrer Integration in das Deutsche Institut für Internationale Pädagogische Forschung von einer Gebrauchsbibliothek in eine Forschungsbibliothek umgewandelt worden. Der Veränderungsprozess dokumentiert sich in neuen Aufgaben und Dienstleistungen, die der Einrichtung breites Ansehen nicht nur innerhalb Deutschlands erworben hat. Dieser Funktionswandel der Bibliothek hat Konsequenzen für das Sammeln, für die Bestandserschließung, für die Gestaltung spezifischer Nutzungsmöglichkeiten der Ressourcen sowie für die Entwicklung von Angeboten zur Unterstützung des fachlichen Diskurses.

Der Wissensbestand einer bildungsgeschichtlichen Forschungsbibliothek muss systematisch erweitert werden mit dem Ziel, einerseits kontinuierlich die aktuelle Forschungsliteratur zu erwerben und andererseits im Laufe der Zeit eine immer vollständigere Sammlung bildungshistorischer Quellen aufzubauen. Dabei ist irrelevant, ob die Literatur in aktuellen Forschungsprojekten benötigt wird oder nicht. Eine Forschungsbibliothek, die ihre Bestände dauerhaft aufbewahren soll, hat auch zukünftige Benutzer im Blickfeld, deren Fragestellungen nicht prognostizierbar sind.

Während für die Erwerbung der aktuellen Forschungsliteratur geeignete Arbeitsinstrumentarien existieren wie etwa Deutsche Nationalbibliographie, Verlagsverzeichnisse und zunehmend einschlägige Fachportale im Internet, ist die systematische Sammlung von Quellen schwieriger. Antiquariate können nur punktuelle Bestandsergänzungen ermöglichen. Bedeutsamer kann dagegen die Übernahme von geschlossenen Sammlungen, Nachlässen oder ganzen Bibliotheken sein. Um diese Ergänzungsmöglichkeit zu ermitteln, müssen die Sammlungsmotive und -intentionen der ursprünglichen Besitzer bzw. Träger all dieser Teilbestände untersucht werden. Diese Kenntnisse ermöglichen Schlussfolgerungen über thematische Schwerpunkte und bilden eine Grundlage zur Bestandsanalyse und zur Klärung der Frage, ob die zur Übernahme angebotenen Sammlungen zur systematischen Schließung von Lücken des bisherigen Bestandes geeignet sind.

Forschungsbibliotheken richten ihre Dienstleistungen vorrangig an einen spezifischen Adressatenkreis; im Falle der BBF an die Gesamtheit aller Disziplinen, die

sich mit der deutschen Bildungsgeschichte forschend befassen. Um die Arbeitsbedingungen ihrer Benutzer zu befördern, sind durch die technische Entwicklungen der letzten Jahre bedeutende Verbesserungen eingetreten. Hervorzuheben sind dabei jene, die unter den Begriff ‚digitale Bibliothek‘ subsumiert werden können. Damit werden Möglichkeiten geschaffen, die in zunehmendem Maß eine orts- und zeitunabhängige Benutzung erlauben und dadurch die Zahl der ‚realen‘ Bibliotheksbenutzer um ein Vielfaches erweitern. Die über Internet zugänglichen Angebote verringern jedoch nicht die Zahl der Bibliotheksbenutzer vor Ort, sondern steigern sie. Zwar werden viele Bibliotheksbesuche unnötig, da die gesuchte Information über das Internet gefunden werden konnte. Aber viele ‚reale‘ Benutzer der BBF, nicht nur außerhalb Deutschlands, wurden zunächst durch die digitalen Bibliotheksangebote auf die BBF aufmerksam.

Die Entwicklung des 1876 gegründeten Deutschen Schulmuseums zur heutigen Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung ist keineswegs selbstverständlich. Aus der Distanz des Historikers sind insbesondere zwei Phasen hervorzuheben, in der die Bibliothek massiv gefährdet war. Dies war zum einen die Zeit des Zweiten Weltkriegs, in der es angesichts des Zerstörungsgrades der Berliner Innenstadt nahezu als Wunder gelten muss, dass kaum substantielle Schädigungen erfolgten, wenn man von den ausgelagerten und bis heute nicht zurück erhaltenen Beständen absieht. Eine zweite schwierige Phase war die Zeit nach 1989, als die APW als Träger abgewickelt wurde und in kurzer Zeit eine Alternative gefunden werden musste. Obwohl in der diese Entscheidung vorbereitenden Debatte sowohl von Seiten des DIPFs als auch von Seiten der damaligen PZB Skepsis geäußert wurde, muss dieser Schritt aus heutiger Sicht als Glücksfall betrachtet werden. Nur eine außeruniversitäre Einrichtung konnte der BBF als Forschungsbibliothek das Entfaltungspotential bieten, das die Entwicklung in den folgenden Jahren ermöglichte. Der bisherige Wissensbestand, der sich in den Regalen des Deutschen Schulmuseums, der Deutschen Lehrerbücherei und der Pädagogischen Zentralbibliothek angesammelt hat, konnte nicht nur erhalten, sondern in eine neue Bestimmung überführt werden. Das Ziel besteht in der Vervollständigung des Bestandes bildungshistorischer Quellen und seiner dauerhaften Aufbewahrung. Aus

diesem Grund wird nicht nur für die BBF, sondern für alle Bibliotheken mit Archivfunktion die Erhaltung des Bestandes ein zunehmend wichtiges Thema²⁵.

Dass die BBF sich bemüht hat, die ihr gebotenen Chancen zu nutzen, wurde ihr im Rahmen der bisher stattgefundenen zwei Evaluierungen bestätigt (1996 und 2004)²⁶. In der Folge des 1997 vorgelegten Evaluierungsberichts wurde das DIPF in fünf Arbeitseinheiten neu strukturiert. Der Arbeitseinheit Bildungsgeschichte wurden neben der BBF die in Berlin ansässigen Bildungshistoriker des DIPF zugeordnet. In den folgenden Jahren wurden zusätzliche Projekte begründet, die das bisherige Dienstleistungsangebot erheblich erweitern konnten. Insbesondere diese Aktivitäten, aber auch die seit der letzten Evaluierung deutlicher ins Bewusstsein gedrungene Einzigartigkeit des Bibliotheksbestandes, wurden im 2004 vorgelegten Bewertungsbericht des Senatsausschusses Evaluierung der Leibniz Gemeinschaft hervorgehoben, der dem Bestand der BBF „den Rang eines nationalen Kulturgutes“ zuordnete (Bewertungsbericht Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF). Leibniz Gemeinschaft – Senatsausschuss Evaluierung. 2004, S. B 3).

Diese positiven Zwischenergebnisse, die durch wachsende Nutzungszahlen bestätigt werden (vgl. Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung: Daten und Fakten 2002-2004. Berlin 2005, Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung: Daten und Fakten 2003-2005. Berlin 2006), wurden jeweils als Bestätigung des bisher zurückgelegten Wandlungsprozesses und als Ansporn zur ständigen Weiterentwicklung verstanden. Es waren Anlässe zur Reflexion der konzeptionellen

²⁵ Die Hauptgefahr in diesem Zusammenhang ist die langsame, aber unausweichliche Zersetzung des Papiers. Der zunehmende Säuregrad des Papiers, der diesen Prozess bewirkt, wird durch den Zusatz von Alaun verursacht. Anfang des 19. Jahrhunderts wurde es erstmals in die Papierproduktion eingeführt, aber erst mit der industriellen Fertigung des Papiers seit Mitte des 19. Jahrhunderts ist es ein Massenproblem geworden. Die Folge davon ist, dass Bücher und Zeitschriften des Zeitraums zwischen etwa 1850 und 1980 zunächst zunehmend vergilben, dann brüchig werden und schließlich zerfallen. Ein Verfahren, das die Säure dauerhaft entfernt und darüber hinaus die gleiche Flexibilität im Papier wie im Ursprungszustand herstellt, ist derzeit nicht in Sicht. Gegenwärtig werden drei Wege beschritten, die jedoch nur den Zerstörungsprozess aufhalten oder abbremsen können: Verfilmung, Digitalisierung und Entsäuerung des Papiers. Verfilmung und Digitalisierung dürften gegenwärtig die am häufigsten verwendeten Methoden sein, denn damit wird zunächst die inhaltliche Überlieferung gesichert. Da die Reproduktionen eine weitere Benutzung der ursprünglichen Papieraussgabe entbehrlich machen, wird der Zerstörungsprozess immerhin verlangsamt. Denn insbesondere das Blättern der Seiten schädigt das angegriffene Papier.

²⁶ Evaluiert wurde nicht nur die BBF, sondern das gesamte DIPF. Die Begutachtungen wurden durch Bewertungsgruppen des Wissenschaftsrats (1996) bzw. der Leibniz Gemeinschaft (2004) durchgeführt

Ausrichtung und gaben durch den Zwang zur Auseinandersetzung mit der eigenen Leistungsbilanz Gelegenheit, Mängel und Defizite aufzuspüren²⁷. Dies ermöglicht, neue Zielvorgaben zu entwickeln, die den Aufgabenkatalog einer bildungsgeschichtlichen Forschungsbibliothek fortwährend abrunden und damit zur Aufrechterhaltung ihres Status als Zentrum der historischen Bildungsforschung beitragen.

²⁷ So muss u.a. das Fehlen eines Stipendienprogramms für Wissenschaftler als defizitär angesehen werden, das einen Beitrag zur Finanzierung eines längeren Forschungs- und Studienaufenthalts in der BBF ermöglichen könnte.

7. Literatur

- Basikow, U.: Zur Geschichte der Deutschen Lehrerbücherei zwischen Kriegsende und ihrer Integration in die Pädagogische Zentralbibliothek. In: Ritzi, C./Geißler, G. (Hrsg.): Wege des Wissens. 2. Aufl. Berlin 2003. Berlin 2001, S. 129-140.
- Basikow, L./Lost, C.: Der Nachlass von Robert Alt – Quelle und Inspiration bildungsgeschichtlicher Forschung. In: Mitteilungsblatt des Förderkreises Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung 16 (2005), 2, S. 12-23.
- Bericht über das 25-jährige Bestehen der Pädagogischen Zentralbibliothek (Comenius-Stiftung) in Leipzig. Leipzig 1897.
- Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung: Daten und Fakten 2002-2004. Berlin 2005.
- Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung: Daten und Fakten 2003-2005. Berlin 2006.
- Bibliotheksplan '73. Entwurf eines umfassenden Bibliotheksnetzes für die Bundesrepublik Deutschland. Berlin 1973.
- Bibliotheksplan '93. Strukturen, Aufgaben, Positionen. Berlin 1994.
- Bilstein, J.: Bilder als Erkenntnismittel der pädagogischen Historiographie. Einige kommentierende Überlegungen zu Peter Burkes ‚Augenzeugenschaft‘. In: Zeitschrift für pädagogische Historiographie 10 (2004), S. 33-36.
- Bölling, R.: Sozialgeschichte der deutschen Lehrer. Göttingen 1983.
- Brinkmann, W./Arnold, B.: Lehrerverbände in Bayern. Ein geschichtlicher Überblick über die Organisation der beruflichen Interessen von Lehrern und Lehrerinnen. In: Handbuch der Geschichte des bayerischen Bildungswesens. Bd. 4. Bad Heilbrunn 1997, S. 569-600.
- Büttner, V.: Veröffentlichungen zur Geschichte der Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung und ihrer Vorgängereinrichtungen. In: Ritzi, C./Geißler, G. (Hrsg.): Wege des Wissens. 2. Aufl. Berlin 2003, S. 218-244.
- Busse, G. u.a.: Das Bibliothekswesen der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch. 3. Aufl. Wiesbaden 1999.

- Ewert, G./Umstätter, W.: Lehrbuch der Bibliotheksverwaltung. Auf der Grundlage von W. Krabbe und W.M. Luther völlig neu bearb. Stuttgart 1997.
- Fabian, B.: Buch, Bibliothek und geisteswissenschaftliche Forschung. Zu Problemen der Literaturversorgung und der Literaturproduktion in der Bundesrepublik Deutschland. Göttingen 1983.
- Förster, C.: „Die Deutsche Lehrer-Bücherei wurde mein Schicksal.“ Das Wirken Adolf Rebhuhns für die Deutsche Lehrerbücherei. In: Ritzi, C./Geißler, G. (Hrsg.): Wege des Wissens. 2. Aufl. Berlin 2003, S. 24-43.
- Führ, C.: Zur Schulpolitik der Weimarer Republik. Die Zusammenarbeit von Reich und Ländern im Reichsschulsausschuß (1919–1923) und im Ausschuß für das Unterrichtswesen (1924–1933). Darstellung und Quellen. Weinheim 1970.
- Garbe, K.: Das alte Buch im alten Europa. Auf Spurensuche in den Schatzhäusern des alten Kontinents. München 2006.
- Geißler, G.: Zum Umgang mit pädagogischen Literaturbeständen in der frühen DDR. Ein Beitrag zur Geschichte der Deutschen Lehrerbücherei 1950 bis 1954. In: Ritzi, C./Geißler, G. (Hrsg.): Wege des Wissens. 2. Aufl. Berlin 2003, S. 141-164.
- Griese, C.: Kontinuität und Wandel der Erwerbungsgrundsätze und -politik der Pädagogischen Zentralbibliothek in der DDR. In: Ritzi, C./Geißler, G. (Hrsg.): Wege des Wissens. 2. Aufl. Berlin 2003, S. 165-185.
- Hacker, R.: Bibliothekarisches Grundwissen. 6. Aufl. München 1992.
- Hahn, Erich (Hrsg.): Die Pädagogik der Gegenwart in Selbstdarstellungen. Bd. 1–2. Leipzig 1926-27.
- Hartmann, H.: Arbeit, Beruf, Profession. In: Soziale Welt 19 (1968), S. 197-212. Zit. nach der gekürzten Fassung in: Luckmann, T./Sprondel, W.M. (Hrsg.): Berufssoziologie. Köln 1972, S. 36-52.
- Heidenreich, M.: Berufskonstruktion und Professionalisierung. Erträge der soziologischen Forschung. In: Apel, H. J. u.a. (Hrsg.): Professionalisierung pädagogischer Berufe im historischen Prozess. Bad Heilbrunn 1999, S. 35-58.
- Heindl, Joh. Bapt.: Galerie berühmter Pädagogen, verdienter Schulmänner, Jugend- und Volksschriftsteller und Componisten aus der Gegenwart in Biographien und biographischen Skizzen. Bd. 1–2. München 1858–1859.

- Kemnitz, H.: Lehrerverein und Lehrerberuf im 19. Jahrhundert. Eine Studie zum Verberuflichungsprozeß der Lehrertätigkeit am Beispiel der Berlinischen Schullehrergesellschaft (1813-1892). Weinheim 1999.
- Kemnitz, H.: Vom Lesezirkel zur Lehrerbibliothek. Ein Beitrag zur Vorgeschichte der Deutschen Lehrerbücherei. In: Ritzi, C./Geißler, G. (Hrsg.): Wege des Wissens. 2. Aufl. Berlin 2003, S. 9-23.
- Knoche, M.: Die Forschungsbibliothek. Umrisse eines in Deutschland neuen Bibliothekstyps. In: Bibliothek Forschung und Praxis 17 (1993), H. 3, S. 291-300.
- Kullnick, M.: Die Reichsstelle für Schulwesen. In: Deutsche Schulerziehung 1940, S. 355-360.
- Lehmann, K.-D.: Von der Stiftungsbibliothek zur Forschungsbibliothek. Bibliotheksplatz Frankfurt. In: Hahn, P. (Hrsg.): Literatur in Frankfurt. Frankfurt 1987, S. 643-651.
- Liedtke, M.: Zur Geschichte der Süddeutschen Lehrerbücherei. In: Mitteilungen und Materialien (2002), Nr. 57/58, S. 216-226.
- Luhmann, N.: Die Gesellschaft der Gesellschaft. Frankfurt/M. 1997.
- Natorp, B.C.L.: Kleine Schulbibliothek. Ein geordnetes Verzeichniß auserlesener Schriften für Lehrer an Elementar- und niedern Bürgerschulen, mit beygefügtten Beurtheilungen. 3. Aufl. Duisburg 1809.
- Neugebauer, J.D.F.: Sammlung der auf den Oeffentlichen Unterricht in den Königl. Preußischen Staaten sich beziehenden Gesetze und Verordnungen. Nachdruck der Ausgabe Hamm 1826. Hrsg.: W. Neugebauer. Köln 1988.
- Panofsky, E.: Sinn und Deutung in der bildenden Kunst. Köln 1975.
- Panofsky, E.: Studien zur Ikonologie. Humanistische Themen in der Kunst der Renaissance. Köln 1980.
- Pilarczyk, U./Mietzner, U.: Das reflektierte Bild. Die seriell-ikonografische Fotoanalyse in den Erziehungs- und Sozialwissenschaften. Bad Heilbrunn 2005.
- Pongratz, Ludwig J. (Hrsg.): Pädagogik in Selbstdarstellungen. Bd. 1-4. Hamburg 1975-1982.
- Rissmann, R.: Geschichte des Deutschen Lehrervereins. Leipzig 1908.
- Rissmann, R.: Deutsche Pädagogen des 19. Jahrhunderts. Leipzig 1910.

- Schmitt, H./Link, J.-W./Tosch, F. (Hrsg.): Bilder als Quellen der Erziehungsgeschichte. Bad Heilbrunn 1997.
- Strehler, A.: Fünfig Jahre Bildungsarbeit im Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnen-Verein. Ein Beitrag zum Bildungsgeschehen der letzten Jahrzehnte. München 1959.
- Stoll, H.: Festschrift zur Hundertjahrfeier 1805-1905. Hamburg 1905.
- Studt, J.: Die Notwendigkeit einer Ausgestaltung unserer Bibliothek. In Pädagogische Reform. Beilage zu Nr. 42. 26 (1902).
- Tenorth, H.-E.: Lehrerberuf und Lehrerbildung. In: Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte. Bd. 3. München 1987, S. 250-270.
- Thomassen, J.: Die Deutsche Lehrerbücherei im Ersten Weltkrieg. In: Wege des Wissens. 2. Aufl. Berlin 2003, S. 44-60.
- Titze, H.: Lehrerbildung und Professionalisierung. In: Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte. Bd. 4. München 1991, S. 345-370.
- Uhlig, C.: Die Deutsche Lehrerbücherei und ihre Träger in politischen Umbruchzeiten. In: Ritzi, C./Geißler, G. (Hrsg.): Wege des Wissens. 2. Aufl. Berlin 2003, S. 110-128.
- Weber, J.: Forschungsbibliotheken im Kontext. In: Zeitschrift für Bibliotheksweisen und Bibliographie 44 (1997), H. 4, S. 127-146.
- Wehler, H.-U.: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Bd. 3: Von der ‚Deutschen Doppelrevolution‘ bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs 1849-1914. München 1995.
- Wehler, H.-U.: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Bd. 4: Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914-1949. München 2003.
- Wiegmann, U.: Von der Pädagogischen Zentralbibliothek (PZB) zur Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung (BBF) 1989-1991. In: Ritzi, C./Geißler, G. (Hrsg.): Wege des Wissens. 2. Aufl. Berlin 2003, S. 186-215.
- Zymek, B.: Schulen. In: Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte. Bd. 5. München 1989, S. 155–208.

II.

1.

Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung übernimmt Haburger GEW-Bibliothek

In: Rundbrief der Historischen Kommission der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft 11 (2002), 1, S. 36-43

Das Jahr 2001 war für die BBF durch einige bemerkenswerte Bestandsübernahmen gekennzeichnet. Den Auftakt bildete die Dia-Sammlung Klaus Mollenhauers, die, durch Prof. Dr. Georg Herrlitz vermittelt, vom *Pädagogischen Seminar der Universität Göttingen* übernommen werden konnte. Ende November 2001 wurde der Vorlass von Prof. Dr. Hans Scheuerl in die BBF verlagert. Ausgangspunkt für diese Bestandsübernahme war eine Veranstaltung, zu der die *Deutsche Gesellschaft für Erziehungswissenschaft* (DGfE) und die BBF im Juli 2000 alle ehemaligen Vorsitzenden bzw. Stellvertretenden Vorsitzenden eingeladen hatten. Ziel der Gesprächsrunde war eine Annäherung an die Geschichte der Fachgesellschaft, soweit sie sich aus den Erinnerungen der Teilnehmer rekonstruieren lässt. Unter den Zeitzeugen befand sich auch Prof. Dr. Hans Scheuerl, Mitbegründer der DGfE und von 1968-72 ihr zweiter Vorsitzender. Herr Scheuerl entschloss sich damals, vermittelt durch Prof. Dr. Ingrid Gogolin und unterstützt durch seine Familie, seine beruflichen Unterlagen an die BBF abzugeben. Mit diesem Bestand entfaltet sich ein reicher Einblick in die Entwicklung der erziehungswissenschaftlichen Disziplin der Bundesrepublik seit den frühen 1950er Jahren.

Weiterhin konnte die BBF das Archiv des *Pestalozzi-Fröbel-Verbandes* mit einem Umfang von rund 20 lfdm. entgegennehmen. Die Archivalien dokumentieren nicht nur die Geschichte des 1948 wieder gegründeten Verbandes, sondern auch die der Vorgängerorganisation, des *Deutschen Fröbel-Verbandes*, der 1939 auf Druck des *Nationalsozialistischen Lehrerbundes* (NSLB) aufgelöst werden musste, sowie die Geschichte der Fröbelbewegung in Deutschland und im Aus-

land seit 1826 (zur Bedeutung des Verbandes und des Archivbestandes vgl. Lost 2002).

Der zumindest quantitativ bedeutendste Zuwachs war indes die Hamburger *GEW-Bibliothek*, auf die im Folgenden eingegangen werden soll.

Die 1805 von Johann Carl Daniel Curio in Hamburg gegründete *Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens* gilt als einer der ältesten Lehrervereine der Welt (vgl. Kopitzsch 2002). Auf zwei Schwerpunkte sollte sich nach dem Willen der Gründungsväter der Verein konzentrieren: auf die Verbesserung der materiellen Versorgung der Lehrer (Einkommen, Pension, Witwenversorgung) und auf die Fortbildung der Mitglieder. Um den letztgenannten Zweck zu befördern schlug Curio vor, einen Lesezirkel und eine Bibliothek zu begründen (vgl. Stoll 1905, S. 18). Der Lesezirkel hatte die Funktion, den Mitgliedern pädagogische Neuerscheinungen zur Verfügung zu stellen. Diese - zunächst Bücher, ab 1852 dann nur noch Zeitschriften - sollten unter den Mitgliedern zirkulieren. Knapp 100 Jahre nach seiner Begründung wurde der Lesezirkel 1903 aufgelöst, da er angesichts der Masse der pädagogischen Neuerscheinungen sowie der strukturellen Schwierigkeiten, die die Zirkulation des Lesestoffes mit sich brachte, als nicht mehr zeitgemäß empfunden wurde (vgl. ebd., S. 131, 251).

Verwunderlich an diesem Schritt ist weniger die Auflösung des Lesezirkels als der vergleichsweise späte Zeitpunkt seiner Einstellung, denn die Hochzeit der Lesezirkel von Lehrervereinen war längst überschritten. Einen typischen Verlauf einer solchen Einrichtung nahm die *Berlinische Schullehrergesellschaft*, die im Jahr ihrer Gründung 1813 sogleich einen Lesezirkel organisierte (vgl. Kemnitz 2001). "Das Prinzip, nach dem jeder alle zirkulierenden Bücher lesen konnte und sollte, versprach in absehbarer Zeit eine Angleichung des pädagogischen Wissens, freilich nur unter der Voraussetzung, dass das System funktionierte und die Lehrer tatsächlich lasen." Mit der Entwicklung der seminaristischen Lehrerbildung hatte der Lesezirkel seine Funktion als Ort elementarer pädagogischer Bildung verloren.

Einen ähnlichen Verlauf nahm zunächst auch die Geschichte der Bibliothek der *Gesellschaft*. Allerdings wurde Ende des 19. Jahrhunderts auf die veränderten

Benutzerbedürfnisse eingegangen und somit eine neue Perspektive der bibliothekarischen Arbeit erkennbar.

Nach nur einem Jahr des Bestehens befanden sich in der Bibliothek der *Gesellschaft* bereits 70 Bände (vgl. Stoll 1905, S. 24). Wenn man diesen vermeintlich bescheidenen Grundstock mit den insgesamt 160 Einträgen des ersten gedruckten Katalogs aus dem Jahr 1828 vergleicht, muss man von einer nahezu euphorischen Anfangsphase sprechen. Wie in Bibliotheken anderer Lehrervereine auch, wurden die ersten Bücher fast ausschließlich durch Geschenke erworben. Erst ab 1831 wurde ein jährlicher Betrag zur Verfügung gestellt, der zumindest in Ansätzen einen systematischen Bestandsaufbau ermöglichte.

1842 brannte das Krameramthaus nieder, in dem die *Gesellschaft* seit 1828 tagte. Mit ihm verbrannte auch ihre darin untergebrachte Bibliothek. Schnell konnte jedoch durch Spenden ein neuer Bestand aufgebaut werden, der bereits 1845 wieder 1100 Bände umfasste und bis 1866 auf 2500 Bände anwuchs (vgl. Stoll 1905, S. 131).

Verglichen mit heutigen Bestandszahlen ist man versucht, die Bibliothek der *Gesellschaft* als bedeutungslos einzustufen. Der Eindruck täuscht jedoch, denn bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts verfügte sie über den umfangreichsten Buchbestand aller Lehrervereine (vgl. Kemnitz 2001, S. 17). Danach scheint jedoch das Interesse der Mitglieder an der Bibliothek geringer geworden zu sein, was u.a. dadurch zum Ausdruck kam, dass Bücher aus dem Bestand ausgesondert wurden. 1872 sind lediglich noch 1430 Bücher vermerkt, wovon weitere 639 Bände gelöscht werden sollten. Entfernt wurden "alle veralteten und alle inkompletten Werke, sowie Hand- und Schulbücher" (Stoll 1905, S. 249). Für die Zukunft war vorgesehen, nur noch solche Werke anzuschaffen, die aufgrund des hohen Preises von den Mitgliedern nicht selbst angeschafft werden konnten.

Während 1871 in Leipzig mit der *Pädagogischen Centralbibliothek (Comenius-Stiftung)* ein bedeutendes Bibliotheksprojekt gestartet wurde und 1874 eine große Lehrmittelausstellung in Berlin die Vorbereitung für die Gründung des *Deutschen Schulmuseums* bildete, ging in der *Gesellschaft* die Einsicht in die Notwendigkeit einer eigenen Bibliothek verloren. Insgesamt stellt diese Periode einen Tiefpunkt in der Entwicklung der Bibliothek dar, der mit dem Zustand der

Gesellschaft als Gesamtes korrespondierte. Hermann Stoll klagt in seinem Rückblick, dass "ein rechtes Leben, ein frischer geistiger Austausch" (Stoll 1905, S. 150 f.) im Vereinsleben vermisst wurde. Von der sonst weithin spürbaren Aufbruchstimmung der Lehrer in den 1870er Jahren war hier kaum etwas zu merken.

Stoll vermutet ein Generationsproblem hinter der Stagnation. Tatsächlich zeigte sich in den nächsten Jahren ein deutlicher Aufschwung, der sich sowohl im Vereinsleben als auch in der Entwicklung der Bibliothek ablesen lässt. 1887/88 umfasste der Bestand mit 1620 Bänden wieder mehr als vor der Aussonderungsaktion und 1904 befinden sich bereits 5657 Bände in der Bibliothek (vgl. Stoll 1905, S. 250). Die Benutzung stieg kontinuierlich an, so dass die Bibliothek 1908 zu Recht als eine der „segensreichsten Einrichtungen“ (Das Hamburger Lehrervereinshaus 1908, S. 4) des Vereins genannt werden konnte.

Die veränderte Aufgabenstellung gegenüber den Anfängen der Bibliothek verdeutlicht ein Mitglied des Bibliotheksausschusses in einem programmatischen Vortrag vor der *Gesellschaft*. Nicht mehr die unmittelbare praxisleitende Literatur habe im Vordergrund der Sammeltätigkeit zu stehen, sondern die wissenschaftliche Weiterbildung. „Die notwendigste und wichtigste Disciplin einer Lehrerbibliothek ist natürlich die Pädagogik, einmal, weil sie unsere Fachwissenschaft ist, und dann auch, weil dieselbe in anderen Bibliotheken wenig oder gar nicht vertreten ist.“ (Stoldt 1902). Deswegen sollten vorrangig Werke angeschafft werden, die die „Pädagogik als System behandeln“ (ebd.). Explizit genannt werden die Werke von Herbart, Dittes, Natorp und Rein. Die Auswahl solle dabei jede Einseitigkeit vermeiden, „damit die Kollegen Gelegenheit haben zu vergleichen, zu prüfen und das Beste aus allen zu wählen.“ (ebd.). Dadurch ließe sich das Urteil des Lehrers schärfen und das Schablonenhafte ablegen.

Aber nicht nur pädagogische Literatur im engeren Sinne habe die Bibliothek anzuschaffen. „Es müssen weiter die wichtigsten Erscheinungen auf dem Gebiete der Hilfswissenschaften der Pädagogik vorhanden sein; besonders sind hier solche Schriften zu berücksichtigen, die über das seelische Leben des Kindes uns Aufschluß zu geben versuchen.“ (Ebd.)

Im Gegensatz zur mittlerweile erlangten Anerkennung der Bibliothek standen die ihr verfügbaren Räumlichkeiten. Es gab zu Beginn des 20. Jahrhunderts nur

ein ‚Bibliothekszimmer‘, das an einem Tag pro Woche auch als ‚Lesezimmer‘ zu benutzen war. Im ‚Lesezimmer‘ konnten die nicht entlehbaren Bücher eingesehen werden (vgl. Gesetze für die Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens in Hamburg 1901, S. 13). Der Buchbestand wurde entsprechend seinem Inhalt einem von insgesamt sieben Schränken zugeteilt. Auf diese Schränke bezogen wurde die Bibliotheksstatistik geführt, die die Mitglieder der Gesellschaft in den Jahresberichten über die Entwicklung der Bibliothek unterrichtete. Für das Jahr 1902 und auf die pädagogische Literatur bezogen liest sich diese Mitteilung so: "Dieser Schrank zählt jetzt 973 Bände. Im verflossenen Jahr hatte er 319 Besucher, 162 verschiedene Leser, welche zusammen 657 Bände dem Schrank entliehen haben." (Studt 1902). Weitere Schränke gab es für Religion und Philosophie; Belletristik; Literaturgeschichte, Grammatik und Kunst; Geschichte; Geographie und Naturwissenschaften; Hamburgensien. Für jeden Schrank gab es ein zuständiges Ausschussmitglied, die so genannten ‚Schrankvorsteher‘, die auch die Buchauswahl betreuten. Wenn man die zunächst kurios anmutenden Bezeichnungen der Schrankaufteilung mit Bibliothekssystematik und die ‚Schrankvorsteher‘ mit ‚Fachreferenten‘ übersetzt, wird ein durchaus durchdachtes Bibliotheksmanagement erkennbar.

Die Aufteilung in Schränke hatte vor allem jedoch praktische Gründe. Die *Gesellschaft* wechselte im Laufe ihrer Geschichte vielfach das Versammlungslokal und mit ihr musste auch die Bibliothek jedes Mal verlagert werden. Die Schrankorganisation erleichterte die Umzüge. Je stärker allerdings der Bestand anwuchs desto schwieriger ließ sich das Schrankprinzip einhalten und umso aufwendiger wurden die Umzüge. Vor der Eröffnung des Curiohauses - die Bibliothek befand sich mittlerweile im Dachgeschoss einer Schule - scheint sich die Situation bis zur Unerträglichkeit gesteigert zu haben: „Obwohl der verfügbare Platz in einer die Arbeit der Bibliothekare sowie die Übersicht über die Bibliothek ungemein erschwerenden Weise ausgenutzt wird, reicht er längst nicht einmal mehr zur bloßen Unterbringung des vorhandenen Bücherbestandes aus. An stark besuchten Abenden vermag der enge, dunkle Raum die Zahl der Entleiher nicht mehr aufzunehmen und die Tätigkeit der Bibliothekare vollzieht sich unter den ungünstigsten Verhältnissen.“ (Das Curiohaus 1911-1961. 1961, S. 12 f.).

Mit der Planung und der Einweihung des Curiohauses am 4. November 1911 zeichnete sich ein Ende der räumlichen Beengung für die Bibliothek ab, obgleich sich der Einzug aufgrund von unumgänglichen Nachbesserungen am Bau zunächst verzögerte. Endlich aber war die Zufriedenheit mit der neuen Unterbringung allgemein, denn „die große und starke Bibliothek ist in Räumen untergebracht, die jeder mit stiller Freude betrachtet, der nur einmal im Lesezimmer oder in der Bücherausgabe geweilt hat.“ (Stoll/Kurtzweil 1930, S. 11).

Die Freude an den verbesserten Benutzungsbedingungen der Bibliothek hielt nicht lange an. Nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges gingen die Benutzungszahlen stark zurück, neue Bücher konnten nicht mehr erworben werden. Erst Ende 1918 normalisierte sich der Bibliotheksbetrieb wieder und die Benutzer- und Ausleihzahlen stiegen bis 1933 stetig an.

Am 27. April 1933 beschloss eine außerordentliche Hauptversammlung der *Gesellschaft* ihren Eintritt in den NSLB. Eine aus Sicht der NSLB-Funktionäre ärgerliche fiskalische Problematik war jedoch die Übertragung der Vermögenswerte, so auch der Bibliothek. Eine Zwischenlösung bildete der Beschluss, die Gesellschaft als eine Abteilung *Wirtschaft und Recht des NSLB Gau Hamburg (Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens)* weiterzuführen. Die vollständige Enteignung der *Gesellschaft* erfolgte 1937 mit der Übertragung des Gesamtvermögens an den NSLB, Bayreuth (vgl. Das Curiohaus 1911-1961).

Zu jenem Zeitpunkt hieß die Bibliothek der *Gesellschaft* bereits *Hansische Lehrerbücherei*, vermutlich nicht zuletzt deshalb, um die lange gewohnte Bezeichnung ‚Bücherei der Gesellschaft‘ in Vergessenheit geraten zu lassen.

Die zu jener Zeit offensichtliche Bedeutung des Bibliotheksbestandes sowohl in qualitativer als auch in quantitativer Hinsicht wird durch die Tatsache belegt, dass die Bibliothek der *Gesellschaft* zu den vier wichtigsten Lehrerbibliotheken Deutschlands gerechnet wurde. In einem Rundschreiben des NSLB aus dem Jahr 1939 werden die *Deutsche Lehrerbücherei*, die *Comenius-Bücherei* – 1935 in *Hans-Schemm-Bücherei* umbenannt – die *Süddeutsche Lehrerbücherei* und die *Hansische Lehrerbücherei* der Reichswaltung des NSLB unmittelbar unterstellt (vgl. BBF/DIPF-Archiv, DLB).

1943 ist die Bibliothek von einer „Bombenkatastrophe“ erschüttert worden. Verluste gab es scheinbar sowohl bei Zeitschriften als auch bei Büchern. Der wohl bedeutendste Verlust war die Vernichtung der ‚Schulgeschichtlichen Sammlung‘, wie einem Schreiben des Gaukassenwalters an die Reichswaltung des NSLB, Reichskassenwalter, vom 4. 9. 1943 zu entnehmen ist (Bundesarchiv NS 12, Nr. 650d).

Unmittelbar nach Kriegsende und noch vor der Wiederbegründung der *Gesellschaft* am 1. November 1945 konnte die Bibliothek in ihren Räumen im Curiohaus die Arbeit wieder aufnehmen. 1948 trat die *Gesellschaft* der GEW als Mitglied bei und bildete in ihr den Landesverband Hamburg. Im Laufe der Jahre verlor dann die Erinnerung an die eigenen Wurzeln an Bedeutung. Bis 1976 blieb der ursprüngliche Name an erster Stelle, gefolgt von *Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Hamburg*, dann kehrte sich die Reihenfolge um in *Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Hamburg, Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens*. In dieser Form ist der Name bis heute erhalten geblieben.

Auch die Bibliothek hat an Bedeutung eingebüßt, denn die Fortbildung der Mitglieder im Sinne der Vereinsgründer findet sich als Zielsetzung in den Satzungen des GEW-Landesverbands Hamburg nicht mehr. In den ‚Gesetzen der Gesellschaft‘ aus dem Jahr 1901 wird die Bibliothek an zweiter Stelle jener Mittel aufgeführt, durch die die Zwecke der *Gesellschaft* erreicht werden sollen. In den Satzungen nach 1952 findet sie dagegen keinerlei Erwähnung mehr, sondern verbirgt sich hinter jenen ‚Einrichtungen‘, deren Inanspruchnahme allen Mitgliedern frei steht (§ 10).

In den 1970er Jahren wurde die Notwendigkeit der Unterhaltung einer eigenen Bibliothek zunehmend in Frage gestellt. Die Lehrerausbildung und die dafür erforderliche Literaturversorgung war Hochschulen und Universitäten übertragen worden, und die Gehälter der Lehrer befanden sich längst in einer Größenordnung, die den Kauf eigener Literatur ermöglichten.

So kam es in den frühen 1970er Jahren zu Buchverkäufen, bis Mitte der 1970er Jahre eine neue Perspektive für die Bibliothek in Form einer neu gegründeten Stiftung gefunden wurde. Diese Lösung trug bis Anfang der 1990er Jahre, als

schließlich ernsthafte Bemühungen unternommen wurden, die Bibliothek als Ganzes abzugeben. Als Interessent hatte sich u.a. die Universität Lüneburg beworben, die schließlich den Zuschlag erhielt. 1995 wurde die Bibliothek nach Lüneburg verlagert wobei die mit der Bestandsübernahme verbundenen Erwartungen heute nicht mehr deutlich erkennbar sind.

Angesichts ihrer begrenzten personellen Ressourcen fand die *Universitätsbibliothek Lüneburg* nie eine Möglichkeit, den Bestand in einer den neuen Technologien angemessenen Form den Benutzerinnen und Benutzern zur Verfügung zu stellen. Deshalb wurde in Absprache mit der GEW Ende der 1990er Jahre ein neuer Standort gesucht und in der BBF gefunden. Zuvor mussten allerdings durch das *Deutsche Institut für Internationale Pädagogische Forschung* (DIPF) bedeutende Investitionen in eine neue Regalanlage geleistet werden, die jedoch durch den Wert des Bestandes aufgewogen werden. Anfang 2001 fand der Umzug statt, und am 11. Oktober 2001 lud die BBF zur feierlichen Übergabeveranstaltung ein (vgl. Gehlen 2002, Göbel 2002, Tagesspiegel vom 29.10.2001).

Die Übernahme der *GEW-Bibliothek* erfolgte in dem Jahr, in dem die BBF ihren 125. Geburtstag feierte. In diesem Zusammenhang lag es nahe, zu überprüfen, ob es zwischen beiden Bibliotheken in der Vergangenheit schon Berührungspunkte gab. Tatsächlich lassen sich mehrere Kontakte feststellen, informeller aber auch offizieller Art.

Die engste Beziehung zwischen beiden Bibliotheken gab es wohl in der dunkelsten Phase der deutschen Geschichte, während des ‚Dritten Reichs‘. Ein Beispiel dafür war etwa der Austausch von Dubletten. Am 28. Juli 1942 findet sich vom Leiter der *Deutschen Lehrerbücherei* ein Eintrag in seinem Bibliothekstagebuch. Darin heißt es: "Besuch des Studienassessors Schulz von der Hansischen Lehrerbücherei und des Pädagogischen Instituts der Hansestadt Hamburg zwecks Auswahl von ausgeschiedenen Büchern der Deutschen Lehrerbücherei (sogenannte Doppelstücke). Stud. Ass. Schulz blieb 3 Tage in der Bücherei." (vgl. Ritzi 2001, S. 98).

Die Rückkehr dieser 1942 abgegebenen Bücher ist eher als Kuriosum anzusehen. Der gesamte, 85 000 Bände umfassende Bestand der ehemaligen

Bibliothek der *Gesellschaft* ist dagegen für die BBF und damit für die Historische Bildungsforschung ein beträchtlicher Gewinn. Er schließt nicht nur bestehende Lücken, sondern ergänzt den eigenen Bestand vor allem durch die sorgfältig gesammelte pädagogische Literatur Norddeutschlands.

Nutzbar ist der Bestand bereits, jedoch derzeit noch über einen Zettelkatalog und damit nur vor Ort recherchierbar. Die Eingabe der bibliographischen Daten in die Datenbank *Bildungsgeschichte Online* erfolgt jedoch bereits kontinuierlich, so dass in absehbarer Zeit der Reichtum dieses Bestandes auch über das Internet einsehbar sein wird.

Literatur

150 Jahre Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens. Hamburg 1955.

150 Jahre Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens 1805-1955. (Hamburger Lehrerzeitung. Festaussgabe). Hamburg 1955.

175 Jahre Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens. Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Landesverband Hamburg. Hamburg 1980.

Das Curiohaus 1911-1961. Ein Beitrag zur Geschichte der Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens in Hamburg. Hamburg 1961.

Denkschrift zur 75jährigen Jubelfeier des Bestehens der Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens in Hamburg am 3. November 1880. Hamburg 1880.

Festgabe zur Weihe des Curio-Hauses. 4. November 1911. Hamburg 1911.

Gehlen, G.: Die Bibliothek der Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens wird übernommen. In: Mitteilungsblatt der Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung 2002, H. 1, S. 7-10.

- Gesetze für die Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens in Hamburg (Revidiert im Jahre 1901). Hamburg 1901.
- Göbel, P.: Ansprache anlässlich der Übergabe der GEW-Bibliothek an die Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung. In: Mitteilungsblatt der Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung 2002, H. 1, S. 15-18.
- Das Hamburger Lehrervereinshaus. Hamburg 1908.
- Kemnitz, H.: Vom Lesezirkel zur Lehrerbibliothek. Ein Beitrag zur Vorgeschichte der Deutschen Lehrerbücherei. In: Ritzi, C./Geißler, G. (Hrsg.): Wege des Wissens. Berlin 2001, S. 9-23.
- Kopitzsch, F.: Von Johann Carl Daniel Curio, Peter Breiß, der „Gesellschaft der Freunde“ und ihrer Bibliothek. In: Mitteilungsblatt der Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung 2002, H. 1, S. 10-15.
- Lost, C.: Der Pestalozzi-Fröbel-Verband und sein Archiv. In: Mitteilungsblatt der Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung 2002, H. 1, S. 18-29.
- Satzung der Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens. Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Landesverband Hamburg. Hamburg 1952. 1959. 1967.
- Satzung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Hamburg, Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens, gegründet 1805. Hamburg 1976.
- Stoll, H./Kurtzweil, H.: Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens in Hamburg 1905-1930. Zum Gedenktage ihres 125jährigen Bestehens am 3. November 1930. Hamburg 1930.
- Stoll, H.: Festschrift zur Hundertjahrfeier 1805-1905. Hamburg 1905.
- Studt, J.: Die Notwendigkeit einer Ausgestaltung unserer Bibliothek. In Pädagogische Reform. Beilage zu Nr. 42. 26 (1902).
- Wedderihn, J. E.: Rede bei der vier und dreißigsten Stiftungs-Feier der Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens in Hamburg am 9. November 1839. Hamburg 1839.

2.

Comenianische Ideen verwirklichen ...

Der Beitrag der Leipziger Comenius-Bücherei zur Professionalisierung der Volksschullehrer

In: Comenius-Jahrbuch 2 (1994), S. 37-52

Die Geschichte der Comenius-Bücherei beginnt paradoxerweise mit einem historischen Irrtum. Bis Anfang der 1870er Jahre galt der 15. November 1671 als Todesdatum von Johann Amos Comenius. Deshalb veranstaltete der Leipziger Lehrer-Verein im November 1871 ohne es zu wissen mit einjähriger Verspätung eine Gedenkfeier aus Anlaß seines 200. Todestages. Während dieser Feier stellte der Leipziger Lehrer Julius Beeger den Antrag, eine Pädagogische Zentralbibliothek für Deutschland und Österreich zu gründen und diese Einrichtung mit dem Namenszusatz "Comenius-Stiftung" zu versehen.

1. Die Motive Julius Beegers zur Gründung der Comenius-Bücherei

Julius Beeger genoß damals unter seinen Kollegen bereits hohes Ansehen. Er war ein außerordentlich engagierter und einflußreicher Funktionär in regionalen und überregionalen Lehrerverbänden.

Beeger, am 24. Oktober 1829 geboren, trat nach der Absolvierung des Dresdner Lehrerseminars in die Fußstapfen der meisten seiner Berufskollegen: er begann seine Lehrerlaufbahn auf dem Land. Nach etwa einem Jahr - 1851 - wechselte Beeger nach Dippoldiswalde, bis er 1857 mit rund 28 Jahren als Lehrer in Leipzig angestellt wurde.

Beeger fühlte sich indes durch seinen Beruf als Lehrer nicht ausgelastet und - er war ehrgeizig und aufstiegsbestrebt. Er holte 1862 die Reifeprüfung nach und wollte an der Leipziger Universität Rechts- und Staatswissenschaften studieren. Dieser Plan scheiterte, vermutlich aus finanziellen Gründen. Stattdessen blieb Beeger Lehrer, hörte jedoch neben seiner Berufstätigkeit Vorlesungen an der

Universität und eignete sich in dieser Zeit viele Kenntnisse an, die er später als Lehrerfunktionär einsetzen konnte.

Anfang der 1860er Jahre war Beeger bereits im Leipziger Lehrerverein aktiv. Er gehörte in die Reihe der jungen, liberal eingestellten Lehrer, die sich anschickten, die führende Gruppe der konservativen Lehrer zu verdrängen. Bis dies schließlich gelang, waren noch jahrelange zum Teil heftige Kämpfe erforderlich.

Der Wandlungs- und Verdrängungsprozeß im Leipziger Lehrerverein stimmte ganz mit dem Wandel des herrschenden Zeitgeists jener Jahre überein. Ende der 50er Jahre begann die sogenannte "Neue Ära". Die Reaktion, die nach der gewonnenen 1848er Revolution mit Schärfe alle liberalen und demokratischen Kräfte unterdrückte und im preußischen Bildungsbereich in den Stiehlschen Regulative ihren Höhepunkt hatte, geriet nun überall in Deutschland zunehmend ins Hintertreffen.

Von diesem Stimmungswandel getragen machte sich die jüngere Lehrerschaft - nicht nur in Leipzig - gegen die etablierte, konservative Führungsriege auf. Seit 1855 war der Theologe Gustav Reinhard Bornemann ununterbrochen Vorsitzender des Leipziger Lehrervereins. Da die Konservativen um Bornemann zunächst die Mehrheit halten konnten, gründeten die jüngeren Liberalen einen neuen Verband, den "Pädagogischen Verein". Neben Beeger war vor allem Johann Karl Gottlob Panitz Initiator dieser Spaltung.

1869 wurde Bornemann in die Schulverwaltung berufen. Damit war die wichtigste Stütze der Konservativen im Leipziger Lehrerverein verloren gegangen. Der Pädagogische Verein löste sich wieder auf, die Liberalen kehrten in den Leipziger Lehrerverein zurück und übernahmen nun die Führung. Julius Beeger gehörte von nun an zum engeren Führungskreis des Lehrervereins. Zweimal war er sogar Präsident des Vereins: 1874-75 und 1875-76.

Aber Beegers schulpolitische Aktivitäten beschränkten sich nicht nur auf den lokalen Umkreis. 1874 wurde er zum zweiten Präsidenten des Sächsischen Lehrervereins gewählt und bei der Gründung des Deutschen Lehrervereins (1871) spielte er eine bedeutende Rolle.

Beeger war also ein hochaktiver Lehrerfunktionär und Schulpolitiker. Aus heutiger Sicht erscheint ein Zusammentreffen von schulpolitischem und bibliothekarischem Engagement eher überraschend. Das liegt zum einen daran, daß heute kaum Handlungsbedarf in dieser Beziehung besteht, weil die Versorgung der Lehrer mit Literatur sowohl in der Ausbildung als auch in der Fortbildung durch ein weitverzweigtes und leistungsfähiges Bibliothekswesen gewährleistet ist, ganz im Gegensatz zur Situation im 19. Jahrhundert. Zum zweiten hat das Einkommen der Lehrer einen Zuwachs erfahren, der den Kauf von benötigter Literatur nicht mehr behindert. Drittens schließlich hatten jedoch Bücher und Bibliotheken damals noch einen anderen, weitaus höheren Stellenwert, der durchaus symbolischen Charakter annehmen konnte. Bücher und Bibliotheken galten als Inbegriff von Bildung, und "Bildung" war der Schlüsselbegriff jener Zeit - nicht nur, aber vor allem bei den Volksschullehrern - für den Kampf um größeres gesellschaftliches Ansehen.

Die Gründung einer Bibliothek, die, ohne auf einen bereits bestehenden Bestand an pädagogischer Literatur¹, nahezu von Null beginnend, das Ziel einer pädagogischen Zentralbibliothek anvisierte, setzte erhebliches Selbstbewußtsein bei den Gründungsvätern voraus. Darüber verfügte Beeger in reichem Maß. Gegner seiner Ansichten mußten mit heftigen Reaktionen seitens Beegers rechnen. "Widerspruch konnte ihn bis zur Leidenschaftlichkeit reizen, und oft führte eine verhältnismäßig unbedeutende Veranlassung zum schroffen Abbrechen selbst engerer Beziehungen." (Rißmann 1910, S. 211). Er wurde von seinen Kollegen als Kämpfernatur beschrieben, der mit außerordentlicher Energie seine Ziele verfolgte. Schließlich wird ihm ein "rastloser Trieb zum Anregen und Schaffen" (ebd.) konstatiert, aber auch Herrschsucht.

Aber Selbstbewußtsein und Energie eines einzelnen Menschen können natürlich nur dann wirksam werden, wenn der Boden ohnehin fruchtbar ist. Nach der 1848er Revolution war die Einstellung der Sieger gegenüber den Lehrern denkbar schlecht - galten sie doch im Urteil Friedrich Wilhelms IV. als eine Berufsgruppe, aus der viele Unterstützer und Beförderer der Revolution hervorgegangen waren. Durch bemerkenswerte Anpassungsleistungen gelang es

¹ Bereits 1870 hatte Beeger eine pädagogische Lesehalle begründet, die jedoch nicht lange Bestand hatte

jedoch der Lehrerschaft insgesamt, sich mit der nachfolgenden Reaktion zu arrangieren und einen Gewinn an öffentlichem Ansehen zu verbuchen. Bismarck selbst bezeichnete die Lehrerschaft in einem Grußwort an die "Deutsche Lehrerversammlung" 1874 als seine "treuen Kampfgenossen" (Bölling 1983, S. 85). Dementsprechend negativ fiel die Beurteilung von sozialdemokratischer Seite aus: ihre Bevormundung durch "Kutte und Bäffchen" würden die Volksschullehrer ersetzen durch die "Pickelhaube" (ebd.). Damit ist vor allem die Indienstnahme der Schule für die Untertanenerziehung gemeint (vgl. Meyer, 1976, S. 168 f.). Ihr Beitrag zur defensiven Modernisierung der Gesellschaft im Sinne Hans-Ulrich Wehlers (1987, S. 531 ff.) ist jedoch ebenfalls unbestreitbar. All dies trug dazu bei, einen Professionalisierungsschub bei den Volksschullehrern zu bewirken. Die erfolgreiche Gründung der Comenius-Bücherei ist hierfür ein eindrucksvoller Beleg.

Die Comenius-Bücherei hieß offiziell bis Ende 1917 "Pädagogische Centralbibliothek (Comenius-Stiftung)", d.h. sie sollte von vornherein nicht eine auf Sachsen oder gar Leipzig beschränkte Funktion erfüllen, sondern für das ganze Reichsgebiet zuständig sein. Voraussetzung für eine solche regional umfassende Zielsetzung war die vorangegangene Reichsgründung vom 18. Januar 1871. Zahlreiche Vereine entstanden in deren Folge - wie etwa der im Dezember 1871 gegründete Deutsche Lehrerverein - die ihren Wirkungskreis auf das Reich auszudehnen suchten. Die Comenius-Bücherei bezog sogar noch Österreich mit ein². Daraus muß man indes keine überholte Präferenz für eine großdeutsche Lösung herauslesen. Vielmehr ist es ein Beleg dafür, daß auch nach der Gründung des Deutschen Reiches viele kulturelle Sonderbeziehungen zu Österreich bestehen blieben bzw. neu entstanden (vgl. Nipperdey 1992, S. 252).

Schließlich muß noch der Frage nachgegangen werden, weshalb sich die neugegründete Pädagogische Zentralbibliothek dem hohen Erwartungsdruck aussetzte, der mit dem Namenszusatz "Comenius-Stiftung" verbunden war. In seinem Antrag zur Errichtung der Bibliothek begründete Julius Beeger seinen

² Beegers Antrag lautete: "eine pädagogische Zentralbibliothek für ganz Deutschland und Österreich ins Leben zu rufen". Fünfzig Jahre Comenius-Bücherei. Festschrift, Leipzig, 1921, S. 5

Namensvorschlag damit, daß die Bibliothek "Comenianische Ideen" (Beeger 1892, S. 21) verwirklichen helfen sollte.

Jan Amos Comenius genöß bei den Lehrern im letzten Jahrhundert hohes Ansehen. Auf diese tiefe Verbundenheit wurde während der Festveranstaltungen im Jubiläumsjahr 1992 immer wieder hingewiesen und - nicht ohne Bedauern - auch darauf, daß die Zahl der Veranstaltungen und das Maß an Interesse für Comenius bei den professionellen Pädagogen im letzten Jahrhundert ungleich größer waren als im Jahr seines 400. Geburtstages. Allerdings verehrten ihn die Volksschullehrer des 19. Jahrhunderts vor allem als Schulmeister, Sprachkünstler und Unterrichtsmethodiker (Scheuerl 1979, S. 73), während heute der universalistische und interdisziplinäre Aspekt stärker im Vordergrund steht.

Schließlich war es aber wohl vor allem wieder Beeger selbst, dem diese Namensgebung am Herzen lag. Zusammen mit dem Prager Schuldirektor Franz Zoubek übersetzte er erstmals die *Didactia Magna vollständig* in die deutsche Sprache. Auch dies ist aus heutiger Sicht für einen Schulpolitiker eher ungewöhnlich.

Beegers Namensvorschlag entsprang also nicht dem zufälligen Zusammentreffen seiner Idee einer Bibliotheksgründung und Comenius' Todestag, sondern seiner intimen Kenntnis des damals bekannten Comenianischen Werkes³ und seiner Hoffnung, daß dieses Werk im schulpolitischen Kampf der Zeit eine solide Grundlage und wichtige Argumente zu liefern in der Lage sei. Comenius galt als ein Universalgelehrter, der Pädagogik und Schule als gleichberechtigte gesellschaftliche Dimension neben die Kirche setzte. Mit seiner Anthropologie, die den Menschen als bildungsbedürftiges und bildungsfähiges Wesen begreift, fundierte er das Schulwesen und stützte darauf seine pädagogische Theorie zur Realisierung dieses Anspruchs. Die Volksschule wird von Beeger mit der Muttersprachschule Comenius' identifiziert. Die Volksschule erhält somit in der

³ Neben der *Didactica Magna* hat Beeger noch weitere Werke von Comenius ins Deutsche übersetzt: *Informatorium der Mutterschule*. *Abriß der Volksschule (Scholae vernaculae delineatio)*, *Prodromus pansophiae*. *Dilucidatio*. Die besonderen Titel der sieben Teile des Tempels der christlichen Pansophie. *Scholae pansophicae delineatio*. Rede über eine sorgfältige Nomenklatur der Dinge. *Wiederbelebter Fortius* oder über die Vertreibung der Trägheit aus den Schulen. *Sittenvorschriften*. *Leges scholae bene ordinatae*. Ausgang aus den scholastischen Irrgärten ins Freie.

Nachfolge zu Comenius einen universellen Rang als eine Einrichtung, die jeder Mensch, ob arm oder reich, weiblich oder männlich, begabt oder unbegabt durchlaufen soll. Sie bildet die Fortsetzung der häuslichen, familiären Erziehung, der Mutterschule, und ist die notwendige Vorbereitung für die lateinische Schule, die Beeger mit dem Gymnasium gleichsetzt. Die Volksschule ist also wie das Gymnasium eine Bildungsetappe im Leben eines Menschen, mit dem Unterschied, daß die Volksschule im Gegensatz zum Gymnasium von jedem Menschen absolviert werden soll.

Damit sind zwei Problembereiche angesprochen, die die Volksschullehrer in ihrem Professionalisierungsstreben jener Zeit besonders beschäftigten: die Abhängigkeit von der Kirche und dem gegenüber den universitär gebildeten Gymnasiallehrern niedrigeren sozialen Status. Comenius wird als Anwalt in eigener Sache angesehen, der jedoch weit über den engeren Pädagogenkreis hinaus Ansehen genoß. Er bot die Begründung für die Verselbständigung der Volksschule unter pädagogischen Prämissen und für die Aufwertung der Volksschulpädagogik zur Wissenschaftsdisziplin (vgl. Beeger 1876). Beide Zielsetzungen finden sich in der Geschichte der Comenius-Bücherei ebenfalls wieder.

2. Stationen der Entwicklung der Comenius-Bücherei bis 1943

Der Antrag Julius Beegers während der Comeniusfeier 1871 wurde einstimmig angenommen. Es wurde ein Ausschuß ins Leben gerufen, dessen Vorsitzender Julius Beeger wurde. Beeger war auch der erste Direktor der Bibliothek.

1879 verselbständigte sich die Bibliothek ein Stück vom Leipziger Lehrerverband. Sie erhielt den Status einer gemeinnützigen Stiftung mit eigener Verwaltung. Zwar behielt der Leipziger Lehrerverein das Oberaufsichtsrecht über die Bibliothek, aber die faktische Leitung wurde einem aus fünf Mitgliedern bestehenden Vorstand übertragen. Der Vorstand der Bibliothek wurde ebenso vom Leipziger Lehrerverein gewählt wie die Mitglieder eines Ausschusses, der dem Bibliotheksvorstand beratend zur Seite stand.

Die ersten Erwerbungen waren Geschenke; insgesamt gingen der Bibliothek im ersten Jahr ihres Bestehens 2641 Bände von 76 Gebern zu. Die Spender waren Lehrer aller Schularten, verschiedene pädagogische Einrichtungen, Lehrerverbände, Wissenschaftler, Verleger und Buchhändler.

Untergebracht wurde die Bibliothek zunächst in einem Raum in der 5. Bürgerschule in Leipzig. 1872 fand der erste Umzug statt - die Bibliothek fand ein notdürftiges Unterkommen in der Wohnung von Julius Beeger und erhielt dort zwei Zimmer. Dieses Provisorium fand bereits im darauffolgenden Jahr ein Ende. Eine Wohnung unterhalb der von Julius Beeger konnte für die Comenius-Bücherei gemietet werden.

Im Sommer 1884 erfolgte erneut ein Standortwechsel. Die Bibliothek bekam zu günstigen Konditionen ein 122 qm großes Areal im Leipziger Lehrervereinshaus zugewiesen. 1904 schließlich entstand ein eigener Bau für die Comenius-Bücherei. Die Initiative dafür ging vom seinerzeitigen Direktor Gustav Rocke aus, der auch die Bauleitung innehatte. Den Bauplatz, eine 1258 qm große Fläche, hat die Stadt Leipzig der Bibliothek geschenkt. Das Geld für den Bau selbst stammte zu einem bedeutenden Teil aus dem Verkauf des von der Comenius-Bücherei verlegten Leipziger Liederbuches. Die Herausgabe dieses an den Leipziger Volksschulen eingeführten Schulbuches war noch ein Verdienst des Bibliotheksgründers Julius Beeger.

Im Sommer 1905 konnten die neuen Räumlichkeiten in der Schenkendorfstraße bezogen werden. Hier verblieb die Bibliothek bis zu ihrer weitgehenden Zerstörung im Jahre 1943 und ist auch heute noch - nach dem Wiederaufbau des Gebäudes - dort untergebracht.

Die finanzielle Absicherung der Bibliothek war lange Zeit gefährdet. Noch während der Jubiläumsfeier zum 25-jährigen Bestehen wurde dieser Zustand von mehreren Rednern beklagt. Von staatlicher Seite kam zunächst überhaupt keine Unterstützung. Ein Gesuch an die sächsische Regierung für einen Zuschuß wurde 1872 abgelehnt. Erst ab 1898 wurde vom Land Sachsen ein jährlicher Beitrag gewährt.

Die einzige kontinuierliche und sichere Geldquelle, auf die die Bibliothek seit 1874 bauen konnte, kam von der Stadt Leipzig. Viele Lehrervereine, an erster

Stelle der Leipziger, überwiesen zwar Zuschüsse, aber in unregelmäßigen Abständen und in ungleicher Höhe.

Dementsprechend wurde der Bestandsaufbau in den ersten Jahren vielfach durch Zufälle bestimmt. Ein systematischer Bucherwerb begann erst 1878/79, wobei jedoch die Zahl der durch Kauf erworbenen Bücher weit unterhalb der pädagogischen Neuerscheinungen lag. 1883 etwa konnten 381 Bücher gekauft werden, bei 1861 pädagogischen Neuerscheinungen jenes Jahres. Insgesamt hatte die Bibliothek im Jahr 1883 durch Schenkungen zwar einen Gesamtzugang von 1852 Bänden, darunter befanden sich aber ein großer Teil älterer Literatur und Dubletten.

Trotz Spenden und Zuschüssen fiel es also schwer, das Ziel, möglichst die Gesamtheit aller pädagogisch relevanter Literatur zu beschaffen, zu erreichen. Zumal sich Julius Beeger durchaus der Notwendigkeit bewußt war, auch das ausländische pädagogische Schrifttum für die Sammlung zu berücksichtigen, damit "das deutsche Schul- und Erziehungswesen nicht in Stillstand und Verumpfung" (Beeger 1892, S. 30) gerate.

Ungeachtet der ungesicherten finanziellen Basis wuchs die Bibliothek kontinuierlich an. 1881 betrug der Buchbestand der Comenius-Bücherei bereits 29 070 Bände. Bei der Zerstörung 1943 umfaßte er über 400 000 Bände - die größte pädagogische Literatursammlung Europas.

Ein nicht geringer Teil der der Bibliothek zufließenden Mittel mußten für Personalkosten verwandt werden. Zwar arbeiteten die Direktoren der Bibliothek bis 1911 ehrenamtlich, aber den mitarbeitenden Lehrern, die bibliothekarische Arbeiten ausführten, wurde ein Gehalt bezahlt, das allerdings so eng bemessen war, daß Beeger meinte, es entspräche "kaum dem Stundenlohn eines Handarbeiters" (ebd., S. 33).

1893 ging Julius Beeger in den Ruhestand, es wurde ihm jedoch das Direktorat auf Lebenszeit verliehen⁴. Faktischer Leiter der Bibliothek wurde nun der stellvertretende Direktor Gustav Rocke, ein langjähriger Freund Beegers.

Ein Jahr vor seinem Rückzug hatte Beeger noch einmal Bilanz gezogen (Beeger 1892, S. 21-42) und dabei zugleich eine Akzentverschiebung bei der

⁴ Julius Beeger verstarb am 2. Juni 1898

Aufgabenstellung der Comenius-Bücherei vorgenommen (ebd., S. 4). Stand bei der Gründung die Aus- und Fortbildung der Lehrer im Zentrum, so war es nun die Wissenschaft. Zwar wurde bereits in der ersten Satzung der Comenius-Bücherei die Aufgabe formuliert, "das litterarische (!) Material zur Förderung der pädagogischen Wissenschaft möglichst vollständig zu sammeln und zur entsprechenden Nutzung bereitzustellen" (Statut der Pädagogischen Centralbibliothek 1871), aber bis die Bibliothek zu einer wissenschaftlich nutzbaren Spezialbibliothek angewachsen war, mußten Jahre des Bestandsaufbaus vorausgehen. Die aktuellen Materialien für die Lehrerfortbildung waren dagegen vergleichsweise einfach zu beschaffen und konnten den Volksschullehrern schon bald nach der Gründung zur Verfügung gestellt werden.

Die Verbesserung der Aus- und Fortbildung der Lehrer, der sich die Lehrerverbände theoretisch und praktisch intensiv widmeten, sollte unter anderem die Abhängigkeit der Lehrer von der Kirche beseitigen. Durch den Zuwachs an pädagogischer Kompetenz sollten die politisch Verantwortlichen gedrängt werden, die dem Bildungsauftrag zur defensiven Modernisierung überwiegend entgegenwirkende Bevormundung der Kirche abzuschaffen. Diese Zielsetzung der Lehrerbewegung war in den 1890er Jahren schon weitgehend erfüllt. Bereits 1874 wurde im sächsischen Schulgesetz die bisherige Unterordnung der Schule unter die Aufsicht der Theologen aufgehoben und durch staatliche Stellen ersetzt. Anstelle der kirchlichen Superintendenten wurde die Schulaufsicht staatlichen Bezirksschulinspektoren übertragen (vgl. Pätzold 1908, S. 185 f.).

Nun könnte man aus heutiger Sicht meinen, daß der erreichte Fortschritt unbedeutend sei, da doch die eine Abhängigkeit durch eine andere abgelöst worden ist. Tatsächlich handelte es sich aber um eine Steigerung des Ansehens. Religion und Kirche hatten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ihre gesellschaftsübergreifende Bindungsfunktion längst verloren. Die Kirche geriet zunehmend in die Rolle, konservative Bewahrerin von im Entschwinden begriffenen Traditionen zu werden. Insbesondere unter den Gebildeten vollzog sich eine Ablösung von der Kirche, also in jener Schicht, deren Zugehörigkeit die Volksschullehrer anstrebten (vgl. Nipperdey 1990, S. 506 f.).

Die Comenius-Bücherei reklamierte ihren Anteil an dieser Entwicklung. Zum 25jährigen Bestehen bemerkte Gustav Rocke hierzu: "Wenn man einst ihre Nützlichkeit anzweifelte, so darf jetzt wohl mit Stolz behauptet werden, daß sie (die Comenius-Bücherei - C.R.) zu dem Aufschwunge, der in der Lehrerbildung und damit im Ansehen der Lehrerschaft seit mehreren Jahrzehnten zu bemerken ist, durch ihre stille Wirksamkeit auch ihr Teil beigetragen hat." (Bericht über das 25-jährige Bestehen 1897, S. 4).

Die nächste Professionalisierungsetappe, die Beeger in seiner Bilanz anvisierte und zu der die Comenius-Bücherei ihren spezifischen Beitrag leisten sollte, ist die Aufnahme der Volksschulpädagogik in den Kreis der Wissenschaften. Die Vermittlung unterrichtspraktischer Kompetenz sollte nun an die "kleineren Lehrerbibliotheken" abgegeben werden, die es mittlerweile an vielen Orten gab. Die Comenius-Bücherei dagegen "will der Wissenschaft dienen" (Beeger 1892, S. 22).

1871, kurz vor der Gründung der Comenius-Bücherei, formuliert Julius Beeger diese Intention so: "Will man auch in der Pädagogik zu diesen Resultaten gelangen (dem Ausbau zur Wissenschaft - C.R.), so ist es nötig, daß mit dem historischen Teile derselben wirkliche Quellenstudien verbunden werden, d.h. daß die hervorragendsten Schulmänner der alten und neueren Zeit in ihren besten Schriften studiert werden." (Zit. nach: Fünfzig Jahre Comenius-Bücherei 1921, S. 5). Wenn die bisherigen und zukünftigen pädagogischen Theorien und Erfahrungen in umfassender Weise zusammengetragen würden, wäre dies der beste Beweis für die Wissenschaftswürdigkeit der Pädagogik. Die Comenius-Bücherei sollte die Quellen für die erziehungswissenschaftliche Forschung sammeln, weil diese Aufgabe nach Ansicht der Lehrerfunktionäre durch die Universitätsbibliotheken eher stiefmütterlich geleistet werde.

Dieser Wandel in der Schwerpunktsetzung ist durch die Veröffentlichungspraxis der Kataloge der Comenius-Bücherei belegbar. Eine Bibliothek, die sich als überregionale Einrichtung versteht, muß, wenn sie dieser Zielsetzung gerecht werden will, besondere Bemühungen auf die Veröffentlichung der Kataloge legen. Denn nur wenn den auswärtigen Lehrern ein

gedruckter Katalog zugänglich gemacht wird, können sie die Bestände über Fernleihe nutzen.

Schon bald nach der Gründung wurde ein "Korrespondenzblatt der Comenius-Stiftung" herausgegeben, das anfangs unter anderem, später ausschließlich zur Mitteilung über die Bibliotheksbestände diente. Die Erschließung der Bibliotheksbestände erfolgte u.a. durch einen detaillierten systematischen Katalog, der 56 Hauptgruppen und 263 Untergruppen aufwies. Zunächst bestand die Absicht, den Bestand aller 56 Hauptgruppen zu veröffentlichen. Bis 1887 wurden die ersten 32 Hauptgruppen veröffentlicht, dann wurde die Herausgabe abgebrochen und wieder von vorne begonnen.

Der Grund für diesen Abbruch lag zum einen darin, daß seit Beginn des Unternehmens neuerworbene Werke in die bereits veröffentlichten Hauptgruppen aufgenommen worden waren, so daß eine Aktualisierung des gedruckten Katalogs dringend notwendig wurde. Entscheidender für den Abbruch war jedoch, daß die Literatur der ersten 26 Hauptgruppen (Nachschlagewerke, Allgemeine Pädagogik, Systematische Pädagogik, Geschichte der Pädagogik usw.) angesichts der neuen Schwerpunktsetzung wichtiger eingeschätzt wurde für die wissenschaftliche Arbeit als die in den späteren Hauptgruppen befindlichen fachdidaktischen Werke. Solche Bände, die eher der unterrichtspraktischen Hilfestellung für den Lehrer dienten, wollte die Bibliothek zwar sammeln und archivieren, aber die Benutzung sollte anderweitig erfolgen. Deshalb wurde deren katalogmäßige Veröffentlichung als minderwichtig vernachlässigt.

Sicherlich sind für diese Entscheidung auch Gründe in der beschränkten Arbeitskapazität zu suchen. Schließlich übertraf die Anzahl der per Post versandten Bücher ab den 1880er Jahren die Ortsausleihe zum Teil beträchtlich (Beeger 1892, S. 41). Von größerer Bedeutung war jedoch, daß die Comenius-Bücherei die tatsächlichen oder vermuteten Defizite in der Erwerbungspolitik der Universitätsbibliotheken ausgleichen wollte und sich damit in den gleichen Rang wie diese, nämlich als Wissenschaftszentrum, zu stellen suchte.

Pointiert hat diese Aufgabenstellung der Bibliothek ihr späterer Direktor und Nachfolger Gustav Rockes, Richard Goldhahn, formuliert. "Die Frage: Ist die Pädagogik eine Wissenschaft oder nicht? ist für uns Lehrer eine Standes- und

Ehrenfrage ersten Ranges. Von ihrer Beantwortung seitens der Maßgebenden hängt es zum teil ab, ob wir im Staat Subalternbeamte sind oder ob wir in dem Kreise der wissenschaftlich Gebildeten Sitz und Stimme erhalten. Nun ist die Pflege jeder Wissenschaft wesentlich bedingt durch das Vorhandensein einer entsprechenden Literatur ... Nur dasjenige Gebiet menschlichen Wissens und Könnens wird vom Gelehrtentum als Wissenschaft anerkannt, das sich durch eine reiche und wohlgegliederte Literatur als solche ausweisen kann. Wo aber sollen namentlich die Gelehrten der Universitäten das pädagogische Schrifttum kennen lernen? Etwa in den Universitätsbibliotheken oder in anderen großen öffentlichen Büchersammlungen? Was diese besitzen, beschränkt sich auf ein paar Hauptwerke oder auf eine Anzahl Schriften aller Art, wie sie der Zufall eben zusammengeführt hat. Wie hätten auch die gelehrten Herren systematisch sammeln sollen, was auf den Namen Wissenschaft ohnehin keinen Anspruch erheben darf? Bücher über Volksschulpädagogik oder gar Bücher für Schulkinder in einer Universitätsbibliothek - einfach lächerlich!" (Goldhahn 1903, S. 88 f.).

Die Aufnahme der Volksschulpädagogik in den Kreis der Wissenschaften schien als notwendige Voraussetzung, um auch die Abhängigkeit von der staatlichen Aufsicht abschütteln zu können und pädagogische Fragestellungen autonom unter den pädagogischen Fachwissenschaftlern zu entscheiden. Die Volksschullehrer wollten das gleiche Maß an Autonomie zugestanden haben, über das andere universitär ausgebildete Professionen wie Mediziner, Juristen und Theologen bereits verfügten. Der Staat habe, so Julius Beeger, die Lehrerqualifikation zu überprüfen und sich ansonsten auf die gesetzlichen Rahmenbestimmungen für das Schulwesen zu beschränken. Inhalt und Form der konkreten Schul- und Unterrichtsgestaltung sollten dagegen der Schulgemeinde vorbehalten bleiben, in der natürlich den pädagogischen Spezialisten, den Lehrern, herausragender Einfluß zukommen sollte.

Bis 1933 blieb diese Aufgabe im Professionalisierungsprozeß der Volksschullehrer virulent. Die Comenius-Bücherei, als eine von Lehrern selbstverwaltete Einrichtung, sollte diese Zielsetzung unterstützen. Einen großen Schritt nach vorn brachte das Jahr 1919. In mehreren Ländern, u.a. auch in

Sachsen, wurde die Volksschullehrerbildung in die Universitäten eingegliedert (vgl. Führ 1992, S. LXXXIX).

Mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten erfolgte die Gleichschaltung der Lehrervereine. Die Verwaltung der Comenius-Bücherei wurde vom Nationalsozialistischen Lehrerbund übernommen und den Zielvorstellungen der neuen Machthaber unterworfen. Der Nachfolger Richard Goldhahns, der Taubstummlehrer Kurt Schleif, der seit 1928 Direktor der Comenius-Bücherei war, wurde entlassen, ebenso ein Teil seiner Mitarbeiter.

Am 30.4.1935 erfolgte eine Namensänderung der Comenius-Bücherei in Hans-Schemm-Bücherei. Schemm war Begründer und bis zu seinem Tod 1935 "Führer" des Nationalsozialistischen Lehrerbundes. Die Umbenennung der Bibliothek vom universalen Menschenfreund Comenius zum Rassenfanatiker Schemm wirkt wie ein frühes Zeichen des Niedergangs, der in der Nacht zum 4. Dezember 1943 seinen Tiefpunkt erreichte. In dieser Nacht wurde die Comenius-Bücherei während eines Bombenangriffs fast vollständig zerstört. Etwa 350.000 der inzwischen auf 400.000 Bände angewachsenen Bibliothek verbrannten. Erhalten blieben lediglich 3000 Bände der Sondersammlung "Paedagogica Rara", die Handbibliothek des Lesesaals und etwa 50.000 Schulprogramme.

Kurz nach Kriegsende begann der Wiederaufbau der Bibliothek. 1946 erhielt sie ihren alten Namen Comenius-Bücherei zurück. Träger war nun für die nächsten 5 Jahre die Gewerkschaft der Lehrer und Erzieher der DDR. 1951 wurde die Comenius-Bücherei auf Anweisung des Ministeriums für Volksbildung mit der Deutschen Lehrerbücherei in Berlin zur Pädagogischen Zentralbibliothek der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften vereinigt. In dieser Konstellation verblieb sie die nächsten 40 Jahre, konnte aber nie mehr ihre frühere Bedeutung erreichen. Die Leitung der Pädagogischen Zentralbibliothek war in Berlin angesiedelt, und da die ehemalige Deutsche Lehrerbücherei, Berlin, nur geringe Kriegsverluste zu beklagen hatte, war sie nun zur bedeutendsten pädagogischen Bibliothek auf deutschsprachigem Gebiet geworden.

Die vorerst letzte Veränderung in der wechselhaften Geschichte der Comenius-Bücherei erfolgte 1991. Mit der Auflösung der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften wurde auch die Pädagogische Zentralbibliothek aufgelöst. Die

Comenius-Bücherei kam mit Wirkung vom 1.1.1991 in die Verantwortung des Landes Sachsen und wird heute von der Universität Leipzig mitverwaltet.

3. Schluß

Die Hoffnungen, die Julius Beeger zur Gründung der Comenius-Bücherei motivierten, haben sich weitgehend erfüllt. Der Beruf des Grund- und Hauptschullehrers ist in der Öffentlichkeit hoch angesehen, was sich auch am Einkommen bemerkbar macht. Die Abhängigkeit von der Kirche gehört längst der Vergangenheit an, und schließlich ist die Ausbildung aller Lehrer in die Universität integriert. Die letzte Etappe des Professionalisierungsprozesses, die Reduzierung der staatlichen Einflußnahme in Bezug auf dezidiert pädagogische Fragestellungen, ist kein spezifisches Problem der Grund- und Hauptschullehrer, sondern betrifft die Lehrer aller Schulformen gleichermaßen.

Damit sind die Ziele, die sich die organisierten Lehrer des niederen Schulwesens in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts stellten, weitgehend erfüllt, und die Comenius-Bücherei hat diesen Weg unterstützend begleitet. Da die pädagogische Literatur heute von den Hochschulbibliotheken gesammelt wird, benötigt die organisierte Lehrerschaft keine eigenen selbstverwalteten pädagogischen Bibliotheken mehr. Angesichts dieser Situation war die Entscheidung nach der Auflösung der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften, die Comenius-Bücherei der Universitätsbibliothek Leipzig einzugliedern, folgerichtig und entspricht ganz den Forderungen, die Julius Beeger einst formulierte: "Eine Anstalt, wie die Pädagogische Centralbibliothek zu Leipzig ... müßte ... allmählich aus einem Privatunternehmen zu einer öffentlichen Anstalt erhoben werden." (Beeger 1892, S. 82).

Zusammen mit der erziehungswissenschaftlichen Zweigstelle der Universitätsbibliothek unterstützt sie nun die universitäre Lehre und Forschung. Eine andere Entwicklung als die Comenius-Bücherei hat die zu DDR-Zeiten mit ihr verbundene ehemalige Deutsche Lehrerbücherei in Berlin genommen. Hier wurde nicht die Leipziger Lösung einer Vereinnahmung der Bibliothek in das

Bibliothekssystem einer der drei Berliner Universitäten gewählt, sondern der Weg einer überregional wirksamen Spezialbibliothek eingeschlagen. Ihr neuer Auftrag resultiert aus der Besonderheit der Bestände. Da die Universitätsbibliotheken bis zur Integration der Lehrerausbildung in die Universitäten die Sammlung pädagogischer Literatur vernachlässigt haben, besitzt die ehemalige Deutsche Lehrerbücherei in Berlin einen nicht zu überschätzenden Fundus an Forschungsliteratur zur Bildungsgeschichte. Sie wurde deshalb in „Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung“ umbenannt und ist als unselbständige Einrichtung dem Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung unterstellt.

Auch die Comenius-Bücherei verfügt heute trotz ihrer fast vollständigen Zerstörung im 2. Weltkrieg über einen wichtigen Bestand für die bildungsgeschichtliche Forschung. Vor allem die Sammlung der „Paedagogica rara“ – ein über 4000 Bände umfassender Bestand – und die Sammlung der Schulschriften sind hier zu nennen. Insbesondere in diesen äußerst wertvollen Bestandteilen liegt eine Chance der Comenius-Bücherei, wieder an ihre frühere überregionale Bedeutung anzuknüpfen, wie dies von Julius Beeger von Anfang an intendiert war.

Literatur

Beeger, J.: Charakteristik der großen Unterrichtslehre des Comenius. In: Comenius, Jan A.: Große Unterrichtslehre. Aus dem Lateinischen übersetzt und mit Einleitungen und Anmerkungen versehen von J. Beeger und F. Zoubek. - 3. verb. u. verm. Aufl. - Leipzig, 1876, S. CIX-CLXXVI.

Beeger, J.: Die Pädagogischen Bibliotheken, Schulumuseen und ständigen Lehrmittelausstellungen der Welt mit besonderer Berücksichtigung der Pädagogischen Centralbibliothek (Comenius-Stiftung) zu Leipzig. Leipzig 1892.

Bericht über das 25-jährige Bestehen der Pädagogischen Zentralbibliothek (Comenius-Stiftung) in Leipzig. Erstattet bei der Gedenkfeier am 28. Januar 1897. Leipzig 1897.

- Bölling, R.: Sozialgeschichte der deutschen Lehrer. Göttingen, 1983.
- Führ, C.: Die deutschen Hochschulen vor den Herausforderungen der neunziger Jahre. Zur geschichtlichen Entwicklung und Krise unseres Hochschulsystems. In: Deutscher Hochschulführer. Band 1. 54. Aufl. Stuttgart, 1992, S. LXXII-XCV.
- Fünfzig Jahre Comenius-Bücherei. Festschrift. Leipzig 1921.
- Goldhahn, R.: Die idealen Aufgaben der Comenius-Stiftung und die deutschen Lehrervereine. In: Leipziger Lehrerzeitung 11 (1903), Nr. 6, S. 87-93.
- Meyer, F.: Schule der Untertanen. Lehrer und Politik in Preußen 1848-1900. Hamburg 1976.
- Nipperdey, T.: Deutsche Geschichte 1866-1918. Band 1. München 1990.
- Nipperdey, T.: Deutsche Geschichte 1866-1918. Band 2. München 1992.
- Pätzold, W.: Geschichte des Volksschulwesens im Königreich Sachsen. Leipzig 1908.
- Rißmann, R.: Deutsche Pädagogen des 19. Jahrhunderts. Leipzig 1910.
- Scheuerl, H.: Johann Amos Comenius. In: Klassiker der Pädagogik. Band 1. München 1979, S. 67-82.
- Statut der Pädagogischen Centralbibliothek (Comenius-Stiftung). Leipzig 1871.
- Wehler, H.-U.: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Band 1. München 1987.

3.

„Die nationalsozialistische Staatsführung hat sofort erkannt, welche Dienste ihr die Auskunftstelle für Schulwesen leisten konnte“.

Zur Nützlichkeit einer pädagogischen Behörde in vier politischen Systemen.

In: Ritzi, Christian/Wiegmann, Ulrich (Hrsg.): Behörden und pädagogische Verbände im Nationalsozialismus : zwischen Anpassung, Gleichschaltung und Auflösung. Bad Heilbrunn 2004, S. 89-144

1. Einleitung

Die Machtergreifung der Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 bildete für viele der bestehenden pädagogischen Behörden, Institutionen und Organisationen den Beginn des Niedergangs und der späteren Auflösung. Einige jedoch konnten sich als Gewinner der 1933 einsetzenden Veränderungen betrachten, die für sie mit einer Erweiterung der Zuständigkeit verbunden waren. Zu diesen gehörte die 1899 gegründete Königliche Auskunftstelle für Lehrbücher des höheren Unterrichtswesens (Auskunftstelle), ab 1913 Auskunftstelle für Schulwesen (Auskunftstelle), die entsprechend ihrem Zuwachs an Aufgaben 1936 in Reichsstelle für Schulwesen (Reichsstelle) umbenannt wurde. Mit diesem Schritt wurde ihre Begrenzung auf das Land Preußen aufgehoben, was dazu führte, dass die Einrichtung, zumindest aus der Sicht des seinerzeitigen Institutsleiters MAX KULLNICK, einen vergleichbaren Rang wie das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht (ZI) erlangte. Der Zuwachs an Bedeutung wird deutlich, wenn man bedenkt, dass die Auskunftstelle Anfang der 1920er Jahre noch als Abteilung in das Zentralinstitut integriert werden sollte. Das ZI und die Reichsstelle umfassten nunmehr reichsübergreifend einen bedeutenden Teil jener Funktionen, die in der Debatte um die Vereinheitlichung und Systematisierung des deutschen Schulwesens seit vielen Jahrzehnten eingefordert worden waren. Für KULLNICK schien damit in Bezug auf die von ihm seit 1912 geleitete Einrichtung ein

bedeutender Schritt in Richtung jener Vision in Erfüllung zu gehen, die ihn bereits als Lehrer bewegt hatte, nämlich die Schaffung einer reichsübergreifenden Behörde, die durch verschiedenste Dienstleistungen die Bildungsforschung fundieren, die Bildungspolitik in Deutschland beraten, die Schulverwaltung unterstützen und den Schulpraktikern Hilfestellungen leisten sollte. Eine Integration der Auskunftstelle in das ZI hätte die Leistungsfähigkeit im Sinne einer reichsübergreifenden Einrichtung des Schulwesens zweifellos noch erhöht. Dies geschah jedoch nicht. Stattdessen bemühte sich KULLNICK, die Eigenständigkeit seiner Auskunftstelle zu wahren und sein Aufgabenfeld stetig zu erweitern. 1936 schließlich wurde die bisherige Begrenzung auf Preußen aufgehoben, so dass nunmehr zwei reichsübergreifende pädagogische Einrichtungen bestanden.

Damit hatte die Auskunftstelle zweifellos ihren Zenit erreicht. Zu Beginn eine eher bedeutungslose Einrichtung, zumindest gemessen an der Erwartungshaltung in der pädagogischen Öffentlichkeit, konnte sie ihre Aufgabenfelder und Zuständigkeitsbereiche nach der Leitungsübernahme durch MAX KULLNICK kontinuierlich steigern, bis sie während des ‚Dritten Reichs‘ eine auch personell gewichtige selbständige Behörde darstellte. Nach Kriegsende verlor die Einrichtung mehr und mehr an Bedeutung, bis sie als Gutachterstelle für Deutsches Schul- und Studienwesen in das Pädagogische Zentrum, später Berliner Institut für Lehrerfort- und -weiterbildung, heute Berliner Landesinstitut für Schule und Medien integriert wurde.

Der zunehmende Bedeutungsverlust als pädagogische Einrichtung nach dem Zweiten Weltkrieg begründet sich allerdings nicht damit, dass die Behörde durch ihre Arbeit während des Dritten Reiches politisch in Misskredit geriet. Als Sammel- und Dokumentationsstelle des deutschen Schulwesens überlebte sie nahezu unbeanstandet den politischen Wechsel, so wie sie schon zuvor die Wechsel vom Kaiserreich zur Weimarer Republik und von der Weimarer Republik zum Dritten Reich überstanden hatte. Dies war möglich, weil sich die Auskunftstelle trotz darüber hinausgehender Pläne stets nur als Dienstleistungseinrichtung für die jeweils vorgesetzte Behörde betätigte. Da diese Dienstleistungen weitgehend frei von eigenen Interpretationen, Bewertungen und

Schlussfolgerungen erbracht wurden, konnte sie allen politischen Systemen nützlich sein. Damit weist die Auskunftstelle trotz mehrerer Namenswechsel eine gerade für pädagogische Institutionen erstaunliche Kontinuität von über 100 Jahren auf.

In der vorliegenden Untersuchung, die nur eine erste Annäherung an die Geschichte des Instituts leisten kann, werden zunächst einige jener Modelle vorgestellt, die eine reichsübergreifende Behörde für das Schulwesen im Blick hatten. Im zweiten Teil werden die Anfänge der Auskunftstelle sowie die Bemühungen um eine Erweiterung der Aufgabenstellung dargestellt, wie sie sich aus der Umbenennung von der Königlichen Auskunftstelle für Lehrbücher des höheren Unterrichtswesens in Auskunftstelle für Schulwesen andeuten. Der dritte Teil konzentriert sich auf jene Kontinuitäten und Veränderungen, die nach 1933 im Zuge der Expansion zu einer Reichsstelle für Schulwesen zu verzeichnen sind. Der Beitrag schließt mit der schwierigen Nachkriegsphase, die mit einem erheblichen Bedeutungsverlust für die Einrichtung verbunden ist.

Grundlage der vorliegenden Untersuchung sind vorwiegend bislang unerschlossene Akten, die sich nach der Übergabe des Archivs der Auskunftstelle heute in der Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung befinden.

2. Konzeptionen für ein Reichsschulamt/Reichsschulmuseum

Im Rückblick ist die Entwicklung des Schulwesens in Deutschland seit Beginn des 19. Jahrhunderts durch einen Prozess der Vereinheitlichung und Systematisierung gekennzeichnet. „Sein Hauptmerkmal ist, daß immer mehr Schulen ihre ursprünglich auf ein spezifisches lokales, ständisches, konfessionelles Milieu abgestimmte Ausprägung und Funktion verlieren und einen neuen Stellenwert in einem Schritt für Schritt ausgebauten, gesamtstaatlich gültigen, hierarchisch strukturierten Schulsystem zugewiesen bekommen.“ (ZYMEK 1989, S. 155). Den Bemühungen um eine solche Entwicklung standen jedoch erhebliche Widerstände gegenüber. So blieb bis zum Ende des Ersten Weltkriegs die Idee eines Reichsschulgedankens eine Vision, und auch während der Weimarer Republik stockten nach kurzer Anfangseuphorie die Bemühungen, umfassende

reichseinheitliche Regelungen durchzusetzen. Das Schulwesen blieb, obwohl die Verfassung Spielraum für entsprechende Handlungsmöglichkeiten zur Verfügung stellte, durch die Länderzuständigkeiten zersplittert.

Die ‚Rechtsungleichheit im Schulwesen‘ und die ‚Mannigfaltigkeit der Bildungseinrichtungen‘ (FÜHR 1970, S. 26) im Deutschen Reich wurden durch die seit den 1860er Jahren zunehmende Vielfalt der verfügbaren Lehrmittel als Problem empfunden. Nach der Reichsgründung wurde deshalb das Bedürfnis, die Unübersichtlichkeit des Schulwesens durch eine reichsübergreifende Sammelstelle abzubauen, die alles Material zum Schulwesen sowohl für die Bildungspolitik und Bildungsverwaltung als auch für die Bildungsforschung und -praxis vorrätig hält, immer dringender. Nicht nur, um einen Vergleich des Schulwesens innerhalb der deutschen Länder zu ermöglichen, sondern weil mit der erneuten Zuwendung zu den Realien im Unterricht seit den 1860er Jahren auch ein starkes Anwachsen der Produktion von Unterrichtsmitteln verbunden war. In einem Beitrag im ‚Evangelischen Schulblatt für Rheinland und Westphalen‘ wurde bereits 1859 beklagt, dass im Vergleich zu den 1820er Jahren eine ‚Überfülle‘ an Schulbüchern zu verzeichnen sei, die ‚fast zur Qual‘ werde (Über die Entwicklung des Bergischen Schulwesens ... 1859, S. 191). Im Jahr 1894 resümierte der Direktor des Dorotheenstädtischen Realgymnasiums, BERNHARD SCHWALBE: „Die Produktion an Lehrmitteln hatte mehr und mehr zugenommen, eine Fülle der besten Anschauungsobjekte war geschaffen, eine Mannigfaltigkeit des Materials auf allen Gebieten stand zu Gebote, eine Überproduktion in allen Zweigen der Lehrmittelherstellung hatte sich entwickelt, so dass hieraus wiederum für die richtige Verwertung und Beschaffung des Unterrichtsmaterials eine neue Schwierigkeit entstand, die Übelstände herbeiführte, fast so gross wie der frühere Mangel an geeignetem Material. Verschiedene Vorschläge, diese Beschaffungen zweckmässig zu gestalten, eine Möglichkeit, die Unterrichtsmittel selbst vor der Beschaffung kennen zu lernen, wurde gefordert: das Bedürfnis nach Schulumuseen wurde dringender“. (SCHWALBE 1894, S. 58). Schließlich gab es durch die sich konsolidierende Erziehungswissenschaft einerseits sowie durch didaktisch-praktische Entwürfe andererseits eine wachsende Vielfalt an pädagogischen Versuchen, Vorschlägen

und Anregungen, die gesammelt, aufbereitet und verarbeitet werden mussten (vgl. BÖHME 1971, S. 10).

Zunächst gingen die Initiativen zur Einrichtung einer reichsübergreifend wirksamen Einrichtung von der Lehrervereinsbewegung aus. 1871 stellte JULIUS BEEGER¹ während einer Zusammenkunft des Leipziger Lehrer-Vereins den Antrag, eine ‚Pädagogische Zentralbibliothek für Deutschland und Österreich‘ zu gründen, die unter dem Namen Pädagogische Centralbibliothek (Comenius-Stiftung) errichtet wurde. Wenig später, 1876, folgte der Berliner Lehrerverein mit der Gründung des Deutschen Schulmuseums. Beide Einrichtungen wurden nach einiger Zeit des Bestehens durch öffentliche Mittel unterstützt, aber auf Dauer war eine Aufgabe dieser Größenordnung nur durch eine ausschließlich staatlich finanzierte Einrichtung zu leisten, die, so wurde vorgeschlagen, auf der Basis der Pädagogischen Centralbibliothek (Comenius-Stiftung) und des Deutschen Schulmuseums aufgebaut werden könnte (vgl. PILTZ 1899, S. 471).

In diesem Sinne forderte KONRAD RETHWISCH² 1901 eine Umgestaltung der Reichsschulkommission³ zu einem dem Reichsministerium des Inneren unterstehenden Reichsschulamtes. Seine Aufgaben lägen sowohl in der Mitwirkung an der Gesetzgebung als auch in publizistischen Aktivitäten. Da die Gesetzgebung für das Schulwesen in der Kompetenz der Länder lag und diese Zuständigkeit von RETHWISCH auch aufgrund der Verfassungslage nicht in Frage gestellt wurde, solle sich die ‚Mitwirkung an der Gesetzgebung‘ der Länder auf die Beobachtung, Koordinierung und Begutachtung beschränken. „Alle Entwürfe der Unterrichtsverwaltungen zu Veränderungen in der Schulverfassung, die eine einheitliche Regelung im Reich wünschenswert machen, gehen dem Reichsschulamte zu weiterer Behandlung zu. Es begutachtet sie, übermittelt sie den anderen Bundesregierungen, nimmt Rückäußerungen entgegen und stellt aus dem gesamten Material eine Vorlage zur Beschlussfassung durch die Regierungen her“

¹ JULIUS BEEGER (1829–1898), Lehrerfunktionär im Leipziger und Sächsischen Lehrerverein, war langjähriger Leiter der Pädagogischen Centralbibliothek (Comenius-Stiftung).

² KONRAD RETHWISCH (1845–1921), Begründer der ‚Jahresberichte für das höhere Schulwesen‘, war zwischen 1894 und 1901 Direktor des Königlichen Friedrichs-Gymnasiums in Frankfurt/Oder und von 1901 bis 1912 Direktor des Kaiserin Augusta Gymnasiums in Charlottenburg.

³ 1868 wurde eine Bundesschulkommission gegründet, 1873 in Reichsschulkommission umgewandelt. Deren Bemühungen konzentrierten sich jedoch im Wesentlichen auf einheitliche Anforderungen für die Berechtigung zum Einjährig-Freiwilligen Militärdienst.

(RETHWISCH, 1901, S. 2). Dieser Konstruktion lag die Vermutung zugrunde, dass Bildungsforschung, Bildungspolitik und Bildungsverwaltung einander ergänzende Bereiche wären, die nicht durch je eigene Rationalitäten bestimmt sind und deshalb eher in unabhängigen Institutionen verortet werden sollten.

Hinsichtlich der publizistischen Aufgaben des Reichsschulamtes verweist RETHWISCH auf das Vorbild des Bureau of Education in Washington⁴. Wie die amerikanische Einrichtung solle das Reichsschulamt statistische Darstellungen und Informationszirkulare über schwebende Einzelfragen herausgeben. Weiterhin solle eine Bibliothek begründet werden, die die gesamte Schulliteratur zu sammeln hätte, ein Schulmuseum sowie ein schulhygienisches Institut (RETHWISCH, 1901, S. 2). Um diese Aufgaben leisten zu können, forderte RETHWISCH für das Reichsschulamt eine größere Mitgliederzahl im Vergleich zur Reichsschulkommission sowie einen Leiter im Hauptamt.

JULIUS ZIEHEN⁵, der im Gegensatz zu RETHWISCH dessen Forderung um die Volksschulen ergänzte, konkretisierte sie vor allem hinsichtlich der Aufgabenstellung eines Reichsschulmuseums. Der Terminus Schulmuseum wurde in der damaligen Diskussion nicht als Einrichtung verstanden, die nur erinnerungswürdige Gegenstände zur Schulgeschichte aufzubewahren habe, sondern darüber hinaus den Reichtum des pädagogischen Lebens über alle Schulfächer und Schularten hinweg sammeln, erschließen und zur Verfügung stellen solle. Weiterhin sollte ein Schulmuseum Materialien zum Schulbau sowie Schulausstattungsgegenstände wie etwa Schulbänke, Wandtafeln u.a.m. in ihren Bestand aufnehmen. Die Organisation und Durchführung von Veranstaltungen wie etwa Vorträge sollten das Aufgabenspektrum abrunden (vgl. u.a. PILTZ 1899, S. 470–472. ZIEHEN 1903, insbes. S. 24 ff.).

Die Idee der Einrichtung eines Schulmuseums war seinerzeit nicht neu. Tatsächlich konnten 1903 in Deutschland 33 Schulmuseen gezählt werden, wovon 30 nach 1870 ihr Gründungsdatum hatten (vgl. HÜBNER 1904, S. 4 f.). So erfreulich diese Entwicklung einerseits vermerkt wurde, wurde andererseits ihr begrenzter Sammelauftrag und ihr lokaler Wirkungsbereich als unzureichend

⁴ Das ‚Bureau of Education‘ wurde 1867 in Washington gegründet.

⁵ JULIUS ZIEHEN (1864–1924) war zwischen 1898 und 1901 Direktor der Wöhlerschule in Frankfurt/M., wurde 1906 Frankfurter Stadtschulrat und ab 1916 ordentlicher Pädagogikprofessor an der Universität Frankfurt.

erachtet. Der Blick ins Ausland, insbesondere auf das Bureau of Education in den USA, verdeutlichte, dass der Aufbau lokaler Schulmuseen zwar nützlich und für die Lehrerfortbildung vor Ort unverzichtbar sei, eine annähernd vollständige Sammlung jedoch könne nur von einer staatlichen Stelle, von einem staatlich unterhaltenen Reichsschulmuseum realisiert werden. Erst eine das ganze Reich und auch das Ausland berücksichtigende Einrichtung sei in der Lage, den fortwährenden Diskurs über die Entwicklung des Schulwesens zu fundieren.

Den Nutzen eines staatlichen Reichsschulmuseums im Vergleich zu vorhandenen Einrichtungen begründete der Leiter des Städtischen Schulmuseums in Breslau, MAX HÜBNER, so: „Während die Schulmuseen, die von Lehrervereinen oder von Städten unterhalten werden, als örtliche Gründungen im allgemeinen auf einen bescheidenen Wirkungskreis beschränkt sind, vermögen vom Staate getragene, reichlich versorgte Zentralinstitute das Schulwesen eines ganzen Landes zu befruchten, sowie auf die Hervorbringung neuen, guten Schulmaterials und dadurch mittelbar auch auf die Entwicklung der heimischen Schulindustrie Einfluß zu üben“ (HÜBNER 1910, S. 12). ZIEHENS Konzeption eines Reichsschulmuseums zielte auf eine ‚Zentralstelle‘, die ein Archiv, eine Bibliothek und eine Lehrmittelsammlung umfassen sollte sowie als Auskunftsstelle fungieren müsse. Sie müsste als Einrichtung der Reichsschulkommission gegründet werden, die mit erweiterten Befugnissen auszustatten sei (ZIEHEN 1903 a, S. 23).

An die Konzeptionen RETHWISCHS und ZIEHENS knüpft der Vorschlag von OTTO SCHMIDT⁶ an. Angesichts der Verfassungslage müsse man von der Möglichkeit einer Reichsschulgesetzgebung absehen. Stattdessen solle eine Vermittlungsstelle eingerichtet werden, „die dem Einheitsgedanken auf dem Gebiete der Volksschule und der Volksbildung die Wege ebnet. Ein solches Reichsschulamt könnte in der heutigen Welt der Schulbureaukratie eine Stätte sein, an der nicht der Buchstabe des Gesetzes uniformierte und regierte, an der nicht amtliche Forderungen und Verfügungen produziert werden, an der vielmehr die unmittelbaren Strömungen des Kulturlebens auf dem Gebiete der Schule mit wachsamem Auge beobachtet würden, und von der aus ein Strom von Anregungen

⁶ OTTO SCHMIDT (1867–1926), Volksschullehrer, zeitweiliges Mitglied im Vorstand des Berliner Lehrervereins und im Geschäftsführenden Ausschuß des Deutschen Lehrervereins.

die Entwicklung unserer Volksbildung befruchten könnte.“ (SCHMIDT 1907, S. 73). Konkret solle das Reichsschulamt folgende Aufgaben erfüllen:

- Statistische Übersichten in einer statistischen Zentralstelle erstellen
- Die Pflege der Auslandsschulen übernehmen
- Die Erfahrungen des Auslandes auf pädagogischem Gebiet beobachten
- Alljährlich einen Kongress als ‚Reichsschulrat‘ oder als ‚Deutsches Schulparlament‘ einberufen
- Ein Reichsschulmuseum unterhalten, das als Auskunftsstelle für Behörden, Vereine und Private fungiert sowie Ausstellungen durchführt.

Befördert wurden die Bemühungen um die Einrichtung eines Reichsschulmuseums auch durch die Diskussionen, die sich im Zusammenhang mit den Weltausstellungen entspannten. Einige Unterrichtsverwaltungen deutscher Länder hatten mehrfach umfangreiche Materialien zum deutschen Schulwesen gesammelt, die im Rahmen der Weltausstellung präsentiert wurden, so 1893 in Chicago, 1904 in St. Louis und 1910 in Brüssel. Im Zuge der Chicagoer Ausstellung des Jahres 1893 wurde gefordert, die dort ausgestellte Bibliothek zu erhalten. Damit würde Deutschland eine ‚pädagogische Zentralbibliothek‘ erhalten, „wie sie in keiner anderen Sprache mehr vorhanden wäre.“ (PASTOR 1893, S. 100). In die gleiche Richtung argumentierte BERNHARD SCHWALBE in einer Denkschrift (vgl. BÖHME 1971, S. 17).

Die Chance, diese Bibliothek als Grundstock für eine reichsweit wirksame Einrichtung für das Schulwesen zu nutzen, wurde nicht wahrgenommen. Immerhin, so vermutete LUDWIG PALLAT, „hatten die Bemühungen, die an die Ausstellung in Chicago anknüpften, wenigstens das Ergebnis, daß im Jahr 1899 in Berlin die ‚Auskunftsstelle für Lehrbücher des höheren Unterrichtswesens‘ eingerichtet wurde.“ (vgl. PALLAT 1912, S. 7).

Das Kultusministerium hatte zuvor in jahrelangen Verhandlungen mit dem Finanzministerium erfolglos versucht, ein staatliches Schulmuseum einzurichten (vgl. PALLAT 1925, S. 9–67, BÖHME 1971, S. 16). Durchsetzen konnte der preußische Kultusminister ROBERT BOSSE 1898 lediglich einen einmaligen Betrag von 18.000 Mark sowie 8.100 Mark laufende Mittel zum Zweck der Errichtung einer Königlichen Preußischen Auskunftstelle für Lehrbücher des höheren

Unterrichtswesens. Ins Leben gerufen wurde die Einrichtung am 1. Mai 1899 durch Ministerialdirektor FRIEDRICH ALTHOFF (vgl. BBF/DIPF-Archiv. Schreiben v. Max Kullnick vom 16.12.48).

Untergebracht wurde die Auskunftstelle zunächst in Räumen des Kultusministeriums, dann in der Bibliothek des Landtages, später bezog sie das Gebäude des alten Botanischen Museums in der Grunewaldstraße 6–7 (heute: Haus am Kleistpark), wo sie bis 1967 verblieb. Der erste Leiter der Auskunftstelle, oder genauer, der erste Vorsteher, war EWALD HORN, dem 1901 der ‚Charakter eines Professors‘ beigelegt wurde (vgl. Zentralblatt für die gesamte Unterrichtsverwaltung in Preußen 1901, S. 830).

3. Von der Auskunftstelle zur Reichsstelle für Schulwesen

3.1 Die Königlich Preußische Auskunftstelle für Lehrbücher des höheren Unterrichtswesens

Der Auskunftstelle wurde zunächst die Aufgabe zugewiesen, die bereits früher hergestellten Übersichten über die in Preußen zugelassenen Schulbücher für die höheren Schulen fortzuschreiben. Die Begrenzung auf die höheren Schulen erklärt sich daraus, dass seit 1880 nur deren Schulbücher vom Kultusministerium genehmigt werden mussten – im Gegensatz zu den Schulbüchern der Volksschulen, für die nur die Lesebücher und die Religionsbücher einer ministeriellen Genehmigungspflicht unterlagen (vgl. MÜLLER 1976, S. 139).

Mit den zur Verfügung gestellten Etatmitteln wurde eine Sammlung der in preußischen höheren Schulen in Gebrauch befindlichen und genehmigten Schulbücher aufgebaut (vgl. WIESE 1902, Bd. 4, S. 883). EWALD HORN konnte dabei auf Verzeichnisse zurückgreifen, die erstmals 1880, später noch einmal 1890 im ‚Zentralblatt für die gesamte Unterrichtsverwaltung in Preußen‘ erschienen waren.⁷

⁷ Verzeichnis der gegenwärtig an den preußischen Gymnasien, Progymnasien, Realschulen und höheren Bürgerschulen eingeführten Lehrbücher. In: Zentralblatt für die gesamte Unterrichtsverwaltung in Preußen 1880, S. 1–103. Verzeichnis der gegenwärtig an den preußischen Gymnasien, Progymnasien, Realgymnasien, Ober-Realschulen, Realprogymnasien, Real-

1901 legte HORN ein erstes Ergebnis seiner Arbeit vor (Verzeichnis der an den höheren Lehranstalten Preussens eingeführten Schulbücher. Berlin 1901). Die Strukturierung des Titelmaterials orientierte sich an den Verzeichnissen der Jahre 1880 und 1890. Im Vergleich zu den früheren Ausgaben fällt auf, dass die Anzahl der zugelassenen Titel deutlich geringer ausfiel. Im Fach Geschichte etwa waren zugelassen

1880 =109 Schulbücher

1890 =181 Schulbücher

1901 =95 Schulbücher

1906 =66 Schulbücher

Der Rückgang erklärt sich zum einen durch die im Jahr 1892 erfolgte Einführung neuer Lehrpläne, die auch Konsequenzen auf den Schulbuchbereich hatten. Zum anderen gab es jedoch von Seiten des Kultusministeriums das Bestreben, die Anzahl der Schulbücher zu beschränken. Dazu wurden Bestimmungen erlassen, die die Einführung neuer Schulbücher erschwerten. Schließlich war mit der Auskunftstelle eine Einrichtung vorhanden, die die notwendige Übersicht behalten sollte und die Einhaltung der entsprechenden Erlasse zu überprüfen hatte.

Eine weitere Aufgabe der Auskunftstelle bestand darin, sich einen Überblick über die in höheren Schulen tatsächlich eingesetzten Schulbücher zu verschaffen. Schon die Verzeichnisse von 1880 und 1890 führten im Anschluss an die bibliographische Beschreibung die Anzahl der Schulen pro Provinz auf, in denen das entsprechende Schulbuch eingesetzt wurde. In den Ausgaben des Verzeichnisses aus den Jahren 1901 und 1906 wurde diese Übersicht insofern verbessert, als nur die vom Kultusministerium und den Provinzialschulkollegien genehmigten Schulbücher aufgeführt wurden, was bei den vorherigen Übersichten „nicht ganz streng innegehalten war.“ (HORN 1901b, S. III).

Ermöglicht wurden diese Angaben durch ‚Nachweise‘, die von den Direktoren der Schulen an das Kultusministerium geliefert werden mussten. Dazu wurde in einem Erlass vom 1. Juni 1899 den höheren Schulen eine regelmäßige

schulen und höheren Bürgerschulen eingeführten Lehrbücher. In: Zentralblatt für die gesamte Unterrichtsverwaltung in Preußen 1890, S. 339–466.

Berichterstattung der verwendeten Schulbücher auferlegt⁸. Diese ‚Nachweisungen der eingetretenen Veränderungen inbetreff der eingeführten Schulbücher‘ mussten alljährlich an die zuständigen Provinzial-Schulkollegien eingereicht werden und wurden von dort an die Auskunftstelle weitergeleitet. Obwohl HORN noch in der Ausgabe 1906 die mangelnde Zuverlässigkeit bzw. Genauigkeit der Angaben beklagte, ergab sich doch ein brauchbarer Überblick über die Verwendung von Schulbüchern der höheren Schulen im Königreich Preußen.

So sehr die Auskunftstelle mit ihren Dienstleistungen als Teil einer umfassenden Einrichtung erwünscht war, wurde sie gerade aufgrund ihrer inhaltlichen und regionalen Beschränkungen heftig kritisiert. Die Konzeptionen von RETHWISCH, ZIEHEN, SCHMIDT u.a. waren nicht zuletzt eine Reaktion auf die Gründung der Auskunftstelle. Im Vergleich zu der von ihnen diskutierten umfassenden Konzeption eines Reichsschulmuseums bzw. eines Reichsschulamtes war das Aufgabenspektrum der neuen Einrichtung höchstens ein bescheidener Anfang.

Auch innerhalb des Kultusministeriums herrschte Unzufriedenheit über die Begrenztheit der Aufgabenstellung der Auskunftstelle. HERMANN BRANDI, vortragender Rat in der Volksschulabteilung des Kultusministeriums, regte 1901 eine Ausdehnung auf das Volksschulwesen an. Darüber hinaus forderte er, auch ausländische Schulliteratur zu sammeln und schlug die Herausgabe von Sammelwerken und einer Zeitschrift vor. Schließlich empfahl er, eine Sammlung von Lehr- und Anschauungsmitteln sowie Schuleinrichtungsgegenständen mit der Auskunftstelle zu verbinden (PALLAT 1925, S. 14). Damit knüpfte er an die Konzeptionen von RETHWISCH, ZIEHEN und SCHMIDT an, wenn auch nur auf das Land Preußen bezogen. Auch RETHWISCH hatte in seinem Modell die Integration der Auskunftstelle in das Reichsschulamts vorgeschlagen, der er im Rahmen der vorgesehenen publizistischen Aktivitäten eine Funktion zuordnete (RETHWISCH 1901, S. 2).

⁸ Vgl. HORN, EWALD: Vorwort. In: Verzeichnis der an den höheren Lehranstalten Preußens eingeführten Schulbücher. Berlin 1901; S. III. 1901. Bereits Ende 1897 wurden die Direktoren der höheren Knaben- und Mädchenschulen verpflichtet, die verwendeten Schulbücher in den jährlich zu erstellenden Schulprogrammen/Jahresberichten aufzuführen (Zentralblatt 1898, S. 215). 1901 wurde erneut an die Nachweispflicht der Direktoren erinnert, vgl. Zentralblatt 1901, S. 470 f. Die ‚Nachweise‘ sind bis 1933 geführt worden.

Kritik übten auch LUDWIG PALLAT und der geheime Ober-Regierungs-Rat STEPHAN WAETZOLD. Letzterer verlangte, dass die Auskunftstelle ihren Schwerpunkt auf das Sammeln und Beobachten der Pädagogik und des Schulwesens des Auslandes sowie des nichtpreußischen Deutschlands legen sollte (PALLAT 1925, S. 14).

Die inhaltliche Vielfalt der Anfragen, die an die Auskunftstelle trotz mangelnden Bekanntheitsgrades in den ersten Jahren gerichtet wurden, belegen, dass die Eingrenzung auf die Sammlung von Schulbücher des höheren Schulwesens in Preußen und die Berichterstattung über sie zu kurz gegriffen war. In einem Beitrag aus dem Jahr 1905 berichtete HORN über seine tägliche Praxis: „Ein nichtpreußischer Oberlehrer erkundigt sich nach der Aufnahmemöglichkeit in den preußischen Schuldienst. Ein bayrischer Kandidat fragt an, ob Münchener Prüfungszeugnisse in Preußen anerkannt würden. Eine Mutter kommt mit ihrem Sprössling zu mir, um eine Schule zu entdecken, wo die Mathematik ‚nicht zu schwer‘ ist“ (HORN 1905a, S. 96). Um auf solche Anfragen angemessen Auskunft erteilen zu können, erweiterte HORN das Sammlungsprofil seiner Bibliothek auch auf außerpreußische und ausländische Schulbücher. Im Vorwort einer 1906 publizierten Zusammenstellung von Lehrplänen der höheren Schulen in Europa bezeichnete HORN es als Teil seiner Amtsgeschäfte, „die Gesetzgebung im höheren Unterricht auch des Auslandes zu studieren“ (HORN 1906, S. III), weshalb er „eine ziemlich vollständige Sammlung der zurzeit gültigen Gesetze und Verordnungen für das höhere Schulwesen Europas“ zusammengetragen habe. 1905 umfasste seine ‚pädagogische Spezialbibliothek‘ bereits 10 000 Bände (HORN 1905a, S. 98).

In der Konsequenz dieser erweiterten Sammeltätigkeit und der realen Auskunftspraxis ging HORN davon aus, dass sich die Beschränkung auf das höhere Schulwesen „auf die Dauer nicht halten“ (ebd.) lasse. Auch er war von der Notwendigkeit einer das gesamte Schulwesen berücksichtigenden Einrichtung überzeugt und hielt die Auskunftstelle als Keimzelle für geeignet. „Kurzum die Auskunftstelle kann sich erweitern zu einem das gesamte Erziehungs- und Unterrichtswesen umfassenden Institut“ (ebd., S. 99).

HORNs Bemühungen um eine Ausdehnung des Zuständigkeitsbereichs der Auskunftstelle blieben jedoch ohne Erfolg und wurden ausdrücklich missbilligt (vgl. KULLNICK 1940, S. 355). Auch die von außen erteilten Anregungen und kritischen Anmerkungen zur Erweiterung der Aufgaben der Auskunftstelle fruchteten in der ersten Zeit nichts, obgleich in der Folge der Weltausstellung in St. Louis im Jahr 1904 sich erneut die Frage aufdrängte, ob die dort zusammengetragene Sammlung von Gegenständen des Schul- und Unterrichtswesens als Grundstock für ein Reichsschulmuseum verwendet werden könnten. Wieder konnte die damit verbundene Chance nicht genutzt werden, die Ausstellung wurde aufgelöst. JULIUS ZIEHEN klagte noch 1914 über diese vertane Möglichkeit und begründete das Versagen mit der föderalistischen Struktur des Reiches (ZIEHEN 1919, S. 76). LUDWIG PALLAT machte daneben vor allem den notwendigen finanziellen Aufwand als Haupthindernis verantwortlich, der mit der Errichtung eines Reichsschulmuseums – oder gar eines Reichsschulamtes – verbunden gewesen wäre. Aufgrund der damit verbundenen Kosten wagten weder das Reich noch ein Einzelstaat, die Last zu schultern. Im Rückblick bedauerte PALLAT gar die enge Verknüpfung der Diskussion über die Erhaltung der in St. Louis gezeigten Unterrichtsausstellung mit der Forderung nach einem Reichsschulmuseum, denn niemand hätte den ersten Schritt zu einer so großen Einrichtung zu tun gewagt (vgl. PALLAT 1912, S. 7). Die gleichen Befürchtungen teilte offenbar HORN, der zwar eine Erweiterung seiner Auskunftstelle für notwendig erachtete, allerdings „ohne dass es nötig ist, gleich an die Gründung eines nationalen Schulmuseums zu denken.“ (HORN 1905a, S. 99).

3.2 Die Königlich/Staatliche Auskunftstelle für Schulwesen

Einen neuen Aufschwung nahm die Debatte im Zuge der Weltausstellung in Brüssel 1910, und diesmal waren die Bemühungen um den Erhalt der Exponate der Schulausstellung erfolgreicher. Erneut wurde an die zuständigen Stellen appelliert, die Sammlungsgegenstände für ein neu zu begründendes Reichsschulmuseum zu verwenden. In einem Bericht im ‚Pädagogischen Archiv‘ wurde gefordert, „daß das mit so viel Liebe, Kosten und Arbeit zusammengetragene Material nicht in alle Winde zerstreut würde, sondern in irgendeiner

Stadt Deutschlands, die mit der schon so viel erörterten Frage der Gründung eines Reichs-Schulmuseums Ernst machen will, eine bleibende Stätte fände.“⁹ Tatsächlich boten die Städte Berlin und Frankfurt/M. der Kommission für die deutsche Unterrichtsausstellung Brüssel 1910 die notwendigen Räume an, um die Exponate zu erhalten. Vor allem der Ministerialdirektor EGON VON BREMEN und der Geheime Oberregierungsrat LUDWIG PALLAT nahmen sich im preußischen Kultusministerium der Angelegenheit an. Nachdem 1911 der Entschluss zur Einrichtung eines preußischen Schulmuseums gefasst wurde, trat PALLAT an die Aussteller mit der Bitte heran, die Ausstellungsgegenstände für eine dauernde Unterrichtsausstellung zu erhalten. Er kommentierte den Erfolg seiner Bemühungen so: „Diese Anregung wurde nicht nur von der Mehrzahl der beteiligten Unterrichtsbehörden und Schulen gern aufgenommen; auch von den Lehrmittelfirmen und Verlegern erklärte sich eine große Zahl in überaus dankenswerter Weise bereit, zugunsten der geplanten Ausstellung auf ihr Eigentum zu verzichten. Ganz besonders zu rühmen ist, daß dank des fast einhelligen Entgegenkommens der Buchverleger die drei vorbildlichen Bibliotheken, die Lehrerbibliothek und die Schülerbibliothek für höhere Schulen und die Handbibliothek für Schulärzte nahezu vollständig erhalten geblieben sind.“ (PALLAT 1912, S. 8).

Die Entscheidung bezüglich des Standortes zwischen Berlin und Frankfurt/M. fiel schließlich zugunsten der Reichshauptstadt aus¹⁰. Ausschlaggebend dafür war u.a., dass sich zwischenzeitlich das preußische Kultusministerium mit dem Finanzministerium dahingehend geeinigt hatte, die Auskunftstelle für Lehrbücher des höheren Unterrichtswesens in eine Auskunftstelle für das gesamte Schulwesen zu erweitern. „Um den Betrieb und den Etat dieser Stelle nicht zu stark zu belasten, mußte zwar davon abgesehen werden, ihr selbst eine Sammlung von Lehr- und Anschauungsmitteln sowie von Schuleinrichtungsgegenständen anzugliedern; auf der anderen Seite aber erschien es für die Tätigkeit der

⁹ BODE, P.: Die deutsche Unterrichts-Ausstellung auf der Weltausstellung in Brüssel und die dort abgehaltenen Kongresse. In: Pädagogisches Archiv 2 (1910), 9, S. 537. Zu weiteren Befürwortern des Plans vgl. BÖHME, S. 21 ff.

¹⁰ Die Stadt Berlin stellte zunächst das erste Stockwerk, später weitere Räume im Erdgeschoss und im zweiten Stockwerk der IX. Pflichtfortbildungsschule in der Friedrichstraße 126 zur Verfügung. Ab Juni 1912 war die dauernde Deutsche Schulausstellung öffentlich zugänglich (PALLAT, L.: Die Deutsche Unterrichts-Ausstellung. In: Die Deutsche Unterrichts-Ausstellung. Leipzig 1912, S. 9 bzw. S. 13).

Auskunftsstelle sehr erwünscht, wenn an demselben Orte eine dauernde Ausstellung von solchen Gegenständen vorhanden wäre.“ Damit war ein wichtiger Schritt hin zu einem preußischen Schulmuseum getan, das durch die Größe und Dominanz Preußens eine Erweiterung auf das Reich versprach. Eine zusätzliche Ergänzung dieses Angebots bildete das von der Stadt Berlin unterhaltene Schulmuseum in der Stallschreiberstraße 54, in dem in Ergänzung zur Deutschen Schulausstellung, die sich vor allem dem höheren Schulwesen gewidmet hatte, das Volksschulwesen im Mittelpunkt stand. PALLAT hoffte, „daß es in absehbarer Zeit wohl zu einer Vereinigung der beiden Sammlungen (Schulausstellung und Schulmuseum – C.R.) und anderer der Schule dienender Einrichtungen in Berlin zu einem das gesamte Unterrichtswesen umfassenden Zentralinstitut kommen werde.“ (PALLAT 1912, S. 9). Die weiteren von PALLAT angedeuteten Einrichtungen waren neben der Auskunftstelle die Ferienkurse zur Ausbildung von Lehrern für die beschreibenden Naturwissenschaften sowie die Gesellschaft für deutsche Erziehungs- und Schulgeschichte (vgl. BÖHME 1971, S. 25). Dazu wurde eine Kommission eingerichtet, „die zwischen der staatlichen Ausstellung und dem städtischen Schulmuseum eine Verbindung herstellen und die von beiden Anstalten zu erfüllenden Aufgaben feststellen soll.“ (PALLAT 1912, S. 13). In diesem Konzept bildete die Auskunftstelle einen wichtigen Bestandteil, BÖHME vermutet gar, dass sie zunächst als „die Keimzelle des künftigen Zentralinstituts“ vorgesehen war (BÖHME 1971, S. 26).

ZIEHEN begrüßte die Bemühungen PALLATS mit Nachdruck und gab der Zuversicht Ausdruck, „daß mit der wachsenden Ausdehnung und Festigkeit des neuen Unternehmens auch immer mehr die Programmpunkte verwirklicht werden, die ich seiner Zeit in meiner Schrift über den Gedanken des Reichsschulmuseums im einzelnen dargelegt und zum Teil näher ausgeführt habe“. (ZIEHEN 1914, S. 2 f.).

An der damaligen Diskussion beteiligte sich auch der Berliner Lehrerverein, der sich in einer Resolution vom 8. Dezember 1910 für die Gründung eines Reichsschulmuseums aussprach. Der Bezirksverband Berlin des Deutschen Lehrervereins hatte 1876 das schon erwähnte Deutsche Schulmuseum gegründet, das mehrere Funktionen ausfüllen sollte. Im Programm des neu gegründeten

Schulmuseums hieß es: „Hier soll sich eine Centralstelle entwickeln, an welcher Lehr- und Unterrichtsmittel aus alter und neuer Zeit zur vergleichenden Kritik und zur Darstellung der verschiedenen Phasen, in welchen das Schulwesen bisher erschienen ist, zusammenströmen (Schulmuseum); hier soll dem Lehrer Gelegenheit geboten werden, unter der großen Fülle des vorhandenen Materials sich das für den bestimmten Fall geeignete auszuwählen (Lehrmittel-Ausstellung), und in streitigen Fragen aus seltneren und umfangreicheren Quellenschriften sich Rathes erholen zu können (Bibliothek)“ (Was wir wollen 1876, S. 1). Angesichts des Ausmaßes der Konzeption und der damit verbundenen Kosten scheiterte das Vorhaben jedoch. Stattdessen beschränkte sich die Arbeit des Deutschen Schulmuseums im Wesentlichen auf den Aufbau einer umfangreichen Bibliothek mit Archiv, Handschriften-, Bildwerke- und Münzensammlung. 1908 wurde konsequenterweise die Funktionsbeschränkung durch einen neuen Namen festgeschrieben: das Deutsche Schulmuseum wurde in Deutsche Lehrerbücherei umbenannt. Ebenso konsequent war es, die selbst nicht zu leistende, aber als wichtig angesehene Einrichtung eines reichsübergreifenden Schulmuseums vom Staat einzufordern. Auf der Dortmunder Deutschen Lehrerversammlung des Jahres 1908 begründete der Reichstagsabgeordnete SOMMER ‚Notwendigkeit und Wirkungskreis einer Reichsbehörde für Volksbildung und Volksschulwesen‘. In den von der Versammlung angenommenen Leitsätzen wurden u.a. eine Beobachtungs- und Beratungsstelle für schulstatistische Untersuchungen sowie die Einrichtung eines Reichsschulmuseums gefordert (Deutsche Lehrerversammlung 1909, S. 246 f.).

So wie die Debatte um die Einrichtung eines Reichsschulmuseums seinerzeit wesentlich zur Gründung der Königlich Preußischen Auskunftstelle für Lehrbücher des höheren Unterrichtswesens beitrug, so beförderte sie nun die Erweiterung zur Auskunftstelle für Schulwesen, die am 1. April 1913 erfolgte. In der Begründung des Ministerialerlasses vom 21. Mai 1913 für die Funktionserweiterung der Auskunftstelle heißt es: „Die durch den Staatshaushaltetat für 1899 geschaffene ‚Auskunftstelle für Lehrbücher des höheren Unterrichtswesens‘ ist seit ihrem Bestehen von Behörden, Schulen, Lehrern usw. häufig um Auskünfte angegangen worden, die außerhalb des Rahmens ihrer auf

die Lehrbücher des höheren Unterrichtswesens beschränkten Tätigkeit lagen. Da sich auch sonst das Bedürfnis nach einer umfassenderen Auskunftstelle fühlbar gemacht hat, ist die bestehende Einrichtung in eine ‚Auskunftstelle für Schulwesen‘ umgewandelt worden.“ (Zentralblatt für die gesamte Unterrichtsverwaltung in Preußen 1913, S. 600).

Die neue Aufgabenstellung wurde in dem gleichen Erlass so beschrieben: „Die Auskunftstelle für Schulwesen ist ermächtigt, in allen Fragen, die das der Unterrichtsverwaltung unterstellte preußische Schulwesen einschließlich der Lehrer- und Lehrerinnen-Bildungsanstalten betreffen, insbesondere über Unterrichtsbetrieb, Lehrpläne, Lehrbücher, Lehr- und Anschauungsmittel u. dergl. Auskunft zu erteilen oder zu vermitteln. Sie ist ferner in der Lage, auf Grund des ihr zur Verfügung stehenden Materials Auskunft zu geben oder zu vermitteln über Fragen, die sich auf das Schulwesen in den Deutschen Bundesstaaten, auf die Deutschen Schulen im Ausland sowie auf ausländisches Schulwesen beziehen.“ (ebd.). Damit entfiel in der Tat die Begrenzung der früheren Auskunftstelle auf Lehrbücher und auf die höheren Schulen. Sie blieb allerdings als selbständige Behörde vor allem eine amtliche Einrichtung im Gegensatz zum 1915 gegründeten Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht, das als Stiftung gegenüber staatlichem Einfluss eine unabhängigere Stellung einnehmen konnte.

Mit der neuen Ausrichtung erfolgte auch ein Wechsel in der Leitung der Einrichtung. MAX KULLNICK¹¹ war im Oktober 1912 von Kultusminister VON

¹¹ MAX KULLNICK wurde am 9.2.1876 als zweites von sieben Kindern in Berlin geboren. Sein Vater war Schuldienner. Zunächst besuchte KULLNICK die 73. Gemeindeschule in Berlin, dann bekam der begabte Junge von der Stadt Berlin eine Freistelle zugesprochen. Von 1887 bis 1896 besuchte er das Lessing-Gymnasium und schloss es mit dem Abitur ab.

Nach Ableistung seines Militärdienstes als Einjährig-Freiwilliger wurde er an der Berliner Universität immatrikuliert. Er studierte neuere Sprachen und Germanistik und schloss 1902 sein Studium mit der Promotion ab (Studien über den Wortschatz in Sir Gawayne and the grene knyzt. Berlin, Diss., 1902). 1904 folgte das Staatsexamen als Lehrer. Seine Lehrbefähigung erstreckte sich auf die Fächer Englisch, Deutsch und Französisch. Seine praktischen Lehrerfahrungen bezog er zwischen 1902 und 1906 an den städtischen Fortbildungsschulen in der Putbusser Str. und Ravenéstr. Nach dem Staatsexamen ging er für eine kurze Zeit nach London und arbeitete im British Museum.

Nach seiner Rückkehr leistete er 1904 das Seminar- und Probejahr am Kaiser-Wilhelm-Realgymnasium ab und wurde dort ab 1.4.1906 als Oberlehrer tätig. Von 1910 bis 1911 bekam er für etwa ein Jahr die Chance, als Austauschlehrer in den USA zu arbeiten und zwar in der Hill School in Pottstown, Pennsylvania. Sein Interesse an amerikanischer Geschichte, Kultur und Politik dokumentieren mehrere Übersetzungen von Veröffentlichungen der Präsidenten THEODOR ROOSEVELT und WILLIAM H. TAFT vor und nach seinem USA-Aufenthalt. In dieser Zeit, so steht zu vermuten, hat er auch die Arbeit des Washingtoner Bureau of Education näher kennen gelernt, das für seine spätere konzeptionelle Arbeit in der Auskunftstelle von Bedeutung wurde.

TROTT ZU SOLZ beauftragt worden, die bestehende Behörde in eine allgemeine „Auskunftstelle für Schulwesen“ zu überführen. KULLNICK löste den in Ruhestand getretenen EWALD HORN ab und begab sich mit großem Ehrgeiz und Engagement an seine neue Aufgabe¹². Und wie schon bei seinem Vorgänger HORN ergab die tägliche Praxis, dass auch die Erweiterung auf eine *preußische* Auskunftstelle für Schulwesen noch unzureichend war. Im Vorwort des ‚Jahrbuchs der Königlich Preußischen Auskunftstelle für Schulwesen‘ bilanzierte KULLNICK: „Die Auskunftstelle ist ... ihrer Gründung nach eine preußische Einrichtung, aber trotzdem ist ihre Tätigkeit nicht auf Preußen beschränkt. Das hat man sich jenseits der schwarz-weißen Grenzpfähle schon reichlich zunutze gemacht. Ganz, als wäre die Auskunftstelle das ersehnte ‚Reichsschulamt ohne legislative, administrative und disziplinare Befugnisse‘, wendet sich der Bayer, der Sachse, der Hesse, der Oldenburger an sie, wenn er sonst nirgends Auskunft erhalten kann, ganz, als wäre sie das besagte Reichsschulamt, finden sich die Schulmänner des Auslandes hier ein, um sich über das Schulwesen Deutschlands zu unterrichten.“ (KULLNICK: Vorwort. 1913, S. III). Unter den Auskunft Suchenden befanden sich Angehörige des Kultusministeriums, der Provinzialschulkollegien, der Regierungen, der Magistrate sowie von Universitäten und Hochschulen, weiterhin Schuldirektoren, Schulaufsichtsbeamte, Lehrer und Privatpersonen (ebd., S. V f.).

Bereits im Frühjahr 1914 präsentierte KULLNICK den ersten Jahrgang des ‚Jahrbuchs der Königlich Preußischen Auskunftstelle für Schulwesen‘. In diesem über 400 Seiten starken Übersichtswerk zum preußischen Schulwesen legte er eine beeindruckende Bilanz seiner kurzen Amtszeit vor¹³. In den geplanten

Nach seiner Rückkehr unterrichtete KULLNICK erneut am Berliner Kaiser-Wilhelm-Realgymnasium, bis ihm 1912 die Auskunftstelle mit dem Auftrag der Erweiterung übertragen wurde. 1914 wurde ihm der Titel eines Professors verliehen.

¹² Mit der Umbenennung und Funktionserweiterung der Auskunftstelle war keine Aufstockung des Stellenplans verbunden, sie blieb zunächst ein Ein-Mann-Betrieb, wenn auch durch Hilfskräfte unterstützt. Kurz nach Dienstantritt begründete KULLNICK jedoch seine Forderung nach zusätzlichem Personal zu seiner Entlastung. „Mit der Umwandlung der früheren ‚Auskunftstelle für Lehrbücher des höheren Unterrichtswesens‘ in eine allgemeine ‚Auskunftstelle für Schulwesen‘ hat der Umfang des Betriebes eine solche Ausdehnung erfahren, daß der Vorsteher allein außerstande ist, den Anforderungen, die an ihn herantreten, auch nur entfernt zu entsprechen. Obwohl er seine ganze Kraft und Zeit einsetzt, kann er nicht einmal die eingehenden schriftlichen Anfragen von Tag zu Tag erledigen; Verzögerungen von Wochen sind manchmal unvermeidlich.“ (BBF/DIPF-Archiv. KULLNICK: Vorschläge für das Rechnungsjahr 1914). Erst nach Kriegsende wurden der Auskunftstelle weitere Stellen genehmigt.

¹³ Das Jahrbuch wurde nach dem 1. Weltkrieg ab 1920 mit dem 2. Jahrgang fortgesetzt, allerdings nicht mehr von der Auskunftstelle herausgegeben, sondern von dem inzwischen neu gegründeten Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht.

zukünftigen Jahrbüchern sollten vorrangig jene Fragen thematisiert werden, die in der Praxis der Auskunftstelle häufig gestellt und bearbeitet werden mussten, und zwar das gesamte Schulwesen betreffend (ebd., S. X).

Neben der Auskunftstätigkeit und als deren Basis dienend, bildete die Sammlung von das Schulwesen betreffenden Materialien einen zweiten Schwerpunkt. So war die Bibliothek mittlerweile auf etwa 40 000 Bände angewachsen, in der die pädagogische Presse in einem Umfang eingesehen werden könne, wie sie bei keiner anderen pädagogischen Anstalt des Deutschen Reiches zu finden sei (ebd., S. IV bzw. VIII). Aufgrund der regen Nachfrage wurde ein Lese- und Arbeitsraum eingerichtet, den KULLNICK als bescheidenen Anfang eines „pädagogischen Arbeitsinstituts“ verstand (ebd., S. VIII).

Die Aufbruchstimmung der erweiterten Auskunftstelle war jedoch nur von kurzer Dauer. Mit der Mobilmachung 1914 wurde KULLNICK am 4. August 1914 als Vizefeldwebel in das Kriegsministerium eingezogen. Zwischen Juli 1915 und Juli 1919¹⁴ war er Hilfsreferent im Kriegsministerium und wurde mit der Leitung der Auskunftsstelle und des Referats VI im Zentralnachweisbüro des Kriegsministeriums beauftragt. Eine seiner Hauptaufgaben bestand in der Herausgabe der alphabetischen Verlustlisten der Gefallenen. In dieser Zeit wurden die Geschäfte vom stellvertretenden Vorsteher nur behelfsmäßig weitergeführt, wie die wenigen Briefe aus dieser Zeit belegen. So erfolgte die Gründung des ZI am 21. März 1915 an KULLNICK vorbei, der bis zu seiner Rückkehr 1919 die Auskunftsstelle nicht mehr betreten hatte „und auf den Gang der Ereignisse keinen Einfluß“ nehmen konnte (BBF/DIPF-Archiv. Kullnick: Auszug aus einem Bericht vom 17.9.1938 mit einigen Zusätzen. Geschrieben nach 1945). Anders als von PALLAT avisiert, blieben die Auskunftsstelle ebenso wie die Zentralstelle (später Hauptstelle) für den naturwissenschaftlichen Unterricht rechtlich unabhängige Einrichtungen, die jedoch das Angebot des ZI ergänzen sollten. In diesem Zusammenspiel mehrerer Institutionen sollte dem ZI aufgrund seiner reichsübergreifenden Zuständigkeit, die ihm als Stiftung möglich war, und seines umfassenderen Aufgabengebiets dabei der Vorrang gebühren.

¹⁴ In einer am 20.2.1920 verfassten Mittelanforderung an das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung schreibt KULLNICK, dass er die ersten sieben Monate des Jahres 1919 Heeresbezüge erhalten habe.

Angesichts der gemeinsamen Aufgaben im Hinblick auf die Realisierung eines Reichsschulmuseums ist es auch im Rückblick zunächst schwer verständlich, weshalb die Auskunftstelle dem ZI als Abteilung nicht direkt unterstellt wurde. „Sachliche Gründe allein können dafür gewiß nicht ausschlaggebend sein; diese hätten eine Zusammenfassung gerade nahegelegt.“ (BÖHME 1971, S. 50). Dies geschah jedoch nicht. LUDWIG PALLAT, Leiter des ZI vom Gründungsjahr 1915 bis 1938, begründet die Aufrechterhaltung der Selbständigkeit der Auskunftstelle im Nachhinein so: „Daß dieses Ziel (die Integration der Auskunftstelle in das ZI - C.R.) bei der Begründung des Zentralinstituts noch nicht erreicht werden konnte, lag einmal an dem Widerstreben der Finanzverwaltung gegen die Verbindung der staatlichen Auskunftstelle mit einer gegenständlichen Sammlung und gegen den Gedanken einer staatlichen Sammel- und Auskunftstelle überhaupt, zum andern aber auch in der Schwierigkeit, bereits vorhandene staatliche Einrichtungen mit ihrem Personal in den Rahmen einer selbständigen Stiftung einzugliedern. Als später das Finanzministerium sich von der Zweckmäßigkeit eines einheitlichen Organismus überzeugte und aus freien Stücken in einem Schreiben an den Kultusminister vom 17. September 1918 anregte, die Auskunftstelle für Schulwesen und die Hauptstelle für den naturwissenschaftlichen Unterricht dem Zentralinstitut anzugliedern, hatten die beiden staatlichen Stellen sich bereits zu so kräftigen Gebilden entwickelt, daß ihre Leiter der Eingliederung in den Rahmen des Zentralinstituts, von der sie eine Beschränkung ihrer Bewegungsfreiheit befürchteten, mit aller Macht und schließlich auch mit Erfolg widerstrebten.“ (PALLAT 1925, S. 38).

Immerhin wurde beiden Institutionen eine enge institutionelle Zusammenarbeit aufgetragen. Deshalb übernahm MAX KULLNICK bei seiner Wiederaufnahme des Dienstes neben der Leitung der Auskunftstelle, die nach Kriegsende nicht mehr ‚Königliche‘, sondern Staatliche Auskunftstelle für Schulwesen hieß, zugleich die Leitung der Auskunftsabteilung des ZI (vgl. Jahrbuch des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht 2 (1920), S. 10). Das ZI verzichtete deshalb auf die Einrichtung einer eigenen Auskunftsstelle für Schulwesen und gab entsprechende Anfragen an die Auskunftstelle weiter. Nur Anfragen, die den Bereich der Auskunftstelle überschritten, wurden im ZI selbst bearbeitet, so in den

Auskunftstellen für Jugendkunde, Berufsberatung, Kleinkinderfürsorge oder Schulkinderfürsorge.

Im Arbeitsbericht für die Jahre 1915–1918 des ZI (vgl. Jahrbuch des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht 2 (1920), S. 54 f.) wird diese Integration noch erwähnt, im Arbeitsbericht der Jahre 1919–1921 dagegen, also nach der Wiederaufnahme seines Dienstes, findet KULLNICK als Abteilungsleiter keine Erwähnung mehr (vgl. Jahrbuch des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht 3 (1921)).

1922 wurde die Beziehung zwischen ZI und Auskunftstelle neu vereinbart. In einem Vertrag wurde beschlossen, dass das ZI, die Auskunftstelle sowie die Hauptstelle für den naturwissenschaftlichen Unterricht eine ‚Pädagogische Arbeitsgemeinschaft‘ bilden sollten. Unter dem Vorsitz von PALLAT sollten die Leiter der Auskunftstelle und der Hauptstelle für den naturwissenschaftlichen Unterricht „gemeinsame Angelegenheiten“ beraten (Jahrbuch des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht 4 (1922), S. 174).

Hintergrund für diese Konstruktion bildete ein ganzes Bündel unterschiedlicher Motivationen. Zunächst hatte das Reichsministerium des Inneren Anteil am Zustandekommen der Vereinbarung. Insbesondere in den ersten Nachkriegsjahren befasste sich die Reichsregierung vielfach mit Schulfragen (vgl. FÜHR 1970). Die Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919 bestätigte zwar die Hoheit über das Schul- und Erziehungswesen der Länder, aber dem Reich wurde auf dem Gebiet des Schulwesens das Recht zugestanden, Grundsätze aufzustellen (vgl. Deutsche Schulgesetzgebung 1968. Band 1, S. 193). Zuständig war hierfür die neu eingerichtete Abt. III. des Reichsministeriums des Inneren (Schulabteilung). Um dieser Aufgabe gerecht werden zu können, wurde bald die Notwendigkeit einer eigenen Auskunftsstelle erkannt, denn auf Seiten des Reiches gab es keine amtliche Stelle, die die vielgestaltige Entwicklung des Bildungswesens in den Ländern beobachtete (vgl. FÜHR 1970, S. 18). Deshalb verhandelte Staatssekretär HEINRICH SCHULZ, eine der „Schlüsselfiguren der Reichsschulpolitik“ (ebd., S. 22) 1921 auf Initiative KULLNICKS mit dem Preußischen Kultusministerium, um die Übernahme der Auskunftstelle in die Schulabteilung zu erreichen. Das Interesse KULLNICKS an einer Übernahme erklärt

sich zum einen durch die damit verbundene Ausdehnung des Zuständigkeitsbereichs, die er angesichts der anfallenden Anfragen schon immer angestrebt hatte, zum anderen durch die mit der wachsenden Geldentwertung verbundene Gefahr, dass der preußische Staat nicht mehr alle Einrichtungen der Vorkriegszeit weiterführen könnte. Auch die Existenz der Auskunftstelle stand in dieser Zeit offenbar zur Disposition¹⁵. In dieser Situation wandte sich KULLNICK mit stillschweigender Duldung der vorgesetzten Stelle am 9. Oktober 1920 an den Reichsminister des Inneren, um ihm die Übernahme der Auskunftstelle nahe zu legen. Reichsminister KOCH antwortete am 14. Oktober 1920 und sicherte die Überprüfung der Angelegenheit zu. Am 11. November 1920 wurde der Besuch von Staatssekretär HEINRICH SCHULZ angekündigt, der dann am 19. November 1920 erfolgte (vgl. BBF/DIPF-Archiv. Kullnick, M.: Auszug aus einem Bericht vom 17.9.38 mit einigen Zusätzen, S. 2).

Die daraufhin geführten Verhandlungen am 25. Januar und 18. Februar 1921, die ohne KULLNICK stattfanden, scheiterten am Widerspruch Preußens. Das Kultusministerium lehnte die Übergabe mit der Begründung ab, die Auskunftstelle sei ihm zu wertvoll¹⁶. Stattdessen beteiligte sich das Reich am ZI, wodurch es sich das Recht erwarb, die Dienste der Auskunftstelle in Anspruch zu nehmen (vgl. BBF/DIPF-Archiv. Kullnick-Schreiben vom 25.11.49). Die Beteiligung des Reichs wiederum sicherte den Erhalt des in finanzielle Nöte geratenen ZIs. Schließlich wurde vom preußischen Kultusministerium der alte Plan zur Integration der Auskunftstelle in das ZI wieder aufgenommen, wozu eine ‚Pädagogische Arbeitsgemeinschaft‘ ein geeigneter Ansatz zu sein schien.

Sicherlich nahm KULLNICK die Begründung des Kultusministeriums mit einiger Genugtuung zur Kenntnis, aber tatsächlich musste das Ergebnis für ihn enttäuschend sein. Statt wie das ZI reichsübergreifende Aufgaben wahrnehmen zu können, blieb es eine preußische Einrichtung, in der er zudem in der Pädagogischen Arbeitsgemeinschaft LUDWIG PALLAT untergeordnet war. Trotz

¹⁵ Bereits in einer Rede vor dem Staats-Haushaltsausschuss am 8.11.1919 hatte Unterstaatssekretär C. H. BECKER des Preußischen Kultusministeriums angekündigt, dass die Mittel nicht ausreichend seien, um alle Behörden und Arbeitsstellen zu erhalten. Vielmehr müssten diese vom Reich übernommen werden, da, so der Stand der damaligen Diskussion, das Reich eine stärkere Verantwortung im Schulbereich übernehmen würde.

¹⁶ Vgl. Kullnick-Schreiben vom 16.12.48 (BBF/DIPF-Archiv). Zu den Gründen eines Scheiterns von umfassenden reichseinheitlichen Regelungen des Schulwesens vgl. FÜHR 1970.

der nunmehr zumindest formell erreichten Kooperation drängt sich der Eindruck auf, dass die Beziehung zwischen ZI und Auskunftstelle nicht ohne Spannungen war. Aus PALLATS oben wiedergegebener Begründung für ein Scheitern der Fusion kann man mehr als nur Bedauern herauslesen. Nach der Mitteilung über die Gründung der Pädagogischen Arbeitsgemeinschaft im 4. Jahrgang des Jahrbuchs des ZIs wird in keinem weiteren Arbeitsbericht wieder darauf eingegangen. Als weiteres Indiz für die nicht unproblematische Beziehung beider Einrichtungen kann man werten, dass KULLNICK, der insbesondere nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges häufig den Entwicklungsverlauf der Auskunftstelle darzustellen hatte, nicht ein einziges Mal das ZI darin erwähnt hat. Auch bei einer Durchsicht des vom ZI herausgegebenen ‚Pädagogischen Zentralblattes‘ sucht man vergeblich nach Berichten von der oder über die Auskunftstelle.

Natürlich blieb dieses schwierige Verhältnis auch den Weggefährten MAX KULLNICKS und LUDWIG PALLATS nicht verborgen. CHRISTOPH FÜHR kann sich an Gespräche erinnern, die er mit ERICH HYLLA geführt hat, in denen HYLLA das ausgeprägte Konkurrenzverhalten zwischen KULLNICK und PALLAT hervorgehoben hat. FRITZ HILKER, langjähriger Mitarbeiter und zeitweiliger Leiter des ZIs, spricht in seiner Würdigung MAX KULLNICKS davon, dass eine wetteifernde Arbeit zwischen beiden Instituten stattgefunden habe (vgl. HILKER 1961, S. 267).

Schon die Übernahme des Jahrbuchs durch das ZI ab dem 2. Jahrgang, die laut PALLAT zwischen ZI und Auskunftstelle 1919 vertraglich vereinbart worden war (PALLAT 1925, S. 57), muss für KULLNICK sehr schmerzhaft gewesen sein, denn im Vorwort des Jahrbuchs 1914 hob er seine ‚hohe Genugtuung‘ über dessen Gelingen angesichts nicht geringer Schwierigkeiten hervor¹⁷. Das Jahrbuch sollte nicht nur ein Rechenschaftsbericht des abgelaufenen Jahres sein, vielmehr hatte KULLNICK gehofft, dass die Auskunftstelle damit im öffentlichen Bewusstsein als eine Einrichtung Anerkennung fände, die vergleichbare Aufgaben haben solle „wie das Bureau of Education in Washington“ (Jahrbuch der Königlich Preu-

¹⁷ Durch den Kriegsbeginn erschienen keine weiteren Jahrbücher, aber noch während des Krieges plante KULLNICK eine Fortsetzung. In einem Brief an das stellvertretende Generalkommando des 1. Armeekorps in Königsberg vom 28. Juni 1917 bittet er um Überlassung von das Schulwesen betreffende Verordnungen der Militärbehörden, um sie im nächsten Jahrbuch veröffentlichen zu können, „das ich im Auftrag des Herrn Ministers der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten herausgebe und von dem Ende dieses Jahres ein neuer Band erscheinen soll“. (BBF/DIPF-Archiv).

bischen Auskunftstelle für Schulwesen 1 (1913), S. IX). KULLNICK führte dazu im Einzelnen auf: „die Fortschritte ihres Landes auf dem Gebiete der Pädagogik verfolgen, die Entwicklung des Schulwesens im Ausland beobachten, ihre Wahrnehmungen in Vorträgen oder schriftlichen Darlegungen zur Kenntnis der Beteiligten bringen, auf neue Methoden, neue Hilfsmittel, neue Ideen hinweisen, zu pädagogischer Forschung anregen und in allen Fragen, die das Schulwesen angehen, ihren sachverständigen Rat erteilen.“ (Ebd.).

Ungeachtet der Tatsache, dass 1915 das ZI gegründet wurde, begann KULLNICK mit der Abfassung einer kleinen Schrift, die 1919 unter dem Titel ‚Die Neuordnung des deutschen Schulwesens und das Reichsschulamts‘ erschienen ist. Vor allem seine Überlegungen zu einem zu gründenden Reichsschulamts sind in diesem Kontext interessant. Als Vorbild für das Reichsschulamts, so schrieb KULLNICK in der Rückschau 1945, schwebte ihm wiederum das amerikanische Office of Education vor. Der avisierte Aufgabenkatalog umfasste u.a.:

- Bearbeitung aller Fragen, die eine für das ganze Reich verbindliche Regelung erfordern, z.B. Ausarbeitung eines Reichsschulgesetzes;
- Herbeiführung von Vereinbarungen über Sonderfragen innerhalb der Bundesstaaten, z.B. über Anerkennung von Zeugnissen;
- Bearbeitung einer umfassenden Schulstatistik;
- Verfolgung der Fortschritte der Pädagogik;
- Einrichtung von Sammlungen (Schulmuseum), enthaltend die besten Lehrmittel für alle Unterrichtsfächer, Bilder von Schulbauten und ihren Inneneinrichtungen, Musterlehrer- und -schülerbibliothek, Lehrbücher für alle Schularten;
- Verfolgung des ausländischen Schulwesens;
- Veranstaltung von Vorträgen, Vorlesungen, Übungen und Ferienkursen;
- Herausgabe eigener Veröffentlichungen, u.a. eines Jahrbuches des Reichsschulamtes.

Angesichts dieser Aufgabenstellung eines Reichsschulamtes, die sich in weiten Teilen mit der des ZIs deckt, wäre dessen Weiterführung nicht mehr notwendig. Natürlich lässt KULLNICK auch keinen Zweifel daran, dass er als Ausgangspunkt für das Reichsschulamts nicht das ZI im Blick hatte, sondern seine Auskunftstelle.

„Als ich im April 1913 die Leitung der ‚Auskunftstelle für Schulwesen‘ übernahm, war ich mir von Anfang an darüber klar, daß diese Behörde einmal den Grundstein zu dem lang ersehnten Reichsschulamt bilden müßte“ (KULLNICK 1919, S. 32).

KULLNICKs Überlegungen stießen auf Interesse in der pädagogischen Öffentlichkeit. Kein Geringerer als WILHELM REIN bezog sich in seinem Plädoyer für die Einrichtung eines Reichsschulamtes auf die Ausführungen KULLNICKs (REIN 1919). Nicht zuletzt, um die Leistungsfähigkeit der Auskunftstelle und ihre Eignung für weitere Aufgaben nach außen hin zu verdeutlichen, begründete KULLNICK 1919 eine eigene Zeitschrift unter dem Titel ‚Die deutsche Einheitsschule‘. Neben Beiträgen zum Themenumfeld Einheitsschule finden sich Parlamentsreden, Beschlüsse und Forderungen der Lehrervereinsbewegung, Übersichten über neue Gesetze, Verordnungen und Erlasse, jeweils das ganze Reich berücksichtigend. Weiterhin enthielt jedes Heft ausführliche annotierte Literaturhinweise.

Er knüpfte mit dem Titel bewusst an eine die pädagogische Diskussion gerade der Nachkriegszeit beherrschende Thematik an, und die Zeitschrift hatte nicht zuletzt den Zweck, die Auskunftstelle in der erhofften Neustrukturierung des Schulwesens in geeigneter Weise als zentrale Sammel- und Dokumentationsstelle zu positionieren. Im Editorial bekannte er, dass die neue Zeitschrift versuchen wolle, in der Debatte um die Einführung der Einheitsschule „den Führer abzugeben.“ (KULLNICK: Zur Einführung. 1919, S. 1). Diese Zielsetzung erstaunt allerdings, denn KULLNICK nahm in der Frage zur Einführung der Einheitsschule eine eher vermittelnde, ja zögerliche Position ein. Dass die Einheitsschule eingeführt werden müsste, schien KULLNICK sicher zu sein. Jedoch nicht als radikale Neugestaltung des gesamten Schulwesens, sondern als Fortentwicklung des bestehenden. „Daß unser bisheriges Schulwesen verbesserungsbedürftig ist, wird offen zugegeben, aber ebenso offen muß man einräumen, daß es auch verbesserungsfähig ist. ... Warum das Alte, das so vielen Geschlechtern vortreffliche Dienste geleistet hat und um das uns andere Völker oft beneidet haben, einfach zum alten Eisen werfen, da man seine Entwicklungsmöglichkeiten noch gar nicht ausgeschöpft hat, warum Hals über Kopf etwas Neues schaffen

wollen, dessen Wert nicht zweifelsfrei feststeht, das aber unzweifelhaft unser gesamtes Unterrichtswesen auf Jahrzehnte hinaus in Unruhe versetzen, die Unterrichtserfolge beeinträchtigen und außerdem noch – gerade in der jetzigen schweren Zeit – Unsummen verschlingen würde?“ (KULLNICK: Die Neuordnung des deutschen Schulwesens. 1919, S. 10). Auch praktische Überlegungen stimmen ihn gegenüber radikaleren Konzepten zur Einheitsschule skeptisch. Aufgrund der geringen Schülerzahlen in den oberen Klassen in kleineren Orten schien sie ihm nicht durchsetzbar. Wenn es im Sinne von JOHANNES TEWS¹⁸ (vgl. TEWS 1916) darum ginge, dem Tüchtigen freie Bahn zu schaffen, dann könne dies auch mit dem bestehenden Schulsystem erreicht werden und zwar durchaus auch im „Geist der neuen Zeit“ (ebd., S. 9).

Diese Einstellung zeugt zumindest von Vorbehalten gegenüber den Ansätzen der radikalen Schulreformer jener Zeit und steht damit partiell im Gegensatz zur großen Aufgeschlossenheit des ZIs gegenüber der Reformpädagogik (vgl. BÖHME 1971). Auch diese Differenz mag ein gewichtiger Grund für den Widerstand bilden, den KULLNICK gegenüber der Integration seiner Auskunftstelle in das ZI leistete.

Angesichts seines Engagements und seines Ehrgeizes ist es bedauerlich, dass KULLNICK nicht zu den geladenen Teilnehmern der Reichsschulkonferenz im Juni 1920 gehörte, auf der das Thema Einheitsschule eine zentrale Thematik war. Vielleicht ist diese Nichtberücksichtigung mit ein Grund dafür, dass im März 1920 die letzte Nummer der Zeitschrift erschien. 1925 gründete KULLNICK eine weitere Zeitschrift: ‚Monatsschrift für das gesamte Schulwesen‘. Die Zeitschrift hatte, ähnlich wie zuvor das ‚Jahrbuch der Königlich Preußischen Auskunftstelle für Schulwesen‘ und ‚Die deutsche Einheitsschule‘, die Aufgabe, über das in der Auskunftstelle zusammenströmende Material zu berichten. Sie „will in Aufsätzen, Zusammenstellungen, Statistiken usw. die bestehenden Verhältnisse darlegen und die vorhandenen Tatsachen aufzeigen; sie will angeben, wie bestimmte Fragen des Schulwesens in den verschiedenen Ländern des Deutschen Reiches geregelt sind, sie will den Fortschritt der Entwicklung, soweit er in Tatsachen zum Ausdruck kommt, verfolgen; sie will alles Wichtige, das im Ausland auf dem Gebiet des

¹⁸ JOHANNES TEWS (1860–1937), über Jahrzehnte führender Vertreter der deutschen Lehrerbewegung.

Schulwesens vor sich geht, mitteilen und durch besondere Aufsätze über die ausländischen Schulverhältnisse berichten.“ (KULLNICK Geleitwort. 1925/26, S. 1). Bereits nach eineinhalb Jahren musste ihr Erscheinen aufgrund zu geringer Abonnenten eingestellt werden. Dies war der letzte Versuch, eine Zeitschrift im Rahmen der Auskunftstelle herauszugeben.

Angesichts der unübersehbaren Spannungen gerieten die Fusionsbestrebungen von ZI, der Auskunftstelle und der Hauptstelle für den naturwissenschaftlichen Unterricht mehr und mehr ins Hintertreffen, und das Bestreben nach Eigenständigkeit, verbunden mit einer Aufwertung der eigenen Einrichtung, wuchs. In einem Brief vom 30. November 1923 an das Preußische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung beantragte KULLNICK die Aufhebung der im Haushaltsplan noch zusammengefassten Auskunftstelle mit der Hauptstelle für den naturwissenschaftlichen Unterricht. Er begründet seinen Antrag damit, dass die mit der Zusammenfassung zunächst vorgesehene gemeinschaftliche geschäftliche Leitung nicht zustande gekommen sei.

Ein weiterer Versuch zur Aufwertung der Auskunftstelle datiert aus dem Jahr 1929. In einem Schreiben beantragte er die Umbenennung der Auskunftstelle für Schulwesen in ‚Preußisches Landesamt für Schulwesen‘. In der Begründung heißt es: „Es steht außer Zweifel, daß die Behörde durch diese Umbenennung an äußerem Ansehen gewinnen, und daß ihr damit die Durchführung ihrer amtlichen Aufgaben wesentlich erleichtert werden würde.“ (BBF/DIPF-Archiv. Brief Kullnicks an das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 5.7.1929). Aber auch aufgrund der gewachsenen Aufgaben hält KULLNICK den alten Namen nunmehr für ungeeignet, ja geradezu hinderlich in der Ausübung der Geschäfte. „Die Erteilung von Auskünften nimmt heute einen verhältnismäßig bescheidenen Raum ein gegenüber der Bearbeitung der Jahresberichte, der Führung des Personalnachweises, der Erledigung umfangreicher statistischer Arbeiten, der Durchführung von Sondererhebungen, der Beobachtung des ausländischen Schulwesens, der mit der Neuordnung des Lehrerbildungswesens verbundenen Aufgaben usw.“ (BBF/DIPF-Archiv. Anlage eines Briefes von Kullnick an das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 14.8.1928).

Tatsächlich hatte sich der Aufgabenkreis der Auskunftsstelle seit 1913 erheblich erweitert. In den ersten Jahren stand die Beantwortung von Anfragen zu allen Bereichen des Schulwesens im Mittelpunkt. Im Jahresbericht von 1914 hatte KULLNICK typische Beispiele aufgeführt: ob ein bestimmtes Lehrbuch vom Ministerium genehmigt sei, ob es eingeführt sei oder nicht, in welchen Provinzen und an welchen Anstalten es in Gebrauch sei, wann die letzte Auflage erschienen sei, ob die neue Auflage im Unterricht neben der alten verwendet werden könne oder nicht. Weiterhin kamen in großer Zahl Anfragen, bei denen es um Lehrpläne und Lehrmittel ging. Schließlich fragten Lehrer an, welche Hilfsmittel zur eigenen Weiterbildung, zur Ablegung von Prüfungen und zur Anfertigung wissenschaftlicher Arbeiten erschienen seien u.a.m. (vgl. Jahrbuch der Königlich Preußischen Auskunftsstelle für Schulwesen 1 (1913), S. V ff.).

Um solche, das ganze Schulwesen betreffende Auskünfte erteilen zu können, war eine umfassende Sammlung und Archivierung schulbezogener Materialien unumgänglich. Dieser Bestand diente auch als Grundlage für die vom Ministerium veranlassten Übersichten und Statistiken, mit der KULLNICK beauftragt wurde. So bildete die Sammlung der Schulbücher die Grundlage für die Übersichten der bereits genehmigten Schulbücher höherer Schulen (vgl. Zentralblatt 1913, S. 785).

Nach Kriegsende sind neue Anforderungen an die Auskunftsstelle herangetragen worden. Ein Ministerialerlass vom 26. Mai 1922 übertrug der Auskunftsstelle die Bearbeitung der Jahresberichte aller öffentlichen und aller privaten höheren Lehranstalten Preußens¹⁹. In diesem Zusammenhang wurden ab 1921/22 die im preußischen Kultusministerium eingehenden Jahresberichte der Auskunftsstelle übergeben. Zusätzlich erhielt sie die in der Bibliothek des Kultusministeriums gesammelte Sammlung der älteren Schulprogramme bzw. Jahresberichte, die vereinzelt bis in das 18. Jahrhundert zurückreichten, zwischen 1825 und 1915 jedoch lückenlos vorhanden waren. Als Ergebnisse der Bearbeitung erschienen die „Jahresberichte der höheren Lehranstalten in Preußen“ der Schuljahre 1921, 1922 und 1927. Danach wurde die Reihe abgebrochen, da, so die Begründung KULLNICKS, das Ministerium nicht genügend Mittel für die

¹⁹ Heute im Bestand der BBF.

Einstellung von Hilfskräften zur Verfügung stellte und weil offensichtlich der Verkauf der Bände ungenügend war. Zwar waren durch einen Erlass vom 12. Februar 1925²⁰ alle höheren Schulen verpflichtet worden, die Jahresberichte zu beziehen, aber die Absatzprobleme konnten dadurch nicht behoben werden, weil „die Schulen nicht mehr die Mittel besaßen, um diese Sammelbände zu kaufen“, so KULLNICK rückblickend in einem Schreiben Ende des Jahres 1945 (BBF/DIPF-Archiv. Schreiben Kullnicks von Ende 1945 über ‚Die Notwendigkeit der Staatlichen Auskunftstelle (Reichsstelle) für Schulwesen‘). Diese Begründung erscheint durchaus glaubwürdig, denn das Erscheinen der Bände fand großen Zuspruch. In einer Rezension wurde KULLNICK „zu dem prächtigen Werk“ beglückwünscht, das „berechtigtes Aufsehen erregt und die denkbar günstigste Aufnahme in der Fach- wie in der Tagespresse gefunden“ habe (SIMON 1925, S. 335 f.).

1922 wurde der Auskunftstelle eine schon früher im Preußischen Kultusministerium angelegte Personenkartei aller Lehrer der höheren Schulen Preußens mit dem Auftrag übergeben, sie kontinuierlich weiterzuführen (vgl. BBF/DIPF-Archiv. Kullnick-Brief an Major Taylor/Anlage v. 30.10.45). Dazu wurde durch einen Ministerialerlass vom 29. März 1924 den Schulleitern der höheren Schulen die regelmäßige Einreichung von Personalberichten auferlegt, die von der Auskunftstelle zu sammeln, auszuwerten sowie in geeigneter Form zu veröffentlichen waren. Die Personalberichte ersetzten die früheren „Nachweisungen von den Personal- und Einkommens-Veränderungen“, die an die Auskunftstelle zur Archivierung abgegeben wurden²¹. Auf der Grundlage der Personenkartei, der Personalberichte sowie der ebenfalls gesammelten Personalblätter²² der Lehrer höherer Schulen Preußens stellte KULLNICK zwei ‚Oberschullehrer-Jahrbücher‘ der Schuljahre 1925/26 und 1928/29 zusammen, die das ‚Philologen-Jahrbuch für das höhere Schulwesen Preußens und einiger anderer deutscher Länder. Kunzes Kalender‘ ergänzen sollten.

Mit einem Ministerialerlass vom 27. April 1925 wurde die Auskunftstelle mit der Betreuung der Akten, Büchereien und Musikinstrumente der aufgelösten

²⁰ Dies geht aus einem Erlass vom 12.10.1936 hervor (vgl. Deutsche Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung 2 (1936), S. 453).

²¹ Heute im Archiv der BBF.

²² Heute im Archiv der BBF.

Lehrerbildungsanstalten beauftragt. Die Akten verblieben in der Auskunftsstelle und sollten entsprechend einem Erlass vom 12. März 1926 die Grundlage bilden für eine Aufarbeitung zur Geschichte der Lehrerbildungsanstalten (KULLNICK: Die Reichsstelle für Schulwesen 1940, S. 357), während die Büchereien und die Musikinstrumente von der Auskunftsstelle den gerade begründeten Pädagogischen Akademien (vgl. HESSE 1995) zur Verfügung gestellt wurden.

Weitere Aufträge des Ministeriums zur Erstellung von Übersichten und Statistiken konnten durch die in der Bibliothek gesammelten Materialien nicht geleistet werden, sondern erforderten eigene Datenerhebungen²³, so:

- 1927: Erhebung über die Volksschulen zwecks der konfessionellen Gliederung²⁴. (Die öffentlichen Volksschulen in Preußen nach dem Stande vom 1. Mai 1927. Langensalza 1928).
- 1928: Erhebung zwecks Feststellung der Klassenbildung in den Volksschulen.
- 1928: Erhebung zum Mittelschulwesen (Die mittleren Schulen in Preußen nach dem Stande vom 1. Mai 1928. Berlin 1930).
- 1928: Erhebung über die vereinigten Kirchen- und Schulämter, u.a. mit der Frage, welche Kirchendienste von Volksschullehrern erbracht werden müssen (Organisten- und Kantorentätigkeit, höhere und niedere Küsterdienste).²⁵
- 1930: Erhebung zur Feststellung, welche Kosten durch zusätzliche Klassen entstünden, wenn ein 9. Schuljahr eingeführt würde.
- Um 1930: Erarbeitung einer Übersicht über die „Ergebnisse der Prüfung für das Lehramt an höheren Schulen in Preußen 1901/02 bis 1929/30“ (1931 erschienen).
- 1930: Ermittlung der Entwicklung des Besuches der höheren Lehranstalten sowie der Universitäten und Technischen Hochschulen in Deutschland sowie Untersuchung zum Nachwuchs und Bedarf an Studienräten in Deutschland.

²³ Ein umfangreicher Bestand an ausgefüllten Fragebogen befindet sich im Archiv der BBF.

²⁴ Ministerialerlass vom 22.8.1927.

²⁵ Die ausgefüllten Fragebogen befinden sich im Archiv der BBF.

- 1931: Als Unterlage für die Planwirtschaft wurde ein Atlas zusammengestellt²⁶.
- 1932: Ermittlung der Altersschichtung der preußischen Volksschullehrerschaft. Dazu sollte ein Personalnachweis der preußischen Volksschullehrer eingerichtet und auf dem Laufenden gehalten werden²⁷.

Weiterhin erstellte die Auskunftsstelle eine Übersicht über ‚Vereinbarungen, die Anerkennung von Zeugnissen aus außerpreußischen Ländern‘ (Vereinbarungen über die Anerkennung von Zeugnissen aus außerpreußischen Ländern. Berlin 1929) betreffend und eine Zusammenstellung der in Preußen tätigen Oberlehrer²⁸. Schließlich wurde KULLNICK auch mit für eine Auskunftsstelle eher ungewöhnlichen Aufgaben betraut. So sollte er nach einem Erlass vom 27. Oktober 1922 eine Vermittlungsstelle für arbeitslose Studienassessoren einrichten und bei deren Berufswechsel behilflich sein (vgl. Zentralblatt für die gesamte Unterrichtsverwaltung in Preußen (64) 1922, S. 495). Auch derartige Aufgaben konnten erfolgreich ausgeführt werden: „Die Auskunftsstelle hat damals Hunderte von Assessoren in Banken, in der Technik und bei anderen Behörden untergebracht.“ (KULLNICK: Die Reichsstelle für Schulwesen 1940, S. 356).

Viele Aufgaben jedoch, die KULLNICK in der Nachkriegszeit für die Auskunftsstelle reklamierte, konnten nicht übernommen werden. So blieb es bei der Verzeichnung der Schulbücher des höheren Schulwesens. Seine Forderung, neben den bereits genehmigungspflichtigen Religions- und deutschen Lesebüchern auch die übrigen Schulbücher der Volks- und Mittelschulen einer behördlichen Zulassung zu unterwerfen und die damit notwendige Kontrolle der Auskunftsstelle zu übertragen, ging nicht in Erfüllung (vgl. KULLNICK: Zur Schulbücherfrage 1919, S. 98, vgl. MÜLLER 1976, S. 181). Die von ihm betreute Sammlung an Materialien das Schulwesen betreffend war bedeutend, aber das angestrebte staatliche Schulmuseum ließ sich nicht verwirklichen. Ebenso finden sich keine Hinweise auf von der Auskunftsstelle veranstaltete Vorträge, Vor-

²⁶ Dieser Atlas wurde nie veröffentlicht, sondern in der Reichsstelle vervielfältigt. 20 Exemplare wurden dem Ministerium geliefert.

²⁷ Die Aktualisierung der Kartei – heute im Archiv der BBF – ließ sich aufgrund von Personalknappheit nicht ordnungsgemäß durchführen (vgl. Auszug aus einem Bericht vom 17.9.1938, S. 4).

²⁸ Oberschullehrer-Jahrbuch. Schuljahr 1925/26. Berlin 1926. Oberschullehrer-Jahrbuch. Schuljahr 1928/29. Berlin 1929.

lesungen, Übungen oder Ferienkurse, die KULLNICK in seiner Schrift ‚Die Neuordnung des deutschen Schulwesens und das Reichsschulamt‘ für notwendig erachtete. Schließlich scheiterte, wie gesehen, mehrfach der Versuch, eine regelmäßige Publikation herauszugeben.

4. Die Reichsstelle für Schulwesen

Seit seinen Beiträgen im Zusammenhang mit der Diskussion um die Einführung der Einheitsschule und zur Begründung eines Reichsschulamtes hat sich KULLNICK an der Debatte um die Entwicklung des Schulwesens nicht mehr theoretisch geäußert. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass er sich resigniert zurückgezogen hat, vermutlich aber auch durch zusätzliche Aufgaben, die der Auskunftstelle zugewiesen wurden, weitgehend ausgelastet war. Darauf weisen jedenfalls die stets wiederkehrenden Forderungen nach weiterem Personal hin, ohne das die gestellten Aufgaben nicht oder nur unzureichend geleistet werden könnten.

Seine Arbeitsergebnisse, seien sie archivarischer, bibliothekarischer oder dokumentarischer Art, sowie die aus den gesammelten Materialien entstandenen Übersichten und Statistiken stellten Dienstleistungen vor allem für die Bildungspolitik und Bildungsverwaltung aber auch für die Bildungspraxis dar, die weitgehend die ermittelten Zahlen und Fakten in den Vordergrund stellten. Im Geleitwort zum ersten Heft der ‚Monatsschrift für das gesamte Schulwesen‘ schreibt KULLNICK, dass die Zeitschrift „grundsätzlich auf jede Kritik und auf die akademische Behandlung pädagogischer Fragen“ (KULLNICK: Geleitwort 1925/26, S. 1) verzichte. Stattdessen solle reine Fakten- und Tatsachendarstellung erfolgen, und diese Auffassung übertrug er auf die gesamte Institutsarbeit. Später wurde er durchaus anerkennend ‚Vater der Schulstatistik‘ genannt, ohne jedoch zu verkennen, dass diese Art der Berichterstattung „weitgehend theorielos, ohne eigene Analyse, damit in der – publizierten – Gestalt auch weitgehend unkritisch gegenüber den gegebenen Verhältnissen“ (TENORTH 1996, S. 129) ist. Mit dieser Form pädagogischer Dokumentation fanden die nationalsozialistischen Machthaber nach 1933 eine Einrichtung vor, die problemlos den eigenen Zielen

dienstbar gemacht werden konnte. So wurde es auch von KULLNICK eingeschätzt: „Die nationalsozialistische Staatsführung hat sofort erkannt, welche Dienste ihr die Auskunftstelle für Schulwesen leisten konnte“ (KULLNICK: Die Reichsstelle für Schulwesen 1940, S. 355). KULLNICK, der eigenen Angaben zufolge nie einer politischen Partei angehörte (vgl. BBF/DIPF-Archiv. KULLNICK, M.: Aus meinem Leben. Maschinenschriftl. Vom 25.7.1945), erhoffte sich durch die von den Nationalsozialisten geplanten und bald umgesetzten Maßnahmen zur Vereinheitlichung des deutschen Schulwesens, doch noch an das Ziel seiner früheren Bemühungen zu gelangen, nämlich Leiter eines Reichsschulamtes zu werden, wenn auch im Vergleich mit früheren Konzeptionen mit drastisch reduziertem Aufgabenbereich und den Zielen der neuen Machthaber untergeordneten Arbeitsmöglichkeiten. Tatsächlich wurde in Konsequenz der am 30. Januar 1934 erfolgten Umwandlung des Preußischen Kultusministeriums in das ‚Reichs- und Preußische Ministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung‘ die von Preußen unterhaltene Auskunftstelle am 1. April 1936 in eine Reichsbehörde überführt und in ‚Reichsstelle für Schulwesen‘ umbenannt, die unmittelbar dem Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, BERNHARD RUST, unterstand. In dem entsprechenden Ministerialerlass dazu heißt es: „Die Reichsstelle für Schulwesen ist eine selbständige Reichsbehörde, die ihre Tätigkeit in meinem Auftrage ausübt und die Arbeit des Amtes für Erziehung unterstützt. Sie sammelt das gesamte Material über alle Fragen, die sich auf das den Unterrichtsverwaltungen unterstehende Schulwesen beziehen (Gesetze und Verordnungen, vorhandene Schuleinrichtungen, Unterrichtsbetrieb, Lehrpläne, Lehrbücher, Verhältnisse der Lehrer und Schüler, Schulstatistik usw.); zu ihrem Arbeitsgebiet gehören die öffentlichen und privaten Volks-, mittleren und höheren Schulen, das Berufs- und Fachschulwesen und die Lehrerbildung in allen Ländern des Deutschen Reiches. Die Reichsstelle verfolgt die pädagogische Literatur in Büchern und Zeitschriften, auch über das Schulwesen des Auslandes hält sie sich auf dem laufenden. Aufgrund dieses umfangreichen Materials beantwortet sie Anfragen von Behörden und Privatpersonen und betätigt sich als Auskunfts- und Beratungsstelle

in allen das Schul- und Erziehungswesen betreffenden Angelegenheiten.“ (Deutsche Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung 2 (1936), H. 17, S. 400).

Damit sind zunächst jene Arbeiten beschrieben, die die Auskunftstelle seit Jahren betrieben hat, allerdings nunmehr auf das ganze Reich bezogen und ergänzende Daten wie etwa ‚Rassezugehörigkeit‘ ermittelnd, die von den neuen Machthabern gefordert wurden. Zusätzlich sollte sie nun auch das Berufs- und Fachschulwesen beobachten, da deren Aufsicht vom bisher zuständigen Handelsministerium auf das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung übergegangen waren. Am Handelsministerium existierte eine eigene ‚Auskunftstelle für gewerbliches Unterrichtswesen‘, die aufgelöst und deren Aufgaben der nunmehrigen Reichsstelle für Schulwesen übertragen wurden.

Der Bedeutungszuwachs, den die Reichsstelle erfuhr, ist bereits aus der neuen Namensgebung ersichtlich. Auf das Wort ‚Auskunft‘ wurde bewusst verzichtet, um aus „Rücksicht auf den großen Umfang der rein verwaltungsmäßigen Arbeiten“ (KULLNICK: Die Reichsstelle für Schulwesen 1940, S. 360) keine Missverständnisse aufkommen zu lassen.

Die Erwartungen, die die Leitung des Ministeriums mit der Arbeit der Reichsstelle verknüpfte, werden in zwei Erlassen deutlich, die alle nachgeordneten Dienststellen sowie alle Schulleiter auf die Bedeutung der Reichsstelle hinwiesen. 1935 ersuchte der Minister, „die Arbeiten der Auskunftstelle zu unterstützen und deren Anfragen stets mit tunlichster Beschleunigung zu beantworten“. (Deutsche Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung 1 (1935), S. 386). Ein Jahr später erfolgte erneut eine Anweisung, alle „an sie (die untergeordneten Dienststellen und Schulleiter – C.R.) unmittelbar gelangende Anfragen der Reichsstelle sorgfältig und mit tunlichster Beschleunigung zu beantworten, da sonst die dieser Behörde übertragenen Arbeiten unliebsame Verzögerungen erleiden und unnötige Rückfragen erforderlich machen. Allen Schulleitern ist aufzugeben, die ihre Anstalt betreffenden Drucksachen (Prospekte, Jahresberichte, Mitteilungsblätter, Schulzeitschriften, Chroniken, Fest- und Jubiläumsschriften usw.) unaufgefordert und regelmäßig der Reichsstelle für Schulwesen zuzusenden, damit dieser für ihre Arbeiten, Auskünfte und Berichte stets die neuesten und zuverlässigsten Unterlagen zur

Verfügung stehen.“ (Deutsche Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung 2 (1936), S. 401).

Es war also eine nahezu bruchlose Fortsetzung der Arbeit der Auskunftstelle. Viel problematischer gestaltete sich die Weiterführung des ZIs, standen doch die nationalsozialistischen Machthaber „in schärfstem Gegensatz zu den liberalen, vorurteilsfreien, allen Anregungen aufgeschlossenen Geist, der die Arbeit des Instituts beherrschte“ (BÖHME 1971, S. 182). Durchgreifende personelle Veränderungen wurden deshalb erzwungen und das Institut verlor „seine Selbständigkeit, die gerade seine Arbeit wertvoll gemacht hatte“ (ebd., S. 183). Damit wurde das ZI zu einem Instrument in den Händen der neuen Machthaber „zur Umerziehung und zur Verbreitung pädagogischer Ideen, wie sie der Nationalsozialismus verstand.“ (ebd., S. 189). In diesem Sinne sollten sich ZI und Reichsstelle ergänzen. Der Stellenwert der Reichsstelle als selbständige Reichsbehörde war indes beträchtlich angewachsen, so dass KULLNICK für seine Einrichtung gegenüber dem ZI zumindest Gleichrangigkeit beanspruchte.

Ein Tagebucheintrag von LUDWIG PALLAT aus dem Jahr 1938 ist in diesem Zusammenhang aufschlussreich. Mit dem Ausscheiden PALLATS aus dem ZI wurde erneut erwogen, beide Einrichtungen zu einer mit der Funktion eines – nationalsozialistischen Zielen untergeordneten – Reichsschulamtes zu vereinigen. PALLAT vermerkte in seinem Tagebuch unter dem 2. November 1938: „Kullnick hat in seiner Denkschrift gesagt, daß das Z.I. immer von der Arbeit anderer Institute gelebt habe, und seine Verwunderung darüber ausgesprochen, daß man das ‘rote’ Institut nach 1933 überhaupt habe bestehen lassen. ... Kullnick ist an sich nicht gegen die Angliederung seiner Stelle, meint aber, daß sie den Vorrang vor dem Z.I. haben müsse“. (PALLAT. Zit. nach: BÖHME 1971, S. 205).

Eine Fusion hätte in der Tat an die Konzeption eines Reichsschulamtes erinnert, wenn auch inhaltlich aufgrund der nationalsozialistischen Ausrichtung nur noch formale Übereinstimmungen zu jenen Ideen bestünden, die insbesondere um die Jahrhundertwende diskutiert wurden. Während bei den Konzeptionen nach seiner Gründung das ZI die Einrichtung bildete, die durch Integration anderer, wie etwa der Auskunftstelle, die Funktion eines Reichsschulamtes zu übernehmen geeignet erschien, hatte sich nunmehr, zumindest im Selbstverständnis

KULLNICKS, die Gewichtsverteilung verändert. Zwar verliefen die Fusionsbemühungen im Sande, aber sie verdeutlichen immerhin die gewachsene Bedeutung der Reichsstelle und das ausgeprägte Selbstbewusstsein seines Leiters.

BÖHME vermutet in seiner Untersuchung über das ZI, dass die Fusion „nicht zuletzt an Kullnick gescheitert sei“. (BÖHME 1971, S. 206). Falls diese Annahme zutrifft, könnte sie durchaus zugunsten KULLNICKS gedeutet werden. Denn wäre ein nationalsozialistisches Reichsschulamt unter der Leitung KULLNICKS zustande gekommen, dann hätte er sich inhaltlich deutlicher zur Funktion, die Erziehung im Nationalsozialismus zu erfüllen hatte, positionieren müssen. So blieb es bei den vom Minister beauftragten Übersichten und Statistiken.

Der Zuwachs an Bedeutung, den das Institut im Verlauf seiner Existenz, vor allem aber mit der ‚Machtergreifung‘ der Nationalsozialisten erfahren hat, zeigt sich an der wachsenden Anzahl der Beschäftigten. Zu Anfang war EWALD HORN völlig auf sich allein gestellt (vgl. KULLNICK: Die Reichsstelle für Schulwesen 1940, S. 360); 1940 umfasste der Personalbestand 12 Beamte, 14 Angestellte sowie 2 Lohnempfänger (KULLNIK: Die Reichsstelle für Schulwesen, 1940, S. 360). Obgleich nach Kriegsausbruch der Reichsstelle, wie anderen Einrichtungen auch, die jüngeren Mitarbeiter genommen wurden, konnte der Personalbestand weitgehend stabil gehalten werden. Insgesamt entwickelte sich der Personalstand der Auskunftstelle/Reichsstelle wie folgt:

	Beamte	Hilfsbeamte	Angestellte	Arbeiter	Insges.
1929	2	8	7	2	19
1930	2	10	7	2	21
1932	2	7	10	3	22
1934	6	5	12	3	26
1936	6	5	12	4	27
1938	7	5	14	4	30
1943	13	-	14	4	31

Mit dem Personalstand wuchs auch der Platzbedarf. Zunächst stand der Auskunftstelle nur das 2. Obergeschoss in der Grunewaldstraße zur Verfügung. 1924 kam die kleinere Hälfte des 1. Obergeschosses hinzu, 1927 folgten die

Hälfte des Erdgeschosses sowie die Hälfte des Kellers (vgl. die Haushaltspläne der Staatlichen Auskunftstelle für Schulwesen für die Rechnungsjahre 1920, 1924 und 1927. BBF/DIPF-Archiv). 1928 beantragte KULLNICK schließlich die Überlassung des gesamten Gebäudes für die Auskunftstelle (BBF/DIPF-Archiv. Anlage eines Briefes von Kullnick an das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 14.8.1928), die später genehmigt wurde.

Wie in der Zeit vor 1933 erstellte die Reichsstelle auf der Grundlage der gesammelten Materialien Übersichten zu Belangen des Schulwesens. Die bereits in den Jahren 1921, 1922 und 1927 erschienenen ‚Jahresberichte der höheren Lehranstalten in Preußen‘ wurden unter dem Titel ‚Wegweiser durch das höhere Schulwesen des Deutschen Reiches‘ fortgeführt. Durch die personelle Verstärkung, die die Reichsstelle erhalten hatte, ist es im Gegensatz zu den Jahresberichten nunmehr gelungen, jährlich einen Band herauszugeben, erschienen sind die Schuljahre 1935–1942. Kriegsbedingt wurde für das Schuljahr 1943 kein Wegweiser erstellt und der Wegweiser für das Schuljahr 1944 wurde erst nach Kriegsende bearbeitet (vgl. BBF/DIPF-Archiv. Kullnick-Brief an Major Taylor/Anlage v. 30.10.45, S. 3), allerdings nicht mehr veröffentlicht. Wie schon bei den ‚Jahresberichten der höheren Lehranstalten in Preußen‘ waren bis Kriegsende alle öffentlichen und privaten höheren Schulen des Reichs verpflichtet, den Wegweiser zu beziehen (vgl. Erlass vom 12.10.1936. In: Deutsche Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung 2 (1936), S. 453 bzw. 454).

Neben den Wegweisern für die höheren Schulen bearbeitete die Reichsstelle einen ‚Wegweiser durch das mittlere Schulwesen des Deutschen Reichs. Schuljahr 1937‘, eine das ganze Reich umfassende Fortsetzung der bereits 1930 erschienenen Übersicht ‚Die mittleren Schulen in Preußen nach dem Stande vom 1. Mai 1928‘. Weiterhin wurde ein ‚Wegweiser durch das landwirtschaftliche Berufs- und Fachschulwesen des Deutschen Reiches‘²⁹ (Schuljahr 1938) und ein ‚Wegweiser durch das gewerbliche, kaufmännische und hauswirtschaftliche Berufs- und Fachschulwesen des Deutschen Reiches‘ (Schuljahr 1938) erarbeitet. Die dazu notwendigen Erhebungen, die durch die Erlasse vom 3. März 1937 bzw. vom 21. Dezember 1937 initiiert wurden, ermittelten auch Angaben zu den

²⁹ Veranlasst durch einen Auftrag des Ministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung (vgl. Deutsche Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung 3 (1937), S. 124 f.).

Lehrern dieser Schulen. Auf diese Weise entstand ein zusätzlicher Personalsachverhalt dieser Schularten.

Weitere Veröffentlichungen betrafen u.a. eine in der Reichsstelle durchgeführte Erhebung über den Kinderreichtum jener Familien, die ihre Kinder auf die höheren Schulen schickten, als Grundlage für ein Schulgeldgesetz³⁰ und ein ‚Verzeichnis der für den Gebrauch an Volksschulen zugelassenen Lehrbücher. Stand vom Juni 1941‘.

Eine Reihe von Erhebungen wurden nur für den Dienstgebrauch hergestellt. So wurde die Reichsstelle 1936 damit beauftragt, eine Kostenberechnung für das geplante Reichsvolksschullesebuch anzustellen, um die prozentuale Aufteilung der Kosten auf die Verleger zu ermitteln. Etwa 1938 wurde die Herkunft von Volksschullehrern über das ganze Reich in einer Erhebung ermittelt und 1938 eine Statistik über die ‚Zugehörigkeit der Schüler und Schülerinnen zu den nationalsozialistischen Jugendbänden‘ erstellt³¹. Weiterhin wurden zwischen 1939 und 1944 Statistiken der Ingenieurschulen sowie der Technischen Schulen produziert. Wohl einer der letzten Aufträge, der an die Reichsstelle herangetragen wurde, stammt vom 5. September 1944 und hatte eine Erhebung zum ‚Stand der Entwicklung des Haupt- und Mittelschulwesens‘ zum Inhalt (Deutsche Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung 10 (1944), S. 218).

In den letzten Kriegsjahren, als einige Fachschulen ihren Betrieb einstellen mussten, erhielt die Reichsstelle den Auftrag, das Anmeldeprozedere für die verbliebenen Landbauschulen zu überwachen. Interessenten für eine Aufnahme mussten ihre Anmeldung bei der Reichsstelle einreichen.

Neben der Erstellung von Übersichten und Statistiken lag ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit in der Sammlung von Materialien zum Schulwesen. Neben der Bibliothek wurde ein umfangreiches Archiv betreut, an das auch anderweitig nicht mehr benötigte Dokumente abgegeben wurden, sofern sie in das Sammelprofil der Reichsstelle fielen. So wurden etwa Zweitausfertigungen jener Erhebungsbögen über Lehrbücher, die 1944 im Auftrag des Reichsministers von allen Schulen bearbeitet und an die Reichsstelle für Schul- und

³⁰ Die Ergebnisse wurden im Zusammenhang mit der Erhebung für den ‚Wegweiser‘ ermittelt und in der Einleitung zum ‚Wegweiser 1936‘ veröffentlicht.

³¹ Im Archiv der BBF.

Unterrichtsschrifttum/Außenstelle Bayreuth zu senden waren, an die Reichsstelle abgegeben und dort aufbewahrt. Weiterhin mussten die Archivalien aufgelöster Privatschulen an die Reichsstelle abgegeben werden³².

Ab Ende 1943 wurde der Betrieb durch die Kriegereignisse zunehmend beeinträchtigt und beschränkte sich zeitweise auf die Sicherung und Rettung der Sammlungen. Der Krieg hat der Reichsstelle großen Schaden zugefügt. In einem Bericht aus der Mitte des Jahres 1944 wird von sieben Bombenangriffen zwischen 18./19. November 1943 und 7. Mai 1944 und von der völligen Zerstörung der Nordostecke des Gebäudes berichtet. Im stehen gebliebenen Gebäuderest wurden die beiden oberen Stockwerke schwer beschädigt, das gesamte Obergeschoss brannte aus (vgl. BBF/DIPF-Archiv. Kullnick-Schreiben vom 25.11.1949, S. 8). Hier befand sich u.a. die Bibliothek; von den rund 100 000 Bänden konnte nur ein Fünftel gerettet werden. Die Kartei der Lehrer aller gewerblichen Berufs-, Berufsfach- und Fachschulen Deutschlands wurde unter Trümmern begraben. Das umfangreiche Archiv blieb allerdings erhalten, wenn sich auch an einigen Schulprogrammen noch heute Brandspuren finden. Es wird berichtet, dass MAX KULLNICK eigenhändig den ausgebrochenen Brand zu löschen geholfen hat und somit maßgeblich zur Rettung des Materials beigetragen habe. Ebenso erhalten blieben die Personalnachweise für Lehrer an den öffentlichen höheren Lehranstalten Preußens, die Akten der bis 1926 aufgelösten preußischen Lehrerseminare, die Erhebungsbogen für die höheren Schulen des Deutschen Reiches aus den Jahren 1935 bis 1942, die Personalien der Schulräte, der Lehrer der Mittelschulen, der Lehrer der 1942 eröffneten Lehrerbildungsanstalten und die 1922 für die höheren Schulen und 1932 für die Volksschulen Preußens angelegten Lehrerkarteien.

Ein Teil des Bestandes war während des Krieges ausgelagert worden und konnte nach 1945 zurückgeholt werden. Es handelt sich um die Akten der

³² In Erlassen der Jahre 1936 und 1938 (Deutsche Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung 4 (1938), S. 65) wurde die Überprüfung aller Privatschulen angeordnet mit dem Ziel, nur solche bestehen zu lassen, die eine Anerkennung als private höhere Schule erlangen. In einem Erlass vom 5. April 1939 wird mitgeteilt, dass die Überprüfung nahezu abgeschlossen und der Abbau oder die Auflösung der nicht anerkannten höheren Schulen in die Wege geleitet worden sei (Deutsche Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung 5 (1939), S. 258). Schließlich bestimmte ein Erlass vom 4. November 1941, dass die Akten der aufgelösten Schulen der Reichsstelle für Schulwesen überwiesen werden sollen (Deutsche Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung 7 (1941), S. 434).

aufgelösten Lehrerbildungsanstalten, die am 10. Mai 1944 nach Altdöbern überführt worden waren³³. Am Ende des Krieges waren noch 20 Arbeitsräume und ein Saal benutzbar (vgl. BBF/DIPF-Archiv. Kullnick-Brief an Major Sala v. 31.7.47, S. 2).

5. Nachkriegszeit

Mit der Kapitulation Deutschlands verlor die Reichsstelle ihre vorgesetzte Behörde. Das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung wurde aufgelöst. KULLNICK suchte jedoch auch unter den völlig veränderten Bedingungen seine Einrichtung zu retten und ihre bisherigen Dienstleistungen in die neue Ordnung einzubringen. Wie nach der ‚Machtergreifung‘ der Nationalsozialisten konnte die Reichsstelle auf ihre ideologisch scheinbar unbeeinflusste Art der Berichterstattung verweisen, die auch in der neuen sich abzeichnenden Ordnung notwendig bliebe. Da KULLNICK zudem kein Mitglied der NSDAP war, schien eine kontinuierliche Weiterführung der Arbeit möglich, vielleicht sogar eine Ausdehnung und Erweiterung im Sinne der alten Reichsschulamtsidee. Die Chancen, dass der ehemaligen Reichsstelle diese Funktion aufgetragen werden könnte, schienen KULLNICK in der politisch noch ungeklärten unmittelbaren Nachkriegszeit auch deshalb sehr groß, weil der Hauptkonkurrent, das ZI, während des Zweiten Weltkrieges zerstört und PALLAT 1938 pensioniert worden waren. Gleichwohl gab es Bestrebungen, das ZI neu zu begründen, weshalb KULLNICK es nicht versäumte, darauf hinzuweisen, dass die alte Rivalin den braunen Machthabern eine willige Erfüllungsgehilfin war. Vergleichbar mit seiner Denkschrift aus dem Jahr 1938, auf die sich PALLAT in seiner Tagebuchnotiz bezog, wies er Anfang 1946 in einem Text über nazistische Erziehungs- und Schulpolitik darauf hin, dass das Deutsche Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht bei der „politischen Umstellung der Lehrerschaft“ „weitgehend Hilfe“ geleistet habe. „Das Institut, das der Aufsicht des Reichserziehungsministeriums unterstand, war nach der eigenen Angabe des

³³ Brief Kullnicks vom 9.10.1944 an das Preußische Geheime Staatsarchiv. Nach Kriegsende wurden die Akten zurückgeholt und später an das Geheime Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz abgegeben.

Gesamtleiters, des SS-Sturmbannführers Dr. Benze, ‚eine Stätte unbeirrbarer nationalsozialistischer Arbeit‘ und hatte ‚seine Mitarbeiter und alle Arbeiten scharf auf die nationalsozialistischen Grundsätze umgestellt‘³⁴. Das ZI, so muss der Leser aus KULLNICKS Ausführungen schlussfolgern, war in einer Weise belastet, dass es als zentrale Einrichtung für Schulwesen im zukünftigen Deutschland keine Berücksichtigung finden dürfe.

Ganz anders die von KULLNICK geleitete Behörde. Nach kurzer Unterbrechung gegen Ende des Krieges, so teilt er in einem Brief vom 24. Mai 1945 mit, sei die Arbeitsfähigkeit der Reichsstelle trotz schwerer kriegsbedingter Schädigungen des Gebäudes wieder hergestellt (BBF/DIPF-Archiv. Brief Kullnicks vom 24. Mai 1945 an Ministerialrat von Rottenburg im Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung). Nach der Abwicklung des Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung Mitte 1945 (vgl. GEIBLER 2000, S. 12 f.) begann die Suche nach einem neuen Träger, und dafür schien es KULLNICK ratsam und notwendig, der Einrichtung einen neuen Namen zu geben, der jeden Bezug auf das ‚Dritte Reich‘ vermied: Aus der Reichsstelle für Schulwesen wurde vorläufig die Deutsche Auskunftstelle für Schulwesen (vgl. BBF/DIPF-Archiv. Brief Kullnicks an den Magistrat der Stadt Berlin vom 6.2.1946). Kurz nach Kriegsende suchte KULLNICK erstmals Kontakt zur amerikanischen Besatzungsmacht, in deren Sektor das Gebäude der Auskunftstelle lag. Obgleich er in seinem Schreiben nicht nur auf die Notwendigkeit der Fortführung der Institutsarbeit im Nachkriegsdeutschland verwies, sondern auch seinen Amerikaaufenthalt, seine Schriften über die Präsidenten ROOSEVELT und TAFT sowie seine Übersetzungen erwähnte, gelang es ihm nicht, sein Ziel zu erreichen. Auch seine späteren Vorstöße blieben allesamt ohne Erfolg. Am 2. August 1945 schrieb er einen langen Brief an Major TAYLOR vom Allied Control Council for Germany. Er stellte in diesem Schreiben die Auskunftstelle und sich selbst knapp vor und offerierte mögliche Dienstleistungen, so vor allem die Fortführung der Schulstatistik. Die „Auskunftstelle für Schulwesen, die seit 1920 in immer steigendem Maße die gesamte Schulstatistik betreut hat, muß daher die Mög-

³⁴ Der am 5.2.1946 geschriebene Text entstand auf Bitte des Magistrats der Stadt Berlin, Abteilung für Volksbildung (Brief vom 31.1.1946) und diente als Vorarbeit für einen Vortrag, den der Stadtrat für Volksbildung und spätere DDR-Außenminister OTTO WINZER auf ein oder zwei Kundgebungen halten sollte.

lichkeit erhalten, unverzüglich mit den erfahrungsgemäß recht langwierigen Vorbereitungen zur Durchführung der Erhebungen zu beginnen.“ Angesichts der sich anbahnenden föderalistischen Struktur im Schulbereich schlug KULLNICK vor, dass die Auskunftstelle eine Funktion vergleichbar mit dem Office of Education einnehmen solle. Er schrieb hierzu: „Ich könnte mir denken, daß die Staatliche Auskunftstelle für Schulwesen durch ihre Wegweiser, durch jährliche Berichte, aufklärende Artikel in der Presse und sonstige Veröffentlichungen einen ähnlichen Einfluß ausüben könnte, und würde es begrüßen, wenn der Kontrollrat ihr einen dementsprechenden Namen beilegen würde; da dies an sich am besten geeignete ‚Reichsschulamt‘ vermutlich wegen der ersten Silbe keinen Anklang finden würde, käme vielleicht ein längerer Name wie ‚Deutsches Hauptschulamt für Erziehung und Unterricht‘ oder – in bewußter Anlehnung an das Office of Education – die Bezeichnung ‚Deutsches Amt für Erziehung‘ in Betracht“.

(BBF/DIPF-Archiv. Brief Kullnicks/Anlage an Major Taylor v. 30.10.45, S. 5).

Die Hoffnung auf eine Anerkennung als eine für ganz Deutschland zuständige Einrichtung führte dazu, dass KULLNICK nach Kriegsende keinen Antrag auf Übernahme an den Berliner Magistrat richtete. Stattdessen arbeiteten er und seine Mitarbeiter die ersten Monate unentgeltlich, das letzte Gehalt war im April 1945 ausbezahlt worden.

Seine Hoffnung war nicht unberechtigt, denn tatsächlich wurden der Auskunftstelle mehrere Aufträge von Seiten der amerikanischen Besatzungsmacht erteilt. Bis Dezember 1945 verblieb es bei der unentgeltlichen, ehrenamtlichen Arbeit der verbliebenen Mitarbeiter. Vom 1. Januar 1946 an wurde die Auskunftstelle auf Veranlassung der Amerikanischen Militärregierung vom Magistrat von Groß-Berlin übernommen und damit zugleich die Bezahlung der Gehälter geregelt (vgl. BBF/DIPF-Archiv. Brief Kullnicks an Major Sala v. 31.7.47, S. 1). Hier wurde sie als Hauptstelle für Erziehungs- und Schulwesen der Abteilung für Volksbildung, Verwaltungszweig Hauptschulamt unterstellt.

Diese Lösung wurde von KULLNICK nur als Übergangslösung hingenommen bis die politischen Verhältnisse eine für das Schulwesen zuständige Einrichtung ermöglichen, die für ganz Deutschland zuständig sei. Mitte 1947 schrieb er in einem Brief: „in allen meinen Verhandlungen mit dem Magistrat habe ich stets

darauf hingewiesen, daß es sich bei der Hauptstelle nicht um eine endgültige Eingliederung in das Hauptschulamt handeln kann, sondern nur um eine vorübergehende Betreuung, die ihr Ende erreichen muß, sobald in Deutschland wieder eine Zentralregierung vorhanden sein wird, die der Hauptstelle wieder die Ausübung ihrer Tätigkeit auf dem Gebiet von ganz Deutschland ermöglicht. Sie wird dann eine Stellung einnehmen, die ungefähr der des Office of Education in Washington entspricht“ (vgl. BBF/DIPF-Archiv. Brief Kullnicks an Major Sala v. 31.7.47, S. 2).

Im April 1948 widmete sich die Berliner Gesamtkonferenz der Haupt- und Bezirksschulräte u.a. der nunmehrigen Hauptstelle für Erziehungs- und Schulwesen, ohne jedoch auf die Bestrebungen KULLNICKS einzugehen. Stattdessen wurde über den Namen der Einrichtung diskutiert und für eine Umbenennung in ‚Auskunftsstelle für das gesamte Schulwesen‘ gestimmt.

Am 8. Dezember 1948 richtete sich KULLNICK erneut an die amerikanische Besatzungsmacht. Er berichtet dem Chief of Education and Cultural Relations Branch, J. C. THOMPSON, dass er sich an den Berliner Magistrat mit der Bitte gewandt habe, Schritte einzuleiten, die Hauptstelle in den Verantwortungsbereich des Bundes Deutscher Länder³⁵ zu übergeben. Da der Magistrat, dem die Bitte KULLNICKS Anfang Oktober zugegangen war, noch nicht aktiv geworden ist, wende er sich deshalb an THOMPSON in der Hoffnung, dass von seiner Seite entsprechende Initiativen ergriffen werden könnten. Sein Hilferuf resultierte aus einer Ankündigung des Berliner Magistrats, aufgrund der beklagenswerten finanziellen Situation Personal der Hauptstelle zu entlassen. Dadurch, so befürchtet KULLNICK, würde die Arbeitsfähigkeit massiv gefährdet. Er habe, so KULLNICK weiter, Protest gegen diese Absicht beim Magistrat eingelegt. Weiterhin habe er vorgeschlagen, die Hauptstelle aus der Abteilung für Volksbildung herauszulösen und stattdessen an den Bund Deutscher Länder anzubinden. Zu diesem Vorschlag habe er allerdings noch keine Antwort erhalten „which is easily explained by the political situation“. Diesen Vorschlag habe er am 6. Dezember 1948 auch an den Parlamentarischen Rat gesandt. Nun bitte er

³⁵ Vom 10.8.–23.8.1948 erarbeiteten Verfassungsexperten der Länder in Herrenchiemsee einen Entwurf für ein Grundgesetz des ‚Bundes Deutscher Länder‘ als Grundlage für die Verhandlungen des Parlamentarischen Rats, der am 1.9.1948 seine Arbeit am Grundgesetz aufnahm.

den Chief of Education and Cultural Relations Branch, seinen Einfluss zur Realisierung des Planes wirken zu lassen. „In my opinion the only logical and satisfactory way to overcome the present difficulties and to preserve the Hauptstelle with its manifold and valuable material and collections for the common weal, is to terminate its temporary connexion with the Magistrat of Berlin and to adapt it as soon as possible to the administration of the Bund Deutscher Länder.“ (BBF/DIPF-Archiv. Brief Kullnicks an J. C. Thompson vom 8.12.1948).

Die Suche nach Unterstützung bei den amerikanischen Besatzern steht auch im Zusammenhang mit der zunehmenden Verschärfung des politischen Klimas im Zeichen des Kalten Krieges. Mit der Teilung Berlins wird die im amerikanischen Sektor liegende Hauptstelle dem Westberliner Senator für Volksbildung unterstellt.

KULLNICK suchte jedoch weiter unverdrossen, sie in eine gesamtstaatliche Trägerschaft zu überführen. Mit Verweis auf die Situation nach dem Ersten Weltkrieg, als im Innenministerium eine Abt. III (Schulabteilung) eingerichtet werden musste, gibt er zu bedenken, dass auch in der neuen Bundesregierung ein Institut benötigt würde, das über einen länderübergreifenden Einblick in alle Bereiche des Schulwesens verfüge. Dafür, so KULLNICK, biete sich die Hauptstelle aufgrund der gesammelten Materialien und der langjährigen Erfahrungen an. „Auch die Bundesregierung wird sich mit Schulfragen beschäftigen müssen; sie könnte jetzt zu ihrer Bearbeitung die gleiche Dienststelle heranziehen, deren sich s.Z. die Schulabteilung des Reichsinnenministeriums bediente.“ (BBF/DIPF-Archiv. Kullnick-Schreiben vom 25.11.1949, S. 3).

Seine Hoffnungen auf eine Überführung in ein Bundesinstitut gründeten sich auf das gerade verabschiedete Grundgesetz. Am 25. November 1949 spekulierte KULLNICK: „Sobald Groß-Berlin dem Bunde angehört, was ja de facto bereits der Fall sein soll, gilt nach Art. 23 des Grundgesetzes vom 23.5. 49 dieses auch für Groß-Berlin. Nach Art. 130, Absatz 1 unterstehen ‚Verwaltungsorgane und sonstige der öffentlichen Verwaltung ... dienende Einrichtungen, die nicht auf Landesrecht oder Staatsverträgen zwischen den Ländern beruhen‘, also vor allem die ehemaligen Reichsbehörden, der Bundesregierung. ‚Diese regelt ... die

Überführung, Auflösung oder Abwicklung.“ (BBF/DIPF-Archiv. Kullnick-Schreiben vom 25.11.1949, S. 4). Dass von diesen drei Alternativen nur die Überführung in Frage kommt, begründete KULLNICK ausführlich. Schließlich schlug er einen neuen Namen für die künftige Bundesbehörde vor: „Bundesamt für Schulwesen“ oder „Bundesschulamt“ – eine zeitgemäße Abwandlung des ‚Reichsschulamts‘. Als Aufgaben, die sein Bundesschulamt übernehmen sollte, führt KULLNICK auf:

- „1. Fortführung des Personalnachweises für Lehrpersonen aus dem vorhandenen Archiv,
2. Sammlung des Tatsachenmaterials über das gesamte Schulwesen, auch das des Auslandes,
3. Auskunftserteilung an Behörden und Privatpersonen über Fragen des Schulwesens,
4. Beschaffung von Material auf dem Gebiete des Schulwesens, das die Bundesregierung benötigt, und Bearbeitung von Sonderaufträgen, die die Bundesregierung erteilt, besonders auf dem Gebiet der Schulstatistik ...,
5. Beantwortung von Anfragen bezüglich des deutschen Schulwesens, die an die Bundesregierung oder das Ministerium des Innern gelangen (z.B. von Privatpersonen und aus dem Auslande) und keine Entscheidungen erfordern,
6. Bearbeitung und Veröffentlichung von ‚Wegweisern‘ durch das höhere Schulwesen, das mittlere Schulwesen, das Fachschulwesen und das Hochschulwesen, um der Allgemeinheit einen Überblick über den Bestand an Einrichtungen der betr. Art im gesamten Bundesgebiet zu ermöglichen,
7. Bearbeitung und Veröffentlichung von Sonderheften über Einzelfragen des deutschen Schulwesens ...,
8. Systematischer Ausbau der vorhandenen Bibliothek zu einer möglichst vollständigen pädagogischen und verwaltungsrechtlichen Zentralbibliothek.“ (BBF/DIPF-Archiv. Kullnick-Schreiben vom 25.11.1949, S. 5).

Die Hoffnungen, dass Groß-Berlin als zwölftes Bundesland in die neue Bundesrepublik integriert würde, erfüllten sich jedoch nicht. Stattdessen setzten die drei westlichen Militärgouverneure durch, dass Berlin weder durch den Bund

regiert werden sollte, noch stimmberechtigte Vertreter in Bundestag und Bundesrat erhält (BIRKE 1998, S. 206).

Kurz vor seiner Pensionierung wiederholte KULLNICK seinen Vorschlag zur Errichtung eines Bundesschulamtes (vgl. BBF/DIPF-Archiv. Schreiben Kullnicks vom 30.9.50) noch einmal. Zugleich wies er darauf hin, dass die bestehende Personaldecke nicht ausreichend sei, um notwendige statistische Arbeiten durchzuführen. Statt die Situation für die Hauptstelle zu verbessern, bewirkte dieser Brief jedoch, dass von der Stadtkämmerei der Vorschlag gemacht wurde, die Einrichtung aufzulösen. Seinem Nachfolger im Amt als Leiter der Hauptstelle, GERHARD BUCHWALD, blieb es dann vorbehalten, dieses Ansinnen zurückzuweisen. In einem Schreiben vom 3.11.1950 skizzierte er ausführlich die aktuellen Aufgaben der Hauptstelle, um damit immerhin den Status quo zu erhalten.

6. Schluss

Nach KULLNICKS Pensionierung am 30. September 1950 wurde die Stelle kommissarisch durch Oberschulrat GERHARD BUCHWALD besetzt. Die definitive Besetzung verzögerte sich, weil durch den Beschluss der Ministerkonferenz vom 23./24. Februar 1951 in Erwägung gezogen worden war, aus drei pädagogischen Instituten, der Pädagogischen Arbeitsstelle Wiesbaden, der Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen Göttingen und der Hauptstelle für Erziehungs- und Schulwesen ein zentrales Institut zu schaffen. Das neu zu errichtende Institut sollte u.U. mit dem von der UNESCO geplanten Institut für vergleichende Pädagogik in Verbindung gebracht werden. Am 28./29. September 1954 fand eine Plenarsitzung der Kultusministerkonferenz statt, während der u.a. über die Finanzierung der drei zu einem Gesamtinstitut für Erziehung und Unterricht zusammenzufassenden Institute beraten wurde. Die Hauptstelle für Erziehungs- und Schulwesen sollte sich in diesem Rahmen insbesondere Fragen des ostzonalen Schulwesens widmen. (BBF/DIPF-Archiv. Schreiben des Senators für Volksbildung vom 2.11.1954. Abschrift eines nicht überreichten Schreibens).

Die Pläne für ein neues Zentralinstitut ließen sich nicht erfüllen. Stattdessen erhielt die Hauptstelle 1956 durch einen Beschluss der Kultusministerkonferenz

den Auftrag, „einschlägige Materialien über die Entwicklung des Schul-, Hochschul- und Bildungswesens der SBZ“ zu sammeln, „Auskünfte über einzelne, das Bildungswesen der SBZ betreffende Fragen“ zu geben, „Flüchtlingslehrern aus der sowjetischen Besatzungszone zu einer ersten Beratung über die Schulverhältnisse und Verwendungsmöglichkeiten in der Bundesrepublik zur Verfügung“ zu stehen sowie „Auskünfte über Lehrer des früheren Landes Preußen“ zu erteilen (BBF/DIPF-Archiv. Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 8./9.3.1956 in Bonn). Insbesondere die zuletzt genannte Aufgabe wurde hinfort zum Arbeitsschwerpunkt der Hauptstelle. Dies belegen rund 750 Ordner, die sich im Archiv der Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung befinden, mit zum Teil umfangreichem Briefwechsel bis Mitte der 1990er Jahre. Zunächst wurde die Hauptstelle vor allem von ehemaligen, auf Wiedereintritt in ein Beamtenverhältnis drängenden Lehrerinnen und Lehrern um Bescheinigungen von Abschlüssen und Dienstzeiten gebeten, da sie die Originaldokumente in den Kriegswirren verloren hatten. Später wurden entsprechende Dienstlaufbahnbescheinigungen vor allem von ehemaligen Lehrern bzw. deren Witwen sowie von verschiedensten Behörden für laufende Rentenverfahren angefordert. Zur Beantwortung der Fragen konnte auf das umfangreiche Archiv zurückgegriffen werden.

Durch diese 1956 beschlossene Schwerpunktsetzung wandelte sich der Charakter der Hauptstelle, obgleich solche Auskünfte bereits seit den späten 1940er Jahren erteilt wurden. Ab 1.1.1966 wurde das Hauptarbeitsfeld in der Namensgebung berücksichtigt, die Hauptstelle wurde als Gutachterstelle für Deutsches Schul- und Studienwesen in das Pädagogische Zentrum eingegliedert. Nachdem im Laufe der Jahre die Anfragen, die die Zeit vor 1945 betrafen, mehr und mehr zurück gingen, wuchs der Gutachterstelle mit der deutschen Wiedervereinigung ein neues umfangreiches Arbeitsfeld zu, nämlich Bewertungen von individuellen DDR-Bildungsgängen im Hinblick auf die Anerkennung der Gleichwertigkeit von ostdeutschen Ausbildungen. Grundlage dafür bildete eine Reihe von Beschlüssen der Kultusministerkonferenz seit 1990.³⁶

³⁶ Vgl. u.a. Beschluß der Kultusministerkonferenz zur Zulassung von Hochschulberechtigten aus der DDR an Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland. Vom 10.5.1990. Beschluß der Kultusministerkonferenz zur Feststellung der Gleichwertigkeit von Bildungsabschlüssen

Ihre Eignung gerade für derartige Auskünfte hatte die Gutachterstelle seit längerem unter Beweis gestellt, denn sie verfügte über viele Erfahrungen bei der Bewertungspraxis von Abschlüssen von Aussiedlern und Flüchtlingen aus der DDR. Rund 38 000 gutachtliche Stellungnahmen wurden durch die Gutachterstelle im Verlauf der letzten 40 Jahre erstellt und bezeugen ihre Bedeutung auf diesem Gebiet. Mit der Vision, an der sich MAX KULLNICK für seine Behörde orientierte, hatte diese Aufgabenstellung jedoch nur noch am Rande zu tun.

Die 1966 erfolgte Integration der Gutachterstelle in das Pädagogische Zentrum wurde auch räumlich vollzogen, denn nach einer Zwischenlösung in einem Gebäude Ecke Brandenburger Straße/Berliner Straße ab 1967 wurde sie mit dem Mutterinstitut 1970 in der Uhlandstrasse vereinigt. Bis in das Jahr 2000 gehörte die Gutachterstelle zum Pädagogischen Zentrum (später Berliner Institut für Lehrerfort- und -weiterbildung) und wurde dann, nachdem die Anfragen Ende der 1990er Jahre zurückgingen, von der Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport übernommen. Heute ist sie in der Storkower Str. 113 untergebracht.

MAX KULLNICK verstarb mit 85 Jahren am 31. August 1961 in Berlin. In der Todesanzeige wird seiner jedoch bezeichnenderweise nicht als Leiter der Hauptstelle für Erziehungs- und Schulwesen gedacht, sondern als ehemaliger Direktor der Reichsstelle für Schulwesen. Er hatte die Auskunftsstelle/Reichsstelle/Hauptstelle nahezu 40 Jahre geleitet. Die erfolgreiche Entwicklung der Einrichtung ist zweifellos maßgeblich sein Verdienst. Sicherlich fehlte dem fast 70jährigen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges auch die Kraft, um sich dem Niedergang als pädagogischer Behörde energischer

(Hochschulabschlüsse, Abschlüsse kirchlicher Ausbildungseinrichtungen, Fach- und Ingenieurabschlüsse) im Sinne des Art. 37 Abs. 1 des Einigungsvertrages. Vom 10./11. Oktober 1991 in der Fassung vom 26./27.3.1992. Beschluß der Kultusministerkonferenz zur Feststellung der Gleichwertigkeit von Bildungsabschlüssen (an militärischen oder zivilen Einrichtungen erworbene Abschlüsse von Ausbildungen zum Berufsoffizier der ehemaligen Nationalen Volksarmee und der Grenztruppen der DDR) im Sinne des Art. 37 Abs. 1 des Einigungsvertrages. Vom 30./31.1.1992. Beschluß der Kultusministerkonferenz zur Feststellung der Gleichwertigkeit von Bildungsabschlüssen – Fachschulabschlüsse, Abschlüsse kirchlicher und sonstiger (öffentlicher) Ausbildungseinrichtungen – im Sinne des Art. 37 Abs. 1 des Einigungsvertrages. Vom 7.5.1993 in der Fassung vom 9.3.2001. Beschluß der Kultusministerkonferenz zur Feststellung der Gleichwertigkeit von Bildungsabschlüssen (militärische Fachschulabschlüsse) im Sinne des Art. 37 Abs. 1 des Einigungsvertrages. Vom 15.4.1994 in der Fassung vom 9.3.2001.

widersetzen zu können. Dazu wäre auch eine aktive Mitwirkung an der in Deutschland neu entstehenden wissenschaftstheoretischen Debatte notwendig geworden. Lediglich eine Weiterführung der bisherigen schulstatistischen Arbeit wurde im Kontext der pädagogischen Neuorientierung nach Kriegsende in Frage gestellt. Stattdessen hätte „die Möglichkeit zur theoretischen Durchbildung ihrer Begriffe und Methoden und die planmäßige Heranbildung eines geschulten Nachwuchses“ erörtert werden müssen (HYLLA 1948, S. 21). Anfang der 1920er Jahre, als sich KULLNICK auf dem Höhepunkt seiner Leistungsfähigkeit befand, hatte er sich aktiv an der Diskussion um die Schulreform beteiligt. Nunmehr fehlte ihm offenbar die notwendige Energie, vielleicht auch die Einsicht in die Notwendigkeit zur Weiterentwicklung seines Arbeitsfeldes.

In einem Aufsatz aus dem Jahr 1948 beschäftigte sich ERICH HYLLA mit „Aufgaben der pädagogischen Forschung“ und unterschied dabei fünf Hauptarbeitsgebiete. Eine davon sei die Schulstatistik, die früher von der Auskunftstelle für Schulwesen, später Reichsstelle für Schulwesen, durchgeführt worden sei. Dass die ehemalige Auskunftstelle/Reichsstelle zu dieser Zeit als Hauptstelle für Erziehungs- und Schulwesen noch existierte, findet allerdings keine Erwähnung (HYLLA 1948, S. 14). 1951, bei der Ansprache zur Gründung der Frankfurter Hochschule für Internationale Pädagogische Forschung (heute Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung) sprach HYLLA erneut von der beklagenswerten Situation der Schulstatistik und hielt eine Verbesserung für notwendig. Der Ort, wo dies seiner Ansicht nach geschehen sollte, war jedoch nicht mehr die ehemalige Auskunftstelle für Schulwesen, sondern eben die neu gegründete Hochschule (HYLLA 1951, S.10).

In Frankfurt allerdings war die Bedeutung der ehemaligen Auskunftstelle/Reichsstelle noch präsent, vor allem das seit einem halben Jahrhundert zusammengetragene reichhaltige Material zur Schulentwicklung in Deutschland. Prof. Dr. HANS HECKEL, der seit 1952 die Abteilung Schulrecht, Schulverwaltung und Schulfinanzierung in der Hochschule für Internationale Pädagogische Forschung aufbaute, wandte sich am 13.9.1952 erstmals an die Hauptstelle mit einer Bitte um Unterstützung, die sie aufgrund ihrer Sammlung leisten könne. BUCHWALD antwortete HECKEL und versicherte ihm seiner

Unterstützung, worauf dieser am 23.9.52 erneut schrieb. Unter anderem versprach HECKEL in diesem Schreiben: „Von Frankfurt aus wollen wir se-hen, wie wir die Zusammenarbeit weiter intensivieren und abgrenzen kön-nen.“ (BBF/DIPF-Archiv. Brief Heckels vom 23.9.52).

Diese Bemerkung aus Frankfurt wurde als Hoffungsstreifen am Horizont für die Hauptstelle gewertet. GERHARD BUCHWALDS Stellvertreter WALTHER GÜNTHER stellte die gewünschten Unterlagen zusammen und beschrieb am 13.10.52 in seinem Begleitbrief die gefährdete Situation der Einrichtung: „Der Senator des Innern hat nach Benehmen mit dem Senator für Volksbildung und für Finanzen vor über einem Jahr darauf hingewiesen, daß die augenblickliche Personalausstattung der Hauptstelle sowohl zahlen- als auch gruppenmäßig nicht länger zu vertreten sei, wenn nicht bald Bundesaufgaben übernommen werden. Leider ist die Übernahme der Hauptstelle auf die Etats der Länder, auf den Bund oder der Zusammenschluß der bestehenden 3 Institute in Göttingen, Wiesbaden und Berlin immer noch nicht geklärt worden. ... Aus Ihrem letzten Brief vom 23.9. entnehme ich auch, daß Sie beabsichtigen, Ihre Zusammenarbeit mit unserer Hauptstelle in Zukunft weiter zu verstärken und abzugrenzen. Wir würden dies sehr begrüßen, da wir dadurch dem Senat gegenüber unsere Daseinsberechtigung durch Übernahme oder Erledigung von Bundesaufgaben begründen können.“ (BBF/DIPF-Archiv. Brief Günthers vom 13.10.1952). Wenig später bestätigte HECKEL den Eingang des Materials und betonte sein Interesse an der Arbeit der Hauptstelle: „Ich möchte meinen besonderen Dank für die umfassende Unterstützung aussprechen, die Sie meiner Arbeit damit geleistet haben. Die sehr sorgfältige Zusammenstellung an Lehrplänen, Sowjetzonenmaterial, Literatur, Zeitschriften und Adressen haben mir gezeigt, wie vielfältig das bei Ihnen vorhandene Material und wie leistungsfähig die Hauptstelle für Erziehungs - und Schulwesen als Dokumentationssammlung ist.“ (BBF/DIPF-Archiv: Brief Heckels vom 28.10.52). Am 5.12.52 übersandte HECKEL sein vorläufiges Arbeitsprogramm, das in wesentlichen Teilen Aufgaben aufführte, die vor und nach 1945 von der Auskunftstelle/Reichsstelle/Hauptstelle durchgeführt wurden, so z.B. die vergleichende Darstellung des Schulwesens im Deutschen Reich, im Bundesgebiet und in der DDR oder die Erarbeitung einer Schulfinanzstatistik

(BBF/DIPF-Archiv. Brief Heckels/Anlage vom 5.12.52). Damit war natürlich die Gefahr verbunden, dass die Hauptstelle im Rahmen einer Kooperation nur noch Zuarbeit für die Frankfurter Hochschule leisten würde. In diese Richtung gehen jedenfalls Bemerkungen HECKELS, die sich in seinem Brief vom 3.2.1953 finden: „Wie können wir nun am besten vorgehen, um Ihre Materialsammlung für uns nutzbar zu machen?“ (BBF/DIPF-Archiv. Brief Heckels vom 3.2.1953). In einem späteren Brief bestätigte er diesen Eindruck:: „Ich habe immer ein etwas schlechtes Gewissen, daß ich mir Ihre Arbeit so stark zunutzen machen kann.“ (BBF/DIPF-Archiv. Brief Heckels vom 3.8.53).

Eine feste institutionelle Zusammenarbeit zwischen der Hauptstelle und der Frankfurter Hochschule für Internationale Pädagogische Forschung kam ebenso wenig zustande wie der bereits erwähnte Zusammenschluss mit der Pädagogischen Arbeitsstelle Wiesbaden und der Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen in Göttingen. Damit ließ sich der Bedeutungsverlust, den die ehemalige Auskunftstelle/Reichsstelle für Schulwesen als pädagogische Behörde erlitt, nicht mehr aufhalten. Ob dieser Niedergang auch KULLNICKS opportunistischem Bemühen geschuldet ist, seine Behörde dem Kaiserreich, der Weimarer Republik, dem NS-Regime und den Verhältnissen des Nachkriegsdeutschlands gleichermaßen in Dienst zu stellen, lässt sich nur vermuten. Trotz dieser fragwürdigen Haltung bilden seine zahlreichen Veröffentlichungen eine wichtige Quelle für die historische Bildungsforschung, und die von ihm gesammelten Materialien sind, soweit sie während des Krieges nicht zerstört wurden oder im Zuge der Umzüge verloren gingen, in der Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung verwahrt, wo sie derzeit in der Archivdatenbank (Nachlass- und Autographen-Datenbank: <http://www.bbf.dipf.de/hans.html>) erschlossen werden.

Zeittafel

1899:Gründung der Königlich Preußischen Auskunftstelle für Lehrbücher des höheren Unterrichtswesens. Träger: Preußisches Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten

1913:Ausbau und Umbenennung in Auskunftstelle für Schulwesen. Träger:
Preußisches Ministerium der geistlichen und Unterrichts-Angelegenheiten

1936:Ausbau und Umbenennung in Reichsstelle für Schulwesen. Träger:
Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung

1945:Vorläufige Umbenennung in Deutsche Auskunftstelle für Schulwesen.
Träger: -

1946:Umbenennung in Hauptstelle für Erziehungs- und Schulwesen. Träger:
Magistrat von Groß-Berlin, Abteilung für Volksbildung, Verwaltungszweig
Hauptschulamt – auf Veranlassung der Amerikanischen Militärregierung

1950 MAX KULLNICK wird pensioniert. Nachfolger wird GERHARD BUCH-WALD

1956 Beschluss der Kultusministerkonferenz: Erteilung eines Arbeitsauftrages an
die Hauptstelle für Erziehungs- und Schulwesen

1965:MARTHA ENGELBERT wird Nachfolgerin von GERHARD BUCHWALD

1966 Umbenennung in Gutachterstelle für Deutsches Schul- und Studien-wesen.
Eingliederung in das Pädagogische Zentrum

1967 Umzug in ein Gebäude Ecke Brandenburger Straße/Berliner Straße

1970:Die Gutachterstelle wird räumlich mit dem Pädagogischen Zentrum in der
Uhlandstraße vereinigt

1970:HANS-FRIEDRICH LOCKEMANN wird Nachfolger von MARTHA ENGELBERT.

1998:HANS-FRIEDRICH LOCKEMANN wird pensioniert

2000: Unterstellung der Gutachterstelle durch die Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport.

Veröffentlichungen EWALD HORNS außerhalb seiner Tätigkeit in der Königlich Preußischen Auskunftsstelle für Lehrbücher des höheren Unterrichtswesens

- HORN, E.: Die Disputationen und Promotionen an den Deutschen Universitäten: vornehmlich seit dem 16. Jahrhundert; mit einem Anhang enthaltend ein Verzeichnis aller ehemaligen und gegenwärtigen deutschen Universitäten. Leipzig 1893 (Zentralblatt für Bibliothekswesen / Beiheft ; 11).
- HORN, E.: Die Disputationen und Promotionen an den Deutschen Universitäten: Vornehmlich seit dem 16. Jahrhundert. Mit einem Anhang enthaltend ein Verzeichnis aller ehemaligen und gegenwärtigen deutschen Universitäten. Nachdr. d. Ausg. Leipzig 1893. Wiesbaden 1968. (Zentralblatt für Bibliothekswesen. Beiheft 11).
- HORN, E.: Doktor-Dissertationen. In: Die Zukunft 4 (1893), 51, S. 566–569.
- HORN, E.: Kolleg und Honorar: Ein Beitrag zur Verfassungsgeschichte der deutschen Universitäten. München 1897.
- HORN, E.: Die Promotionen an der Dillinger Universität: 1555–1760. In: Zeitschrift für katholische Theologie 21 (1897), S. 448–475.
- HORN, E.: Das höhere Mädchenschulwesen in Deutschland. Eine vergleichende Übersicht mit besonderer Berücksichtigung der Stundenpläne. Berlin 1919.

Veröffentlichungen der Königlich Preußischen Auskunftsstelle für Lehrbücher des höheren Unterrichtswesens 1899–1912 – Leitung: EWALD HORN

- Verzeichnis der an den höheren Lehranstalten Preußens eingeführten Schulbücher. Hrsg. von E. HORN. Berlin 1901a.
- HORN, E.: Vorwort. In: Verzeichnis der an den höheren Lehranstalten Preußens eingeführten Schulbücher. Berlin 1901b.

- HORN, E.: Literaturverzeichnis. In. LEXIS, W. (Hrsg.): Die Reform des höheren Schulwesens in Preußen. Halle 1902, S. 424–436.
- HORN, E.: Akademische Freiheit: historisch-kritische Untersuchung und freimütige Betrachtung nebst einem Anhang über studentische Ausschüsse. Berlin 1905.
- HORN, E.: Auskunftstelle für höheres Unterrichtswesen. In: Monatsschrift für höhere Schulen 4 (1905a), S. 96–99.
- HORN, E.: Das höhere Schulwesen der Staaten Europas. Eine Zusammenstellung der Lehrpläne. Berlin 1906.
- HORN, E.: Verzeichnis der an den höheren Lehranstalten Preußens eingeführten Schulbücher. 2. Ausg. Berlin 1906.
- HORN, E.: Das höhere Schulwesen der Staaten Europas. Eine Zusammenstellung der Lehrpläne. 2. Aufl. Berlin 1907.
- Bibliographie der deutschen Universitäten. Systematisch geordnetes Verzeichnis der bis Ende 1899 gedruckten Bücher und Aufsätze über das deutsche Universitätswesen / bearb. von WILHELM ERMANN und EWALD HORN. Leipzig 1904–05.
- Führer durch das höhere Unterrichtswesen in Deutschland : mit besonderer Berücksichtigung der Alumnate / bearb. u. hrsg. von EWALD HORN. Berlin ; München 1911.

Veröffentlichungen MAX KULLNICKS außerhalb seiner Tätigkeit in der Auskunftstelle/Reichsstelle für Schulwesen

- KULLNICK, M.: Studien über den Wortschatz in Sir Gawayne and the grene knyzt. Diss. Berlin 1902.
- ROOSEVELT, T.: Jagden in amerikanischer Wildnis. Übers.: M. KULLNICK. Berlin 1905.
- ROOSEVELT, T.: Im Reiche der Hinterwäldler. Aus der Eroberung des Westens / ausgew. und übers. von MAX KULLNICK. Berlin 1907.

- KULLNICK, M.: Vom Reitersmann zum Präsidenten. Ein Lebensbild Theodor Roosevelts. Berlin 1908. Engl. Übersetzung unter dem Titel: From rough rider to President. London 1911.
- ROOSEVELT, T.: The North American wilderness and its game / ausgew. von M. KULLNICK. Berlin 1909 (Schulbibliothek französischer und englischer Prosaschriften aus der neueren Zeit : Abt. 2, Englische Schriften)
- KULLNICK, M.: Präsident Taft. Berlin 1909.
- ROOSEVELT, T.: Staats- und Lebenskunst. Aus seinen Reden und Botschaften ausgewählt / Hrsg. von M. KULLNICK. - 2. Aufl. Berlin 1910.
- ROOSEVELT, T.: Afrikanische Wanderungen eines Naturforschers und Jägers. Übers. M. KULLNICK. Berlin 1910.
- ROOSEVELT, T.: Aus meinem Leben. Übers.: M. KULLNICK. Leipzig 1914.

Veröffentlichungen der Auskunftstelle/Reichsstelle für Schulwesen 1913–1945 –
Leitung: MAX KULLNICK

- Verzeichnis der an den höheren Lehranstalten Preußens eingeführten Schulbücher. In: Jahrbuch der Königlich Preußischen Auskunftstelle für Schulwesen 1913. Berlin 1914, S. 118–140.
- Jahrbuch der Königlich Preußischen Auskunftstelle für Schulwesen 1 (1913). Berlin 1914.
- KULLNICK, M.: Vorwort. In: Jahrbuch der Königlich Preußischen Auskunftstelle für Schulwesen 1 (1913), Berlin 1914, S. III–X.
- KULLNICK, M.: Die Neuordnung des deutschen Schulwesens und das Reichsschulamt. Berlin 1919.
- Die deutsche Einheitsschule. Zentralblatt für das gesamte deutsche Schulwesen. Hrsg. M. KULLNICK. Jg. 1. 1919–20.
 - KULLNICK, M.: Zur Einführung. In: Die deutsche Einheitsschule 1 (1919), S. 1.
 - KULLNICK, M.: Was not tut. In: Die deutsche Einheitsschule 1 (1919), S. 2–7.

- KULLNICK, M.: Aus der Schulwelt. In: Die deutsche Einheitsschule 1 (1919), S. 8–9, 50–54, 130–132, 180–182, 265–267.
- KULLNICK, M.: Der Lehrstand. In: Die deutsche Einheitsschule 1 (1919), S. 33–37.
- KULLNICK, M.: Zur Schulbücherfrage. In: Die deutsche Einheitsschule 1 (1919), S. 97–102.
- KULLNICK, M.: Maßnahmen der größeren deutschen Städte zur Vorbereitung auf die Einheitsschule. In: Die deutsche Einheitsschule 1 (1919), S. 237–241.
- KULLNICK, M.: Zur Verwirklichung der Schulforderungen. In: Die deutsche Einheitsschule 1 (1919), S. 289–293, 321–327.
- Jahresberichte der höheren Lehranstalten in Preußen. Schuljahr 1921/22. Bearb. von der Staatlichen Auskunftstelle für Schulwesen. Leipzig 1923.
- Jahresberichte der höheren Lehranstalten in Preußen. Schuljahr 1922/23. Bearb. von der Staatlichen Auskunftstelle für Schulwesen. Leipzig 1925.
- Monatsschrift für das gesamte Schulwesen. Hrsg.: M. KULLNICK. Jg. 1–2. 1925–1927.
 - KULLNICK, M.: Geleitwort. In: Monatsschrift für das gesamte Schulwesen 1 (1925/27), S. 1.
 - KULLNICK, M.: Der Aufbau des deutschen Schulwesens. In: Monatsschrift für das gesamte Schulwesen 1 (1925/27), S. 2–9.
 - KULLNICK, M.: Die staatlichen Schulaufsichtsbehörden in den Ländern des Deutschen Reiches. Monatsschrift für das gesamte Schulwesen 1 (1925/26), S. 65–69.
 - KULLNICK, M.: Wie Preußen seine Lehrerbildungsanstalten auflöst. In: Monatsschrift für das gesamte Schulwesen 1 (1925/26), S. 321–326.
- Oberschullehrer-Jahrbuch. Schuljahr 1925/26. Bearb. von der Staatlichen Auskunftstelle für Schulwesen. Berlin 1926.
- Die mathematischen und naturwissenschaftlichen Reifeprüfungsaufgaben. Staatliche Auskunftsstelle für Schulwesen. Hrsg. von KARL SCHULZ. Berlin 1927–1928.

- Die öffentlichen Volksschulen in Preußen nach dem Stande vom 1. Mai 1927. Staatliche Auskunftsstelle für Schulwesen. Langensalza 1928.
- KULLNICK, M.: Deutsches Bildungswesen. In: Pädagogisches Lexikon / Hrsg.: H. SCHWARTZ. Bd. 1. Bielefeld 1928, Sp. 940–962.
- Oberschullehrer-Jahrbuch. Schuljahr 1928/29. Bearb. von der Staatlichen Auskunftsstelle für Schulwesen. Berlin 1929.
- Vereinbarungen über die Anerkennung von Zeugnissen aus außerpreußischen Ländern. Berlin 1929.
- KULLNICK, M.: Entwicklung des Besuches der höheren Lehranstalten sowie der Universitäten und Technischen Hochschulen in Deutschland. In: Statistische Untersuchungen zur Lage der Akademischen Berufe. Berlin 1930 (Deutsche Hochschulstatistik, Ergänzungsband Winterhalbjahr 1929/30), S. 1–15.
- KULLNICK, M.: Nachwuchs und Bedarf an Studienräten in Deutschland. In: Statistische Untersuchungen zur Lage der Akademischen Berufe. Berlin 1930 (Deutsche Hochschulstatistik, Ergänzungsband Winterhalbjahr 1929/30), S. 34–49.
- Jahresberichte der höheren Lehranstalten in Preußen. Schuljahr 1927/28. Bearb. von der Staatlichen Auskunftsstelle für Schulwesen. Berlin 1930.
- Die mittleren Schulen in Preußen nach dem Stande vom 1. Mai 1928. Bearb. und hrsg. von der Staatlichen Auskunftsstelle für Schulwesen. Berlin 1930.
- Ergebnisse der Prüfung für das Lehramt an höheren Schulen in Preußen 1901/02 bis 1929/30. Bearb. M. KULLNICK. Berlin 1931.
- KULLNICK, M.: Preußen (Bildungswesen). In: Pädagogisches Lexikon / Hrsg.: H. SCHWARTZ. Bd. 4. Bielefeld 1931, Sp. 1441–1464.
- KULLNICK, M.: Der gegenwärtige Stand des deutschen höheren Schulwesens. In: Deutsches Philologenblatt 40 (1932), S. 491–498.
- Wegweiser durch das höhere Schulwesen des Deutschen Reiches. Reichsstelle für Schulwesen. 1. 1935. Berlin 1936.
- Wegweiser durch das höhere Schulwesen des Deutschen Reiches. Reichsstelle für Schulwesen. 2. 1936. Berlin 1937.
- KULLNICK, M.: Die Reichsstelle für Schulwesen. In: Deutsches Schulverwaltungsarchiv 35 (1938), S. 283–287.

- Wegweiser durch das höhere Schulwesen des Deutschen Reiches. Reichsstelle für Schulwesen. 3. 1937. Berlin 1938.
- Wegweiser durch das höhere Schulwesen des Deutschen Reiches. Reichsstelle für Schulwesen. 4. 1938. Berlin 1939.
- Die landwirtschaftlichen Fachschulen des Deutschen Reiches. Reichsstelle für Schulwesen. Stand vom 15. Februar 1940. Berlin 1940.
- KULLNICK, M.: Die Reichsstelle für Schulwesen. In: Deutsche Schulerziehung. Jahrbuch des Deutschen Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht 1940. Berlin 1940, S. 355–360.
- Wegweiser durch das höhere Schulwesen des Deutschen Reiches. Reichsstelle für Schulwesen. 5. 1939. Berlin 1940.
- Wegweiser durch das landwirtschaftliche Fachschulwesen des Deutschen Reiches. Reichsstelle für Schulwesen. 1938. Langensalza 1940.
- Wegweiser durch das gewerbliche Berufs- und Fachschulwesen des Deutschen Reiches. Bearb. von der Reichsstelle für Schulwesen. Schuljahr 1938. Langensalza 1941.
- Verzeichnis der für den Gebrauch an Volksschulen zugelassenen Lehrbücher. Stand vom Juni 1941. Maschinenschriftlich.
- Verzeichnis der Orte mit Höheren Schulen und Mittelschulen (einschl. Haupt- und Bürgerschulen) im Großdeutschen Reich. Bearbeitet von der Reichsstelle für Schulwesen, Berlin. Berlin 1941.
- Wegweiser durch das höhere Schulwesen des Deutschen Reiches. Reichsstelle für Schulwesen. 6. 1940. Berlin 1942.
- Verzeichnis der Höheren Schulen mit Schülerheimen im Großdeutschen Reich. Bearbeitet von der Reichsstelle für Schulwesen, Berlin. Berlin 1943.
- Wegweiser durch das höhere Schulwesen des Deutschen Reiches. Reichsstelle für Schulwesen. 7. 1941. Berlin 1943.
- Wegweiser durch das mittlere Schulwesen des deutschen Reiches, Schuljahr 1937. Bearb. von der Reichsstelle für Schulwesen. Langensalza 1938.
- Wegweiser durch das mittlere Schulwesen des deutschen Reiches, Schuljahr 1940. Bearb. von der Reichsstelle für Schulwesen. Langensalza 1942.

- Wegweiser durch das höhere Schulwesen des Deutschen Reiches. Reichsstelle für Schulwesen. 8. 1942. Berlin 1944.

Veröffentlichungen der Hauptstelle für Erziehungs- und Schulwesen 1945–1969 –
Leitung: MAX KULLNICK, GERHARD BUCHWALD, MARTHA ENGELBERT

- KULLNICK, M.: Wegweiser durch das höhere Schulwesen der amerikanischen und der britischen Zone im Schuljahr 1948. Frankfurt/M. 1950.
- SEIPP, P.; BUCHWALD, G.: Heimschulen und Schülerheime in der Bundesrepublik und in West-Berlin : Anschriften, Sprachenfolge, Bedingungen / bearb. von der Hauptstelle für Erziehungs- und Schulwesen in Berlin. Berlin 1958.
- BUCHWALD, G.: Werden und Vergehen der Oberrealschule zu Graudenz. Monographische Skizzen aus den Jahresberichten. Mittelschule von 1859 bis 1888, Höhere Bürgerschule von 1888 bis 1900, Oberrealschule von 1900 bis 1920. Zum Treffen am 27.–29. März 1959. Berlin 1959.
- Mitteldeutsche Ingenieurschulen / hrsg. von der Hauptstelle Erziehungs- und Schulwesen. Berlin 1961.
- Beiträge zur Geschichte der Lehrerseminare und der Präparandenanstalten in der ehemaligen Provinz Hannover / Hrsg.: E. FISCHER, G. BUCHWALD. Berlin 1962. Als Manusk. vervielfältigt.
- Mitteldeutsche Schulprobleme 1963 / hrsg. von der Hauptstelle für Erziehungs- und Schulwesen, Berlin-Schöneberg. Berlin 1963. Als Ms. veröff.
- Zwei Jahrzehnte Bildungspolitik in der Sowjetzone Deutschlands. Dokumente. Hrsg. u. erl. von S. BASKE u. M. ENGELBERT. Bd. 1–2. Heidelberg 1966.
- Dokumente zur Bildungspolitik in der Sowjetischen Besatzungszone. Ausgew. u. erl. von S. BASKE und M. ENGELBERT. Bonn 1966.
- SEIPP, P.; BUCHWALD, G.: Heimschulen und Schülerheime in der Bundesrepublik Deutschland. 2. Aufl. Neuwied 1967 (Jugend im Blickpunkt).

Veröffentlichungen der Gutachterstelle für Deutsches Schul- und Studienwesen
1970 ff. – Leitung: HANS-FRIEDRICH LOCKEMANN

- Beiträge zur kaufmännischen Berufsausbildung in der Deutschen Demokratischen Republik. Gutachterstelle für Deutsches Schul- und Studienwesen. Berlin 1970.
- Die zehnklassige allgemeinbildende polytechnische Oberschule, die Vorbereitungsklassen und die erweiterte Oberschule in der DDR von 1965 bis 1970. Gutachterstelle für Deutsches Schul- und Studienwesen. T. 1-2. Berlin 1970.
- Curriculumentwicklung in der DDR. Bearb.: K.-B. GÜNTHER. Gutachterstelle für Deutsches Schul- und Studienwesen. Berlin 1972.
- Curriculumentwicklung in der DDR. Bearb.: K.-B. GÜNTHER. Gutachterstelle für Deutsches Schul- und Studienwesen. 2. Aufl. Berlin 1973.
- HOFMANN, J.: Hochschulreform in der DDR. Einführung und Überblick. Gutachterstelle für Deutsches Schul- und Studienwesen. Berlin 1975.

Quellen und Literatur

Unveröffentlichte Quellen

Archiv der Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung (BBF/DIPF-Archiv)

Aktenbestand der ‚Königlichen Auskunftstelle für Lehrbücher des höheren Unterrichtswesens‘ und ihrer Nachfolgeinstitutionen

Literatur

BEEGER, J.: Die Pädagogischen Bibliotheken, Schulumuseen und ständigen Lehrmittelausstellungen der Welt mit besonderer Berücksichtigung der Pädagogischen Centralbibliothek (Comenius-Stiftung) zu Leipzig. Eine geschichtlich-statistische Zusammenstellung. Leipzig 1892.

BEIER, A.: Die höheren Schulen in Preußen (für die männliche Jugend) und ihre Lehrer. Sammlung der hierauf bezüglichen Gesetze, Verordnungen,

- Verfügungen und Erlasse nach amtlichen Quellen herausgegeben. 3. Aufl. Halle 1909.
- BIRKE, A. M.: Nation ohne Haus. Deutschland 1945–1961. Berlin 1998.
- BÖHME, G.: Das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht und seine Leiter. Neuburgweier 1971.
- BÖHME, G.: Der Pädagoge Julius Ziehen – Schulpolitik, Volkserziehungswissenschaft und Universitätspädagoge. In: BÖHME, G. (Hrsg.): Die Frankfurter Gelehrtenrepublik. Idstein 1999, S. 61–79.
- Deutsche Lehrerversammlung. Dortmund den 8.–11. Juni 1908. In: Jahrbuch des Deutschen Lehrervereins 35 (1909), S. 245–249.
- Deutsche Schulgesetzgebung. Band 1: Brandenburg, Preußen und Deutsches Reich bis 1945 / Bearb. von LEONHARD FROESE u. WERNER KRAWIETZ. Weinheim 1968.
- Deutsche Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung 1(1935)–11(1945).
- FÜHR, C.: Zur Schulpolitik der Weimarer Republik. Die Zusammenarbeit von Reich und Ländern im Reichsschulsausschuß (1919–1923) und im Ausschuß für das Unterrichtswesen (1924–1933). Darstellung und Quellen. Weinheim 1970.
- GEISSLER, G.: Schulreform und Schulverwaltung in Berlin. Die Protokolle der Gesamtkonferenzen der Schulräte von Groß-Berlin Juni 1945 bis November 1948. Frankfurt/M. 2002.
- GEISSLER, G.: Geschichte des Schulwesens in der Sowjetischen Besatzungszone und in der Deutschen Demokratischen Republik 1945 bis 1962. Frankfurt/M. 2000.
- HENNIGER, G.: Zur Geschichte des Deutschen Schulmuseums des Berliner Lehrervereins 1876–1908. Berlin, Diss., 1991.
- HESSE, A.: Die Professoren und Dozenten der preußischen Pädagogischen Akademien (1926–1933) und Hochschulen für Lehrerbildung (1933–1941). Weinheim 1995.

- HILKER, F.: Ein Veteran der pädagogischen Dokumentation. In: *Bildung und Erziehung* 14 (1961), S. 567–568.
- HÜBNER, M.: *Die Deutschen Schulmuseen*. Breslau 1904.
- HÜBNER, M.: Über Schulmuseen. In: *Festbuch zum 32. Westfälischen Provinzial-Lehrertag am 29. und 30. März 1910 in Dortmund*. Dortmund 1910.
- HYLLA, E.: Aufgaben der pädagogischen Forschung. In: *Bildung und Erziehung* 1 (1948), S. 14–23.
- HYLLA, E.: *Pädagogische Forschung in Deutschland. Eine Notwendigkeit und ein Plan. Eine Ansprache bei der Gründungsfeier der Hochschule für Internationale Pädagogische Forschung in Frankfurt/M. Wiesbaden 1951*.
- MENZE, C.: *Die Bildungsreform Wilhelm von Humboldts*. Hannover 1975.
- MÜLLER, W.: *Schulbuchzulassung. Zur Geschichte und Problematik staatlicher Bevormundung von Unterricht und Erziehung*. Kastellaun 1976.
- NATH, A.: *Die Studienratskarriere im Dritten Reich. Systematische Entwicklung und politische Steuerung einer zyklischen „Überfüllungskrise“ – 1930 bis 1944*. Frankfurt/M. 1988.
- PALLAT, L.: Die Deutsche Unterrichts-Ausstellung. In: *Die Deutsche Unterrichts-Ausstellung*. Leipzig 1912, S. 7–13.
- PALLAT, L.: Entstehung und Ausbau. In: *Zehn Jahre Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht. 1915–1925*. Berlin 1925, S. 9–67.
- PASTOR, A.: Die deutsche Schule auf der Weltausstellung. In: *Allgemeine deutsche Lehrerzeitung* 45 (1893), 11, S. 99–100.
- PILTZ: Schulmuseum. In: *Encyklopädisches Handbuch der Pädagogik*. Hrsg.: W. Rein. Bd. 6. Langensalza 1899, S. 470–472.
- Die Reichsschulkonferenz 1920. Ihre Vorgeschichte und Vorbereitung und ihre Verhandlungen. Nachdr. Glashütten 1972.
- REIN, W.: Das Reichsschulamts. In: *Der Tag*, Ausg. A, Nr. 191 vom 2.9.1919.

- RETHWISCH, C.: Einleitung. In: Jahresberichte über das höhere Schulwesen 16 (1901), S. 1–11.
- RITZI, C./GEISSLER, G. (Hrsg.): Wege des Wissens. 125 Jahre Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung. Berlin 2001.
- RITZI, C.: Comenianische Ideen verwirklichen ... Der Beitrag der Leipziger Comenius-Bücherei zur Professionalisierung der Volksschullehrer. In: Comenius-Jahrbuch 2 (1994), S. 37–52.
- SCHMIDT, O.: Die Frage der Reichsschulgesetzgebung. Berlin 1907.
- SCHWALBE, B.: Zur Lehrmittelfrage. In: Zeitschrift für den physikalischen und chemischen Unterricht 8 (1894), H. 2, S. 57–77.
- SIMON: Jahresberichte der höheren Lehranstalten in Preußen. Schuljahr 1922/23. In: Zentralblatt für die gesamte Unterrichts-Verwaltung in Preußen 67 (1925), S. 335–337.
- TENORTH, H.-E.: Das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht. In: GEISSLER, G./WIEGMANN, U. (Hrsg.): Außeruniversitäre Erziehungswissenschaft in Deutschland. Köln 1996, S. 113–135
- TEWS, J.: Die deutsche Einheitsschule. Freie Bahn dem Tüchtigen. 2. Aufl. Leipzig 1916.
- Über die Entwicklung des Bergischen Schulwesens seit den letzten Decennien des vorigen Jahrhunderts. In: Evangelisches Schulblatt für Rheinland und Westphalen 3 (1859), S. 179–191.
- Was wir wollen. In: Deutsches Schulmuseum 1 (1876), Nr. 1, (S. 1).
- WIESE, L.: Das höhere Schulwesen in Preußen. Bd. 4. Berlin 1902.
- Zentralblatt für die gesamte Unterrichtsverwaltung in Preußen 1 (1859)–76 (1934).
- ZIEHEN, J.: Über den Gedanken der Gründung eines Reichsschulmuseums. Ein Vortrag. Leipzig 1903 a.
- ZIEHEN, J.: Ein Reichsamt für Volkserziehung und Bildungswesen. Nebst sonstigen Vorschlägen zur Organisation der Volkserziehung. Berlin 1903 b.

ZIEHEN, J.: Die deutsche Unterrichtsausstellung. In: Pädagogische Blätter. Zeitschrift für Lehrerbildung und Schulaufsicht 43 (1914), S. 1–3. Wiederabgedruckt in ZIEHEN, J.: Schulpolitische Aufsätze. Frankfurt/M. 1919, S. 75–78.

ZYMEK, B.: Schulen. In: Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte. Bd. 5. München 1989, S. 155–208.

4.

Vom Freikorps-Kämpfer zum Bibliotheksdirektor

Zur Biographie von HANNS BECKMANN – Leiter der Deutschen Lehrerbücherei 1942-1944

In: Ritzi, C./Geißler, G. (Hrsg.): Wege des Wissens. 125 Jahre Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung. Berlin 2001 (2. Aufl. 2003), S. 61 - 92. Auch in: Mitteilungen & Materialien. Zeitschrift für Museum und Bildung 57/58 (2002), S. 61-109.

Die Zerstörungen, die Berlin während des 2. Weltkrieges erleiden musste, waren gewaltig, davon zeugen zahllose Berichte, Fotos und Filme. Vom 25./26. August 1940, dem ersten Bombenangriff auf die Stadt, bis kurz vor Kriegsende blieb Berlin ein bevorzugtes Ziel alliierter Bombergeschwader. Obgleich es in dieser Zeit auch Phasen geringerer Angriffe gab war die Bilanz 1945 eine in großen Teilen zerstörte Stadt. Rund 50 000 Menschen fanden in Berlin den Tod. 39 Prozent des ursprünglichen Wohnungsbestandes ging in Groß-Berlin verloren. Besonders betroffen war der Bezirk Berlin-Mitte, wo etwa 70 Prozent Wohnungsverluste zu beklagen waren. Neben Menschenopfern, die zu beklagen waren, und der Vernichtung der unmittelbaren Lebensnotwendigkeiten wurden durch den Krieg auch zahlreiche kulturelle Einrichtungen beschädigt oder zerstört, von denen Berlin eine Vielzahl aufzuweisen hatte. Und insbesondere der so stark in Mitleidenschaft gezogene Bezirk Mitte wies die wohl größte Dichte an Kultureinrichtungen auf. Auch der Alexanderplatz bot 1945 ein Bild der Verwüstung. Kein Gebäude blieb unbeschädigt, die meisten waren ausgebrannt oder in Trümmerhaufen zerfallen.

An eben diesem so schwer getroffenen Alexanderplatz war seit 1908 die Deutsche Lehrerbücherei in einem Gebäudekomplex des Deutschen Lehrervereinshauses untergebracht. Wer Fotos des Berliner Alexanderplatzes am Ende des Krieges sieht, muss es angesichts der Trümmerlandschaft als Wunder ansehen, dass es die Bibliothek überhaupt noch gibt. Ganz ohne Schäden ist sie allerdings nicht davongekommen, denn eine Reihe von Büchern wurde durch Splitter be-

schädigt, einige verbrannten. Weitaus beklagenswerter allerdings sind jene Verluste, die durch damals ausgelagerte und nicht wieder zurückgegebene Sammlungsteile entstanden sind. Derjenige, der in der sicherlich schwersten Zeit der Bibliothek die Leitung und Verantwortung trug, war letztlich eine tragische Figur. Denn so wie seine politischen Hoffnungen als überzeugter Nationalsozialist für ihn im Fiasko endeten, waren zumindest einige seiner unbestreitbaren Bemühungen um die Bibliothek letztendlich kontraproduktiv.

Die mit der Bibliothek verbundenen Sorgen, Ängste sowie geplanten und durchgeführten Vorsorgemaßnahmen sind in einem Bibliothekstagebuch nachlesbar, das der zwischen 1942 und Ende 1944 amtierende Bibliotheksleiter HANNS BECKMANN führte. Im dritten Teil des nachfolgenden Beitrags werden Eintragungen dieser einzigartigen Quelle zur Geschichte der Bibliothek im Mittelpunkt stehen. Zuvor soll jedoch der Werdegang BECKMANNs bis zur Übernahme der Bibliotheksleitung geschildert werden (Teil 1). Seine Karriere ist ohne die Machtübernahme HITLERS und damit die Verlagerung der Entscheidungsbefugnisse auf allen gesellschaftlichen Ebenen zugunsten der Nationalsozialisten nicht denkbar. Deshalb werden schließlich in einem Exkurs wichtige Stationen aufgezeigt, die zur Übernahme der DLB durch den Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB) führten (Teil 2).

1. Der Werdegang HANNS BECKMANNs bis zur Übernahme der Leitung der DLB¹

HANS WALTER ALEXANDER BECKMANN – den Vornamen HANNS hatte er sich erst später zugelegt – wurde am 8. März 1891 in Stettin geboren. Er besuchte von 1897 bis 1905 die Schamhorst-Knabenschulen zu Stettin. Von 1905 bis 1908 absolvierte er eine Kaufmannslehre in Stettin-Grünhof bei einem Apotheker. Nach

¹ Die Angaben finden sich in den persönlichen Unterlagen BECKMANNs sowie im Geschäftsarchiv der Deutschen Lehrerbücherei, die im Archiv der BBF aufbewahrt werden. Es handelt sich um Lebensläufe, die er aus dienstlichen Gründen abzuliefern hatte, vor allem in der Zeit des Dritten Reiches, sowie um Korrespondenzen. Bei den Angaben in den Lebensläufen sind in einigen Fällen Irrtümer in Zeitangaben festzustellen, die möglicherweise jedoch mit Bedacht erfolgten, um zu Nachfragen animierende Lücken zu vermeiden. Weiterhin werden solche Daten und Ereignisse mit besonderer Betonung hervorgehoben, die insbesondere bei den nationalsozialistischen Adressaten ein wohlwollendes Interesse erwarten lassen konnten.

seiner Lehre war er bis 1910 als technischer Kaufmann für Drogen in Stettin und im benachbarten Altdamm beschäftigt.

Zwischen 1910 und 1912 leistete er als Freiwilliger seinen Militärdienst in Altdamm ab. Danach ist er wieder in seinen erlernten Beruf zurückgekehrt und wurde von 1912 bis 1914 als Geschäftsführer zunächst in einer Drogen-großhandlung, dann in der Nordbayerischen Spirituosenzentrale in Marktredwitz tätig.

1.1 BECKMANN im Ersten Weltkrieg

Der Beginn des 1. Weltkrieges veränderte BECKMANNs Leben entscheidend. Vom 2. August 1914 bis 20. Januar 1920 befand er sich nahezu ununterbrochen im Militäreinsatz. Zunächst wurde er dem bayerischen 3. Pionier-Bataillon im Verband des bayerischen Division Brückentrains 6 zugewiesen. Bis Juni 1917 war BECKMANN auf westlichen, südöstlichen und südlichen Kriegsschauplätzen eingesetzt worden. Dann erkrankte er an Typhus und Malaria, wurde in das Feldlazarett 43 im rumänischen Rimnicul-Sarat eingewiesen und zur weiteren Genesung am 1. November 1917 in die Heimat, nach Fürth, geschickt. Wenig später, am 17. November 1917, heiratete BECKMANN. Das letzte Kriegsjahr erlebte BECKMANN in der Demobilisierungs-Abteilung des stellvertretenden Generalkommandos des bayerischen III. Ak Nürnberg. Am 24. Dezember 1918 wurde er auf eigenen Wunsch aus dem Heer entlassen.

Der Übergang in das Zivilleben gelang BECKMANN offenbar nicht. Nach vier Jahren Kriegsalltag erschien vielen ehemaligen Soldaten der Eintritt in ein geregeltes Berufsleben schwer, nicht nur weil die Arbeitsmöglichkeiten nach der Kapitulation gering waren. Insofern fanden die zahlreichen Aufrufe verschiedener Freikorps große Resonanz, die nicht nur die materielle Versorgung und eine scheinbar sinnerfüllte Aufgabe versprachen, sondern darüber hinaus an das Pflichtgefühl der gerade entlassenen Soldaten appellierten. Gerichtet war die Werbung an politisch rechts orientierte aktive oder ehemalige Soldaten, denn der Feind war die 'russische Bolschewistentruppe'. (Vgl. Ursachen und Folgen. Band

3. 1958, S. 545 f.). BECKMANN meldete sich im Januar 1919 beim Freiwilligen Bataillon Graf Kanitz in Berlin.

Über die Motive, die BECKMANN in das Freikorps eintreten ließen, liegen keine unmittelbaren Hinweise vor. War es seine Geisteshaltung, die sich aus einer antidemokratischen und antibolschewistischen Grundhaltung speiste, war es der Versuch, der drohenden Arbeitslosigkeit zu entgehen, oder waren es die materiellen Anreize, die die Freikorps versprachen? Irritierend ist der Eintrittsmonat Januar, denn seine 1917 geheiratete Frau MARIA ANNA ERIKA, geb. ROSE, verstarb am 25. Februar 1919. Vielleicht hat sich BECKMANN im Monat geirrt, in dem er sich dem Freikorps angeschlossen haben will und der Tod der Ehefrau war ein entscheidendes Motiv? Was auch immer seine Beweggründe gewesen sein mögen, bereits im März wurde er mit seiner Einheit in das Baltikum überwiesen, wo sie sich der Eisernen Division anschloss.

Im Nachkriegsdeutschland erregte die Baltikumfrage erhebliche Ängste, aber auch Hoffnungen. Sie spielte eine wichtige Rolle in den Waffenstillstandsverhandlungen im November 1918 in Compiègne zwischen dem Deutschen Reich und den alliierten Siegermächten. Dabei wurde vereinbart, dass die im Baltikum stationierten deutschen Kampf- und Besatzungstruppen dort verbleiben und als Schutz gegen die bolschewistische Übermacht fungieren sollten. Diese Vereinbarung führte bei einigen maßgeblichen Politikern und Militärs auf deutscher Seite zu der trügerischen Hoffnung, dass Verluste im Westen durch Landgewinne im Osten kompensiert werden könnten. Sowohl der deutsche Generalbevollmächtigte für die baltischen Staaten, der Sozialdemokrat AUGUST WINNIG, als auch der seit Februar 1919 die deutschen Truppen im Baltikum befehligende Generalmajor GRAF VON DER GOLTZ teilten diese Meinung. Beide ermunterten 'Führer' von bestehenden oder neu zu begründenden Freikorps zur Teilnahme mit dem Versprechen auf Landbesitz und Ansiedlung der kämpfenden Freikorpsmitglieder. In den Ende 1918 und Anfang 1919 erscheinenden deutschen Tageszeitungen finden sich zahlreiche Anzeigen, die vor allem aus dem Heer demobilisierte Soldaten umwarben. Ein typischer Anzeigentext lautete etwa:

„Deutsche schützt die Grenze Eures Vaterlandes gegen den Einmarsch d. russischen Bolschewisten ... Mobile Löhnung 5.- M. Tageszulage, außerdem nach

Ueberschreiten der Reichsgrenze 4 M. tägliche Zulage aus baltischen Landesmitteln, Familienunterstützung, freie Verpflegung, Bekleidung und Unterkunft. Spätere Ansiedlungsmöglichkeit im Baltenlande ...“ (Berliner Lokal-Anzeiger 37 (1919), Donnerstag, 23. Jan.).

Die Kämpfe im Baltikum müssen mit äußerster Grausamkeit geführt worden sein, mit „einer Härte, die ihresgleichen sucht.“ (SAUER 1995, S. 869). Eine herausragende Rolle spielte dabei die Eiserne Brigade, die im Januar 1919 in Eiserne Division umbenannt wurde. Der Grund für die Namensänderung war die wachsende Mannschaftsstärke durch neu eingegliederte Freikorps, die jedoch in Landknechtsart unter ihrem eigentlichen 'Führer' große Selbständigkeit behielten. Vom 3.-23. März 1919 erfolgte ein Vormarsch der Eisernen Division in östlicher Richtung. An dem Vormarsch war auch das Freikorps Major Graf Kanitz beteiligt, dem BECKMANN angehörte.

Mitte 1919 wendete sich die Lage zuungunsten der Freikorps. Insbesondere konnte sich die Regierung in Berlin immer weniger des Eindrucks erwehren, dass ihr die Truppen im Baltikum außer Kontrolle gerieten. Zudem bildeten die Freikorps einen gefährlichen Konfliktherd zwischen deutscher Regierung, national baltischen Interessen, territorial-revolutionären Intentionen Russlands sowie den Alliierten. Ihr von der Reichsregierung seit Mitte 1919 schließlich befohlener Rückzug wurde im Selbstverständnis der 'Baltikumer', wie die deutschen Soldaten genannt wurden, als Verrat empfunden. VON DER GOLTZ fasste in seiner Rückschau auf die Ereignisse die Haltung der Regierung so zusammen: „Die Sorge um die eigenen Ministersessel, die man im November durch Kapitulation vor dem äußeren Feinde sich erschlichen hatte, hat die deutsche Zukunft im Osten zu Falle gebracht.“ (zit. nach SCHMIDT-PAULI 1936, S. 97). Damit traf er die Gefühlslage der Freikorps-Kämpfer genau. EDGAR VON SCHMIDT-PAULI, verherrlichender Chronist der Freikorpsbewegung, beschuldigte die Regierung, die Freikorpsoldaten „im Stich gelassen“ (ebd., S. 35) zu haben und behauptete, dass sie den Truppen „in den Rücken“ gefallen sei (ebd., S. 37). BECKMANN kommentiert sein späteres Ausscheiden aus dem Freikorps mit den Worten: „Auf Betreiben der Revolutionsregierung entlassen.“

Die deutsche Regierung befahl ab Mitte 1919, auch unter dem Druck der Entente, wiederholt, dass alle deutschen Truppen das Baltikum unverzüglich zu räumen hätten. Tatsächlich gingen daraufhin einzelne Truppenteile der Eisernen Division nach Deutschland zurück, andere Freikorpseinheiten, zu denen auch jenes gehörte, dem BECKMANN angehörte, schlossen sich einer antibolschewistischen Formation an, die von Fürst AWALOW-BERMONDT befehligt wurde. BERMONDTs Truppen waren Teil der zaristischen Nordarmee und er selbst war zum Oberbefehlshaber aller im Kurland und Litauen stationierten weißrussischen Streitkräfte bestimmt worden. Den Anschluss der Eisernen Division an die von BERMONDT befehligten Truppen verantwortete Major BISCHOFF, Kommandeur der Eisernen Division, der zugleich den von der deutschen Regierung verlangten Rückzug nach Deutschland offen verhinderte. Dieser Akt wurde von Berlin folgerichtig als Meuterei gewertet. Nur den sofort zurückkehrenden Freikorpsmitgliedern wurde Straffreiheit versprochen, alle anderen galten als „Verräter des Vaterlandes“ (SCHMIDT-PAULI 1936, S. 140, vgl. SAUER 1995). In einem Aufruf der Reichsregierung an die deutschen Truppen im Baltikum vom 31. Oktober 1919 heißt es: „Die Reichsregierung hat gegen die noch im Baltikum stehenden Truppen, die sich bis heute weigern, das fremde Land zu räumen, notgedrungen die schärfsten Maßnahmen ausgesprochen: Jeder, der nicht am 11. November die deutsche Grenze überschritten hat, wird als fahnenflüchtig und seiner deutschen Staatsangehörigkeit für verlustig erklärt.“ (Ursachen und Folgen. Band 3, 1958, S. 553).

Ohne auf diesen und frühere Aufrufe zu reagieren, waren Anfang Oktober 1919 alle noch im Osten stationierten deutschen Truppen Oberst BERMONDT unterstellt worden. BERMONDT versprach den deutschen Soldaten, dass sie „nach der Vernichtung des Bolschewismus“ die russische Staatsangehörigkeit sowie Siedlungsland in beliebigen Teilen Russlands erhalten würden. (Ebd., S. 554). Durch gegnerische Angriffe und durch Schwierigkeiten bei der Nachschublieferung begann jedoch im November 1919 schließlich der Rückzug der deutschen Truppen, der bezüglich Brutalität und Grausamkeit wohl den Höhepunkt des Baltikumabenteuers bildete und mit großen Verlusten auf beiden Seiten verbunden war. Ein Beteiligter erinnert sich so: „Wir erschlugen, was uns in die Hände

fiel, wir verbrannten, was brennbar war. Wir sahen rot, wir hatten nichts mehr von menschlichen Gefühlen im Herzen.“ (SALOMON. Zit. nach SAUER, S. 895). Im Dezember 1919/Januar 1920 begann der Rücktransport der Eisernen Division; bei Memel überschritten die Truppen die Grenze. (Vgl. BISCHOFF 1935, THOMS 1997)².

BECKMANN zählte seinen eigenen Angaben zufolge zu den Letzten, die wieder nach Deutschland zurückkehrten. In den von ihm geschriebenen Lebensläufen gab er an, dass er Adjutant beim Kommandeur des Ersatzdepots der Eisernen Division in Altanz (Alt-Auz, heute Auce) in Kurland war. Noch im Januar 1920 will er Ortskommandant von Schiuxt gewesen sein, dessen Lage heute nicht mehr feststellbar ist, und bezeichnete sich als letzten Überlebenden der dortigen deutschen Besatzung. An der Grenzübergangsstelle in Memel war er schließlich kurzzeitig Leiter der Versprengten-Sammelstelle Memel, bis er am 20.1.1920 aus der Eisernen Division entlassen wurde.

Bezüglich seiner politischen Einstellung wird sich BECKMANN von seinen Kameraden kaum unterschieden haben. „Baltikumer wurden die erbittertsten Gegner der Weimarer Republik und stellten häufig den harten Kern rechtsradikaler Bewegungen.“ (SAUER, S. 869).

Wohl nur einem kleinen Teil der Rückkehrer gelang ein reibungsloser Übergang in das Zivilleben, obwohl die von der deutschen Reichsregierung angedrohte Bestrafung und der Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit ausgesetzt wurden (vgl. Ursachen und Folgen. Band 3, 1958, S. 557, vgl. SCHULZE 1969). Die Arbeitsmöglichkeiten waren im Nachkriegsdeutschland ohnehin beschränkt und der Einstellung von Baltikumern in Betrieben und Fabriken setzten die Gewerkschaften Widerstand entgegen (vgl. BISCHOFF 1935).

Viele der ehemaligen Freikorpsangehörigen verblieben im Umfeld ihrer ehemaligen Einheiten und beteiligten sich an späteren Aktionen. SCHMIDT-PAULI gab die Stimmung der Heimkehrer wohl authentisch wieder, als er schrieb: „Und viele, die vom Kriegshandwerk nicht lassen konnten, machten überall dort mit, wo Kämpfe ausgefochten wurden. Wir werden sie wiedersehen – beim Kapp-Putsch,

² Nach SAUER (1995) überschritten die letzten Freikorpsseinheiten bereits am 16. Dezember 1919 die litauisch-ostpreußische Grenze (vgl. S. 896).

im Ruhrgebiet, in Oberschlesien, im Kampf gegen die Separatisten.“ (SCHMIDT-PAULI 1936, S. 171).

So auch BECKMANN, der sich an den Ruhrkämpfen beteiligte und „in den Grenzschutzdienst in Schlesien“ eintrat. Erst im September 1921 war seine aktive Freikorpszeit schließlich zu Ende; BECKMANN ließ sich „aus dem Heeresdienst entlassen“. Als Beruf gab er in der Folgezeit zunächst „Polizeiwachtmeister“ an, so ist dem Familienstammbuch anlässlich seiner zweiten Eheschließung zu entnehmen. Vermutlich war die Heirat am 24. September 1921 – seine erste Frau verstarb 1919 – ein wichtiger Grund für den Absprung vom Militär und der Anstoß dafür, sich wieder im bürgerlichen Leben einzurichten.

Welche Bilanz kann man aus den vergangenen sechs Jahren des Lebens von HANNS BECKMANN ziehen? Zunächst hatte er eine Vielzahl von kriegsbedingten Orden- und Ehrenzeichen verliehen bekommen: bayrisches Militär-Verdienstkreuz III. Klasse mit Krone und Schwertern, bayrische Dienstausszeichnung III. Klasse, Baltenkreuz, Kriegsehrenkreuz für Frontkämpfer und Malteserkreuz (vgl. BECKMANN Lebenslauf vom 27. März 1938 an die Reichswaltung des NSLB. BBF/DIPF-Archiv). Weiterhin hatte er zweifellos in diesen Jahren ein festes rechtsradikales Weltbild aufgebaut, antidemokratisch, antisemitisch und antikomunistisch. Und schließlich hatte er einen Lebenslauf aufzuweisen, der ihm insbesondere während des Dritten Reiches Türen zu öffnen vermochte.

Wie kommt jedoch ein so durch Krieg, Brutalität und Grausamkeit geprägter Mensch dazu, sich zuerst um einen pädagogischen und später einen bibliothekarischen Beruf zu bemühen?

1.2 BECKMANN als Berufsschullehrer

Seine erste zivile Anstellung trat BECKMANN am 1. April 1922 als Lagermeister und erster Expedient bei der Spezialitäten-Großhandlung F. G. Reinhold Lehmann in Bautzen an. Nach nur einem halben Jahr schied er am 2. September 1922 aus und siedelte nach Berlin über. Im Zeugnis der Firma Lehmann wird auf BECKMANNS genaue Kenntnisse der Gesetzeskunde hingewiesen, die er sich aufgrund der Absolvierung einer staatlichen Polizeischule angeeignet habe. Ob er

tatsächlich im Zusammenhang seiner Freikorpszeit eine entsprechende Ausbildung absolviert hat, ist nicht feststellbar.

Am 5. September 1922 wurde BECKMANN als Abteilungsleiter und Expedient bei der Firma F. W. Nübel A.-G., Berlin eingestellt, Mitte 1924 jedoch wegen einer Betriebseinschränkung gekündigt. Hervorgehoben wird im Arbeitszeugnis lediglich, dass sich BECKMANN niemals den vielen Streiks angeschlossen habe.

Vermutlich kam die Trennung für BECKMANN nicht überraschend, denn in die Zeit seiner Tätigkeit bei der Firma Nübel fällt die Vorbereitung auf seine zukünftige Tätigkeit als Fachlehrer an kaufmännischen Schulen. Schon vor der Kündigung konnte er ab 24. April 1924 als außerplanmäßiger Lehrer an der Berufs- und Fachschule für Drogisten in Berlin unterrichten. Damit knüpfte er wieder an die vor dem Krieg ausgeübte Tätigkeit an. Zwar hatte BECKMANN keine Lehre als Drogist absolviert, sondern eine Kaufmannslehre, aber sowohl die Lehre in der Apotheke als auch seine spätere Tätigkeit als technischer Kaufmann für Drogen in Stettin und im benachbarten Altdamm hatten ihm offensichtlich genügend praktische Kompetenzen zur Unterrichtung in den entsprechenden Fächern vermittelt.

Eine Festanstellung als Lehrer blieb ihm jedoch aufgrund seiner unzureichenden Vorbildung verwehrt. 1926 verlor er den Lehrauftrag in der Berliner Schule wieder und im Arbeitszeugnis heißt es, dass die Kündigung erfolgen musste, weil die Stelle mit einem nach den staatlichen Vorschriften zur planmäßigen Anstellung befähigtem Lehrer besetzt wurde.

Eine Festanstellung zum Gewerbelehrer konnte BECKMANN auch weiterhin nicht erreichen. Dies änderte sich auch nicht, als er am 8. März 1931 die Gehilfenprüfung vor dem Deutschen Drogisten-Verband abgelegt und mit 'sehr gut' bestanden hatte. Da er nicht in der Lage war, die fehlenden Qualifikationen nachzuholen – später gab er an, dass ein Studium zum Gewerbelehrer an der Geldentwertung gescheitert sei – wechselte er öfter die Schulen und übernahm mehrere Lehraufträge parallel. So unterrichtete er an der Städtischen Berufsschule Potsdam (1924-1935, Fachunterricht für Drogisten), an der Kaufmännischen Berufsschule Brandenburg/Havel (1930-1935, Drogistenfachklasse), an der

Städtischen Berufsschule Pritzwalk (1930-1935) und an der Drogistenfachklasse Eberswalde (1930-1941).

1.3 BECKMANNS Mitgliedschaften in Nationalsozialistischen Organisationen

Der bisherige Lebenslauf lässt nicht vermuten, dass BECKMANN später in die stille Welt der Bücher eintreten und die größte pädagogische Spezialbibliothek Deutschlands leiten wird. Schon seine Entscheidung, als Lehrer zu arbeiten, passt nicht in das Bild eines verrohten Landsknechtes. Vielleicht war es die in seinen Kreisen hoch angesehene Sippenkunde, für die er sich vermutlich schon vor 1933 interessierte, die ihn schließlich mit Bibliotheken und Archiven in Berührung brachte? Die Deutsche Lehrerbücherei hatte Mitte der 1930er Jahre im Lesesaal einen Arbeitsplatz für „Sippenforschung“ eingerichtet (BBF/DIPF-Archiv. DLB, 1.0.08, Jahresbericht 1937, Bl. 13). Sippenkunde scheint jedenfalls ein Schwerpunkt seiner Interessen in den nationalsozialistischen Parteien und Verbänden gewesen zu sein, in denen er als Mitglied registriert war.

Zunächst trat BECKMANN 1933 in die SA ein. Das Eintrittsdatum ist nicht ermittelbar, aber wenn die Mitgliedschaft schon längerfristig bestanden hätte, wäre dies in den zahlreich vorliegenden kurzen Lebensläufen vermerkt worden, die er für unterschiedliche Gelegenheiten angefertigt hat. Der Eintritt in die SA ist in Anbetracht seiner früheren Zugehörigkeit zur Eisernen Division nicht überraschend. Als Mitglied des Baltikumkämpfer-Verbandes (später Freikorpsgemeinschaft) hielt er Kontakt zu seinen ehemaligen Kameraden, die seit den frühen 1920er Jahren zahlreich in die SA eingetreten waren (vgl. THAMER 1994, S. 99).

Schnell wurde BECKMANN innerhalb der SA zum Scharführer (15. März 1933), zum Truppführer und schließlich zum Obertruppführer (13. Januar 1934) befördert. In einem SA-Sturmbann-Befehl vom 9. Dezember 1933 wurde der „Kamerad Beckmann“ beauftragt, die „Führung der Geschäfte des Sturmbann-Adjutanten zunächst in der Belassung in seiner Stelle als Zugführer im Sturm 1“ zu übernehmen.

Nach der Röhme-Affäre sanken die Mitgliederzahlen der SA von 4,5 Mio. im Juni 1934 auf 1,6 Mio. im Oktober 1935. Auch BECKMANN gehörte zu jenen, die

die SA verließen. Am 23. September 1935 erhielt der Obertruppführer BECKMANN die Bestätigung seiner Entlassung aus der SA, wobei Grammatik und Rechtschreibung einmal mehr verdeutlichen, dass Bildung für eine SA-Karriere eine vernachlässigbare Rolle spielten. „Im Auftrage des Obersturmführers Kilper sende ich dir, auf Grund deines Antrages deine Bescheinigung in betr. deiner Entlassung. Sämtliche Kameraden lassen dich einen schönen kam. Gruß zukommen und wünschen dich ein ferneres Wohlergehen.“

Mit seinem Austritt aus der SA war allerdings keineswegs eine Distanzierung zum nationalsozialistischen Regime verbunden. In einem Personal-Fragebogen der Reichswaltung des NSLB gab BECKMANN an, dass er seit 1933 ehrenamtlich in der NSDAP tätig gewesen sei. Eingetreten ist BECKMANN in die NSDAP erst 1937, sein Antrag ist vom 24. Juni 1937 datiert. Es ist jedoch glaubhaft, dass er sich bereits vorher in der Partei engagiert hat. Laut eigener Angaben wurde er am 1.10.1936 zum Politischen Leiter der Ortsgruppe Arminius, Kreis IV der NSDAP ernannt. Seit dem 1. April 1938 war er Blockleiter der NSDAP und gehörte damit zur Gruppe der untersten „Hoheitsträger“ der Partei.³

Auch im NSLB war BECKMANN laut eigener Angaben seit 1933 ehrenamtlich tätig, offizielles Eintrittsdatum ist der 1. Oktober 1934. Schließlich hat BECKMANN am 23. Juli 1937 einen Antrag zur Aufnahme in die Reichsschrifttumskammer gestellt. Als Hauptthematik seiner schriftstellerischen Tätigkeit gab er Sippenkunde an, die im Zusammenhang mit den nationalsozialistischen Rassentheorien eine zuvor nicht gekannte Wertschätzung erfuhr. 'Forschungen' in diesem Bereich durchzuführen, scheint eine persönliche Vorliebe von BECKMANN gewesen zu sein, wobei sicherlich sowohl das geschichtliche Interesse als auch die rassenpolitischen Überzeugungen bestimmend waren. In einem kleinen Bericht anlässlich der Besichtigung der Reichsstelle für Sippenforschung in Berlin stellte er beeindruckt fest: „Schrankweise geordnet, sind die Unterlagen über Volljuden aus dem ganzen Reich zusammengetragen.“ (Nationalsozialistische Erziehung 6 (1937), S. 197). Diese Art der Klassifizierung in „Arier“ und „Nichtarier“ fand auch in der DLB ein praktisches Betätigungsfeld:

³ Die Parteiorganisation der NSDAP gliederte sich unterhalb der Ortsgruppe in Zellen und diese wiederum in vier bis acht Blocks. Nach Vorgaben des Reichsorganisationsleiters sollten zu einem Block 40 bis 60 Haushalte gehören. Damit waren Blockleiter für etwa 170 Einwohner zuständig (vgl. SCHMIECHEN-ACKERMANN 2000).

alle im Bestand befindlichen Handschriften von Juden wurden von BECKMANN mit Rotstift mit dem handschriftlichen Vermerk „Jude“ versehen.

Sowohl in der NSDAP als auch im NSLB, die jeweils eigene Organisationseinheiten dafür einrichteten, hat sich BECKMANN ehrenamtlich mit Sippenkunde beschäftigt. Er gab an, dass er seit dem 1. Oktober 1936 Sachbearbeiter (Stellenleiter) für Sippenkunde in der Ortsgruppe Arminius der NSDAP, Gau Berlin, war. Zum gleichen Zeitpunkt wurde er zum Sachbearbeiter für Sippenkunde der gleichnamigen NSLB-Ortsgruppe bestimmt. Schließlich war er auch Mitglied in der Reichsstelle für Sippenforschung.

Im Archiv der BBF befinden sich viele von BECKMANN angefertigte Ahnentafeln und Notizen, nicht nur zur eigenen Familie, sondern auch zu Familien von Berufskollegen, die BECKMANN um die Ermittlung ihrer Abstammung und um Anfertigung entsprechender Unterlagen gebeten hatten. Ob allerdings diese 'Forschungen' BECKMANN tatsächlich erstmalig in die Deutsche Lehrerbücherei geführt haben oder ob er sie in beruflicher Hinsicht nutzte, wissen wir nicht. Keinesfalls qualifizierten ihn diese Arbeiten jedoch zur Leitung der Deutschen Lehrerbücherei, die er am 1. Januar 1942 übernahm.

Um diesen Sprung von einem während eines langen Krieges verrohten Landsknecht, einem seit Mitte der 20er Jahre nie richtig Fuß fassenden Lehrer, von einem in der Bibliothek als Hilfskraft eingesetzten nebenberuflichen Mitarbeiter, der keinerlei einschlägige Vorbildung vorweisen kann, zum Direktor der Deutschen Lehrerbücherei zu ermöglichen, mussten seine Referenzen aus der Freikorpszeit, seine Mitgliedschaften in den nationalsozialistischen Parteien und Verbänden mit Sicherheit auf freundlichstes Wohlwollen der Entscheidungsträger gestoßen sein. Die Trägerschaft über die DLB hatte Mitte der 1930er Jahre gewechselt. 1942 war nicht mehr der Berliner Lehrerverein Eigentümer der DLB, und den seit vielen Jahren wichtigsten Geldgeber, den Deutschen Lehrerverein, gab es nicht mehr. Beide wurden, wie alle anderen bis 1933 in Deutschland existierenden Lehrerorganisationen, in den Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB) übernommen und damit gleichgeschaltet.

2. Exkurs: Gleichschaltung versus Eigeninteresse – die Übernahme der DLB durch den NSLB

Das Gründungsjahr des Nationalsozialistischen Lehrerbundes (NSLB) wird überwiegend mit 1929 angegeben, wobei jedoch die Anfänge weiter zurückreichen (vgl. FEITEN 1981, S. 43 f.). Vor 1929 beschränkte sich das Einflussgebiet des NSLB überwiegend auf Bayern, Sachsen und Thüringen, danach wurde der Geltungsbereich auf das gesamte Reich ausgedehnt.

Der NSLB war nicht fest in die NSDAP eingebettet, kein angeschlossener Verband, sondern bildete eine Nebenorganisation, die sich jedoch programmatisch und organisatorisch fest an der Partei HITLERS orientierte. Die Gewähr für Einheit und engste Verbundenheit von Standesorganisation und Partei bildete bis zu seinem Tod 1935 vor allem HANS SCHEMM, der dem NSLB von Anbeginn vorstand (vgl. KÜHNEL 1985). SCHEMM gelang parallel zu seiner Verbandstätigkeit im NSLB eine Karriere in der NSDAP. So war er noch vor der Machtergreifung der Nationalsozialisten u. a. Gauleiter des Gaues Oberfranken, später der Bayerischen Ostmark. Nach der Machtergreifung HITLERS wurde SCHEMM am 17. März 1933 zum Bayerischen Kultusminister ernannt.

Die Mitgliederzahlen des NSLB erhöhten sich stetig, vor allem unter jungen Lehrern fand der Verband Anklang. „Die traditionelle Schul- und Standespolitik des DLV war in den Augen der Junglehrerschaft nach 1930 überholt.“ (BÖLLING 1978, S. 206). Trotzdem blieben die Mitgliederzahlen des NSLB deutlich hinter jenen des Deutschen Lehrervereins, des größten Lehrervereins in Deutschland, zurück. 1932 standen rund 10 000 Mitglieder auf Seiten des NSLB (Oktober 1932, vgl. FEITEN, S. 49) knapp 139 000 Mitgliedern des DLV gegenüber. Deshalb zielte die Strategie des NSLB zunächst auf Einflussnahme im DLV und im zweiten Schritt auf seine Übernahme, analog zur politischen Machtergreifung HITLERS.

Bereits ab 1931 sind Anzeichen eines politischen Rechtstrends im DLV erkennbar (vgl. BÖLLING, S. 209), und ab Mitte 1932 „bot der DLV ein Bild fortschreitender Desintegration. Nationalsozialistische Gruppierungen entfalteten in den Zweigvereinen eine immer stärkere Aktivität und konnten jetzt erste Erfolge

bei Abstimmungen verzeichnen“ (ebd., S. 216). Die Auflösung des BLV gestaltete sich indes schwieriger, als dies die Strategien des NSLB vorhergesehen hatten. Die bis Ende 1934 laufenden Verhandlungen vermitteln den Eindruck, dass die Machtergreifung HITLERS am 30. Januar 1933 noch nicht zu unmittelbaren Konsequenzen führte, aber nach den Reichstagswahlen vom 5. März 1933 gab der DLV seine Bereitschaft zur Unterwerfung unter die neuen Machthaber und zur 'tatkraftigen, fördernden Mitarbeit' bei der 'Gestaltung des nationalen Volkswesens' unmissverständlich zu erkennen. In diesem Sinne appellierte der Geschäftsführende Ausschuss des DLV am 18./19. März 1933 an die Mitglieder, „daß sie sich als lebendige Glieder der Volksgemeinschaft willig und treu in den Dienst der deutschen Jugend- und Volkserziehung stellen“ (Jahrbuch des Deutschen Lehrervereins 1933. Berlin 1933, S. 94). Trotz dieser und weiterer unverkennbarer Loyalitätserklärungen zögerten die nationalsozialistischen Machthaber nun nicht länger, die verschiedenen Erzieher-Verbände zu vereinnahmen. Aufgrund seiner Mitgliedszahlen bildeten der DLV und seine Untergliederungen ein besonders lohnendes Objekt. Als Zielsetzung wurde ausgegeben, dass alle noch bestehenden Verbände in eine einheitliche Erziehergemeinschaft unter der Führung des NSLB eingebunden werden sollten. Am 30. März gab SCHEMM Richtlinien heraus, die bewirken sollten, dass sich alle Lehrerverbände zugunsten des NSLB auflösen sollten. Am 26. April 1933 wurde eine Anweisung veröffentlicht, die alle Verbände, Zweigvereine usw. anweist, „Mehrheitsbeschlüsse herbeizuführen, durch die die jeweiligen Führer dieser Verbände ermächtigt werden, den korporativen Eintritt der ihnen unterstellten Verbände in den N.S. Lehrerbund verbindlich zu erklären.“ (Preußische Lehrerzeitung 1933, Nr. 52/53). Gleichzeitig begannen Verhandlungen mit einzelnen Lehrerverbänden, um deren Übernahme zu regeln.

Bereits am 22. April erhielt der DLV-Vorsitzende WOLFF vom Geschäftsführenden Ausschuss des DLV die Ermächtigung, bis zur Magdeburger Vertreterversammlung des DLV an Pfingsten 1933 die nötigen Vorbereitungen für die Überführung zu treffen. Tatsächlich wurde auf dieser 41. und letzten Vertreterversammlung am 6./7. Juni 1933 in Magdeburg beschlossen, dass der DLV als Körperschaft dem NSLB beitreten solle. Damit blieb zwar der DLV als Organi-

sation scheinbar erhalten, aber da SCHEMM neben der Reichswalterfunktion im NSLB auch den Vorsitz des DLV übernahm, ging jede Eigenständigkeit von diesem Zeitpunkt an verloren.

Mit der Übernahme des DLV waren auch alle seine Zweige betroffen, d. h. der Magdeburger Beschluss beanspruchte auch Gültigkeit für Zweigstellen wie den Berliner Lehrerverein. Die Verantwortlichen im BLV, die auf der einen Seite bei allen mündlichen und schriftlichen Äußerungen den Eindruck vollster Übereinstimmung mit den braunen Machthabern, ja Enthusiasmus mit deren Zielen zeigen wollten, suchten auf der anderen Seite an Eigenständigkeit zu retten, was zu retten war.

Nach SCHEMMs Vorstellungen sollten die Vermögenswerte der aufgelösten Lehrerverbände in den NSLB einfließen. Das beachtliche Vermögen des Berliner Lehrervereins, zu dem u. a. die DLB gehörte, unterlag jedoch, wie das Vermögen anderer Vereine, vereinsrechtlichen Schutzvorschriften. Am 25. August 1933 thematisierte die Versammlung der Vertrauensleute des BLV die Probleme der Eigentumsübertragung, und zwischen den Zeilen kann man eine gewisse Erleichterung erahnen darüber, dass durch das fiskalische Problem zumindest zeitweise ein Stück Eigenständigkeit erhalten bleiben konnte. „Die Verbände, die Grundstückswerte usw. besitzen, wären sicher bereit gewesen, unverzüglich dem NSLB. das Eigentumsrecht zu übertragen. Aber nach den bestehenden Gesetzen hätte man dann mit einer Steuerabgabe von etwa 450 000 M. rechnen müssen.“ (Berliner Lehrerzeitung 1933, Nr. 36, S. 525 f.). Dass die steuerrechtlichen Hindernisse jedoch nur das Erreichen des eigentlichen Ziels der nationalsozialistischen Machthaber verzögern können, darauf wies auf der gleichen Versammlung der anwesende stellvertretende Reichsleiter des NSLB, EWALD SABLOTNY, hin. Es seien, so teilte er den Anwesenden mit, bereits Verhandlungen mit den entsprechenden Stellen geführt worden mit dem Ziel, die Steuerabgaben zu minimieren. „Ist das erreicht, dann haben wir keine Veranlassung mehr, bei dem jetzigen System zu bleiben, dann heißt es, mit aller Kraft auf dem Wege vorwärtszuschreiten. Der Weg ist gegeben: Auflösung der alten Lehrerverbände.“ (Berliner Lehrerzeitung 1933, Nr. 36, S. 526).

Die Verhandlungen zogen sich jedoch noch über ein Jahr hin. Am 2. Dezember 1934 wurde schließlich auf einer außerordentlichen Hauptversammlung des BLV die erzielte Lösung abgestimmt, die jedoch nur eine Etappe auf dem Weg zur Liquidierung darstellte. Statt der Auflösung gelang es dem BLV, dass er als Ganzes in eine Abteilung innerhalb des NSLB integriert wurde. Unter der Bezeichnung Abteilung „Wirtschaft und Recht im NSLB., Gau Berlin (Berliner Lehrerverein)" blieb der BLV ab 1. Januar 1935 als juristische Person erhalten und blieb weiterhin Träger seiner in Berlin vorhandenen wirtschaftlichen Einrichtungen. Der bisherige Vorsitzende des BLV, ERICH FRÖHLICH, wurde zum Leiter der Abteilung gewählt. (Vgl. Berliner Lehrerzeitung 1934, Nr. 48, S. 718).

„Selbstverständlich“, so heißt es im Bericht über diese außerordentliche Hauptversammlung, „ist dem Gau vollste Aufsicht und Mitarbeit zugesichert“ (Berliner Lehrerzeitung 1934, Nr. 50, S. 742), aber die Verantwortung für die Abteilung stand laut Satzung dem Abteilungsleiter zu. Dieser sollte, ganz im Gegensatz zur üblichen nationalsozialistischen Verfahrensweise, alle zwei Jahre demokratisch von der Generalversammlung gewählt werden.

Diese Verfahrensweise war übrigens nicht neu. Bereits am 30. Januar 1934 hatte eine Hauptversammlung der Hamburger „Gesellschaft der Freunde des Vaterländischen Schul- und Erziehungswesens“ einen Beschluss gefasst, durch den, wie in Berlin, die Gesellschaft als Abteilung „Wirtschaft und Recht des NSLB Gau Hamburg (Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens)“ vereinnahmt werden sollte. (150 Jahre Gesellschaft der Freunde des Vaterländischen Schul- und Erziehungswesens 1955, S. 70)

Ein weiteres Indiz dafür, dass der BLV bei aller wirklich vorhandenen oder zur Schau gestellten Ergebenheit gegenüber den nationalsozialistischen Machthabern deren Intentionen hier und da die Spitze zu nehmen suchte, ist die Reaktion auf den gesetzlich verordneten Ausschluss nichtarischer und politisch anders denkender Beamter. Auf der außerordentlichen Hauptversammlung des Berliner Lehrervereins am 5. Mai 1933 wurde die Satzung des Berliner Lehrervereins um einen Zusatz zu § 4, erweitert. In diesem so genannten „Reinigungsparagraph“ heißt es: „Von der Mitgliedschaft sind entsprechend dem Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 und den dazu ergangenen

Ausführungsbestimmungen ausgeschlossen: Nichtarier, Freimaurer, Kollegen und Kolleginnen, die nach ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten.“ (Berliner Lehrerzeitung 14 (1933), Nr. 20, S. 310). Damit war dem politischen Willen genüge getan. Dann aber ergänzt der Berichterstatter: „Durch die obige Satzungsänderung vom Eintritt in den N.S.L.B. ausgeschlossene Mitglieder sollen möglichst weiter in der Nutznießung der wirtschaftlichen Rechte des B.L.V. bleiben.“ (Berliner Lehrerzeitung 14 (1933), Nr. 20, S. 310).

Neben den vereinsrechtlichen Schwierigkeiten behinderte des Weiteren ein Konflikt zwischen NSLB und Reichsinnenministerium eine schnelle und vollständige Übernahme des BLV. Innenminister FRICK beauftragte den als Reichskommissar für die Beamtenorganisationen eingesetzten JAKOB SPRENGER mit der Gleichschaltung der Beamtenverbände. Am 22. April 1933 ging ein Rundschreiben SPRENGERS in seiner Eigenschaft als 'Führer' des Deutschen Beamtenbundes heraus, das Richtlinien zur Gleichschaltung der Beamtenverbände enthielt. (Vgl. Deutsches Philologen-Blatt 41 (1933), Nr. 17, S. 198). Strittig dabei war die Frage, ob die Richtlinien auch für alle Lehrerverbände Gültigkeit beanspruchen können oder ob diese in den Zuständigkeitsbereich des NSLB fallen.

Die Behauptung seines Einflusses auf die Lehrerverbände unterstrich das Innenministerium am 22. Mai 1933. In einer Bekanntmachung wurde darauf hingewiesen, dass „die einzige für Beamtenorganisationen zuständige Dienststelle der vom Herrn Reichsminister des Innern ernannte Reichskommissar für Beamtenorganisation ist.“ Zugleich wurde die Reichweite dessen Einflusses bestimmt: „Die Lehrerorganisationen gelten selbstverständlich als Beamtenorganisationen im Sinne dieser Verfügung.“ (Berliner Lehrerzeitung 14 (1933), Nr. 23, S. 354 f.).

HEINRICH DIEKMANN, Vorsitzender des Preußischen Lehrervereins und Mitglied der NSDAP, suchte in mehreren Beiträgen den Konflikt als Missverständnis zu verharmlosen. „Zunächst ist in den Orts- und Zweigvereinen, aber auch in den übrigen Verbänden der Lehrerschaft dadurch eine gewisse Verwirrung entstanden, daß von gewissen Stellen versucht worden ist, die von dem neuen Führer des D.B.B. (Deutscher Beamtenbund - C.R.), dem als Reichskommissar für die Beamtenorganisationen bestellten Reichstagsabgeordneten Sprenger, aufgestellten

Richtlinien für die Gleichschaltung der Beamten- und Lehrerverbände in Gegensatz zu bringen zu den von der Leitung des N.S. Lehrerbundes ausgehenden Bestrebungen auf Vereinheitlichung der Lehrerorganisationen.“ (DIEKMANN 1933, S. 341). Bezüglich der persönlichen Voraussetzungen, die an die Vorstandsmitglieder von Vereinen zu stellen seien, gäbe es zwischen dem Deutschen Beamtenbund und dem NSLB keinerlei Differenzen. Wohl aber in der Frage, ob die Lehrerverbände als eigenständige Organisationen bestehen bleiben sollen oder in den vom NSLB propagierten Deutschen Erzieherverband unter Leitung des NSLB eingehen sollen. In dieser Frage wies DIEKMANN den DBB in seine Schranken: „Was darüber hinaus von der Lehrerschaft selbst bezüglich der Umbildung ihrer Organisationen für notwendig gehalten wird, ist eine Angelegenheit, die nur die Lehrerschaft selbst angeht und in die selbstverständlich vom D.B.B., bzw. von dem Reichskommissar für die Beamtenorganisationen nicht eingegriffen wird.“ (Ebd.).

Die Berufung auf die SPRENGER'schen Richtlinien wirkt in der Rückschau wie eine Möglichkeit, durch eine Bestätigung oder eine Neuwahl des Vorstandes nach außen die Treue zu den politischen Machthabern zu demonstrieren, aber dadurch zugleich die Auflösung zu vermeiden und die Kontinuität in der Arbeit zu bewahren. In diesem Sinne traf sich am 22. Mai 1933 der Büchereiausschuss des Berliner Lehrervereins. Es handelte sich um eine außergewöhnliche Zusammenkunft, denn erst am 3. März hatte eine Sitzung stattgefunden. In den zurückliegenden Jahren traf sich der Büchereiausschuss nur einmal im Jahr, um den Jahres- und Kassenbericht entgegenzunehmen und grundsätzliche Fragen der Bibliotheksarbeit zu besprechen. Eben diese Themen waren am 3. März besprochen und beschlossen worden, so dass aus Sicht der Bibliothek keine Sitzung notwendig gewesen wäre. Der Anlass für das Treffen am 22. Mai war ein Rundschreiben vom Vorsitzenden des Berliner Lehrervereins, ERICH FRÖHLICH, an alle Vorsitzenden der Vereinigungen, Ausschüsse und Verbände des B.L.V. mit folgendem Wortlaut:

„Sehr geehrter Herr Kollege!

Die Umformung des Vorstandes des B.L.V. im Sinne der nationalen Revolution ist in der letzten außerordentlichen Hauptversammlung am 5. Mai

33 erfolgt. Damit ist die gleiche Notwendigkeit auch für unsere Ausschüsse, Vereinigungen und Verbände gegeben. Um den Weg der Gleichschaltung aufzuzeigen, habe ich die Richtlinien des Deutschen Beamten-Bundes beigelegt. Bis zu den Pfingstferien muß die Umstellung vollzogen sein.“ (BBF/DIPF-Archiv. DLB)

Die Anlage führte unter dem Betreff: „Gleichschaltung“ folgende Bestimmungen auf:

„Für Vorstände der angeschlossenen Fachorganisationen kommen nur Personen in Betracht, die nach ihrer bisherigen politischen Einstellung und Tätigkeit die sichere Gewähr bieten für jegliche Unterstützung der Maßnahmen der Regierung der nationalen Erhebung.

- 1). Als Vorstände haben endgültig auszuschneiden Mitglieder, welche
 - a) marxistischen Parteien oder deren Hilfs- oder Ersatzorganisationen angehören oder sich in diesen betätigt haben,
 - b) sich in scharfen Gegensatz durch Wort, Schrift oder Handeln zu den Parteien, welche die nationale Regierung tragen, gestellt haben,
 - c) nicht arischer Abstammung sind.
- 2). Zur Erreichung der politischen Gleichschaltung ist eine beachtliche Durchsetzung der Vorstände mit Mitgliedern der NSDAP unerlässlich. Personalunion mit der NSDAP - Beamtenabteilung - dürfte hierbei für Erleichterung der initiativen Pflege und Vertretung aller Standes- und sonstigen Beamtenfragen vorteilhaft sein.
- 3.) Bisherige Vorstände, welche sich auf organisatorischem und beamtenpolitischen Gebiete bewährt haben, können - sofern die Voraussetzungen unter Ziffer 1) nicht behindern - nach Möglichkeit bei den bevorstehenden Neuwahlen in Betracht gezogen werden.
- 4.) Auf die Durchbildung des Führerprinzips ist durch die Erteilung weitgehender Vollmachten für die Vorstände besonderer Wert zu legen.
- 5.) Die gewählten Vorsitzenden der Zentralinstanzen (Verbands-, Bundesvorstände usw.) bedürfen der Bestätigung durch den Führer des Deutschen Beamten-Bundes.“ (BBF/DIPF-Archiv. DLB)

Nach der Begrüßung und der Verlesung der Briefanlage durch den Vorsitzenden des Büchereiausschusses, PAUL WAGNER, stellte er fest, „daß unser Ausschuß diese Bedingungen erfüllt, da kein Mitglied marxistischen Parteien resp. ihnen angegliederten Organisationen angehört, dagegen drei Mitglieder zur N.S.D.A.P. und außerdem fünf Mitglieder zum N.S.-Lehrerbund gehören, in den auch noch die 2 anderen Ausschußmitglieder durch die Gleichschaltung des Vereins eintreten werden. Unter Zustimmung der Koll. Fröhlich u. Mierau stellt er ferner fest, daß Veränderungen in der Zusammensetzung des Ausschusses nicht notwendig sind, und daß dadurch die Gleichschaltung des Ausschusses als vollzogen anzusehen ist.“⁴

Durch die willige oder womöglich auch widerstrebende Unterwerfung unter die politischen Vorgaben sicherten die Mitglieder des Ausschusses, dass sie weiterhin den im Laufe der Jahre angesammelten Sachverstand zugunsten der Bibliothek einsetzen konnten. Vielleicht spielte die Überlegung, dass Widerstand von Seiten des Ausschusses die Ersetzung der bisherigen Mitglieder durch sachfremde Personen zur Folge haben würde und dies zum Nachteil der Bibliotheksarbeit ausfallen könnte, eine Rolle. Zumindest kann man dies bei der Behandlung des zweiten Tagesordnungspunktes vermuten, indem es um die 'Ausmerzungen marxistischer Schriften' ging. Statt die betreffenden Bücher jedoch zu vernichten, beschloss der Ausschuss, lediglich eine weitgehende Ausleihsperrung für verdächtige Bücher einzuführen. FRÖHLICH begründete diese Verfahrensweise damit, „daß die D.L.B. – als pädag. Fachbücherei das gesamte pädag. Schrifttum sammelt, daß auch die Schriften marxist. Pädagogen zur Beurteilung der verflochtenen 15 Jahre wichtig seien und darum hist. Wert hätten. Derartige Schriften sollten darum zwar aus dem Leihverkehr herausgezogen werden aber nicht vernichtet werden.“

Bibliotheksleiter LAESCH unterstützte während der Aussprache die Argumentation FRÖHLICHs. Auch er plädierte dafür, dass „alle irgendwie verdächtigen Bücher möglichst zurückgehalten werden“ sollten. In diesem Sinne hatte LAESCH schon Vorarbeit geleistet, denn er teilte den Ausschussmitgliedern mit, „daß schon eine ganze Anzahl von Büchern aus dem Verkehr gezogen seien.“ Um ganz sicher

⁴ Ob der damalige Bibliotheksleiter LAESCH zu diesem Zeitpunkt bereits Mitglied in der NSDAP war, ist ungewiss. 1938 wird er jedoch als Pg. aufgeführt. (BBF/DIPF-Archiv. DLB).

zu gehen, verwies er auf den vom Kampfbund eingesetzten Ausschuss, der die Frage der Ausmerzungen von Büchern in wissenschaftlichen Bibliotheken klären sollte.

Nicht diskutiert wurde dagegen die Frage, ob eine Einhaltung dieser Verfahrensweise gewährleistet werden kann. Denn im Routinebetrieb einer viel benutzten Bibliothek ist es kaum vorstellbar, dass die die Ausleihverbuchung vornehmenden Bibliotheksmitarbeiter die von den Benutzern angeforderten Bücher hinsichtlich ihres systemkonformen Inhalts überprüfen können. Eventuell aufkeimende Sorgen in dieser Beziehung konnte LAESCH jedoch im Jahresbericht 1933 dadurch zerstreuen, dass er ein gewandeltes Leserverhalten festzustellen meint. „Wenn die Zahl der ausgeliehenen Bücher gegen das Vorjahr nun zum erstenmal seit 1929 zurückging, so liegt das wohl hauptsächlich daran, daß die Lehrerschaft sich möglichst weitgehend mit dem nationalsozialistischen Gedankengut auf allen Gebieten vertraut zu machen sucht. Darum wurden fast nur Neuerscheinungen gefordert.“

Alle Bemühungen, eine wenigstens partielle Selbständigkeit zu bewahren, blieben jedoch vergeblich. Bereits auf der Versammlung der Vertrauensleute vom 25. August 1933 wurden Pläne bekannt gegeben, die drei großen Lehrerbüchereien (Deutsche Lehrerbücherei Berlin, Comenius-Bücherei Leipzig, Süddeutsche Lehrerbücherei München) zu einer organisatorischen Einheit zu verbinden. Die Finanzierung solle der NSLB übernehmen. „Am Eigentumsrecht des B. L. V. an seiner Bibliothek ist durch den Zusammenschluß der drei großen Büchereien natürlich nichts geändert worden.“ (Berliner Lehrerzeitung 14 (1933), Nr. 36, S. 525).

Dies änderte sich jedoch am 24. November 1935, als der Reichsverwaltung des NSLB, Abteilung Wirtschaft und Recht, also dem einstigen Berliner Lehrerverein, eine neue Satzung der Deutschen Lehrerbücherei aufgezwungen wurde. Entscheidende Punkte der Satzung sind die Regelung der Eigentumsfrage sowie die Festlegung der Aufgabenstellung:

„§ 1. Die Deutsche Lehrerbücherei ist Eigentum des Nationalsozialist. Lehrerbundes e.V. in Bayreuth ... Sie erhält den Namen 'Deutsche Lehrerbücherei, Zentralbibliothek des Nationalsozialistischen Lehrerbundes e. V.'.

§ 2. Die Bücherei hat die Aufgabe, das für die nationalsozialistische Schulung un(d) die berufliche Fortbildung der Erzieherchaft notwendige Schrifttum bereitzustellen. Ausserdem dient sie der pädagogischen Forschung durch möglichst lückenlose Erfassung des pädagogischen Schrifttums und durch Sammeln pädagogischer Handschriften, Bildnisse und Münzen.“ (BBF/DIPF-Archiv. DLB).

Die Zuständigkeit über 'die großen pädagogischen Büchereien des Nationalsozialistischen Lehrerbundes' ging an die Unterabteilung Büchereiwesen in der Abteilung Schrifttum des NSLB über, die von Dr. WILHELM RUSS geleitet wurde. Das Eigentumsrecht, das in der geänderten Satzung als bereits geregelt erscheint, wurde allerdings erst Mitte 1937 im Sinne des NSLB geregelt. Unter der Überschrift „Die Deutsche Lehrerbücherei wird Eigentum des NSLB“ berichtet die 'Nationalsozialistische Erziehung': „Im Laufe dieses Monats wird die Liquidation des Berliner Lehrervereins durch notarielle Übertragung der Vermögenswerte auf die Reichswaltung des NSLB. in Bayreuth beendet werden. Damit wird auch die Deutsche Lehrerbücherei Eigentum des NSLB.“ (Nationalsozialistische Erziehung - Gau Berlin 6 (1937), S. 454). Auch hierbei handelt es sich um keine singuläre Aktion, denn auch die bereits oben erwähnte Hamburger Abteilung Wirtschaft und Recht, hinter der sich die ehemalige „Gesellschaft der Freunde des Vaterländischen Schul- und Erziehungswesens“ verbirgt, wurde mit Wirkung vom 30. Juni 1937 aufgelöst und das Vermögen dem NSLB, Bayreuth übereignet. (Vgl. 150 Jahre Gesellschaft der Freunde des Vaterländischen Schul- und Erziehungswesens 1955, S. 71).

In einem Rundschreiben des NSLB vom 3. September 1939 werden vier Bibliotheken aufgeführt, die der Reichswaltung des NSLB unmittelbar unterstehen: Neben der Deutschen Lehrerbücherei sind dies die Comenius-Bücherei, die 1935 in Hans-Schemm-Bücherei umbenannt worden war, die Süddeutsche Lehrerbücherei und die Hansische Lehrerbücherei, ehemals Bibliothek der Gesellschaft der Freunde des Vaterländischen Schul- und Erziehungswesens.

Auch der Büchereiausschuss wurde seiner Funktion enthoben. Stattdessen bestimmte die Satzung:

„4. Leitung der Bücherei: Die Bücherei wird von einem Büchereileiter geleitet. Ihm zur Seite stehen: ein Stellvertreter, ein Kassenführer und ein Verwaltungsrat.

Der Büchereileiter wird vom Reichswalter des NSLB ernannt. Der Stellvertreter und der Kassensführer werden im Einvernehmen mit der Gauverwaltung des NSLB, Gau Grossberlin, ernannt. Der Verwaltungsrat setzt sich zusammen aus:

- a) den drei Mitgliedern der engeren Verwaltung (Leiter, Stellvertreter, Kassensführer)
- b) zwei vom Reichswalter des NSLB ernannten Mitgliedern
- c) zwei vom Gauwalter des NSLB, Gau Grossberlin, ernannten Mitgliedern
- d) ein Vertreter des Reichsunterrichtsministeriums
- e) ein Vertreter des Kommissars der Stadt Berlin.“ (BBF/DIPF-Archiv. DLB).

Der Büchereiausschuss war bereits am 19. Juni 1934 zu seiner letzten Sitzung zusammengetreten. Das Protokoll endet mit dem Satz: „Herr Wagner dankte dem Verwalter für seine aufopfernde Tätigkeit in den letzten Monaten und schloß die Sitzung mit dem Wunsch auf ruhigere Zeiten der Entwicklung für unsere Bücherei.“ (BBF/DIPF-Archiv. DLB).

Diese Bemerkung zielt sicherlich auf die Unruhe, die die Bestrebungen zur Vereinnahmung der DLB durch den NSLB mit sich brachte. So wie sich die Hoffnung auf ein bleibendes Eigentumsrecht an der DLB und damit an Einfluss auf ihre Geschicke zerschlug, so vergeblich waren die Wünsche auf ihre gedeihliche Entwicklung. Denn die Zeit bis zum Kriegsbeginn und damit zu jener Zeit, in der die Bibliothek stärker in ihrer substanziellen Existenz gefährdet war als jemals zuvor oder später, war nur noch kurz.

3. BECKMANN und die DLB

Etwa ab Mitte der 1930er Jahre, so kann man vermuten, kam BECKMANN enger mit der DLB in Berührung. Anfang 1935 zog er von Petershagen nach Berlin-Wedding, in die Birkenstraße 29a. In einem Schreiben BECKMANNs an die Reichswaltung des NSLB, Abteilung Schrifttum, vom 11. September 1939 (BBF/DIPF-Archiv. DLB) teilte er mit, dass er schon seit längerer Zeit in der Bibliothek arbeite, allerdings nicht als fest angestellter Mitarbeiter. Den genauen Arbeitsbeginn gab BECKMANN in dem Brief nicht an, allerdings muss er schon

weiter zurückliegen, denn er bezeichnete sich als Kenner der Verhältnisse in der Bibliothek. Seine Einstellung, so BECKMANN, läge auch im Interesse des Bibliotheksleiters.

Anlass des Briefes war seine Bewerbung um eine Stelle in der Bibliothek, und BECKMANN bezog sich auf einen Antrag, den LAESCH zur Einstellung BECKMANNs gestellt haben soll. Als Tätigkeitsfelder in der DLB benannte er die Bearbeitung des Archivs mit seinen sechs Abteilungen, die Zeitschriften, die Sippenkunde, Volkskunde und anderer Teilgebiete. Über seine aktuelle berufliche Situation schrieb BECKMANN, dass er an Berufsschulen Sonderfächer unterrichte (Chemie, Botanik usw.). Er sei in den Schulen, wo er unterrichte (Potsdam, Eberswalde), jedoch nicht angestellt, sondern erfülle eine Art Lehrervertretung. Durch Lehrlingsmangel würden die verbleibenden Schüler auf einige wenige Schulen konzentriert. Die von ihm in Potsdam und Eberswalde unterrichteten Schüler sollten seiner Kenntnis nach, so BECKMANN, in eine Berliner Schule überführt werden. Deshalb gehe seine Lehrervertretung in Potsdam am 1. Oktober zu Ende. Auch das Ende der Arbeitsmöglichkeiten in Eberswalde sei absehbar. Anderweitige Arbeitsmöglichkeiten im Deutschen Reich schätze er als schlecht ein, da die festen Lehrerstellen in seinen Unterrichtsfächern alle besetzt seien. Deshalb stehe er für die Bibliothek zu Verfügung.

Da PAUL GEORG HERRMANN, Leiter der für die DLB zuständigen Abteilung Schrifttum in der Reichswaltung des NSLB, an den BECKMANN seinen Brief gerichtet hatte, zum Zeitpunkt der Anfrage gerade zur Wehrmacht eingerückt war, erhielt BECKMANN zunächst einen Zwischenbescheid mit dem Hinweis, dass man versuche, von HERRMANN eine Stellungnahme zu erhalten. Es dauerte dann doch bis zum 1. April 1941, bis BECKMANN hauptberuflich in der DLB tätig wurde.

Was für ein Kollege war dieser HANNES BECKMANN? Einer Kollegin, als junge Frau vom 1. Oktober 1939 bis zum 30. Juni 1941 in der DLB Büchereigehilfin, schien BECKMANN ein 'Kollege' zu sein, demgegenüber höchste Vorsicht angeraten war. Selbst der Bibliotheksleiter MAX LAESCH, der mit BECKMANN das gleiche Zimmer teilte, musste ihrer Beobachtung nach wachsam sein. Diese durch die politische Konstellation erworbene Machtstellung war BECKMANN selbstver-

ständiglich bewusst, denn die Bibliotheksmitarbeiter empfanden ihn „wie einen Hahn“, der durch die Bibliothek stolziere.⁵

Am 1.1.1942 übernahm BECKMANN die Leitung der Deutschen Lehrerbücherei. Vom ersten Tag seiner Leitungstätigkeit an führte er ein Bibliothekstagebuch. Der erste Eintrag lautet: „Der Fachlehrer Hanns Beckmann – Berlin übernahm am heutigen Tage die deutsche Lehrerbücherei vom Berufskameraden M. Laesch.“

Die DLB verfügte zu diesem Zeitpunkt über einen Bestand von 199 624 Bänden, davon 6 Wiegendrucke, 5778 Handschriften, 1801 Bildwerke und 814 Münzen und Plastiken. Das Personal – im Jargon der Zeit: die 'Gefolgschaft' – umfasste einen Leiter, einen Kassenwalter, zwei vollbeschäftigte, eine halbtags beschäftigte sowie zwei ehrenamtlich beschäftigte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Jahresbericht für 1942 vom 25. Januar 1943). Zu den ehrenamtlich Beschäftigten zählte nach seinem Eintritt in den Ruhestand auch MAX LAESCH, der bis Kriegsende und dann erneut in der Nachkriegszeit für die Bibliothek tätig war. Die der Bibliothek zur Verfügung stehende Grundfläche betrug 760 Quadratmeter. Neben dem Hauptmagazin im 5. Stock gab es Räume für Archiv, Lese-saal, Fahnsaal und Magazin der Alten Drucke.

Im Bibliothekstagebuch werden praktische Probleme der Bibliotheksarbeit, Vorgänge im Personalbereich u. a. m. behandelt. Zwei Themen beherrschten allerdings die Amtszeit von BECKMANN als Bibliotheksleiter und nehmen dementsprechend im Tagebuch den meisten Platz ein: die Bedrohung der Bibliothek durch feindliche Bombenflugzeuge sowie die zur Sicherung wertvoller Teile des Bibliotheksbestandes durchgeführte Auslagerung.

3.1 Die Angst vor Zerstörungen durch Bombentreffer

Berlin gilt als die durch Fliegeralarme und Bombenangriffe am häufigsten betroffene Stadt Europas.⁶ Etwa 390 Luftalarme und rund 140 öffentliche Luftwar-nungen bzw. Kleinalarme musste die Berliner Bevölkerung zwischen dem 1.

⁵ Tonbandinterview mit MAGARETE ACHTERMEIER am 15.9.1997 in der Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung.

⁶ Vgl. zum Folgenden DEMPS, L.: Die Luftangriffe auf Berlin. Ein dokumentarischer Bericht. In: Jahrbuch des märkischen Museums. Teil 1: IV (1978), S. 27-68; Teil 3: IX (1983), S. 19-48.

September 1939, dem ersten Berliner Luftalarm, und dem 21. April 1945 erdulden.

Bis zum 31. Dezember 1941 waren 90 Fliegeralarme zu verzeichnen. Mehrere Angriffe galten Berlins Bezirk Mitte und auch der Alexanderplatz blieb von Bombenschäden nicht verschont, so etwa am 31. August 1940, als die Alexandrinenstraße getroffen wurde, oder am 21. Dezember 1940. Im Vergleich zu den späteren Angriffen ab Mitte 1943 blieben die Schäden an Personen und Gebäuden bis dahin jedoch gering. Auch das Lehrervereinshaus und die DLB scheinen von direkten Treffern verschont geblieben zu sein.

Als BECKMANN sein Amt als Leiter der DLB antrat, war eine relativ ruhige Phase im Luftkampf zu verzeichnen. Am 16. Januar 1942 schrieb er zwar in das Tagebuch: „Mittag von 12.35 Uhr bis 13.15 Uhr – Luftalarm“, allerdings handelte es sich dabei um einen Fehlalarm. (Vgl. DEMPS 1978, S. 52). Der nächste kriegsbedingte Eintrag findet sich erst am 20. September 1942 wieder. BECKMANN notierte: „Bisher im Laufe des Monats 2 Fliegeralarme“. Damit waren vermutlich die Angriffe am 29. August und 9. September 1942 gemeint, die jedoch den Bezirk Mitte nicht betrafen (vgl. ebd.).

Im November 1942 wurden Luftschutzmaßnahmen eingeführt. Im Jahresbericht für das Jahr 1942 teilte BECKMANN mit: „Für die Bücherei wurden von der Hausverwaltung Luftschutznachtwachen eingerichtet, woran sich alle ohne Ausnahme beteiligen.“ (Jahresbericht für das Jahr 1942 vom 25. Januar 1943). Rasch scheinen die Luftschutzwachen Routine geworden zu sein, denn BECKMANN fand diesen Dienst keiner weiteren Erwähnung im Tagebuch wert. Ein konkreter Einsatz der Luftschutzwache war zunächst nicht vonnöten, denn bis Ende August 1943 wurden nur wenige schwere Angriffe geflogen, die zudem im Bezirk Mitte keinen Schaden anrichteten. Dann allerdings folgte eine Reihe schwerer Angriffe, von denen auch Mitte betroffen wurde, so etwa in der Nacht des 23. August 1943. Nach dem Angriff in der Nacht des 3. September schrieb BECKMANN: „In der letzten Nacht ging ein besonders schwerer Luftterrorangriff der Anglo-Amerikaner auf Berlin nieder. Es fanden große Verwüstungen an Bauwerken im Norden, Nordwesten und Westen statt.“

Im Vergleich zu den 16 Großangriffen zwischen November 1943 und März 1944 müssen jedoch die damit verbundenen Zerstörungen noch als geringfügig angesehen werden. Ab 18. November 1943 begann 'the Battle of Berlin', der knapp 10 000 Menschen das Leben kostete und etwa ein Sechstel des Gesamtbestandes an Wohngebäuden vernichtete. (Vgl. DEMPS 1978, S. 43). Diesmal war auch die DLB ernsthaft betroffen. BECKMANN berichtete am 30. Dezember 1943: „Die Reichshauptstadt wurde in den letzten 6 Wochen durch anglo-amerikanische Terrorbomben heimgesucht und in einigen Stadtteilen schwere Verwüstungen angerichtet. Am 22. November d. J. fielen auf das Gebäude der Bücherei 5 Stabbrandbomben, die den Südteil des Dachgeschosses in Brand setzten. Bücher- oder Zeitschriftenverluste entstanden nicht, wohl verbrannten Kataloge. Durch Sprengbomben wurde in Folge des entstehenden Luftdrucks das Dach fast abgedeckt, dem Regen dadurch Einlaß gegeben. Es mußte daraufhin das gesamte Zeitschriftenmagazin geräumt werden und die Bestände im 3. Stockwerk eingelagert werden. Vom 22.11. bis heute konnte der Dienstbetrieb nur durch Aufräumarbeiten ausgeführt werden. Der Leihverkehr muß ganz eingestellt werden.“

In einem Schreiben an den Reichskassenwalter des NSLB vom 14. Dezember 1943 schilderte der Bibliotheksleiter die Maßnahmen, die eine Ausbreitung des Feuers verhinderten und damit größeren Schaden an Haus und Bibliotheksbestand vermieden. Der Brand, so BECKMANN, wäre auf der Stelle von zwei Werk-schutzleuten, die im Hause gerade anwesend waren, gelöscht worden. „Durch rechtzeitiges Eingreifen beherzter Männer des Werkluftschutzes“, so BECKMANN an den Gauschatzmeister des Gaués Berlin der NSDAP⁷, sei „die Bücherei in ihren Gesamtbeständen gerettet worden.“ (BBF/DIPF-Archiv, DLB. Schreiben an den Gauschatzmeister des Gaués Berlin der NSDAP vom 24.11.1943). Am nächsten Morgen habe man mit den Aufräumarbeiten beginnen können. In der Nacht selbst sei es ihm, BECKMANN, unmöglich gewesen, zur Bücherei zu kommen (BBF/DIPF-Archiv, DLB. Schreiben an den Reichskassenwalter des NSLB vom 14.12.43).

⁷ Nach Stilllegung des NSLB war BECKMANN in einem Rundschreiben vom 29.7.43 darauf hingewiesen worden, dass Schadensmeldung an den Gauschatzmeister der NSDAP zu richten sei.

Bei den im Tagebuch erwähnten verbrannten Katalogen handelte es sich nicht um Zettelkataloge, sondern um 'gedruckte Kataloge', vermutlich also Restexemplare der unter dem Titel „Büchereiverzeichnis“ bzw. „Nachträge zum Büchereiverzeichnis“ erschienenen Bestandsübersichten der DLB (vgl. BBF/DIPF-Archiv, DLB. Brief Beckmanns an Gauschatzmeister des Gaues Berlin der NSDAP vom 24. 11. 1943). Schaden nahmen jedoch die Räumlichkeiten, denn fast alle Fenster in der Bibliothek wurden zertrümmert. Ursache dafür war nicht nur der Luftdruck, den die Detonation der Bomben verursachte. Durch die Sprengungen von instabilen Trümmern um die Bücherei herum sind nachträglich noch Fensterschäden entstanden (BBF/DIPF-Archiv, DLB. Schreiben Beckmanns an den Reichskassenwalter des NSLB vom 14.12.43).

Die Gebäudeschäden der Bibliothek ließen sich notdürftig reparieren. BECKMANN berichtete: „Mit dem Vernageln der Fenster bin ich gerade beschäftigt. Es ist auch nicht leicht Material in genügender Menge, einschl. der Nägel, zu erhalten. Für die reinen Verwaltungsräume könnte das Pappmaterial von der Hausverwaltung geschafft werden, für die anderen Bibliotheksräume muß das Material erst noch beschafft werden.“ Gleichzeitig seien die angefallenen Schuttmassen beseitigt und andere Schäden notdürftig behoben worden. „Leichtere Schäden sind von mir beseitigt. Es sind noch Wochen notwendig, um dann an die laufenden Arbeiten heranzukommen.“ (BBF/DIPF-Archiv, DLB. Schreiben Beckmanns an den Reichskassenwalter des NSLB vom 14.12.43).

Die Maßnahmen, die zur Vorkehrung gegen zukünftige Bombenangriffe getroffen wurden, richteten sich auf die Bereitstellung von „Wasser, Sand, Wachen“, nach „menschlichem Ermessen“ sei „alles getan worden.“ (BBF/DIPF-Archiv, DLB. Schreiben Beckmanns an den Reichskassenwalter des NSLB vom 14. 12. 1943).

Die Aufräumungs- und Auslagerungsarbeiten gestalteten sich zeitaufwendiger als zunächst vermutet. Am 18. Januar schienen sie jedoch abgeschlossen zu sein, denn BECKMANN vermerkte im Tagebuch: „Die Zeitschriftenbestände im 5. Stockwerk mußten, da der Regen durch das beschädigte Dach Eintritt hatte, gesichert werden, indem dieselben in das 3. Stockwerk verbracht wurden.“

Der Großangriff vom 24. März 1944 markierte zunächst das Ende des „Battle of Berlin“. Weiterhin schickten die Alliierten jedoch kleinere Flugzeuge und Aufklärer, die die ständige Angst und Unruhe der Berliner Bevölkerung aufrechterhielten. Vermutlich dieses Gefühl ständiger Bedrohung war der Grund für BECKMANNs Eintrag vom 3. April 1944: „Indessen sind weitere Terrorangriffe der Anglo-Amerikaner auf die Reichshauptstadt erfolgt, der Teil um den Alexanderplatz blieb verschont von Bomben. ... Stündlich werden jetzt Luftlagemeldungen gegeben, die den Stand des Ein- und Abflugs der Feindflugzeuge anzeigen.“

Ab 29. April 1944 begannen die Großangriffe der amerikanischen Luftstreitkräfte. Mehrfach wurde auch der Bezirk Mitte mit Bombenteppichen belegt. BECKMANN notierte am 30. Mai 1944: „Die Terrorangriffe der Engländer und Amerikaner werden immer schwerer in der Reichshauptstadt. Hier im Alexanderviertel waren vermutlich am 19. und 24. Mai besonders schwere Zerstörungen. Eine Bombe fiel auf den Hof, konnte aber sogleich gelöscht werden (24.5.44). Am gleichen Tage ging eine Sprengbombe in das Mittelgebäude.“⁸

Am 21. Juni 1944 erfolgte ein weiterer amerikanischer Großangriff, der vor allem dem Norden und Süden Berlins galt. Aber auch in Berlin-Mitte entstanden Schäden. BECKMANN im Tagebuch: „Heute erfolgte ein schwerer Terrorangriff auf Berlin von 9.25 Uhr bis 11.15 Uhr. Das gegenüberliegende Haus ging dabei in Trümmer. Dadurch wurde großer Sachschaden am Büchereigebäude hervorgerufen, sämtliche Scheiben zerbrochen, Fensterkreuze herausgerissen, Rolladen im Erdgeschoß zertrümmert usw.“ Zwar nahmen die Aufräumarbeiten nach diesen Beschädigungen fast acht Tage in Anspruch, wie BECKMANN unter dem 28. Juni 1944 mitteilt, aber das Bibliotheksgebäude kam auch bei diesem Angriff mit vergleichsweise geringem Schaden davon.

Obgleich es zwischen den Großangriffen der Alliierten längere Pausen von mehreren Wochen geben konnte, riss die Bedrohung bis zum Kriegsende nicht mehr ab. Zugleich verschärfte sich die Situation für die Bibliothek dadurch, dass zunehmend Personal entzogen und für den Krieg zur Verfügung gestellt werden

⁸ Das Deutsche Lehrervereinshaus bestand aus einem Gebäudekomplex, der von der Alexanderstraße bis zur Kurze Straße reichte. Die einzelnen Gebäudeteile waren durch Innenhöfe getrennt. Die DLB war vom Hauptgebäude des Deutschen Lehrervereins durch ein Zwischengebäude und zwei Innenhöfe getrennt.

musste. Am 10. September 1944 schrieb BECKMANN im Tagebuch: „In Folge des totalen Einsatzes aller Männer und Frauen des deutschen Volkes, kommen auch gemäß einer Anordnung des Gaus Berlin der NSDAP die Angestellten der Deutschen Lehrerbücherei zum Einsatz in die Rüstungsindustrie.“ Betroffen von dieser Maßnahme waren zwei weibliche und ein männlicher Mitarbeiter. Am 12. September notierte BECKMANN, dass jeglicher Urlaub für alle verbliebenen Beschäftigten sofort gesperrt sei. Ausnahmen würden lediglich für Personen über 65 Jahre sowie Kranke gelten. Am 18. September 1944 waren vom ursprünglichen Personalbestand noch drei Mitarbeiter in der DLB tätig, nämlich „der Leiter, der Kassenwalter und die Reinemachefrau. Der ehrenamtlich tätige Berufskamerad Anton Kütschi kam zum Einsatz für Flaghelfer nach Bad Dörenburg in Sachsen.“

Schließlich verlor die DLB auch noch ihren Leiter. Der Tagebucheintrag vom 26. Oktober lautet: „Der Führer hat den deutschen Volkssturm aufgerufen. Herr Beckmann und Herr Schaaf haben sich sofort freiwillig gemeldet. Leider wurde Herr Schaaf von der Musterungskommission nicht für tauglich befunden. Herr Beckmann wurde als Bataillonsführer des Bataillons II eingegliedert. Herr Laesch von der Kassenwahrung kommt in Folge seines Alters nicht in Betracht.“ BECKMANN war zu diesem Zeitpunkt 53 Jahre alt.

Die große Bereitschaft seiner freiwilligen Meldung zum Volkssturm, die BECKMANN im Tagebuch behauptet, scheint zwar mit Rücksicht auf seine lange Kriegszeit zunächst plausibel, muss aber aufgrund eines Vorgangs im Frühjahr 1944 doch in Zweifel gezogen werden. Denn am 28. März 1944 sollte BECKMANN schon einmal zur Wehrmacht einberufen werden. Wenige Tage vorher, am 22. März 1944, wandte sich der Bereichsleiter der NSDAP, Gau Berlin, Kreisleitung IV, jedoch an den Reichskassenwalter des NSLB, Bayreuth. Der Bereichsleiter bat darum, dass der NSLB einen Uk.-Stellungsantrag für BECKMANN beim Wehrbezirkskommando Berlin VI stellt. Der Bereichsleiter wies weiter darauf hin, dass er durch persönliche Rücksprache (vermutlich mit dem Wehrbezirkskommando) bereits erreicht habe, dass die Einberufung zur Wehrmacht bis zum Eingang des Antrages des NSLB ausgesetzt werde. Der Antrag wurde allerdings nicht vom NSLB, sondern von der Kreisleitung der NSDAP, Gau Berlin, Kreisleitung IV gestellt. Denn der NSLB war zu diesem Zeitpunkt bereits nicht

mehr die vorgesetzte Behörde der DLB; diese Funktion füllte seit Mitte 1943 der Reichsschatzmeister der NSDAP aus.⁹ Vermutlich wurde vom NSLB auf diesen Umstand hingewiesen, was dann zur Antragstellung durch die NSDAP-Kreisleitung IV führte. Allerdings erarbeitete der NSLB aus seiner Kenntnis mit der DLB eine Stellungnahme, die als ergänzende Angaben zum Antrag fungieren sollte und an den zuständigen Reichsschatzmeister der NSDAP geschrieben wurde. Hier heißt es: „Dem Antrag der Kreisleitung (der NSDAP, Gau Berlin, Kreis IV - C. R.) schließe ich mich befürwortend an. Die Lehrerbücherei in Berlin ist die größte Fachbibliothek des NSLB. Sie bedarf besonderer Betreuung infolge der derzeit obwaltenden Verhältnisse. Pg. Beckmann ist für die Instandhaltung der Bücherei unentbehrlich, weil er seit langem eingearbeitet ist und daher alle notwendigen Einzelheiten genau kennt.“ (Bundesarchiv (ehem. BDC), RKK Beckmann, Hanns, 08.03.91. Brief des NSLB, Reichswaltung an Reichskassenwalter vom 26.4.44).

Vom 3. Mai 1944 stammt der „Antrag auf Unabkömmlichkeitstellung“ (!). Als Begründung wird angegeben: „Pg. Beckmann soll hauptberufliche Verwendung als Direktor d. Lehrerbibliothek in Berlin NS. Lehrerbund finden.“ Ob dieser Einsatz von Partei und NSLB tatsächlich der Sorge um die DLB galt oder ob dem alten Kameraden BECKMANN eine Gefälligkeit erwiesen werden sollte, bleibt dahingestellt.

3.2 Die Auslagerung von Beständen der DLB

Der Tagebucheintrag vom 30. Juli 1943 lautet: „Gestern erreichte die Bücherei eine Anordnung der Parteikanzlei, wonach die wertvollen Büchereibestände zu sichern sind, die verbleibenden Bücher derartig luftschutzmäßig unterzubringen,

⁹ Zum Vorgang der „Stilllegung“ des NSLB vgl. FEITEN 1981. BECKMANN notierte diesen Vorgang im Tagebuch am 1. März 1943 so: „Der NS-Lehrerbund wird mit allen seinen Dienststellen im ganzen Reich stillgelegt, was einer Auflösung nahekommt. Gründe für Stilllegung sind nicht angegeben worden. Vermutlich, um Personal frei zu machen für den totalen Krieg. Nicht zur Stilllegung kommen die sozialen Einrichtungen, wozu auch die Deutsche Lehrerbücherei gehört.“ Am 11.6.1943 verfügte der Reichsschatzmeister der NSDAP auf Anordnung des Leiters der Parteikanzlei, Reichsleiter BORMANN, dass die Deutsche Lehrerbücherei aufsichtsmäßig dem Gauschulungsleiter des Gaues Berlin unterstellt wird. Vom 3.6.1943 stammt ein weiteres Schreiben des Reichsschatzmeisters mit dem Hinweis, dass BORMANN „hinsichtlich der Büchereien nunmehr entschieden hat, dass diese auch während der Stilllegung des NS.-Lehrerbundes offen zu halten sind.“ (BA NS 12, Nr. 650d).

um möglichst geringe Verluste bei einem Schadensfalle zu haben. Der Luftterrorkrieg der Anglo-Amerikaner zwingt zu weitgehenden Sicherungen des Kulturguts. Der Leiter der Bücherei setzte sich mit mehreren Lehrerbildungsanstalten in Verbindung, um dort Sicherungsunterkunft erlangen zu können.“ Die von BECKMANN angeführte und von HANS SEIBEL unterzeichnete Anordnung stammt vom 29. Juli 1943 und ist mit „Streng vertraulich“ gekennzeichnet.¹⁰ In der Anlage sind ihr „Richtlinien für die im Hinblick auf die Luftgefährdung durchzuführenden Maßnahmen“ beigelegt (BA NS 12, Nr. 650d).

Damit begann eine schwierige Phase, die die Auslagerung der wertvollsten Bestände der DLB zum Ziel hatte. Zunächst wurde an Unterbringungsmöglichkeiten im engeren Umfeld gedacht. Am 20. August 1943 vermerkte BECKMANN, dass sich bereits drei Lehrerbildungsanstalten (LBA), nämlich in Paradies (Brandenburg), Wollstein (Warthegau), Zühlsdorf (Pommern), bereit erklärt hätten, Bücherkisten aufzunehmen.

Die Verlagerung der Bestände auf mehrere LBAs wäre vermutlich schon aufgrund der räumlichen Nähe schnell zu realisieren gewesen. Die Vorstellung, den Bestand auf viele Standorte zu verteilen, stieß jedoch auf Vorbehalte, so dass trotz der Zusagen weiter nach alternativen Lösungen gesucht wurde. Letztlich wurde dann das Angebot der LBAs nicht in Anspruch genommen.

Die Entscheidung fiel am 28. August, als der „Gauschulungsleiter des Gaues Berlin der NSDAP, Pg. Dr. Saberschinski“, die Bibliothek besuchte, „um sich über Umfang, Arbeitsweise usw. der Bücherei zu informieren.“ BECKMANN notierte: „Der Gauschulungsleiter war begleitet vom Gaubeauftragten für das Schrifttum Pg. Uterhardt. Es wurde vom Gauschulungsleiter (als dem neuen Chef der Bücherei) verfügt, daß alle alten Drucke auf jeden Fall sichergestellt werden. Der Gau besorgt für die Sicherung der Bücherei 200 - 300 Kisten, die dann mit der Bahn befördert werden. Mein Vorschlag, die Bücher im Sudetengau unterzubringen, fand den Beifall des Pg. Dr. Saberschinskis.“

¹⁰ SEIBEL, seit dem 1.2.1942 Reichskassenwalter des NSLB und Leiter der 'Hauptabteilungen Finanz- und Vermögensverwaltung', wurde am 26.1.1943 aufgrund der Stilllegung des NSLB von seinen Funktionen entlassen bzw. von seinen Ämtern entbunden, zugleich aber mit der Abwicklung der auftretenden Verbindlichkeiten beauftragt (für diesen Hinweis danke ich KARLHEINZ KÖNIG, dessen „Biographisches Lexikon zum Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB)“ sich in Vorbereitung befindet).

Die schweren Angriffe im Rahmen des „Battle of Berlin“ von Ende August 1943 bis März 1944 drängten zur Eile. Bereits wenige Tage nach der Auslagerungsanweisung durch SABERSCHINSKI wurde ein möglicher Standort besichtigt. BECKMANN notierte am 9. September: „Der Büchereileiter Beckmann fuhr heute mit der Mitarbeiterin, Fräulein Fechner, nach Bensen im Polenztal im Sudetengau, um das dortige Schloß zu besichtigen. Rückkehr am Sonnabend, dem 11.9.“

Es handelt sich bei dem vorgesehenen Gebäude um das Salhausenschloß und das Ergebnis der Besichtigung war offenbar zufriedenstellend, denn am 13. September schrieb er in das Tagebuch: „Das Schloß, gehörig der Frau Wera Grohmann in Teplitz-Schönau, ist für die Unterkunft der Bücherkisten mit den Büchern geeignet. Es können mehrere 100 Kisten dort sichergestellt werden. Es wurde heute mit dem Packen der Bücher begonnen.“

BECKMANN führte Verhandlungen mit dem Bürgermeister der Stadt sowie mit der für das Schloss zuständigen Hansjörg Grohmannschen Forst- und Gutsverwaltung. Es wurde vereinbart, dass monatlich 20 Rm für Lüftung und Ventilation zu bezahlen seien und dass ein Bibliotheksvertreter pro Jahr viermal zur Kontrolle nach Bensen kommen müsse. (BBF/DIPF-Archiv, DLB. Brief Beckmanns an den Reichskassenwalter des NSLB vom 14.12.1943).

Die versprochenen Holzkisten wurden durch den Gau offenbar schnell gestellt, allerdings nur 175 Stück. Wenig später bemühte sich BECKMANN um weitere Kisten (vgl. BBF/DIPF-Archiv, DLB. Schreiben Beckmanns vom 3.11.1943 an die Kistenfabrik Gustav Baum), allerdings ohne Erfolg (BBF/DIPF-Archiv, DLB. Brief Beckmanns an den Reichskassenwalter des NSLB vom 14.12.1943). Der zusätzliche Bedarf wurde schnell erkennbar, denn bereits in der ersten Septemberhälfte wurde mit dem Verpacken der Bücher begonnen. Die Sicherung der Bestände hatte nun absoluten Vorrang, so dass die Bibliotheksbenutzung erheblich eingeschränkt werden musste. Am 16. September schrieb BECKMANN: „Bücher werden nicht mehr ausgeliehen. Der Ausleihverkehr ruht bis nach dem Siege. Bücherverlängerungen werden nur noch einmal genehmigt.“

Am 6. Oktober schrieb BECKMANN, dass die ersten 100 Kisten verpackt worden seien und nunmehr in einen Waggon der Reichsbahn verladen werden könnten. Pro Waggon konnten etwa 100 Kisten verschickt werden. Die Planung

lief also darauf hinaus, dass, während die ersten 100 Kisten zum vorgesehenen Sicherungsort fahren, in der DLB weiter verpackt wird. Am 12. Oktober beantragte BECKMANN bei der Fahrbereitschaft Berlin-Mitte den erforderlichen Sichtvermerk für die Reichsbahn, mit dem Transport zwischen Bibliothek und dem zuständigen Berliner Anhalter Bahnhof wurde die Speditionsfirma J. G. Henze, Berlin C 2, Prenzlauer Str. 35 beauftragt.

Der Bahntransport erwies sich allerdings aufgrund der Kriegswirren als problematisch. Am 10. Oktober teilte BECKMANN im Tagebuch mit: „Die Absendung der Bücher ist nicht so einfach. Es werden erst Rüstungsbetriebe bei der Waggonbestellung berücksichtigt.“ Auch beim weiteren Verpacken der Bücher ergaben sich Hindernisse, denn es fehlten Nägel. In einem Schreiben an die Reichskassenverwaltung des NSLB vom 5. Oktober 1943 bittet er um die Zusendung eines Eisenscheins (BBF/DIPF-Archiv. DLB).

Am 11. Dezember 1943 erreichte BECKMANN per Eilboten die Aufforderung des Reichskassenwalters, angesichts der „Luftkriegsverhältnisse“ einen Bericht über bereits geleistete bzw. geplante Maßnahmen zur „Sicherstellung zumindest des wertvollsten Bücherbestandes“ abzugeben (BA NS 12, Nr. 650d). Am 14. Dezember kam BECKMANN der Anweisung nach und teilte mit, dass mittlerweile alle vorhandenen Kisten „mit den wertvollsten Büchern und Handschriften“ gepackt seien, aber bislang noch nicht transportiert wurden, weil die Reichsbahn keine Waggons zur Verfügung gestellt habe. 100 der 175 Kisten lagerten bereits abholbar unter einem Torbogen des Büchereigebäudes, die restlichen 75 befanden sich noch im dritten Stock. (BBF/DIPF-Archiv, DLB. Brief Beckmanns an den Reichskassenwalter des NSLB vom 14. 12. 1943).

Die Ungeduld BECKMANNs ist verständlich, wenn man berücksichtigt, dass am 20. November die Bibliothek erstmals von Bomben getroffen wurde. Allerdings dauerte es noch über ein halbes Jahr bis die Transporte endlich erfolgen konnten. Am 3. Juli 1944 endlich schrieb BECKMANN an seinen Gesprächspartner in Bensen, den Oberförster der Hansjörg Grohmannschen Forst- und Gutsverwaltung, um ihm mitzuteilen, dass die zwei Waggons zum Transport der Bücher zu Verfügung stünden. „Voraussichtlich gehen die Waggons am Mittwoch oder Donnerstag dieser Woche ab. Ich selbst komme dann auch mit einem Herrn und

einer Dame (dabei handelt es sich um Frau HÄNSEL, die noch zu DDR-Zeiten in der Bibliothek beschäftigt war. Dies schrieb am 18. Dezember 1950 der Leiter der DLB JOHANNES MEYER - C. R.) nach dort um die Ausladung vorzunehmen. Ich weiß aber nicht wie ich die Kisten, es sind 175 Stück, zum Schloß bekomme. Vielleicht kann der Herr Bürgermeister einen Ausweg geben. Die betreffenden Männer zum Ausladen usw. erhalten von mir dann Entlohnung. Es lassen sich dort sicher zwei oder drei Mann finden, die bereit sind, die Kisten auszuladen. Selbstverständlich helfe ich auch mit dem Herrn, der mit kommt.“ Im Bibliothekstagebuch vom 10. Juli 1944 schrieb BECKMANN: „Es fahren heute der Büchereileiter, Fräulein Fechner, die Herren Schaaf und Jansch nach Bensen zwecks Unterbringung des ersten Waggons Bücherkisten, der nach Bensen abging.“

Der Zug mit den Büchern startete bereits einen Tag früher und die Fahrt verlief weitgehend ohne Schwierigkeiten. Den Transport vom Bahnhof zum Schloss übernahm Fuhrmann LAUSCH mit Wagen und Pferd, nur beim Be- und Entladen in Bensen gab es Probleme. Am 13. Juli 1944 schrieb BECKMANN an den Bürgermeister von Bensen und bedankte sich für die Hilfe beim Ausladen und Einlagern der 96 Bücherkisten in das Schloss Bensen. Er bat um Übersendung der Rechnung für die der Stadt entstandenen Kosten. Offenbar war BECKMANN nicht rechtzeitig in Bensen eingetroffen, um bei der Entladung und Einlagerung in das Schloss mitzuwirken. Entschuldigend schrieb er, dass er von der Reichsbahnverwaltung die Auskunft erhalten habe, dass der Transport drei bis vier Tage unterwegs sei und dementsprechend sei er mit 'vier Mann' von Berlin erst später als der Büchertransport gestartet. Als sie in Bensen ankamen, war die Arbeit aufgrund des frühzeitigen Eintreffens des Transportzuges schon getan, was offenbar der Bürgermeister veranlasst hatte. Beim Transport der verbliebenen 79 Bücherkisten, so versprach BECKMANN, würde er gleich mit seinen Leuten mitfahren. Er benötige dann nur Wagen und Pferd, die ihm der Fuhrmann LAUSCH wieder zugesagt habe.

Unmittelbar nach seiner Rückkehr hat sich BECKMANN um den Waggon für den zweiten Transport bemüht. In einem Schreiben vom 13. Juli an die Reichsbahndirektion Berlin erinnerte er an den zugesagten zweiten Waggon. Als Spe-

diteur gab er die Firma J. G. Henze, Berlin C 2 an. Diesmal gab es keine Verzögerungen, denn schon am 19. Juli vermerkte er im Tagebuch: „Heute wurde der zweite Waggon mit Bücherkisten verladen.“ Am gleichen Tag verließ der Zug mit den Büchern Berlin. (BBF/DIPF-Archiv, DLB. Brief Beckmanns vom 1.8.1944 an Reichskassenwalter des NSLB).

Am 24. Juli war die Auslagerungsaktion abgeschlossen. BECKMANN schrieb im Tagebuch: „Die wertvollsten Bestände der Bücher sind nun gesichert. Die Bücher sind untergebracht im oberen Stallhaus im Schloß, einer 1283 bereits bestehenden Schloßanlage, die 1522 neu aufgebaut wurde.“

Was enthielten nun die 175 im Schloss Bensen eingelagerten Bücherkisten, die mit DL 1-175 gekennzeichnet waren? (Vgl. BBF/DIPF-Archiv, DLB. Frachtbrief für die Reichsbahn von der Firma Henze). Laut Aussage von BECKMANN sollten nur die wertvollsten Sammlungsgegenstände der DLB gesichert werden. Zu diesen zählte er die Handschriften-, die Bildwerke-, die Münzen- und die Plastikensammlungen. Weiterhin wurden rund 72 000 Bücher gesichert, darunter die Sammlung alte Drucke und – „das gesamte neue Schrifttum seit 1933“! (BBF/DIPF-Archiv, DLB. Brief Beckmanns an den Reichskassenwalter des NSLB vom 14.12.43).

Der übrige Bestand der DLB wurde so gut es ging im Gebäude in der Kurze Straße 1 gesichert. „Die hier in Berlin verbliebenen Bücherbestände sind teilweise zusammengerückt, in andere tiefer liegende Stockwerke gebracht und werden im Hause weiter gesichert. Trotz aller Schwierigkeiten konnten bisher alle Bücher in Sicherheit gebracht werden. Trotz der großen Materialschäden im Büchereigebäude sind Bücher nicht zu Verlust gegangen. Alle Erd- und Keller-geschosse sind ausgenutzt, bzw. werden noch ausgenutzt. Der Transport innerhalb des Gebäudes ist immer sehr schwer, da alles getragen werden muß, der Fahrstuhl beschädigt ist, andere Möglichkeiten des Transports nicht gegeben sind.“ (BBF/DIPF-Archiv, DLB. Beckmann am 1.8.1944 an den Reichskassenwalter des NSLB).

Die letzte Eintragung im Bibliothekstagebuch stammt vom 2. November 1944. Danach fehlen weitere Nachrichten über die DLB bis Kriegsende.

Epilog

BECKMANN überlebte den Volkssturmeinsatz, darauf weist eine Karteikarte aus dem Spruchkammern-Aktenbestand im Rahmen der Entnazifizierung des Landesarchivs Berlin hin. Den wenigen Angaben ist zu entnehmen, dass eine erste Verhandlung gegen BECKMANN am 18. Juli 1949 stattfand, die eine Vertagung auf den 30. November 1949 zur Folge hatte, und dass schließlich Sühne bis zum 15. Februar 1952 auferlegt wurde. Weitere Unterlagen fehlen, so dass nicht rekonstruiert werden kann, weshalb und zu welcher Sühne BECKMANN verurteilt wurde, und wie er im Entnazifizierungsverfahren der Briten¹¹ eingestuft wurde, als Hauptschuldiger, Belasteter, Minderbelasteter oder Mitläufer.

Bewerkenswerterweise wird auf der Karteikarte nicht Bibliotheksleiter oder Berufsschullehrer als Berufsbezeichnung angegeben, sondern Mikrobiologe. Da die Schreibweise des Vornamens – Hanns – sowie das Geburtsdatum jedoch richtig sind, ist eine Verwechslung kaum möglich. Zumal BECKMANN in früheren Lebensläufen als eine seiner Kenntnisse Mikrobiologie¹² aufgeführt hat. Weshalb BECKMANN seinen zuletzt ausgeführten Berufs nicht genannt hat, ist ebenso rätselhaft wie die Tatsache, dass er nach Kriegsende nicht noch einmal die DLB betreten hat. War er durch Kriegsgefangenschaft oder Verwundung zunächst verhindert oder wagte er es nicht, die sowjetische Besatzungszone zu betreten, in der sowohl die innerhalb Berlins ausgelagerten Bestände als auch das alte Bibliotheksgebäude in der Kurze Straße lagen? Anlass für ein Wiedersehen mit der DLB hätte es gegeben, denn viele private Dokumente BECKMANNs befinden sich noch heute im Archiv der BBF, so etwa seine beiden Heiratsurkunden. Auch die nach Kriegsende womöglich als peinlich empfundenen Sippenforschungsunterlagen hätten erwarten lassen, dass BECKMANN zumindest seine persönlichen Dokumente abholt.

Schließlich – weshalb wurde BECKMANN zu einer Sühne verurteilt. Angesichts der späteren, sehr zur Milde neigenden Entnazifizierungspraxis ist es eher

¹¹ BECKMANN wohnte laut Karteikarte 1949 nicht mehr in der Birkenstraße 29 a, sondern Alt-Moabit 82 d, nur einige Straßen von seiner vorherigen Adresse entfernt im britischen Sektor von Groß-Berlin.

¹² In der Anlage 2 einer „Lebensgang“-beschreibung vom 27. März 1938 führte BECKMANN unter wissenschaftlichen Kenntnissen unter anderem Mikrobiologie an.

unwahrscheinlich, dass er „nur“ wegen seiner Funktion als Blockleiter verurteilt wurde. Natürlich war er ein überzeugter Befürworter der nationalsozialistischen Ideologie und Politik, darauf weist nicht zuletzt die lange Liste seiner Mitgliedschaften in nationalsozialistischen Parteien und Organisationen hin: SA, NSDAP, Nationalsozialistische Volkswohlfahrt, NSLB, Reichsluftschutzbund, Reichsbund für deutsche Vorgeschichte, Reichsschrifttumskammer, Reichsstelle für Sippenforschung. Aber seine politische Überzeugung teilte er mit der Mehrzahl der Deutschen, ohne dass deshalb alle zu einer Sühne verurteilt wurden.

Die weiteren Nachrichten über BECKMANN sind spärlich. Am 8. Juni 1952 ist er nach Düsseldorf verzogen, wo er acht Jahre lebte. Der letzte Hinweis ist seine Abmeldung aus Düsseldorf am 14. Oktober 1960 mit der neuen Anschrift in Herschbach (Oberwesterwald). Dort liegen allerdings vor 1970 keine Unterlagen vor, so dass sich nunmehr seine Spur verliert.

Quellen und Literatur

Quellen

Berlin Document Center, Personenunterlagen Hanns Beckmann (jetzt im Bundesarchiv)

Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung/Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung-Archiv (BBF/DIPF-Archiv).

Bundesarchiv. NS 12

Landesarchiv Berlin. Kartei der Spruchkammern betr. Entnazifizierung

Literatur

150 Jahre Gesellschaft der Freunde des Vaterländischen Schul- und Erziehungswesens. Hamburg 1955.

- BISCHOFF, J.: Die letzte Front. Geschichte der Eisernen Division im Baltikum 1919. Berlin 1935.
- BÖLLING, R.: Volksschullehrer und Politik. Göttingen 1978.
- DEMPS, L.: Die Luftangriffe auf Berlin. Ein dokumentarischer Bericht In: Jahrbuch des Märkischen Museums T. 1. 1978. T. 3. 1983.
- DIEKMANN, H.: Der Weg zum Ziel. In: Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung 62 (1933), Nr. 19, S. 341-342.
- EILERS, R.: Die nationalsozialistische Schulpolitik. Eine Studie zur Funktion der Erziehung im totalitären Staat. Köln 1963.
- FEITEN, W.: Der Nationalsozialistische Lehrerbund. Weinheim 1981.
- HAPPEL, H.-G.: Das wissenschaftliche Bibliothekswesen im Nationalsozialismus. München 1989.
- Jahrbuch des Deutschen Lehrervereins 1933. Berlin 1933.
- KOMOROWSKI, M.: Die Auseinandersetzung mit dem nationalsozialistischen Erbe im wissenschaftlichen Bibliothekswesen nach 1945. In: Bibliotheken während des Nationalsozialismus. Bd. 2. Wiesbaden 1992.
- KÜHNEL, F.: Hans Schemm. Gauleiter und Kultusminister (1891 - 1935). Nürnberg 1985.
- MENZEL, G.: 100 Jahre Deutscher Lehrerverein. Zugleich ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Volksschule. Essen 1964.
- SAUER, B.: Vom "Mythos eines ewigen Soldatentums". Der Feldzug deutscher Freikorps im Baltikum im Jahre 1919. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 43 (1995), S. 869-902.
- SCHMIECHEN-ACKERMANN, D.: Der „Blockwart“. Die unteren Parteifunktionäre im nationalsozialistischen Terror- und Überwachungsapparat. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 48 (2000), S. 575-602.
- SCHMIDT-PAULI, E. VON: Geschichte der Freikorps 1918-1924. Stuttgart 1936.
- SCHOLTZ, H.: Erziehung und Unterricht unterm Hakenkreuz. Göttingen 1985.

SCHULZE, H.: Freikorps und Republik 1918-1920. Boppard 1969.

THAMER, H.-U.: Verführung und Gewalt. Deutschland 1933-1945. Berlin 1994
(Deutsche Geschichte : Die Deutschen und ihre Nation).

THOMS, R.: Bibliographie zur Geschichte der deutschen Freikorps 1918-1923.
Berlin 1997. (Militärgeschichtliche Blätter, Sonderheft).

Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur
staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Band 3: Der Weg in
die Weimarer Republik. Berlin 1958.

**Tagebuch der Deutschen Lehrerbücherei,
geschrieben von dem damaligen Bibliotheksleiter Hanns Beckmann,
beginnend am 1. Januar 1942, endend am 2. November 1944¹³**

1. Januar 1942

Der Fachlehrer Hanns Beckmann – Berlin übernahm am heutigen Tage die Deutsche Lehrerbücherei vom Berufskameraden M. Laesch. Derselbe leitete die Deutsche Lehrerbücherei vom 1.1.1925 bis zum 31.12.1941, nachdem der Berufskamerad Laesch bereits vorher stellv. Leiter der Bücherei von 1922 bis 1925 war. Infolge Erkrankung des Berufskameraden A. Rebhuhn war die Leitung bereits im Sommer des Jahres 1925 in die Hände des Kameraden Laesch übergegangen.

Unter der Leitung des Berufskameraden Laesch erfolgte weitgehender Ausbau der inneren Verwaltung und des örtlichen und auswärtigen Leihverkehrs.

Eine Abhandlung gibt genaueren Aufschluß.

2. Januar 1942

Erkrankung der Bibliotheksassistentin Fräulein Lucie Fechner. (Angina).

8. Januar 1942

Besuch zweier Herren vom Amt des Reichsleiters Rosenberg, um die Einrichtungen des Buch-, des Kartei- und des Archivwesens der Bücherei kennen zu lernen.

12. Januar 1942

Betriebsappell von 14.10 - 14.30 Uhr. In der anliegenden Mappe werden die Niederschriften aufbewahrt.

¹³ HANNS BECKMANN hat Personennamen teilweise falsch geschrieben, dies wurde stillschweigend korrigiert, sofern die Namen zu ermitteln waren. In wenigen Fällen waren unleserlich geschriebene Namen nicht zu ermitteln.

15. Januar 1942

Frl. Fechner nahm heute den Dienst wieder auf.

16. Januar 1942

Mittags von 12.35 bis 13.15 Uhr Luftalarm.

22. Januar 1942

Besuch des Prof. Dr. Georg Felle vom „Haus der Natur“ in Salzburg, Hofstallgasse 7; Führung durch die Bücherei.

23. Januar 1942

Etat der Bücherei für 1942: Jahr = 45 156.00 Rm

Monat = 3 763.00 Rm

Genehmigt unter dem 14.1.1942 durch den Reichskassenwalter Pg. Andreas Tränkenschuh.

Seit einigen Tagen ist es auch in unserem Raum kalt geworden, durchschnittlich 10 - 14°.

25. Januar 1942

Heute 22°-, bisher kältester Tag.

31. Januar 1942

Pg. Arnold B... besuchte die Bücherei betreffend Raums im 1. Stock zwecks Ausdehnung.

Beckmann 31.1.42

6. Februar 1942

Um 16 Uhr 2. Betriebsappell d. J. Dieser stand im Zeichen der Ehrung des Berufskameraden Konrektor i.R. Paul Wagner¹⁴. Die Ehrung wurde im Lesesaal vorgenommen. Anwesend waren die heutige Gefolgschaft (Beckmann, Laesch,

¹⁴ Bis zu seiner Auflösung war WAGNER Vorsitzender des Büchereiausschusses der DLB.

Lieske, Kotschi, Fechner, Gerber, Rosien, Lange) und ehemalige Mitarbeiter (Berka, Janssen).

Bk. (= Berufskamerad - C. R.) Wagner vollendete sein 80. Lebensjahr und war an diesem Tage gleichzeitig 40 Jahre in der Bücherei tätig. Der Reichswalter des NSLB, Gauleiter Fritz Wächtler, sandte ein Handschreiben und ein Bild mit Unterschrift.

Als Vertreter des Gauwalters des Gaues Berlin des NSLB war Pg. Lüdersdorf und als Vertreter des Kreiswalters des Kreises 7 Bk. Lumke erschienen. Ferner waren als Gäste geladen ehemalige Schüler und Freunde des Jubilars.

Der mit den Fahnen des 3. Reiches geschmückte Lesesaal trug auch reichen Blumenschmuck. Es sprachen zur Ehrung die Pgg. Beckmann und Lüdersdorf, sowie Bk. Laesch. Der Jubilar selbst brachte bewegten Herzens seinen Dank zum Ausdruck. Anschließend an die offizielle Ehrung blieben die Arbeitskameraden der DLB noch einige Zeit beim Kaffee zusammen.

19. Februar 1942

Besuch der Bücherei durch das Amt für Berufserziehung vom Zentralbüro der DAF (Referent: Dr. Eisendraht). Besonderen Wert legt das Amt auf Zusammenarbeit betreffend Statistiken aller Schularten des Reiches, wie auch mit vergleichendem Material des Auslandes, insbesondere mit verbündeten Mächten.

23. Februar 1942

Besuch der Bücherei durch eine rumänische Studienkommission aus Bukarest;

Prof. Dr. Mihaila

Dr. med. Janoscu.

Besonders interessierten den (!) beiden Herren folgende Sachgebiete: Gesundheitspflege, Deutsche Volkskunde.

26. Februar 1942

Die Gefolgschaft der DLB besichtigte heute von 9 bis 12 Uhr die Verbindungsstelle Berlin des NSLB.

Besichtigung der Bücherei durch den Kreis IV des NSLB des Gaues Berlin von 18 - 20.15 Uhr. Siehe Anlage.

12. März 1942

Besichtigung der Bücherei durch den Kreis 1 des NSLB des Gaues Berlin von 16 - 20 Uhr.

17. März 1942

Besichtigung der Bücherei durch den Kreis 10 des NSLB des Gaues Berlin von 16 - 20 Uhr.

19. März 1942

Besichtigung der Bücherei durch die 13. Gemeindeschule aus Berlin-Malchow, Bez. Weißensee von 16 - 19 Uhr.

25. März 1942

Betriebsappell von 9 - 10 Uhr im Karteienraum.

1. April 1942

Es wird endlich Frühling. Seit gestern Tagestemperaturen bis 10°+. Besprechung mit Pg. Arnold in der Verb.Stelle.

2. April 1942

Besichtigung der Bücherei durch Polizeischule in Eiche bei Potsdam unter Führung Ober R.R. Kolweg. Die Offiziersanwärter entnahmen für ihre Ausbildung 30 Romane.

4. April 1942

Heute Bereitschaftsdienst (Ostersonnabend) Bk. Beckmann und Laesch.

15. April 1942

Sichtung des Nachlasses des verstorbenen Seminardirektors Prof. Heinrich Fächner. 234 Handschriften konnten davon katalogisiert werden.

16. April 1942

Die Zeitschriften gehen unregelmäßig ein.

20. April 1942

Geburtstag unseres Führers. Berlin hatte geflaggt. Stadtarchivar Prof. G. Günther – Rathenau, Gr. Milower Str. 4, erbat Auskünfte über sippenkundliche Werke.

11. April 1942

Besuch des Bibliotheksrates Albert Paust von der Deutschen Bücherei in Leipzig. Hansische Hochschule für Lehrerbildung in Hamburg erbittet Doppelstücke vorhandener Zeitschriften und Bücher zwecks Ergänzung. Die Bücherei der Hansischen Hochschule f. L(ehrerbildung - C. R.). wird in das neu errichtete Berufspädagogische Institut übergeführt.

29. April 1942

Besichtigung durch 19. Gemeindeschule Berlin-Schöneberg von 16 - 18 Uhr.

2. Mai 1942

Die Gefolgschaft der DLB war heute von 11 - 14.30 Uhr zusammen im „Haus Charlottenhof“ im Tiergarten, anlässlich des „Tages der Arbeit“. 10 Personen (Beckmann, Laesch, Wagner, Lieske, Kotschi, Janssen, Frl. Fechner, Frau Blumenthal, Frl. Gerber, Frau Lange).

14./15. Mai 1942

Pg. Ringelmayer aus Bayreuth besuchte die Bücherei um Material für seine Biographie von Günther Roß zu erlangen.

22. Mai 1942

Betriebsappell 11.10 Uhr. Ermahnung der Gefolgschaftsmitglieder betreffend Pünktlichkeit und Erzählung bei der Arbeit. Anwesend: Beckmann, Laesch, Blumenthal, Fechner, Gerber, Lange. Nicht zugegen: die ehrenamtlichen Mitarbeiter.

29. Mai 1942

Aufstellung des Gesamtinventars gemäß der Dienstanweisung des Reichswalters vom 1.1.1942.

30. Mai 1942

Aufräumungsarbeiten im Zeitschriftenmagazin. Sichtung der Doppelstücke, Ergänzung der biographischen Abteilung.

5. Juni 1942

In den ersten Junitagen Aufräumungsarbeiten im Zeitschriftenmagazin und im Bücherkeller.

4. Juni 1942

Am heutigen Tage nahm der Büchereileiter an einem Empfang der Reichswaltung in der Verbindungsstelle teil.

8. Juni 1942

Inventarreparaturen am Holzgerät wurden heute beendet.

Anlage einer Statistik der Bücherei von der Gründung bis heute (=Buchzugang, Buchausleihverkehr in Berlin und im Reich); graphisch auf einer Wandtabelle.

15. Juni 1942

Besuch einer Gruppe volksdeutscher Erzieher aus der Ukraine unter Führung des reichsdeutschen Berufskameraden Lieske.

23. Juni 1942

Besuch der Schulwalter des Kreises IV des NSLB unter Führung des Kreisamtsleiters Pg. Weckwarth.

28. Juni 1942

Zum 28. j. Mts. Termin der Reichswaltung. Abtg. Schrifttum, Monatsmeldungen. Es mögen ab Januar hier zusammengefaßt die Meldungen aufgezeichnet werden.

	Ausleihverkehr		Buchzugang:	Handschriften:
	Berlin	Reich		
Januar	643	956	690	
Februar	781	500	215	23
März	805	465	413	
April	635	230	390	211
Mai	681	408	218	10
Juni	850	309	158	

29. Juni 1942

Während der Sommerferien Ausleihbetrieb in Berlin nur mittwochs von 12.30 - 16 Uhr.

Neu angelegt wurden Karteien für Zeitungsausschnitte und Verbotsschrifttum.

Ferner eine Kartei für Biographien aus Zeitungen und Zeitschriften, die einzeln herausgenommen wurden und deren Einordnung in einzelne Mappen zu viel Material an Mappen erfordert. Die biographische Abteilung wurde weiter ausgebaut durch Altankauf eines Herder-Lexikons und des Handwörterbuches der Naturwissenschaften.

7. Juli 1942

Vom 7. - 30. d. Mts. Urlaub des Büchereleiters.

28. Juli 1942

Besuch des Studienassessors Schulz von der Hansischen Lehrerbücherei und des Pädagogischen Instituts der Hansestadt Hamburg zwecks Auswahl von ausgeschiedenen Büchern der Deutschen Lehrerbücherei (sogenannte Doppelstücke).

Stud. Ass. Schulz blieb 3 Tage in der Bücherei.

1. August 1942

Der Büchereinkauf geht immer mehr zurück, die Beschränkung der Buchproduktion und die Papierkontingentierung wirken sich doch sehr aus.

Einige Zeitschriften haben ihr Erscheinen eingestellt, z. B. Moderne Unterrichtspraxis, Die Heimat (Gau Thüringen), Heimatlese (Gau Weser-Ems), Jugendlust, Die Praxis der Landschule, Evang. Religionsunterricht, Die Schule im Volk, Die Volksschule.

4. August 1942

Monatsmeldung an die Reichswaltung für Juli 1942.

Ausleihverkehr:	Berlin: 430 Bde.	Reich: 615 Bde.
Bücherzugang:	98 Bde.	
Handschriftenzugang:	14 Stück	

12. August 1942

Betriebsausflug nach Oderberg. Morgens mit der Bahn ab 8.26 von Berlin-Wilhelmsruh nach Zerpenschleuse. Weiter mit dem Dampfer 10.30 Uhr durch den Hohenzollernkanal und durch das Schiffshebewerk nach Oderberg; Ankunft 14.35 Uhr. Mittagessen im „Goldenen Löwen“.

Rückfahrt von Oderberg um 16 Uhr, Ankunft Berlin-Wilhelmsruh 23 Uhr. Wetter sehr gut, den ganzen Tag Sonne. Leider betrug der Aufenthalt in Oderberg nur 1 Stunde. Teilnehmer: Beckmann, Frl. Fechner, Frau Lange. 2 Gefolgschaftsmitglieder befinden sich im Urlaub (Herr Laesch, Frau Blumenthal) 1 Gefolgschaftsmitglied ist krank (Frl. Gerber).

16. August 1942

Der Kassenwalter der Bücherei, Kamerad Laesch trat heute seinen Jahresurlaub an.

25. August 1942

Monatsmeldung an die Reichswaltung für August 1942:

Ausleihverkehr:	Berlin: 195 Bde.	Reich: 497 Bde.
Bücherzugang:	204 Bde.	
Handschriftenzugang:	66 Stück	

20. August 1942

Die Schriftleiterin der Schülerzeitschrift „Hilf mit“, Frä. Trude Sand besuchte heute die Bücherei, um Material für einen Film zu entleihen (Leben eines Erziehers soll die Handlung sein).

27. August 1942

Besuch der Frau Zehl von der Zentralstelle für Informationsbibliotheken und Schallplattenarchive, Berlin W8, Leipziger Str. 103. Dieselbe erbittet Mitarbeit bei den dort verlangten Auskünften und Informationen.

28. August 1942

Nachdem heute die Beleuchtungskörper in den Räumen des Erdgeschosses angebracht wurden, ist die Einrichtung dort beendet und gebrauchsfähig.

1. September 1942

Die Zahl der Entleiher ist während des Urlaubsmonats zurückgegangen.

20. September 1942

Bisher im Laufe des Monats 2 Fliegeralarme.

13. September 1942

Besuch der Bücherei durch Erzieher und politische Leiter der Ortsgruppe „Arminius“ des Kreises IV der NSDAP.

24. September 1942

Monatsmeldung:

Ausleihverkehr:	Berlin: ... Bde.	Reich: 386 Bde.
Bücherzugang:	1152 Bde.	
Handschriftenzugang:	61 Stück	

16. Oktober 1942

Die im Sommer begonnene Aufstellung der Zeitschriften im 5. Stockwerk wurde heute beendet. Es ist Raum für rund 10 Jahre geschaffen worden.

22. Oktober 1942

Anlage einer Ordnersammlung für Besonderheiten in den einzelnen Gauen Großdeutschlands.

24. Oktober 1942

Pg. Alfred Niemuth, Bannführer im Stabe der Reichsjugendführung, besucht einige Zeit die Bücherei zur Zusammenstellung von Literaturnachweisen.

Leutnant z. See Krafft von der Abteilung M2 des OKM besichtigte die Deutsche Lehrerbücherei.

28. Oktober 1942

Es wird heute eine Werbung bei den 225 Lehrerbildungsanstalten vorgenommen.

Monatsmeldung:

Ausleihverkehr:	Berlin: 1061 Bde.	Reich: 789 Bde.
Bücherzugang:	172 Bde.	
Handschriftenzugang:	1 Stück	

12. November 1942

„Luftschutznachtwachen werden im Büchereigebäude eingerichtet. Nachwache am

18. Frl. Fechner

20. Herr Beckmann

22. Frl. Gerber

23. Herr Laesch“

16. November 1942

Seit einem halben Jahre sind in der Bücherei 2 Jungen für die Nachmittage beschäftigt, die kleine Arbeiten und das Packgeschäft der Expedition durchführen.

31. November 1942

Dr. Feodor Rösseher, der Leiter der Bücherei des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht besuchte heute mit seiner Büchereihilfin die Bücherei.

Die große Sammlung der Regimentsgeschichten des alten Heeres, ein Geschenk von Herrn O. Will, bestehend aus ... Bänden, wurde katalogisiert und in die Bücherei eingestellt.

Monatsmeldung:

Ausleihverkehr:	Berlin: 749 Bde.	Reich: 835 Bde.
Bücherzugang:	447 Bde.	
Handschriftenzugang:	14 Stück	

9. Dezember 1942

Weihnachtssonderbeihilfen wurden heute an die Mitarbeiter gezahlt gemäß des Rundschreibens der Reichswaltung. Gleichzeitig wurde den Mitarbeitern eine Gemüsezuwendung kostenlos überreicht.

10. Dezember 1942

Neue Zeitschriften in der Bücherei 1942: Italia, Atlantis, Ostland, Moselland, Westmark, Der Türmer, Natur und Volk, Hansische Warte, Wir und die Welt, Wissen und Fortschritt, Zeitschrift für Musik, Schulnachrichten KLV, Literarisches Zentralblatt für Deutschland.

16. Dezember 1942

Besuch des Prof. Dr. Ruttke (Uni. Jena) derzeit Kplt. im OKM (MA).

18. Dezember 1942

Besuch des Oberspielleiters Martin von der „Volksbühne“. Beide Herren besichtigten die Bücherei. Ersterer war interessiert für Rassenkunde und Psychologie, letzterer für Volkskunde und damit zusammenhängende Fragen.

22. Dezember 1942

Weihnachtsfeier der Bücherei gemeinsam mit der Gauverwaltung Berlin des NSLB gemäß einer Einladung des Gauwalters Pg. Prof. Wallrabenstein

15 Uhr Ansprache

16 " Kaffeetafel

18 " Abendessen

20 " Besuch des Films 'Die goldene Stadt' im Ufa-Theater am Zoo

23. Dezember 1942

Luftschutzwachen im Dezember 1942:

5. Beckmann

1. + 23. Blumenthal

7. + 27. Fechner

10.+ 29. Gerber

15. Laesch

24. Dezember 1942

Monatsmeldung:

Ausleihverkehr:	Berlin: 1091 Bde.	Reich: 819 Bde.
Bücherzugang:	540 Bde.	
Handschriftenzugang:	0 Stück	

Berlin, den 31. Dezember 1942

Beckmann

5. Januar 1943

Besuch der Bulgar. Lehrerin Anna Iwanowitsch aus Sofia. Studiert z. Zt. in Berlin Musik.

6. Januar 1943

Gemäß einer Stromsparanordnung müssen die bisherigen Ausleihzeiten verändert, bzw. umgelegt werden auf Montag, Mittwoch und Freitag von 12.30 - 16.00 Uhr. Dienstbeginn aus gleichem Grunde morgens um 9 Uhr.

7. Januar 1943

33 Handschriften von Hohenlocher gekauft – 183 Rm

An die Lehrerbildungsanstalt Paradies (Bez. Frankfurt/Oder) 150 Bücher aus dem Altbuchkeller abgegeben. Die Auswahl erfolgte durch den Berufskameraden Boeden der Anstalt. Vom Berufskameraden Dieckermann – Berlin 10 Bücher gekauft = 10 Rm.

9. Januar 1943

Ab heute erfolgt die Renovierung des Archivs, des Lesesaals und des Fahrensaals der Bücherei.

21. Januar 1943

Betriebsappell um 10.30 Uhr. (Pünktlichkeit, Hierbleiben im Betrieb,

53 Handschriften von Hohenlocher gekauft.

Monatsmeldung:

Ausleihverkehr:	Berlin: 1214 Bde.	Reich: 847 Bde.
Bücherzugang:	170 Bde.	
Handschriftenzugang:	83 Stück	

1. Februar 1943

Besuch zweier Herren von der Ungar. Gesandtschaft in Berlin

Dr. Josef Kacz, Gymnasiallehrer

Dr. Barabas Szeneney.

4. Februar 1943

Besuch des Prof. Josef Willer vom Ungar.-Deutschen Institut der Berliner Universität.

5. Februar 1943

Frl. Gerber ab heute krank geschrieben, Herzneurose.

6. Februar 1943

Es muß noch mehr Strom gespart werden gemäß einer Anordnung der Hausverwaltung.

13. Februar 1943

Die Renovierung des 3. Stockwerkes ist heute beendet.

15. Februar 1943

Frl. Gerber meldete sich heute gesund zur Arbeit.

Die Bücherei wird aufgrund der Einsatzverordnung nicht geschlossen bzw. eingeschränkt im Betrieb.

25. Februar 1943

Monatsmeldung für Februar 1943.

Ausleihverkehr:	Berlin: 1081 Bde.	Reich: 615 Bde.
Bücherzugang:	141 Bde.	
Handschriftenzugang:	27 Stück	

1. März 1943

Der NS-Lehrerbund wird mit allen seinen Dienststellen im ganzen Reich stillgelegt, was einer Auflösung nahe kommt. Gründe für die Stilllegung sind nicht angegeben worden. Vermutlich, um Personal frei zu machen für den totalen Krieg. Nicht zur Stilllegung kommen die sozialen Einrichtungen, wozu auch die Deutsche Lehrerbücherei gehört.

5. März 1943

Der Besuch des Lesesaals nimmt zu, da Bücher kaum noch im Handel zu haben sind.

8. März 1943

Wenngleich auch der Krieg sich in der Bücherei bemerkbar macht, die Arbeit nimmt nicht ab, sondern erfordert genau so große Anforderungen. Gewiß können nebenbei durch längere Arbeitszeit Arbeiten erledigt werden, die unter normalen Verhältnissen mit so wenig Personal (z. Zt. 3) nicht bewältigt werden können.

April - Mai 1943

Frau Elfriede Blumenthal mußte ihre Beschäftigung in der Bücherei aufgeben, da sie infolge der Kriegsbestimmungen ganztätig arbeiten muß. Die Fahrt vom Wohnsitz Werder nach Berlin war ihr zu unbequem und zog dieselbe es vor, am Wohnsitz in den Arbeitsprozeß eingereicht zu werden.

Anstelle von Frau Blumenthal kam Frau Schönherr zur Bücherei, die von der Gauleitung des Gaues Berlin freigegeben wurde. Frau Schönherr war früher schon

im alten Berliner Lehrerverein und dann in der Gauverwaltung Berlin des NSLB tätig.

Der Bucheingang ging in beiden Monaten weiter zurück. Gemäß einer Anordnung müssen alle Buchhändler Leihabteilungen einrichten, um so das Schrifttum allen Volksgenossen zugänglich zu machen.

Monatsmeldung:

	April	Mai	März
Ausleihe Reich	524	303	468
Ausleihe Berlin	911	838	776
Bücherzugang:	355	209	130
Handschriftenzugang:	112	30	30

Juni 1943

Am 11.6. d. J. verfügte der Reichsschatzmeister der NSDAP daß die Deutsche Lehrerbücherei aufsichtsmäßig dem Gauschulungsleiter des Gaues Berlin unterstellt wird.

Prof. Josef Willer vom Collogium Hungaricum verabschiedete sich am 24.6., da derselbe nach Budapest abberufen wurde.

Die Ausschmückung des Historischen Archivs der Bücherei schreitet weiter fort, jedoch langsam. Die Schriften wurden von einem jungen Schriftmaler angefertigt. Wappen, Fries und Hoheitsadler wurden vom Büchereileiter Beckmann angefertigt.

Während der Sommerferien ist die Bücherei für den Stadtausleihverkehr nur mittwochs von 12.30 - 16 Uhr geöffnet.

Monatsmeldung:

	Juni	Juli	August
Ausleihe Berlin	897	832	348
Ausleihe Reich	584	559	528
Bücherzugang:	76	125	32
Handschriftenzugang:	16	53	-

30. Juli 1943

Gestern erreichte die Bücherei eine Anordnung der Parteikanzlei, wonach die wertvollen Bücherbestände zu sichern sind, die verbleibenden Bücher derartig luftschutzmäßig unterzubringen, um möglichst geringe Verluste bei einem Schadensfalle zu haben. Der Luftterrorkrieg der Anglo-Amerikaner zwingt zu weitgehenden Sicherungen des Kulturguts. Der Leiter der Bücherei setzte sich mit mehreren Lehrerbildungsanstalten in Verbindung, um dort Sicherungsunterkunft erlangen zu können.

20. August 1943

Bisher haben sich bereit erklärt, Bücherkisten aufzunehmen die LBA (Lehrerbildungsanstalten - C. R.) in Paradies (Brandenburg), Wollstein (Warthegau), Zühlsdorf (Pommern).

28. August 1943

Der Gauschulungsleiter des Gaues Berlin der NSDAP Pg. Dr. Saberschinski besuchte heute die Bücherei, um sich über Umfang, Arbeitsweise usw. der Bücherei zu informieren. Der Gauschulungsleiter war begleitet vom Gaubeauftragten für das Schrifttum Pg. Uterhardt.

Es wurde vom Gauschulungsleiter (als dem neuen Chef der Bücherei) verfügt, daß alle alten Drucke auf jeden Fall sichergestellt werden. Der Gau besorgt für die Sicherung der Bücherei 200 - 300 Kisten, die dann mit der Bahn befördert werden.

Mein Vorschlag, die Bücher im Sudetengau unterzubringen, fand den Beifall des Pg. Dr. Saberschinskis.

4. September 1943

In der letzten Nacht ging ein besonders schwerer Luftterrorangriff der Anglo-Amerikaner auf Berlin nieder. Es fanden große Verwüstungen an Bauwerken im Norden, Nordwesten und Westen fand (statt - C. R.).

9. September 1943

Der Büchereileiter Beckmann fuhr heute mit der Mitarbeiterin, Frl. Fechner, nach Bensen im Polenztal im Sudetengau, um das dortige Schloß zu besichtigen. Rückkehr am Sonnabend, dem 11.9.

13. September 1943

Das Schloß, gehörig der Frau Wera Grohmann in Teplitz-Schönau, ist für die Unterkunft der Bücherkisten mit den Büchern geeignet. Es können mehrere hundert Kisten dort sichergestellt werden. Es wurde heute mit dem Packen der Bücher begonnen.

16. September 1943

Bisher wurden 25 Kisten fertiggemacht. Bücher werden nicht mehr ausgeliehen. Der Ausleihverkehr ruht bis nach dem Siege. Buchverlängerungen werden nur noch einmal genehmigt.

6. Oktober 1943

Heute wurde die Kiste Nr. 100 gepackt, damit ist ein Waggon gefüllt und kann derselbe abgeschickt werden.

10. Oktober 1943

Die Absendung der Bücher ist nicht so einfach. Es werden erst Rüstungsbetriebe bei der Waggongestellung berücksichtigt.

30. Dezember 1943

Die Reichshauptstadt wurde in den letzten 6 Wochen durch anglo-amerikanische Terrorbomber heimgesucht und in einigen Stadtteilen schwere Verwüstungen angerichtet. Am 22. November d. J. fielen auf das Gebäude der Bücherei 5 Stabbrandbomben, die den Südteil des Dachgeschosses in Brand setzten. Bücher- oder Zeitschriftenverluste entstanden nicht, wohl verbrannten Kataloge.

Durch Sprengbomben wurde infolge des entstehenden Luftdrucks das Dach fast abgedeckt, dem Regen dadurch Einlaß gegeben. Es mußte daraufhin das gesamte

Zeitschriftenmagazin geräumt werden und die Bestände im 3. Stockwerk eingelagert werden. Vom 22.11. bis heute konnte der Dienstbetrieb nur durch Aufräumungsarbeiten ausgeführt werden. Der Leihverkehr muß ganz eingestellt werden.

31. Dezember 1943

Frl. Annemarie Gerber entfernte sich ohne Urlaub von der Bücherei und wurde von mir heute fristlos entlassen.

Hanns Beckmann

Leiter der Bücherei.

18. Januar 1944

Die Zeitschriftenbestände im 5. Stockwerk mußten, da der Regen durch das beschädigte Dach Eintritt hatte, gesichert werden, indem dieselben in das 3. Stockwerk verbracht wurden.

1. April 1944

Im Februar d. J. wurden endgültig die Bestände der ehemaligen Gaubücherei vereinnahmt, da sich um diese Bücher niemand mehr kümmerte. Dieselben drohten durch Sickerregen vom offenen Dachboden vernichtet zu werden. Der Reichswaltung des NSLB in Bayreuth wurde von mir Meldung erstattet.

3. April 1944

Indessen sind weitere Terrorangriffe der Anglo-Amerikaner auf die Reichshauptstadt erfolgt, der Teil um den Alexanderplatz blieb verschont von Bomben.

Seit dem 1. März d. J. ist Herr Schaaf von der stillgelegten Verbindungsstelle der Reichswaltung des NSLB zur Bücherei, gemäß eines Versetzungsantrages, getreten.

Stündlich werden jetzt Luftlagemeldungen gegeben, die den Stand des Ein- und Abflugs der Feindflugzeuge anzeigen.

Seit dem 1.1. d. J. ist die Kassenverwaltung vereinfacht worden.

30. Mai 1944

Die Terrorangriffe der Engländer und Amerikaner werden immer schwerer in der Reichshauptstadt. Hier im Alexanderviertel waren am 19. und 24. Mai besonders schwere Zerstörungen.

Eine Bombe fiel auf den Hof, konnte aber sogleich gelöscht werden (24.5.44).

Am gleichen Tage ging eine Sprengbombe in das Mittelgebäude.

Die Reinemachefrau Helene Lange wurde am 24.5. ausgebombt.

Am 23. Mai erkrankte der Kassenwalter und mußte sich in Krankenhausbehandlung begeben.

21. Juni 1944

Heute erfolgte ein schwerer Terrorangriff auf Berlin von 9.25 - 11.15 Uhr. Das gegenüberliegende Haus ging dabei in Trümmer. Dadurch wurde großer Sachschaden am Büchereigebäude hervorgerufen, sämtliche Scheiben zerbrochen, Fensterkreuze herausgerissen, Rolladen im Erdgeschoß zertrümmert usw.

28. Juni 1944

Die Aufräumungsarbeiten nahmen fast 8 Tage in Anspruch.

Der Kassenwalter wurde gestern aus dem Krankenhaus entlassen.

Betreffend des Abtransportes der Bücherkisten wurde von der Gauleitung der NSDAP eine Beschwerde an den Reichsbahnpräsidenten abgesandt. Hoffentlich hat die Beschwerde Erfolg, damit die Bücher endlich wegkommen.

Im Ausleihraum wurden neue Bücherregale für die neueren Romane aufgestellt. Diese Bücherregale kommen aus dem Gebäude Alexanderplatz 4, der ehemaligen Gauverwaltung des NSLB.

Indessen setzte am 6. Juni die Invasion der Anglo-Amerikaner ein, auch wurde endlich mit unserer Vergeltung begonnen auf London und Südengland durch Einsatz von „V1“.

6. Juli 1944

Gestern traf die Mitteilung ein, daß nun endlich die Bücherkisten in Bensen geliefert werden können.

10. Juli 1944

Es fahren heute der Büchereileiter, Frl. Fechner, die Herren Schaaf und Jaensch nach Bensen zwecks Unterbringung des 1. Waggons Bücherkisten, der nach Bensen abging.

19. Juli 1944

Heute wurde der 2. Waggon mit Bücherkisten verladen.

20. Juli 1944

Es fahren zur Einlagerung dieselben Teilnehmer nach Bensen wie am 10. Juli.

24. Juli 1944

Die wertvollsten Bestände der Bücher sind nun gesichert.

Die Bücher sind untergebracht im oberen Salhausenschloß, einer 1283 bereits bestehenden Schloßanlage, die 1522 neu aufgebaut wurde. Das Schloß gehört heute Frau Grohmann in Teplitz-Schönau.

Anschrift: Hansjörg Grohmannsche Forst- und Gutsverwaltung in Bensen.

Neue Regeln der Rechtschreibung von th, ph, rh usw. sind vom Reichserziehungsministerium herausgegeben. Es werden jetzt z. B. geschrieben: Träner, Ragu, Tron, Teater, Tema, Theorie, Kautsch, Fosfor, Filister, Fantasie und Strofe.

10. September 1944

Infolge des totalen Einsatzes aller Männer und Frauen des deutschen Volkes, kommen auch gemäß einer Anordnung des Gaues Berlin der NSDAP die Angestellten der Deutschen Lehrerbücherei zum Einsatz in die Rüstungsindustrie.

Frau Schönherr, Frl. Fechner, Herr Schaaf.

12. September 1944

Jeglicher Urlaub für die Schaffenden ist ab sofort gesperrt. Einige Ausnahmen bleiben, z. B. Personen über 65 Jahre, Krankheit.

Beurlaubt z. Zt. Frau Lange und Herr Laesch.

18. September 1944

Heute kamen 3 Angestellte zum Einsatz. Zurückbleiben der Leiter, der Kassenswaller und die Reinemachefrau. Der ehrenamtlich tätige Berufskamerad Anton Kotschi kam zum Einsatz für Flackhelfer nach Bad Dürrenberg in Sachsen.

Vor 14 Tagen war der ehemalige Mitarbeiter, Herr Lieske, auf Urlaub und Durchreise. Derselbe kam aus dem baltischen Raum bei Riga. Die deutschen Truppen sind auf dem Rückmarsch aus dem französischen und belgischen, sowie aus dem finnischen Raum. Erstere beiden Räume werden in Absetzbewegungen auf die Reichsgrenze hin, freigemacht.

30. September 1944

Frau Schönherr schied ganz aus dem Verbands der Bücherei aus, da dieselbe infolge Wiederverheiratung nach Fürstenberg in Mecklg. geht.

Herr Schaaf ist vom Einsatz in die Rüstungsindustrie befreit, da die amtsärztliche Untersuchung des Arbeitsamtes die Untauglichkeit ergab.

8. Oktober 1944

Neben den laufenden Arbeiten werden die Beschriftungen der Zeitschriftenbestände durchgeführt. Eine ungeheure Arbeit, die aber notwendig ist, um endlich die Zeitschriften sofort finden zu können.

Die sonstigen Arbeiten konzentrieren sich auf Erhaltung, Sicherung und Konservierung der Buchbestände, die hier verblieben sind.

26. Oktober 1944

Der Führer hat den Deutschen Volkssturm aufgerufen. Herr Beckmann und Herr Schaaf haben sich sofort freiwillig gemeldet. Leider wurde Herr Schaaf von der Musterungskommission nicht für tauglich befunden. Herr Beckmann wurde als Bataillonsführer des Bataillons II eingegliedert. Herr Laesch von der Kassenswallerung kommt infolge seines Alters nicht in Betracht.

1. November 1944

Bei dem gestrigen Abendalarm fiel eine schwere Bombe in der Nähe und zertrümmerte in der Elisabethstraße Ecke Waßmannstr. ein Haus.

2. November 1944

Die meisten Zeitschriften stellen ihr Erscheinen ein. Es bleiben einige wenige als kriegswichtig bestehen.

5.

Zeitzeugengespräch zum Prozess der Integration der Pädagogischen Zentralbibliothek in das Deutsche Institut für Internationale Pädagogische Forschung in der Zeit von Anfang 1990 bis zum 31. 12. 1991¹

In: Ritzi, Christian/Geißler, Gert (Hrsg.): Wege des Wissens. 125 Jahre Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung. 2. Aufl. Berlin 2003, S. 218-244.

Gesprächsteilnehmer:

Prof. Dr. Hermann Avenarius (Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung). 1990-1991: Stellvertretender Direktor des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung, Mitglied des Vorstands, des Forschungskollegiums sowie des Stiftungsrates des DIPF.

Dr. Ursula Basikow (Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung). 1990-1991: Mitglied der Arbeitsgemeinschaft 'Stiftung Pädagogisches Kulturgut'.

Prof. Dr. Lutz H. Eckensberger (Direktor des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung).

Dr. Christoph Führ (bis 1996 Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung). 1990-1991: Wissenschaftlicher Mitarbeiter im DIPF, Mitglied des Forschungskollegiums des DIPF.

Prof. Dr. Gert Geißler (Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung, Forschungsstelle Berlin). 1990-1991: Mitglied der Arbeitsgemeinschaft 'Stiftung Pädagogisches Kulturgut'.

Prof. Dr. Dieter Lenzen (1. Vizepräsident der Freien Universität Berlin). 1990-1991: Vorstandsmitglied der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft.

¹ In Ergänzung des Beitrags von U. Wiegmann während einer Tagung am 18. Mai 2001 wurde ein Zeitzeugengespräch projektiert. Das Gespräch fand am 8. November 2002 von 11.00-14.00 Uhr in der Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung statt. Es wurde aufgezeichnet, transkribiert, redaktionell bearbeitet und leicht gekürzt.

Prof. Dr. Christine Lost (Universität Düsseldorf). 1990-1991: Mitglied der Arbeitsgemeinschaft 'Stiftung Pädagogisches Kulturgut'.

Gerd Mangel (Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst). 1990-1991: Ministerialrat im Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst, Vorsitzender des Ausschusses Information und Dokumentation der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK), Mitglied des gemeinsamen Ausschusses Information und Dokumentation und Bibliothekswesen der BLK.

Prof. em. Dr. h.c. Wolfgang Mitter (Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung). 1990-1991: Direktor des DIPF.

Christian Ritzi (Leiter der Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung).

Prof. Dr. Heinz-Elmar Tenorth (Vizepräsident der Humboldt-Universität zu Berlin).

PD Dr. Ulrich Wiegmann (Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung, Forschungsstelle Berlin). 1990-1991: Mitglied der Arbeitsgemeinschaft 'Stiftung Pädagogisches Kulturgut', 1990 Leiter der Arbeitsstelle für deutsche Erziehungs- und Schulgeschichte in der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften).

Dr. Hermann Zayer (Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung). 1990-1991: Geschäftsführer des DIPF, Mitglied des Forschungskollegiums des DIPF

Lutz H. Eckensberger

Sehr geehrte Gäste, liebe Kolleginnen und Kollegen,
ich darf Sie herzlich zu dem Zeitzeugengespräch zur Integration der 'Pädagogischen Zentralbibliothek' in das Deutsche Institut für Internationale Pädagogische Forschung als bildungshistorische Forschungsbibliothek vor 10 Jahren begrüßen.

Herr Ritzi hat mich gebeten, dieses Gespräch mit ihm zusammen zu moderieren. Das werde ich jedoch nicht tun, weil ich vom Inhalt dieses Prozesses nun wirklich wenig weiß, denn ich war damals noch nicht am DIPF, geschweige denn als Direktor tätig. Ich möchte allerdings auch nicht nur die Rolle eines Begrüßungsdirektors spielen, vielmehr will ich versuchen, auch etwas Produktives

zu der Tagung beizutragen, indem ich das Wagnis beuge, in das Zeitzeugenkonzept als solches einzuführen, das ja in der Geschichtswissenschaft zusammen mit der *oral history* als ein etabliertes Konzept gelten kann. Natürlich ist eine solche Einleitung von einem geschichtswissenschaftlichen Laien – noch dazu im Kreise von Historikern – nicht unriskant, aber das Wildern in fremden Gärten gehört in meiner Rolle ja schon fast zum Alltagsgeschäft. Jedenfalls verbindet sich damit die Chance zu Anregung und Widerspruch, was bei einer solchen Thematik, so hoffe ich, nur fruchtbar sein kann.

Zunächst habe ich in der Arbeit eines renommierten Historikers eine Situationsbeschreibung gefunden, die mich lebhaft an die Diskussion in der Veranstaltung zum 125-jährigen Jubiläum der BBF im letzten Jahr erinnerte. Er schreibt nämlich:

„Es gibt eine Schrecksekunde, die wohl jeder kennt, der zeithistorische Vorlesungen hört oder hält: Aus dem Kreis der Seniorenstudenten erhebt sich jemand und sagt: *'Das war aber ganz anders. Ich weiß das, denn ich habe es selber erlebt'*.“ Und er konstatiert: In solchen Momenten macht sich eine Spannung zwischen Zeitzeugenschaft und Zeithistorie bemerkbar.

Ganz ähnlich habe ich die Diskussion um Herrn Wiegmanns Referat anlässlich der 125-Jahrfeier im letzten Jahr empfunden, aus der ja schließlich die Idee zu dieser Veranstaltung geboren wurde. Denn genau aus diesem Grund haben wir uns heute zu einem 'Zeitzeugengespräch' getroffen: Es soll zur Vergewärtigung und Klärung jener Prozesse und Stationen der Entscheidungsfindung beitragen, die vor 10 Jahren zur Integration der 'Pädagogischen Zentralbibliothek' in das Deutsche Institut für Internationale Pädagogische Forschung als bildungshistorische Forschungsbibliothek führten. Das Interessante an diesem Gespräch ist jedoch für mich, dass es

- zwar sehr wohl *Zeitzeugen* gibt, die seinerzeit dabei waren und diese Situation erlebt haben, dass es aber
- zweitens auch Personen gibt, die ich einmal als *Zeittäter*, bezeichnen will, weil sie diese Geschichte hergestellt haben (und das ganz gegen die Auffassung der modernen Systemtheorie).

- Drittens gibt es aber *wieder* eine zeithistorische Einleitung in diese Situation durch Herrn Wiegmann, wieder setzt also die Zeitgeschichte den Rahmen und Standard, wieder tritt der Zeithistoriker am ehesten als *Zeitrichter* auf, um die Gerichtsmetapher, die durch den Zeitzeugen eröffnet wird, fortzusetzen. Der Beitrag der Zeitzeugen steht also keineswegs isoliert, und er wird aller Wahrscheinlichkeit nach durch Einordnung, Systematisierung, Reflexion und Distanz bewertet.
- Und schließlich gibt es Personen, die *Zeitzeugen und Zeithistoriker in einer Person* sind.

Die Gemengelage dieses *panels* ist also äußerst brisant.

Die beschriebene Situation deutet jedoch schon an, dass es um die Beziehung des Zeitzeugen zum Zeithistoriker nicht zum Besten steht.

Das wird in den verschiedenen Varianten des Satzes deutlich, der einem bei der Lektüre zur Zeitgeschichte und zum Zeitzeugen immer wieder unterkommt – gemeint ist die Aussage:

„*Der Zeitzeuge ist der Feind des Zeithistorikers*“,

mal ist es sogar der *natürliche* oder der *geborene* Feind, manchmal wird dieser Satz selbst als „ein böser“ Satz qualifiziert, und andernorts wird ausgeführt, das sei „*schweres polemisches Geschütz, munitioniert mit einem Körnchen Wahrheit*“ – manchmal wird er aber ganz ohne Bewertung geradezu als schlichte Tatsache geäußert.

Sehr anschaulich wird diese Beziehung in einer Episode der Serie *Enterprise* mit dem Titel „Living Witness“ symbolisiert, in der sich ein Zeitzeuge, der einem Historiker widerspricht, als ein Hologramm entpuppt, das man nach Belieben abschalten kann, offenbar eine Wunschvorstellung für manchen Zeithistoriker.

Worin liegt diese Spannung. Offenbar ja in dem unterschiedlichen Zugang, der beim Zeitzeugen direkt, beim Zeithistoriker jedoch reflexiv ist. So spricht man auch von einem „*moralisierendem Duktus der Erinnerung*“ (des Zeitzeugen) der ein „*rationaler Erklärungsanspruch der Forschung*“ (des Zeithistorikers) gegenübergestellt wird.

Ebenso gibt es unterschiedliche Sichtweisen über die Beziehung zwischen diesen beiden Stilen des Umgangs mit der Vergangenheit.

- Mal repräsentieren sie eine „*sich verschärfende Deutungskonkurrenz*“ zwischen persönlicher und kollektiver Erinnerung einerseits und der Zeitgeschichtsschreibung andererseits.
- Mal werden diese Ansätze aber auch als komplementär oder als sich gegenseitig beeinflussend beurteilt, was vielleicht am schönsten in dem Satz zum Ausdruck kommt:

„*History without memory is empty, memory without history is blind*“.

Insofern dürfen wir also gespannt sein, wie sich diese Beziehung hier am Tisch gestaltet.

Ich möchte noch kurz auf einige Unterscheidungen zum *Gedächtnis* eingehen, die mir immer wieder begegnen, und die mich auch als Psychologen reizen.

Die Unterscheidungen beziehen sich also auf unterschiedliche *Erfahrungs- oder Gedächtnisformen, die in der Geschichtswissenschaft üblich zu sein scheinen*.

Grundsätzlich bezieht man sich zunächst auf die so genannte „*Primärerfahrung*“ auf die selbst erlebte Vergangenheit des Einzelnen. Darin liege ein so elementarer Zugang zur Zeitgeschichte, dass ihre Wirkung und Bedeutung besondere Aufmerksamkeit verdiene.

Diese *Primärerfahrung* ist natürlich unter psychologischen Gesichtspunkten ausgesprochen fragil, denn sie wird nicht abgespeichert wie auf einer Festplatte oder Diskette, und sie ist deshalb auch nicht abrufbar, wie man das mit so gespeicherten Daten im Computer tun kann. Vielmehr weiß man seit den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts durch die Forschungen des Engländers Bartlett, dass das Gedächtnis

- (a) unzuverlässig ist – wenn ich Sie jetzt bitten würde, Ihre Armbanduhr zu beschreiben, wären Sie entsetzt wie ungenau Sie das könnten, obgleich Sie diese Uhr jeden Tag unzählige Male anschauen: Sie wüssten vielleicht noch ob sie rund oder eckig ist, Sie wüssten sicher auch die Farbe des Zifferblattes, aber bereits bei der Form der Zeiger und der Frage, ob sie einen Sekundenzeiger hat, würden Sie unsicher, ebenso wären Sie vermutlich unsicher, wenn Sie mit Sicherheit sagen sollten welchen Typus von Zahlen sie hat, arabische oder römische, ob sie 12 Zahlen hat oder nur vier, ob Punkte dazwischen sind oder

nicht etc. Diese Ungenauigkeit muss man sicher auch bei den Erinnerungen des Zeitzeugen berücksichtigen.

- (b) Wie durch die Computermetapher angedeutet, ist das Gedächtnis nicht passiv, sondern aktiv und produktiv: es konstruiert die Wissensinhalte so um, dass sie für den Einzelnen sinnvoll sind, dass sie in eine, in seine Geschichte passen, und schließlich
- (c) ist es nicht „kalt“, sondern baut die Inhalte so um, dass sie emotional akzeptierbar sind. Gedächtnisinhalte sind also vielfachen emotional bedingten Umdeutungsprozessen ausgeliefert.

Die Primärerfahrung, über die jemand berichtet, ist also immer konstruiert. Die Frage ist jedoch, in welchem Umfang sie das ist, ob eine und welche Systematik in dieser Umdeutung steckt und in welchem Umfang derjenige, der über sie berichtet, dieses reflektiert.

Zudem unterscheidet man das so genannte „*kollektive Gedächtnis*“. Diesem Konzept scheint man in den Geschichtswissenschaften allerdings eine ähnliche Skepsis entgegenzubringen, wie man sie gegenüber dem Konzept der „*collective representations*“ hat, das vor allem Serge Moscovici in den Sozialwissenschaften prominent gemacht hat. Jedenfalls bescheinigt man dem kollektiven Gedächtnis u.a. eine „fragwürdige Konjunktur in den Kulturwissenschaften“. Jedenfalls hat man es – wie ich finde sinnvoll – differenziert, in das so genannte „*kommunikative Gedächtnis*“ und die „*öffentliche Erinnerungskultur*“.

Das *kommunikative Gedächtnis* bezieht sich auf den Erfahrungsaustausch in der Alltagskommunikation, in der Familie, in privaten Kreisen und im sozialen Milieu. Es bildet lebendige Erinnerungsgemeinschaften mit spezifischen *Stützen* wie zum Beispiel familiären Fotoalben, es ist also stark kontextualisiert und sozial eingebettet. Das heißt allerdings nicht, dass es präziser ist, vielmehr ist die geschichtliche Wahrheit, die so entsteht, zunächst vermutlich eine *konsensuelle Ko-konstruktion*.

Schließlich spricht man von der „*öffentlichen Erinnerungskultur*“, die, wie es heißt, ein „lockerer Sammelbegriff für die Gesamtheit des nicht spezifisch wissenschaftlichen Gebrauchs der Geschichte in der Öffentlichkeit“ ist – dies kann mit den verschiedensten Mitteln und für die verschiedensten Zwecke geschehen

und kann von der Gedenkrede des Bundespräsidenten über die Denkmalpflege bis zum Fernseh-Infotainment über 'Hitlers Frauen' reichen.

Von all dem wird schließlich die *zeitgeschichtliche Forschung* abgegrenzt, in der Annahme, dass es charakteristische Unterschiede gibt zwischen Zeitgeschichte als persönlicher Erinnerung, als öffentlicher Praxis und als wissenschaftlicher Disziplin. Letztere ist vor allem durch objektivierende Distanz und Reflexion, die Einbindung in Gesamtkontexte und sicher durch Methoden interner Konsistenzprüfungen gekennzeichnet, Merkmale, die wir bereits in der Richtermetapher angelegt hatten.

Interessant ist nun, dass diese unterschiedlichen Formen des Gedächtnisses sich sehr wohl widersprechen können. Als Beispiel wird etwa der 8. Mai 1945 benutzt, der als „Primärerfahrung“ für verschiedene Gruppen sehr verschieden war: KZ-Häftlinge haben ihn sicher anders erlebt als die Durchschnittsdeutschen (Verlust des Krieges, Besetzung). Etwas anderes bedeutet er jedoch heute in der *öffentlichen Erinnerungskultur*, denn da gilt er als 'Tag der Befreiung'.

Interessant ist zudem, dass nicht nur die Primärerfahrungen je anders rekonstruiert werden, sondern dass sich auch diese Erinnerungskultur historisch ändert: Auch die Besatzungsmächte interpretierten das Kriegsende ursprünglich keineswegs als 'Befreiung' der Deutschen. Die sowjetische Zensur wies eine solche Auffassung scharf zurück. So heißt es auch in der grundlegenden Direktive der amerikanischen Militärregierung von April 1945 eindeutig: „Deutschland wird nicht besetzt zum Zwecke seiner Befreiung, sondern als ein besiegter Feindstaat.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch wenn es hier nicht um die Befreiung Deutschlands, die Schlacht um Stalingrad oder die Rekonstruktion des Holocaust geht (was typische Beispiele sind für die Diskussion um die Zeitzeugenfrage), nicht mal um die Rekonstruktion der Rolle Fischers in den 68er Jahren der Frankfurter Chaotenszene, sondern nur um die Einbindung der heutigen BBF in das DIPF, sind diese Kategorien, die ich kurz vorgestellt habe, sowie die Warntafeln, die ich dazu aufzustellen versucht habe, vielleicht doch hilfreich für die folgende Diskussion.

Christian Ritzi

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte Sie ebenfalls sehr herzlich begrüßen und mich vor allen Dingen bei unseren Zeitzeuginnen und Zeitzeugen bedanken, für ihre Bereitschaft, an diesem Gespräch teilzunehmen. Im vergangenen Jahr stand die BBF ganz im Zeichen ihres 125. Geburtstages, und den Höhepunkt der Feierlichkeit bildete zweifellos eine Tagung am 18. Mai, wo neun Referentinnen und Referenten versucht haben, die Geschichte dieser Bibliothek im Verlauf der 125 Jahre aufzuarbeiten. Die Vorbereitung für die Tagung erfolgte durch eine Arbeitsgemeinschaft, die sich drei Jahre lang mit dem Thema beschäftigt hat. Nach meinen Ermittlungen gibt es wenig Spezial- und Forschungsbibliotheken, die sich so intensiv mit ihrer Geschichte beschäftigt haben, aber ich habe ganz deutlich das Gefühl, dass diese Bemühungen nicht überflüssig waren. Zum einen hat man natürlich in der Tat einen Erkenntnisgewinn damit zu verbuchen, zum anderen – und das finde ich womöglich noch bemerkenswerter – hat die Forschung und die Erkenntnis der Geschichte dieser Bibliothek auch dazu beigetragen, dass die Identität, die jeder einzelne Mitarbeiter und jede einzelne Mitarbeiterin mit dieser Einrichtung verspürt, verstärkt wurde. Wenn man sich bewusst ist, in einer Einrichtung zu arbeiten, die eine 125-jährige Geschichte aufzuweisen hat, kann das durchaus dazu beitragen, so etwas wie Stolz zu empfinden.

Ein Beitrag während der Tagung hat zu besonders kontroversen Diskussionen geführt, und das war der Beitrag von Ulrich Wiegmann, der sich mit der Zeit zwischen 1989 und 1991 beschäftigt hat, also mit der Zeit zwischen der Wende und der Integration der BBF in das Deutsche Institut für Internationale Pädagogische Forschung. Die kontroverse Diskussion rührte daher – Herr Eckensberger hat schon darauf hingewiesen –, dass eben Zeitzeugen anwesend waren, die durchaus unterschiedliche Erinnerungen in diese Diskussion eingebracht haben. Damals, am 18. Mai, gab es natürlich nur begrenzte Zeit, um die Diskussion zu führen. Deswegen haben wir uns schnell danach entschlossen ein Zeitzeugengespräch durchzuführen, das sich ausschließlich dem Thema der Integration der BBF in das DIPF widmet und dieses Gespräch eben von Zeitzeugen führen zu lassen, jenen

Zeitzeugen, die maßgeblich in die damaligen Entscheidungsprozesse eingebunden waren.

Eingeladen wurden 16 Zeitzeugen, die in der Phase vom Anfang des Jahres 1990 bis zum 1. Januar 1992 in Gremien innerhalb und außerhalb des DIPF mitwirkten oder als maßgebliche Berater die Entwicklung hin zur Begründung der BBF beeinflussten. Leider konnten nicht alle von uns eingeladenen Zeitzeugen heute an dieser Sitzung teilnehmen. Besonders bedauerlich empfinde ich es, dass Herr Schaumann (Dr. Fritz Schaumann, 1990-1991 Staatssekretär im Ministerium für Bildung und Wissenschaft) kurzfristig absagen musste², des Weiteren haben wir Absagen erhalten von Prof. Dr. Karl-Heinz Günther (bis 7. Dezember 1989 Vizepräsident der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften), Prof. Dr. Erich Thies (1991 Planungsbeauftragter für den Fachbereich Erziehungswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin sowie Dekan und Vorsitzender der Struktur- und Berufungskommission des Fachbereichs) und Frau Prof. Dr. Christa Uhlig (1990 Mitglied der neuen Leitung der Akademie der pädagogischen Wissenschaften, 1990-1991 Leitung der Arbeitsgemeinschaft 'Stiftung Pädagogisches Kulturgut').

Wolfgang Mitter

Diese Zeit – April/Mai 1991 – war in Frankfurt eine höchst aufregende Zeit. Das Forschungskollegium hat sich nicht nur außerordentlich schnell bereit gefunden, die Realität zu akzeptieren, also einzugehen auf die Vorschläge oder das Ansinnen der bildungspolitischen und bildungsadministrativen Instanzen (zur Übernahme von Teilen der abgewickelten Pädagogischen Akademie der Wissenschaften), sondern hat sich darüber hinaus auch sehr positiv und engagiert diese Aufgabe zu eigen gemacht.

Über die inhaltliche Ausrichtung, welche für die ehemalige Pädagogische Zentralbibliothek anzustreben sei, wurde im Forschungskollegium beraten. Als die Entscheidung, sie in eine bildungshistorische Forschungsbibliothek umzu-

² Die Dokumentation des Zeitzeugengesprächs wurde Dr. Fritz Schaumann mit der Bitte um Durchsicht und Kommentierung zugeschickt. Am 22. April 2003 antwortete er in einem Brief: „Nach der Lektüre des beigefügten Manuskripts möchte ich aus meiner Sicht keine Fakten ergänzen oder Ausführungen bestimmter Teilnehmer kritisch kommentieren. Die Darstellungen von Wolfgang Mitter und Christoph Führ hätte ich kaum anders formuliert, mich allerdings vermutlich mit Heinz-Elmar Tenorth lebhaft auseinandergesetzt.“

wandeln, gefallen war, gab es zunächst noch Widerstände in Berlin zu überwinden. Vor allem der schon seit 1990 bestehende Förderkreis der Bibliothek wollte an dem traditionellen Konzept festhalten. Dagegen musste sich das Forschungskollegium durchsetzen. Ich erinnere mich nur an ein Gespräch mit Frau Bierwagen und Herrn Berger, der damals als Vorsitzender im Förderkreis tätig war, wo die Gegenseite noch mit aller Kraft versuchte, das alte Konzept irgendwie aufrechtzuerhalten. Weniger Frau Bierwagen damals, sie war schon eher vorsichtig oder realistisch geworden, aber nicht die Herren vom Förderkreis. Die Entscheidung war jedoch schon im Forschungskollegium gefallen und der Vorstand hatte sie sich ebenfalls zu eigen gemacht. Das geschah bereits im Mai 1991.

Es war also schon das DIPF, das diese Entscheidung gefällt hat. Das ist das Erste, aber das scheint mir ja gar nicht so wichtig zu sein. Viel wichtiger ist, dass das DIPF von vornherein, als es sich dann das Projekt zu eigen machte, darauf bestand, dass es eben nicht eine Bibliothek wird, die Bestände konserviert, was bis dahin oftmals im Diskussionsraum stand, sondern von vornherein zu einer Forschungsbibliothek hin tendierte. Das sind ja zwei Paar Schuhe. Einmal ging es darum, die altherwürdige Bibliothek weiter zu pflegen, und das andere war, sie für die weitergehende Forschung verfügbar zu machen.

Dabei soll nicht verschwiegen werden, dass die Übernahme der Bibliothek für das DIPF keineswegs selbstverständlich war. Da war das DIPF in der Tat sehr zurückhaltend. Es hätte ohne Weiteres eine andere Lösung befürwortet. Ganz anders war die Haltung gegenüber einer Förderung der Bildungsforschung in der DDR und der Weiterführung des Verwendbaren, des Weiterführbaren aus der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften. Auf diesem Feld hatte sich das DIPF frühzeitig engagiert. Man darf ja nicht vergessen, dass im DIPF jahrelang Forschungen betrieben wurden über die DDR, dass wir nicht ganz unvorbereitet in diese Aufgaben hineingingen. Wir wussten manche Dinge besser als mancher DDR-Forscher selbst, über das, was sich in großen Linien in der DDR vollzog. Und deswegen kam eben das Angebot, deswegen kam der Kontakt mit Staatssekretär Schaumann zustande und die Gespräche mit Herrn Mangel, Herrn Boppel und anderen, die dafür tätig waren. Deshalb wurde im DIPF bereits im Frühjahr 1991, ab 1. März 1991, eine Forschungsstelle mit 15 ehemaligen Mitar-

beitern der APW eingerichtet, die ein Jahr später im Zuge der gesamten Entwicklung dann fest institutionalisiert, unter wesentlicher Reduzierung, übrigens nicht mit zehn, sondern mit sechs Mitarbeitern, und die wurden dann nochmal reduziert. Aber immerhin: die Forschungsstelle wurde erhalten. Das heißt also, man muss die beiden Ebenen unterscheiden, um auch klar zu machen, welche Rolle das DIPF dabei spielte. Dass es da interne Auseinandersetzungen gegeben hat ist nicht verwunderlich, die hat es sicherlich in anderen Institutionen auch gegeben. Es war eben eine sehr bewegte Zeit und es gab unterschiedliche Standpunkte. Man wusste ja auch gar nicht, wie das alles weitergehen würde, finanzielle Überlegungen spielten eine Rolle, die Standortfrage natürlich auch. Wie sollte das zu bewerkstelligen sein? Die nachfolgende Zeit zeigte ja: es war ja nicht immer ganz so einfach, und das DIPF hat sich große Mühe gegeben, die Verbindung von vornherein auch durch die Bereitstellung von zusätzlichen finanziellen Mitteln aufrechtzuerhalten.

Christoph Führ

Ich möchte mich für den Bericht von Herrn Wiegmann herzlich bedanken, der deutlich macht, was für ein Wirrwarr in dieser Zeit herrschte. Ich war der Erste, der vom DIPF diese Bibliothek besichtigt hat. Ich bin bei dem Abgang der APW, der Diesterweg-Veranstaltung, wenige Tage nach der Wende 1990 dort gewesen, habe mir die Bibliothek angesehen und ein Jahr später dann offiziell visitiert, mit einem Kurzbericht an Herrn Mitter, aus dem Herr Wiegmann zitiert hat. Also ich kannte diese Bibliothek inzwischen und möchte zunächst einmal feststellen: Man kann die Eingliederung der Bibliothek in das DIPF nicht losgelöst sehen von der Forschungsstelle und der IuD. (Information und Dokumentation – C.R.). Das gehört zusammen. Das habe ich 1995 in einem Vortrag vor Göttinger Pädagogen in Steinhorst beschrieben aufgrund der Akten von Herrn Mitter³. Zwei Auffassungen prallten im DIPF aufeinander: Diejenigen, die die Bundesrepublik in der Tradition des Rheinbunds sahen, für die Berlin ein Vorort Moskaus war und die DDR im Vorfeld Sibiriens lag, trugen Bedenken, auf die

³ Führ, C.: Das Deutsche Institut für Internationale Pädagogische Forschung in Frankfurt am Main und die Integration einer Forschungsstelle sowie der Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung in Berlin. (1995). In: Ders.: Bildungsgeschichte und Bildungspolitik. Aufsätze und Vorträge. Köln 1997, S. 321-332.

Bonner Pläne einzugehen, wie sie vor allem von Staatssekretär Schaumann formuliert wurden. Andere hingegen sahen in dem Angebot Chancen einer weiteren institutionellen Sicherung des DIPF. Es sind damals alle möglichen Lösungen erwogen worden. Das habe ich in dem erwähnten Beitrag, der eigentlich jedem vorliegen sollte, wenn er über diese Sachverhalte diskutiert, ausführlich dargelegt und die Rolle beschrieben, die auf der einen Seite das DIPF spielt, auf der anderen Seite die Ministerien, der Wissenschaftsrat und die BLK. Es werden auch die Pläne der Kommission von der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft erwähnt. Das ganze damalige Umfeld muss man sehen. Kurzum, es gibt einen Bericht aus der Sicht unserer Aktenlage, der natürlich nicht vollständig sein kann. Es ist eine hochinteressante und dramatische Situation, so wie sie Herr Wiegmann umrissen hat. Er hat gewissermaßen das Vorher beschrieben und ich den Weg von 1991 bis 1992. Von großer Bedeutung waren zwei Gutachten von Herrn Mitter, die Herrn Schaumann überhaupt erst auf die Idee brachten, das DIPF einzuschalten.

Gerd Mangel

Ich will mich zunächst mal auch in der Doppelrolle als Zeittäter und Zeitzeugen outen. Natürlich ist man geneigt, diese damaligen Prozesse auch als Täter zur Rechtfertigung eigenen Handelns oder im Lichte eigenen Handelns zu sehen, also zu interpretieren, was die Wellenbewegungen von damals bis in die Gegenwart bedeuten. Darüber wäre viel zu sagen. Ich will deshalb zwei Aspekte beleuchten, aus denen ich dieses Geschehen sehe und teilweise begleitet habe. Das ist einmal die Ebene BLK (Bund-Länder-Kommission – C.R.). Die zweite Ebene ist dann die Hessische und Stiftungsratsebene, in der sich die damaligen Vorgänge aus meiner Sicht sehr viel konfliktreicher abgespielt haben, als dies in dem historischen Beitrag (vgl. den Beitrag von U. Wiegmann in diesem Band) deutlich geworden ist.

Zunächst zur BLK. Der Wissenschaftsrat, der damals ja die Herkulesaufgabe übernommen hatte, die gesamten Einrichtungen der Akademie der Wissenschaften und andere zu begutachten, war aus prinzipiellen Überlegungen nicht bereit, dies auch für die Serviceeinrichtungen zu tun. Deshalb musste sich die BLK damit

befassen. Sie hat dann im Oktober 1990 Arbeitsgruppen eingesetzt, die sich mit verschiedenen Fragestellungen befassen sollten. So gab es eine Arbeitsgruppe für Bibliotheken, eine Arbeitsgruppe zum Bereich Information und Dokumentation, eine Arbeitsgruppe zum Bereich Fernstudium. Ich war Vorsitzender der Arbeitsgruppe Information und Dokumentation, die sich im Wesentlichen mit dem Wissenschaftsinformationszentrum aber auch mit der Zentralstelle für Pädagogische Information und einigen anderen Einrichtungen zu befassen hatte. Wir haben im Januar, nachdem wir Informationen gesammelt hatten, mit der Arbeit begonnen, und da tauchte dann schon gleich zu Anfang im Januar 1991 erstmalig die Frage auf, wie erstens die Zentralstelle für Pädagogische Information zu bewerten ist und zweitens, wie der Gesamtkomplex Weiterbestehen der Zentralbibliothek zu behandeln sei. Ich glaube Ende Februar oder Anfang März haben wir gemeinsam mit der Arbeitsgruppe Bibliothekswesen über ein Konzept diskutiert, das ziemlich schnell eine Angliederung an das DIPF ins Auge gefasst hat. Da waren auch Mitglieder des DIPF bereits beteiligt. Denn eines ist klar: Es ist vorhin über chaotische Zeiten gesprochen worden – und das war auch so –, das heißt, es gab auf der politischen Ebene Zugriffsverfahren über Einrichtungen in dem Zusammenhang. Es wurden schnell positive oder negative Weichen gestellt, weil ja sehr vieles zu entscheiden war. Es gab vorher bereits Überlegungen auf der KMK-Ebene, ob das unter das Dach "Stiftung Preußischer Kulturbesitz" eingegliedert werden könnte oder wo auch immer. Auch eine Stiftungslösung war in der Diskussion, ist aber relativ schnell dann wieder verworfen worden, weil eben klar war, dafür braucht man viel Geld. Mir war in dieser Phase sofort klar, dass man die in Frage stehenden Einrichtungen in bestehende Finanzierungsformen bringen muss, nur dann haben sie überhaupt eine Überlebenschance. Man muss nicht etwas Neues erfinden, weil dies in so einer chaotischen Phase sofort ins Abseits führt, sondern es muss in bestehende Finanzierungsformen passen. Deshalb war ziemlich schnell klar – also aus meiner Sicht – dass das DIPF geeignet ist, also Blaue Liste, in der Bund und Länder engagiert sind. Diese Überlegung setzte sich dann in die Beschlüsse April/Mai 1991 um bis hin zu einer erneuten Stellungnahme zu diesen Vorschlägen durch den Wissenschaftsrat im Juni 1991, die dieses dann alles sanktionierten.

Nun komme ich zur zweiten Ebene, also die hessische Sicht der Dinge, und da war die Auseinandersetzung aus meiner Sicht äußerst konfliktreich, bis hin zum Scheitern. Ich habe das emotional auch anders empfunden, weil ich in meiner Rolle den Spagat zu machen hatte zwischen der Durchsetzung einer solchen Lösung und dem gleichzeitigen Hinweis darauf, dass die Einrichtung, also das DIPF, eigentlich gar nicht will. Meine Situation war also die, zu sagen, na ja, eigentlich wollen sie ja, aber es bedarf noch irgendwelcher Überzeugungsprozesse. Wobei ich ganz klar sagen kann – und das ist in vielfältigen Äußerungen seinerzeit auch gesagt worden –, dass das Interesse des Landes Hessen an der Stelle ganz eindeutig war und so auch artikuliert worden ist: Wir wollen – auch in Anbetracht der Konsequenzen aus der Evaluierung (des DIPF – C.R.) durch den Wissenschaftsrat 1984 – durch die Umsetzung dieser Empfehlung ein zweites Standbein für das DIPF⁴. Nur dadurch wird auf Dauer die Förderung des DIPF gesichert. Unter diesem Aspekt war das für uns eine willkommene Gelegenheit, das DIPF abzusichern. Diese Überlegung spielte in allen Äußerungen eine Rolle und war die Hauptmotivation, weshalb das Land Hessen sich an der Stelle deutlich engagiert hatte – und es auch musste. Die anderen Beteiligten waren gar nicht so ohne Weiteres von dieser Lösung überzeugt. Berlin war sehr zurückhaltend, was das Weiterbestehen der Bibliothek anbetrifft. Sie hatten ganz andere Sorgen mit den vielfältigen Einrichtungen in der Stadt und jetzt bekamen sie da auch noch ein Problem. Dann musste auch noch verhandelt werden über Sitzlandquoten, also dass Berlin neben Hessen auch noch einen Teil der Finanzierung übernimmt und Ähnliches mehr. Das war alles kompliziert, war außerhalb der Norm, und es hat sehr viel Mühe gemacht, auch die Berliner dafür zu engagieren. Weniger beim Bund. Der Bund war eigentlich sehr daran interessiert, dass die Einrichtung bestehen bleibt, deshalb auch die Übergangsfinanzierung 1991. Das zeigt sich auch darin, dass wir ziemlich schnell zu einer finanziellen Lösung kommen

⁴ Das DIPF wurde 1951 als Hochschule für Internationale Pädagogische Forschung gegründet, 1964 in den von den Ländern gemeinsam getragenen Kreis überregionaler Forschungsinstitute aufgenommen und erhielt im gleichen Jahr seinen heutigen Namen. 1976 wurde es zu einem Institut der 'Blauen Liste', heute Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz e.V. 1984 fand eine Evaluierung des Instituts durch den Wissenschaftsrat statt, der zwar die Weiterführung des Instituts empfahl, allerdings auch Schwachstellen in der Forschungsplanung und im Forschungsalltag kritisierte (vgl. Mitter, W.: Die ‚Mission‘ des Deutschen Instituts als verpflichtendes Vermächtnis Erwin Steins. In: Döring, P. A. (Hrsg.): Der Neubeginn im Wandel der Zeit. Frankfurt/M. 1995, S. 142).

konnten. Das war auf der Länderebene schwieriger, gelang aber schließlich. Es stand ja nicht nur die Zentralbibliothek zur Debatte, sondern eine Fülle von anderen Einrichtungen. Im Rahmen dieser Entscheidungsprozesse wurde auch die Zentralbibliothek eingebettet. Ich sage das nur, weil ich auch viele Einrichtungen kenne, wo sich dieses Zeitfenster eben nicht aufgetan hat, und diese haben dann eine ganz andere Entwicklung genommen oder existieren gar nicht mehr.

Was ich weiterhin als sehr konfliktreich empfunden habe, waren die Auseinandersetzungen im Stiftungsrat (des DIPF – C.R.) über die Konsequenzen der Integration, also ob denn nun die Leitung des Servicebereiches im Vorstand sein darf oder nicht und Ähnliches mehr. Also das ist ein langer Prozess gewesen, der dann letzten Endes zu dem geführt hat, was heute ist.

Hermann Zayer

Ich habe diese Auseinandersetzungen im Forschungskollegium, Vorstand und im Stiftungsrat (des DIPF – C.R.) als Protokollant miterlebt und ich möchte darauf hinweisen, dass natürlich die Protokolle (auf die sich U. Wiegmann in seinem Beitrag in diesem Band stützt – C.R.) eine Schriftform darstellen, die sozusagen das Endergebnis eines Diskussionsprozesses abbilden, dass aber das, was eigentlich dann die Hauptmotive und -argumente in der Auseinandersetzung waren, darin so nicht erscheint. Es ist ganz klar, dass in dieser Zeit großer Druck auf das DIPF ausgeübt worden ist und dass auch die Gremien des DIPF sich darüber im Klaren waren, dass diese an das DIPF gerichtete Aufgabenstellung eigentlich gar nicht abgelehnt werden konnte, zumal auch darauf hingewiesen wurde, dass es sich dabei um eine nationale Aufgabe handele. Das war, glaube ich, uns schon klar. Nicht ganz möchte ich die Einschätzung von Herrn Mangel teilen, was die Umsetzung der Empfehlungen des Wissenschaftsrates aus den 80er Jahren (in der Nachfolge zur Evaluierung – C.R.) betrifft. Strukturelle Veränderungen gab es schon, auch im inhaltlichen Programm gab es einige Änderungen. Es ist ja jetzt müßig zu fragen, ob dies ausgereicht hätte oder nicht, die Sache ist ja anders gelaufen.

Eines war allerdings ein ganz zentraler Punkt in allen damaligen Diskussionen: Der Charakter des Instituts würde sich ganz zentral und ganz wesentlich ändern.

Der Kernpunkt der ganzen Geschichte war, dass sich aus einem Forschungsinstitut ein Serviceinstitut entwickeln würde. Das kann man heute als unabdingbar oder als positiv bewerten. Sie hat jedenfalls den Entscheidungsgremien im DIPF große Probleme gemacht, diese Umorientierung von einem reinen Forschungsinstitut auf ein Forschungsinstitut mit einem Servicehaushalt und später auf ein Serviceinstitut. Ich kann mich an die ersten Probleme erinnern, als ein Servicehaushalt aufgestellt worden ist, was für neue Überlegungen dazu zu berücksichtigen waren. Schon an diesem einfachen Punkt des Finanzmanagements wird erkennbar, was die Unterschiedlichkeit des früheren DIPF und des neuen DIPF bedeutet. Soweit dazu. Für mich ist eine wesentliche Frage, ob sich das Institut dieser Aufgabe wirklich hätte entziehen können. Ich würde mal sagen, die allgemeine Auffassung war, dass dies nicht möglich ist, aber man hat dann wenigstens noch versucht, einen möglichst großen Forschungsanteil zu retten. Das ist eben schon mal erwähnt worden mit der Forscherstelle, die dann aber im Endeffekt, bis der Haushalt wirklich stand, wesentlich kleiner war, als ursprünglich gedacht. Sozusagen als Verstärkung des Forschungsanteils.

Gerd Mangel

Es stürmte jetzt natürlich etwas auf das Institut ein, was neu war. Wir waren uns seinerzeit mit dem Bund einig, dass es sich um eine gewollte Veränderung handelt, wobei der Anlass ein glücklicher war. Aber es war eine gewollte Veränderung, denn es gibt auch noch andere Linien, die ja in die gleiche Richtung gehen, und eine dieser Linien ist der Modellversuch FIS-Bildung. Das war ja genau in dieser Zeit, 1991, und ging genau in diese Richtung. Es war also eine gewollte Entwicklung.

Hermann Avenarius

Was Herr Zayer vorhin gesagt hat ist wirklich wahr: Protokolle sagen häufig nur die halbe Wahrheit. Und irgendwie habe ich auch den Eindruck, dass wir heute ein wenig dabei sind, nur die halbe Wahrheit zu sagen. Herr Führ hat eben zu Recht davon gesprochen, dass im Forschungskollegium bei einigen Mitgliedern eine Art Rheinbundmentalität vorherrschte. Das ist ganz klar. Einige sahen tat-

sächlich die Gefahr, dass durch diese mögliche Integration (von Teilen der ehemaligen APW – C.R.) das Institut, das eben doch eine Geschichte der Bundesrepublik, der westdeutschen Gesellschaft darstellte, gefährdet war. Es hat jedoch durchaus auch andere Positionen gegeben. Ich denke an Herrn Mitter, ich denke an Herrn Führ, der – glaube ich – einer derjenigen war, der sehr deutlich für die Integration der Bibliothek war. Das steht alles so nicht in den Protokollen. Es waren sehr unterschiedliche Meinungen, die im Forschungskollegium auftauchten. Mir ist noch ein anderer Konflikt sehr gegenwärtig. Es wurde mehrfach diese Sitzung der beiden BLK-Arbeitsgruppen im März 1991 erwähnt, die Herr Mangel leitete. Herr Mitter, der im Ausland war, konnte nicht teilnehmen und so bin ich mit Herrn Müller, dem Leiter unserer Frankfurter Bibliothek, dahin gefahren. Da habe ich Frau Bierwagen kennen gelernt. Und da gab es auch Stimmen, die meinten, dass das DIPF nicht geeignet sei, diese Bibliothek zu übernehmen. Ich meine, dass Sie, Herr Lenzen, zusammen mit Herrn Benner (Prof. Dr. Dietrich Benner, 1990-1994 Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft – C.R.), damals noch Münster, den Standpunkt vertraten, diese Bibliothek müsse an die Freie Universität. So ist meine Erinnerung. Und das fand ich überhaupt nicht in Ordnung und bin dann hinterher ganz froh gewesen, dass die Auffassung der BLK in eine andere Richtung ging.

Welche Persönlichkeiten haben mich damals besonders beeindruckt? Da muss ich auf jemanden verweisen, der in dieser von Herrn Wiegmann geschilderten Vorgeschichte noch nicht auftaucht aber später in der Frage eine Rolle gespielt hat, wie denn die Bibliothek auszurichten sei: das war Paul Raabe. Es gab ja später, im Jahre 1992, eine Kommission, die die Aufgabe hatte, die beiden Bibliotheken des DIPF in Frankfurt und in Berlin zu koordinieren. Das macht auch deutlich, dass die Ausrichtung der Berliner Bibliothek so eindeutig wirklich nicht gewesen ist und dass wir uns sehr viel Mühe gemacht haben, auch die Funktion der beiden Bibliotheken gegeneinander abzugrenzen. Da hat Herr Raabe in verschiedener Hinsicht eine wichtige Rolle gespielt: einmal was die Konzeption der Berliner Bibliothek angeht, was technische Fragen angeht, welchem Bibliotheksverbund man sich anschließt.

Was nun die bildungsgeschichtliche Aufgabenstellung angeht, da hat es in dieser Kommission – glaube ich – wichtige Klärungsprozesse gegeben. Herr Führ und Herr Tenorth haben ein Grundsatzpapier vorgelegt, in dem deutlich wurde, dass Bildungsgeschichte, wie sie in dieser Bibliothek betrieben werden sollte, und bildungsgeschichtliche Forschung eben nicht eine Geschichte von pädagogischen Institutionen allein sein sollte, sondern sozialgeschichtliche Fragen, beispielsweise Mentalitätsgeschichte, mit einbeziehen sollte.

Damit bin ich bei der Frage, welche Vorstellungen seinerzeit bestanden und welches Modell man favorisiert habe. Wir sahen natürlich durch die Integration der PZB eine Gefahr: nämlich die, dass wir eine Doppelfunktion wahrnehmen würden. Wir hatten die Frankfurter Bibliothek, und wäre die PZB so geblieben wie sie war, dann hätte sich die Frage gestellt: Wie können wir beides überhaupt auf einen Nenner bringen? Um das zu vermeiden, kam die Überlegung auf, dass wir ja bereits Bildungsgeschichte, wie sie vor allem Herr Führ damals geleistet hat, im Institut verankert hatten und dass wir durch die Eingliederung der Bibliothek diese bildungsgeschichtliche Dimension der Forschungsarbeit des Instituts stärken konnten. So sehe ich im Rückblick auf die damalige Zeit den Gang der Entscheidungen, aber andere mögen sich da anders erinnern.

Christoph Führ

Die Bibliothekskommission (der BLK – C.R.) hat erst die Konzeption entwickelt, in der diese große Bibliothek neu zu verorten ist. Aber das Ganze hat natürlich – wenn man so will – noch weitere Dimensionen. Man darf ja nicht vergessen, dass Berlin als ehemals preußische Hauptstadt eine Menge von Bildungs- und Kultureinrichtungen vereint hat. Herr Eckensberger hat vorhin auf den 8. Mai 1945 zurückgegriffen. Ich folge ihm und zitiere aus der berühmten Zook-Kommission⁵, „Erziehung in Deutschland. Bericht und Vorschläge der Amerikanischen Erziehungskommission“ (München 1946), wo betont wird, welche große Leistung Deutschland im Kulturellen erbracht hat. Das hat Theodor Heuss später immer wieder gern zitiert. In der Denkschrift steht folgender, uns heute geradezu überraschender Satz: „Kein Land, abgesehen vielleicht von Grie-

⁵ George F. Zook, Vorsitzender der Erziehungskommission der Vereinigten Staaten für Deutschland.

chenland und Rom, hat freigiebiger zu den Schätzen unserer Kultur beigetragen. Niemand darf an die deutsche Erziehungsaufgabe herangehen in Blindheit oder mangelnder Dankbarkeit für diese Leistung.“ (S. 9). Das wird also in einem Moment von führenden amerikanischen Fachleuten gesagt, wo man eigentlich die Deutschen umerziehen will. Wer hat den Amerikanern hier die Feder geführt? Erich Hylla. Erich Hylla war der Mann, der den Bericht letztendlich formuliert und später unser Institut mit Hilfe von Erwin Stein und Prof. William Wrinkle gegründet hat.

Dieser Exkurs mag deutlich machen, dass wir die Entwicklung in einem größeren Zusammenhang betrachten müssen.

Ich habe mich in den 70er Jahren vergebens bemüht, am Institut eine Forschungsstelle für Bildungsgeschichte zu installieren. Damals war die KMK dafür, die BLK und sogar Hessen. Das scheiterte, weil das DIPF sich selber nicht einig werden konnte. Insofern hatte für mich lebensgeschichtlich das Ganze eine besonders erfreuliche Dimension. Jetzt sah ich, dass mein alter Plan zum Zuge kam. Und dass dieser Plan gelungen ist, hat einen besonderen Grund darin, dass das DIPF Frau Bierwagen weiterhin mit der Leitung betraute. Das war eine der gescheitesten Entscheidungen, die wir getroffen haben. Die Forschungsstelle und die Bibliothek haben in einem Schreiben an Herrn Schaumann vom 8. Februar 1993 Folgendes versichert: „Dass wir seitens des Instituts eine beispielhaft engagierte Unterstützung bei der Erfüllung der uns übertragenen Service- und Forschungsaufträge erfahren haben und uns in jeder Hinsicht gleichwertig in die Institutsarbeit einbezogen sehen. Insbesondere haben wir diese Unterstützung in den zurückliegenden zwei Jahren in vielfältiger Weise von Herrn Prof. Dr. Mitter als Vorsitzenden des Forschungskollegiums des DIPF erfahren“.

Es ist schließlich an den Personalrat zu erinnern. Ich glaube Frau Großkreutz war damals hier und Frau Dosek auf unserer Seite maßgeblich beteiligt, um das alles sachgerecht zu regeln. Herr John hat viel Koordinierungsarbeit geleistet. Wenn man so will, der Kreis der Zeitzeugen, die mit der Eingliederung beschäftigt waren, ist eigentlich noch viel größer.

Dieter Lenzen

Das Zeitfenster, das ich selber mit beobachtet habe, ist relativ kurz und natürlich nicht so lang wie das, was hier aufgelistet ist. Wir waren in West-Berlin damals in folgender Situation: Es gab auf der einen Seite eine konservative Bundesregierung und einen linken Senat in Berlin, den Momper-Senat (Walter Momper, 1989-1991 Regierender Bürgermeister von Berlin). Dort befand sich eine Wissenschaftssenatorin (Barbara Riedmüller-Seel, 1989-1991 Senatorin für Wissenschaft und Kultur – C.R.), die Professorin unserer Universität war, und der zuständige Vizepräsident war Erziehungswissenschaftler (Prof. Dr. Hans Merkens – C.R.). Das heißt, es gab hier eine Konstellation, wo das Land natürlich ein besonderes Interesse haben musste an der Frage: Was wird eigentlich aus dieser Bibliothek?. Für die Deutsche Gesellschaft für Erziehungswissenschaft stand natürlich außer Frage, dass diese Bibliothek erhalten werden sollte. Die Frage stellte sich nur, wie kann man deren Bestand von dem Thema APW so ablösen, dass nicht ein umgekehrter Effekt stattfindet, also um die Bibliothek zu erhalten muss auch die APW erhalten bleiben. Denn für jeden, der die APW kannte – ich selber habe da auch einen Vortrag gehalten – war völlig klar, dass eine derartig abenteuerliche Einrichtung keine Chance auf Fortbestand haben würde. Damit bestand das Risiko, dass praktisch alles konfundiert und untergehen würde. Deshalb hat sich die Deutsche Gesellschaft (für Erziehungswissenschaft – C.R.) dann sehr schnell dahingehend positioniert, dass die Bibliothek gerettet wird, ohne dass es einen backlash-Effekt auf die APW gibt. Was kann man also machen, um eine solche Bibliothek auch in Berlin zu halten und nicht irgendwo sonst. Die Alternative Frankfurt stellte sich zu dem Zeitpunkt ja gar nicht, sondern es war klar: wenn, dann muss sie in Berlin bleiben. Dann bot es sich natürlich an, sie da anzubinden, wo große erziehungswissenschaftliche Institutionen sind – die Zukunft der Humboldt-Universität war offen, die TU (Technische Universität Berlin – C.R.) kam wegen einer vergleichsweise kleinen Erziehungswissenschaft nicht in Betracht, die HdK (Hochschule der Künste, heute Universität der Künste – C.R.) deshalb sowieso nicht – also blieb die FU übrig, und die schwierige Frage war nur: kann die FU das überhaupt schultern? Es stellte sich dann sehr schnell heraus, dass eine solche Lösung für das Land nicht zu bewältigen war. Die

Gespräche, die die Freie Universität mit der Senatsverwaltung für Wissenschaft führte, verliefen zunächst immer so, dass man sagte: ja, machen wir. Bis ich dann aus einem Gespräch mit der damaligen Justiziarin der Wissenschaftsverwaltung erfuhr, dass der Landesanteil an den Kosten so hoch sein würde, dass man es gar nicht machen kann. Und das war der Augenblick, in dem eben nach Alternativen gesucht wurde. Ob zu dem Zeitpunkt das Frankfurter Institut schon im Gespräch war, weiß ich gar nicht mehr. Also mit anderen Worten: Damit war das Thema eigentlich für Berlin als Stadt erledigt. Dass es möglich sein würde, eine Nicht-Berliner Institution zu gewinnen, die das Ganze trotzdem hier lässt, das war ja nicht abzusehen.

Wolfgang Mitter

Ich möchte zunächst darauf zurückkommen, was Herr Führ über die innere Institutsgeschichte gesagt hat. Eine solche Übernahme war ja auch eine Angelegenheit, die die Identität und die Kohärenz des Instituts betraf. Dass es unterschiedliche Gesichtspunkte gab, das war ja ganz selbstverständlich in dieser Situation. Es lag ja uns auch daran, es lag auch mir daran, dass schließlich auch eine einvernehmliche Lösung zustande kam, die vom Institut mitgetragen wurde. Denn was hätte es denn bewirkt, wenn irgendwie eine schnelle Lösung erreicht worden wäre und es hätte dann dauernd Widerstände im Institut gegeben. Dann wäre man überhaupt nicht vorangekommen. Dass das Institut so zögerlich war – ja wie sollte es auch anders sein. Es bestand ja für das Institut gar keine Notwendigkeit, die Bibliothek, dazu noch eine historische Bibliothek, aufzunehmen. Herr Führ hat ja sehr viel für die Bildungsgeschichte getan, aber das war nicht weiter gefördert worden. Er war da ein Ein-Mann-Betrieb, ein sehr wirksamer, aber doch ein Ein-Mann-Betrieb und die Forschung im DIPF war auf andere Felder konzentriert.

Das heißt also, Konflikte müssen nicht immer im Negativen enden, sondern sie können sich – das ist meine Erfahrung – im Nachhinein auch positiv erweisen, weil man nämlich die Punkte stärker perzipiert und durchdiskutiert, als wenn man von vornherein gesagt hätte, wir machen das.

Heinz-Elmar Tenorth

Herr Avenarius hat schon gesagt, von wann ab ich Zeitzeuge war. Ich will eine Ergänzung vornehmen und gleichzeitig eine Perspektive einbringen, die mir in der bisherigen Diskussion gefehlt hat. Für mich war der systematische Focus, unter dem ich das in diesem Jahr 1991 und exemplarisch am DIPF erlebt habe, die Form, in der über die Wertigkeit der DDR-Wissenschaft verhandelt wurde und über das legitime Erbe, das DDR-Wissenschaft ist und sein kann. Dann ist das Ergebnis signifikant: Aus dem gesamten pädagogischen Wissensbestand wird eine Bibliothek erhalten, aber noch gegen deren DDR-Inhalte, positiv mit einem Argument nur für die alte Lehrerbibliothek von 1876. Jeder, der in die Bibliothek gekommen ist, hat immer gesagt: Bedauerlicherweise gibt es eine Lücke in den Beständen, denn nach 1945 sind die Bestände schlecht. Das ist dieses Zeug aus der Sowjetunion. Das kann man nur noch in den Keller bringen, das kann keiner mehr gebrauchen. Gut ist die Bibliothek in den alten Beständen, schlecht ist sie in den neuen.

Deshalb: Systematisch – meine ich – ist der Focus, der mich daran interessieren würde, der: Hier wird verhandelt, exemplarisch, über die Wertigkeit von DDR-Wissenschaft. Und die Entscheidung, die schließlich getroffen worden ist, bestand darin, dass nur zwei Gruppen von Relikten der DDR-Wissenschaften im gesamten bildungswissenschaftlichen Bereich bewahrenswert waren: das waren ein paar alte Datenbanken, die keiner mehr benutzt, und die haben die Dokumentationsstellen (der Zentralstelle für Pädagogische Information der APW – C.R.) gerettet. Nur sie konnten die Datenbanken irgendwie lesen und irgendwie transferieren. Und das Zweite, was bewahrenswert schien, war sozusagen Archivalisches aus der preußischen Geschichte und aus der Lehrerberufsgeschichte. Der Rest der DDR-Wissenschaft im Bildungsbereich wurde mit diesem Akt als nicht bewahrenswert, ignorierbar, vernachlässigenswert, weggelegt. Die Leute, die das hier erlebt haben, haben das so gesehen. Die haben nämlich genau gewusst: an unserer Biografie, an unseren Kompetenzen, an unseren Stellen wird ein Exempel statuiert für den ideologischen Charakter pädagogischer Forschung der DDR. Diese Arbeit ist nichts wert, wir gehören rausgeschmissen und es gibt nur ganz wenige Chancen zu überleben. Das müssen Chancen sein, die mit alten Quellen zu

tun haben oder mit technologischer Kompetenz. Die DDR-Wissenschaft dagegen ist weg. Die APW war deshalb auch die einzige Akademieinstitution, die ohne Anschlusskonzept aufgelöst wurde. Deren Mitarbeiter hat man – anders als alle anderen Akademiemitarbeiter – sozusagen sang- und klanglos auf die Straße gesetzt. Und insofern ist bei mir der Focus – auch aus meiner Zeitzeugenerfahrung der Zeit des Winters 91/92 – viel breiter anzusetzen. Und das Thema, das ich hier sehe, ist: Wie hat die Bundesrepublik entschieden über das bildungswissenschaftliche Erbe, die bildungswissenschaftliche Tradition der DDR? Und meine These ist: Man kann an der APW-Geschichte und an der BBF sehen: sie hat es total negiert und sie hat nur Traditionen bewahrt, die vor der DDR legitim waren oder die technologisch rechtfertigungsfähig gewesen wären, sonst ist von der Bildungswissenschaft der DDR nichts übrig geblieben.

Christoph Führ

Ich vertrete die Gegenthese, dass nämlich die APW in Bonsaiform fortbesteht und dass es eine solche Negierung bei uns nie gegeben hat. Ich zitiere aus einem Kurzbericht von mir an Herrn Mitter vom 13. 12. 1991. Da heißt es: „Fazit. Da die Aufarbeitung der Geschichte des DDR-Bildungssystems und der DDR-Pädagogik in nächster Zeit ein besonderer Schwerpunkt sein wird, kommt der Bibliothek und dem Archiv eine erhebliche bildungspolitische und historische Bedeutung zu. Die Bibliothek dürfte mit eine der umfassendsten Dokumentationsstellen des Schriftguts sein. Für die Aufarbeitung der pädagogischen Entwicklung ist das Archiv von großer Bedeutung. Bibliothek, Archiv und Forschergruppe sollten zusammengeführt werden, erst so ergibt sich eine arbeitsfähige Forschungsstätte für neuere deutsche Bildungsgeschichte, vornehmlich seit dem Ausgang des 18. Jahrhunderts in Berlin.“

Ulrich Wiegmann

In der bisherigen Diskussion kommt die östliche Zeitzeugenperspektive viel zu kurz, deswegen melde ich mich jetzt auch. Denn dann müsste man noch darauf verweisen, dass es auch von östlicher Seite Vorarbeiten gab, die beispielsweise im Rahmen dieser Akademiereform erfolgten und überhaupt erst einmal die Idee

hervorgebracht haben, Bibliothek, Museum und Forschung zusammenzubinden und irgendwie attraktiv zu machen und so Herrn Schaumann zu präsentieren. Das hat Frau Uhlig sehr engagiert verfolgt und war dazu oft bei Schaumann vorstellig. Dort kannte man diese Idee und ich hatte das dann auch schriftlich formuliert. Mir scheint das immer so, als wäre letztendlich diese Idee aufgegangen, quasi modifiziert, unter altbundesdeutschen Bedingungen wieder aufgegriffen und verwirklicht worden.

Ich fand es richtig, Herr Tenorth, dass Sie darauf hingewiesen haben, dass es natürlich auch Strategien gab östlicherseits, sich zu präsentieren. Dieses Präsentieren war gleichzeitig auch mit Verschweigen verbunden. Wenn ich an das Logo denke der Bibliothek, das dann erfunden wurde, da stand dann Deutsche Lehrerbücherei und auf der anderen Seite PZB, aber dass sie Bibliothek des NSLB (Nationalsozialistischer Lehrerbund – C.R.) war, steht natürlich nicht im Logo. So kann man natürlich auch eine Geschichte konstruieren, die attraktiv wird für die Abnehmer.

Ursula Basikow

Ich möchte jetzt in das Gespräch die Mitarbeiterperspektive einbringen. Ich war ja nicht involviert in diese ganzen Gremien, in denen dann die endgültigen Entscheidungen gefallen sind, aber ich war zum Beispiel bei dieser ganzen Geschichte mit der Stiftung Pädagogisches Kulturgut stark einbezogen. Das war eine Idee, die mir sehr gut gefallen hat. Dass mir das auch – so wie vielen anderen – nicht so finanzierbar erschien, das haben wir erst mal vernachlässigt. Wir fanden es aber gut, dieses historisch-pädagogische Kulturgut zusammenzuführen an einer Stelle und es nach Möglichkeit zusammen zu lassen für die spätere Forschung. Womit ich hauptsächlich beschäftigt war als verantwortliche Archivarin, war durch die immer leerer werdenden Gänge und Räume der APW zu ziehen und die dort hinterlassenen Akten, Archivalien und Notizen der Mitarbeiter sicherzustellen, die ja auch zum Teil frustriert und im Zorn ihre Räume verließen. Mein Interesse war, das APW-Archiv da zu erhalten wo es war und es nach Möglichkeit eben mit der Bibliothek zusammenzuführen. Das fand ich eine gute Idee sowohl für die spätere Benutzung als auch – um das mal aus subjektiver

Sicht zu sagen – für die Erhaltung meines Arbeitsplatzes. Jeder wollte ja die Bestände haben, aber keiner wollte uns als Personal übernehmen. Diese Seite und diese Diskussion habe ich sehr intensiv miterlebt. Wir haben später dann auch die Lösung gefunden, das Archiv, jedenfalls den Teil, der heute noch APW-Archiv ist, es ist ja inzwischen viel mehr hinzugekommen, mit einem Vertrag des Bundesarchives hier als Depositum zu behalten, und es ist entsprechend gut genutzt worden. Der Vorteil, Buchquellen und Archivalien an einem Ort zu konzentrieren, liegt ja auf der Hand für die Forschung, und das hat sich wirklich bewährt.

Was ich dann noch ganz intensiv mitbekommen habe, war die Diskussion der Bibliothekarinnen. Vorher war das Archiv eine selbstständige Einrichtung und nur dem entsprechenden Vizepräsidenten der APW unterstellt. Jetzt wurde es angegliedert an die Bibliothek. Das hat mir nicht so ganz gefallen, weil es immer ein bisschen unter der Decke gehalten wurde. Also, ich habe eine Weile gebraucht, um umzudenken. Das Gleiche habe ich bei den Bibliothekarinnen erlebt, die sehr traurig darüber waren, dass sie diese Bestandsbegrenzung (einer bildungsgeschichtlichen Forschungsbibliothek – C.R.) vornehmen mussten, nicht mehr dieses weite Sammelgebiet (der vormaligen PZB – C.R.) hatten, und die sich ja auch immer sehr für Lehrerstudenten, für Lehrer, für die Lehrerweiterbildung und so weiter engagiert hatten. Jetzt sollte das „nur noch“ Forschung auf bildungsgeschichtlichem Gebiet sein. Das war ein ziemlich langer und heftig diskutierter Umdenkungsprozess bei den Bibliothekarinnen, der einfach notwendig war und sich auch in etlichen Gremien widergespiegelt hat.

Gerd Mangel

Erstens zu Herrn Tenorth: In den Beratungen der BLK-Gremien gibt es für den Bestand der Bibliothek drei Tiers: Erstens Altbestand einschließlich der Literatur von 1933 - 1945, Zweitens DDR-Literatur, Drittens Osteuropa. Unter diesen Aspekten wird die Bibliothek als wichtig erachtet. Die Rolle Aufarbeitung der DDR-Pädagogik ist dabei als ganz zentral angesehen.

Auf zwei Themen möchte ich eingehen: Erstens: Es ist ja teilweise darauf hingewiesen worden, wie chaotisch, teilweise zufällig, in dieser Phase Entschei-

dungen gefällt worden sind. Sei es in der BLK, sei es auf Länderebene, wo auch immer, wurden irgendwelche Einrichtungen verortet oder auch nicht verortet, die dann einfach untergingen. Ich glaube es wird überschätzt, wie viele Alternativen es eigentlich gegeben hat. Es war also nicht so, dass man dann, wenn eine Lösung nicht zustande kam, eine zweite finden konnte. Ich wage zu behaupten, wenn die Integration in das DIPF nicht gelungen wäre, gäbe es die Bibliothek gar nicht mehr. Meine These ist, dass es eigentlich gar keine Alternativen gab, und wenn diese Lösung nicht funktioniert hätte, dann hätte es keine gegeben. Man hätte die Bibliothek aufgelöst und die Bestände wären irgendwohin gegangen.

Einen zweiten Aspekt will ich doch noch etwas zuspitzen. Ich habe nicht so viel Harmonie in diesem Prozess feststellen können. Das liegt natürlich auch an meiner Sichtweise. Es gibt aus meiner Sicht eine erstaunliche Zweigleisigkeit in der weiteren Entwicklung. Das ist die eine Sache, die konkreten Aktivitäten zur Integration und alle Maßnahmen, die dazu zu ergreifen waren. Das andere ist das Selbstverständnis im DIPF. Wir hatten noch zweieinhalb bis drei Jahre später die Situation – das lässt sich auch dokumentieren – dass das DIPF sagte, die Bibliothek ist uns aufgezwungen worden, wir sind eigentlich nicht dafür verantwortlich. Die Zuwendungsgeber wiederum sagten: Wenn ihr nicht die Verantwortung übernehmt, dann stellt sich die Finanzierungsfrage für das DIPF insgesamt.

Hermann Zayer

Ich bin – was die Frage von Herrn Tenorth betrifft – auch der Meinung, dass wir eigentlich gar nicht mehr tun konnten. Wir hätten sehr gerne noch mehr Forscher übernommen, aber der Personalbestand der gesamten Einrichtung ist ja halbiert worden von der Größenordnung her – das was übrig geblieben ist in der Forschungsstelle und in der BBF, und die Forschungsgruppe war sozusagen auch ein kleines Anhängsel, was dann uns auch noch zugestanden worden ist – es war aber nicht eine wirklich entscheidende Größe. Der andere Punkt, das ist, glaube ich, was ganz Wichtiges: Wir haben nämlich auch schon in den Diskussionen, als es um die grundsätzliche Entscheidung ging, gesehen, was da eigentlich auf das DIPF Frankfurt zukommt. Ich würde sagen, die Standortdiskussion ist nicht sehr ernst zu nehmen, dass also wirklich Standort Frankfurt für die gesamte Ein-

richtung in Betracht gekommen wäre, war wirklich nie ernsthaft in den Köpfen drin. 1987 hat die Stadt Frankfurt einen Anlauf genommen, das Institut zu sanieren, und fast hätten wir es geschafft und fast wäre der Beschluss dagewesen, und dann hat irgendjemand im Magistrat der Stadt Frankfurt festgestellt, dass die Stadt so gut wie pleite ist und die ganze Sanierungsmaßnahme des DIPF-Gebäudes war damit gestorben. Wir fangen jetzt, 15 Jahre später, mit der Sanierung dieses Gebäudes an. Und ich denke, alle die hier sitzen haben das auch schon mal gesehen, und das ist gar kein Vergleich zu dem was hier ist.

Wir haben am 30.9. die Stellen ausgeschrieben, wir hatten am 31.10. die Bewerbungsgespräche in Frankfurt und ich habe mal eine Aktennotiz – nur um mal ein Beispiel zu geben, was das eigentlich auch für uns an organisatorischem Aufwand bis in die Mitte der 90er Jahre hinein bedeutet hat, bis auch alle Fragen, die sich da oft drum gerant haben mit Arbeitsgerichtsprozessen aber auch mit anderen Fragen des Umzugs in das neue Gebäude usw. Das war schon ein erheblicher Kraftakt, das war uns auch klar. – am 3.1.92 habe ich geschrieben: Am 20.12. erklärt Herr Mangel in einem Telefonat, dass die Ausfertigung der Arbeitsverträge für die Berliner Mitarbeiter nicht mehr länger hinausgezögert werden sollte. ... Die Vorgabe des Bundestagshaushaltsausschusses, dass 10 Prozent der Stellen von DIPF-Service für 95 kw-gestellt werden sollten, war Herr Mangel noch nicht bekannt. Herr Hasemann teilte am 3.1.92 telefonisch mit, dass die Vorgabe des Haushaltsausschusses durch den BMF bereits spezifiziert worden sei und dann wird aufgeführt, welche Stellen da mit kw-Vermerken versehen werden sollten. Und inzwischen hatten wir aber schon die Bewerbungsgespräche alle geführt, die Arbeitsverträge waren sozusagen unterschriftsreif. Dann kamen die entsprechenden Mitteilungen, was wegfällt bzw. was kw-gestellt werden soll und so weiter. Und das ging ja wirklich dann auch noch in der ersten Zeit, als der Umzug hier erfolgt war, gab es ja auch noch eine Reihe von Problemen, und ich habe sozusagen jetzt das Gefühl, dass es sich erst in den letzten Jahren richtig konsolidiert hat und dass da auch etwas Ruhe eingekehrt ist und irgendwo das Ganze auch entsprechend zusammengewachsen ist. Ich glaube, das ist auch wichtig als Hintergrund, warum da immer wieder gesagt worden ist: uns ist das ja aufgezwungen worden. Wir waren bei unzähligen Arbeitsgerichtsverfahren beim

Bundesverwaltungsgericht usw., das ja auch Kräfte im DIPF gebunden hat, die eigentlich für diese Aufgaben, für das, was da auf uns zugekommen ist, gar nicht in genügender Zahl und mit genügender Sachkompetenz vorhanden waren. Das hat auch immer eine große Rolle gespielt, nicht nur sozusagen die inhaltliche Ausrichtung, sondern: wie kann man das überhaupt bewältigen?

Heinz-Elmar Tenorth

Herr Zayer, ich habe nicht dem DIPF vorgeworfen, dass es nicht genügend Mitarbeiter übernommen hätte, sondern ich wollte den Kontext einführen und auch die Zeitzeugen einfügen, die nicht da sind, denn Herr Schaumann macht natürlich in der Zeit nicht DIPF-Politik, sondern er macht gesamtdeutsche Wissenschaftspolitik. Und Herr Führ ist nicht nur der Mitarbeiter des DIPF in der Zeit, sondern er ist gleichzeitig Mitglied einer Kommission des Wissenschaftsrates, die in den neuen Bundesländern die Lehrerbildung begutachtet. Er lernt in dieser Kommission – wenn er ihn vorher noch nicht kannte – Herrn Thies kennen, der seinerseits an der Humboldt-Universität einer der eingesetzten Gründungsdekane für die Abwicklung und Neukonstitution der aus ideologischen Gründen vollständig abzuwickelnden Disziplin ist, der Erziehungswissenschaft nämlich, der hinterher Staatssekretär wird und der darüber verhandelt, wie viel das Land Berlin bezahlen kann und bezahlen will und dem immer die Perspektive klar war: wir entscheiden über das, was an DDR-Wissenschaft in diesem Bereich der Bildungswissenschaften überhaupt noch legitim ist. Und die Botschaft, die er mitgetragen hat, besagt: die Erziehungswissenschaft der DDR gehört nicht zu den Disziplinen, die bewahrenswert sind, allenfalls Einzelpersonen, aber als Struktur, als Organisation, als institutionelle Form nicht. Herr Thies hat noch die Abwicklung der Erziehungswissenschaft an der Humboldt-Universität verteidigt als das Oberverwaltungsgericht schon anderer Meinung war.

Die ersatzlose Streichung der fünf Fächer Philosophie, Ökonomie, Erziehungswissenschaft, Geschichte und Rechtswissenschaft durch Frau Riedmüller-Seel an der Humboldt-Universität ist mein Zeitzeugenkontext, ist das, was ich erlebt habe, dann hinterher auch in der konkreten Aktion der Rettung des Wenigen. Und so würde ich die Konstituierung der BBF sehen, als Rettung des Wenigen, was über das DIPF überhaupt rettbar war. Das ist nämlich dann schon das Folge-

problem, wo man das zu Rettende ablegt. Dass das eine APW in nuce ist, Herr Führ, was hier gerettet worden ist, das halte ich wirklich für eine dramatische Übertreibung. Ob man die Archivierung eines Materialbestandes als den Fortbestand einer Forschungs- und Wissenschaftsinstitution interpretieren kann, weiß ich nicht. Denn, Herr Mangel, was Sie als „die wichtigen Bestände“ sehen – DDR-Literatur und Osteuropa – das wird ein Gegenstand historischer Forschung. Von daher ist mir diese Perspektive auf den beiden Ebenen der ganz großen Zeitzeugen einerseits, die leider nicht hier sind, aber ich weiß das aus Gesprächen mit Thies, und auf der Ebene der Akteure andererseits, die ich selber erlebt habe, eine Perspektive, die mit dazu gehört. Sonst wird die ganze Geschichte, über die wir reden, eine vielleicht relativ konflikthafte aber doch teleologisch eindeutige und im Ergebnis schöne – wir haben die BBF gerettet und das Archiv bewahrt. Wie fein!

Gert Geißler

Ich möchte noch einmal auf die Perspektive der Mitarbeiter zu sprechen kommen, der Mitarbeiter, die, wie wir heute festgestellt haben, jetzt schon länger im DIPF tätig sind, als sie es je in der APW oder deren Einrichtungen waren. Herr Tenorth hat für mich eindrucksvoll die Zeit der Wende und danach in Erinnerung gerufen mit all den Zentrifugalkräften, denen wir an der APW und generell die Erziehungswissenschaft oder Pädagogik in der DDR ausgesetzt waren. Und dies in einer Zeit, in der es an ad hoc-Abwertungen, -Verurteilungen und -Abweisungen von DDR-Pädagogik nicht mangelte. Vor diesem Hintergrund erinnere ich mich an ein Gespräch, das wir, Herr Wiegmann und ich, und andere Bildungshistoriker der DDR Anfang des Jahres 1990 in Bonn hatten, wo wir unsere aus dem Boden gestampfte Konzeption zu einer künftigen DDR-Bildungsforschung vorstellen konnten, vieles belächelt wurde, aber auch berechtigte Kritik bestand, mit der Tonlage: na ja, jetzt drehen die das um, was sie vorher gemacht haben und schreiben dasselbe mit anderer Wertung auf. Vor diesem Hintergrund schätze ich es hoch ein, dass hier im DIPF einer Arbeitsgruppe mit 15 Forschern einschließlich der Bildungshistoriker die Möglichkeit geboten wurde, unsere Vorstellungen umzusetzen, dass uns nicht gesagt worden ist: Wir sind das DIPF,

wir haben die DDR immer beobachtet, wir sind bestens informiert, wir müssen uns jetzt nicht zeigen lassen, wie das gewesen ist, also forscht mal zum Thema Preußen oder macht mal was anderes. Im Gegenteil, wir haben Gelegenheit bekommen, uns in dieses neue Forschungsfeld einzuarbeiten, unter Bezug auf die Bestände, die hier überliefert worden sind, Bestände nach 1945. Das hat es uns ermöglicht, über dieses erste Jahr, das Jahr 1990, wo die Bibliothek noch in der Trägerschaft von Berlin lag, hier in dieser Forschergruppe intensiv forschen zu können. Aus diesen Arbeitszusammenhängen ist das für mich – wir haben diese Konflikte und Debatten ja nur beiläufig oder gar nicht wahrnehmen können – eigentlich ein logischer Prozess zu dem Konstrukt, das dann herauskam. Die Forschergruppe war ein Modul, das Archiv war ein Modul und dann kam noch die Bibliothek dazu.

Christoph Führ

Ich will hier nur betonen: Im Grunde ist das alles dargestellt, es liegt alles vor. Ich greife meine These von 1995 auf und zitiere mich selbst: „Die These, die APW sei 'restlos abgewickelt' worden, ist also nicht ganz zutreffend. Aufgelöst wurde zwar die 'Institution' APW. Aber einigen Mitarbeitern wurde die Möglichkeit geboten, ihre Arbeit im Rahmen des DIPF fortzusetzen. Um vorab einen Eindruck von der Größenordnung zu vermitteln, sei erwähnt, daß derzeit (1995 – C.R.) der Etat des (alten) Deutschen Instituts und der neu hinzugekommenen 'Service-Einrichtungen' annähernd gleich groß ist.“⁶ Man könnte also die These vertreten, die APW besteht in Bonsaiform fort und ist auf eine der föderalen Demokratie angemessene Größenordnung geschrumpft. Herr Mitter und Herr Zayer erwarben sich bei der organisatorischen Eingliederung der Bibliothek samt Forschungsgruppe große Verdienste.

Ich habe mich damals sofort bemüht, die Bibliothek im Westen bekannt zu machen. Denn so gut wie niemand in der westdeutschen Bildungselite kannte die Bibliothek. Ich habe ein Dutzend wichtiger Reden und Aufsätze zur deutschen Hochschulgeschichte von 1868 bis 1932 kopiert, einbinden lassen und in 20 Exemplaren an führende Hochschulpolitiker verschickt. Das Echo war sehr positiv.

⁶ FÜHR (1995) 1997, a.a.O., S. 322.

Christine Lost⁷

Ich erinnere mich, dass im Jahr 1990 eine massive Rängelei um Besitzverhältnisse einsetzte. Da ging es darum: Wem gehört das Gebäude, welche Bestände sind enthalten? Unsere Ambition war – und das haben wir auch versucht – das, was sich 'historisch-pädagogisches Kulturgut' nannte, zusammenzuhalten und wir haben dazu einen Verein gegründet. Unsere Idee damals war, dieses Kulturgut mit einer Forschungsgruppe zu verbinden. Dabei ging es nicht um einzelne Personen, sondern einfach um den Ansatz, Museum, Bibliothek und Archiv zusammenzuhalten und mit Forschung zu verbinden. Und dann muss ich sagen, dass es ein großes Glück war, dass Herr Mitter kam, als die massiven Versuche von vielen Seiten einsetzten, diese Dinge aufzuteilen und irgendwohin zu bringen.

⁷ Aufgrund einer Lehrverpflichtung erst später zu dem Gesprächskreis gestoßen.

6.

Schulprogramme/Jahresberichte

Zur Geschichte einer wenig beachteten Publikationsform

In: Sedina-Archiv (2004), S. 155-163

1824 wurde vom Königlichen Ministerium der Geistlichen, Unterrichts- und Medicinalangelegenheiten ein Circularrescript erlassen, das allen höheren Schulen in Preußen die Herausgabe eines Schulprogrammes auferlegte. In den Ausführungen dazu heißt es: „Zu der in einem jeden Gymnasio jährlich um Ostern oder Michaelis zu veranstaltenden öffentlichen Prüfung soll durch ein in Quartform gedrucktes Programm eingeladen werden.“ (Neigebaur 1988, S. 272).

Mit diesem Erlass wurde keineswegs eine neue Schriftengattung erfunden. Programma, so wird man von Zedlers Universal-Lexicon belehrt, „bedeutet in denen alten Römischen Rechten überhaupt einen jedweden öffentlichen Anschlag“ (Großes vollständiges Universal-Lexicon. 1741. Bd. 29, Sp. 779). In Schulprogrammen wurde demnach auf Ereignisse und Entwicklungen der Schulen hingewiesen und sie richteten sich an eine außerhalb der Schule zu verortende Öffentlichkeit. Zur Zeit des preußischen Erlasses handelte es sich um Einladungen von Schulen zu einer Schulfest, nämlich einer mehr oder weniger festlich gestalteten öffentlichen Prüfung, die, wie den weiteren Ausführungen des Erlasses zu entnehmen ist, durch ergänzende Inhalte erweitert werden sollte, die auf ein breiteres Interesse rechnen konnten. Schulprogramme gehören somit zur Gattung der Schulschriften, also von Schulen herausgegebene und verantwortete Publikationen.

Der Begriff Schulprogramme wurde bereits Ende des 19. Jahrhunderts durch die Bezeichnung „Jahresberichte“ ersetzt, die auch heute noch von vielen Schulen veröffentlicht werden. Aufgrund ihrer langen Geschichte ist eine kaum überschaubare Menge solcher Schriften entstanden. So zahlreich der Bestand ist, so wenig beachtet wird er. Diese Beobachtung betrifft die gesamte Zeit ihres Erscheinens bis heute, obgleich Jahresberichte gerade für die historische

Forschung und insbesondere für die Bildungsgeschichte eine zwar bedeutende, aber immer noch vernachlässigte Quelle darstellen (vgl. Koppitz 1988).

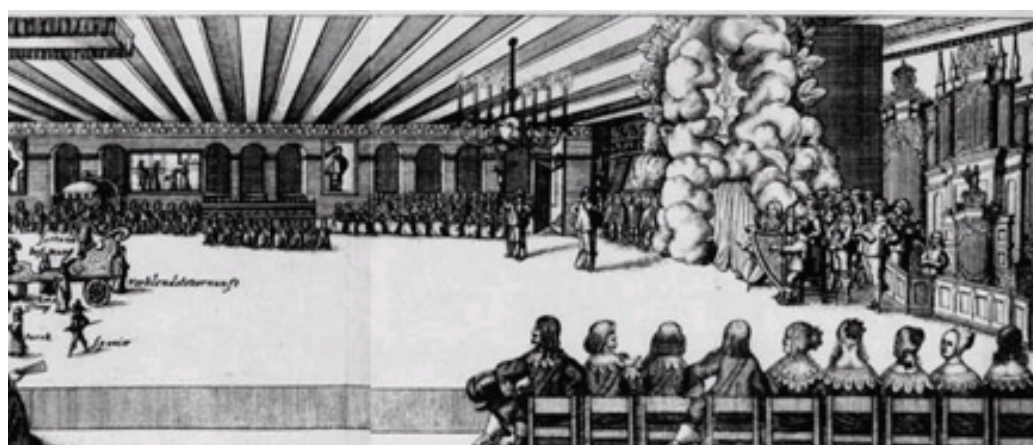
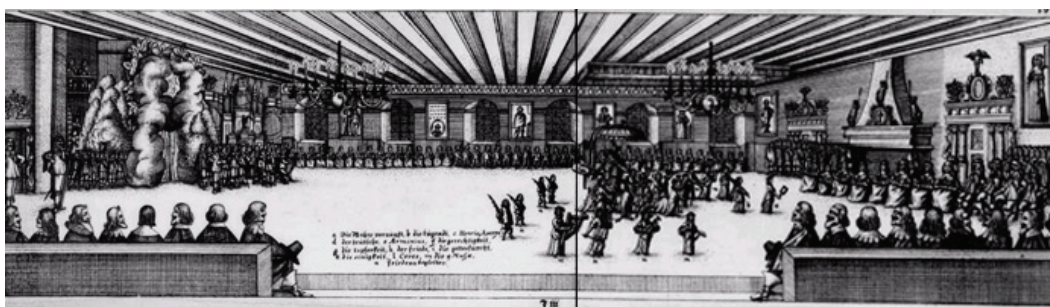
Inhalte und Form von Schulprogrammen haben sich im Verlauf der Jahrhunderte gewandelt. Im Wesentlichen zwei Motive führten zu ihrer Herstellung: zum einen dienten sie als eine Form der Öffentlichkeitsarbeit zur Mehrung von Aufmerksamkeit sowie zur Steigerung des Ansehens und damit nicht zuletzt dem wirtschaftlichen Erfolg der Schule, zum anderen mussten sie auf Veranlassung des Kostenträgers geschrieben werden, um Rechenschaft über die geleistete Arbeit abzulegen.

Schulprogramme, die sich auf die Einladung zu einer Schulfeierlichkeit oder einem Scholactus beschränken, sind die früheste Form heute erhaltener Schulprogramme. Wichtige Wendepunkte der Schulen wie Jahresabschluss oder Entlassung von Schülern sowie religiöse und weltliche Gedenktage bildeten ihre wichtigsten Anlässe. Bei solchen Gelegenheiten konnte die Schule ihre Leistungsfähigkeit unter Beweis stellen: Lehrer hielten Vorträge als Beleg für ihr Wissen und ihre Bildung, Schüler konnten ihre Lernerfolge sichtbar machen. Dazu dienten neben öffentlichen Prüfungen auch Leistungsnachweise in anderen Formen wie öffentliche Schülerdisputationen, Schülerreden oder auch Aufführungen von Schuldramen.

Bereits im Mittelalter waren Klosterschüler an der Aufführung geistlicher Spiele beteiligt. In der Zeit des Humanismus und der Reformation wurde das Schultheater ein fester Bestandteil der Lateinschulen, in Breslau etwa sind sie seit 1500 bezeugt (Gajek 1994, S. 5). Martin Luther und Philipp Melanchthon waren Befürworter der Aufführung von Schuldramen. Eine Begründung dafür lieferte Luther in seinen „Tischreden“: „Comödien zu spielen soll man um der Knaben in der Schule willen nicht wehren, sondern gestatten und zulassen, erstlich, daß sie sich üben in der lateinischen Sprache; zum Andern, daß in Comödien fein künstlich erdichtet, abgemalet und fargestellt werden solche Personen, dadurch die Leute unterrichtet, und ein Jeglicher seines Amtes und Standes erinnert und vermahnet werde, was einem Knecht, Herrn, jungen Gesellen und Alten gebühre, wol anstehe und was er thun soll, ja, es wird darinnen furgehalten und für die

Augen gestellt aller Dignitäten Grad, Aemter und Gebühr, wie sich ein Jeglicher in seinem Stande halten soll im äußerlichen Wandel, wie in einem Spiegel.

Zudem werden darinnen beschrieben und angezeigt die listigen Anschläge und Betrug der bösen Bälge; dergleichen, was der Eltern und jungen Knaben Amt sey, wie sie ihre Kinder und jungen Leute zum Ehestande ziehen und halten, wenn es Zeit mit ihnen ist, und wie die Kinder den Eltern gehorsam seyn, und freyen sollen usw. Solches wird in Comödien furgehalten, welchs denn sehr nütz und wol zu wissen ist.“ (Luther 1912. Stück 867, S. 431 f.).



In den Bemerkungen Luthers ist die pädagogische Begründung für die Aufführung von Schuldramen inbegriffen, die lange Zeit ihre Gültigkeit behielt. Der Bühne wurde sowohl für die an der Aufführung beteiligten Schüler als auch für die Zuschauer eine erzieherische Wirkung beigemessen. Dadurch würde die auf das Auswendiglernen und die Rezitation von zunächst vorwiegend lateinischen Texten gestützte Lehrmethode befördert. Nicht zuletzt erhoffte man sich, dass durch die Lust der Schüler an der Mitwirkung die Lernmotivation verbessert würde. Später, insbesondere im 17. Jahrhundert, war mit der Aufführung von Schuldramen darüber hinaus die Erwartung verbunden, die

Redegewandtheit der Schüler zu verbessern und somit ein sicheres Auftreten im öffentlichen Leben vorzubereiten.

Für Schüler und das Publikum gleichermaßen erhoffte man, dass die dargestellten nachahmenswerten oder abschreckenden Charaktere eine erzieherische Wirkung ausüben und die moralische Haltung verbessern sollten. Neben dem protestantischen Schuldrama gewann das Jesuitendrama eine weite Verbreitung.

Zunächst überwogen die Aufführungen von biblischen und antiken Stoffen. Daneben entstanden neue Stücke, die vielfach von den Rektoren der Schule verfasst wurden. Der Publikumserfolg solcher Aufführungen steigerte auch das Ansehen des Autors, der durch sein schriftstellerisches Können den Ruf der Schule festigte oder gar ausbaute.

Einen Höhepunkt erlebte das Schuldrama im 17. Jahrhundert. Danach geriet es in eine Krise, die durch zunehmende Kritik an der künstlerischen Qualität bedingt war, zum anderen durch Angriffe pietistischer Kreise verursacht wurde. Die in der „Königlich Preußischen erneuerten Verordnung wegen der studierenden Jugend auf Schulen und Universitäten“ vom 30. September 1718 befohlene Abschaffung von Schulkomödien – weil sie „die Gemüter vereitelten und [...] nur Unkosten verursachten“ (zit. nach Mollmann 1901, S. 6) – bedeutete zwar keineswegs ihr abruptes Ende, beförderte aber den im 18. Jahrhundert aufs Ganze gesehen zu verzeichnenden Niedergang dieses Genres. Von da an dominierten andere Formen der in Schulfeiern zum Ausdruck gebrachten Darstellungen schulischer Leistungsfähigkeit, die jedoch zum Teil schon lange vorher neben dem Schuldrama praktiziert wurden.

Angesichts der ungebrochenen Bedeutung der Redefähigkeit als Bildungsziel spielte der Redeactus eine große Rolle. Im Zedlerschen Universal-Lexicon aus dem Jahr 1741 wird zum Stichwort ‚Schulreden‘ unterschieden in „Declamation, öffentliche Reden, ganze Oratorische Handlungen, Lob-Reden, Gedächtniß-Reden, Invectiv-Reden“ (Großes vollständiges Universal-Lexicon. 1743. Bd. 35, Sp. 1559). Teilweise arteten solche Ereignisse in wahre Redeschlachten aus. In Dortmund traten anlässlich des Reformationsjubiläums im Jahr 1743 insgesamt 35 Redner und zwei Disputanten der Schule auf (Paulsen 1896. Bd. 1, S. 586). Die

Reden wurden von Lehrern und Schülern gleichermaßen gehalten. Im Gymnasium Nordhausen heißt es im Schulprogramm des Jahres 1845: „An die öffentliche Prüfung wird Mittwochs, den 19. März, früh von 9 Uhr an ein Redactus sich anschliessen, bei welchem folgende Primaner mit Reden und Gedichten, die sie selbst verfasst haben, in folgender Ordnung auftreten werden [...]“.

Die Aufführung von Schuldramen oder Redeübungen kann durchaus als eine Form der öffentlichen Prüfung angesehen werden. Dabei stand allerdings nicht die individuelle Leistungsfähigkeit der Schüler im Vordergrund, denn, so die Mahnung eines Pädagogen: „nichts ist leichter als den Laien bei der Schulprüfung Sand in die Augen zu werfen“ (Pädagogische Real-Encyclopädie oder Encyclopädisches Wörterbuch des Erziehungs- und Unterrichtswesens und seiner Geschichte. Bd. 2. 1847, S. 438) Vielmehr bot sich dadurch eine Möglichkeit, der interessierten Öffentlichkeit die Leistungsfähigkeit der Schule zu demonstrieren. Um einen möglichst positiven Eindruck zu hinterlassen wurde deshalb empfohlen, jede öffentliche Prüfung mit einer gewissen Feierlichkeit zu veranstalten (vgl. ebd.).

Adressaten der Schulprogramme oder Einladungen waren die Stadtväter, die Patrone und alle Freunde und Gönner der betreffenden Schule. In einer Schulordnung aus dem Jahr 1688 heißt es: „Der jährlichen öffentlichen Examinum wegen sol Er [der Rektor der Schule – C.R.] sich alßbald nach Ostern und Michael bey denen Inspectoribus erkundigen und nebst Ihnen auch andere Gelehrte und Ehrbare Bürger hierzu ordentlich einladen.“ (Erneuerte Oelßnische Schulordnung 1688, [S. 27 f.]). Eine ausführliche Anweisung zur Herstellung und Verteilung von Schulprogrammen findet sich in einem „Entwurf einer Ordnung für die grossen Schulen der Stadt Braunschweig“ aus dem Jahr 1755: „Die einladung zu den examinibus in den gymnasiis geschiehet [...] vermittelt eines auf einem bogen gedruckten lections-catalogi. Der rector des gymnasii erinnert bey zeiten seine collegen ihm ihre lectiones publicos, privata et privatissimas, welche sie in den verflossenen halben jahre zu halten gedencken, einzuschicken. So bald er die lectiones gesammelt und der superintendens nicht dabey zu erinnern hat, läbet er den lections-catalogum, auf dessen titelblate der tag und die stunde des anzustellenden examinis angezeigt ist, in lateinischer sprache, mit einer

kurzen vorrede begleitet, auf kosten des schulaerarii nicht nur drucken, sondern auch hernach die benötigten exemplaria einbinden. Er sendet hierauf ein paar tage zuvor, ehe das examen gehalten werden soll, diesen lections-catalogum durch seinen custodem an die glieder des raths, an das gesammte geistliche ministerium und an andere gelehrte schulfreunde dieser stadt.“ (Entwurf einer Ordnung für die grossen Schulen der Stadt Braunschweig 1755).

In Breslau, zu dessen Geschichte der Schulprogramme eine umfangreiche Untersuchung vorliegt, sind gedruckte Einladungsschriften seit 1616 erhalten. Sie ähneln in ihrer Aufmachung und ihrem Inhalt vergleichbaren Schriften der Schulen anderer Städte. Neben dem Thema der Redeübung oder den aufzuführenden Schuldramen finden sich Hinweise zum Anlass, Ort und zur Zeit der Feier, weiterhin werden die Namen und Funktionen der beteiligten Lehrer angegeben. Schließlich enthalten sie die Begründungen und Erläuterungen des Ereignisses in einem Vorwort des Direktors und die Einladung an die Leser zur Teilnahme.

Neben der Verteilung und später dem Postversand der Schulprogramme wurde von den Kirchenkanzeln auf Schulfeiern hingewiesen. Diese Form der Öffentlichkeitsarbeit wird noch in der „Pädagogische Real-Encyclopädie oder Encyclopädisches Wörterbuch des Erziehungs- und Unterrichtswesens und seiner Geschichte“ aus dem Jahr 1847 empfohlen (Bd. 2. 1847, S. 439). Weiterhin wurden die Schulprogramme als öffentlicher Anschlag an Kirchen und an der Schule angebracht (vgl. Gajek 1994, S. 43).

Ergänzend zur Einladung zum Schulactus wurden in die Schulprogramme zunehmend einzelne Reden, insbesondere des Schulleiters, aufgenommen. Damit sollte der wissenschaftliche Standard einer Schule demonstriert werden. Daraus entwickelten sich Abhandlungen, die lange Zeit ein fester Bestandteil der Schulprogramme blieben. Weiterhin wurden Schulnachrichten aufgenommen, die Informationen zum Schulbetrieb enthielten.

Da es keine Regelung zur Strukturierung gab, wiesen die Schulprogramme eine große Variationsbreite auf, die zu Beginn des 19. Jahrhunderts als „Zerfahrenheit und Zersplitterung“ empfunden wurde (Ullrich 1908, S. 132). Mit dem bereits erwähnten Circularrescript des Königlichen Ministeriums der Geistlichen,

Unterrichts- und Medicinalangelegenheiten an sämtliche Königlichen Consistorien, die Gymnasial-Prüfungsprogramme betreffend, vom 23. August 1824, wurde in Preußen eine Vereinheitlichung der Schulprogramme angestrebt, die ihnen einen neuen Charakter als amtliche Publikation zuwies. Weitere Länder orientierten sich an diesem Beispiel und führten eigene Regelungen ein, die die Direktoren der höheren Schulen ihres Einflussbereichs zur Herausgabe eines jährlichen Schulprogramms verpflichteten (so u.a. in Bayern 1825, Sachsen 1833, Baden 1836, Österreich 1849).

Durch die Erlasse sollte nicht nur das Informationsbedürfnis des unmittelbaren schulischen Umfeldes befriedigt werden. Da sie im Tauschverfahren anderen Schulen zugesandt wurden, sollten sie zur gegenseitigen Anregung und Verbesserung beitragen. Schließlich erwartete die vorgesetzte Behörde selbst einen genaueren Einblick in das gesamte Schulwesen und in die Organisation der einzelnen Einrichtungen. Deshalb wurde in den Erlassen nicht nur die Herausgabe der Schulprogramme angeordnet, sondern auch die Strukturierung des Inhalts festgelegt. Bis dahin blieben Inhalt und Form dem Ermessen der Schule vorbehalten.

Die vom preußischen Kultusministerium festgelegte Struktur der Schulprogramme umfasste vor allem:

1. Eine Abhandlung zu einem wissenschaftlichen Thema oder den Abdruck einer im Gymnasium gehaltenen Rede.
2. Beschreibung der „allgemeinen Lehrverfassung“ im abgelaufenen Schuljahr (Übersicht über die Verteilung der Stunden auf die einzelnen Fächer und die die Fächer vertretenden Lehrer, Übersicht über den Lehrplan und die verwendeten Schulbücher).
3. Wiedergabe der Verfügungen der vorgesetzten Behörden, sofern sie für die Leser der Programme von Interesse sind.
4. Chronik der Schule für das abgelaufene Jahr. In diesem Abschnitt erwartet sich das Ministerium regelmäßige Mitteilungen über
 - "1) die Eröffnung des Schuljahrs,
 - 2) die vaterländischen Schul- und etwaige andere Feste zum Andenken an die Wohlthäter der Anstalt,

- 3) Nachrichten von Veränderungen im Lehrer- oder Beamtenpersonal des Gymnasii, längere Krankheiten der Lehrer, von der für solche Zeit angeordneten Aushilfe etc. und
 - 4) außerordentliche Ereignisse, welche sich bei einem Gymnasio während des Jahres zugetragen haben." (Neugebauer 1988, S. 274).
5. Statistische Mitteilungen wie Verteilung der Schüler auf die Klassen, Übersicht über die Religions- und Heimatverhältnisse der Schüler sowie Übersicht über die Abiturienten.
 6. Vermehrungen der Sammlungen von Lehrmitteln.
 7. Stiftungen und Unterstützungen von Schülern.
 8. Mitteilungen an die Schüler und deren Eltern.

Darüber hinaus wurden die preußischen höheren Schulen zunächst verpflichtet, jedem Jahresbericht eine wissenschaftliche Abhandlung beizufügen. Das Thema der Abhandlung konnte vom Lehrerkollegium frei bestimmt werden, der Verfasser musste aus dem Kreis der Lehrer kommen. Von einigen durchaus gravierenden Änderungen abgesehen, wurden bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges Schulprogramme in dieser Form erstellt¹.

An zwei Stellen wurden die seit 1825 entstandenen Schulprogramme bis 1915 vollständig gesammelt: an der königlich preußischen Staatsbibliothek zu Berlin, der heutigen Staatsbibliothek zu Berlin, Preußischer Kulturbesitz, und in der Bibliothek des preußischen Kultusministeriums. 1915 erschienen zunächst die letzten Ausgaben, denn ein Erlass aus dem Jahr 1916 untersagte wegen kriegsbedingter Papierknappheit die weitere Produktion.

Nach dem Ersten Weltkrieg wurden 1920 im preußischen Kultusministerium die ersten Gespräche zur Wiedereinführung von Jahresberichten geführt (dieser Begriff hat sich seit dem Ende des 19. Jahrhunderts gegen den des Schulprogramms mehr und mehr durchgesetzt). 1922 wurde beschlossen, dass ab Schuljahr 1921 alle höheren Lehranstalten Preußens wieder Schulprogramme bzw. Jahresberichte anzufertigen hätten. Ihre Auswertung zu statistischen Zwecken wurde der in Berlin ansässigen Auskunftstelle für Schulwesen (ab 1936

¹ So wurde z.B. ab 1875 die Anfertigung von wissenschaftlichen Beilagen nicht mehr zwingend vorgeschrieben.

Reichsstelle für Schulwesen), einer Einrichtung des preußischen Kultusministeriums, übertragen. Zugleich wurde dieser Einrichtung die in der Bibliothek des Kultusministeriums befindliche Sammlung älterer Schulprogramme übergeben. 1940 konnte der damalige Leiter der Reichsstelle zu Recht behaupten, dass es sich bei seiner Sammlung um „die vollständigste Sammlung (handelt), die irgendwo besteht“ (Kullnick 1940, S. 356).

Im Gegensatz zur Verfahrensweise vor 1915 mussten die Schulen die Schulprogramme/Jahresberichte nicht mehr drucken lassen, sondern konnten sie auch handschriftlich oder maschinenschriftlich abliefern. Damit sind diese ab 1920/21 vielfach Unikate und nur an einer Stelle vollständig gesammelt worden, nämlich in der Auskunftstelle bzw. Reichsstelle für Schulwesen. In dieser Form erschienen die Schulprogramme/Jahresberichte, bis sie 1940 wie bereits 1915 aufgrund des kriegsbedingten Papiermangels eingestellt wurden. Damit endete die Geschichte der preußischen Schulprogramme.

Die weltweit umfangreichste und vollständigste Sammlung preußischer Schulprogramme/Jahresberichte in der Auskunftstelle bzw. Reichsstelle für Schulwesen erlitt zwar im Zweiten Weltkrieg Beschädigungen, konnte aber trotz mehrfacher Bombentreffer gerettet werden. Sie gelangte nach einer Zwischenstation (im Berliner Pädagogischen Zentrum, später Berliner Institut für Lehrerfort- und -weiterbildung, heute Landesinstitut für Schule und Medien) in die Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung (BBF), wo sie sich seit 1997 befindet.

Am Beispiel der Stadt Dramburg (heute Drawsko Pomorskie) in der ehemaligen preußischen Provinz Pommern kann der Wert der Sammlung als Quelle für die historische Bildungsforschung verdeutlicht werden. Auf Pommern bezogen gibt es Schulprogramme von 127 höheren Schulen aus 35 Ortschaften. Der Zeitraum umfasst die Jahre 1806 bis 1940, wobei der Schwerpunkt auf den Jahren 1825 bis 1940 liegt.

Dramburg verfügte über ein großes Gymnasium, das zeitweise über 300 Schüler besuchten. Das erste Schulprogramm stammt aus dem Jahr 1870/71. Herausgeber war der Direktor der Anstalt, Prof. Dr. Gustav Queck. Die dem Schulprogramm vorangestellte lateinische Abhandlung (*De ellipsi Tacitina*)

wurde von dem Lateinlehrer Robert Schmidt verfasst. Im Anschluss daran folgen die elfseitigen „Schulnachrichten“. Sie beginnen mit der Mitteilung, dass das bisherige Progymnasium Dramburg vom Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medicinalangelegenheiten als Gymnasium anerkannt worden sei. Es werden die an der Schule unterrichteten Fächer aufgeführt: Religion, Deutsch, Latein, Griechisch, Französisch, Geographie und Geschichte, Naturwissenschaften, Künste und Fertigkeiten sowie Englisch, allerdings nur fakultativ. Im Sommerhalbjahr wurde der Unterricht von zehn, im Winterhalbjahr von elf Lehrern bestritten. Dem standen einschließlich Vorschule rund 240 Schüler gegenüber. In der Chronik des vorausgegangenen Schuljahres wurden die wichtigsten Ereignisse festgehalten, zu denen auch eine Turnreise der Schüler nach Colberg und an die Ostsee zählte, die mit der Eisenbahn unternommen wurde, sowie eine Schülersammlung für Verwundete des Deutsch-Französischen Krieges.

Das Schulprogramm des Jahres 1885/86 enthält zunächst zwei Schulreden, die Oberlehrer König anlässlich des Geburtstages des Königs bzw. der Bugenhagenfeier gehalten hat. Das Lehrerkollegium umfasst jetzt zwölf Lehrer, worunter einige neue Namen erscheinen. Der Lehrplan weist einige Veränderungen auf, so wird als weitere Sprache Hebräisch angeboten und das Fach Naturwissenschaften hat sich in Mathematik und Physik aufgespalten. Die Chronik berichtet von der Bugenhagenfeier, während der neben der bereits erwähnten Rede von Lehrer König die Rede eines Primaners sowie Deklamationen anderer Schüler und Gesänge eines Chors zu hören waren.

Auch im Schulprogramm des Jahres 1912 werden wieder Reden zu Schulfestlichkeiten abgedruckt. Das Kollegium hat sich auf 13 Lehrer erweitert, wogegen sich die Zahl der Schüler auf 175 (Sommer) bzw. 166 (Winter) reduziert hat.

Mit diesen wenigen Angaben kann nur andeutungsweise der Reichtum an historischen Informationen aufgezeigt werden, den die Schulprogramme/Jahresberichte auszeichnen. Das Beispiel der Dramburger Schulprogramme ist jedoch nicht nur typisch für den Quellenwert der Literaturgattung, sondern leider auch für den Erhaltungszustand des Ge-

samtbestandes. Die gedruckten Hefte der Dramburger Schulprogramme zwischen 1870 und 1914 können nicht mehr benutzt werden, da sie teils durch kriegsbedingte Zerstörungen, vor allem aber aufgrund der Zersetzung durch die im Papier befindliche Säure erhebliche Schädigungen aufweisen. Mit finanzieller Unterstützung des Pommerschen Kreis- und Städtetages ist es allerdings gelungen, alle pommerschen Schulprogramme zu entsäuern, wodurch die weitere Zersetzung gestoppt werden konnte. Weiterhin konnten durch Mittel der Stiftung Mare Balticum alle pommerschen Schulprogramme im Umfang von rund 65 000 Seiten verfilmt werden. Damit ist zumindest in einem ersten Schritt der Inhalt für die Zukunft gesichert.

Um die Benutzung dieses Materials ortsunabhängig zu ermöglichen, sollen zukünftig die verfilmten Schulprogramme nach und nach digitalisiert werden. Den Anfang bilden die Schulprogramme des Bugenhagen-Gymnasiums in Treptow an der Rega. Alle Schulprogramme/Jahresberichte zwischen 1853 und 1939 befinden sich im digitalen Textarchiv der Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung und können weltweit und kostenfrei über das Internet gelesen werden. Das Angebot von ‚Scripta Paedagogica Online‘ (www.bbf.dipf.de/retro-digit0.htm), der Website des digitalen Textarchivs, ist unterteilt in

- Pädagogische Zeitschriften vor 1945 (www.bbf.dipf.de/retro-digit1.htm)
- Pädagogische Zeitschriften nach 1945 (www.bbf.dipf.de/retro-digit3.htm)
- Pädagogische Nachschlagewerke vor 1945 (www.bbf.dipf.de/retro-digit2.htm)
- Schulprogramme/Jahresberichte (www.bbf.dipf.de/retro-digit6.htm)
- Lehrerverzeichnisse (www.bbf.dipf.de/retro-digit4.htm)

Wenn man den Link ‚Schulprogramme/Jahresberichte‘ anklickt, erhält man derzeit nur einen Eintrag, nämlich die Stadt Treptow an der Rega. Nach erneutem Klick kann man sich für ein bestimmtes Schuljahr entscheiden und bekommt dann die erste Seite des entsprechenden Heftes angezeigt. Mit Hilfe eines einfachen Navigationssystems kann man das Heft durchblättern, einzelne Seiten ausdrucken oder auf dem eigenen PC abspeichern.

Die Digitalisierung wurde durch die finanzielle Unterstützung des Vereins Treptow an der Rega und Umgebung e.V. ermöglicht. Es ist zu hoffen, dass dieses

Beispiel Schule macht. Der finanzielle Aufwand für Verfilmung und Digitalisierung des Gesamtbestandes übersteigt zwar die Möglichkeiten der Bibliothek für bildungsgeschichtliche Forschung, wenn jedoch die Lasten auf viele Schultern verteilt werden, ist es zu schaffen, diesen einzigartigen Schatz nicht nur zu erhalten, sondern in einer Weise benutzbar zu machen, wie dies zu keiner früheren Zeit möglich war.

Literatur

Dikow, J.: Über Schulschriften. In: Brenk, M./Kurth, U. (Hrsg.): Schule erleben. Frankfurt 2001, S. 253-266.

Entwurf einer Ordnung für die grossen Schulen der Stadt Braunschweig 1755. In: Koldewey, F. (Hrsg.): Braunschweigische Schulordnung von den ältesten Zeiten bis zum Jahre 1828. Bd. 1. Berlin 1886 (Monumenta Germaniae Paedagogica).

Erneuerte Oelßnische Schulordnung. Oelß 1688.

Funiok, R./Schöndorf, H. (Hrsg.): Ignatius von Loyola und die Pädagogik der Jesuiten. Ein Modell für Schule und Persönlichkeitsbildung. Donauwörth 2000.

Gajek, K. (Hrsg.): Das Breslauer Schultheater im 17. und 18. Jahrhundert. Einladungsschriften zu den Schulactus und Szenare zu den Aufführungen förmlicher Comödien an den protestantischen Gymnasien. Tübingen 1994.

Gerlach, W.: Das Schuldrama des 18. Jahrhunderts unter dem Gesichtspunkt der Entwicklung der Jugendliteratur. In: Zeitschrift für Geschichte der Erziehung und des Unterrichts 5 (1915), H. 2, S. 93-122.

Großes vollständiges Universal-Lexicon. Leipzig: Zedler.

Hünecke, R. (Hrsg.): Die Schuldramen des Freiburger Konrektors Andreas Möller. Stuttgart 1999.

Komorowski, M.: Duisburger Schulschriften bis 1914. Duisburg 1998.

Koppitz, H.-J.: Zur Bedeutung der Schulprogramme für die Wissenschaft heute. In: Gutenberg 1988, S. 340-358.

- Kullnick, M.: Die Reichsstelle für Schulwesen. In: Deutsche Schulerziehung. Berlin, 1940.
- Luther, M.: Luthers Werke. Krit. Gesamtausgabe. Tischreden. Bd. 1. Weimar 1912.
- Mollmann, E.: Schulschriften des Kneiphöfischen Stadt-Gymnasiums zu Königsberg/P. Königsberg 1901.
- Neugebauer, J. D. F.: Sammlung der auf den Oeffentlichen Unterricht in den Königl. Preußischen Staaten sich beziehenden Gesetze und Verordnungen. Nachdr. Hrsg. von W. Neugebauer. Köln 1988.
- Pädagogische Real-Encyclopädie oder Encyclopädisches Wörterbuch des Erziehungs- und Unterrichtswesens und seiner Geschichte. Hrsg. K. G. Hergang. Grimma. 1843-47.
- Paulsen, Friedrich: Geschichte des gelehrten Unterrichts. 2. Aufl. Bd. 1. Leipzig 1896.
- Ullrich, R.: Programmwesen und Programmbibliothek der höheren Schulen in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Übersicht der Entwicklung im 19. Jahrhundert und Versuch einer Darstellung der Aufgaben für die Zukunft. Berlin 1908.

7.

Computer in Bibliotheken

Verbesserung traditioneller Angebote und neue Dienstleistungen

In: Erdmann, J.W./Rückriem, G./Wolf, E. (Hrsg.): Kunst, Kultur und Bildung im Computerzeitalter. Berlin 1996, S. 169-183

0. Einleitung

Um die gewaltigen Veränderungen in den Nutzungsmöglichkeiten von Bibliotheken durch den Einzug von Computern zu verdeutlichen, will ich zunächst die traditionelle Bibliotheksbenutzung kurz in Erinnerung rufen. Danach werde ich einige neue Dienstleistungen auf EDV-Basis darstellen. Der Vergleich zwischen alter und neuer computergestützter Bibliothek soll zeigen, daß es sich dabei wirklich um einen Sprung in eine neue Qualität bibliothekarischer Arbeit handelt.

Ich bin allerdings der festen Überzeugung, daß es sich bei den neuen bibliothekarischen Dienstleistungen nicht um beliebige Angebote handelt, die man anbietet oder nicht. Ich glaube vielmehr, daß Bibliotheken eine große Chance verschlafen würden, wenn sie nicht rechtzeitig solche Dienstleistungen anböten.

1. Traditionelle Bibliotheksbenutzung

Wer eine Bibliothek benutzen will, muß zu ihr hingehen, egal, was er dort konkret zu tun gedenkt. Vielleicht will er ein Buch ausleihen oder nur nachsehen, ob es Literatur zu einem bestimmten Thema gibt oder einen Artikel in einem Nachschlagewerk lesen. Das kostet Zeit, und oft genug macht man den Gang erfolglos, weil etwa ein gesuchtes Buch nicht vorhanden ist.

Bevor man den Weg in eine Bibliothek antritt, muß man wissen, wann sie geöffnet ist. Das ist kompliziert, weil Bibliotheken, im Unterschied zu normalen Geschäften, keine einheitlichen Öffnungszeiten haben. Man muß also für jede

Bibliothek, die man benutzen will, die Öffnungszeiten erkunden. Große Bibliotheken haben für unterschiedliche Abteilungen unterschiedliche Öffnungszeiten. Zum Beispiel sind in vielen Bibliotheken die Bereiche, in denen die Kataloge stehen, länger geöffnet als die Leihstelle. Auch diese Informationen erfordern in der Regel einen Besuch der Bibliothek, was wieder mit einem Zeitaufwand verbunden ist.

Die Öffnungszeiten der Bibliotheken entsprechen nun nicht den persönlichen Arbeitsbedürfnissen der Benutzer - man denke nur an Nachtarbeiter -, sondern richten sich nach der Arbeitszeit der Beschäftigten.

Schließlich muß man wissen, welche Bibliotheken für die eigene Themenstellung in Frage kommen. Im Berliner Umkreis gibt es etwa 1200 Bibliotheken (vgl. *Bibliotheken in Berlin und Brandenburg* 1995) mit vielen unterschiedlichen Sammelprofilen. Wenn man da keinen Weg findet, eine sinnvolle Selektion durchzuführen, ist man lange unterwegs oder schöpft die vorhandenen Ressourcen nicht genügend aus.

Wenn man sich für eine oder mehrere Bibliotheken entschieden hat, muß man noch herausfinden, welche Arbeitsbedingungen diese Bibliothek hat, zum Beispiel, ob man alle im Bestand enthaltenen Bücher ausleihen kann oder ob es Ausleihbeschränkungen bzw. Kopiermöglichkeiten gibt, ob Leseplätze vorhanden sind usw.

Alle diese Informationen muß man auch heute noch teilweise mühsam herausfinden. Zwar gibt es für viele Städte gedruckte Bibliotheksführer, in denen solche und weitere Angaben stehen, aber auch das muß man zunächst wissen. Meistens erfolgt die Information nicht systematisch, sondern zufällig, d. h. auf Empfehlung zum Beispiel von KommilitonInnen. Deshalb beschränken sich die meisten Studierenden auf die nächstgelegene Fachbereichsbibliothek.

Hat man eine Bibliothek gefunden, deren Sammelprofil der eigenen Themenstellung entspricht, und kennt ihre Öffnungszeiten und Arbeitsbedingungen, beginnt die konkrete Literatursuche in den Zettelkatalogen.

In den Zettelkatalogen wird nur die Literatur nachgewiesen, die in der Bibliothek vorhanden ist. Wenn man sich einen möglichst vollständigen

Literaturüberblick zu einem Thema verschaffen will, reichen die Bibliothekskataloge daher um so weniger aus, je kleiner die Bibliothek ist.

In den Zettelkatalogen kann man nur nach bestimmten Informationen suchen, z. B. nach dem Autor eines Werkes. Hat man den Verfasser eines Buches vergessen, so ist das gesuchte Buch in der Regel nicht auffindbar. Hat man gar eine scheinbar abwegige Frage wie: Welche Bücher hat der Verleger XY herausgegeben, so hat man überhaupt keine Chance, fündig zu werden.

Ist man nicht an konkreten Büchern, sondern an Themen interessiert, so kann man in den meisten Bibliotheken einen Schlagwort- und/oder einen Systematischen Katalog benutzen. Da diese Sachkataloge nicht zu groß und unübersichtlich sein sollen, werden Schlagworte und Systemstellen eher sparsam vergeben.

Die manuelle Pflege einer Schlagwortterminologie ist extrem zeitaufwendig und mühsam und muß deshalb vielfach unterbleiben, ebenso die Pflege von Systematiken. Dies ist um so schmerzlicher, weil sich durch die rasante Entwicklung vieler Wissenschaften auch deren Terminologie wandelt.

Aus all dem folgt, daß die thematischen Suchmöglichkeiten in traditionellen Bibliotheken sehr begrenzt sind. Als weiteres Manko kommt hinzu, daß in Zettelkatalogen überwiegend nur Monographien nachgewiesen werden, keine Aufsätze aus Zeitschriften oder Sammelwerken.

Die nächste Etappe der Arbeit betrifft die Benutzung der gesuchten Literatur. Sofern das gesuchte Buch vorhanden und ausleihbar ist, muß man vielfach einen Leihzettel ausfüllen und warten, bis das Buch aus den Magazinen herbeigeschafft wird. Das kann mitunter einen Tag dauern.

Wenn das Buch in der Bibliothek nicht vorhanden ist, so kann man entweder sein Glück in einer anderen Bibliothek versuchen oder den Leihverkehr in Anspruch nehmen. Wählt man den Weg des Leihverkehrs, muß man sich auf eine längere Wartezeit einstellen. Ein neueres Untersuchungsergebnis aus Konstanz besagt, daß der Zeitbedarf der Fernleihe von der Bestellung bis zur Lieferung durchschnittlich 18 Arbeitstage dauert. Mehr als 40% der bestellten Bücher oder Aufsätze werden nicht mehr abgeholt, weil der Benutzer zwischenzeitlich die Bestellung vergessen oder das Interesse verloren hat. Bei insgesamt 3,1 Millionen

Fernleihen pro Jahr sind also über 1 Million überflüssig, kosten nur Geld und Zeit. Laut einer anderen Berechnung soll jede Fernleihe den Staat zwischen 40 und 70 DM kosten, d. h. jährlich werden mindestens 40 Millionen DM aus dem Fenster geworfen. Auch aus diesem Grund soll künftig die Gebühr von bislang 1.- DM pro Fernleihe kräftig erhöht werden. Die Gebührenerhöhung soll jedoch nicht eine verbesserte Fernleihe zur Folge haben, sondern vor allem weniger ernsthafte Fernleihwünsche verhindern. Nur durch die dadurch vermutlich eintretende Entlastung der Fernleihe kann eine Beschleunigung erfolgen. Ein hochproblematischer Weg.

2. EDV-gestützte Bibliotheksbenutzung

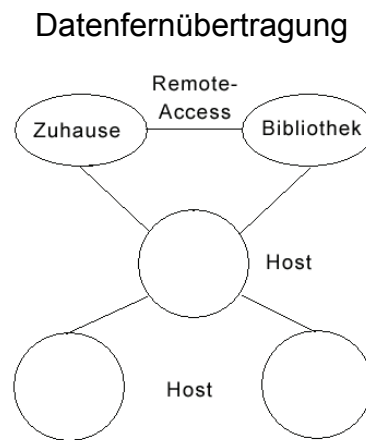
Ganz anders als eine traditionelle präsentiert sich eine Bibliothek, die sich der Möglichkeiten des Computers bedient.

2.1. Bibliotheksbenutzung

Informationen über eine Bibliothek, über ihr Sammlungsprofil, ihre Öffnungszeiten, ihre Arbeitsbedingungen usw. müssen nicht mehr in der Bibliothek eingeholt werden, sondern können per Datenfernübertragung abgerufen werden. Im Prinzip handelt es sich dabei um die Möglichkeit, mit einem Computer vom häuslichen Arbeitsplatz aus per Telefonleitung mit einem Bibliotheks-Computer in Kommunikation zu treten. Es gibt im wesentlichen zwei Kommunikationsarten: die direkte Verbindung (remote access) und die vermittelte Verbindung über einen Host.

Ein Host kann eigene Datenbanken anbieten, darüber hinaus hat er die Funktion, Kommunikation zu vermitteln. (Vgl. Abbildung 1)

Abbildung 1



Im folgenden stelle ich einige meines Erachtens besonders wichtige Kommunikationsinfrastrukturen und Nutzungsmöglichkeiten vor. (Vgl. Abbildung 2)

Abbildung 2: Kommunikationsinfrastrukturen

Datex-J/BTX	Größter deutscher Online-Informationsanbieter, z. B. Fachinformationszentrum Karlsruhe
Datex-P	Kommunikationsstruktur zur direkten Übermittlung großer Datenmengen
Internet	Größtes Computernetz der Welt zahlreiche Bibliothekskataloge online recherchierbar
CompuServe	Größter kommerzieller Online-Informationsanbieter; ermöglicht Internet-Zugang; Zugangsmöglichkeit zu Literaturdatenbanken, z. B. ERIC

Mit Hilfe der Datenfernübertragung kann jede Bibliothek in irgendeiner Weise - wenn sie denn an die Kommunikationsinfrastruktur angeschlossen ist - ihren Benutzern wichtige Basisinformationen zugänglich machen. Diese und andere Informationen kann man dann nicht nur vom häuslichen Arbeitsplatz aus, sondern auch rund um die Uhr abrufen.

Als erste Schlußfolgerung kann man festhalten, daß die Nutzung der EDV die Informationsmöglichkeiten des Bibliotheksbenutzers erheblich verbessert und die auch durch die Öffnungszeiten bedingte Einschränkung in der Nutzung reduzieren kann.

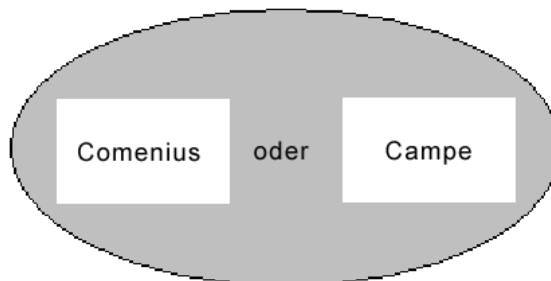
2.2. Literatursuche

Natürlich beschränken sich die Möglichkeiten der Datenfernübertragung nicht nur auf solche Basisinformationen. Wichtiger noch ist, daß man mit ihrer Hilfe auch seine Literatursuche durchführen kann. Um dieses Verfahren etwas anschaulicher zu machen, werde ich auf Beispiele aus meiner Bibliothek, der Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung, eingehen.

In EDV-gestützten Katalogen kann man zunächst nach allen Elementen einer traditionellen bibliographischen Beschreibung suchen. Also nicht nur der Nachname eines Verfassers ist recherchierbar und - bei verfassunglosen Schriften - das erste Wort des Titels, sondern jedes beliebige Wort aus dem Titel, Vornamen, Verlagsorte, Erscheinungsjahre usw. Alle diese Angaben sind mit Hilfe der sogenannten Booleschen Operatoren kombinierbar. (Vgl. Abbildung 3)

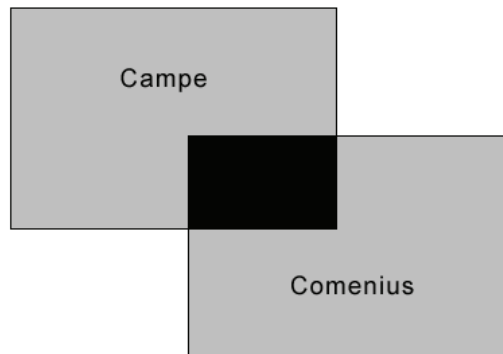
Abbildung 3: Boolesche Operatoren

Boolescher Operator
„oder“



Ergebnis: Sowohl Literatur von Comenius als auch von Campe

Boolescher Operator
„und“



Ergebnis: Sowohl Campe als auch Comenius
Müssen im Titel vorkommen

Mit dem Einzug der EDV war eine Vereinheitlichung der bibliothekarischen Regeln verbunden. Zu Zeiten der reinen Zettelkataloge gab es von Bibliothek zu Bibliothek teilweise nicht unbedeutende Abweichungen in der Art und Weise der bibliographischen Beschreibung von Büchern und der Inhaltserschließung mit Schlagworten. Den Nachteil hatte der Benutzer, der von Bibliothek zu Bibliothek abweichende Arten der Formal- und Inhaltserschließung antraf. Er hat meist nicht bemerkt, daß die Bibliothek A die Regel X etwas anders ausgelegt hat als die Bibliothek B. Er hat sich nur gewundert, daß er manchmal ein Buch nicht fand, das eigentlich in der Bibliothek hätte vorhanden sein müssen.

Die Möglichkeit des Datenaustausches zwischen den Bibliotheken hat eine Modifikation der bibliothekarischen Regeln notwendig gemacht. Heute werden in nahezu allen deutschen Bibliotheken die gleichen Regeln für den alphabetischen Katalog für die formalen Merkmale eines Titels angewendet. Alle Bibliotheken, die ihre Daten mit anderen Bibliotheken austauschen wollen, müssen sich strikt an diese vereinbarten Regeln halten. Bei Fehlern werden sie von KollegInnen angemahnt. Das bedeutet natürlich für den Benutzer einen Zuwachs an Sicherheit. Er kann sich darauf verlassen, daß die gleiche Suchanfrage in verschiedenen Bibliotheken zu gleichen Ergebnissen führt.

Im Zuge der EDV-Einführung wurde die bibliographische Beschreibung nicht nur vereinheitlicht, sondern auch differenzierter, ausführlicher und genauer. Die Katalogkästen in den Bibliotheken haben in der Regel ein

einheitliches Format. In diese Kästen passen Katalogkarten im Format 10,5 x 7,5 cm. Es ist klar, daß auf eine so kleine Karte nicht beliebig viele Informationen geschrieben werden können. Eine derartige Beschränkung gibt es bei der EDV-Katalogisierung nicht mehr. Seitdem die Kosten für Speicherkapazitäten von Daten (Festplatten) immer niedriger wurden und heute fast vernachlässigt werden können, gibt es kaum noch Einschränkungen hinsichtlich der Menge der Informationen.

Der geringe Platz auf einer Katalogkarte hat die Bibliothekare nicht nur gezwungen, mit den Angaben auf den Katalogkarten zu geizen, sondern er hat auch dazu geführt, Abkürzungen zu benutzen. Wörter im Zusatz zu einem Titel etwa wurden immer abgekürzt. So wurde zum Beispiel aus Nathan der Weise - ein dramatisches Gedicht: Nathan der Weise: e. dram. Gedicht.

Solche Einschränkungen werden heute zunehmend aufgehoben. Darüber hinaus sucht man nach weiteren Möglichkeiten, den Bibliotheksbenutzern möglichst viele Informationen bei der Recherche in der Datenbank zu vermitteln. Das geht im äußersten Fall so weit, daß das ganze Dokument als Volltext abgespeichert und zur Verfügung gestellt wird. Der Benutzer sucht also nach einem Titel und kann sofort am Bildschirm mit der Lektüre beginnen.

Dieser Entwicklung sind allerdings gegenwärtig noch Grenzen gesetzt. Um alle Bücher einer Bibliothek wie der unseren, mit rund 640 000 Bänden, als Volltext zu speichern, wäre eine Speicherkapazität erforderlich, die ins Gigantische ginge. Vom Arbeitsaufwand gar nicht zu reden. Schließlich gibt es auch noch ungelöste Urheberrechtsprobleme.

Volltextdatenbanken sind heute zwar erst für kleine, hochspezialisierte Gebiete realisierbar, aber Kompromisse sind auch heute schon möglich. Wenn man etwa jeder Titelaufnahme eines Buches dessen Inhaltsverzeichnis anfügen würde, wäre dies ein beachtlicher Informationsgewinn. Gerade bei Sammelwerken scheint mir das dringlich. In Festschriften etwa finden sich meistens Titel, die inhaltlich sehr weit gestreut sind. Deshalb haben Festschriften überwiegend sehr unspezifische Titel. Aufgrund des Inhaltsverzeichnisses könnte ein Benutzer bereits bei der Literaturrecherche erkennen, ob ein ihn interessierender Aufsatz in dem Band

enthalten ist oder nicht. Das spart dem Benutzer und dem Bibliothekspersonal Zeit und Arbeit.

Inhaltsverzeichnisse sind natürlich nur eine Möglichkeit, den Benutzern mehr Informationen zu einem Buch zu vermitteln, als dies traditionelle Kataloge können. Derzeit wird vor allem von der Herzog-August-Bibliothek in Wolfenbüttel das Verzeichnis der Drucke des 17. Jahrhunderts erarbeitet. Ein besonderes Problem ergibt sich dadurch, daß die Literatur dieser Zeit sich geradezu durch ausufernde Angaben auf den Titelseiten auszeichnet. Neben dem eigentlichen Titel, wie wir ihn heute kennen, stehen auf den Titelseiten von Büchern aus der Barockzeit mehr oder weniger lange inhaltliche Beschreibungen dessen, was den Leser erwartet. Es handelt sich dabei um Vorläufer unserer heutigen Klappentexte. Die Konzeption des Verzeichnisses der Drucke des 17. Jahrhunderts sieht vor, daß die Titelblätter der Bücher gescannt werden. Ein Benutzer, der also nach einem Titel von Comenius sucht, findet neben der üblichen bibliographischen Beschreibung auch das eingescannte Titelblatt.

Genauso könnte man mit Klappentexten, Einleitungen und Vorworten verfahren. Zwischen den Informationen, die eine traditionelle bibliothekarische Titelaufnahme enthält, und einem als Volltext vorliegenden Buch gibt es also eine Menge Zwischenstufen, die durchaus sinnvoll sind.

Selbst wenn eines Tages alle Bücher digitalisiert wären, würde bibliothekarische Arbeit nicht überflüssig werden. Denn ein Benutzer will, wenn er an einem Thema interessiert ist, eine Auswahl aus der Gesamtheit aller Literatur, nämlich nur die Bücher und Aufsätze studieren, die sein Thema betreffen. Damit sind wir bei der Inhaltserschließung angelangt. Ähnlich wie bei der Formalerschließung, wenn auch etwas langsamer, verläuft die Entwicklung im Bereich der Inhaltserschließung mit Schlagwörtern. Vor allem größere Bibliotheken wenden seit mehreren Jahren die „Regeln für den Schlagwortkatalog“ an. Als Ergebnis wurde ein gemeinsam genutzter Pool von Schlagwörtern, die Schlagwortnormdatei (SWD), aufgebaut, die permanent weiterentwickelt wird. In allen Bibliotheken, die ihre Inhaltserschließung auf Grundlage der Schlagwortnormdatei betreiben, kann sich der Benutzer darauf

verlassen, die ihn interessierende Literatur unter den gleichen Suchbegriffen zu finden.

Wenn Bibliothekarinnen früherer Zeiten aufgrund des Formats einer Katalogkarte schon bei der bibliographischen Beschreibung eines Titels haushalten mußten, betraf das natürlich auch die Inhaltserschließung. Bei EDV-Katalogen spielt das keine Rolle mehr. Manche Bibliotheken gehen sogar dazu über, neben der Inhaltserschließung mit Schlagworten sogenannte abstracts für jeden Titel zu schreiben. Das sind kurze Zusammenfassungen des betreffenden Dokuments.

Bis vor wenigen Jahren gab es in Deutschland eine ziemlich genau bestimmbare Grenze zwischen dem Bibliotheks- und dem Dokumentationswesen. Ein wesentliches Unterscheidungskriterium war die Behandlung von Monographien und Aufsätzen. In Bibliotheken dominierten Bücher, in Dokumentationsstellen Aufsätze. Diese Abgrenzung wird zunehmend undeutlicher. In unserer Bibliothek werden seit Januar 1994 alle Aufsätze zur Bildungsgeschichte, die in Zeitschriften oder Sammelwerken erschienen sind, formal und inhaltlich erschlossen. Wenn ein Benutzer nach bestimmten Schlagwörtern sucht, umfaßt seine Ergebnismenge Bücher und Aufsätze. Natürlich kann man auch getrennt suchen. Das heißt, wenn ein Benutzer, aus welchen Gründen auch immer, sich nur für Aufsätze zu einem bestimmten Thema interessiert, so lassen sich diese selektieren.

Die Annäherung von Bibliotheken und Dokumentationsstellen bedeutet jedoch nicht, daß jede Einrichtung alles selbst macht. Im Gegenteil: Man muß sich mit inhaltlich vergleichbaren Einrichtungen abstimmen und die Arbeitsergebnisse austauschen. Im Bereich Pädagogik etwa gibt es ein Fachinformationssystem Bildung mit Sitz in Frankfurt/M. Dieses Fachinformationssystem erhält einmal jährlich von rund 20 Bibliotheken und Dokumentationseinrichtungen, die sich schwerpunktmäßig mit Bildung befassen, bibliographische Daten geliefert. Diese Daten werden in einer Datenbank zusammengefaßt und auf einer CD-ROM zur Verfügung gestellt. In der derzeit erhältlichen 2. Ausgabe der „Literaturinformation Bildung“ befinden sich 240 000 Titel (Bücher und Aufsätze) aus dem Bereich des Bildungswesens ab Erscheinungsjahr 1980. Die automati-

sche Recherche ist einfach und leicht erlernbar. Die Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung liefert dazu die bildungsgeschichtlichen Daten. Das heißt, wir erschließen aus den von uns abonnierten Zeitschriften nur die Aufsätze, die sich mit Bildungsgeschichte befassen. Aufsätze mit anderen inhaltlichen Schwerpunkten werden von unseren Partnereinrichtungen erfaßt. Durch die Zusammenarbeit der im Fachinformationssystem Bildung kooperierenden Einrichtungen wird eine weitgehend vollständige Auswertung der im deutschsprachigen Raum erscheinenden erziehungswissenschaftlichen Zeitschriften erreicht.

Benutzer, die in der Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung in der Datenbank „Literaturinformation Bildung“ recherchieren, können dort auch Titel finden, die in unserem eigenen Bestand nicht vorhanden sind. Dies betrifft sowohl Bücher als auch Zeitschriften. Damit wird ein zweites Kriterium sichtbar, das ursprünglich Bibliotheken und Dokumentationseinrichtungen getrennt hat, aber heute mehr und mehr verschwindet. Bibliotheken weisen nämlich, im Gegensatz zu Dokumentationsstellen, in der Regel nur die eigenen Bestände nach.

Um die Kataloge von Beständen anderer Bibliotheken mit Hilfe der EDV verfügbar zu machen, gibt es im wesentlichen zwei Möglichkeiten.

- Man holt sich die Datenbank physisch in die Bibliothek, zum Beispiel die CD-ROM „Literaturinformation Bildung“.
- Man stellt mit Hilfe der Datenfernübertragung eine Verbindung zu einer anderen Bibliothek her und benutzt dann die dort vorhandene Datenbank. Man kann z. B. eine dafür vorgesehene Telefonnummer der Universitätsbibliothek Erlangen anrufen und in der dortigen Datenbank recherchieren. Das kann über Datex-P geschehen, eine von mehreren Kommunikationsinfrastrukturen. Eine andere Kommunikationsinfrastruktur mit noch interessanteren Möglichkeiten stellt das Internet dar.

Eine beeindruckende Ausstattung besitzt z. B. Athens/Georgia (USA). Im sogenannten Main-reference-room stehen mindestens 30 PCs zur Benutzung bereit. Die meisten sind mit Druckern ausgestattet, so daß ein Benutzer seine recherchierten Dokumente gleich ausdrucken kann — kostenlos. Die Benutzer werden durch sogenannte Menüs geführt und erhalten damit einen relativ einfachen

Zugang zu einer Vielzahl von CD-ROM-Datenbanken. Darüber hinaus gibt es Menüpunkte, die über das Internet zu Fremd-Datenbanken führen. Benutzer haben so die Möglichkeit, in den EDV-Katalogen zahlreicher amerikanischer Universitätsbibliotheken zu recherchieren.

Diese Vielfalt der Zugriffsmöglichkeiten auf Fremd-Datenbanken hat einen großen Nachteil: Die Datenbanken verwenden in der Regel nicht die gleiche Software. Das bedeutet, daß der Benutzer sich mit verschiedenen Systemen vertraut machen muß, bevor er eine effiziente Suche starten kann. Selbst wenn alle Schritte einer Recherche menügesteuert sind, muß man einen gewissen Lernaufwand betreiben. Das kann man eigentlich den Benutzern nicht zumuten. Im Prinzip gibt es drei Möglichkeiten einer Lösung:

1. Die Recherche wird nicht vom Benutzer selbst durchgeführt, sondern von erfahrenen Bibliotheksmitarbeitern. Diese Lösung wird derzeit auch bei uns in der Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung praktiziert. Das funktioniert dann so: Ein Benutzer formuliert sein Thema und erteilt uns anschließend einen Rechercheauftrag.
2. Die Bibliotheken einigen sich auf eine Bibliothekssoftware. Das wäre sicherlich die beste Lösung, aber aufgrund des dezentralen, föderalistisch aufgebauten Bibliothekswesens in Deutschland ohne Chancen. Immerhin gibt es einige Ansätze. Im Deutschen Bibliotheksinstitut werden Datenbanken angeboten, die Bibliotheksbestände unterschiedlicher Bibliotheken enthalten. Diese Datenbanken sind vom Aufbau und der Suchlogik her identisch. (Vgl. Abbildung 4)

Abbildung 4:

Datenbanken des Deutschen Bibliotheksinstituts

ZDB =Zeitschriftendatenbank

Zeitschriftenbestände deutscher Bibliotheken mit Standortnachweisen

Retro-VK

Verbundkatalog aus einem überregionalen Konversionsprojekt. Enthält über 6 Mio. Titel

VK-94

Verbundkatalog

GdK

Gesamtverzeichnis der Kongreßschriften

Der Nachteil der zugrundeliegenden Software ist ihre schwierige Suchlogik, so daß sie einem Benutzer wiederum kaum zugemutet werden kann. Allerdings können diese Datenbanken eine Basis für eine bessere, leichter handhabbare Software bilden.

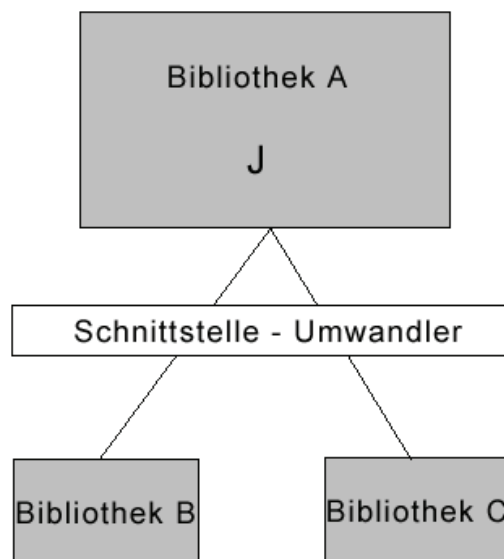
Die deutschen Bibliotheksverbände gehen einen ähnlichen Weg. Ein Bibliotheksverbund ist im wesentlichen eine Datenbank, in die alle Bibliotheken einer Region ihre bibliographischen Daten eingeben. Das bedeutet, die dem Verbund angehörenden Bibliotheken katalogisieren in eine gemeinsame Datenbank. In den Berlin-Brandenburgischen Verbund z. B. katalogisieren derzeit die Staatsbibliothek, die FU, die HdK, die Humboldt-Universität, die TU u. a. m. Damit kann man im Prinzip von jedem beliebigen Standort aus einen Überblick über einen Großteil des in der Region verfügbaren Bibliotheksbestandes erhalten. Ist ein gesuchtes Buch in der Bibliothek der FU nicht vorhanden, kann ich in der Datenbank nachsehen, ob es vielleicht in der HdK zu bekommen ist. Hinsichtlich der Suchlogik muß in bezug auf den Berlin-Brandenburgischen Bibliotheksverbund leider das gleiche gesagt werden wie zu den Datenbanken des Deutschen Bibliotheksinstituts. Die Suche ist so kompliziert, daß sie einem Benutzer nicht zugemutet werden kann. Überlegungen, wie man diese Situation verbessern kann, werden derzeit angestellt.

Vielleicht könnte die Verfahrensweise anderer Bundesländer ein Vorbild abgeben. Denn mittlerweile haben sich folgende Bibliotheksverbände auf eine einheitliche Software verständigt: Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Hessen, Norddeutscher Verbund, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz. Die Recherche ist relativ einfach zu lernen und übersichtlich. Der

Vorteil ist offensichtlich: Ein Benutzer, der die Suchlogik in niedersächsischen Bibliotheken beherrscht, kann ohne zusätzlichen Lernaufwand z. B. auch im norddeutschen Verbund recherchieren.

3. Es wird eine Schnittstelle entwickelt, die die Unterschiede nivelliert. An einem solchen Umwandler wird derzeit gearbeitet. Zielsetzung des Projektes ist, daß ein Bibliotheksbenutzer mit der ihm gewohnten Benutzeroberfläche seiner hauptsächlich benutzten Bibliothek in Fremddatenbanken recherchieren kann. (Vgl. Abbildung 5)

Abbildung 5
Schnittstellen-Schema



Die Entwicklung derartiger Schnittstellen, die die Unterschiede zwischen Literaturdatenbanken für die Benutzer unsichtbar machen, wird immer dringlicher. Denn außer den kostenlosen Bibliotheksdatenbanken gibt es eine Vielzahl von kommerziellen Datenbanken. Wer bei kommerziellen Datenbanken nicht routiniert recherchiert, wird viel Geld los. Man muß in möglichst kurzer Zeit möglichst präzise Suchanfragen formulieren; denn die Suche wird nicht nur nach der Suchzeit bemessen, sondern auch nach der Anzahl der Treffer. Je mehr Treffer, desto teurer die Recherche. Wer z.B. in einer pädagogischen Datenbank nach dem Schlagwort „Schüler“ sucht und vergißt, diesen Ausdruck z. B. mit Realschule + Schuljahr 10 + Berlin + Disziplin einzugrenzen, bekommt sehr schnell eine extrem hohe Zahl an Meldungen. Wer z. B. über CompuServe in der päd-

agogischen Datenbank ERIC recherchiert, muß pro 10 Treffer 2 \$ bezahlen. Das kann in unserem Beispiel teuer werden.

In Deutschland gibt es im wesentlichen zwei große Hosts, die kommerzielle Datenbanken anbieten: STN und DIMDI (Vgl. Abbildung 6). Bevor man etwa in der Datenbank „Bibliodata“ des Hosts STN recherchiert, sollte man sich mit der Retrievalsprache „Messenger“ vertraut machen, denn die Anschaltstunde kostet gegenwärtig 195.- DM. Darüber hinaus wird pro Datensatz-Ausgabe 1.50 DM berechnet.

Abbildung 6

Kommerzielle Online-Datenbanken

STN

170 Datenbanken, u. a.

Bibliodata (2,2 Mio. Datensätze) zu allen
Wissenschaftsdisziplinen)

FORIS, SOLIS

Sozialwissenschaftl. Datenbanken

BLLDB

Linguistische Datenbank

DIMDI

40 Datenbanken, u. a.

PSYCINFO, PSYINDEX, PSYTKOM

Psychologische Datenbanken

Sociological Abstracts, Social Scisearch

Sozialwissenschaftliche Datenbanken

3. Literaturbereitstellung

Alle Literaturhinweise, die über Datenbanken recherchierbar sind, nützen nichts, wenn man die recherchierte Literatur nicht bekommen kann. Die Literaturbereitstellung ist daher ein besonders problematisches Thema.

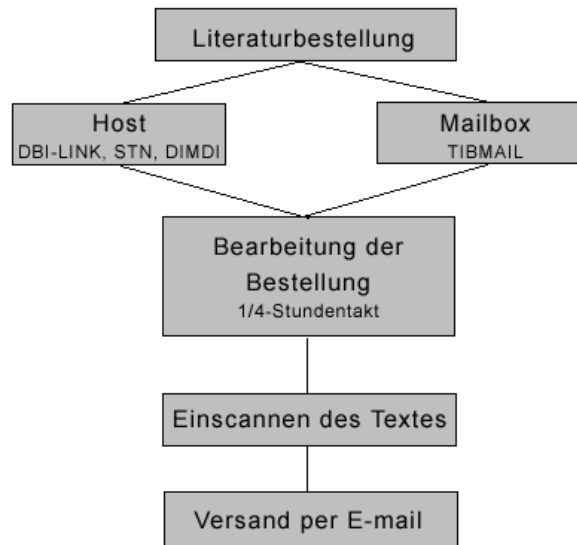
Am einfachsten ist der Fall dann, wenn man den gewünschten Titel in der bibliothekseigenen Datenbank findet. Dann läßt sich der Titel sofort bestellen oder im Bestand aufsuchen. Wenn man seine Literaturrecherche zu Hause mit Hilfe der Datenfernübertragung durchgeführt hat, erhält man auch gleich den Hinweis, ob das Buch derzeit entliehen werden kann. Man kann sich also unter Umständen einen Gang ersparen.

Wenn das gewünschte Buch nicht in der Bibliothek ist, kann man mit Hilfe der Verbundkataloge nach einer Bibliothek suchen, die das Buch im Bestand hat. Entweder man fährt dann in die Bibliothek, oder man bestellt es per Fernleihe.

Für die Fernleihe steht seit rund zwei Jahren eine Datenbank zur Verfügung, die eine erste Beschleunigung des Geschäftsganges ermöglicht: der VK-94. Aufgrund dieser Datenbank können die Leihscheine gezielt an eine besitzende Bibliothek gesandt werden. Derzeit wird an einer weiteren Verbesserung des Leihverkehrs gearbeitet. Das ganze Verfahren soll auf EDV-Basis mit Hilfe der Datenfernübertragung umgestellt werden.

Bei der Beschaffung von Aufsätzen gibt es seit kurzem einige interessante Projekte, die vor allem ein Ziel haben: Beschleunigung des Geschäftsganges. So bietet z. B. die Technische Informationsbibliothek (TIB) in Hannover einen Literaturbestelldienst an, der mit Hilfe der Datenfernübertragung auch vom häuslichen Arbeitsplatz aus in Anspruch genommen werden kann, sofern die dazu notwendige technische Ausstattung vorhanden ist. Der Zugang kann entweder über einen Host (DBI-Link, STN, DIMDI) oder über Remote-Access (s. o.) hergestellt werden. Im Online-Verfahren kann ein gesuchter Aufsatz bestellt werden. Nach Eingang der Bestellung wird der gewünschte Text eingescannt und schließlich wieder per Datenfernübertragung an den Besteller zurückgesandt. (Vgl. Abbildung 7)

Abbildung 7



Ein ähnlich leistungsfähiges Projekt wurde unter der Bezeichnung JASON als Gemeinschaftsunternehmen der Universitätsbibliotheken Bielefeld und Dortmund ins Leben gerufen. Grundlage bildet eine Datenbank, die rund 4 Millionen Aufsätze aus ca. 15 000 Zeitschriften enthält. Wenn man den gesuchten Aufsatz in der Datenbank gefunden hat, läßt sich auf Tastendruck ein Bestellformular aufrufen, in das man seine Bestelldaten eintragen kann. Geliefert wird der Aufsatz per Post, Fax oder Datenfernübertragung als gescannter Text. Auch diese Dienstleistung kann man im Prinzip unabhängig vom Standort des Benutzers in Anspruch nehmen. Wer über die notwendige technische Ausstattung verfügt, kann sich Aufsätze aus den Zeitschriftenbeständen von Bibliotheken beschaffen, ohne eine der Bibliotheken betreten zu müssen.

Ein von der Zielsetzung gleichartiges Projekt namens SUBITO befindet sich derzeit noch in der Testphase. SUBITO ist eine Bund-Länder-Initiative zur Beschleunigung der Literatur- und Informationsdienste. Gestartet wurde es am 4. Oktober 1994 durch den damaligen Bundesminister für Bildung und Wissenschaft und den Präsidenten der Kultusministerkonferenz. Die Zielsetzung lautet: Von jedem Arbeitsplatz aus, der mit PC, Telefon und Modem bzw. ISDN ausgestattet ist, soll wissenschaftliche Literatur zu einem fairen Preis recherchiert und bestellt werden können. Weiterhin sollen die Voraussetzungen geschaffen werden, damit die bestellte Literatur in kürzester Frist (24 Stunden) geliefert werden kann.

Die Bemühungen von bibliothekarischer Seite gehen derzeit dahin, Bibliotheksbenutzer möglichst schnell und möglichst vollständig mit der für ihr Thema notwendigen Literatur zu versorgen. Damit ergibt sich jedoch ein Problem: Die Möglichkeit der Recherche in einer Vielzahl von nationalen und internationalen Datenbanken erzeugt unter Umständen eine solche Flut an Literaturhinweisen, wie sie in herkömmlicher Weise kaum noch zu bewältigen ist.

Auch für dieses Problem gibt es inzwischen interessante Lösungsansätze. Das Werk von Johann Heinrich Pestalozzi umfaßt über 42 gedruckte Bände. Wenn man auf der Grundlage der gedruckten Ausgabe wissen wollte, was Pestalozzi zu einem bestimmten Thema geschrieben hat, konnte man auf die beigefügten Register zurückgreifen. War das Thema im Register nicht präsent oder hatte man berechtigte Zweifel an der Vollständigkeit der Register, so mußte man eigentlich alle Bände lesen - ein Lebenswerk für wenige Spezialisten.

Seit kurzem gibt es eine CD-ROM, auf der die Werkbände einschließlich der Briefbände gespeichert sind. Auf dieser CD-ROM kann man nach jedem Wort recherchieren. Man findet also nicht nur die Registerbegriffe der gedruckten Ausgabe, sondern kann nach jedem Wort suchen, das Pestalozzi jemals verwandt hat.

Besonders hilfreich ist die Möglichkeit, sogenannte Kontextoperatoren einsetzen zu können. Mit Hilfe von Kontextoperatoren ist man in der Lage, nach zwei oder mehr Begriffen gleichzeitig zu suchen, unter der Bedingung, daß die gesuchten Begriffe in einem Satz oder Absatz stehen. Man geht dabei davon aus, daß die räumliche Nähe zweier Begriffe im Text etwas über ihre inhaltliche Beziehung aussagt.

Die Digitalisierung von Texten ermöglicht zum Teil völlig neue Fragestellungen. Nicht zuletzt deshalb wird es nur eine Frage der Zeit sein, bis Volltextdatenbanken die heute verbreiteten Datenbanken verdrängen werden, die nur Titelnachweise enthalten. Voraussetzung zu deren effizienter Nutzung sind jedoch Instrumentarien, die die immer größer werdende Masse an Literatur bearbeitbar machen.

Die Lösung dieser und anderer mit der EDV in Zusammenhang stehender Probleme wird eine Aufgabe sein, an der sich die Bibliotheken beteiligen müssen. Computer haben in Bibliotheken schon gewaltige Veränderungen bewirkt, und die Entwicklung ist noch längst nicht am Ende. Es ist jedoch nicht so, daß eine Bibliothek eine freie Entscheidung darüber hätte, ob sie EDV einsetzt oder nicht. Die Bibliotheksbenutzer werden auch in geisteswissenschaftlichen Bibliotheken bald die neuen Techniken benutzen wollen; in den naturwissenschaftlichen Bereichen ist dies schon viel weiter fortgeschritten. Wenn wir diesen Forderungen nicht nachkommen, werden wir uninteressant für die Benutzer und für die Unterhaltsträger. Ich denke, die Bibliotheken haben mit der Einführung der EDV eine riesige Chance, ihre Bedeutung in einer Informationsgesellschaft zu erhöhen.

8.

Erfahrungen im Umgang mit Allegro-C am Beispiel der Bibliographie Bildungsgeschichte

In: Kersken, Norbert (Hrsg.): Bibliographien zur Geschichte Ostmitteleuropas.
Marburg 1997, S. 75-83

Ende 1995 erschien der 1. Jahrgang der Bibliographie Bildungsgeschichte¹. Herausgeber der Bibliographie ist die Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung, Verleger ist der Schneider-Verlag, Hohengehren. Die ersten Reaktionen waren ermutigend², so daß man für die Zukunft zuversichtlich sein kann.

Ich möchte im nachfolgenden nicht die inhaltliche Konzeption darstellen, sondern über unsere Erfahrungen berichten, die wir bei der Herstellung der Bibliographie Bildungsgeschichte mit ALLEGRO-C gemacht haben bzw. weiterhin machen, denn es handelt sich um eine jährlich erscheinende Bibliographie, und wir bemühen uns um eine Weiterentwicklung des Produkts. Bevor ich auf die konkrete Erarbeitung der Bibliographie eingehe, scheint es mir nützlich, einige Bemerkungen zu den Voraussetzungen zu machen, um den Entstehungskontext zu verstehen.

Die Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung wurde 1875 vom Deutschen Lehrerverein als Deutsche Lehrerbücherei gegründet. Im Verlauf ihrer Geschichte hat sich hieraus eine bedeutende Bibliothek mit heute rund 640 000 Bänden entwickelt. Hervorzuheben ist die Sammlung alter Drucke mit Erscheinungsjahren vor 1830. Die Sammlung umfaßt heute etwa 12 000 Bände und enthält in ihren wertvollsten Teilen Exemplare aus dem 15. Jahrhundert.

Der reiche und singuläre Bestand zur Pädagogik hat 1992 zu einer neuen Aufgabenstellung geführt, die sich bereits im Namen ausdrückt: Bibliothek für

¹ Bibliographie Bildungsgeschichte. Hrsg. Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung - Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung, Hohengehren, 1 (1994/1995), 1995; 2 (1995/1996), 1996

² vgl. die Rezension von Gerhard Kuhlemann in: Bildungsforschung und Bildungspraxis 18 (1996), 2, S. 311-316

Bildungsgeschichtliche Forschung (BBF). Die BBF, die seit 1992 zum Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung gehört, ist heute eine überregionale Spezialbibliothek zur Bildungsgeschichte. Sie verfügt nicht nur über einen einzigartigen Bestand an Quellenliteratur zur Bildungsgeschichte, vor allem aus dem deutschsprachigen Raum, sondern sammelt, soweit möglich, alle deutschsprachigen und in Auswahl internationalen Veröffentlichungen zur Bildungsgeschichte.

Die neue Aufgabenstellung der Bibliothek hat bald dazu geführt, über eine Konzeption für eine laufende Bibliographie zur Bildungsgeschichte nachzudenken. Es wurde eine Beratergruppe gebildet, in der namhafte Bildungshistoriker aus Deutschland, Österreich und der Schweiz vertreten sind. Darüber hinaus wurden Kooperationspartner gesucht und gefunden, nämlich der Fachbereich Erziehungswissenschaft der UB Marburg und das Pestalozzianum in Zürich.

Aufgrund der gegebenen personellen und materiellen Ressourcen war eine völlige Neuentwicklung nicht möglich. Die Bibliographie sollte stattdessen auf der Grundlage des Online-Katalogs der Bibliothek entstehen, d.h. die dort vorhandenen bibliographischen Beschreibungen der Titel und die Inhaltserschließung übernehmen.

Der Online-Katalog der BBF wird mit ALLEGRO-C betrieben. ALLEGRO-C ist ein an der Technischen Universität Braunschweig entwickeltes und dort weiterhin gepflegtes Programm für bibliothekarische Erfassung und ist in Bibliotheken des deutschsprachigen Raums eine weitverbreitete Software. Sie unterstützt zunächst vor allem die Erfordernisse von Bibliotheken, z.B. die Ausgabe der Daten in Form eines sogenannten OPACs (Online Public Access Catalog).

Die Software ist so offen, daß man andere Produkte, also etwa eine Bibliographie, hiermit entwickeln kann. Die Datenstruktur ist veränderbar und die Ausgabeform von Daten nahezu beliebig gestaltbar. Da die Bibliographie Bildungsgeschichte von mehreren Kooperationspartnern gemeinsam erstellt wird, ist schließlich die Frage der Importierbarkeit von Daten sehr wichtig. Auch in dieser Hinsicht gibt es mit ALLEGRO-C fast keine Grenzen, d.h. man kann Daten

beliebiger Struktur durch Parameterdateien so bearbeiten, daß sie in die ALLEGRO-Datenbank eingelesen werden können.

Neben der Flexibilität ist auch der Kostenfaktor interessant. Die Software ist außerordentlich preiswert. Da ALLEGRO-C ohnehin als Datenbank für die Bibliothek genutzt wird, hat die Erstellung der Bibliographie keine weiteren Sachmittel für Hard- oder Software erfordert.

Allerdings sind die Anpassungsarbeiten einerseits schwierig und andererseits zeitaufwendig. Man benötigt also hierfür einen Mitarbeiter, der sich in die Parametrierungstechnik von ALLEGRO-C eingearbeitet hat. Natürlich muß man nicht alles selbst erarbeiten, sondern kann sich auf anderweitige Vorarbeiten stützen. In dieser Beziehung gibt es eine große Kooperationsbereitschaft unter den sogenannten ALLEGROlogen

Die variable Einsatzfähigkeit von ALLEGRO-C haben wir uns für die Produktion der Bibliographie zunutze gemacht. Ich will auf zwei Bereiche eingehen: auf Ergänzungen der Datenstruktur und auf die Gestaltung der Datenausgabe.

Die Datenfelder sind in dem Format, das wir benutzen, mit 2- bzw. 3-stellige Zahlen bezeichnet.

```
#00 BBF0028513
#15 FIS2 ; bib94
#20 Wer die Schule hat, der hat die Zukunft : gesammelte Aufsätze
zur rheinisch-westfälischen Schulgeschichte
#30a14.09 ; 14.51 ; 14.29
#30ge-gx
#30h1524-1956
#31gRheinland ; Westfalen
#31nSchulgeschichte
#31pL.uther, Martin ; Mühlinghaus, Gottschalk ; Egen, Peter
Nikolaus Caspar ; Diesterweg, Friedrich Adolph Wilhelm ; Zahn,
Franz Ludwig
#31sSchule / Schulentwicklung / Sozialer Wandel / Politischer
Wandel ; Schulreform ; Schulpolitik ; Erziehungsstil ;
Lehrerbildung / Lehrerverband
#31zDörpfeld, Friedrich Wilhelm ; Wilmanns, Ernst
#39 Klaus Goebel. Hrsg. von Hans Georg Kirchhoff
#40 Goebel, Klaus
#41 Kirchhoff, Hans Georg
#74 Bochumge-gx
#75 Brockmeyer
#76 1995
#77 461 S. : Ill.
```

Alle 31er Kategorien bezeichnen Schlagwortfelder. Wir richten uns bei der Inhaltserschließung nach den im deutschsprachigen Bibliothekswesen überwiegend angewandten Regeln für den Schlagwortkatalog (RSWK). Einige

Regeln oder Einschränkungen der RSWK sind jedoch sowohl für die Bedürfnisse einer bildungshistorischen Spezialbibliothek als auch für eine Bibliographie aus diesem Bereich nicht bzw. nur in modifizierter Form akzeptabel. Solche Modifikationen sind mit ALLEGRO-C möglich. Da die RSWK grundsätzlich keine historischen Begriffe erlauben, sondern moderne Begriffe für historische Gegenstände vorsehen, wurde in der BBF ein Bildungshistorischer Thesaurus³ erarbeitet, dessen Deskriptoren in eigene, speziell für diesen Zweck generierte Felder geschrieben werden.

Mit der Kategorie 15 wurde ein weiteres Sonderfeld eingerichtet, um die Dokumente zu kennzeichnen, die in den nächstfolgenden Jahrgang der Bibliographie aufgenommen werden sollen. Das Kürzel Bib94 weist darauf hin, daß dieser Titel in den Jahrgang 1994/95 aufgenommen wurde. Diese Kennzeichnung wird bereits bei der Inhaltserschließung für den Online-Katalog eingetragen. Bei Redaktionsschluß kann man dann durch ein Suchwort alle Dokumente für den betreffenden Jahrgang selektieren.

Schließlich zur Ausgabe der Daten. Wie schon gesagt, kann man die Ausgabe der Daten mit ALLEGRO-C nahezu beliebig gestalten. Wir haben uns für eine alphabetische Anordnung der Titel entschieden. Zunächst hatten wir eine Systematik erwogen, dann aber auf ausdrücklichen Wunsch der Beratergruppe darauf verzichtet. Diese Entscheidung hängt mit der Mehrdimensionalität des Fachgebiets Bildungsgeschichte zusammen, die systematisch nur schwer abzudecken ist. Wichtig ist: es handelt sich um eine inhaltlich bestimmte Entscheidung, nicht um eine Einschränkung der Software. Eine systematisch geordnete Bibliographie ist mit ALLEGRO-C durchaus herstellbar.

³ Thesaurus Bildungsgeschichte. Stand 1. Febr. 1995. - Berlin: Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung

Alphabetisches Titelverzeichnis

95-1

Aargauisches Gewerbemuseum : 1895 - 1995 ; eine Idee und was daraus geworden ist / [Konzept und Realisierung: Martin Eppler...]
Unterentfelden: Schweizerische Bauschule Aarau, [1995], - 158 S. : Ill. ;
1845-1995 ; *Aargau / Gewerbemuseum*

95-2

Abel, Jacob Friedrich: Jacob Friedrich Abel : eine Quellenedition zum Philosophieunterricht an der Stuttgarter Karlsschule (1773 - 1782) / Jacob Friedrich Abel. Mit Einl., Übers., Kommentar und Bibliogr. hrsg. von Wolfgang Riedel
Würzburg: Königshausen & Neumann, 1995, - 693 S. : Ill.
ISBN 3-88479-962-2
Philosophieunterricht ; 1773-1782 ; Abel, Jacob Friedrich ; Stuttgart / Karlsschule

95-3 #

Abuhani, Salah: Zum Schulwesen der arabischen Beduinen in der Negev-Wüste/Israel : geschichtliche Darstellung, Analyse und Entwurf eines reformierten Lehrplans.
Marburg, Universität, Diss., 1995
Schulsystem / Beduine ; Negev

95-4

Das [achtzehnte] Jahrhundert : Aufklärung / hrsg. von Paul Geyer
Regensburg: Pustet, 1995, - 227 S. : Ill.
(Eichstätter Kolloquium ; 3)
ISBN 3-7917-1469-4
Literatur ; Philosophie ; Musik ; Aufklärung ; 1680-1790 ; Kant, Immanuel / Locke, John / Hume, David ; Wickelmann, Johann Joachim ; Gottsched, Johann C. / Lessing, Gotthold Ephraim ; Voltaire, Montesquieu, Charles de / Rousseau, Jean-Jacques

Die alphabetische Ordnung berücksichtigt den ersten Verfasser eines Dokumentes oder, wenn die Schrift keinen Verfasser oder mehr als drei Verfasser aufweist, den Titel. Wenn nach dem Titel geordnet wird, werden bestimmte oder unbestimmte Artikel übergangen. Dies wird durch sogenannte Nichtsortierzeichen ermöglicht, die bereits bei der Formalerschließung berücksichtigt werden, aber beim Ausdruck nicht erscheinen.

Wenn von einem Autor mehrere Dokumente verzeichnet werden, wird als zweites Ordnungskriterium der Titel berücksichtigt. Hier gilt die gleiche Regelung bezüglich der Artikel wie bei Verfasserschriften.

Jedes Dokument erhält automatisch eine laufende Zählung. Diese Nummern sind für die Beziehung zu den Registern wichtig.

Sachregister

Aachen: 1338
Aarbergen: 209
Aargau: 1
Abendgymnasium: 993, 1273
Abendrealschule: 1273
Abenteuroman: 1296
Abiturient: 807, 1232, 1273
Abiturientin: 1054
Abschaffung: 1344, 1345, 1346
Abschluss: 845, 1304
Absicht: 1104
Absolvent: 1358
Abweichendes Verhalten: 558
Abwicklung: 320, 483, 873, 1079
Achtung: 717
Adel: 215, 715
Adelserziehung: 200, 1023, 1071, 715
Adoption: 661
Adventisten: 943
Ägypten <Altertum>: 661
Anderung: 160, 320, 321, 407, 439, 866
Asthetische Erziehung: 590
Asthetische Wahrnehmung: 1039
Affektive Bindung: 1012
Affirmation: 71, 887, 1223
Afrika: 300
Aggression: 1188
Agrarwissenschaft: 957
Ahrenburg: 8, 482, ...

Allgemeinbildender Unterricht:

784
Allgemeinbildung: 7, 75, 203, 367, 380, 468, 658, 685, 895, 973, 1239, 1305, 1306
Allgemeine Didaktik: 485, 589
Allgemeiner Studentenausschuß: 750
Allgemeines Priestertum: 1313
Alltag: 8, 77, 140, 317, 441, 531, 595, 596, 604, 786, 788, 790, 970, 1083, 1112, 1197, 1339
Alltagsbewußtsein: 1082
Alltagskultur: 57
Almosen: 1357
Alphabetisierung: 36, 111517, 554
Altenheim: 662
Alter: 399
Alternativschule: 521, 617, 934, 1171
Altersklasse: 217
Altes Gymnasium: 484
Altsprachlicher Unterricht: 689, 1100
Ambulante Erziehungshilfe: 939
Amerika: 341
Amme: 317
Analphabetismus: 554
Ancien régime: 912
Anforderungsprofil: 139
Angewandte Chemie: 957
Anhalt: 31
Anpassung: 190, 1108, 1279, 1289

Die Bibliographie wird durch insgesamt vier Register erschlossen. Ein Sachregister, ein Personenregister, ein Zeitregister und ein Rezensionenregister.

Die Register werden mit ALLEGRO-C durch gesonderte Parameterdateien erstellt und zwar so, daß einerseits die Begriffe in der richtigen alphabetischen Reihenfolge ausgegeben werden und zum anderen die Dokumentennummer das Auffinden der entsprechenden Dokumente im alphabetischen Hauptteil ermöglichen.

Zunächst zum Sachregister. Die BBF greift für ihre Inhaltserschließung auf den Pool der Schlagwortnormdatei (SWD) zurück, die von der Deutschen Bibliothek geführt wird. Die SWD kategorisiert die Schlagwörter in Sachschlagwörter, geographische Schlagwörter, Personenschlagwörter, Körperschaftsschlagwörter, Formalschlagwörter, Zeitschlagwörter - um nur die wichtigsten zu nennen. Zusätzlich zu diesem Pool führen wir einen Thesaurus Bildungsgeschichte, der historische Begriffe enthält, die entsprechend einer Regel der RSWK nicht in der SWD berücksichtigt werden. Alle diese unterschiedlichen Schlagwortarten werden in je eigenen Datenfeldern abgelegt. Das Sachregister enthält deshalb Schlagwörter, die in den Datensätzen in unterschiedlichen Kategorien stehen: Sachschlagwörter, geographische Schlagwörter, bildungshistorische Schlagwörter usw. Es ist deshalb wichtig, daß man mit ALLEGRO-C Daten aus unterschiedlichen Datenfeldern automatisch in ein Register zusammenlaufen und alphabetisch sortieren lassen kann.

Personenregister

Abel, Jacob Friedrich: 2
Abendroth, Wolfgang **: 490
Abicht, Martha **: 1111
Abuhani, Salah: 3
Acikgöz, Kemal: 5
Ackerman, Michael: 6
Adam, Horst: 7
Addams, Jane **: 218
Adickes, Wilhelm **: 106, 840
Adler, Alfred **: 1351
Adler, Max **: 701
Adorno, Theodor Wiesengrund **: 71, 930
Aichhorn, August **: 951, 1302
Albrecht, Helmuth: 9
Albrecht, Peter: 10, 11, 12
Alstedt, Johann Heinrich **: 426
Alt, Robert **: 59, 71, 367, 514
Althage, Günter: 14
Altenhuber, Hans: 15, 16
Altgelt, Hermann **: 653
Althaus, Friedrich **: 104
Altmann, Ida **: 388
Alvarez, Nieves: 17
Alwast, Jendris: 18
Anders, Sönke: 21
Andersen, Hans-Joachim: 22

Aufderklamm, Kurt: 40
Augustinus, Aurelius **: 765
Avanzini, Guy: 44
Axelrod, Paul: 45
Bache, Alexander D.: 700
Bachmaier, Peter: 46
Bachmann, Gerhild: 47, 48, 816
Bachmann, Siegfried (Hrsg.): 1231
Backes-Haase, Alfons: 49
Bacmeister, Hartwig L. **: 557
Bacon, Francis **: 885
Baenitz, Carl **: 719
Bäuerle, Theodor **: 993
Bäumler, Alfred **: 472
Ballauf, Theodor **: 676
Ballod, Georg: 50
Baltes, Alois (Hrsg.): 826
Balthasar, Franz Urs: 912
Bandelier, André: 51
Bandoly, Werner: 52
Barnard, Henry: 700
Barschak, Erna **: 435
Barth-Scalmani, Gunda: 53, 54, 55
Barthel, Karl Wolfgang: 56
Barthel, Wilfried: 57
Bartz, Brunon: 58
Basedow, Johann Bernhard **: 635, 885,
Basikow, Ursula: 59
Bateson, Gregory **: 1280
Bathke, Gustav-Wilhelm: 740
Bauer, Eleonore: 60
Bauer, Joachim: 61
Bauer, Josef <Pädagoge> **: 1055
Baum, Herbert **: 1072

Im Personenregister werden ebenfalls Informationen aus unterschiedlichen Kategorien zusammengeführt. Man findet neben dem ersten Verfasser alle Zweit- und Drittautoren, sowie Herausgeber von Schriften. Bei den Herausgebern wird die Funktionsbezeichnung mitangegeben. Weiterhin enthält dieses Register Namen von Personen, die in einem Dokument inhaltlich behandelt wurden. Diese Personenschlagwörter sind durch zwei ** gesondert gekennzeichnet und damit unterscheidbar.

Von besonderer Bedeutung für eine bildungsgeschichtliche Bibliographie ist das Zeitregister. Im Unterschied zu den vorangegangenen Registern werden die Einträge nicht alphabetisch, sondern numerisch geordnet. Dies erfolgt natürlich ebenfalls automatisch. Manuell ergänzt wird durch eine Bearbeiterin lediglich die Strukturierung durch die Zwischenüberschriften.

1200-1800: 1036
1200-1994: 631
1200-1995: 615
1230-1493: 76
1250-1500: 567, 746, 1328

14. Jh.

1332-1995: 1271
1386-1450: 319

Zeitregister

(Die Einträge sind nach dem Beginn
des in der Literatur bearbeiteten
Zeitabschnittes geordnet)

-700--230: 167
-800--500: 317

1. Jh. - 10. Jh.

30-600: 662
200-1995: 245
200-500: 662
300-400: 765
300-500: 1076
400-800: 251
500-1700: 728
500-1994: 438
600-1500: 1035
799: 287
800-1960: 285
800-1987: 1357

15. Jh.

1400-1750: 273
1400-1945: 709
1400-1950: 1339
1400-1992: 570
1420-1600: 1308
1445-1995: 1272
1450-1650: 214
1450-1800: 686
1456-1995: 877
1467-52: 67
1488-1517: 33
1491-1556: 421
1494-1994: 1140
1499-1970: 1284

16. Jh.

1500-1540: 274
1500-1600: 232
1500-1700: 216, 426

Seit dem 2. Jahrgang verzeichnen wir bildungshistorische Rezensionen in einem Anhang der Bibliographie. Die Rezensionen sind alphabetisch nach dem Rezensenten geordnet. Die Schlagwörter am Ende der Dokumente werden allerdings nicht in die Register aufgenommen, um beim Benutzer keine Mißverständnisse zu erzeugen. Im dazugehörigen Register sind die rezensierten Schriften alphabetisch aufgelistet.

Die Recherche und die Ausgabe der Dokumente für den Hauptteil sowie die Erstellung der diversen Register erfolgt in einem Arbeitsgang über eine Batchdatei. Das heißt, die Bearbeiterin startet bei Redaktionsschluß die Batchdatei und gibt als Suchwort das Kürzel für den entsprechenden Jahrgang ein, das in der Kategorie 15 bereits steht. Danach werden automatisch Hauptteil, Rezensionsteil und die diversen Register erstellt. Die Produktionsdauer ist gering, etwa 10 Minuten. Das Ergebnis sieht allerdings noch nicht ganz so aus wie im gedruckten Band. Einige Details werden über Makros in WORD erzeugt. Das betrifft z.B. die Kopfzeilen, die Seitenzählung, den Seitenumbruch, die Wahl der Schriftart und den Fett- bzw. Kursivdruck.

In Ergänzung zum gedruckten Band haben wir eine Diskettenversion zu der Bibliographie entwickelt, die jedem Exemplar beiliegt. Die Diskette enthält die

kompletten Daten des jeweiligen Jahrgangs. Darüberhinaus wird eine Runtime-Version des Programms mitgeliefert, mit der die Daten gelesen und recherchiert werden können. Die Runtime-Version wird von den ALLEGRO-C-Entwicklern kostenlos zur Verfügung gestellt, so daß sie in dieser Weise weitergegeben werden kann.

Die Handhabung der Datenbank scheint keine großen Schwierigkeiten zu machen. Wir haben eine Textdatei beigelegt, die einige Hinweise zur Benutzung enthalten und darüberhinaus eine interaktive Einführung entwickelt, die in sechs Kapiteln auf alle wichtigen Aspekte der Datenbanknutzung eingeht. Die interaktive Einführung wird der Bibliographie nicht beigelegt, sondern muß bei der BBF kostenlos bestellt werden. Bestellungen werden hierfür derzeit über Telefon, Post und Fax angenommen, in Vorbereitung ist eine Bestellmöglichkeit über das Internet.

Der Installationsprozeß der Datenbank ist sehr einfach. Zu Beginn des Installationsvorganges wird automatisch überprüft, ob bereits ein früherer Jahrgang der Bibliographie auf der Festplatte vorhanden ist. Wenn dies der Fall ist, wird der aktuelle Jahrgang zu dem früheren hinzugefügt und auf diese Weise eine gemeinsame Datenbank erstellt.

Insgesamt hat die Diskette bei Benutzern und Rezensenten viel Beachtung gefunden und scheint mir deshalb eine lohnenswerte Ergänzung zu sein. Der Arbeitsaufwand zur Erstellung der Diskette ist relativ gering, es handelt sich quasi um ein Abfallprodukt, das bei der Produktion der gedruckten Bibliographie anfällt. Der Produktionsvorgang wird ebenfalls durch eine Batchdatei gesteuert, die für jeden neuen Jahrgang geringfügig modifiziert werden muß.

Zum Schluß möchte ich noch auf ein Projekt verweisen, das wir in nächster Zeit realisieren wollen. Wir haben für die Bibliographie Bildungsgeschichte eine Informationsseite im Internet erstellt. Die Internet-Adresse lautet: <http://www.dipf.de/service/bbf/bilgesch.htm>

Bibliographie Bildungsgeschichte

Inhalte: Neuerscheinungen zu Bildungsgeschichte, Allgemeine Geschichte der Pädagogik (Wissenschaftsgeschichte, Theoriegeschichte, Biographien von Pädagogen und Pädagoginnen), Geschichte der Erziehung, Geschichte des Bildungsrechts, Geschichte der Bildungspolitik, Geschichte der Bildungsverwaltung, Geschichte der institutionellen Erziehung und Bildung (Theorien pädagogischer Institutionen, Institutionengeschichte), Historische Sozialisationsforschung, Bildungshistorisch relevante Arbeiten der Psychologie, der Soziologie, der Kultur- und Mentalitätsgeschichte - deutschsprachiger Raum (Deutschland, Österreich, Schweiz).

Literaturarten: Monographien, graue Literatur, Hochschulschriften, Aufsätze aus Zeitschriften und Sammelwerken, Rezensionen, elektronische Dokumente

Inhaltliche Erschließung: Alphabetscher Hauptteil mit bibliographischen Angaben und thesaurusgestützten Schlagwörtern. Getrennte Personen-, Schlagwörter-, Zeit- und Rezensionsregister

Umfang: ca. 1.800 Titel pro Jahrgang

Erscheinungsweise: Jährlich ein gedruckter Band mit beigefügter Diskette als Datenbank. Der neueste Jahrgang wird beim Installieren auf den PC mit bereits früher installierten Jahrgängen zu einer Gesamtdatenbank vereinigt. Ein interaktives Lernprogramm zur Benutzung der Datenbank ist kostenlos bei der Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung erhältlich.

Literaturbereitstellung: Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung

Bezug: Schneider Verlag Hohengehren GmbH, Wilhelmstr. 13, D-73666 Balmannweiler oder im Buchhandel

Wir möchten diese Seite durch eine Aufsatz-Bestellmaske ergänzen, in die die Dokumentennummer, der Verfasser und der Kurztitel eingetragen werden können. Die Bestellung wird automatisch an die e-mail-Adresse der BBF weitergeleitet und dann dort bearbeitet. Die bestellten Dokumente werden per Fax oder Post, später auch per e-mail an die Besteller versandt. Die Bestellmöglichkeit beschränkt sich zunächst nur auf Aufsätze aus Zeitschriften und Sammelwerken. Natürlich wird diese Dienstleistung nicht kostenlos möglich sein.

Als Fazit läßt sich sagen, daß bei der Herstellung der Bibliographie Bildungsgeschichte mit Hilfe von ALLEGRO-C gute Erfahrungen gemacht wurden. Die zugrundeliegende Software zeichnet sich durch hohe Flexibilität, was die Gestaltung der Bibliographie betrifft, aus. Darüberhinaus kann man auf neue Anforderungen, auf Anregungen oder Kritik durch Benutzer der Bibliographie reagieren, indem man die Parameterdateien modifiziert, die die Gestaltung der Ausgabe bewirken.

Schließlich sollte auch der Kostenfaktor nicht unerwähnt bleiben, der angesichts von allgemeinen Sparzwängen zu einem gewichtigen Entscheidungskriterium wird.

Nachteilig ist dagegen die Notwendigkeit, sich in die Parametrisierungstechnik von ALLEGRO-C einzuarbeiten und der hohe Zeitaufwand, der für die Produktentwicklung aufgewendet werden muß.

9.

Die Online-Bestelldienste der Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung

In: Bibliotheksdienst : Organ d. Bundesvereinigung Deutscher
Bibliotheksverbände (BDB) 32 (1998), 4, S. 703-711

“Freund, tue alles, was Du kannst, daß es einfache, vom Bücherwesen und der Halbgelehrsamkeit unangesteckte Menschen seien.” So Johann Heinrich Pestalozzi in einem Schreiben an Johann Ludwig Ewald aus dem Jahr 1810.

Nein, der große Pädagoge hätte vermutlich keine Freude an Internet, an Online-Datenbanken und elektronischen Publikationen, wenn er heute noch leben würde. Die scheinbar so werbeträchtigen Phrasen von den Millionen Sites, Milliarden von Texten, Billionen von ... würden ihn nicht beeindrucken.

Oder vielleicht doch? An seinen Buchhändler Cotta schrieb er 1809: “In meiner Büchersammlung wünschte ich die Meisterwerke eines Herders, Goethes und Schillers zu haben. Meine Umstände gestatten mir aber nicht, große Ausgaben zu machen, und ich muß mich mit der wohlfeilsten Ausgabe begnügen.”

Was würde Johann Heinrich Pestalozzi zu einem unendlichen Bücherschrank sagen, der ihm alles an Literatur böte, was er lesen will? Und das, ohne zugleich seine überschaubaren Wohnverhältnisse aufgeben zu müssen, die einen realen unendlichen Bücherschrank nicht aufnehmen könnten. Einen virtuellen Bücherschrank sozusagen, der die Literatur der ganzen Welt enthielte. Um ein Buch aus dem virtuellen Bücherschrank benutzen zu können, müßte er nicht an reale Bücherregale gehen, sondern recherchierte via Internet in zahllosen Datenbanken, natürlich gleichzeitig, ohne zu merken, daß es sich um unterschiedliche Datenbanken handelt. Wenn er dann das gesuchte Buch gefunden hätte, würde er per Knopfdruck eine Bestellmaske aufrufen, den Bestellwunsch eintragen und schon befinden sich die Meisterwerke eines Herders, Goethes und Schillers auf seinem Schreibtisch.

Vielleicht würden diese Möglichkeiten auch Pestalozzi von dem Nutzen des Internets überzeugen, wie so viele andere Menschen heutzutage, die die damit verbundenen Dienstleistungen in Anspruch nehmen. Allerdings ist die Realisierung des virtuellen Bücherschranks noch eine Vision, insbesondere die Zeit, die zwischen Bestellung und Lieferung der Literatur verstreicht, ist noch unbefriedigend. Aber immerhin, die ersten Versuche sind gemacht, und die ersten Angebote sind nutzbar.

Von zwei Projekten, die in der Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung (BBF) des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung in dieser Hinsicht entwickelt wurden und entsprechende Serviceleistungen anbieten, soll im folgenden berichtet werden. Es handelt sich um Anbotsmöglichkeiten, die relativ neue, unbekanntere Wege einschlagen und über die traditionellen Dienstleistungen einer Bibliothek hinausgehen.

Online-Bestellung von Aufsätzen aus Zeitschriften und Sammelwerken

Seit 1994 wird von der BBF die Bibliographie Bildungsgeschichte herausgegeben. Es handelt sich um eine jährlich erscheinende Publikation, die in Kooperation mit dem Pestalozzianum Zürich, der Universität Klagenfurt / Abt. für Historische und Vergleichende Pädagogik, der Universität Marburg und der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften erarbeitet wird. Ende 1997 ist der dritte Jahrgang erschienen, der - wie die vorhergehenden Jahrgänge - mit Unterstützung der DFG gedruckt wurde.

Die Bibliographie verzeichnet Monographien und Aufsätze aus Zeitschriften und Sammelwerken, die bildungsgeschichtliche Themen behandeln. „Bildungsgeschichte“ wird dabei synonym für historische Bildungsforschung verwandt.

Von Anbeginn an wurde jedem Band eine Diskette beigelegt, die die komplette Datenbank des entsprechenden Jahrgangs enthält. In den gedruckten Bänden sind die Titel alphabetisch aufgelistet und werden zusätzlich durch Register erschlossen. Der Registerteil ist untergliedert in Personenregister, Sachregister, Körperschaftsregister und Zeitregister. Mit Hilfe des letztgenannten Registers

können die Benutzer der Bibliographie nach interessierenden Zeitabschnitten suchen. Wer etwa zur Bildungsgeschichte des Nationalsozialismus arbeitet, kann im Zeitregister die entsprechende Literatur unter dem Eintrag: 1933-1945 finden.

Zusätzlich findet sich in der Bibliographie Bildungsgeschichte eine alphabetische Auflistung von Rezensionen zu bildungsgeschichtlicher Literatur. Dieser Teil wird ergänzt um ein Register der rezensierten Werke.

Die Suchmöglichkeiten des gedruckten Bandes werden ergänzt durch die Recherchemöglichkeiten in der Datenbank. Die Installation der Datenbank ist einfach. Automatisch werden die Titel des neuen Jahrgangs in die eventuell bereits bestehende Datenbank der vorhergehenden Jahrgänge integriert. Auf diese Art kann sich jeder Käufer der Bibliographie eine wachsende bildungsgeschichtliche Datenbank aufbauen.

In der Datenbank kann man jedoch nicht nur in mehreren Jahrgängen der Bibliographie gleichzeitig suchen, sondern auch nach weiteren bibliographischen Angaben, die die Suchmöglichkeiten des gedruckten Bandes übersteigen. Zusätzlich lassen sich die Boolschen Operatoren einsetzen.

Dies war der Stand der Entwicklung bis zum 2. Jahrgang 1995/96. Seit der Herausgabe des 3. Jahrgangs wird eine neue Dienstleistung angeboten, nämlich die Online-Bestellung von Aufsätzen aus Zeitschriften und Sammelwerken, die in einem der Jahrgänge der Bibliographie angezeigt werden. Über die Internet-Adresse: [HTTP:// www.dipf.de/service/bbf/bilgesch.htm](http://www.dipf.de/service/bbf/bilgesch.htm) ist der Aufsatzbestell-dienst erreichbar. Jeder Benutzer der Bibliographie kann somit, sofern ein Internetanschluß vorhanden ist, über den PC jeden in der Bibliographie verzeichneten Aufsatz bestellen. In eine Eingabemaske muß man die laufende Nummer des Titels aus der Bibliographie eintragen und dazu noch den Autor oder den Kurztitel. In ein zweites Formular müssen dann noch die Absenderangaben eingetragen werden und die gewünschte Zusendart der Kopie. Zur Auswahl stehen derzeit Fax oder Post. Wenn die Eingabefelder ausgefüllt sind, muß man nur noch die Schaltfläche "Absenden" anklicken, um die Bestellung per Email zu übermitteln. Die Bestellung geht an die Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung und wird dort bearbeitet.

Bibliographie Bildungsgeschichte

Neu ! Aufsatzbestellung

Alle in der Bibliographie Bildungsgeschichte verzeichneten Aufsätze können über das Internet bestellt werden. Nach Eingang der Bestellung wird der gewünschte Aufsatz kopiert und mit der nächsten Post oder per Fax an den Besteller versandt. Jede Aufsatzkopie kostet 10,- DM, einschließlich Versandgebühr. Jeder Lieferung per Post oder per Fax wird eine Rechnung beigelegt, deren Betrag innerhalb von 14 Tagen an die Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung überwiesen werden muß. [Zum Bestellformular](#)

Inhalte: Neuerscheinungen zu Bildungsgeschichte, Allgemeine Geschichte der Pädagogik (Wissenschaftsgeschichte, Theoriegeschichte, Biographien von Pädagogen und Pädagoginnen), Geschichte der Erziehung, Geschichte des Bildungsrechts, Geschichte der Bildungspolitik, Geschichte der Bildungsverwaltung, Geschichte der institutionellen Erziehung und Bildung (Theorien pädagogischer Institutionen, Institutionengeschichte), Historische Sozialisationsforschung, Bildungshistorisch relevante Arbeiten der Psychologie, der Soziologie, der Kultur- und Mentalitätsgeschichte - deutschsprachiger Raum (Deutschland, Österreich, Schweiz).

Literaturarten: Monographien, graue Literatur, Hochschulschriften, Aufsätze aus Zeitschriften und Sammelwerken, Rezensionen, elektronische Dokumente

Inhaltliche Erschließung: Alphabetischer Hauptteil mit bibliographischen Angaben und thesaurusgestützten Schlagwörtern. Getrennte Personen-, Schlagwörter-, Zeit- und Rezensionsregister

Umfang: ca. 1.800 Titel pro Jahrgang

Die Bearbeitungszeit in der BBF hängt wesentlich davon ab, ob der bestellte Aufsatz greifbar ist oder nicht. Zeitschriftenaufsätze sind schnell bearbeitbar, weil Zeitschriften grundsätzlich nicht entliehen werden. Dagegen kann sich die Lieferung eines Aufsatzes aus einem Sammelwerk verzögern, wenn der Sammelband gerade ausgeliehen ist. Besteller werden auf diesen Umstand aufmerksam gemacht und um die Angabe einer maximalen Bearbeitungszeit im Bestellformular gebeten. Falls der Aufsatz innerhalb dieser Frist nicht bearbeitet werden kann, weil er darüber hinausgehend entliehen ist, so wird der Besteller entsprechend benachrichtigt.

Der neue Aufsatzbestelldienst kann nicht kostenlos angeboten werden. Bezüglich der Preisgestaltung orientiert sich die BBF an vergleichbaren Dienstleistungen und verlangt pro bestelltem Aufsatz DM 10,- incl. Versand, unabhängig vom Seitenumfang.

Neben der Bestellmöglichkeit von Aufsätzen finden sich auf der Homepage der Bibliographie Bildungsgeschichte noch weitere Informationen, die sich insbesondere an potentielle Nutzer der Bibliographie wenden. So sind etwa die bislang erschienenen Rezensionen zur Bibliographie im Volltext lesbar, die viele Hinweise auf die Nützlichkeit und die Qualität, aber auch auf noch vorhandene Defizite geben. Darüber hinaus kann man sich Musterseiten des alphabetischen Hauptteils und der Register ansehen, um sich einen Eindruck vom Aufbau der Bibliographie zu verschaffen. Schließlich gibt es noch die Möglichkeit, die

Bibliographie als einzelnen Band oder zur Fortsetzung direkt über das Internet zu bestellen.

Online-Ausleihe an Angehörige der Universitäten Potsdam und Rostock

Die Deutsche Lehrerbücherei (DLB), 1875 gegründet, hatte als eine der Zentralbüchereien des Deutschen Lehrervereins (DLV) die Aufgabe, die Mitglieder des DLV mit Literatur zu versorgen und zwar unabhängig von deren Wohnort. Diese Dienstleistung wurde dann auch in starkem Maß in Anspruch genommen. Bis in die 20er Jahre hinein übertraf der auswärtige Leihverkehr die Zahlen der Ortsausleihe. 1930 wurden zum Beispiel rund 10 000 Bände in andere Städte verschickt.

Die Grundlage für die Buchbestellungen waren gedruckte Kataloge. Der erste Katalog erschien 1896, danach folgten bis 1938 insgesamt neun Ergänzungen in mehrjährigen Abständen. Gegen einen geringen Betrag konnte jedes DLV-Mitglied diese Kataloge erwerben und die dort angezeigten Titel bei der Deutschen Lehrerbücherei zur Ausleihe bestellen. Die Bestellung wurde in der Bibliothek bearbeitet und das Buch dann per Post an den Besteller versandt.

Die BBF ist die Nachfolgeeinrichtung der Deutschen Lehrerbücherei. Der heute 685 000 Bände umfassende Buchbestand geht zu einem bedeutenden Teil auf die Sammlung der DLB zurück, dies betrifft insbesondere die wertvollen Altbestände. Mit einem soeben gestarteten Projekt möchte die BBF die überregionale Nutzbarkeit ihres Bestandes verbessern. Zwar ist die BBF dem nationalen und internationalen Leihverkehr der Bibliotheken angeschlossen, aber dieses langsame und mühsame Instrument wird kaum den Bedürfnissen der Benutzer gerecht.

Viel transparenter und direkter war dagegen die Fernleihmethode der ehemaligen Deutschen Lehrerbücherei. In Anlehnung an dieses Verfahren, aber natürlich unter Einsatz neuer Technologien, wird diese Tradition wieder aufgenommen.

Gedruckte Kataloge weisen erhebliche Nachteile auf, vor allem hinsichtlich ihrer Aktualität. Der Bestand einer Bibliothek verändert sich jeden Tag. Diese

Veränderungen kann ein gedruckter Katalog, der in mehrjährigem Abstand erscheint, nicht dokumentieren. Schließlich ist es völlig ausgeschlossen, in einem gedruckten Katalog den aktuellen Ausleihstatus jedes Buches anzugeben, so daß jeder Leser erkennt, ob das gewünschte Buch gerade verfügbar oder ausgeliehen ist.

Solche Nachteile lassen sich heutzutage mit einem Schlag beheben, und die Zauberformel heißt (wie könnte es anders sein): *Internet*. Die BBF präsentiert seit einiger Zeit ihre Datenbank im WWW unter einer veränderten und wesentlich verbesserten Oberfläche. Unter anderem sind die komplexeren Recherchemöglichkeiten hervorzuheben.

Die Datenbank, die über den Internet-Zugriff erreichbar ist, läuft synchron zur eigentlichen Arbeitsdatenbank der Bibliothek. Das heißt, sie ist jederzeit aktuell. Das bedeutet zunächst, daß jedes neuerworbene Buch sofort nach Bearbeitung in der Datenbank zu finden ist. Darüber hinaus ist bei jedem ausgeliehenen Buch vermerkt, wie lange der Titel noch entliehen sein wird.

Auf der Grundlage dieses Katalogs wurde am 1. Oktober 1997 ein Pilotprojekt mit der Universitätsbibliothek Potsdam gestartet, das jedem Angehörigen der Universität Potsdam die Möglichkeit bietet, von jedem beliebigen PC mit Internetanschluß eine Buchbestellung in der BBF auszulösen. Nach Abschluß der Testphase wurde dieser Service ab 1. April 1998 auf die Universität Rostock ausgedehnt. Der Zugang zur Internetausleihe erfolgt unter der Adresse: [HTTP://WWW.DIPF.DE/SERVICE/BBF/BBF.HTM](http://www.dipf.de/service/bbf/bbf.htm), der Homepage der BBF. Neben Informationsseiten zur Geschichte, dem Profil und den Beständen der BBF, findet man einen Link zur Recherche in der Online-Datenbank. Nach dem Anklicken dieses Links wird eine Seite aufgebaut, die eine Suchmaske enthält. Durch Eingabe von Suchbegriffen und dem Anklicken des Buttons "Absenden" wird der Suchvorgang ausgelöst.

Die Datenbank der BBF umfaßt derzeit rund 140 000 Titel. Das entspricht nur einem Teil ihres 682 000 Bände umfassenden Gesamtbestandes. In der Datenbank nachgewiesen sind:

- alle Neuerwerbungen seit 1988. Darunter fallen zunächst Neuerscheinungen, aber ebenso antiquarische Käufe, die zu einem bedeutenden Teil durch Zuschüsse der DFG ermöglicht werden. Das Sammlungsprofil der BBF umfaßt die Bildungsgeschichte in einem umfassenden Verständnis¹.
- bildungsgeschichtliche Aufsätze aus Zeitschriften und Sammelwerken seit 1994
- Rezensionen zu bildungsgeschichtlichen Werken seit 1995
- alle Zeitschriftentitel der Bibliothek, insbesondere auch die rund 1900 Titel umfassende Sammlung von Periodika mit den Erscheinungsjahren vor 1945
- alle Titel aus der sonst in keiner Bibliothek in gleicher Vollständigkeit vorhandenen Sammlung pädagogischer Literatur der NS-Zeit
- Titel älteren Erwerbungsdatums, die durch das seit 1993 laufende Konversionsprogramm in die Datenbank aufgenommen wurden. Die Konversion wird weitergeführt mit der Zielsetzung, den Gesamtbestand der BBF in die Datenbank einzugeben.

Die Suchmöglichkeiten sind vielfältig und einfach. Neben der Suchmöglichkeit nach Personennamen oder Wörtern aus dem Titel bzw. Schlagwörtern, gibt es die Möglichkeit, direkt in einem von insgesamt neun Registern zu suchen. Die Register sind folgendermaßen strukturiert:

Register 1: Personennamen

Register 2: Namen von Körperschaften

Register 3: Stich- und Schlagwörter

Register 4: Titel von Monographien und Aufsätzen

Register 5: Titel von Periodika (Zeitungen, Zeitschriften, Jahrbücher, Serien)

Register 6: Verlagsorte, Verlage und Erscheinungsjahre

Register 7: Zeitschlagworte in Form konkreter Zeitangaben (z.B. H 1914-1918 für bildungsgeschichtliche Veröffentlichungen, die die Phase des 1. Weltkriegs behandeln)

Register 8: Signaturen

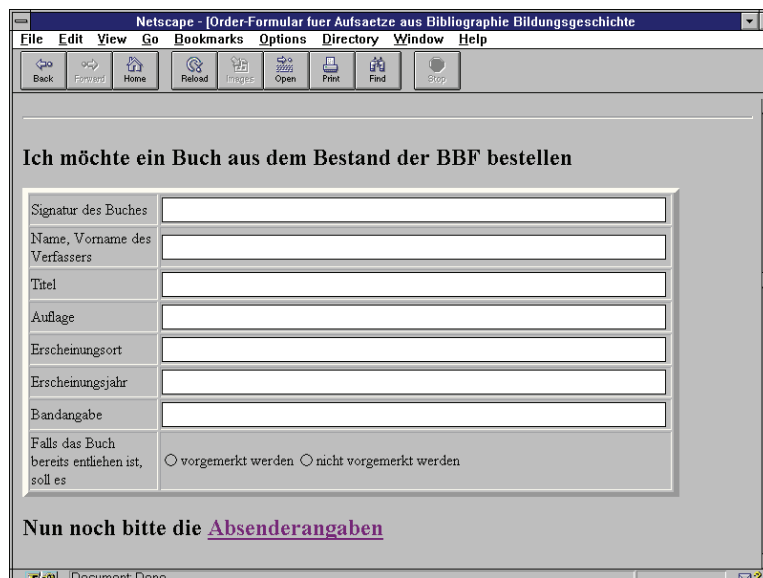
¹ vgl. Bierwagen, Marion: Zum Sammelauftrag, zum Leistungsangebot und zur wechselvollen Geschichte der Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung. in: Päd Forum 25./10. Jg. (1997), H. 1, S. 93

Register 9: ISBN

Man kann jedes Register an jeder beliebigen Stelle aufschlagen und dann nach unten blättern.

Die inhaltliche Erschließung erfolgt in Form von Verschlagwortungen. Grundlage der Schlagwortvergabe ist die Schlagwortnormdatei.

Das bisher beschriebene Verfahren unterscheidet sich nicht oder kaum von vielen anderen im Internet auffindbaren Datenbankrecherchen. Neu ist dagegen die Möglichkeit, im Anschluß an eine erfolgreiche Suche eine weitere Maske aufzublättern, mit der eine Ausleihbestellung ausgelöst werden kann. In die Maske müssen einige bibliographische Angaben sowie Absenderangaben eingetragen werden. Die Bestellung wird der BBF per Email zugestellt und nach Eintreffen sofort bearbeitet. Zwischen der Universitätsbibliothek Potsdam und der BBF verkehrt in regelmäßigen Abständen ein Fahrdienst, der den Transport der bestellten Materialien übernimmt. Nach Rostock werden die Medien auf dem Postweg versandt. Am gewünschten Zielstandort können die Benutzer die bestellten Dokumente in Empfang nehmen.



Netscape - [Order-Formular fuer Aufsaezte aus Bibliographie Bildungsgeschichte]

File Edit View Go Bookmarks Options Directory Window Help

Back Forward Home Reload Images Open Print Find Stop

Ich möchte ein Buch aus dem Bestand der BBF bestellen

Signatur des Buches	<input type="text"/>
Name, Vorname des Verfassers	<input type="text"/>
Titel	<input type="text"/>
Auflage	<input type="text"/>
Erscheinungsort	<input type="text"/>
Erscheinungsjahr	<input type="text"/>
Bandangabe	<input type="text"/>
Falls das Buch bereits entliehen ist, soll es	<input type="radio"/> vorgemerkt werden <input type="radio"/> nicht vorgemerkt werden

Nun noch bitte die [Absenderangaben](#)

Document: Done

Neben Büchern können auch in der Datenbank verzeichnete Aufsätze bestellt werden. Die Aufsätze werden in der BBF kopiert und verbleiben für eine Bearbeitungsgebühr von 6.- DM beim Besteller.

Natürlich sind nicht alle in der BBF vorhandenen Materialien ausleihbar. Dies betrifft vor allem die rund 12.000 Bände umfassende Sammlung der Raras, die von der Inkunabelzeit bis 1830 reicht. Des Weiteren sind Zeitschriften und Zeitungen von der Ausleihe ausgeschlossen, Kopien einzelner Aufsätze sind dagegen bestellbar.

Bei anderen Materialien gibt es Beschränkungen. So sind alle Bücher zwischen 1831 und 1945 nur im Lesesaal der Universitätsbibliothek nutzbar. Besonders wertvolle oder seltene Bücher dieses Zeitraums sind ebenfalls von der Ausleihe ausgeschlossen. Dagegen können alle nach 1945 erschienenen Bücher grundsätzlich mit nach Hause genommen werden.

Bei den Absenderangaben gibt es für die Besteller die Möglichkeit, ihre Emailadresse anzugeben. Damit hat die BBF eine Möglichkeit, die Benutzer sehr schnell zu informieren, wenn es Probleme mit der Bestellung gibt. Falls die Adresse nicht angegeben wurde oder kein eigener Account vorhanden ist, wird die Mitteilung an die entsprechende Universitätsbibliothek geschickt, die sie an die Benutzer weiterleitet.

Die Internetausleihe aus dem Bestand der BBF ist derzeit nur den Angehörigen der Universitäten Potsdam und Rostock möglich. Eine Ausdehnung auf weitere, an der Bildungsgeschichte interessierten Einrichtungen ist geplant. Interessenten wenden sich bitte an den Autor (ritzi@bbf.dipf.de). Langfristig soll auf diese Weise die Bedeutung der Bibliothek für bildungsgeschichtliche Forschung als überregionale Forschungsbibliothek gestärkt werden. Als zweitgrößte pädagogische Spezialbibliothek Europas will sie ihren einmaligen Bestand nicht nur in Deutschland nutzbar machen, sondern darüber hinaus auch Einrichtungen der europäischen Nachbarländer.

Die Frage, ob Pestalozzi ein solches Angebot genutzt hätte, ist natürlich müßig. Heutige Bildungshistoriker, die ihre knappen Zeitressourcen eher in Forschungsarbeit als in das teils mühsame Literaturbeschaffungsmanagement investieren wollen, werden diese ersten tastenden Versuche einer verbesserten Literaturversorgung vermutlich mit Interesse verfolgen.

Solche Innovationen bergen im wesentlichen zwei Gefahren in sich. Die erste besteht darin, ein Angebot zu unterbreiten, das gar nicht gewünscht wird, also

keine Nachfrage aufweist. Zum anderen kann die Konstruktion des Angebots an den Bedürfnissen der potentiellen Nutzer vorbeigehen, d.h. die Dienstleistung wird als zu schwierig, umständlich, mühsam empfunden, so daß der grundsätzliche Nutzen des Angebots nicht erkannt werden kann. Von nicht zu überschätzender Bedeutung ist deshalb die Rückmeldung der Benutzer. Nur im Dialog zwischen Anbieter und Nutzer kann eine Serviceleistung entstehen, die bedürfnisgerecht die permanent wachsenden technischen Möglichkeiten umsetzt.

10.

Pädagogische Zeitschriften und Nachschlagewerke als elektronische Dokumente im Internet

Ein DFG-gefördertes Projekt der Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung (BBF)

In: B.I.T. online : Zeitschrift für Bibliothek, Information und Technologie mit aktueller Internet-Präsenz 3 (2000), 1, S. 61-70

1. Einleitung

Das Project Gutenberg, 1971 von Michael Hart an der Universität von Illinois gegründet, gehört sicherlich zu einem der frühesten und bekanntesten Unternehmen im Bereich der sogenannten elektronischen Publikationen¹. In anderen Sprachkreisen wurden Projekte mit gleichartiger Zielsetzung ins Leben gerufen, so auch das deutsche Gutenberg Projekt, das derzeit rund 300 Bücher mit etwa 150 000 Textseiten zur Verfügung stellt. Seit dem ersten Text, der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung, hat sich der Bestand an klassischen historischen Texten im Internet in kaum noch überschaubarer Menge erhöht.

Der Wert dieses und vergleichbarer Projekte ist nicht unumstritten. Klassikerausgaben, so die Zweifler, sind so preiswert in gedruckter Form erhältlich, daß sich kaum jemand die Strapaze auferlegt, ganze Bücher am Bildschirm zu lesen. Trotz dieser kritischen Stimmen ist das Streben, die Möglichkeiten zur Digitalisierung von historischen Texten zu nutzen, ungebrochen, denn neben den Nachteilen bietet diese Publikationsform unbestreitbare Vorteile.

Digitalisierung im vorliegenden Zusammenhang meint zunächst, daß Texte in maschinenlesbare Form überführt werden, so daß sie mittels EDV benutzbar sind.

¹ Elektronische Publikationen gibt es im wesentlichen in drei Formen: 1. Erstveröffentlichungen, die nur in digitalisierter Form veröffentlicht werden, 2. Parallelausgaben, die sowohl in digitalisierter als auch in gedruckter Form veröffentlicht werden sowie 3. Dokumente, die nachträglich von ursprünglich nur in gedruckter Form vorliegenden Papirausgaben digitalisiert wurden.

Dazu gibt es im wesentlichen zwei Formen. Zum einen werden die Zeichen (Buchstaben, Ziffern, Sonderzeichen usw.) digitalisiert. Dies ist etwa der Fall, wenn Texte direkt über eine Tastatur in ein Textverarbeitungssystem geschrieben und anschließend abgespeichert werden. Zum anderen kann eine bereits gedruckt vorliegende Seite mit einem Scanner, der ähnlich wie ein Kopiergerät funktioniert, in ein elektronisches Bild verwandelt werden. Die Buchstaben werden dabei nicht in elektronische Zeichen umgesetzt, sondern die Druckseite wird in viele Punkte (Pixel) aufgelöst, die entweder schwarz, also ein Teil eines gedruckten Buchstabens, oder weiß sind. Die maschinelle Rekonstruktion einer Druckseite erfolgt also durch die Wiedergabe der Pixel.

Der wesentliche Unterschied beider Digitalisierungsverfahren besteht aus Benutzersicht darin, daß die erstgenannte Methode einen Volltext erstellt, der es ermöglicht, mit einem Suchbefehl nach jeder beliebigen Zeichenkette innerhalb des Textes zu suchen. Die digitalisierte Seite der zweiten Methode bietet eine solche Suchmöglichkeit nicht. Der Text ist wie bei einer Fotokopie lesbar, aber nicht recherchierbar. Um jedoch auch in Texten eine inhaltliche Suche zu ermöglichen, die nach der zuletztgenannten Methode digitalisiert wurden, kann man Datenbanken oder andere Erschließungssysteme aufbauen, die mit den Bildern korrespondieren (mehr hierzu unter 4.).

Einen entscheidenden Anstoß zur Digitalisierung bereits gedruckter Texte hat 1995 der Bibliotheksausschuß und die Kommission für Rechenanlagen der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) gegeben. In einer Empfehlung an den Bund, die Länder sowie die Deutsche Forschungsgemeinschaft wird ein umfassendes Verbundförderkonzept zum Aufbau einer auf den neuen Informationstechnologien basierenden Infrastruktur für Wissenschaft und Forschung vorgeschlagen². Als eine zu diesem Ziel führenden Aktionslinien wurde der Aufbau einer verteilten digitalen Forschungsbibliothek vorgeschlagen, die entsprechende Funktionen einer in Deutschland fehlenden Nationalbibliothek übernehmen sollte. Statt eines zentralen Standortes sollen digitalisierte Bestände vieler Bibliotheken virtuell miteinander verbunden werden.

² Deutsche Forschungsgemeinschaft: Neue Informations-Infrastrukturen für Forschung und Lehre. Empfehlungen des Bibliotheksausschusses und der Kommission für Rechenanlagen. In: ZfBB 43 (1996), S. 133-155

Das Konzept stieß auf Zustimmung. Zur Realisierung wurden von verschiedenen Seiten Mittel z.T. in beträchtlicher Höhe zur Verfügung gestellt. Zu nennen sind vor allem die Europäische Kommission, die Bundesregierung, die Deutsche Forschungsgemeinschaft, die Länder sowie einzelne Vereine und Gesellschaften

In einem Memorandum der DFG³, das Anfang 1998 veröffentlicht wurde, wird die Notwendigkeit der Digitalisierung von Bibliotheksbeständen erneut hervorgehoben. Schon vor dessen Veröffentlichung richtete die DFG Anfang 1997 ein neues Förderprogramm ein, das Bibliotheken bei der retrospektiven Digitalisierung ausgewählter Bestände finanziell unterstützt. Ziel des Programms ist es, durch die Digitalisierung Nutzungsmöglichkeiten zu realisieren, die über jene gedruckter Medien hinausgehen.

Gerade für ältere und seltene Bücher, Zeitungen und Zeitschriften wurden schon seit mehreren Jahren alternative Nutzungsmedien erprobt. Über viele Jahre galt die Verfilmung gedruckter Materialien als Königsweg, der sowohl preisgünstige Duplikate der Microfilme bzw. Microfiches als auch einen Schutz der Originale ermöglicht. Zahlreiche Verfilmungsprojekte wurden bislang von Bibliotheken und Verlagen realisiert.

Der Vorteil des Verfahrens ist, zumindest für Bibliotheken, offensichtlich. Zum einen wird ein Masterfilm produziert, von dem beliebig viele Duplikate herstellbar sind. Damit können sich Bibliotheken oder Institute, die nicht selbst im Besitz der gedruckten Exemplare sind, einen unmittelbaren Zugang zu den Werken verschaffen - ein Beschaffungsweg, der noch dazu im Vergleich zu den bei Antiquaren zu bezahlenden Preisen ausgesprochen günstig ist. Weiterhin können die die entsprechenden Werke besitzenden Bibliotheken die Nutzung der Papiaerausgaben aus konservatorischen Gründen sperren und auf die Filme verweisen.

Diesen unbestreitbaren Vorteilen stehen Nachteile im Bereich der Benutzung gegenüber, die so gravierend sind, daß aufgrund des geringen Gebrauchs der Microfilme schon von Filmfriedhöfen gesprochen wurde. Die Nutzung der Filme mittels Lesegeräten wird vor allem als mühsam und belastend für die Augen

³ Deutsche Forschungsgemeinschaft: Weiterentwicklung der überregionalen Literaturversorgung. In: Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie 45 (1998), 2, S. 135-164

empfundener. Darüber hinaus sind die Preise für Filmduplikate und Lesegeräte vielfach so hoch, daß sich die an den Materialien interessierten Forscher eine eigene Anschaffung nur in den seltensten Fällen leisten wollen. Deshalb muß die Nutzung der Filme in den Räumen einer Bibliothek durchgeführt werden, mit den bekannten Nachteilen eventuell langer Wegstrecken, ungenügender Öffnungszeiten und möglicher Wartezeiten bei einer begrenzten Anzahl von Lesegeräten. Schließlich wurden bei vielen Projekten die bibliothekarischen Prioritäten in den Mittelpunkt gestellt, die z. B. auf die Erhaltung besonders gefährdeter, papiersäuregeschädigter Werke gerichtet waren und erst an zweiter Stelle die Nachfrage der Benutzer berücksichtigten.

Die Verfilmung von Bibliotheksmaterialien hat somit zwar zum Erhalt seltener Bibliotheksbestände beigetragen, aber die Verbesserung der Literaturversorgung hielt sich in Grenzen. Die rasante Entwicklung der neuen elektronischen Medien verspricht hier eine Verbesserung.

Die "virtuelle digitale Forschungsbibliothek" kennt kein Papier mehr. Alle in ihr enthaltenen Medien sind digitalisiert und auf allgemein zugänglichen Web-Servern abgespeichert. Die Dokumente, so die Zielsetzung der Konzeption, können von jedem Internetarbeitsplatz aus eingesehen werden. Sie sind unmittelbar in den Arbeits- und Forschungsprozeß der Wissenschaftler integrierbar, können gedruckt oder kopiert werden und ermöglichen im Vergleich zur Papierausgabe vielfach neuartige Auswertungs- und Analysemethoden.

Angesichtes der Masse verfügbarer gedruckter Medien gibt es keinerlei Illusionen darüber, daß angesichts des Aufwandes, der mit Digitalisierungsprojekten verbunden ist, nur ein geringer Prozentsatz der Gesamtbestände aller Bibliotheken bearbeitet werden kann. Deshalb fordert die DFG, auf die Auswahl der zu bearbeitenden Materialien ein besonderes Augenmerk zu richten⁴. Zwei Kriterien stehen dabei im Vordergrund. Zum einen sollen jene Bestände bzw. Teilbestände bearbeitet werden, die für die jeweiligen Fachgebiete von besonderer Bedeutung und/oder häufig genutzt werden. Zum anderen ist an schwer zugängliche, bisher wenig bekannte, aber für das Fachgebiet

⁴ vgl. Deutsche Forschungsgemeinschaft: Weiterentwicklung der überregionalen Literaturversorgung. In: Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie 45 (1998), 2, S. 154

hoch relevante Materialien gedacht. Die Zusammenarbeit zwischen Fachwissenschaftlern und Bibliothekaren ist demnach eine unabdingbare Voraussetzung für ein erfolgversprechendes Projekt.

2. Motive für das BBF-Projekt

Seit 1997 sind über 30 Projekte im DFG-Förderprogramm "Retrospektive Digitalisierung von Bibliotheksbeständen" genehmigt worden, darunter auch zwei im engeren Sinne pädagogische. Im Bibliotheks- und Informationssystem der Universität Oldenburg werden Kinder- und Jugendbücher des 19. Jahrhunderts und in der Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung pädagogische Zeitschriften und Nachschlagewerke des Zeitraums 1760 bis 1870 digitalisiert und für den Internetzugriff verfügbar gemacht. Über das letztgenannte Projekt soll im folgenden genauer informiert werden.

Die heutige Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung (BBF) wurde 1876 unter dem Namen Deutsches Schulmuseum gegründet. Die 1908 erfolgte Namensänderung in Deutsche Lehrerbücherei drückt die sich auf das ganze Reich erstreckende bibliothekarische Aufgabezuweisung aus. Nach dem Zweiten Weltkrieg setzte sich diese Tradition fort, als die Deutsche Lehrerbücherei in die Pädagogische Zentralbibliothek der ehemaligen DDR aufgenommen wurde. Nach der Wende und der Abwicklung der Pädagogischen Zentralbibliothek gelang es, die Bibliothek mit neuem Namen und Profil unter das Dach des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung zu integrieren. Während sich die überregionale Wirksamkeit der Deutschen Lehrerbücherei und der Pädagogischen Zentralbibliothek im wesentlichen auf die Verbreitung der Medien im Rahmen der Fernleihe bezog, wird heute vor allem auf die neuen Technologien gesetzt. Seit mehreren Jahren ist der Bibliothekskatalog der BBF online recherchierbar. Ebenfalls seit längerer Zeit können über das Internet Aufsätze bestellt und Bücher ausgeliehen werden.

Aufgrund ihres Bestandsprofils und ihrer überregionalen Wirksamkeit wird die BBF von der DFG mit einem jährlichen Zuschuß in Höhe von 40 000,- DM beim

Bestandsaufbau unterstützt. Mit ihrer derzeitigen Bestandsgröße von 690 000 Einheiten ist sie die zweitgrößte pädagogische Spezialbibliothek Europas. Von herausragendem Wert sind dabei die Sammlung der Rara mit rund 12 000 Bänden, die Erscheinungsjahre 1485 bis 1830 umfassend und das Archiv, in dem sich u.a. die Nachlässe von Friedrich Fröbel, Adolph Diesterweg, Berthold Otto und Adolf Reichwein befinden. Weitere bemerkenswerte Bestandssegmente sind die weltweit umfangreichste Sammlung an Schulprogrammen/Jahresberichten höherer Schulen in Preußen des Zeitraums 1825-1940, die Sammlung reformpädagogischer Literatur, die in einzigartiger Breite in der Bibliothek vorhanden ist sowie die Sammlung pädagogischer Literatur der NS-Zeit, die in dieser Vollständigkeit in keiner zweiten Bibliothek auffindbar ist.

Von herausragender Bedeutung für die bildungshistorische Forschung ist schließlich die über 1900 Titel umfassende Sammlung an pädagogischen Periodika mit den Erscheinungsjahren 1739 bis 1945⁵. Dies dürfte der vollständigste Bestand deutschsprachiger pädagogischer Periodika dieses Zeitraums sein.

3. Auswahl des zu bearbeitenden Bestandes

Aufgrund ihres Bestandes und ihrer Aufgabenstellung hat sich die BBF Anfang 1997 um die Beantragung eines Projektes im Rahmen der retrospektiven Digitalisierung bemüht. Zusammen mit den Professoren Hanno Schmitt/Universität Potsdam und Heinz-Elmar Tenorth/Humboldt-Universität Berlin wurde die Auswahl der zu digitalisierenden Medien beraten und begründet. Dabei kristallisierte sich schnell heraus, dass wegen der Dichte des in der BBF vorhandenen Bestandes gerade die Bearbeitung von älteren Zeitschriften und Nachschlagewerken ein die erziehungswissenschaftliche Debatte intensiv befruchtendes Projekt ermöglicht. Aus dem Gesamtbestand der pädagogischen Zeitschriften und Nachschlagewerke, wie sie seit der frühen Neuzeit in wachsender Fülle erschienen sind, konnte jedoch nur eine schmale Auswahl zur

⁵ Vgl. Zeitschriften/Zeitungen 1739 bis 1932. Berlin: Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung 1998, 320 S.

Bearbeitung beantragt werden.⁶ Aber auch diese schmale Auswahl ist geeignet, den historischen Status und die Dynamik des pädagogischen Wissens in seiner Geschichte zu präsentieren und für die künftigen Nutzer, Leser oder Forscher bereitzuhalten.

Bei der Auswahl der Zeitschriften und Bücher waren die folgenden Gesichtspunkte leitend:

I. Zeitlich:

Im derzeit noch laufenden Projekt werden für den Zeitraum von 1760 bis 1870 Zeitschriften und Lexika erschlossen.⁷ Die Entscheidung für diesen Zeitraum ging von dem relativ gesicherten Befund in der Forschung aus, dass die Erziehungswissenschaft in dieser Epoche erstmals nicht nur erwähnt und diskutiert, sondern auch in ihren unterschiedlichen Facetten zur ersten systematischen Reife ausgearbeitet wird. Die Epoche ist gleichzeitig als der Zeitraum zu charakterisieren, in dem sich neben einer strikt wissenschaftlichen Orientierung auch der autonome Diskurs der Schulmänner und Pädagogen entfaltet und zu Selbständigkeit und Blüte kommt.⁸

Zeitlich ist das Vorhaben also dadurch charakterisiert, daß der beginnende Prozeß der Disziplinbildung und die sich verselbständigende Reflexion der Schulmänner in einem wissenschaftshistorisch strikten Sinne den Kriterien genügt, denen die Konstruktion eines eigenen Diskurses zu entsprechen hat, nämlich den Kriterien der Aus- und Binnendifferenzierung.

Von Ausdifferenzierung kann man insofern sprechen, als die pädagogische Reflexion nicht nur gegenüber dem Alltagswissen professionelle Ambitionen

⁶ Eine Übersicht über die einschlägige Zeitschriftenliteratur geben neben den allgemeinen Nachschlagewerken von Kirchner (Bibliographie der Zeitschriften des deutschen Sprachgebietes bis 1900 / Hrsg. von Joachim Kirchner. Band 1-4. Stuttgart, 1969-1989) vor allem die Untersuchungen von Buchheit (Buchheit, Otto: Die pädagogische Tagespresse in Deutschland. Würzburg, 1939) und Marx, H.: Die Entstehung und die Anfänge der pädagogischen Presse im deutschen Sprachgebiet. Frankfurt/M., 1929) sowie der Göttinger Zeitschriften-Index (Index deutschsprachiger Zeitschriften 1750-1815 / Hrsg. Klaus Schmidt. Hildesheim, 1990) und die Arbeit von Hocks, Paul; Schmidt, Peter: Literarische und politische Zeitschriften 1789-1805. Stuttgart, 1975

⁷ In einem Folgeprojekt werden Zeitschriften ab 1870 bei der DFG zur Digitalisierung beantragt werden.

⁸ Wilhelm Rößler hat diesen Zeitraum in seiner Studie „Die Entstehung des modernen Erziehungswesens in Deutschland“ schon 1962 einschlägig vorgestellt; er konnte sich allerdings nur auf eine begrenzte Zahl von Quellen stützen und eine kühne Hypothese eher exemplarisch illustrieren als im Kontext belegen.

entwickelt, sondern auch gegenüber bereits bestehenden Disziplinen der Humanwissenschaften autonome Erkenntnisansprüche formuliert. Das gilt vor allem gegenüber dem Wissen von Erziehung, wie es traditionellerweise aus Theologie und Philosophie vorliegt; das gilt aber auch gegenüber den neu entstehenden und sich empirisch und anthropologisch begründenden und entfaltenden Disziplinen der Psychologie oder, jetzt gesellschaftstheoretisch angedacht, der Staatswissenschaften. Von Binnendifferenzierung spricht man insofern, als dieser pädagogische Diskurs sich von Beginn an in unterschiedliche Segmente mit klar unterschiedenen Aufgaben und Ansprüchen differenziert. Neben erziehungsphilosophischen, grundlagentheoretischen und methodischen Überlegungen stehen Arbeiten, die auf einzelne pädagogische Einrichtungen zielen, oder Untersuchungen, die sich mit den pädagogischen Berufen, der Methode, der Kenntnis des Kinders oder der Haltung des Erziehers beschäftigen.

II. Thematisch:

Vor dem Hintergrund dieser zeitlich bestimmten Auswahlkriterien wird verständlich, dass die getroffene Auswahl beanspruchen kann, das pädagogische Wissen in zwei Richtungen systematisch zu reproduzieren und zu bewahren. Die eine Richtung geht im Blick auf die pädagogische Kommunikation und erfaßt den Diskurs über Erziehungsfragen, wie er zwischen den Disziplinen sowie innerhalb der Erziehungswissenschaft, d.h. zwischen pädagogischer Reflexion und Erziehungswissenschaft geführt wird. Hierfür sind vor allem die Zeitschriften wichtig, wie sie in der Pädagogik und an der Grenze zwischen den Disziplinen bereits in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts entstehen, und dann auch den Begriff der Erziehungswissenschaft einführen, den der Pädagogik präzisieren sowie das systematische Gespräch über Bildungsfragen in der Gesellschaft eröffnen.

Die zweite systematische Richtung der Repräsentation des Wissens geht auf die kontinuierlichen Versuche der Kodifizierung des pädagogischen Wissens. Bereits der Einschnitt gegenüber der vorhergehenden Phase, die „Allgemeine Revision des gesamten Erziehungswesens“, das wohl bedeutendste philanthropische Unternehmen also, setzt ein mit einer Inspiration, Kodifizierung

und Revision des pädagogischen Wissens zugleich. Entsprechende Bemühungen, wenn auch nicht immer auf der Höhe des Revisionswerkes, auch nicht immer inspiriert durch einen so großen Denker wie Rousseau, aber doch geleitet von konkreten pädagogischen Problemen, lassen sich für die gesamte Folgezeit beobachten. Am Endpunkt der zunächst bearbeiteten Epoche steht deshalb die „Enzyklopädie des gesamten Erziehungs- und Unterrichtswesens“, die von Karl Schmid herausgegeben worden ist. Sie versammelte zum letzten Mal das Gesamtgespräch der Pädagogen und der Erziehungswissenschaftler ihrer Zeit und schließt eine erste Epoche des modernen Erziehungsdenkens ab. Danach ist das pädagogische Wissen professionell, eher deutlich auf Schulfragen eingeeignet, jedenfalls in einer neuen Etappe zu sehen.

III. Regional:

Angesichts der Fülle des Materials und des in der BBF vorhandenen Bestandes ist eine Beschränkung auf die deutschsprachige Pädagogik unumgänglich. Das trägt der Tatsache Rechnung, dass der Kommunikationsraum nicht politisch oder staatlich eingegrenzt ist, sondern in der Weise offen, wie die pädagogischen Probleme sich grenzüberschreitend stellen. Jeder Borusso-Zentrismus soll also bei der Auswahl vermieden werden, regionale Repräsentativität dagegen angestrebt.

IV. Vollständigkeit

Jede zu digitalisierende Zeitschrift und jedes Nachschlagewerk muß vollständig, d.h. mit allen Jahrgängen bzw. mit allen Bänden bearbeitet werden. Die im Bestand der BBF fehlenden Exemplare mußten deshalb von anderen Bibliotheken über Fernleihe besorgt werden.

4. Erschließung und Nutzung

Zielsetzung des Projektes ist ein Angebot der Arbeitsergebnisse im Internet, das heißt die Benutzung der digitalisierten Zeitschriften und Nachschlagewerke soll unabhängig von der das Original besitzenden Bibliothek erfolgen können. Jeder Interessent mit einem internetfähigen PC soll in der Lage sein, sich von seinem

Arbeitsplatz und/oder von zuhause einen direkten, zeitunabhängigen und kostenfreien Zugang zu den Digitalisaten zu verschaffen.

Um einen zielgerichteten Zugang zu ermöglichen, ist eine strukturierte Aufbereitung der Images erforderlich. Die im vorliegenden Projekt realisierte Gestaltung läßt zwei Zugangsmöglichkeiten zu den Inhalten der digitalisierten Dokumente zu.

- 1) Jede Seite einer Zeitschrift bzw. eines Nachschlagewerks wird in einer eigenen Datei abgespeichert. Das heißt, die im gedruckten Werk durch Drucker und Buchbinder vorgegebene Anordnung der Seiten muß durch eine geeignete Dateiverwaltung und damit korrespondierende Programme ersetzt werden. Eine solche Strukturierung muß nicht nur die stimmige Seitenreihenfolge gewährleisten, sondern auch Kriterien zur Verfügung stellen, die eine Unterscheidung von Zeitschriften, Jahrgängen, Heften und Aufsätzen ermöglicht. Damit erst wird es möglich, den Zugriff auf den Inhalt so zu gestalten, wie er vom Buchregal her gewohnt ist. Auf der ersten Ebene findet sich eine Zeitschriftenliste, die alle bereits benutzbaren Zeitschriften- bzw. Nachschlagetitel aufführt. Jeder Eintrag ist als Link gestaltet: So wie man mit den Augen den Bereich eines Regals fixiert, das die gewünschten Bände enthält, selektiert man in der virtuellen Bibliothek per Mausklick. Auf der nächsten Ebene findet man die Auflistung der verfügbaren Jahrgänge bzw. Bände jenes zuvor ausgewählten Titels als Links. Nachdem man einen Jahrgang oder Band ausgewählt hat, wird dessen Inhaltsverzeichnis mit Angaben der Seiten angezeigt.

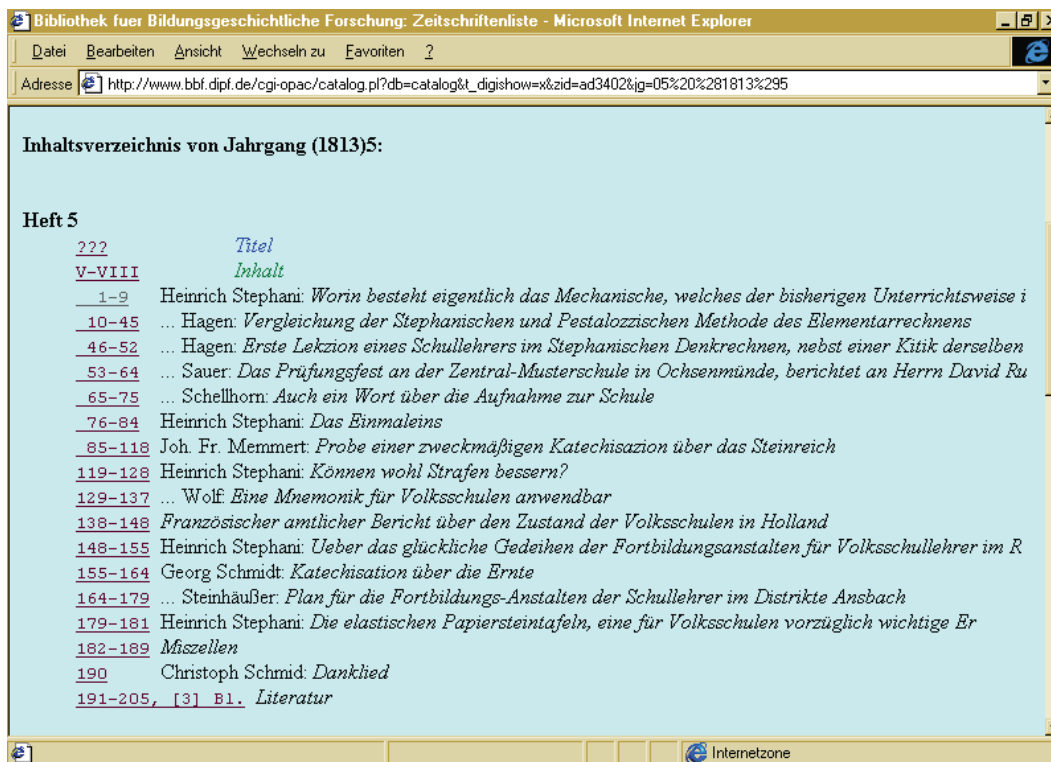


Abb. 1

Die Inhaltsverzeichnisse werden automatisch generiert und die einzelnen Aufsätze als Links dargestellt. Das heißt, sie sind nicht vollkommen identisch mit den Inhaltsverzeichnissen der Originaldruckwerke. Deshalb wurden die gedruckten Inhaltsverzeichnisse ebenso wie die gedruckten Register und Titelblätter als gesonderte Links in das virtuelle Inhaltsverzeichnis aufgenommen. Sie sind durch Farben leicht erkennbar: Inhaltsverzeichnisse - grün, Register - rot, Titelblätter - blau.

Nach der Auswahl eines der Links des virtuellen Inhaltsverzeichnisses wird die erste Seite am Bildschirm angezeigt.

- 2) Die Beschränkung auf eine Strukturierung analog zum gebundenen Originalband würde die besseren Recherchemöglichkeiten von EDV-Systemen vernachlässigen. Die retrospektive Digitalisierung soll jedoch nicht nur die Benutzung erleichtern, sondern auch den gezielten Zugriff verbessern. Eine Möglichkeit dafür bestünde darin, die gesamten Seiten als Volltext verfügbar

zu machen. Damit würden alle Wörter - wie dies etwa in Textverarbeitungssystemen geläufig ist - suchbar werden.

Die Seiten der im vorliegenden Projekt eingescannten Medien werden allerdings nur als Images abgespeichert. Das bedeutet, der Text liegt nicht als sogenannter Volltext vor, sondern nur als Graphik. Um Images in Volltexte zu verwandeln, müßte eine Software zur optischen Zeichenerkennung verwendet werden. Solche sogenannten OCR-Programme (optical character recognition) gibt es zwar bereits in großer Zahl, sie sind aber für ältere, insbesondere Fraktur-Schriften noch weitgehend unbrauchbar. Die Fehlerrate würde derzeit einen wirtschaftlich nicht vertretbaren Korrekturaufwand erfordern.

Aus diesem Grund wurde parallel zu den eigentlichen Images eine Datenbank aufgebaut, in die zum einen die bibliographische Beschreibung der Aufsätze der bearbeiteten Zeitschriften und Nachschlagewerke eingetragen wurde, zum anderen die Verknüpfung zu den Speicheradressen der Images einschließlich einiger technischer Daten. Dadurch wird der Bestand der Digitalisate zusätzlich über die Namen der Autoren sowie die Titelstichwörter der Aufsätze zugänglich. Die dafür zur Verfügung stehenden Suchmasken haben folgende Funktionen:

A. Suche über die Register der Datenbank

Die jeden Aufsatz beschreibenden Angaben werden in mehreren Registern zusammengefaßt. Insgesamt sind neun Register benutzbar, wovon jedoch nur drei als besonders nützlich für den vorliegenden Zusammenhang vorgestellt werden:

- Register 1: Namen von Personen.
Alle Autoren der digitalisierten Aufsätze sind in diesem Register zusammengefaßt. Nützlich ist eine Suche in Register 1 etwa, wenn man sich über die Schreibweise eines Autors unsicher ist.
- Register 3: Wörter (Titel- und Schlagwörter).
In diesem Register befinden sich alle Wörter aus den Titeln der Aufsätze, mit Ausnahme von Artikeln, Präpositionen u.ä.m.

- Register 4: Buchtitel.

Genauer müßte diese Registerüberschrift eigentlich 'Aufsatztitel' heißen. Register 4 ist nützlich, wenn man nach einem konkreten Titel eines Aufsatzes sucht. Zu beachten ist, daß Artikel am Anfang des Titels übergangen werden. Das heißt, wenn nach dem Titel "Die Psychologie des Jugendalters " gesucht wird, muß der Beginn des Registereintrags auf "Psychologie des Jugendalters" eingestellt werden

B. Suche über logische Kombinationen

Über die zweite Suchmaske kann nach Personen oder nach Titelstichwörtern recherchiert werden. Beide Feldinhalte sind auch miteinander kombinierbar, d.h. wenn sowohl ein Personeneintrag als auch ein Stichworteintrag erfolgt, werden nur Titel selektiert, in denen beide Suchwörter vorkommen. Es handelt sich also um den Booleschen Operator UND, der automatisch voreingestellt ist. Mit der sogenannten 'UND-Suche' läßt sich die Ergebnismenge einschränken, mit der ebenfalls auswählbaren 'ODER-Suche' wird sie erweitert.

Das Ergebnis der Datenbankrecherche wird zunächst in einer maximal fünfzehn Titel umfassenden Kurztitelliste angezeigt. Ergibt die Recherche eine größere Treffermenge, so werden die Kurztitel auf mehreren Seiten angezeigt. Mit den Funktionen 'Nächste Seite' bzw. 'Vorige Seite' kann man innerhalb der Ergebnisseiten 'blättern'.

Der nächste Schritt besteht in der Auswahl eines oder mehrerer Titel. Dies erfolgt durch Mausklick auf das links vom gewünschten Titel befindliche Kästchen. Wer alle Titel selektieren möchte, kann dazu den Auswahlbutton 'alle markieren' betätigen. Nach der Auswahl erhält man die zuvor ausgewählten Titel mit ausführlichen bibliographischen Beschreibungen angezeigt. Unterhalb davon befinden sich folgende Links:

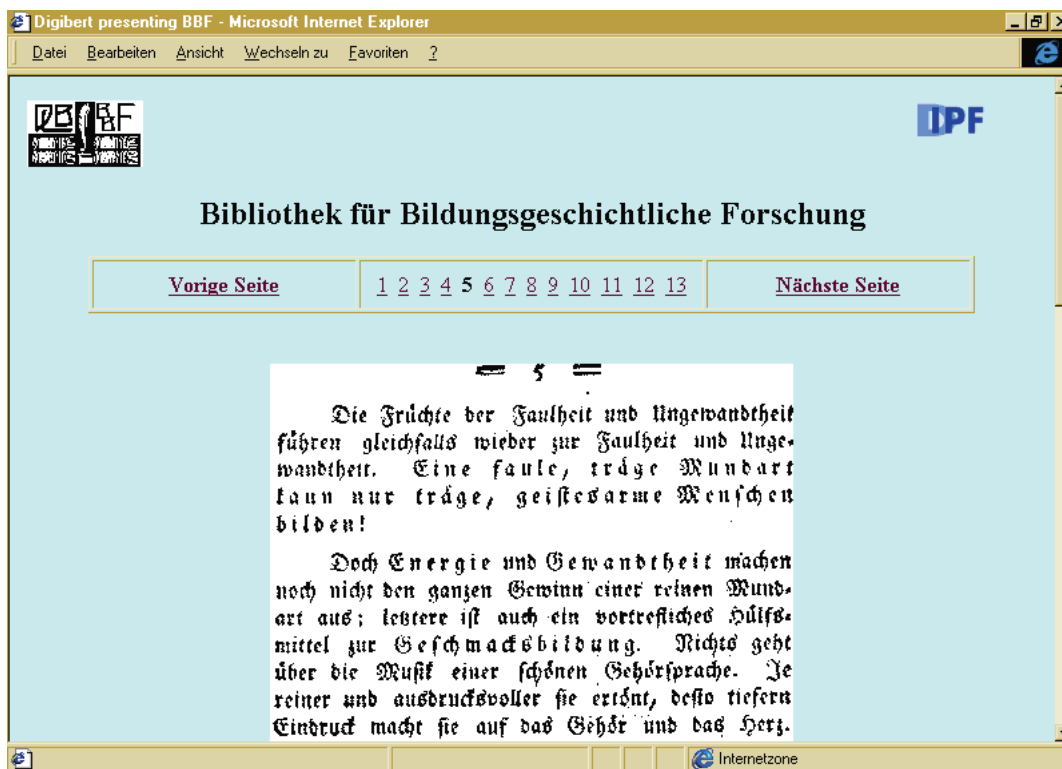
1. Link zum Dokument. Das Anklicken dieses Links führt unmittelbar zum Image der ersten Seite des gesuchten Aufsatzes.
2. Inhaltsverzeichnis der Zeitschrift. Damit lässt sich das Inhaltsverzeichnis des Jahrgangs bzw. des Bandes anzeigen
3. Kopie bestellen (s.u.)

Auf welchem Weg der Zugriff auf den gewünschten Inhalt auch immer erfolgt, im Ergebnis werden die Images am Bildschirm angezeigt. In einer Leiste wird die Zahl der Seiten angegeben, die der betreffende Aufsatz umfaßt. Jede Seite kann gezielt angesteuert werden, darüber hinaus kann man wie im Originaldruckwerk nach vorne oder zurückblättern.

Bei den ersten Seiten einiger Aufsätze hat man zunächst den Eindruck, dass eine leere Seite angezeigt wird. Beim Scrollen (mit der Pfeil- oder Bild-unten-Taste) nach unten findet sich jedoch schließlich der Textbeginn. Es handelt sich dabei um Dokumente, die in der Mitte oder am Ende einer neuen Seite beginnen. Der nicht zum ausgewählten Dokument gehörende Text wurde während der Bearbeitung abgedeckt, so dass der obere Teil der Seite weiß erscheint.

In welcher Weise die Images verwandt werden, bleibt den Benutzern überlassen. Wer den Text am Bildschirm nicht lesen will, kann ihn seitenweise direkt über seinen Browser (z.B. Netscape Communicator oder Microsoft Internet Explorer) ausdrucken. Die Images lassen sich leicht in ein Textverarbeitungsprogramm transferieren und können dort etwa verkleinert oder

vergrößert werden. Dazu genügt es, über das angezeigte Image mit dem Cursor zu fahren, die rechte Maustaste zu drücken und auf „kopieren“ zu klicken. Die Kopie lässt sich dann per Einfügen weiterverwenden.



Manche Zeitschriften erschienen in einem Format, das über DIN-4 hinausgeht. Dadurch ist ein Ausdruck auf herkömmlichen Druckern nur über den beschriebenen Umweg der Imageverkleinerung möglich. Wem dieses Verfahren zu umständlich ist oder die Qualität des Ausdrucks zu schlecht, der kann eine Kopie bei der BBF bestellen. Dazu dient ein Link unterhalb der Images, der zu einem Bestellformular führt. Das Formular enthält bereits die notwendigen bibliographischen Daten des zuletzt angezeigten Aufsatzes bzw. Artikels, so dass nur noch die Bestellerangaben eingetragen werden müssen. Die Bestellung wird nach dem Anklicken des Buttons „Absenden“ per E-Mail an die BBF gesandt und dort unverzüglich bearbeitet.

5. Schluss

Die Arbeit an dem Projekt wird voraussichtlich erst Ende des Jahres 2000 abgeschlossen sein. Während die Digitalisierung weitgehend beendet ist, wird der Datenbankaufbau noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Sobald jedoch eine weitere Zeitschrift bzw. ein weiteres Nachschlagewerk vollständig in der Datenbank erfasst ist, können die zugehörigen Aufsätze genutzt werden. Gegen Ende des Projekts werden noch zu jeder Zeitschrift ergänzende Angaben hinzugefügt, die eine grobe Orientierung über Profil, Zielsetzung, Herausgeber und Verlag vermitteln.

Die Nutzung der elektronischen Dokumente wird bis zum Abschluß des Projektes nur über den Server der BBF möglich sein. Wenn der Datenbankaufbau jedoch abgeschlossen ist werden alle Daten zusätzlich in ein sogenanntes Document Management System der Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen importiert, in dem weitere Großprojekte verfügbar sind. Damit soll erreicht werden, dass über einen zentralen Server viele im Rahmen der retrospektiven Digitalisierung entstandenen elektronischen Dokumente verfügbar sind.

Die für das Unternehmen beantragten Drittmittel der DFG waren zu knapp kalkuliert. Das lag sicherlich daran, dass es sich dabei um ein Pilotprojekt handelt, für das noch keine übertragbaren Vorerfahrungen vorlagen. Insbesondere der Zeitaufwand für die Erschließung der Aufsätze war nicht ausreichend angesetzt und in dieser an sich schon kritischen Situation wurden die Rahmenbedingungen der Steuer- und Abgabegesetze im April 1999 so verändert, dass seitdem in nicht unerheblichem Maß Mehrkosten anfallen. Darüber hinaus ergaben sich bei der technischen Abwicklung nicht vorhersehbare Kosten die allerdings durch eigene Entwicklungsarbeiten in engen Grenzen gehalten werden konnten.

Von vornherein war eine Fortsetzung des Unternehmens vorgesehen. Im Folgeprojekt, das Anfang 2000 bei der DFG beantragt wird, sollen vor allem Zeitschriften und Nachschlagewerke der Jahre ab 1870 digitalisiert werden. Darüber hinaus werden die bereits im ersten Antrag genehmigten, aber aus finanziellen Gründen nicht realisierten Zeitschriften aufgenommen.

Auch bei diesem Projekt wird die Forschungsrelevanz wieder zum entscheidenden Auswahlkriterium. Denn bei aller Euphorie über die neuen Möglichkeiten einer virtuellen Bibliothek dürfen die mit der retrospektiven Digitalisierung verbundenen Kosten und Mühen nicht zu Datenfriedhöfen führen. Die Erleichterung der Nutzung muss mit den aktuellen Forscherinteressen korrespondieren.

11.

Scripta Paedagogica Online

Digitales Textarchiv zur deutschsprachigen Bildungsgeschichte

In: Thaller, Manfred (Hrsg.): Digitale Bausteine für die geisteswissenschaftliche Forschung. Göttingen 2003, S.103 - 122

“In meiner Büchersammlung wünschte ich die Meisterwerke eines Herders, Goethes und Schillers zu haben. Meine Umstände gestatten mir aber nicht, große Ausgaben zu machen, und ich muß mich mit der wohlfeilsten Ausgabe begnügen.” So die Klage Johann Heinrich Pestalozzis 1809 gegenüber seinem Buchhändler Cotta. Was würde der große Pädagoge zu einem unendlichen Bücherschrank sagen, der ihm alles an Literatur böte, was er lesen will? Und das, ohne zugleich seine begrenzten Wohnverhältnisse aufgeben zu müssen, die keinen Platz für einen unendlichen Bücherschrank boten. Einen virtuellen Bücherschrank sozusagen, der die Literatur der ganzen Welt enthielte - neben Bedeutendem allerdings auch zahllose Trivialitäten. Der es erlaubte, statt im realen Bücherschrank ein Buch herauszuziehen, sich über das Internet die Texte von Herder, Goethe und Schiller auf den Bildschirm zu holen?

Der Aufbau eines virtuellen Bücherschranks, der die gesamte Literatur der Menschheit erfasst, hat zwar begonnen, seine Realisierung ist allerdings noch in weiter Ferne. Immerhin, je nach thematischer Interessenlage gibt es bereits gigantische Mengen an digitalisierter Literatur, so dass die Anzahl der virtuellen Regale bereits heute kaum noch überschaubar ist.

"Scripta Paedagogica Online" ist ein im Aufbau befindliches digitales Textarchiv zur deutschsprachigen Bildungsgeschichte. Es soll eine forschungsrelevante Auswahl gedruckter Texte aufnehmen. Trotz dieser Einschränkung ist die verbleibende Menge an Literatur, deren Aufnahme in SPO sich rechtfertigen ließe, so groß, dass sie ohne zusätzliche Segmentierung nicht bearbeitet werden kann. Ein Schwerpunkt der derzeitigen Aktivitäten von SPO bilden deshalb gedruckte Texte, die besonders geeignet sind, die Dynamik des pädagogischen Wissens in ihrer Zeit wiederzugeben. Während Erziehung als

anthropologische Grundkonstante schon immer praktiziert wurde, ist die Pädagogik als Wissenschaftssystem verglichen mit anderen Wissenschaftsdisziplinen eher jung. Nach einer prädisziplinären Phase, die im 18. Jahrhundert begann, verselbständigte sich die wissenschaftliche Pädagogik als autonome Disziplin erst im 20. Jahrhundert. Dieser lange Weg lässt sich im fachlichen Diskurs verfolgen, wie er sich in pädagogischen Zeitschriften spiegelt. Pädagogische Zeitschriften sind "Institutionen und Orte der disziplinären Kommunikation" (Horn 1996, S. 10).

Der Beitrag geht im ersten Teil auf die Bedeutung von Zeitschriften und Nachschlagewerken für die disziplinäre Kommunikation und Generierung pädagogischen Wissens ein. Der zweite Teil beschreibt die Konzeption von 'Scripta Paedagogica Online', wobei die Auswahl und Benutzbarkeit von bislang schon verfügbaren bzw. derzeit in Vorbereitung befindlichen pädagogischen Zeitschriften und Nachschlagewerken im Mittelpunkt stehen.

1. Pädagogische Zeitschriften und Nachschlagewerke zwischen 1760 und 1945

Das Bewusstsein von der Notwendigkeit einer Verselbständigung der Pädagogik war bereits im 18. Jahrhundert erkannt worden. Die Defizite auf diesem Gebiet formulierte 1778 der Philosoph und Psychologe Michael Hißmann so: "Denn eine von den vornehmsten Ursachen des Verfalls der Erziehung war unstreitig der allgemeine Glaube, dass das Erziehungsgeschäfte dem Theologen so gut als dem Juristen, und diesem so gut als dem Arzt, oder dem Soldaten, oder der Französin ec. aufgetragen werden könne. Das hieß im Grunde gerade so viel, als die ausdrückliche Behauptung, es giebt keine besondere Erziehungskennntnisse, keine eigene Erziehungskunst." (Zit. nach Kersting 1992, S. 12). Das gesellschaftliche Bedürfnis zu einer grundlegenden Verbesserung des Erziehungswesens wurde jedoch gerade im 18. Jahrhundert drängend. Dass dies nur durch fachbezogene Reflexion von Erziehungstheorie und -praxis gelingen könne, ist eine der Erkenntnisse, die die Pädagogik im 18. Jahrhundert begründen half. 'Erziehungskunst', so definierte Joachim Heinrich Campe, ist "die Kunst und

Wissenschaft, Kinder gut zu erziehen, sie an Leib und Geist zu gesunden und brauchbaren Menschen zu bilden." (Zit. nach Kersting 1992, S. 11)

Dass das dazu erforderliche systematische pädagogische Wissen zuallererst noch geschaffen werden müsse, war ihm und seinen Mitstreitern bewusst. Trapp war der Auffassung, dass die Kunst des Unterrichtes zu seiner Zeit "noch in der Wiege" läge. "Wir leben noch zu sehr in der pädagogischen Dämmerung, haben noch zu viel Schutt wegzuräumen, zuviel Brunnen zu graben, zuviel Ziegel zu brennen und Kalk zu löschen und alles weit her und mühsam herbeizuschaffen, als dass es mit der Aufführung eines so schönen Gebäudes nach Wunsch gelingen könnte." (Zit. nach Kersting 1992, S. 16). In gleichem Sinne erwartete Villaume von der pädagogischen Theoriebildung, dass durch sie das bisher Gültige von neuem zu überprüfen sei und erstarrtes Wissen und mechanisches Tun aufgegeben werden müsse. Der Weg zur pädagogischen Erkenntnis sei nicht beschreibbar, ohne zu irren und zu zweifeln. Das zu errichtende 'Gebäude' benötigt deshalb zum einen Forschungsinstrumente, Begrifflichkeiten sowie Klassifikationen, zum anderen eine soziale Organisation, innerhalb der die fachliche Kommunikation vonstatten gehen kann.

Eine solche 'scientific community' suchte Campe herzustellen, in dem er 1783 die "Gesellschaft praktischer Erzieher" begründete. Von den Mitgliedern der 'Gesellschaft' erwartete er eine 'Allgemeine Revision des gesammten Schul- und Erziehungswesens', die in einer Zeitschrift dieses Namens geleistet werden sollte. Die "Gesellschaft erfahrener, geschickter, und verständiger Baumeister" (Campe 1783, S. 162) sollte die Errichtung des von Trapp gewünschten Gebäudes leisten. "Ich liefere hier den Anfang eines Werks", so Campe in der Vorrede zum ersten Teil, "welches bei seiner Vollendung das vollständigste und ausgearbeiteste seyn wird, welches in diesem Fache der Litteratur jemahls ans Licht getreten ist." (Allgemeine Revision 1 (1785), S. III).

Das 'Revisionswerk', wie die Zeitschrift abkürzend auch bekannt wurde, ist eine der frühesten pädagogischen Fachzeitschriften, die den fachlichen Austausch ermöglichte mit dem Ziel, pädagogisches Wissen zu generieren. Diese Funktion erfüllen pädagogische Fachzeitschriften bis heute. "Fachzeitschriften sind eine wichtige Vergesellschaftungsform pädagogischen Wissens mit hoher Relevanz für

die Wissenschaftler-Gemeinschaft und die pädagogische Profession." (Dudek 1994, S. 297). Erst das 21. Jahrhundert wird zeigen, ob angesichts der neuen Technologien andere Kommunikationsplattformen die Fachzeitschriften ersetzen.

Die Geschichte pädagogischer Fachzeitschriften begann jedoch nicht mit Campes Revisionswerk. Als erstes Periodikum dieser Art werden die 1741 erstmalig erschienenen 'Acta scholastica' angesehen. Die Zäsur, die diese Publikation darstellt, wird dadurch verdeutlicht, dass sie erstmals das öffentliche Schulwesen als Schwerpunkt behandelte. Zwar gab es schon vorher Periodika, die auch pädagogische Beiträge enthielten, aber diese Themen waren "Fremde in irgendeinem Winkel der gelehrten, kirchlichen oder moralischen Zeitschriften geblieben" (Marx 1929, S. 36). Von diesem Zeitpunkt an begann eine erstaunliche, bis heute andauernde Entwicklung mit einer kaum zu überschauenden Zahl von Neugründungen, wobei das 'Revisionswerk' zunächst einen ersten Höhepunkt darstellte, in dem die Funktion des fachlichen Diskurses konzeptionell angelegt war.

Alle Autoren des 'Revisionswerkes' waren dem Philanthropismus mehr oder weniger nahe stehend, aber eine gemeinsame theoretische Grundposition gab es nicht (vgl. Kersting 1992, S. 78). Deshalb wichen die Auffassungen der 11 ordentlichen und 65 außerordentlichen 'Gesellschafter' durchaus voneinander ab, was sich in heftigen, öffentlich in der Zeitschrift ausgetragenen Kontroversen äußerte. So etwa über einen Beitrag Trapps (Ueber das Studium der alten classischen Schriftsteller und ihre Sprache - 1787), der "ins Kreuzfeuer der philanthropischen und beginnenden neuhumanistischen Kritik" (Kersting 1992, S. 82) geriet. Diese 'Debatierlust' war indes gewollt und wurde von Campe geradezu provoziert, denn durch den fachlichen Diskurs entstand gerade die Dynamik des pädagogischen Wissens. Neue Beobachtungen, Erkenntnisse und Forschungsergebnisse können so in den Kommunikationsprozess eingeführt und damit zur diskutierbaren Erkenntnis werden (vgl. Keiner 1999, S. 65). Das 'Revisionswerk' stellt insofern kein fertiges und abgeschlossenes 'Lehrgebäude der Erziehung' dar, sondern ist eher als 'work in progress' zu verstehen (vgl. Kersting 1992, S. 389).

So heftig der Streit der Positionen auch gewesen sein mag, er verblieb innerhalb des von der Redaktion vertretenen Rahmens. Dies war beim 'Revisionswerk' nicht anders als bei den meisten in der Folge gegründeten Zeitschriften. Positionen, die den Rahmen sprengten, mussten, sofern sie publiziert werden wollten, auf andere Periodika ausweichen oder, falls Alternativen nicht vorhanden waren, eine neue Fachzeitschrift begründen. 1778 etwa, also noch vor Erscheinen des 'Revisionswerkes', aber in der Folge anderer philanthropischer Zeitschriften, wurde das 'Pädagogische Museum' von August Christian Borheck begründet, der in der Vorrede zum ersten Jahrgang seine Absicht verdeutlichte, eine Plattform für jene pädagogisch Interessierten zu bilden, die nicht der publizistisch übermächtigen Gruppe der Philanthropen angehörten. Er schreibt: "warum sollen wir übrigen Schullehrer allein schweigen, und die Philanthropinen allein von Schul- und Erziehungsverbesserungen laut reden lassen." (Pädagogisches Museum 1 (1778), ohne Seitenzählung). Der Begriff 'Philanthropinen' ist durchaus negativ zu verstehen und verdeutlicht die inhaltliche Gegnerschaft des Herausgebers (vgl. Kersting 1992, S. 9). Das Unternehmen Borhecks verlief allerdings nicht besonders erfolgreich, bereits nach drei Jahrgängen stellte die Zeitschrift ihr Erscheinen ein.

Was bei den pädagogischen Periodika im ausgehenden 18. Jahrhundert begann, verstärkte sich im 19. Jahrhundert, nämlich die Konzentration auf eine bestimmte Berufsgruppe als Leser. "Nicht mehr die Nation und das Volk, primär die Lehrer aller Schulen werden angesprochen." (Tenorth 1987 a, S. 90). Diese Fokussierung erfolgt im Prozess der Ausdifferenzierung gegenüber anderen Wissenschaften, die sich im wesentlichen in zwei Richtungen entwickelt und gerade im Spiegel der Fachzeitschriften erkennbar wird. Zum einen setzt sich die pädagogisch-professionelle Reflexion gegenüber dem Alltagswissen ab, zum anderen werden gegenüber anderen wissenschaftlichen Disziplinen wie etwa Theologie und Philosophie eigene, autonome Erkenntnisansprüche angemeldet.

Dazu dienten auch Rezensionstage, wie etwa die 'Bibliothek der pädagogischen Literatur', die seit 1800 von Johann Christoph Friedrich GutsMuths herausgegeben wurde und viele Nachfolger gefunden hat. Die Flut pädagogischer Buchveröffentlichungen, die sich seit dem ausgehenden 18.

Jahrhundert in wachsendem Maß auf die pädagogisch interessierten Leser ergoss, erforderte Hilfsmittel, die den Überblick erleichterten. Rezensiert wurde indessen nicht nur pädagogische Literatur im engeren Sinne, sondern auch Bücher der Nachbardisziplinen, allerdings unter Berücksichtigung des pädagogischen Leserkreises.

Neben der Ausdifferenzierung gegenüber anderen Wissenschaften spiegelt die Geschichte des pädagogischen Zeitschriftenwesens ebenso die zunehmende Binnendifferenzierung. Denn mit der Vermehrung pädagogischer Berufe wächst zugleich die Zahl jener Zeitschriften, die sich thematisch auf diese Berufe einstellen. Insbesondere zwischen 1880 und dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges ist eine 'explosionsartige Vermehrung der pädagogischen Periodika' zu verzeichnen (vgl. Herrmann 1991, S. 160).

Früh entstanden schon Zeitschriften, die sich auf einzelne Schularten konzentrierten und ihre Leser vorwiegend in den Lehrern der entsprechenden Schularten suchten. Vielfach ist der anvisierte Leserkreis bereits im Namen hervorgehoben, so etwa bei der 'Allgemeinen Zeitung für Deutschlands Volksschullehrer' (1817-23) oder bei der 'Mittelschule' (1845-46), die sich im Zusatz des Titels als 'Zeitschrift für das Unterrichts- und Erziehungswesen in Gymnasien, höheren Gewerbeschulen, lateinischen und Real- oder höheren Bürgerschulen' zu erkennen gibt. Neben anderen Funktionen konnten spezialisierte Fachzeitschriften auch als Sprachrohr für die Durchsetzung der Ansprüche des vertretenen Leserkreises dienen. Die seit 1840 erscheinende 'Pädagogische Revue' kämpfte etwa für die Anerkennung der neuen, realistischen Schularten und Schulfächer.

Weitere Binnendifferenzierungen, die sich im pädagogischen Zeitschriftenwesen durchsetzten, ergaben sich durch konfessionelle oder regionale Unterschiede. Ab etwa der Mitte des 19. Jahrhunderts erscheinen schließlich die ersten fachwissenschaftlich bzw. fachdidaktisch orientierten Zeitschriften. Zeitschriften der zahlreichen pädagogischen Verbände und Organisationen hatten in bedeutendem Maß die Aufgabe, die interne Fachkommunikation und die daraus erwachsenen Ansprüche einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen. Quantitativ dominierte die Verbandspresse gegen Ende des 19. Jahrhunderts das

pädagogische Zeitschriftenwesen, zumindest im Bereich des niederen Schulwesens. In einem Artikel des Encyclopädischen Handbuchs der Pädagogik aus dem Jahr 1898 heißt es: "Mit Ausnahme der wenigen pseudopädagogischen Blätter, welche unter pädagogischer Flagge rein kirchliche Ziele verfolgen, steht die pädagogische Presse der Gegenwart völlig im Dienste der Lehrervereine". (Ziegler 1898, S. 189).

Trotz der auch im Spiegel der Fachzeitschriften erkennbaren Binnen- und Außendifferenzierung gelingt es der Pädagogik bis in das 20. Jahrhundert hinein nicht, den Status einer wissenschaftlichen Disziplin zu erreichen. Dazu ist sie thematisch zu eingeschränkt auf die spezifischen Erwartungen von Schule und Lehrerstand. Zwar beteiligen sich am pädagogischen Diskurs, wie er in Zeitschriften geführt wird, auch Nicht-Lehrer, wie Schulaufsichtsbeamte, Lehrerbildner, Theologen u. a. m., die Pädagogik bleibt jedoch "Schulmännerklugheit" (vgl. Tenorth 1987 b, S. 255). Die Aussichtslosigkeit, diese Begrenzung im 19. Jahrhundert aufzuheben, zeigt sich beispielsweise an den vergeblichen Bemühungen Carl Magers, der zwischen 1840 und 1858 die 'Pädagogische Revue' herausgab. Während er sich für ein weites Verständnis pädagogischer Probleme einsetzte, distanzieren sich seine Nachfolger 1859 ausdrücklich von dieser Zielsetzung. Statt dessen solle sich die Zeitschrift inhaltlich auf Erziehung und Unterricht des Gymnasiums, der Realschule und des Progymnasiums konzentrieren (vgl. Tenorth 1987 a, S. 89). Ein weiteres Beispiel für das publizistische Scheitern eines umfassenderen Blicks auf die Pädagogik stellt die 'Allgemeine Schulzeitung' dar. Sie wurde 1824 begründet und die Herausgeber bestimmten ihren Begriff von Schule als ein allgemein menschliches Institut, "in welchem und durch welches menschliche Bildung nach allen Beziehungen und Richtungen vermittelt, die Zwecke des Menschenlebens in allen seinen Verhältnissen gefördert, und die Verwirklichung der Idee der Menschheit erzielt werden soll." (Zimmermann 1826, Sp. 1). Schon bald jedoch kam von Seiten der Leser die Forderung nach Differenzierung entsprechend der Schularten. Nach einigem Sträuben entsprachen die Herausgeber ab dem 3. Jahrgang diesen Wünschen, wenn auch mit Bedauern. "Zwar schwebt mir noch immer das Ideal einer A(llgemeinen). S(chul). Z(eitung). vor, welche in allen ihren Theilen

ebensowohl für den vielseitig gebildeten Universitätslehrer, als für den schlichten Landschullehrer gleich anziehend und belehrend sein könnte. Allein ich will es nur bekennen, es ist dieß ein Ideal, dessen Verwirklichung schwerlich im Reiche der Möglichkeit liegt." (ebd., Sp. 3)

Die Beschränkung der pädagogischen Presse auf einzelne Segmente der Disziplin ist angesichts der Verweigerung der universitären Etablierung erziehungswissenschaftlichen Denkens nicht verwunderlich. Dies gelang dauerhaft erst nach 1918 und führte danach zu einer einschneidenden Veränderung der Binnenstruktur pädagogischen Denkens. Es waren damit die Voraussetzungen erfüllt, dass die wissenschaftliche Pädagogik ihren Gegenstand umfassend in das Blickfeld nehmen konnte und zwar frei von staatlicher und kirchlicher Bevormundung sowie autonom gegenüber anderen wissenschaftlichen Disziplinen, denen sie nunmehr gleichgestellt war (vgl. Tenorth 1989, S. 116).

Trotz der Verselbständigung der Erziehungswissenschaft als universitäre Disziplin blieben für die Generierung pädagogischen Wissens politische Erwartungen bedeutsam. So gab es weiterhin eine evangelische und eine katholische Erziehungswissenschaft, deren Vertreter etwa die Zeitschriften "Evangelische Pädagogik" oder "Schule und Erziehung. Vierteljahrsschrift für die wissenschaftliche Grundlegung der katholischen Schulbewegung" als Institution und Ort der disziplinären Kommunikation nutzten.

Die Machtergreifung Hitlers führte schließlich zu einem Kontinuitätsbruch im pädagogischen Denken, das sich wiederum in den zum Teil dramatischen Veränderungen im pädagogischen Zeitschriftenwesen spiegelt. Ihre wichtigste Funktion, die Ermöglichung des fachlichen Diskurses, wurde zunächst eingeschränkt und kam später vollständig zum Erliegen (vgl. Horn 1996, S. 393).

Während man in pädagogischen Fachzeitschriften unterschiedlicher Zeiten die Dynamik des pädagogischen Wissens verfolgen kann - bis zum völligen Stillstand während des Dritten Reiches - findet man in pädagogischen Nachschlagewerken die kontinuierlichen Versuche zur Kodifizierung pädagogischen Wissens, die deshalb einen zweiten Schwerpunkt im digitalen Textarchiv zur deutschsprachigen Bildungsgeschichte bilden.

Das wohl früheste pädagogische Nachschlagewerk stammt von Gottfried Immanuel Wenzel aus dem Jahr 1797. Zu diesem Zeitpunkt lag die Konstituierung des Lehrerberufs im heute allgemeingültigen Verständnis als "öffentlich-rechtliche Erziehungstätigkeit" noch in der Zukunft. Erst im 19. Jahrhundert formierte sich der Berufsstand "als in sich hierarchisch gestufter, vom Tätigkeitsfeld her zentral bestimmter, staatsunabhängiger und eigenständiger Beruf" (Tenorth 1987 b, S. 250). Wenzels 'Pädagogische Encyclopädie' weist deshalb im Vergleich zu späteren, ab Mitte des 19. Jahrhunderts erscheinenden Nachschlagewerken eine geringere Ausdifferenzierung gegenüber anderen Wissenschaften auf. So finden sich zahlreiche medizinische Einträge, die aufgrund des profilierten Selbstverständnisses in späteren pädagogischen Werken fehlen. Dagegen taucht bei Wenzel das Stichwort 'Lehrer' überhaupt nicht auf, wie übrigens auch nicht in Reuters 'Pädagogischem Real-Lexikon' aus dem Jahr 1811. Die öffentliche Schule, die mit der Standesbildung der Lehrer für lange Zeit in das unbestrittene Zentrum des pädagogischen Denkens gerät, wird von Wenzel noch eher skeptisch betrachtet. "Ich meines Theils", so teilt er seinen Lesern mit, "lasse mein Kind nicht eher Theil daran nehmen, ... bevor ich nicht von der Geschicklichkeit und Moralität des Lehrers und seiner Schule die erforderlichen Proben habe" (S. 324). Zwischen den philanthropischen Musterschulen eines Basedow oder Salzmann auf der einen Seite und der Mehrzahl der einfachen Landschulen, wie sie etwa Johann Heinrich Jung-Stilling in seiner Autobiographie darstellt, auf der anderen Seite gab es gewaltige Unterschiede, die sich erst mit der Normierung der Lehrerausbildung im Verlauf des 19. Jahrhunderts nivellierten.

Wenzels 'Pädagogische Encyclopädie' verspricht das 'Nöthigste' mitzuteilen, was 'Väter, Mütter, Erzieher, Hebammen, Ammen und Wärterinnen, sowohl in Ansehung der körperlichen Erziehung, als in Rücksicht der moralischen Bildung der Kinder, von der Geburtstunde an bis zum erwachsenen Alter, wissen und beobachten sollen'. Der Adressatenkreis späterer Nachschlagewerke wird dagegen zunehmend auf die Mitglieder des Berufsstandes der Lehrer an öffentlichen Schulen bzw. auf Personen, die in deren Umkreis tätig sind, eingeschränkt. So wendet sich Münchs 'Universal-Lexicon der Erziehungs- und Unterrichtslehre' aus den Jahren 1840-1842 an 'ältere und jüngere christliche Volksschullehrer'. Das

zwischen 1843 und 1847 erschienene Nachschlagewerk von Karl Gottlob Hergang richtet sich an Lehrer an Volksschulen und anderen Lehranstalten, an Eltern und Erzieher, an Geistliche, Schulvorsteher und andere Freunde der Pädagogik und des Schulwesens.

Ergänzend zu dieser an den späteren Nachschlagewerken erkennbaren Ausdifferenzierung gegenüber anderen Wissenschaften erfolgte später eine zunehmende Binnendifferenzierung. 1911 erschien etwa das 'Enzyklopädische Handbuch der Heilpädagogik' oder 1930 das 'Handwörterbuch des gesamten Schulrechts und der Schul- und Unterrichtsverwaltung in Preußen'.

Die Funktionsaufteilung zwischen Fachzeitschrift und fachlichem Nachschlagewerk lässt sich an einem Beispiel illustrieren. Eine interessante Kontroverse fand um 1830 in verschiedenen pädagogischen Zeitschriften zur Frage des Einsatzes des Stocks durch Lehrer statt. Dabei wurde nicht etwa mit allgemein-humanen Gründen das Prügeln der Schüler diskutiert, sondern das Für und Wider wurde entsprechend der professionellen Aufgabenstellung beleuchtet. Ein Gegner der Prügelstrafe im 'Baierischen Schulfreund' (1827/20) benennt fünf pädagogische Gründe für seine ablehnende Haltung. Lehrern, die auf die körperliche Züchtigung nicht verzichten können, unterstellt er professionelle Defizite, denn sie gäben dadurch u.a. zu erkennen, dass ihnen alle "psychologische Kenntniß der kindlichen Seele fehlt" (Weber. In: Der Baierische Schulfreund (1827), S. 130).

Verteidiger des Stocks begründen ihre Auffassung dagegen vor allem mit den Erfahrungen ihrer täglichen Schulpraxis. So klagt der Schulmeister Baculus die Gegner des Stocks der Praxisferne an: "man kann sich wahrlich des Lächelns nicht enthalten, wenn die gelehrten Herren, hinter dem warmen Ofen sitzend, an dem Tische, die Feder in der Hand und die Pfeife im Munde, pathetisch sprechen: 'Der Stock darf nicht mehr in der Schule sein!'" (Baculus. In: Allgemeine Schulzeitung 8 (1831), Sp. 910). Ähnlich argumentiert der Lehrer Thomas Dürre, wobei er sich gegen die entsprechenden Auffassungen der "Philanthropisten" wendet. Er benennt drei, im folgenden nicht weiter ausgeführte pädagogische Gründe, die den Stock zur Optimierung seiner professionellen Aufgabe empfehlen.

Während der Streit in pädagogischen Zeitschriften eine letztgültige Beantwortung des Einsatzes der Prügelstrafe offen lässt, wird sie in pädagogischen Nachschlagewerken als pädagogisches Problem im Sinne einer 'Kodifizierung des Wissens' in das System des ausgebreiteten pädagogischen Wissens integriert. Unter dem Stichwort Strafe beschränkt sich der Artikel in Wenzels 'Pädagogischer Encyclopädie' nur auf elterliche Züchtigung. Im 1811 erschienen 'Pädagogischen Real-Lexicon' von D. Reuter wird der Stock unter dem Stichwort 'Belohnungen und Bestrafungen' behandelt, das wiederum nur auf die Schule bezogen diskutiert wird. Im 'Universal-Lexicon der Erziehungs- und Unterrichts-Lehre' aus dem Jahr 1840-42 wird zwischen dem Einsatz von Ruten und Stock im Schulunterricht unterschieden. "So lange es Unvernünftige, Trotzige, Halststarrige, Faule und Unordentliche giebt, so lange ist die Ruthe nicht zu entbehren." (S. 476). Dagegen wird der Stock als Züchtigungsinstrument abgelehnt.

Anders wiederum die Ansicht, die in der 'Encyklopädie des gesammten Erziehungs- und Unterrichtswesens' (1859-78) vertreten wird. Das Recht zur Bestrafung des Kindes wird Lehrern wie Eltern nicht bestritten. Dazu zählt auch die Züchtigung mit dem Stock. Im Vergleich zu den vorgenannten Nachschlagewerken wird hier das Thema 'Schulstrafe' jedoch in einer differenzierten Darstellung auf 22 Seiten aufgefächert, die neben der körperlichen Züchtigung eine Vielzahl weiterer Strafformen behandelt.

Ohne das Beispiel weiterzuerfolgen wird an dieser Stelle erkennbar, dass zum einen im fachlichen Diskurs darum gerungen wird, welche Handlungsweisen zur professionellsten Erfüllung der Aufgabenstellung führten. Solche Auseinandersetzungen und damit die Dynamik des pädagogischen Wissens in seiner Geschichte spiegeln sich vor allem in der pädagogischen Presse. Nachschlagewerke zeugen zum anderen von dem Bemühen der Herausgeber, das Gesamtgespräch der Pädagogen und Erziehungswissenschaftler ihrer Zeit zu versammeln und zu systematisieren.

2. 'Scripta Paedagogica Online'

Die Bedeutung insbesondere der pädagogischen Fachzeitschriften als Quelle zur Erforschung pädagogischer Kommunikation ist schon lange erkannt worden. Im Encyklopädischen Handbuch der Pädagogik heißt es hierzu 1898: "Da in der Fachpresse das pädagogische Leben am kräftigsten pulsiert, wird sie eine der vornehmsten Quellen für die Geschichte der Pädagogik, und die Lehrervereine müßten es sich deshalb noch viel mehr als bisher zur Aufgabe machen, diejenigen Institute, welche das gesamte Material sammeln und weiteren Kreisen zugänglich machen möchten, wie das Deutsche Schulmuseum in Berlin und die Pädagogische Centralbibliothek (Comenius-Stiftung) in Leipzig, in diesem Bestreben thatkräftig zu unterstützen." (Ziegler 1898, S. 189).

Vielleicht hat diese Mahnung dazu beigetragen, dass das Deutsche Schulmuseum die ihm aufgetragene Aufgabe gut erfüllen konnte. Nach mehreren Namens- und Ortswechseln ist sie heute als Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung mit rund 700 000 Bänden die zweitgrößte pädagogische Spezialbibliothek Europas. Weltweit einzigartig ist ihr Bestand an deutschsprachigen pädagogischen Zeitschriften des Zeitraums 1741 bis 1945. Bedeutend ist ebenfalls der Bestand an pädagogischen Nachschlagewerken.

Diesen Bestand oder besser: einen schmalen Ausschnitt davon, der historischen Bildungsforschung mittels der neuen Technologien besser verfügbar zu machen, ist das Ziel von SPO, eines Projektes, das 1998 begann. In drei Stufen sollen pädagogische Zeitschriften und Nachschlagewerke des Erscheinungszeitraums 1760 bis 1945 digitalisiert und so organisiert werden, dass sie via Internet benutzbar sind. Im ersten Projektabschnitt, der bereits abgeschlossen ist, wurden 33 Zeitschriften und 7 Nachschlagewerke des Zeitraums 1760 bis 1870 bearbeitet. Die Arbeiten im 2. Projektabschnitt sind derzeit noch in vollem Gang. Im Ergebnis werden weitere 70 Zeitschriften der Erscheinungsjahre bis 1918 digitalisiert, sowie 16 Nachschlagewerke der Jahre 1870 bis 1945. Die Zeitschriftenauswahl für den dritten und letzten Abschnitt wird derzeit vorbereitet.

Um geschichtliche, d.h. in der Regel gedruckte oder handschriftliche Dokumente über das Internet zugänglich zu machen, ist deren vorherige

Digitalisierung notwendig. Dieses Verfahren ist nach wie vor teuer, so dass auch auf absehbare Zeit nicht jedes gedruckte Buch oder jede Archivalie über das Internet zugänglich sein werden. Diese Restriktion erfordert daher sorgfältige Überlegungen der zu treffenden Auswahl. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft, die zahlreiche Digitalisierungsprojekte finanziert hat, darunter auch das im Zentrum dieses Beitrags stehende, hat deshalb entsprechende Kriterien formuliert. So sollen nur solche Bestände bzw. Teilbestände bearbeitet werden, die für die jeweiligen Fachgebiete von besonderer Bedeutung sind und/oder erwarten lassen, dass sie häufig genutzt werden. Weiterhin sollen schwer zugängliche, bisher wenig bekannte, aber für das Fachgebiet hoch relevante Materialien bedacht werden. Beide Kriterien sind also eher disziplinär ausgerichtet und erfordern somit eine enge Zusammenarbeit bei der Auswahl der zu digitalisierenden Dokumente zwischen Fachwissenschaftlern und Bibliothekaren.

Von vorneherein ausgeschieden wurden Zeitungen, Schulprogramme bzw. Jahresberichte, Kalender, Intelligenzblätter sowie Gesetzesblätter. Für den zweiten Projektteil wurden weitere sub- und teildisziplinäre Zeitschriften zunächst zurückgestellt, die in späteren Einzelprojekten bearbeitet werden können, so etwa Zeitschriften zur Berufsausbildung/Berufsschule, zu einzelnen Fachdidaktiken u.a.m. Die Schwerpunkte des zweiten Projektteils liegen auf erziehungswissenschaftlichen (z.B. 'Archiv für die pragmatische Psychologie oder die Seelenlehre in der Anwendung auf das Leben', 'Die Kinderfehler', 'Mitteilungen der Gesellschaft für Deutsche Erziehungs- und Schulgeschichte', 'Mitteilungen des Vereines der Freunde Herbartischer Pädagogik in Thüringen', 'Zeitschrift für pädagogische Psychologie und Jugendkunde', 'Pädagogische Berichte') und reformpädagogischen Zeitschriften ('Die Arbeitsschule', 'Deutsche Blätter für erziehenden Unterricht', 'Flugschriften des Bundes für Schulreform', 'Hamburgische Schulzeitung', 'Die Mittelschule', 'Neue Bahnen', 'Pädagogische Reform'). In vergleichsweise geringem Maß konnten Zeitschriften berücksichtigt werden, die eher das traditionelle Schulwesen vertraten (z.B. 'Allgemeine Schulzeitung für das gesamte Unterrichtswesen', 'Die Deutsche Schule', 'Deutsches Philologen-Blatt', 'Das gesammte Volksschulwesen im Preußischen Staate', 'Gymnasium', 'Jahrbuch der Pädagogischen Zentrale des Deutschen

Lehrervereins', 'Der Klassenlehrer', 'Die Lehrerin'). Ebenso konnten Periodika, die die außerhalb des engeren Schulbereichs liegenden Ordnungssysteme ins Blickfeld nehmen, nur in kleiner Auswahl aufgenommen werden (u.a. 'Arbeiter-Jugend', 'Bodenreform', 'Ethische Kultur').

Alle ausgewählten Zeitschriften werden vollständig, d.h. mit allen erschienenen Jahrgängen digitalisiert. Vielfach werden auch Vorgänger und Nachfolger berücksichtigt, so dass auch die Verlaufsgeschichte verfolgt werden kann.

Digitalisierung meint zunächst, dass Texte in maschinenlesbare Form überführt werden, so dass sie von Menschen am Monitor gelesen oder ausgedruckt werden können. Dazu gibt es gegenwärtig im wesentlichen zwei Verfahrensweisen, die beide praktiziert werden. Zum einen werden die zunächst gedruckt vorliegenden Zeichen (Buchstaben, Ziffern, Sonderzeichen usw.) in maschinenlesbare Zeichen umgesetzt. Dies ist etwa der Fall, wenn Texte direkt über eine Tastatur in ein Textverarbeitungssystem geschrieben und anschließend abgespeichert werden. Wenn eine solche Textdatei zu einem späteren Zeitpunkt wieder geöffnet wird, so erfolgt durch die verwendete Software eine korrekte Umwandlung der gespeicherten Bits und Bytes in ursprüngliche Buchstaben, Ziffern und Sonderzeichen.

Zum anderen kann eine bereits gedruckt vorliegende Seite mit einem Scanner, der ähnlich wie ein Kopiergerät funktioniert, in ein elektronisches Bild verwandelt werden. Die Buchstaben werden dabei nicht in elektronische Zeichen umgesetzt, sondern die Druckseite wird in viele Punkte (Pixel) aufgelöst, die - im Falle einer Textseite - entweder schwarz, also ein Teil eines gedruckten Buchstabens, oder weiß sind. Die maschinelle Rekonstruktion einer Druckseite erfolgt also durch die Wiedergabe der Pixel.

Der wesentliche Unterschied beider Digitalisierungsverfahren besteht aus Benutzersicht darin, dass die erstgenannte Methode einen Volltext erstellt, der es ermöglicht, mit einem Suchbefehl nach jeder beliebigen Zeichenkette innerhalb des Textes zu suchen. Die digitalisierten Seiten der zweiten Methode bieten eine solche Suchmöglichkeit nicht. Der Text ist wie bei einer Fotokopie lesbar, aber nicht recherchierbar.

Aus Sicht der Benutzerinnen und Benutzer hat eine Digitalisierung als Volltext Vorteile. Denn damit ist es etwa möglich, nach allen Wörtern in den digitalisierten Texten zu suchen. Weiterhin kann man Textstellen kopieren und in eigene Dokumente einfügen. Schließlich gibt es die Möglichkeit, umfangreiche Textanalysen automatisiert vorzunehmen. So sind etwa Untersuchungen zur verwendeten Terminologie durchführbar, die ohne automatisierte Verfahren sehr zeitaufwendig sind.

Um gedruckte Texte jedoch als Volltexte zu digitalisieren muss die Vorlage in einer Qualität vorliegen, die es ermöglicht, dass die gescannte Seite durch eine geeignete Software, sogenannte OCR-Programme (optical character recognition), bearbeitet werden kann. Die Software übernimmt dabei die Aufgabe, die gepixelten Zeichen als Buchstaben, Ziffern oder Sonderzeichen zu interpretieren. Bei neueren gedruckten Texten gelingt dieses Verfahren bereits sehr gut. Anders verhält es sich indes bei älteren gedruckten Dokumenten, vor allem bei solchen, die in Frakturschrift gesetzt wurden. Die Fehlerrate bei allen bisher zur Verfügung stehenden OCR-Programmen ist in diesen Fällen sehr hoch und würde einen unverhältnismäßig hohen Korrekturaufwand erfordern. Aus diesem Grund werden gegenwärtig ältere Texte in der Regel nicht als Volltexte, sondern nur als Bilder abgespeichert, so auch die bisher in SPO verfügbaren Zeitschriften und Nachschlagewerke.

Um jedoch auch in Texten eine inhaltliche Suche zu ermöglichen, die nach der zuletzt genannten Methode digitalisiert wurden, werden Datenbanken oder andere Erschließungssysteme aufgebaut, die die digitalisierten Seiten organisieren. Jede digitalisierte Seite wird in einer eigenen Bilddatei abgespeichert, das heißt, die im gedruckten Werk durch Drucker und Buchbinder vorgegebene Anordnung der Seiten muss durch eine geeignete Dateiverwaltung ersetzt werden. Eine solche Strukturierung muss nicht nur die stimmige Seitenreihenfolge gewährleisten, sondern auch Kriterien zur Verfügung stellen, die zum Beispiel im Fall von Zeitschriften einen Zugang zu bestimmten Jahrgängen, Heften und Aufsätzen ermöglicht. Damit erst wird es möglich, den Zugriff auf den Inhalt so zu gestalten, wie er vom Buchregal her gewohnt ist.

Neben dem sequentiellen Zugriff auf die digitalisierten Texte ermöglicht die Datenbank jedoch auch eine inhaltliche Recherche. Im Falle der in SPO verfügbaren Zeitschriften und Nachschlagewerke sind alle Aufsatztitel sowie deren Autorinnen und Autoren suchbar.

3. Schluß

Die Vorteile der Digitalisierung älterer gedruckter Texte gerade für Forschungszwecke sind offensichtlich. Zum einen sind die Suchmöglichkeiten verbessert, nicht nur, aber vor allem dann, wenn die Dokumente als Volltexte vorliegen. Über Datenbankrecherchen kann man jedoch auch schnell Autoren und Stichworte in solchen digitalisierten Dokumente ermitteln, die nur in Form von Bilddateien vorliegen. Zum zweiten sind ältere Zeitschriften oftmals nur lückenhaft in den Bibliotheken vorhanden. Wer alle Jahrgänge der gedruckten Ausgabe benutzen wollte, musste deshalb oftmals mehrere Bibliotheken aufsuchen und gegebenenfalls beträchtliche Wegstrecken in Kauf nehmen, denn insbesondere die ältesten Zeitschriften sind über Fernleihe nur selten zu bekommen. Ein dritter Vorteil liegt schließlich darin, dass die Benutzung der Druckwerke abnimmt und somit die Erhaltung des Altbestandes erleichtert.

Pädagogische Zeitschriften und Nachschlagewerke des Erscheinungszeitraums 1760 bis 1945 sind ein erster Schwerpunkt von Scripta Paedagogica Online, dem digitalen Textarchiv zur deutschsprachigen Bildungsgeschichte. Nach Abschluss des laufenden Vorhabens Ende 2004 sind Anschlussprojekte vorstellbar, die sich auf bislang nicht oder in zu geringem Maß berücksichtigte Zeitschriften konzentrieren, wie etwa Zeitschriften zu einzelnen Fachdidaktiken, zur Mädchenbildung, zur Berufsausbildung u.a.m. Aber nicht nur die bisherigen Gattungen sollen für SPO berücksichtigt werden. Weiterhin ist vorgesehen, Werkausgaben von Pädagoginnen und Pädagogen aufzunehmen, wobei auch bei deren Auswahl die aktuelle Forschungsrelevanz entscheidend sein wird.

Der Kosten- und Arbeitsaufwand, der mit der Transformation historischer gedruckter Texte in eine digitalisierte Form verbunden ist, ist bedeutend und ohne die maßgebliche Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft sind

derartige Projekte nicht durchführbar. Aus diesem Grund wird die Vision eines virtuellen Bücherschranks, in dem die Gesamtheit der in Bibliotheken vorhandenen Literatur zu finden ist, noch lange auf seine Erfüllung warten lassen und skeptische Stimmen bezweifeln nicht nur die Erreichbarkeit des Ziels, sondern auch den Sinn derartiger Anstrengungen. Deshalb wird die begründete Auswahl der zu digitalisierenden Dokumente von größter Bedeutung bleiben. Für die Aufnahme entscheidend sind die Bedürfnisse der anvisierten Benutzerinnen und Benutzer. Da SPO ein digitales Textarchiv für die historische Bildungsforschung ist, wird die bisherige gute Zusammenarbeit von Bibliothekaren/innen und Bildungshistorikern/innen die Qualität der Auswahl gewährleisten.

Literatur

Buchheit, Otto: Die pädagogische Tagespresse in Deutschland von der Reichsgründung bis zum Weltkrieg 1871-1914. Würzburg 1939.

Campe, J. H.: Plan zu einer allgemeinen Revision des gesammten Erziehungswesens von einer Gesellschaft praktischer Erzieher. In: Berlinische Monatsschrift 1783.

Dudek, P.: Nationalsozialismus in der pädagogischen Publizistik. In: Horn, K.-P./Wigger, L. (Hrsg.): Systematiken und Klassifikationen in der Erziehungswissenschaft. Weinheim 1994, S. 295-318.

Herrmann, U.: Pädagogisches Denken und die Anfänge der Reformpädagogik. In: Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte. Band 4. München 1991, S. 147-178.

Horn, K.-P.: Pädagogische Zeitschriften im Nationalsozialismus. Selbstbehauptung, Anpassung, Funktionalisierung. Weinheim 1996.

Kersting, C.: Die Genese der Pädagogik im 18. Jahrhundert. Campes 'Allgemeine Revision' im Kontext der neuzeitlichen Wissenschaft. Weinheim 1992.

Marx, H.: Die Entstehung und die Anfänge der pädagogischen Presse im deutschen Sprachgebiet. Frankfurt/M. 1929.

- Tenorth, H.-E.: Pädagogisches Denken. In: Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte. Band 3. München 1987 a, S. 71-103.
- Tenorth, H.-E.: Lehrerberuf und Lehrerbildung. In: Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte. Band 3. München 1987 b, S. 250-270.
- Tenorth, H.-E.: Pädagogisches Denken. In: Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte. Band 5. München 1989, S. 111-153.
- Ziegler, C.: Pädagogische Presse (Volksschulwesen). In: Rein, W. (Hrsg.): Encyklopädisches Handbuch der Pädagogik. Band 5. Langensalza 1898, S. 188-192.
- Zimmermann, E.: Vorerinnerung. In: Allgemeine Schulzeitung 3 (1826), 1. Abt., Sp. 1.

Anhang

Zeitschriften des Erscheinungszeitraums 1760 - 1918

- Das ... Jahr im Deutschen Landerziehungsheim bei Ilsenburg im Harz // Deutsches Landerziehungsheim <Ilsenburg>. Berlin: Dümmler
Erscheinungsverlauf: 1.1898/99(1899) - 3.1901.
- Das ... Jahr in deutschen Landerziehungsheimen : D.L.E.H.- Leipzig: Voigtländer
Erscheinungsverlauf: 4.1902 - 7.1905; 11.1908(1909),2 - 16.1914.
- Allgemeine Bibliothek für das Schul- und Erziehungswesen in Teutschland.
Nördlingen: Beck
Erscheinungsverlauf: 1.1773 (1774) - 11.1784/86 ; damit Ersch. eingest.
- Allgemeine deutsche Lehrerzeitung : zugleich Organ der allgemeinen deutschen Lehrerversammlungen und des Deutschen Lehrer-Pensionsverbandes /Deutscher Lehrer-Pensionsverband. Leipzig
Erscheinungsverlauf: 4.1852 - 66.1914

- Allgemeine Revision des gesammten Schul- und Erziehungswesens : von einer Gesellschaft practischer Erzieher. Wien: Gräffer
Erscheinungsverlauf: 1.1785 - 16.1792
- Allgemeine Schulzeitung : ein Archiv für die neueste Geschichte des gesammten Schul-, Erziehungs- und Unterrichtswesens der Universitäten, Gymnasien, Volksschulen und aller höheren und niederen Lehranstalten. Darmstadt
Erscheinungsverlauf: 1.1824 - 2.1825; 11.1834 - 51.1874
- Allgemeine Schulzeitung : ein Archiv für die neueste Geschichte des gesammten Schul-, Erziehungs- und Unterrichtswesens der Universitäten, Gymnasien, Volksschulen und aller höheren und niederen Lehranstalten. 1. und 2. Abtheilung. Darmstadt
Erscheinungsverlauf: 3.1826 - 10-1833
- Allgemeine Schulzeitung für das gesamte Unterrichtswesen : Organ des Vereins für Wissenschaftliche Pädagogik. Darmstadt
Erscheinungsverlauf: 52.1875 - 58.1881.
- Allgemeine Zeitung für Deutschlands Volksschullehrer. Erlangen
Erscheinungsverlauf: 1.1817 - 7.1823
- Almanach für die Schullehrer und Schulvorsteher der K[öni]gl[ichen] Preussischen Provinzen Rheinland-Westfalen. Barmen [u.a.]
Erscheinungsverlauf: 1.1832 - 2.1833
- Arbeiter-Jugend : Organ für die geistigen und wirtschaftlichen Interessen der jungen Arbeiter und Arbeiterinnen. Berlin: Ebert
Erscheinungsverlauf: 1.1909,1(30. Jan.) - 25.1933,4(Apr.)
- Die Arbeitsschule : Monatsschrift des Deutschen Vereins für Werktätige Erziehung // Deutscher Verein für Werktätige Erziehung. Leipzig: Quelle & Meyer
Erscheinungsverlauf: 26.1912 - 56.1942.
- Archiv der Erziehungskunde für Deutschland. Weißenfels: Severin
Erscheinungsverlauf: 1.1791 - 4.1795 [?]
- Archiv deutscher Nationalbildung. Berlin: Maurer
Erscheinungsverlauf: 1.1812 = Nr.1-4

- Archiv für die pragmatische Psychologie oder die Seelenlehre in der Anwendung auf das Leben. Berlin: Mittler
Erscheinungsverlauf: 1.1851 - 3.1853[?].
- Der Baierische Schulfreund : eine Zeitschrift. Erlangen: Palm
Erscheinungsverlauf: Bd. 1.1812=2.Aufl.; 2.1811 - 25.1832[?]
- Bayerische Nachrichten über das deutsche Schul- und Erziehungswesen : eine Zeitschrift für Lehrer, Eltern und Erzieher. Augsburg: Kollmann
Erscheinungsverlauf: 1.1828 - 5.1832
- Beiträge zur Erziehungskunst, zur Vervollkommnung sowohl ihrer Grundsätze als ihrer Methode. Leipzig: Gräff
Erscheinungsverlauf: 1.1803 - 2.1805/06[?]
- Bibliothek der pädagogischen Literatur: verbunden mit einem Correspondenzblatte, welches pädagogische Abhandlungen, Aufsätze, Anfragen, Nachrichten, Wünsche, Zweifel, Vorschläge & c. enthält, und einen Anzeiger. Gotha: Perthes
Erscheinungsverlauf: 1800 - 1805
- Bild & [und] Film : Zeitschrift für Lichtbilderei u. Kinomatographie. München-Gladbach: Verl. der Lichtbilderei
Erscheinungsverlauf: 1.1912; 2.1912/13 - 4.1914/15.
- Bodenreform : Deutsche Volksstimme ; Frei Land ; Organ der Deutschen Bodenreformer. Berlin : Bodenreform
Erscheinungsverlauf: 18.1907,7(Apr.) - 52.1941; damit Ersch. eingest.
- Braunschweigisches Journal. Braunschweig: Schulbuchh.
Erscheinungsverlauf: [1.]1788 - [2.]1789; 3.1790 - 4.1791
- Deutsche Blätter für erziehenden Unterricht. Langensalza: Beyer
Erscheinungsverlauf: 1.1874 - 60.1933,7
- Deutsche Land-Erziehungsheime in Schloss Bieberstein i. d. Rhön, Haubinda i. Thür., Ilseburg i. Harz, Gaienhofen a. Bodensee und Sieversdorf b. Bukow : das ... Jahr. - Leipzig: Voigtländer
Erscheinungsverlauf: 8.1905/06(1906) - 11.1908(1909),1
- Die Deutsche Schule : eine allgemeine Zeitung für Unterricht, Schulwesen und Pädagogik überhaupt. Leipzig: Verl. der Exped. der Deutschen Schule

- Erscheinungsverlauf: 1.1832 - 2.1833; damit Ersch. eingest.
- Die deutsche Schule <Weinheim> : Zeitschrift für Erziehungswissenschaft und Gestaltung der Schulwirklichkeit. Leipzig: Klinkhardt
- Erscheinungsverlauf: 1.1897 - 47.1943,3(März); 48.1956,Apr.
- Der deutsche Schulfreund : ein nützliches Hand- und Lesebuch für Lehrer in Bürger- und Landschulen. Erfurt: Keyser
- Erscheinungsverlauf: 1.1791 - 24.1801
- Die Deutsche Volksstimme : Organ der deutschen Bodenreformer. Berlin: Harrwitz
- Erscheinungsverlauf: 1=7.1896 - 2=8.1897; 9.1898 - 18.1907,6(März)
- Die Deutschen Lehrerkonferenzen des Jahres ... : Themen, Thesen und Ausführung pädagog. Vorträge, gehalten auf den verschiedenen Lehrerkonferenzen Deutschlands ; ... pädagog. Jahrbuch. Langensalza: Greßler
- Erscheinungsverlauf: 1.1888 - 6.1893[?]
- Deutsches Philologen-Blatt : Korrespondenz-Blatt für den akademisch gebildeten Lehrerstand. Leipzig: Koch
- Erscheinungsverlauf: 20.1912 - 43.1935,6
- Ethische Kultur : Wochenschrift zur Verbreitung ethischer Bestrebungen. Berlin: Dümmler
- Erscheinungsverlauf: 1.1893 - 44.1936
- Flugschrift. Urheber: Deutscher Bund für Erziehung und Unterricht. Leipzig: Teubner
- Erscheinungsverlauf: 2.1917
- Flugschriften des Bundes für Schulreform. Urheber: Bund für Schulreform. Leipzig: Teubner
- Erscheinungsverlauf: 1.1910
- Freimüthige Jahrbücher der allgemeinen deutschen Volksschulen. Stuttgart: Metzler
- Erscheinungsverlauf: 1.1819 - 10.1830
- Das gesammte niedere Schulwesen im Preußischen Staate : im Jahre .. Berlin
- Erscheinungsverlauf: 1896(1898); 1901(1902/05); 1906(1908)
- Das gesammte Volksschulwesen im Preußischen Staate : im Jahre .. Berlin

- Erscheinungsverlauf: 1886(1889); 1891(1892/93)
- Gymnasium : Zeitschrift für Lehrer an Gymnasien und verwandten
Unterrichtsanstalten. Paderborn: Schöningh
Erscheinungsverlauf: 1.1883 - 24.1906, Juni
- Hamburgische Schulzeitung : eine Wochenschrift für pädagogische Theorie,
Kunst und Erfahrung. Hamburg
Erscheinungsverlauf: 1.1893 - 26.1918
- J. P. Rossl's allgemeine Monatsschrift für Erziehung und Unterricht. Aachen
Erscheinungsverlauf: 5.1828 - 10.1833 = BD. 9-20
- Jahrbuch der Pädagogischen Zentrale des Deutschen Lehrervereins //
Pädagogische Zentrale <Berlin>. Leipzig: Klinkhardt
Erscheinungsverlauf: 2.1912 - 4.1915
- Jahrbuch des Vereins für Wissenschaftliche Pädagogik / Verein für
Wissenschaftliche Pädagogik. Dresden [u.a.]: Bleye & Kämmer
Erscheinungsverlauf: 1.1869 - 49.1917
- Jahrbuch des Vereins für Wissenschaftliche Pädagogik / Erläuterungen / Verein
für Wissenschaftliche Pädagogik. Dresden [u.a.]: Bleye & Kämmer
Erscheinungsverlauf: [8.]1876(1877) - [10.]1878; 11.1879(1880) - [40.]1908
(1909)
- Jahrbuch für das Volksschulwesen : als Fortsetzung des Neuesten deutschen
Schulfreundes. Magdeburg: Heinrichshofen
Erscheinungsverlauf: 1.1825 - 3.1828[?]
- Jahrbücher des preußischen Volks-Schul-Wesens. Berlin
Erscheinungsverlauf: 1.1825 - 9.1829 = Nr. 1-27
- Die Kinderfehler : Zeitschrift für Kinderforschung mit besonderer
Berücksichtigung der pädagogischen Pathologie. Langensalza: Beyer
Erscheinungsverlauf: 1.1896 - 4.1899
- Der Klassenlehrer : Organ des Deutschen Klassenlehrer-Vereins. Cöln
Erscheinungsverlauf: 1.1907 - 5.1911, 26
- Korrespondenz-Blatt für den akademisch gebildeten Lehrerstand. Schalke:
Kannengiesser
Erscheinungsverlauf: 8.1900 - 19.1911

Korrespondenz-Blatt für die Philologen-Vereine Preußens. Schalke: Verl. des
Korrespondenzblattes

Erscheinungsverlauf: 1. 1892/93 (1893) - 6. 1898

Die Lehrerin : Organ des Allgemeinen Deutschen Lehrerinnenvereins. Leipzig:
Teubner

Erscheinungsverlauf: 27.1910/11 - 40.1923,1 - 4(Juni-Sept.)

Die Lehrerin in Schule und Haus : Zentralorgan für die Interessen der Lehrerinnen
und der Erzieherinnen des In- und Auslandes. Leipzig

Erscheinungsverlauf: 1.1884/85 - 26.1909,Okt./1910,März

Livländische Schulblätter : zum Besten einiger abgebrannten Schulen in den
Vorstädten von Riga. Riga

Erscheinungsverlauf: 1.1813 - 3.1815[?]

Magazin für deutsche Elementar-Schullehrer, Eltern und Erzieher. Tübingen:
Ossiander

Erscheinungsverlauf: 1=6.1813 - 3=8.1816[?]

Magazin für die Erziehung und Schulen besonders in den Preußischen Staaten.
Halle: Gebauer

Erscheinungsverlauf: 1.1781/83

Magazin für öffentliche Schulen und Schullehrer. Bremen: Cramer

Erscheinungsverlauf: 1.1790 - 2.1791

Magazin für Philologen. Bremen: Wilmans

Erscheinungsverlauf: 1.1796 - 3.1798

Magazin für Schulen und die Erziehung überhaupt. Nördlingen: Beck

Erscheinungsverlauf: 1.1766 (1766/67) - 6.1771/72

Mitteilungen der Gesellschaft für Deutsche Erziehungs- und Schulgeschichte,
Berlin // Gesellschaft für Deutsche Erziehungs- und Schulgeschichte. Berlin:
Weidmann

Erscheinungsverlauf: 1.1891 - 20.1910

Mitteilungen der Gesellschaft für Deutsche Erziehungs- und Schulgeschichte,
Berlin. Beihefte der Mitteilungen der Gesellschaft für Deutsche Erziehungs-
und Schulgeschichte // Gesellschaft für Deutsche Erziehungs- und
Schulgeschichte. Berlin: Weidmann

- Erscheinungsverlauf: 1.1903 - 21.1911
- Mitteilungen des Vereines der Freunde Herbartischer Pädagogik in Thüringen //
 Verein der Freunde Herbartischer Pädagogik in Thüringen. (Langensalza:
 Beyer & Mann)
- Erscheinungsverlauf: Nr. 1.1893/97 - 57.1922[?]
- Die Mittelschule : Zeitschrift der Reichsfachschaft Mittelschule im
 Nationalsozialistischen Lehrerbund. Halle
- Erscheinungsverlauf: 1.1887 - 5.1891; 23.1909,12 - 57.1943,3
- Die Mittelschule : Zeitschrift für Unterricht- und Erziehungswesen. Reutlingen
- Erscheinungsverlauf: 1.1845 - 2.1846
- Monatsblätter für wissenschaftliche Pädagogik. Leipzig
- Erscheinungsverlauf: 1865,1(Apr.) - 9(Dez.)
- Nachrichten über das deutsche Schul- und Erziehungswesen : eine Zeitschrift für
 Lehrer, Eltern und Erzieher. Augsburg: Kollmann
- Erscheinungsverlauf: 6.1833 - 8.1835[?]
- Neue Bahnen <Leipzig> : Zeitschrift der Reichsfachschaft IV <Volksschule> im
 NSLB Leipzig. Gotha [u.a.]: Behrend
- Erscheinungsverlauf: 1.1890 - 49.1938
- Neue Bibliothek für Pädagogik, Schulwesen und die gesammte neueste
 pädagogische Literatur Deutschlands. Neustadt, Orla [u.a.]: Wagner
- Erscheinungsverlauf: 1808 - 1816; 2.Forts. 1=49.1817 - 5=53.[1820]
- Der neue deutsche Schulfreund : ein nützliches Hand- und Lesebuch für Lehrer in
 Bürger- und Landschulen. Berlin: Nicolai
- Erscheinungsverlauf: 1=25.1801 - 23/24=47./48.1912
- Neues Magazin für Schullehrer. Bremen: Wilmans
- Erscheinungsverlauf: 1.1792/93 - 3.1794/95
- Der neueste deutsche Schulfreund : eine Zeitschrift für Lehrer an Bürger- und
 Landschulen. Magdeburg: Heinrichshofen
- Erscheinungsverlauf: 1=25=49.1912 - 8=32=56.1817
- Das niedere Schulwesen in Preußen. Berlin
- Erscheinungsverlauf: 1911(1912/13)

- Pädagogische Berichte : Zeitschrift für wissenschaftliche und angewandte Pädagogik. Osterwieck, Harz
Erscheinungsverlauf: 1.1914 - 3.1930
- Pädagogische Reform : eine Vierteljahresschrift. Hamburg-Eimsbüttel: Teubner.
Späterer Titel: Der Säemann <Leipzig>
Erscheinungsverlauf: 1.1904,1-4
- Pädagogische Reform : zugleich Zeitschrift der Hamburger Lehrmittelausstellung.
Hamburg: Verl. der Pädag. Reform
Erscheinungsverlauf: 1.1877 - 45.1921,Jan
- Pädagogische Revue : Centralorgan für Wissenschaft, Geschichte und Kunst der Haus-, Schul- und Gesamterziehung. Zürich: Schulthess
Erscheinungsverlauf: 1.1840 - 50.1858
- Pädagogische Zeitschrift für Deutschland's Lehrer an Progymnasien, höhern Bürger- und Stadtschulen .Neuwied
Erscheinungsverlauf: 1.1828
- Pädagogisches Archiv : Monatsschrift für Erziehung, Unterricht und Wissenschaft. Leipzig: Quelle & Meyer
Erscheinungsverlauf: 1.1859 - 56.1914; damit Ersch. eingest.
- Pädagogisches Jahrbuch. Leipzig: Klinkhardt
Erscheinungsverlauf: 1.1911
- Pädagogisches Jahrbuch : die Ergebnisse der in den deutschen Volksschullehrer-Versammlungen gehaltenen Vorträge in Leitsätzen, Beschlüssen und Hauptgedanken nebst vielen Ausführungen. Marburg: Kraatz
Erscheinungsverlauf: 1.1888(1889)
- Pädagogisches Jahrbuch : Rundschau auf dem Gebiete des Volksschulwesens.
Berlin
Erscheinungsverlauf: 1.1903 - 5.1907
- Pädagogisches Jahrbuch : Rundschau auf dem Gebiete des Volksschulwesens.
Gotha
Erscheinungsverlauf: 1.1882/83 - 4.1886/87
- Pädagogisches Museum. Leipzig
Erscheinungsverlauf: 1.1778/80 = St. 1-5 nachgewiesen

- Philanthropisches Archiv: worinn von dem gegenwärtigen Zustande des
Dessauischen Educations-Instituts Nachricht gegeben wird. Dessau
Erscheinungsverlauf: St. 1.1776 - 3.1776 ; damit Ersch. eingest.
- Quartalschrift für praktisches Schulwesen : mit besonderer Rücksicht auf das
Königreich Bayern ; im Vereine mit mehreren Schulmännern und
Schulfreunden. Augsburg: Kollmann
Erscheinungsverlauf: 1.1837 - 8.1844[?]
- Reform : pädagogische Vierteljahrsschrift. Bremen: Kütthmann
Erscheinungsverlauf: 7.1863 - 10.1866 nachgewiesen
- Rheinisch-westfälische Monatsschrift für Erziehung und Volksunterricht. Aachen
Erscheinungsverlauf: 1.1824 - 4.1827 = Bd. 1 - 8
- Der Säemann <Leipzig> : Monatsschrift für Jugendbildung und Jugendkunde.
Leipzig: Teubner
Erscheinungsverlauf: 1.1905 - 5.1909; [N.S.] 3.1912 - 5.1914
- Sächsischer Volksschulfreund. Freiberg: Gerlach
Erscheinungsverlauf: 1.1825 - 8.1832
- Schule und Erziehung : Vierteljahrsschrift für die wissenschaftliche Grundlegung
der katholischen Schulbewegung. Düsseldorf: Kath. Schulorganisation
Erscheinungsverlauf: 6.1918 - 21.1933
- Das Schulwesen in Preußen ..., im Staate, in den Provinzen und
Regierungsbezirken. Berlin
Erscheinungsverlauf: 1921(1924); 1926(1931)[?]
- Stoa : Zeitschrift für die Interessen der Höheren Töchterschulen. Berlin
Erscheinungsverlauf: 1.1868 - 2.1869
- Taschenbuch für teutsche Schulmeister : auf das Jahr .. Ulm: Wohler
Erscheinungsverlauf: [1.]1786; 2.1787 - 12.1797; damit Ersch. eingest
- Theoretisch-practisches Handbuch für deutsche Schullehrer und Erzieher.
Tübingen: Heerbrandt
Erscheinungsverlauf: 1.1808 - 5.1812/13
- Vierteljahrsschrift für philosophische Pädagogik. Osterwieck, Harz
Erscheinungsverlauf: 1=50.1917/18 - 7=56.1926/27; damit Ersch. Eingest

Der Volksschulfreund : eine Zeitschrift für Lehrer an Bürger- und Elementarschulen. Freiberg: Engelhardt
Erscheinungsverlauf: N.F. 1.1834 - 3.1836 [?]

Der Volksschullehrer : Organ für die Interessen der deutschen Volksschule. Bad Godesberg
Erscheinungsverlauf: 5.1911,27 - 27.1933[?]

Wochenblatt für Elementarlehrer. Aachen
Erscheinungsverlauf: 1.1828 - 6.1833

Zeitschrift für das Gelehrte- und Realschulwesen. Pädagog. Vierteljahrschr. Stuttgart: Ebner & Seubert
Erscheinungsverlauf: 3.1847 - 4.1848

Zeitschrift für das Gesamtschulwesen. Stuttgart
Erscheinungsverlauf: 5.1849 - 7.1851

Zeitschrift für das Volksschulwesen. Kiel: Univ.-Buchh.
Erscheinungsverlauf: 1.1824/25(1825) - 2.1826[?]

Zeitschrift für Geschichte der Erziehung und des Unterrichts. Berlin: Weidmann
Erscheinungsverlauf: 1.1911 - 28.1938

Zeitschrift für Kinderforschung : Organ der Gesellschaft für Heilpädagogik und des Deutschen Vereins zur Fürsorge für Jugendliche Psychopathen. Berlin: Springer
Erscheinungsverlauf: 5.1900 - 50.1944,2

Zeitschrift für Pädagogik, Erziehungs- und Schulwesen. Leipzig: Gleditsch
Erscheinungsverlauf: 19.1806 - 20.1807

Zeitschrift für pädagogische Psychologie und Jugendkunde. Leipzig: Quelle & Meyer
Erscheinungsverlauf: 1.1899 - 45.1944,Febr.; damit Ersch. Eingest

Zeitschrift für Philosophie und Pädagogik. Langensalza: Beyer. Fußnote: Darin: Zentralblatt für Pädagogik und Heilpädagogik nebst Hilfs- und Grenzwissenschaften
Erscheinungsverlauf: 1.1894 - 21.1914; damit Erscheinen eingestellt

Nachschlagewerke des Erscheinungszeitraums 1797 - 1945

Encyklopädie der Pädagogik vom gegenwärtigen Standpunkte der Wissenschaft
und den Erfahrungen der gefeierten Pädagogen aller Zeiten

Band: 1-2. 1860

Encyklopädie des gesammten Erziehungs- und Unterrichtswesens / hrsg. von K.
A. Schmid

Band: 1-11. 1859-1878

Encyklopädisch-pädagogisches Lexikon oder vollständiges, alphabetisch
geordnetes Hand- und Hilfsbuch der Pädagogik und Didaktik; zum Behuf des
praktischen Lehrfachs, so wie zu Conferenz- Aufsätzen und Examina für
Volks-Lehrer und Seminaristen, nach den besten Quellen und dem neuesten
Standpunkt der Literatur / Wörle, Johann Georg Christian

1835

Enzyklopädisches Handbuch der Heilpädagogik / Hrsg. von A. Dannemann u.a.
Halle: Marhold, 1911. 1974 Sp. (=987 S.)

Encyklopädisches Handbuch der Pädagogik / W. Rein [Hrsg.]. - 2. Aufl.
Langensalza: Beyer & Mann

1. Abbitte - Degeneration, psychische. - 1903. - X, 1000 S.
2. Deklamieren - Franziskaner. - 1904. - VIII, 999 S.
3. Französischer Unterricht, geschichtlicher Abriss - Handelshochschulen.
- 1905. - VII, 967 S.
4. Handelsschulen - Klassenoberster. - 1906. - VII, 956 S.
5. Klassenorganisation der Volksschule - Munterkeit. - 1906. - VII, 982 S.
6. Musikalische Erziehung - Präparieren. - 1907. - VII, 927 S.
7. Prinzenerziehung - Schulberichte. - 1908. - VII, 932 S.
8. Schulbesuch usw. - Stoy, Karl Volkmar. - 1908. - VII, 936 S.
9. Strafe - Vortrag, mündlicher. - 1909. - VII, 911 S.
10. Wagehalsig - Zwingli, Huldreich : Nachträge. - 1910. - VI, 1026 S.
11. Systematisches Inhaltsverzeichnis. - 1911. - 162 S.

Handbuch der Pädagogik / Hrsg. H. Nohl u. L. Pallat. Langensalza: Beltz

1. 1933. 472 S.

2. 1929. 344 S.
3. 1930. 518 S.
4. 1928. 516 S.
5. 1929. 228 S.

Handbuch der Schulhygiene: zum Gebrauche für Ärzte, Sanitätsbeamte, Lehrer, Schulvorstände u. Techniker / Hrsg. A. Baginsky/O. Jamke. 3. Aufl. Stuttgart: Enke

1. 1898. 756 S.
2. 1900. 435 S.

Handbuch für das Berufs- und Fachschulwesen / Hrsg. von Alfred Kühne. 2. Aufl. Leipzig: Quelle u. Meyer, 1929. XII, 737 S.

Hehlmann, Wilhelm:

Pädagogisches Wörterbuch / Wilhelm Hehlmann. - 1. Aufl. Leipzig: Kröner, 1931. 229 S.: III.

Hehlmann, Wilhelm:

Pädagogisches Wörterbuch / von Wilhelm Hehlmann. - 3., durchges. und erg. Aufl. Stuttgart: Kröner, 1942. - XI, 492 S.

Lexikon der Pädagogik / hrsg. von Ernst Roloff. Freiburg i. Br.: Herder

1. Abbitte - Forstschulen. - 1913. - XVII, 1346 S.
2. Fortbildung - Kolping. - 1913. - XI, 1343 S.
3. Kommentar bis Pragmatismus. - 1914. - XIV, 1351 S.
4. Prämien - Suggestion. - 1915. - XII, 1347 S.
5. Sulzer bis Zynismus : Nachträge. Namen- und Sachverzeichnis. - 1917. - XVII 1307 S.

Lexikon der Pädagogik / Hrsg.: Spieler, Josef. Freiburg i. Br.: Herder

1. 1930. - 1344 Spalten (=672 S.)
2. 1932. - 1498 Spalten (=749 S.)

Lindner, Gustav Adolf: Encyklopädisches Handbuch der Erziehungskunde mit besonderer Berücksichtigung des Volksschulwesens / Gustav Ad. Lindner. - 2., und 3., unveränd. Aufl. Wien [u.a.]: Pichler, 1884. - V, 1039 S.: Porträts, Diagr., Tag., Kt.

Naumann, Paul: Freies Volksbildungswesen. Halberstadt: Meyer, 1929. - XXVII, 142 S.

Pädagogische Encyclopädie, worin das Nöthigste, was Väter, Mütter, Erzieher, Hebammen, Ammen und Wärterinnen, sowohl in Ansehung der körperlichen Erziehung, als in Rücksicht der moralischen Bildung der Kinder, von der Geburtstunde an bis zum erwachsenen Alter, wissen und beobachten sollen ... / Wenzel, Gottfried Immanuel
1797

Pädagogische Real-Encyclopädie oder Encyclopädisches Wörterbuch des Erziehungs- und Unterrichtswesens und seiner Geschichte : für Lehrer an Volksschulen und anderen Lehranstalten, für Eltern und Erzieher, für Geistliche, Schulvorsteher und andere Freunde der Pädagogik und des Schulwesens / redigiert von Hergang, Karl Gottlob 2., durchges. Aufl.. Band: 1-2. 1847-1851

Pädagogisches Lexikon / in Verbindung mit der Gesellschaft für evangelische Pädagogik. Hrsg. von Hermann Schwartz. - Bielefeld [u.a.]: Velhagen & Klasing

1. Abhärtung - Exzentrisch. - 1928. - XII, 1338 S.
2. Fächer - Kirchliche Erziehung. - 1929. - IV, 1367 S.
3. Klasseneinteilung der Schulen - Recht des Kindes. - 1930. - IV, 1427 S.
4. Rechtschreibung - Zwingli : Nachträge. - 1931. - XII, 1503 S.

Pädagogisches Real-Lexikon oder Repertorium für Erziehungs- und Unterrichtskunde und ihre Literatur : ein tägliches Hilfsbuch für Eltern und Erzieher / hrsg. von D. Reuter
1811

Petzold, E.: Handwörterbuch für den deutschen Volksschullehrer . unter Mitwirkung namhaftester Pädagogen / hrsg. von E. Petzold. Dresden, 1874: - 379 S.

Real-Encyclopädie des Erziehungs- und Unterrichtswesens nach katholischen Principien : unter Mitwirkung von geistlichen Schulmännern. Geistliche, Volksschullehrer, Eltern und Erzieher / bearb. und hrsg. von Hermann Rolfus ... - Mainz: Kupferberg

1. A. bis F.-Formaler Unterricht. - 1863. - 638 S.
2. F. - Formenarbeiten bis K. - Kirchenlied. - 1864. - 640 S.
3. K. bis P. - Präparandenbildung. - 1865. - 638 S.
4. P. - Predigt bis Schluß nebst Anhang. - 1866. - 710 S.

Sander, Ferdinand: Lexikon der Pädagogik : Handbuch für Volksschullehrer, enthaltend das Ganze des Unterrichts- und Erziehungswesens, Didaktik, Methodik, Statistik, Biographien sc. / Ferdinand Sander. - Leipzig: Bibliogr. Inst., 1883. - 540 S. XVI S.

Universal-Lexicon der Erziehungs- und Unterrichtslehre für ältere und jüngere christliche Volksschullehrer / Münch, M. C.

Band: 1-3. 1840-1842

Vorbrodt, W.; Herrmann, K.: Handwörterbuch des gesamten Schulrechts und der Schul- und Unterrichtsverwaltung in Preußen. Leipzig: Quelle u. Meyer, 1930. -790 S.

12.

Bilder als Quellen der bildungshistorischen Forschung

Pictura Paedagogica Online

In: Schilling, Heinz (Hrsg.): Erziehung und Schulwesen zwischen Konfessionalisierung und Säkularisierung : Forschungsperspektiven, europäische Fallbeispiele und Hilfsmittel. Münster 2003, S. 189-203.

Als 1975 die deutsche Übersetzung der "Geschichte der Kindheit" von Philippe Ariès erschien, stieß sie schnell auf breites Interesse. Das im französischen Original 1960 erschienene Buch wurde bereits zwei Jahre später in englischer Übersetzung herausgegeben und von der Kritik als 'bahnbrechend' gefeiert (vgl. Hentig 1977, S. 18). Auch in Deutschland waren die Beurteilungen ausgesprochen positiv: 'vorzüglich', 'gelehrt', 'temperamentvoll', 'aufschlußreich' und 'informativ' lauteten die Attribute, die ein Rezensent dem Buch zuwies (Rassem 1977, S. 301 f.). Noch heute ist die große Wirkung verspürbar, die es auf seine Leserinnen und Leser ausüben konnte. In einer 1999 durchgeführten Umfrage unter Mitgliedern der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft nach den hundert pädagogisch wichtigsten Veröffentlichungen des 20. Jahrhunderts erreichte es Platz 18 (vgl. Horn/Ritzi 2001, S. 19).

Die wohl 'bahnbrechendste' Erkenntnis, die Ariès seinen Leserinnen und Lesern vermitteln konnte, war die Feststellung, dass Kindheit als eigenständige Lebensphase erst seit dem 17. Jahrhundert wahrgenommen wurde. Zu dieser Erkenntnis gelangte er wesentlich dadurch, dass er eine für die historische Forschung eher seltene Quelle zu Rate zog, nämlich Bilder. "Bis zum 17. Jahrhundert kannte die mittelalterliche Kunst die Kindheit entweder nicht oder unternahm doch jedenfalls keinen Versuch, sie darzustellen." (Ariès 1977, S. 92). Es sei kaum glaubhaft, so Ariès, diese Tatsache der Ungeschicklichkeit oder Unfähigkeit der Künstler zuzuschreiben. Vielmehr müsse man davon ausgehen, dass bis zur 'Entdeckung' der Kindheit im 17. Jahrhundert "in jener Welt kein Platz für die Kindheit war." Nicht nur auf Bildern, sondern auch im wirklichen Leben, sei Kindheit keine Lebenswirklichkeit gewesen, sondern "nur eine

Übergangszeit .., die schnell vorüberging und die man ebenso schnell vergaß." (Ebd., S. 93).

Ariès betrieb also nicht primär Ikonographie im Sinne einer Beschreibung dessen, was auf dem Bild zu sehen ist, sondern schloss aus dem Gesamtbild auf das zugrunde liegende Verhältnis zwischen Erwachsenen und Kindern. Es ging ihm auch um die Identifizierung von Bildinhalten, vor allem aber um die Erkenntnis der dem Bild zugrunde liegenden Prinzipien. Die Erkenntnis von der 'Entdeckung' der Kindheit im 17. Jahrhundert wurde Ariès möglich, weil er neben textlichen Dokumenten Bilder als eigenständige Quellen in seine Untersuchung einbezog und daraus Informationen bezog, die zumindest partiell aus schriftlichen Überlieferungen nicht zu erhalten sind.

Nicht zuletzt durch diese seinerzeit zumindest in der bildungsgeschichtlichen Forschung ungewöhnliche Interpretationsweise von Bildwerken wurde eine neue Perspektive eröffnet. Zumal die deutsche Übersetzung der "Geschichte der Kindheit" in einer Zeit erschien, in der in der Bundesrepublik Deutschland ein spürbarer "Überdruß an den abstrakten Ergebnissen der empirisch-systematischen Forschung" (Hentig 1977, S. 8) zu verzeichnen war.

Der Aufschwung bildungshistorischer Forschung auf der Grundlage bildlicher Quellen erhielt wenig später zusätzliche Impulse durch Beiträge des Kunsthistorikers Erwin Panofsky, die erstmals in deutscher Übersetzung erschienen (Panofsky 1978, 1980). Er legte ein methodisches Instrumentarium vor, das nicht nur Kunsthistoriker ansprach, sondern sich als Interpretationsmethode für alle Geisteswissenschaften anbot.

1983 schließlich erschien von Klaus Mollenhauer ein Beitrag in der Zeitschrift für Pädagogik, der schon im Titel andeutet, dass er als Erziehungswissenschaftler ungewohnte Pfade betritt: 'Streifzug durch fremdes Terrain'. (Mollenhauer 1983/1986). Mollenhauer kritisiert darin die seiner Ansicht nach unverständliche Abstinenz der Erziehungswissenschaft insgesamt und der historischen Bildungsforschung im Besonderen gegenüber Bildern, denn Kunst sei "auch (oder besonders) für die Pädagogik ein Erkenntnismedium .., nicht riskanter als eine empirische Untersuchung." (Ebd., S. 41). Zwei Motive sind für seine Beschäftigung mit Bildern leitend, zum einen ermöglichen sie ein besseres

Verständnis "der Lebensformen vergangener Epochen, der Kultur, die in der Erziehung vermittelt wurde" und zum Zweiten können sie einen Beitrag "zur Einübung in eine praktische Aufgabe, die wir den Kindern heute schulden", leisten (ebd., S. 39).

Von diesem Zeitpunkt an wurden Bilder in zunehmendem Maß als Quellen in die bildungshistorische Forschung integriert. Mehrere Tagungen behandelten den Quellenwert von Bildern und suchten nach Möglichkeiten, die methodischen Anregungen Panofskys für die bildungsgeschichtliche Forschung zu spezifizieren und zu konkretisieren. Mit seinem programmatischen Beitrag in den 'Informationen zur Erziehungs- und Bildungshistorischen Forschung' aus dem Jahr 1988 schob Rudolf W. Keck die Diskussion zur ikonologischen Bildanalyse maßgeblich an. 1989 beschäftigte sich der 'Arbeitskreis Vormoderner Erziehungsgeschichte' auf einer Tagung mit methodischen Problemen einer Pädagogischen Ikonologie (vgl. Rittelmeyer/Wiersing 1991). Ebenfalls 1989 lud Franz Pöggeler zu einem der gleichen Thematik gewidmeten Symposium nach Aachen ein (Pöggeler 1992). 1995 beschäftigten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Jahrestagung der Historischen Kommission der DGfE mit 'Bildern als Quelle der Erziehungsgeschichte' (Schmitt/Link/Tosch 1997). Und schließlich sei noch die 20. International Standing Conference of the History of Education (ISCHE) erwähnt, deren Beiträge unter dem Titel 'The Challenge of the Visual in the History of Education' veröffentlicht wurden (Depaepe/Henkens 2001).

Neben der Ikonologie, wie sie vor allem Panofsky eingeführt hat, wurden in der methodischen Debatte innerhalb der historischen Bildungsforschung weitere, vor allem in der Kunstgeschichte gängige Methoden zur Kenntnis genommen, ebenso wurden Schwächen und Stärken diskutiert. (Vgl. Talkenberger 1997). Übereinstimmend wurde der Quellenwert von Bildern für die bildungsgeschichtliche Forschung festgestellt. Da der Vergleich von Bildern in größtmöglicher Zahl ein entscheidender Bestandteil der Ikonologie darstellt, wurde das Fehlen einer möglichst vollständigen Übersicht aller bildungsgeschichtlich relevanten Abbildungen bis heute immer wieder beklagt und als Desiderat historischer Bildungsforschung erkannt. Während textliche Quellen, die in Archiven und Bibliotheken erschlossen vorliegen, vergleichsweise

leicht zugänglich sind, ist dies bei Abbildungen nicht der Fall. Oftmals jahrelange Sammeltätigkeiten waren und sind notwendig, um eine repräsentative Anzahl von Abbildungen zu einer bestimmten Fragestellung zusammenzutragen. Trotz der Bemühungen Einzelner ist die Sichtung des vorhandenen Bildmaterials bzw. der Werke bildender Kunst nach enthaltenen pädagogischen Aussagen ein Feld, das sich noch ganz am Anfang befindet. Franz Pöggeler forderte deshalb, ein 'Zentralarchiv zur Bildgeschichte der Bildung' zu begründen (Pöggeler 1992 a, S. 14).

Der Wunsch, ein konventionelles 'Zentralarchiv' einzurichten, ist jedoch aufgrund der damit verbundenen Kosten kaum realisierbar. Durch die neuen Technologien und vor allem die Möglichkeiten des Internets ist eine solche Einrichtung wohl auch verzichtbar, denn auf diesem Wege lassen sich bislang vereinzelte und isolierte Sammlungsaktivitäten verknüpfen, um schließlich zu einem umfassenden virtuellen 'Zentralarchiv' zu gelangen. Dieses Ziel verfolgt 'Pictura Paedagogica Online' (PPO).

Im Folgenden werden zunächst einige methodische Hinweise zur Erschließung von Bildern benannt, die grundlegend für die Begründung von PPO waren. Daran anschließend werden in knapper Form einige Sammlungen bildungshistorisch relevanter Bilder vorgestellt. Im dritten Teil wird schließlich die Konzeption von Pictura Paedagogica Online erläutert.

1.

Erwin Panofsky, dessen methodische Überlegungen die Beschäftigung mit Bildern als Quellen der bildungshistorischen Forschung maßgeblich inspiriert haben, ist Kunsthistoriker. Die Öffnung gegenüber anderen Disziplinen ermöglicht er dadurch, dass er die Kunstgeschichte als eine von mehreren geisteswissenschaftlichen Disziplinen einordnet. So wie schriftliche Dokumente müssen auch Bilder als Repräsentanten ihrer Zeit verstanden werden. Aus ihrer Zeit heraus sind sie zu beobachten, zu dechiffrieren und zu klassifizieren. Insofern versteht Panofsky die Ikonologie als eine historisch-hermeneutisch argumentierende Wissenschaft (vgl. Keck 1988, Kirk 1988, S. 100). Sie befasst

sich mit dem Sujet oder der Bedeutung von Kunstwerken, die sich in einem dreistufigen Verfahren erschließen lässt.

Der erste Zugang zu Bildwerken widmet sich dem 'primären oder natürlichen Sujet'. Darunter sind die dargestellten künstlerischen Motive zu verstehen, wie u.a.:

- Die Identifikation der im Bild dargestellten Gegenstände.
- Die Identifikation der Beziehung der Gegenstände zueinander, die Panofsky als Ereignis bezeichnet.
- Die Identifikation des Ausdrucks, wozu zunächst menschliche Gefühlsregungen wie Freude oder Schmerz zählen, aber auch etwa die Atmosphäre eines Innenraums.

Die Analyse der künstlerischen Motive bezeichnet Panofsky als "vorikonographische Beschreibung von Kunstwerken" (Panofsky 1980, S. 32).

Die zweite Stufe beschäftigt sich mit dem sekundären oder konventionalen Sujet. Damit sind dem Kunstwerk zugrunde liegende Themen oder Konzepte gemeint, ebenso Anekdoten und Allegorien. Deren Identifizierung bezeichnet Panofsky als ikonographische Analyse im engeren Sinn.

Auf der dritten Stufe erfolgt die Identifizierung der eigentlichen Bedeutung des Kunstwerks. "Er wird erfasst, indem man jene zugrunde liegenden Prinzipien ermittelt, die die Grundeinstellung einer Nation, einer Epoche, einer Klasse, einer religiösen oder philosophischen Überzeugung enthüllen, unbewusst modifiziert durch eine Persönlichkeit und verdichtet in einem einzigen Werk." (Panofsky 1980, S. 33). Das Kunstwerk ist zunächst ein Dokument der Persönlichkeit des Künstlers, zugleich ist es eingebunden in eine bestimmte Epoche und davon beeinflusst, ebenso wie von Wertvorstellungen religiöser oder philosophischer Art. Diese Einflüsse sind dem Künstler im Allgemeinen selbst nicht oder nur zum Teil bewusst. Erst aus historischem Abstand lässt sich ein Kunstwerk in Form einer Synthese im Zusammenhang mit dem Gesamtwerk des Künstlers sowie unter Berücksichtigung der Zeitverhältnisse umfassend interpretieren.

Alle drei Stufen zusammen bilden das Konzept der Ikonologie, sie erfordern jedoch vom Anwender zunehmend anspruchsvollere Voraussetzungen. Für die vorikonographische Beschreibung hält Panofsky zunächst Alltagswissen für

ausreichend. Jeder kann die Gestalt und das Verhalten von menschlichen Wesen, Tieren, Pflanzen erkennen, ebenso lässt sich etwa der Gesichtsausdruck einer dargestellten Person deuten. Das Alltagswissen bedarf allerdings ergänzender Kenntnisse, durch die es korrigiert und kontrolliert wird. Das Kontrollprinzip nennt Panofsky Stilgeschichte und versteht darunter ein Wissen um den geschichtlichen Wandel der künstlerischen Motive.

Die Voraussetzung für die ikonographische Analyse im engeren Sinn erfordert vom Interpreten, dass er mit den in Kunstwerken dargestellten Themen, Anekdoten und Allegorien vertraut ist, wie sie in schriftlichen Quellen überliefert sind. Die Kenntnis der literarischen Quellen erfordert eine Ergänzung im Wissen über die geschichtlichen Bedingungen, unter denen bestimmte Themen, Anekdoten und Allegorien ausgedrückt wurden. Dieses Wissen fasst Panofsky als Typengeschichte zusammen.

Die ikonographische Analyse im tieferen Sinn erfolgt zunächst in Form einer 'synthetischen Intuition', die die im Kunstwerk vorfindbare "Grundhaltung des menschlichen Geistes, wie er sich in verschiedenen Epochen als 'Weltanschauung' manifestiert hat" (Forssman, zit. nach Kirk 1988, S. 106), erschließen soll. Theodor Schulze umschreibt Panofskys dritte Ebene als "Erschließung einer kollektiven Leitvorstellung, die in einem einzelnen Bild Gestalt annimmt." (Schulze 1999, S. 68). So wie die Stilgeschichte für die vorikonographische Beschreibung und die Typengeschichte für die ikonographische Analyse im engeren Sinn quellenkritische Instrumentarien darstellen, die eine naive Interpretation vermeiden sollen, erfordert auch die dritte Stufe in Panofskys Konzept eine kontrollierende und korrigierende Ergänzung. Die synthetische Intuition ist "durch die Einsicht in die Art und Weise zu kontrollieren, wie unter wechselnden historischen Bedingungen die allgemeinen und wechselnden Tendenzen des menschlichen Geistes durch bestimmte Themen und Vorstellungen ausgedrückt wurden." (Panofsky 1980, S. 40). Diese Einsicht erfordert nicht nur ein Wissen über jene Werke der bildenden Kunst, die auf das untersuchte Bild bezogen sind, sondern darüber hinaus umfassende Erkenntnisse, wie sie Dokumenten jedweder Art zu entnehmen sind, die "Zeugnis ablegen über die politischen, poetischen, religiösen, philosophischen und gesellschaftlichen

Tendenzen" (ebd.) des Künstlers, seiner Epoche oder seines Landes. Damit werden Fragestellungen der Kunstgeschichte in den Kontext der Geisteswissenschaft gestellt. Neben Kunstwerken, die traditionell im Zentrum der Profession stehen, sollen auch schriftliche Quellen verwendet werden. Umgekehrt regt Panofsky Wissenschaftler anderer geisteswissenschaftlicher Disziplinen an, neben den traditionellen schriftlichen Dokumenten auch Bilder als Quellen einzubeziehen. "Selbstredend sollte umgekehrt der Historiker des politischen Lebens, der Poesie, der Religion, der Philosophie und der gesellschaftlichen Situationen analogen Gebrauch von Kunstwerken machen." (Ebd.).

Das dreistufige Konzept aus vorikonographischer Beschreibung, ikonographischer Analyse im engeren Sinn und ikonographischer Analyse im tieferen Sinn bezeichnet Panofsky als Ikonologie. Ikonographie und Ikonologie sind allerdings zwei unterscheidbare methodische Richtungen der Kunstgeschichte, die sich "ausschließlich mit der Bedeutungsdimension eines Kunstwerks beschäftigen." (Kaemmerling 1979, S. 7). Obgleich sie sich trennen lassen gibt es in der Forschungspraxis häufig Überschneidungen. So auch beim Ansatz Panofskys. Nur seine ersten beiden Stufen sind ikonographische Methoden, erst die dritte Stufe geht darüber hinaus.

Panofskys Anregung, Bilder in benachbarten geisteswissenschaftlichen Disziplinen als Forschungsquellen einzubeziehen, stieß, wie oben bereits angedeutet, bei den Bildungshistorikern auf fruchtbaren Boden. Die Euphorie, auf der Grundlage der Ikonologie neue Erkenntnisse durch Bilder zu gewinnen, war groß, so dass warnende Stimmen nicht ausblieben. Johannes Bilstein etwa mahnt: "Kunstgeschichtliche Instrumente .. sind zunächst einmal kunstgeschichtliche Instrumente, und sonst nichts: Erkenntnismittel, die nicht ohne weiteres aus den disziplin-internen Fragestellungen und Methoden herausgelöst werden können, denen sie entstammen." (Bilstein 1999, S. 250). Heike Talkenberger gibt zu bedenken, dass neben Panofskys Interpretationsmodell für Kunstwerke weitere Methoden existieren, die je nach Fragestellung zu berücksichtigen sind (vgl. Talkenberger 1977).

Pädagogisches Interesse und pädagogische Fragestellungen rechtfertigen jedoch das Eindringen in 'fremdes Terrain', denn dadurch handelt es sich um ein

"Zwischenfeld zwischen Kunstgeschichte und Pädagogik". (Schulze 1999, S. 60). Panofskys methodischer Ansatz erfordert eine spezifische Ausrichtung, die als 'Pädagogische Ikonologie' bezeichnet werden kann (ebd., S. 62).

In diesem Sinne überträgt Rudolf Keck das Panofskysche Stufenmodell auf pädagogische Fragestellungen (Keck, 1988, S. 45 f.):

1. Stufe: Welche pädagogischen Bildinhalte und erzieherischen Handlungsmuster lassen sich erkennen.
2. Stufe: Welche pädagogischen Themen und Konzepte sind erkennbar. Welchen Typen ist das Dargestellte zuzuordnen (z.B. Unterrichtsszene), welche Veränderungen des Typus sind feststellbar.
3. Stufe: Welche kollektiven Leitvorstellungen (Schulze 1999, S. 68) kommen zum Ausdruck, z.B. in der Wahrnehmung oder Nichtwahrnehmung der Kindheit als eigenständiger Lebensphase? Aus welchem sozialgeschichtlichen Kontext stammt das Bild? Was wissen wir über Besteller und Autor? Was über die Rezeption des Bildes? Was über seine Verwendung?

Ein ähnliches Modell, das vier Stufen umfasst, hat Klaus Mollenhauer vorgeschlagen:

- "1. Oberflächlicher Hinweis auf den Gegenstand der Interpretation,
 2. Beschreibung und Deutung einiger formaler Charakteristika,
 3. Ikonographie der Bildelemente,
 4. Versuch einer Bestimmung der grundlegenden Sinnstruktur des Bildes."
- (Mollenhauer 1983/1986, S. 41).

Der Gegenstand Pädagogischer Ikonologie ist nicht nur auf solche Bilder konzentriert, die einen Beitrag zur Erhellung pädagogischer Fragestellungen leisten können, sondern sie vernachlässigt auch die für die Kunstgeschichte bedeutsame Frage nach der Qualität eines Kunstwerkes. Für kunstgeschichtliche Betrachtungen ist ein Kunstwerk "zunächst nicht historisch, nicht abhängig, nicht in Entwicklungslinien zu sehen, die es im Grunde nicht hervorbringen, nicht konstituieren, sondern es ist vorweg 'einzigartig, unwiederholbar, unableitbar original.'" (Pawlik 1987, S. 11). Das macht seinen künstlerischen Wert oder seinen Rang aus und unterscheidet es vom 'Machwerk' (ebd., S. 16).

Die Pädagogische Ikonologie dagegen vernachlässigt den Aspekt der künstlerischen Qualität. "Nicht selten ist ein Bilddokument von niedriger Kunstqualität für die bildungsgeschichtliche Forschung belangreicher als ein Werk der 'hohen' Kunst" (Pöggeler 1992 a, S. 14). Entscheidend sind pädagogische Bildinhalte, Themen, Aussagen und Deutungsmöglichkeiten. Pädagogische Ikonologie setzt sich jedoch des Weiteren auch von der in der bildungsgeschichtlichen Forschung früher verbreiteten Verwendung von Abbildungen ab. Denn pädagogisch relevantes Bildmaterial wurde mehrfach in zum Teil voluminösen Werken publiziert. Das umfangreichste Werk ist der zweibändige 'Bilderatlas zur Schul- und Erziehungsgeschichte', der zwischen 1960 und 1965 (Alt 1960, 1965) in der ersten Auflage erschienen ist. Damit wurde ohne Zweifel eine einzigartige Fundgrube zur Verfügung gestellt, aber es handelt sich im Wesentlichen um eine geordnete Aneinanderreihung von bildungsgeschichtlich relevanten Abbildungen. Methodologisch reflektierte Interpretationen im Sinne von Ikonographie oder gar Ikonologie erfolgen nicht.

In ähnlicher Weise verfahren auch frühere Werke wie Hans Boesch's 'Kinderleben in der deutschen Vergangenheit' (Boesch 1900) oder Rudolf Borchs 'Bilderatlas zur Geschichte der Pädagogik' (Borch 1920). Bilder werden nicht als eigenständige Quellen der bildungshistorischen Forschung verwandt, sondern dienen vor allem der Veranschaulichung der beigefügten Texte. Sie gehen "in der Regel nicht auf die Bildautorenschaft, ihre Herstellungs- und Verwendungsabsichten, ihre Adressaten ein; eine Analyse der Bildinterpretation unterbleibt ebenso wie eine stilgeschichtliche Interpretation, die Bezüge zum sozialen, politischen und kulturellen Hintergrund herstellen würde." (Keck 1988, S. 34). Verbunden war damit vielfach eine naive Bildauffassung, die Autoren gingen also von der unreflektierten Grundannahme aus, dass das auf den Bildern Abgebildete die Wirklichkeit des Künstlers widerspiegele. Dieser Annahme hat bereits Klaus Mollenhauer entgegengehalten, dass Bildinhalte nie 'realistisch' im trivialen Sinn sind. "Das Bild stilisiert, und zwar im Hinblick auf Allgemeines, im Hinblick auf die historisch je geltenden Regeln der sozialen Konstruktion von Wirklichkeit." (Mollenhauer 1994, S. 41). Je weiter die Bilder der Vergangenheit angehören, umso schwieriger wird es, diese Regeln zu interpretieren.

An einem Beispiel sollen die Möglichkeiten einer Pädagogischen Ikonologie angedeutet werden. In ihrer 1988 veröffentlichten Dissertation versucht Sabine Kirk, aus Abbildungen, die Lehrer und Schüler darstellen - Accipies - die den Bildern zugrunde liegende Unterrichtstheorie zu erschließen. Es handelt sich um Holzschnitte und Kupferstiche des 15. bis 17. Jahrhunderts, also eines Zeitraums, für den keine schriftlich formulierte Unterrichtstheorie vorliegt. Ohne die Einbeziehung von Abbildungen als eigenständige Quellen müsste man begrenzt auf die schriftliche Überlieferung zu der Schlussfolgerung gelangen, dass es vor Jan Amos Comenius keine Unterrichtstheorie gegeben hat.

Wenn Bildaussagen über bisheriges, aus Textquellen erschlossenes Wissen hinausgehen, ist die Gefahr von Fehlinterpretationen allerdings groß. Deshalb hat Kirk so viele Accipies, wie es ihr möglich war, ermittelt und miteinander verglichen. Ihre These erinnert an die Begründung Ariès; sie lautet: Wenn eine Vielzahl von Abbildungen gleiche oder ähnliche Arbeitsmittel, Raumausstattungen, Sitzordnungen, Erziehungsmittel und andere Elemente einer Unterrichtstheorie aufweisen, "kann davon ausgegangen werden, dass es sich um charakteristische Elemente ... handelt und nicht um eine durch Zufall oder Unkenntnis entstandene Beigabe." (Kirk, S. 113). Die von Kirk in den von ihr untersuchten Bildern analysierten Elemente einer Unterrichtstheorie fügt sie in Form einer Synthese zusammen. "Aus der Synthese dieser Elemente können Grundzüge einer vorcomenianischen Unterrichtstheorie des 15. bis 17. Jahrhunderts eruiert werden." (Kirk, S. 137).

2.

Die bislang vorliegenden, umfangreicheren Bildübersichten wurden von Bildungshistorikern wie etwa Robert Alt angelegt, die sich oft über viele Jahre bemüht haben, Museen, Bibliotheken und Archive systematisch nach entsprechenden Abbildungen zu durchforsten. In der Regel war das Ergebnis der Sammlungstätigkeit dieser Autoren jedoch kein Bestand an Originalbildern oder doch zumindestens nicht vorrangig. Die aus dem Forschungsprojekt von Rudolf

W. Keck an der Universität Hildesheim seit 1978 hervorgegangenen Arbeiten (Köhler 1986, Kirk 1988, Otto 1989) haben unter anderem die Bestände der Herzog August Bibliothek Wolfenbüttel systematisch durchsucht und die für ihre Fragestellung relevanten Abbildungen - so bei Kirk etwa 'Accipies'-Bilder - fotografiert. Die Fotos bilden heute einen wesentlichen Teil des bildungshistorischen Bildarchivs am Institut für Angewandte Erziehungswissenschaft und Allgemeine Didaktik der Universität Hildesheim (Leitung: Rudolf W. Keck). Hier wird seit 1978 in Verbindung mit der Herzog August Bibliothek Wolfenbüttel (15. - 18. Jh.), der Bibliothek der ehemaligen Universität Helmstedt (15. - 18. Jh.), der Universitätsbibliothek Göttingen (18. - 19. Jh.) und zeitweilig gefördert durch die DFG (1979-1982) das Forschungsfeld 'Institutions- und sozialgeschichtliche Bilddokumentation zur Schulentwicklung' verfolgt. Bis 1995 wurde ein umfangreiches und repräsentatives Bildarchiv mit dem Schwerpunkt 16. bis 18. Jahrhundert aufgebaut. Der Bildbestand umfasst ca. 10 000 Bilddokumente pädagogischen Inhalts, die aus unterschiedlichen Bereichen – von der Theologie bis zu Rara – stammen, da ja eine Pädagogik als eigenständiger Wissenschaftsbereich für diesen Zeitraum noch nicht existent war. Ergänzt wird dieses Archiv durch die Sammlung May, einer in seiner Art einschlägigen Zusammenstellung von bildungshistorisch relevanten Postkarten aus der Zeit von 1870 bis 1918 (Wilhelminismus) (vgl. May 1998).

In ähnlicher Weise, also aus dem spezifischen Forscherinteresse Einzelner, ist die Bilddokumentation Schulgeschichte der Pädagogischen Hochschule Freiburg entstanden. Sie wurde seit 1980 durch die Professoren Horst Schiffler und Rolf Winkeler aufgebaut und besteht aus einer Sammlung von Bildzeugnissen zum Thema Schule und Unterricht vom ersten Auftreten entsprechender Einrichtungen in Mitteleuropa in römischer Zeit bis zur Gegenwart. Die Bildauswahl konzentriert sich auf Kunst im weitesten Sinne unter Ausschluss der Photographie. Die Spanne erstreckt sich u. a. auf Reliefs und Fresken in Kirchen, sakrale und profane Skulptur, Buch- und Tafelmalerei, Grafik, Karikatur, xylographierte Zeitschriftenbilder und Werbegrafik. Die Sammlung umfasst derzeit über 3 000 Nummern (vgl. Schiffler/Winkeler 1985, 1991).

Die wohl umfänglichste Publikation mit bildungsgeschichtlichen Abbildungen stellt der bereits erwähnte 'Bilderatlas zur Schul- und Erziehungsgeschichte' von Robert Alt dar, der zwischen 1960 und 1965 erschienen ist. Die Vorarbeiten für einen dritten Band konnten von Alt abgeschlossen werden, veröffentlicht wurde er jedoch nie. Die für den 'Bilderatlas' angefertigten Bildreproduktionen befinden sich in der Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung (BBF) und im Berliner 'Museum für Kindheit und Jugend'.

Diese drei durch Bildungshistoriker zusammengetragenen Sammlungen sind nur Beispiele für weitere, die teilweise schwer zugänglich und deshalb wenig bekannt sind. Weiterhin verfügen die meisten Schulmuseen über mehr oder weniger bedeutende Bildbestände. Ebenfalls nur beispielhaft sei die Fotosammlung des Hamburger Schulmuseums genannt. Es besteht seit 1991 als wissenschaftliche und pädagogische Einrichtung zur Erforschung und öffentlichen Präsentation von Schulgeschichte und arbeitet in Kooperation mit der 'Arbeitsstelle zur Erforschung der Hamburger Schulgeschichte' am FB Erziehungswissenschaft der Universität Hamburg. Geleitet werden beide Einrichtungen von Reiner Lehberger, Professor am Institut für Schulpädagogik der Universität Hamburg.

Das Hamburger Schulmuseum gehört zu den drei größten dieser Art in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Schwerpunkt in der wissenschaftlichen und musealen Praxis des Schulmuseums ist der systematische Aufbau eines Fotoarchivs zur Schulgeschichte. Der zentrale Rahmen bezieht sich dabei auf die Periode von ca. 1900 bis zum Ende der 1950er Jahre. Innerhalb dieser Sammlung ist der Bestand zur reformpädagogischen Bewegung und zur NS-Zeit eine besondere Rarität, da fast alle diese Fotos aus den 20er und 30er Jahren von Einzelpersonen, Privatarchive und schulischen Fotoarchiven durch die systematische Abfrage des Schulmuseums eruiert werden konnten (vgl. Lehberger 1997).

Begrenzt auf nur eine einzige Bildgattung ist die Forschungsstelle Schulwandbilder am Lehrstuhl für Schulpädagogik der Universität Würzburg. Sie ist hervorgegangen aus dem früheren Archiv Schulisches Wandbild der Universität Duisburg. Mit der Berufung seines Leiters, Walter Müller, auf den

Würzburger Lehrstuhl für Schulpädagogik 1997 hat sich zugleich ein Großteil der seit 1982 in Duisburg betriebenen vielfältigen Forschungsaktivitäten auf dem Gebiet der Schulischen Anschauungsbilder nach Würzburg verlagert. Nach Abschluss eines derzeit laufenden Erschließungsprojekts im Frühjahr 2002 werden etwa 13 000 Schulwandbilder aus elf schulmusealen Sammlungen dokumentiert sein.

Ebenso auf nur eine Gattung beschränkt ist eine mehrere tausend Blätter umfassende Sammlung von Schülerzeichnungen, die Mitte der 1970er Jahre von Diethard Kerbs, Professor für Theorie der Ästhetischen Erziehung an der Berliner Universität der Künste, für ein Ausstellungsprojekt zusammengetragen wurde. Die Sammlung wurde Ende der 1990er Jahre vom 'Bund Deutscher Kunsterzieher' an die Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung übergeben.

Damit sind nur einige der an unterschiedlichen Orten vorhandenen Sammlungen erwähnt. Eine Übersicht über die Gesamtheit aller Institutionen und Einzelpersonen, die sich mehr oder weniger systematisch bemühen, bildungsgeschichtlich relevante Abbildungen zu sammeln, wäre ein mühevolleres Unterfangen. Nahezu aussichtslos dürfte es gegenwärtig sein, sich einen Überblick über den gesamten einschlägigen Bildbestand verschaffen zu wollen.

3.

Eine erhebliche Verbesserung dieser Lage verspricht ein Projekt, das unter dem Namen *Pictura Paedagogica Online* entsteht. Es handelt sich um ein Kooperationsprojekt zwischen der Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung, Berlin, und dem Institut für Angewandte Erziehungswissenschaft und Allgemeine Didaktik der Universität Hildesheim. Es ist zunächst auf zwei Jahre begrenzt und wird von der DFG maßgeblich bezuschusst.

Die Idee, die hinter dem Projekt steht, ist die virtuelle Zusammenführung unterschiedlicher Sammlungen und Bestände von bildungsgeschichtlichen Bildern, unabhängig von deren Standort. *Pictura Paedagogica Online* will also keine neue Sammlung erstellen, sondern bereits bestehende Sammlungen und für

die Thematik interessante Bestände besser nutzbar machen. In der ersten Projektphase, die Anfang 2002 abgeschlossen wurde, wurden zwei Bestände mit bildungsgeschichtlichem Bildmaterial integriert:

1. Rund 6000 der insgesamt etwa 15 000 Abbildungen aus der Sammlung 'Alte Drucke' der Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung, deren Erscheinungsjahre von 1485 bis 1830 reichen. Diese Abbildungen sind noch nie gesondert erfasst worden. Vielfach befinden sie sich in Büchern, die seit vielen Jahren kaum oder gar nicht benutzt wurden, so dass ein bislang weitgehend unbekanntes Bildmaterial zugänglich wird.
2. Rund 4000 Abbildungen aus dem bereits oben vorgestellten Bildungshistorischen Bildarchiv am Institut für Angewandte Erziehungswissenschaft und Allgemeine Didaktik der Universität Hildesheim.

Da eine Verlagerung der Bestände nicht Ziel des Projektes ist, müssen die in den einzelnen Sammlungen vorhandenen Originale oder Reproduktionen zunächst in eine neue Form überführt werden. Alle ausgewählten Bilder werden deshalb zuerst verfilmt, daran anschließend digitalisiert und nach der Bearbeitung auf dem Archivserver der Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung gespeichert.

Unter bildungsgeschichtlichen Abbildungen sind keineswegs nur jene zu verstehen, die etwa eine schulische oder häusliche Erziehungssituation, also eine Interaktion zwischen Erwachsenen und Kindern bzw. Jugendlichen darstellen. Systematisch lassen sich Abbildungen, die mit pädagogischer Absicht erstellt wurden von solchen unterscheiden, die ohne derartige Intentionen entstanden. Zur ersten Gruppe zählen etwa Abbildungen, die didaktische Funktionen zu erfüllen hatten, z. B. Bilder aus Schulbüchern. Weiterhin gehören in diese Kategorie Bilder, die eine erzieherische Wirkung erzielen sollen, also etwa moralisch-religiöse Illustrationen in zahlreichen Kinder- und Jugendbüchern.

Zur zweiten Gruppe der nicht intentionalen erziehungs- und sozialisationsrelevanten Abbildungen gehören Bilder, die Aspekte aus dem Bereich Erziehung und Bildung darstellen. Berücksichtigt wird dabei, dass Lernen nicht nur in Räumen professionell-pädagogischer Institutionen stattfindet, sondern

auch in anderen kulturellen Einrichtungen wie Museen, Bibliotheken u.a.m. Beispielhaft können folgende Aspekte genannt werden:

- Abbildungen von pädagogischen Institutionen, deren Innenausstattung, Mobiliar u.a.,
- Abbildungen von Lehr- und Lernmitteln,
- Abbildungen von Lern-, Lehr- und Erziehungssituationen,
- Porträts von Pädagoginnen und Pädagogen,
- Abbildungen, die den Alltag von Kindern und Jugendlichen darstellen.

Weiterhin gehören in diese Gruppe eine kaum überschaubare Menge von Genredarstellungen.

Die eigentliche Integration der verschiedenen Bestände und Sammlungen erfolgt durch eine gemeinsame Datenbank. Voraussetzung hierfür ist die Verständigung über die formale und inhaltliche Beschreibung der Bilder. Im Vorbereitungsstadium wurden insbesondere mehrere inhaltserschließende Systeme in Erwägung gezogen, so etwa die in den Niederlanden entwickelte Klassifikation ICONCLASS. Die Entscheidung fiel schließlich zugunsten jenes Regelwerks aus, einschließlich Schlagwortpool, das sich in deutschsprachigen Bibliotheken seit vielen Jahren durchgesetzt hat¹. Neben inhaltlichen Gründen für diese Präferenz spielte auch eine praktische Erwägung eine wichtige Rolle. Die inhaltliche Suche in *Pictura Paedagogica Online* soll jederzeit mit einer Suche nach Literatur verknüpfbar sein. Das heißt, es gibt eine Verbindung zwischen der Bilddatenbank und dem Online-Literaturkatalog der BBF. Sucht eine Benutzerin oder ein Benutzer etwa Bilder zum Thema 'Strafe', so gibt ein Button die Möglichkeit, diesen Suchbegriff parallel an die Literaturdatenbank weiterzugeben. Da die BBF ihre Literatur entsprechend der in deutschsprachigen Bibliotheken üblichen Weise verschlagwortet, sollten, so die Überlegung, die Bilder in gleicher Weise erschlossen werden.

Die Erschließung der Abbildungen in PPO erfolgt nicht im Sinne einer Pädagogischen Ikonologie. Sie stellt lediglich eine Erleichterung für ikonologische Forschungsarbeiten dar, da sie den Suchaufwand verringert und die

¹ Regeln für den Schlagwortkatalog (RSWK). Red.: Fritz Junginger. 2. Aufl. Berlin 1991. Korrespondierend zur RSWK entstand die 'Schlagwortnormdatei' (SWD)

Benutzungsmöglichkeiten verbessert. Die Erschließung der Abbildungen erfolgt im Wesentlichen auf Stufe 1 des Panofskyschen Modells, verbleibt also bei der vorikonographischen Beschreibung; nur in begrenztem Maß werden die auf der zweiten Stufe angesiedelten Themen, Allegorien und Anekdoten vermerkt. Diese Angaben sind jedoch geeignet, um etwa nach Bildfolgen zu recherchieren, die die Grundlage für die nachfolgende eigentliche Pädagogische Ikonologie bilden können. Wer derzeit (Januar 2002) etwa im Panofskyschen Sinne nach den Ereignissen 'Lesen' oder 'Schreiben' recherchieren würde, bekäme 29 bzw. 40 Bilder aus dem Zeitraum 1676 bis 1918 angezeigt. Die Ergebnisse lassen sich durch zusätzliche Begriffe wie etwa 'Schüler' oder 'Mädchen' auf die eigene Fragestellung hin präzisieren.

Am Ende der ersten Phase des Projekts zum Aufbau von PPO befinden sich über 10 000 Abbildungen recherchier- und anzeigefähig in der Datenbank. Damit ist sicherlich nicht mehr als ein Anfang erreicht. Ein Fortsetzungsprojekt wurde bei der DFG beantragt und wird, sofern es bewilligt wird, zu einer deutlichen zahlenmäßigen Steigerung des Bestandes führen.

Nach Abschluss der Förderung durch die DFG wird die BBF durch personelle Umschichtung eine kontinuierliche Weiterführung gewährleisten, mit dem (aus unterschiedlichsten Gründen niemals erreichbaren) Ziel, alle bildungsgeschichtlich relevanten Abbildungen aufzunehmen. Franz Pöggelers Traum eines 'Zentralarchivs zur Bildgeschichte der Bildung' ist damit, wenn auch in anderer Form, ein Stück Wirklichkeit geworden. Mit der Begründung von PPO wurde der Erkenntnis Rechnung getragen, dass es sich bei Abbildungen um eine eigenständige Quellengattung für die bildungsgeschichtliche Forschung handelt. So wie die schriftliche Überlieferung durch Bibliotheken und Archive gesammelt und erschlossen wird, sind in ähnlicher Weise Bilder als Quellen nutzbar.

Literatur

Alt, R.: Bilderatlas zur Schul- und Erziehungsgeschichte. Bd. 1-2. Berlin (Ost) 1960-65.

Ariès, P.: Geschichte der Kindheit. 4. Aufl. München 1977

- Bilstein, J.: Bildungszeit in Bildern. In: Bilstein, J./Miller-Kipp, G./Wulf, C. (Hrsg.): Transformationen der Zeit. Erziehungswissenschaftliche Studien zur Chronotopologie. Weinheim 1999, S. 241-275.
- Borch, R.: Bilderatlas zur Geschichte der Pädagogik. Wolfenbüttel 1920
- Boesch, H.: Kinderleben in der deutschen Vergangenheit. Jena 1900.
- Depaepe, M./Henkens/B. (Hrsg.): The Challenge of the Visual in the History of Education . In: Paedagogica Historica 36 (2000), 1.
- Hentig, H. v.: Vorwort. In: Ariès, P.: Geschichte der Kindheit. 4. Aufl. München 1977, S. 7-44
- Horn, K.-P./Ritzi. C.: Die "pädagogisch wichtigsten Veröffentlichungen" des 20. Jahrhunderts. Bilanz einer Bilanz. In: Dies. (Hrsg.): Klassiker und Außenseiter. Baltmannsweiler 2001, S. 7-21.
- Kaemmerling, E.: Vorwort. In: Ders. (Hrsg.): Bildende Kunst als Zeichensystem. Bd. 1. Ikonographie und Ikonologie. Köln 1979, S. 7-14.
- Keck, R. W.: Die Entdeckung des Bildes durch die Pädagogik. Oder: Pädagogikgeschichte als Bildgeschichte. In: Kranz, H. (Hrsg.): Bildungsgeschichte als Sozialgeschichte. Frankfurt/M. 1986, S. 81-124.
- Keck, R. W.: Das Bild als Quelle pädagogisch-historiographischer Forschung. In: Informationen zur Erziehungs- und Bildungshistorischen Forschung 1988, H. 32, S. 13-53.
- Keck, R. W.: Die Entdeckung des Bildes in der erziehungshistorischen Forschung. In: Rittelmeyer, C./Wiersing, E. (Hrsg.): Bild und Bildung. Harrassowitz 1991, S. 23-52.
- Keck, R. W.: Zur Bedeutung der Emblematik für die Historische Pädagogik. In: Schmitt, H./Link, J.-W./Tosch, F. (Hrsg.): Bilder als Quellen der Erziehungsgeschichte. Bad Heilbrunn 1997, S. 273-290.
- Kirk, S.: Unterrichtstheorie in Bilddokumenten des 15. bis 17. Jahrhunderts. Eine Studie zum Bildtypus der 'Accipies' und seinen Modifikationen im Bildbestand der Universitätsbibliothek Helmstedt und des Augusteischen Buchbestandes

- der Herzog August Bibliothek in Wolfenbüttel. Hildesheim 1988 (Beiträge zur Historischen Bildungsforschung, Bd. 6).
- Köhler, J.: Der 'Emblematum Liber' von Andreas Alciatus. Eine Untersuchung zur Entstehung, Formung antiker Quellen und pädagogischen Wirkung im 16. Jahrhundert. Hildesheim 1986 (Beiträge zur Historischen Bildungsforschung, Bd. 3).
- Lehberger, R.: Das Fotoarchiv des Hamburger Schulmuseums zur Dokumentation der Reformpädagogik im Hamburg der Weimarer Republik. In: Schmitt, H./Link, J.-W./Tosch, F. (Hrsg.): Bilder als Quellen der Erziehungsgeschichte. Bad Heilbrunn 1997, S. 125-148.
- May, O.: Deutsch sein heißt treu sein. Ansichtskarten als Spiegel von Mentalität und Untertanenerziehung in der Wilhelminischen Ära (1888-1918). Hildesheim 1998.
- Mollenhauer, K.: Streifzug durch fremdes Terrain (1983). In: Ders.: Umwege. Weinheim 1986, S. 38-67.
- Mollenhauer, K.: Vergessene Zusammenhänge. Über Kultur und Erziehung. 4. Aufl. Weinheim 1994.
- Otto, I.: Bürgerliche Töchtererziehung im Spiegel illustrierter Zeitschriften von 1865 bis 1915. Hildesheim 1990 (Beiträge zur Historischen Bildungsforschung, Bd. 8).
- Panofsky, E.: Sinn und Deutung in der bildenden Kunst. Köln 1975.
- Panofsky, E.: Studien zur Ikonologie. Humanistische Themen in der Kunst der Renaissance. Köln 1980.
- Pawlik, J./Strassner, F.: Bildende Kunst. Begriffe und Reallexikon. 9. Aufl. Köln 1987.
- Pöggeler, F. (Hrsg.): Bild und Bildung. Beiträge zur Grundlegung einer pädagogischen Ikonologie und Ikonographie. Frankfurt/M. 1992.

- Pöggeler, F.: Bildung in Bildern - Versuch einer Typologie pädagogisch relevanter Bildformen. In: Ders.: Bild und Bildung. Frankfurt/M. 1992 a, S. 11-52.
- Rassem, M.: Philippe Ariès: Geschichte der Kindheit. In: Zeitschrift für Pädagogik 23 (1977), S. 301-302
- Regeln für den Schlagwortkatalog (RSWK). Red.: Fritz Junginger. 2. Aufl. Berlin 1991.
- Rittelmeyer, C./Wiersing, E. (Hrsg.): Bild und Bildung. Ikonologische Interpretationen vormoderner Dokumente von Erziehung und Bildung. Harrassowitz 1991.
- Schiffler, H./Winkeler, R.: Tausend Jahre Schule. Eine Kulturgeschichte des Lernens in Bildern. Stuttgart 1985.
- Schiffler, H./Winkeler, R.: Bilderwelten der Erziehung. Die Schule im Bild des 19. Jahrhunderts. Weinheim 1991.
- Schmitt, H./Link, J.-W./Tosch, F. (Hrsg.): Bilder als Quellen der Erziehungsgeschichte. Bad Heilbrunn 1997.
- Schulze, Theodor: Bilder zur Erziehung. Annäherung an eine Pädagogische Ikonologie. In: Schäfer, G./Wulf, C. (Hrsg.): Bild - Bilder - Bildung. Weinheim 1999, S. 59-87.
- Talkenberger, H.: Historische Erkenntnis durch Bilder? Zur Methode und Praxis der Historischen Bildkunde. In: Schmitt, H./Link, J.-W./Tosch, F. (Hrsg.): Bilder als Quellen der Erziehungsgeschichte. Bad Heilbrunn 1997, S. 11-26.

13.

Vox Paedagogica Online (VPO)

In: Rundbrief der Sektion Historische Bildungsforschung in der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft. 15 (2006), S. 52-64.

Am 19.3.2006 wurde im Vorprogramm des diesjährigen DGfE-Kongresses eine neue Dienstleistung der BBF vorgestellt, die den traditionellen Angebotsrahmen von Bibliotheken erweitert. Vox Paedagogica Online (VPO) ist in der derzeitigen Ausbaustufe eine Sammlung von Selbstdarstellungen von emeritierten Erziehungswissenschaftlerinnen und Erziehungswissenschaftlern, die als Tondokumente über Internet abrufbar sind.

Die Präsentation in Frankfurt durch die Projektleiter Christine Lost und Christian Ritzi hatte vorrangig die Funktion, zu ermitteln, inwieweit das Angebot Nachfrage und Interesse bei Studierenden, Lehrenden und Forschenden innerhalb der Disziplin findet. Deshalb wurden im Anschluss an die Vorstellung des Projekts Statements erbeten, die die Nutzungsmöglichkeiten von VPO aus unterschiedlicher Sicht evaluieren. Um die Aussagen besser aufeinander beziehen zu können wurde den Referenten ein Thema vorgegeben: Die 60er und 70er Jahre in Selbstdarstellungen von Erziehungswissenschaftlerinnen und Erziehungswissenschaftlern. Nach der Darlegung des Konzepts (I.) werden im Folgenden die während des DGfE-Kongresses erbetenen Kommentare beigefügt. Alexandra Retkowskis Beitrag weist auf Nutzungsmöglichkeiten für Studierende hin (II.), die durch Sabine Reh aus der Perspektive der Lehrenden ergänzt werden (III.). Klaus-Peter Horn untersucht schließlich, ob mit VPO eine relevante Quelle für die Historische Bildungsforschung eröffnet wird (IV.).

Die Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung bietet seit dem 19.03.2006 ein digitales Tonarchiv unter dem Namen Vox Paedagogica Online (VPO) als neue Dienstleistung an. Es ergänzt das bereits bestehende digitale Textarchiv zur deutschsprachigen Bildungsgeschichte – Scripta Paedagogica Online (SPO) – sowie das digitale Bildarchiv Pictura Paedagogica Online (PPO).

1. Die Ausgangslage

Vox Paedagogica Online (VPO) schließt an eine zweihundertjährige Tradition an, nämlich an die der Sammlungen von schriftlichen bzw. verschrifteten Selbstdarstellungen von Pädagoginnen und Pädagogen. Seit 1835 wurden zahlreiche, teils mehrbändige Sammlungen vorgelegt, in denen umfassend auf die ganze Disziplin bzw. Profession oder einzelne Teilbereiche ausgerichtete Selbstdarstellungen herausgegeben wurden. Exemplarisch und ohne Anspruch auf Vollständigkeit seien die Folgenden genannt, die einige interessante Entwicklungen aufzeigen, ohne dass im vorliegenden Rahmen eine umfassende Analyse geleistet werden kann:

- Diesterweg, Friedrich Adolph Wilhelm: Das pädagogische Deutschland der Gegenwart: oder Sammlung von Selbstbiographien jetzt lebender deutscher Erzieher und Pädagogen, für Erziehende. Bd. 1–2. Berlin 1835–1836 (11 Selbstdarstellungen und 4 Biographien der Geburtsjahrgänge 1773 bis 1799).
- Hergang, Karl Gottlob: Biographien oder Selbst- und Lebensschilderungen achtungswerther Pädagogen und verdienter Schulmänner aus der Vergangenheit und Gegenwart Deutschlands und des Auslandes. Bautzen 1848 (2 Selbstdarstellungen und 5 Biographien der Geburtsjahrgänge 1799 und 1802).
- Heindl, Joh. Bapt.: Galerie berühmter Pädagogen, verdienter Schulmänner, Jugend- und Volksschriftsteller und Componisten aus der Gegenwart in Biographien und biographischen Skizzen. München. Bd. 1–2. 1858–1859 (26 Selbstdarstellungen und 381 Biographien der Geburtsjahrgänge 1777 bis 1821).
- Pfeifer, Friedrich Wilhelm: Die Volksschule des XIX. Jahrhunderts in Biographien hervorragender Schulmänner. Zum Besten des bayrischen Lehrerwaisenstifts. Nürnberg 1872 (5 Selbstdarstellungen und 7 Biographien der Geburtsjahrgänge 1804 bis 1830).

- Hahn, Erich (Hrsg.): Die Pädagogik der Gegenwart in Selbstdarstellungen. Leipzig. Bd. 1–2. 1926 f. (11 Selbstdarstellungen der Geburtsjahrgänge 1839 bis 1888).
- Pongratz, Ludwig J. (Hrsg.): Pädagogik in Selbstdarstellungen. Bd. 1–4. Hamburg 1975–1982 (30 Selbstdarstellungen der Geburtsjahrgänge 1889 bis 1913).
- Winkel, Rainer (Hrsg.): Deutsche Pädagogen der Gegenwart: ihre Erziehungs-, Schul- und Bildungskonzeption. Düsseldorf 1984 (15 Selbstdarstellungen der Geburtsjahrgänge 1919 bis 1933).
- Kaiser, Astrid/Oubaid, M. (Hrsg.): Deutsche Pädagoginnen der Gegenwart. Köln [u.a.] 1986 (10 Selbstdarstellungen, 20 Biographien und 2 Interviews der Geburtsjahrgänge 1901 bis 1953).

In diesen acht Sammlungen sind insgesamt 110 (schriftliche) Selbstdarstellungen enthalten (zum Teil neben fremdverfassten Biographien und Interviews). Sie wurden von Vertretern der Geburtsjahrgänge 1773 bis 1953 verfasst. Die Anzahl der in den Sammlungen enthaltenen Selbstdarstellungen differiert zwischen zwei (Hergang 1848) und 30 Selbstdarstellungen (Pongratz 1975 ff. [bis 1982] in vier Bänden).

Die Sammlungen des 19. Jahrhunderts sind auf herausragende Pädagogen, deren Vorbildhaftigkeit und Würdigung konzentriert. Vorgestellt werden „Erzieher und Pädagogen für Erziehende“ (Diesterweg 1835/36), „achtenswerthe[r] Pädagogen und verdiente[r] Schulmänner“ (Hergang 1848), „berühmte[r] Pädagogen, verdiente[r] Schulmänner“ (Heindl 1858 f.), „hervorragende[r] Schulmänner“ (Pfeifer 1872). Als Anliegen werden die Selbstvergewisserung des Lehrerstandes und die Stärkung des Selbstbewusstseins der pädagogisch Tätigen sichtbar. Beginnend mit Diesterweg (1835/36) erscheinen die nachfolgenden Sammlungen von Hergang, Heindl und Pfeifer im zeitlichen Abstand von jeweils etwa zehn Jahren zwischen 1835/36 (Diesterweg) bis 1872 (Pfeifer 1872). Erfasst sind hier Vertreter der Geburtsjahrgänge 1773 bis 1799 (Diesterweg), 1799 bis 1802 (Hergang), 1777 bis 1822 (Heindl) und 1804 bis 1830 (Pfeifer). Nicht nur im Rhythmus des Erscheinens dieser Sammlungen,

sondern auch in der Aufeinanderfolge der Geburtsjahrgänge ist eine gewisse Kontinuität erkennbar.

Die Sammlungen des 20. Jahrhunderts sind davon mehrfach unterschieden. Über die Person des Selbstdarstellers bzw. der Selbstdarstellerin werden nunmehr – neben der Kanonisierung – nicht mehr ausschließlich Aussagen zur Profession, sondern vorrangig zu Fortschritten im disziplinären Wissen transportiert. Die Profilierung der Erziehungswissenschaft und die disziplinäre Auffächerung („Ausdisziplinierung“) innerhalb pädagogischer Theorie und Praxis führen einerseits zu disziplinorientierten, wiederum selbstvergewissernden und sich darauf beschränkenden Sammlungen von Selbstdarstellungen, andererseits verliert der Würdigungscharakter der Sammlungen und die herausgehobene Einzelpersönlichkeit und deren Vorbildhaftigkeit zugunsten ihres Beitrags zur Wissenschaftsentwicklung und zum schulpolitischen Fortschritt an Gewicht. Ihr Leben und Wirken wird zum Exempel, ermöglicht Einblicke in Arbeits- und Lebensbedingungen sowie in Arbeitsweisen und Erkenntniswege. Die Sammlungen verstehen sich nunmehr als „pädagogikkonzentriert“ (Hahn 1926 f., Pongratz 1975 ff., Winkel 1984, Kaiser/Oubaid 1986) und auf Pädagogik bzw. Pädagoginnen und Pädagogen der „Gegenwart“ bezogen (bei Hahn, Winkel und Kaiser/Oubaid im Titel genannt). Die Dichte der Sammlungen nimmt ab. Hahn schließt jedoch mit den Geburtsjahrgängen 1839 bis 1888 an Pfeifer (1872) und die von jenem aufgegriffenen Geburtsjahrgänge an. An Hahn wiederum fügt sich Pongratz an, indem er die Geburtsjahrgänge 1898 bis 1913 für seine Sammlung wählt. Im Vergleich zur relativ raschen Aufeinanderfolge der entsprechenden Sammlungen im 19. Jahrhundert liegt zwischen dem Erscheinen der Sammlungen von Pfeifer, Hahn und Pongratz nunmehr jeweils ein halbes Jahrhundert. Die in der Mitte der 1980er Jahre fast zeitgleich erschienenen Sammlungen von Winkel und Kaiser/Oubaid (1984 und 1986) unterliegen spezifischen Aspekten: Während sich Winkel ausschließlich auf die Erziehungs-, Schul- und Bildungskonzeption von (männlichen) Pädagogen bezieht, die er zu seinen Lehrern und Vorbildern rechnet, gehört es zum erklärten Programm von Kaiser/Oubaid, ausschließlich Pädagoginnen in Selbstdarstellungen zu Wort kommen zu lassen.

VPO stellt sich einerseits bewusst in die Tradition der Sammlung von Selbstdarstellungen und führt sie fort, und zwar mit Selbstdarstellungen von emeritierten Erziehungswissenschaftlerinnen und Erziehungswissenschaftlern des deutschsprachigen Raums der Geburtsjahrgänge vor 1940. Genutzt wird jedoch andererseits erstmals eine weiterentwickelte, spezifische und moderne Form der Aufnahme, Archivierung und Präsentation: Sie erfolgt ausschließlich auditiv und mit Hilfe digitaler Medien.

Im Vergleich zu den früheren Sammlungen von Selbstdarstellungen, die als Textdokumente publiziert wurden, sind die Selbstdarstellungen unseres Projektes Tonaufnahmen und werden auch so präsentiert. Bei dieser Entscheidung haben wir uns von folgender Überlegung leiten lassen: In Biographien und Autobiographien werden selbstverständlich Abbildungen der im Mittelpunkt stehenden Persönlichkeit aufgenommen. Abbildungen werden als Ergänzung zum Text, als zusätzliche Informationsquelle erwartet, sie illustrieren den Text. So verstanden haben Bilder eine dem Text untergeordnete Funktion. Mittlerweile hat sich jedoch nicht nur in der historischen Bildungsforschung die Erkenntnis durchgesetzt, dass Bilder eine eigenständige Quelle der Forschung sind. Damit werden Wissenszugänge eröffnet, die reine Textdokumente nicht bieten und es wurden methodische Instrumentarien entwickelt, die eine systematische Bildinterpretation ermöglichen (vgl. u.a. Schmitt/Link/Tosch 1997).

Ein vergleichbares Bewusstsein vom selbständigen Wert von Tondokumenten gibt es in der historischen Bildungsforschung derzeit unseres Wissens noch nicht. Tondokumente wurden bislang in der Regel nur als Vorarbeiten für Textdokumente verwandt. So hat etwa Dagmar Friedrich, die langjährige wissenschaftliche Assistentin von Heinrich Roth, Anfang der 1970er Jahre Heinrich Roth interviewt und dabei ein Tonband mitlaufen lassen. Das Ergebnis des Gesprächs wurde transkribiert und 1975 in dem Buch „Der Lehrer und seine Wissenschaft“ publiziert. Als wir Anfang 2006 Frau Friedrich im Rahmen der Göttinger Roth-Tagung fragten, ob die Bänder noch existierten, verneinte sie dies, denn dem Tondokument wurde damals kein eigener Wert beigemessen. Nachdem die Sekretärin das Interview transkribiert hatte, war das Tonband bedeutungslos

geworden. Dieser Fall kann als exemplarisch für die bisherige Behandlung von Tondokumenten verstanden werden.

Diese Haltung ist durchaus nachvollziehbar, denn es gab zum damaligen Zeitpunkt keine geeignete Publikationsform für Tonaufnahmen. Zwar wurden vom FWU (Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht) eine Reihe von Tonaufnahmen unter dem Titel „Pädagogen sprechen“ herausgegeben, die auf Tonband oder Tonkassette zur Verfügung standen. Irgendwann ist diese Reihe jedoch eingestellt worden.

Diese Situation hat sich durch die neuen Technologien und vor allem durch die enorme Bedeutung des Internets für Forschung und Lehre verändert. Gerade das Internet bietet eine Publikationsplattform, die auch für Tonaufnahmen geeignet ist. Damit kann erneut die Frage gestellt werden, ob Tondokumente, also etwa die Art des Sprechens, neue Zugänge zu Personen und damit auch zu den Kontexten ermöglichen, in denen diese Personen wirksam sind. Manche Erkenntnisse lassen sich nur oder zumindest besser aus Tönen gewinnen bzw. heraushören: Leidenschaft, Ironie, Skepsis, weiterhin die Stimmlage, die Geschwindigkeit des Sprechens, Dialekteinflüsse u.a.m. All dies sind wichtige Ausdrucksformen des Selbstdarstellers.

Mündliche Selbstdarstellungen, die mit dem Ziel der Veröffentlichung aufgenommen werden, entsprechen einerseits nicht dem konversationsanalytischen Gebot der Natürlichkeit. (Hausendorf 2004, S. 21). Sie setzen erhebliche Vorbereitungen des Selbstdarstellers voraus, die nicht nur in Erinnerungsarbeit besteht, sondern auch in der Wahl der Selbstdarstellungsmittel und -strategien. Im konkreten Gesprächsverlauf müssen andererseits diese Mittel und Strategien jedoch je nach Stand der Interaktion modifiziert und variiert werden. Dadurch bewahrt sich die Unmittelbarkeit des gesprochenen Wortes und transportiert die Originalität der Persönlichkeit und die Individualität der Sichtweise des jeweils Vortragenden in besonderer Weise. Die Spezifik der mündlichen zusammenhängenden Darstellung ermöglicht es, das Selbstbild, Erkenntnisse, Erlebnisse und Erfahrungen in besonderer Weise und emotional akzentuiert wiederzugeben. Das Hörerlebnis enthält damit emotionale, spontane, detaillierte, subjektbezogene Wendungen, die aus der Form der Darstellung als in

sich geschlossene Erzählung und der Rezeption (Stimme und gesprochenes Wort, Artikulation und Modulation, usw.) resultieren. Der (mögliche) Erkenntnisgewinn unterscheidet sich sowohl von dem aus schriftlichen Selbstdarstellungen und der damit verbundenen korrigierenden Selbstdisziplinierung als auch vom Erkenntnisgewinn aus verschrifteten Interviews mit der permanenten und korrigierenden Präsenz des Interviewers. Es werden Einblicke in die Erziehungswissenschaft des 20. Jahrhunderts und in die Denkweisen der sie gestaltenden Persönlichkeiten gewährt und damit für Forschung und Lehre als selbständige Dokumente und eigenständige Quellen besonderer bzw. ergänzender Art zugänglich, die sonst nicht zur Verfügung stehen.

2. Die Zielstellung

Das Konzept wurde von uns vor 2003 entwickelt und entstand aus der Absicht, für Forschung und Lehre aussagekräftige Quellen zu veranlassen, zu bewahren und zu präsentieren, also jene Vorgehensweise aufzugreifen und fortzuführen, wie sie die Tradition der (schriftlichen bzw. verschrifteten) Selbstdarstellungen hervorgebracht hat. Ein weitgehend unbekanntes, aber wie es uns schien, in der Wirkung möglicherweise besonders attraktives Terrain, waren die freie Erzählung der Selbstdarsteller bzw. -darstellerinnen und die Emotionalität der menschlichen Stimme. Zugleich ging es darum, neue Präsentationsmöglichkeiten auszuschöpfen die sich über das Internet anboten.

Wir waren also mit zwei Herausforderungen konfrontiert: Es ging *erstens* um die Absicht, uns in eine Tradition zu stellen und sie zugleich weiterzuentwickeln. Zudem mussten *zweitens* Wege gefunden werden, die Ergebnisse im Kontext mit SPO und PPO und im Rahmen der BBF und ihres Wirkens als Forschungsbibliothek zu präsentieren und zu publizieren. Wir waren also mit vielen Variablen und Unbekannten konfrontiert und befinden uns bis heute in einem permanenten Lernprozess.

Eine generalisierende Frage war, wer und mit welcher Absicht in den Kreis der Selbstdarsteller einzubeziehen wäre.¹ Eine erste Selektionsentscheidung bestand in der Beschränkung auf Selbstdarstellungen emeritierter Erziehungswissen-

¹ Wobei wir uns bewusst sind, dass der Begriff „Selbstdarsteller(in)“ keineswegs glücklich ist, zunächst aber unsere Vorgehensweise zu beschreiben in der Lage ist.

schaftlerinnen und Erziehungswissenschaftler des deutschsprachigen Raums. Weiterhin sollten insbesondere berücksichtigt werden:

1. Verfasser bzw. Verfasserinnen vielfach beachteter und diskutierter bzw. nachwirkender und die pädagogische Entwicklung beeinflussender Publikationen;
2. Begründer bzw. Begründerinnen von Schulen oder Netzwerken sowie Vertreterinnen bzw. Vertreter spezifischer Theorien und/oder Konzepte;
3. in Fachgesellschaften und vergleichbaren Gruppierungen maßgeblich beteiligte Persönlichkeiten.

Angesprochen wurden ehemalige Lehrstuhlinhaber, die 1940 oder früher geboren wurden. Dokumentiert werden sollten individuelle und für das 20. Jahrhundert typische Bildungswege und Berufskarrieren sowie das im Beruf entwickelte, praktizierte und nunmehr reflektierte individuelle Problembewusstsein². Bei diesem Angebot für Forschung und Lehre geht es uns darum, jenen „Fundus an praktischen Aufgaben und theoretischen Problemen“³, mit denen die ehemaligen Lehrstuhlinhaber konfrontiert waren, zu bewahren und als Teil nachwirkender Tradition in Erinnerung zu rufen. Ganz simpel bedeutete das zunächst: Unsere potentiellen Autoren und Autorinnen mussten erreichbar und zur Aufnahme einer Selbstdarstellung bereit und dazu (vor allem gesundheitlich) in der Lage sein.

Ende 2003 haben wir die erste Selbstdarstellung aufgenommen, bislang liegen 16 vor, entweder bereits fertig gestellt oder noch in Bearbeitung. Zwei weitere befinden sich in Vorbereitung. Zehn davon sind im Internet unter www.bbf.dipf.de/VPO abrufbar.

Unter den bisherigen Teilnehmern befinden sich zwei Professorinnen und 16 Professoren, 14 Vertreter aus den alten sowie vier aus den neuen Bundesländern, die der Allgemeinen Pädagogik, der Schulpädagogik, der Vergleichenden Pädagogik, der Sozialpädagogik, der Wirtschaftspädagogik sowie der Erwachsenenbildung zuzuordnen sind. Die Auswahl der Gesprächspartner wurde durch gemeinsame Überlegungen mit unseren Gesprächspartnern und deren Empfehlungen gestützt, ist also trotz der genannten Selektionskriterien und

² H.-E. Tenorth fordert hierzu: „Wenn ‚Bildung‘ das Zukunftsthema der Geschichte ist, dann ist es leichtfertig, auf das Problembewusstsein zu verzichten, das in der Tradition bereitliegt, es sei denn, man reduziert das Wünschbare auf das hier und jetzt leicht Mach- und Messbare.“ (Tenorth 2003, S. 3).

³ Ebd., S. 18.

angesichts der bislang geringen Zahl noch zufällig bzw. unvollständig. Unsere Anfragen trafen überwiegend auf Zusagen, Ablehnungen erfolgten fast ausschließlich aus gesundheitlichen oder auch Altersgründen sowie angesichts aktueller Arbeitsbelastungen. Die gesundheitlichen Konstitutionen hatten zudem auch Einfluss auf die Tonqualität einiger Aufnahmen.

3. Die Vorgehensweise

Die Aufnahme der Selbstdarstellung erfolgte in wechselseitiger Übereinstimmung entweder in den Räumen der BBF oder – bei Bedarf – an den jeweils entsprechenden Wohnorten der Gesprächspartner, jedoch unter vergleichbaren technischen Bedingungen. Die qualitative Kontinuität der Aufnahmen und die notwendige kommunikative Atmosphäre waren durch die Initiatoren des Projekts, Christine Lost und Christian Ritzi, gesichert, die als Ansprechpartner während der Selbstdarstellungen selbst sowie bei deren Vor- und Nachbereitung zur Verfügung standen. Angelika Dahm-Ritzi war bei allen Selbstdarstellungen für die Portraitfotos zuständig.

Den Autoren der mündlichen Selbstdarstellungen liegt zur Vorbereitung eine Leitlinie in Form vorgeschlagener Themenblöcke vor, die variabel verwendet werden kann und wird. Sie dient dazu, der erzählenden Darstellung einen Rahmen zu liefern und in deren Verlauf die Erfassung der einzelnen inhaltlichen Komplexe zu stützen. Gewichtung, Erweiterung, Proportion der Themen bleiben den Autoren überlassen. Vorgeschlagen sind die nachfolgenden acht Themenblöcke:

- Kindheit, Jugend und Stationen der Berufsbiographie, der Weg in die Pädagogik bzw. Erziehungswissenschaften;
- Das persönliche Verständnis bzw. die Definition von Pädagogik;
- Funktionen und Wirkungen von Pädagogik;
- Das Bild vom Lehrenden, seine Eigenschaften, sein Wissen und Können;
- Lebensthemen;
- Publikationen;
- Erziehung und ihre Grenzen;
- Abschließende Sentenz.

In der Eröffnungsphase werden die situativen Rahmenvorgaben und insbesondere die Rolle geklärt, die die Projektleiter in der Interaktion ausfüllen. Die Verbindung von Selbstdokumentation und allgemeinen Kommentierungen erfolgt nach Ermessen des jeweiligen Partners auf der Grundlage dieser einheitlichen Themenblöcke, die eine Gliederung zulassen. Die Selbstdarstellung erfolgt als monologische Erzählung ohne Unterbrechung. Nachfragen erfolgen ausschließlich am Ende eines Themenblocks und nur dann, wenn der Darstellungszusammenhang nicht eindeutig war bzw. ein besonders interessierender Zusammenhang ausgespart geblieben ist. Diskussionen über gegebenenfalls strittige Standpunkte werden von den Projektleitern vermieden, stattdessen bemühen sie sich um ausgeprägte Kooperationsbereitschaft und um Übernahme der Perspektive des Selbstdarstellers. Unsere Erfahrungen haben bislang ergeben, dass positive und unterstützende Reaktionen auf die Selbstdarstellung das Gesprächsklima in der Weise befördern, dass vorbereitete Materialien und Skripte auf Seiten der Selbstdarsteller zunehmend „vergessen“ werden und sich dadurch die Darstellungsdynamik belebt.

Bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern am bisherigen Pilotprojekt hat diese Vorgehensweise allgemeine Zustimmung gefunden und sich bewährt.

Die Originalfassung der mündlichen Selbstdarstellung (Zeitumfang ca. 3 bis 5 Stunden) wird zur wissenschaftlichen Nutzung archiviert (Digitales Tonarchiv der BBF). Insbesondere diese Fassung könnte für konversations- und gesprächsanalytische Weiterarbeit Verwendung finden. Die – parallel zu *Pictura Paedagogica Online* und *Scripta Paedagogica Online* – als *Vox Paedagogica Online* (VPO) im Internet präsentierte und allgemein zugängliche Fassung ist ein redaktionell bearbeiteter (das heißt: gegliederter und notwendig gekürzter) und in dieser Form autorisierter Auszug aus der Originalfassung. Er wird ergänzt präsentiert: durch Portraitfotos, die während der Selbstdarstellung entstanden sind, sowie durch einen chronologischen Lebenslauf, durch bibliographische Verweise und einen Namensindex.

4. Die Bearbeitung

Als Ergebnis der Tonaufnahme entstehen zwei Dokumente, eine ungekürzte Originalfassung, die im Archiv der BBF aufbewahrt wird, sowie eine bearbeitete Internetfassung. Im ersten Schritt wird die Gesamtaufnahme einer Qualitätsprüfung unterzogen und Verbesserungen etwa an der Lautstärke oder durch spezifische Filter vorgenommen. Im Folgenden werden wir kurz auf die weiteren Bearbeitungsschritte für die Internetfassung eingehen.

Angesichts der Länge der Selbstdarstellungen, die bislang zwischen 2 und 5 Stunden betrug, ist eine Kürzung unabdingbar, um die Bereitschaft zum Zuhören nicht zu überfordern. Dies betrifft zunächst alle Hinweise und Fragen der Projektleiter. Weiterhin werden Wiederholungen herausgestrichen aber auch Passagen, die technisch nicht herausfilterbare Störgeräusche aufweisen.

Redaktionelle Arbeiten werden einerseits bei den Kürzungen vorgenommen, andererseits werden zeitlich entfernt liegende, aber inhaltlich zusammengehörige Passagen geschnitten und an geeigneter Stelle eingefügt. Dies betrifft z. B. Äußerungen, die aufgrund von Nachfragen zustande kamen. Zugleich wird von vornherein eine Aufteilung in einzelne Kapitel vorbereitet, durch die ein gezielter Zugriff der Nutzer zu bestimmten Themen ermöglicht wird. Grundlage für alle redaktionellen Bearbeitungsschritte ist eine Transkription des Tondokuments, das jedoch nur für diesen Zweck erstellt wird, ansonsten keine Verwendung in dem Projekt hat.

Im Ergebnis entstanden bislang pro Selbstdarstellung zwischen 6 und 11 Kapitel bzw. Tondateien. Diese redaktionell sowie technisch bearbeiteten Tondokumente werden den Selbstdarstellern mit der Bitte um Autorisierung zugesandt. Mit der Autorisierung wurden ausschließlich kleinere Kürzungen erbeten, die wir durchgängig realisiert haben.

5. Zugänge und Nutzungsangebot im Internet

Der Bildschirm bietet folgende Funktionen an:

- Abspielen, Pause, Stop, Vor- und Rücklauf, zum nächsten bzw. zum vorhergehenden Kapitel wechseln – analog zu den Abspielmöglichkeiten gängiger Tonanlagen
- Lautstärkeregelung
- Erweiterte Lautstärkeregelung des Betriebssystems
- Anzeigen:
 - Titel des laufenden Kapitels
 - Autor
 - Abgelaufene Zeit. Die Zeitanzeige lässt sich umkehren
 - Anzeige der laufenden Kapitelnummer und Anzahl der Gesamtzahl an Kapiteln
 - Anzeige der Kapitelüberschriften als Links zur Auswahl bestimmter Kapitel
- Scrollbalken, um nicht sichtbare Kapitel nach oben zu scrollen
- Weitere Auswahlmöglichkeit von Kapiteln
- Bei jedem Kapitelwechsel wird ein neues Thumbnail des Selbstdarstellers sichtbar

Ergänzend zu den Kapiteln findet sich für jeden Selbstdarsteller eine Zeitleiste mit einer Art von tabellarischem Lebenslauf. Damit können manche in der Selbstdar-



stellung nur ange-deuteten Hinweise besser eingeordnet werden. Neben beruflichen Lebensabschnitten erbitten wir auch einige private Angaben wie Ver-elichung und Kin-der. Wie ausführlich dieser Lebenslauf

abgefasst ist, ist abhängig von den Personen. Von sehr knappen Lebenslaufanga-

ben wie etwa bei Karl-Heinz Günther finden sich auch ausführlichere wie etwa bei Doris Knab.

Weiterhin haben wir zu jeder Selbstdarstellung einen Personenindex erarbeitet. Darin sind alle Personennamen aufgelistet, die im Tondokument erwähnt werden. Damit werden zwei Zwecke anvisiert. Zum einen soll es ermöglicht werden, akustisch schwer verständliche Namen zu ermitteln, dazu dient der chronologische Personenindex. Zum Zweiten zeigt sich, dass manche erwähnten Personen gehäuft genannt werden, etwa weil sie für den betreffenden Selbstdarsteller von erheblicher Bedeutung waren. Im alphabetischen Personenindex können solche gehäuften Namenserwähnungen leicht erkannt und damit gegebenenfalls auch Netzstrukturen verdeutlicht werden.

Schließlich bieten weitere Links die Möglichkeit, die während der Tonaufnahme angefertigten Fotos in einer Art Diashow anzusehen, knappe Informationen zum Aufnahmekontext zu erhalten sowie sich Literatur von und über den Selbstdarsteller anzeigen zu lassen. Bei der letztgenannten Möglichkeit handelt es sich allerdings um keine Bibliographie. Ausgewählt werden nur Titel aus der Datenbank der BBF, die schon aufgrund des Sammelprofils der Bibliothek nicht alle Publikationen der Selbstdarsteller verzeichnet. Diese wenig befriedigende Beschränkung ist dem mit einer Mehrzahl von Personalbibliographien verbundenen Aufwand geschuldet. Über eine Verbesserung wird immerhin nachgedacht, indem zusätzlich zu dem BBF-Bestand zu einem späteren Zeitpunkt die in der Datenbank von FIS-Bildung verzeichneten Publikationen angezeigt werden sollen.

Der Zugang zu den Selbstdarstellungen erfolgt über die Homepage der BBF. Dort findet sich unterhalb der Links zu Scripta Paedagogica Online und Pictura Paedagogica Online seit dem 19.3.2006 ein neuer Link: Vox Paedagogica Online. Auf der Eingangsseite finden sich einige grundsätzliche Erläuterungen sowie ein Link zu den Selbstdarstellungen. Auf der nächsten Seite sind die Namen der bisherigen Selbstdarsteller aufgelistet, weiterhin kann man Links zu einer Seite mit einer Einführung in das Projekt sowie zu technischen Hinweisen ansteuern. Sobald man aus der Namensliste einen der Selbstdarsteller ausgewählt hat, beginnt der Ladevorgang für das Tondokument des ersten Kapitels und noch

während das Dokument geladen wird, setzt der Abspielvorgang ein. Obgleich die Tondokumente in komprimierter Form vorliegen, sind es mitunter umfangreiche Dateien, die entsprechend dem Netzzugang kürzere oder längere Ladezeiten beanspruchen.

6. Probleme

Nach wie vor sind wir – das heißt: Christine Lost und Christian Ritzi als Projekt“urheber“ und als Ansprechpartner für die Selbstdarstellungen sowie Angelika Dahm-Ritzi als Fotografin – von unserem Projekt überzeugt. Jede Tonaufnahme empfinden wir als eine Bereicherung weit über unser wissenschaftliches Interesse hinaus. Allen jenen, die sich für eine Selbstdarstellung entscheiden konnten, sind wir zu Dank verpflichtet, zumal wir immer eine Fülle neuer Anregungen in den Gesprächen vor und nach der Tonaufnahme erhalten haben.

Dennoch zeigen sich Probleme.

Das Entscheidende: Wir haben den Arbeitsaufwand unterschätzt, der insbesondere für die Herstellung der internetreifen und autorisierten Fassung der Selbstdarstellung notwendig ist. Über den Arbeitsaufwand hinaus ist zu bemerken, dass die bisher 18 Selbstdarstellungen ohne gesonderte finanzielle Mittel entstanden sind, zumeist privat finanziert wurden, und wenn überhaupt, ausschließlich durch die BBF sowie in Teilen durch den Förderkreis der BBF gestützt wurden.

Ein bisher nicht schlüssig gelöstes Problem ergibt sich im Zusammenhang mit dem Kreis der in die Selbstdarstellung Einzubeziehenden. Zu unseren Erfahrungen gehört, dass mit der zunehmenden Anzahl der Selbstdarstellungen die Einblicke in Netzwerke, in zeitgenössische universitäre Situationen, in zeittypische Berufskarrieren, in professionelle Differenzierungen innerhalb der Erziehungswissenschaften, in die Wirkungsweise von Institutionen, in personengebundene Leistungen, ihre Motivation und Wirkung usw. zunehmen. Obwohl unser Bestreben darin besteht, die namhaftesten Erziehungswissenschaftlerinnen und Erziehungswissenschaftler („Klassiker“?) – was auch

immer darunter zu verstehen ist – zu erreichen, scheint uns die Beschränkung darauf nicht notwendig. Unser Anliegen war jedoch, Proportionen zu beachten: so jene zwischen Erziehungswissenschaftlerinnen und Erziehungswissenschaftlern (was sich durchweg als Problem der Männerdominanz unter den Professoren erweist), jene zwischen den in der (alten) Bundesrepublik und den in der DDR tätigen Professorinnen und Professoren sowie jene zwischen den einzelnen sich ausdifferenzierenden Disziplinen der Erziehungswissenschaft (Sozialpädagogik, Berufspädagogik, Psychologie, Komparatistik usw.).

Zu bedenken ist zudem: In den nächsten zehn Jahren wird die Erreichbarkeit der Jahrgänge vor 1940 weiter abnehmen. Auch daraus resultiert ein Zeitdruck und auch davon ist der Kreis der eigentlich notwendig Einzubeziehenden abhängig.

Ein weiteres Problem besteht darin, dass die Kontinuität der Selbstdarstellungen wesentlich von der Kontinuität der zur Verfügung stehenden Ansprechpartner (Lost/Ritzi) abhängt, dass die Ansprechpartner nicht beliebig austauschbar sind oder wechseln können, sondern dass sie letztlich Bestandteil des Ergebnisses sind, dass ihre Berufserfahrung, ihr Bekanntheitsgrad, auch ihr Alter, die Zusammensetzung des Teams (männlich/weiblich; Ost/West-Sozialisation; Bibliothek/Wissenschaft/Lehre usw.) von großer Bedeutung für die kommunikative Atmosphäre im Zusammenhang mit der Selbstdarstellung sind.

Mit den seit Anfang März 2006 im Netz stehenden zehn Selbstdarstellungen, der Präsentation des Projekts auf dem DGfE-Kongress in Frankfurt a. M. am 19. März 2006 und der Arbeit mit VPO in Seminaren an der Georg-August-Universität Göttingen sowie an der Universität der Künste Berlin befindet sich das Projekt nunmehr in einer Phase der öffentlichen Evaluation. Die Meinung von Lehrenden (Prof. Dr. Sabine Reh, TU Berlin), Forschenden (Prof. Dr. Klaus-Peter Horn, Universität Tübingen) sowie Studierenden war Bestandteil der ersten öffentlichen Präsentation des Projekts auf dem DGfE-Kongress 2006 und erfolgte gleichsam in Abprüfung seines Nutzens und seiner Handhabbarkeit. Das Projekt traf ein allgemeines Interesse. Zu den wesentlichen Erkenntnissen, die vorgetragen wurden, gehörte auf der einen Seite die allgemeine Faszination, die aus der Authentizität der Selbstdarstellung, vermittelt durch das gesprochene

Wort, erwächst. Auf der anderen Seite zeigten sich Unsicherheiten in der Bewertung der Selbstdarstellungen im Zusammenhang mit Lehre und Forschung. Bei der gegenwärtigen Situation in der universitären Lehrerbildung steht zu befürchten, dass weder die Vorbildung der Studenten noch die zur Verfügung stehende Zeit ausreicht, einen Zugang zu den Aussagen der Selbstdarstellungen zu finden. Für interessierte Studierende öffnet sich jedoch die Möglichkeit der individuellen Erschließung des Materials. Die zunächst vorrangig auf verschriftete Quellen orientierte bildungshistorische Forschung neigt dazu – so eine Aussage während der Präsentation – in den mündlichen Selbstdarstellungen vorrangig ergänzendes Material zu sehen.

Der Versuch, im Sommersemester 2006 mit Studenten (der Georg-August-Universität Göttingen und der Universität der Künste Berlin) im Rahmen des Seminars „Bildungsmodelle: Geschichte, Theorie, Praxis“ mit den zurzeit im Internet präsenten Selbstdarstellungen zu arbeiten, ergab folgende Meinungen: Generell waren die Studierenden von den Hörbeispielen fasziniert. Voraussetzung war eine Aufgabenstellung (Biographie als Bildungsweg, der in den Selbstdarstellungen erläuterte Bildungsbegriff, Hörtexte als bildendes Element) und eine vorbereitete Auswahl aus mehreren Selbstdarstellungen. Da sich viele Zusammenhänge, die in den Selbstdarstellungen angesprochen werden, außerhalb der Wissensvoraussetzungen der Studenten bewegen, waren Erläuterungen notwendig. Es wurde der Wunsch geäußert, zum tieferen Verständnis parallel zum Hören den Text lesen zu können.

7. Perspektiven

Nach der bisherigen positiven Resonanz der Pilotphase wird das Projekt weitergeführt, wobei allerdings eine Lösung der bislang nur unzureichenden Drittmittelfinanzierung gefunden werden muss. Unabhängig von der Fortführung des Selbstdarstellungsprojekts wird die BBF hinfort bildungshistorisch relevante Tondokumente in ihren Bestand aufnehmen. Erste Kontakte gab es bereits mit dem FWU (Institut für Film und Medien), um gegebenenfalls die in der Reihe „Pädagogen sprechen“ entstandenen Vorträge zu übernehmen. Weiterhin hoffen wir, dass das Angebot von manchen, die in Forschungsprojekten

Tonbandaufnahmen mit Zeitzeugen aufgenommen haben, die BBF als möglicher Archivierungsort für die Tondokumente in Betracht gezogen wird.

Literatur

Hausendorf, H.: Gespräch als System. Linguistische Aspekte einer Soziologie der Interaktion. Radolfzell 2004

Spiegel, C./Spranz-Fogasy, T.: Selbstdarstellungen im öffentlichen und beruflichen Gespräch. In: Brünner, G./Fiehler, R./Kindt, W. (Hrsg.): Angewandte Diskursforschung. Bd. 1: Grundlagen und Beispielanalysen. Radolfzell 2002, S. 215-232.

Tenorth, H.-E.: Klassiker in der Pädagogik – Gestalt und Funktion einer unentbehrlichen Gattung. In: Ders. (Hrsg.): Klassiker der Pädagogik. Bd. 1. München 2003, S. 9-20.

III.

Bibliographie

Alleinige Autorenschaft

1. "... Den Winkelhaken mit Lettern zu füllen ..." : die Ausbildung von Schriftsetzern im Spiegel autobiographischer Dokumente. In: Gutenberg-Jahrbuch 64 (1989), S. 211-248
2. Jan Amos Komensky : 1592 - 1992 ; Zeitschriften, Aufsätze, Bücher, Unterrichtsmodelle. Münster: Comenius-Inst., 1991. (Im Blickpunkt ; 8).
3. Buchdrucker-Prüfungen um 1850 : die Prüfungspraxis im Regierungsbezirk Arnsberg - dargestellt anhand von Prüfungsprotokollen und –arbeiten. In: Gutenberg-Jahrbuch 68 (1993), S. 227-248.
4. Comenianische Ideen verwirklichen... : der Beitrag der Leipziger Comenius-Bücherei zur Professionalisierung der Volksschullehrer. In: Comenius-Jahrbuch 2 (1994), S. 37-52.
5. Handwerkerqualifikation und Industrialisierung : Buchdruckerprüfungen zwischen 1851 und 1858 im Regierungsbezirk Arnsberg. In: Westfälische Zeitschrift 144 (1994), S. 281-306.
6. Die Bibliotheken des Massachusetts Institute of Technology. In: GIB News 1996, H. 2, S. 7-10.
7. Computer in Bibliotheken. Verbesserung traditioneller Angebote und neue Dienstleistungen. In: Erdmann, J.W./Rückriem, G./Wolf, E. (Hrsg.): Kunst, Kultur und Bildung im Computerzeitalter. Berlin 1996, S. 169-183.
8. Die Bibliographie Bildungsgeschichte mit neuem Angebot Internet-Bestellung von Aufsätzen aus Zeitschriften und Sammelwerken. In: Rundbrief der Historischen Kommission der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft 6 (1997), 2, S. 49-52.
9. Bombendrohung und Bestandsverlagerung : die einstige Deutsche Lehrerbücherei (heute: Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung) im 2. Weltkrieg ; Vortrag anlässlich der Übergabe des Adolf-Reichwein-Archivs an die Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung (Berlin) am 31. Mai 1997. In: Marburger Bibliotheksinformationen : Mitteilungen für das Bibliothekssystem der Philipps-Universität 3 (1997), 2, S. 17-20.

10. "Di kwal der wal" : historische Beiträge zur Auseinandersetzung um eine Rechtschreibreform. In: Mitteilungsblatt / Förderkreis Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung 8 (1997), 1, S. 9-18.
11. Erfahrungen im Umgang mit Allegro-C am Beispiel der Bibliographie Bildungsgeschichte. In: Kersken, Norbert (Hrsg.): Bibliographien zur Geschichte Ostmitteleuropas. Marburg 1997, S. 75-83.
12. Pilotprojekt der Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung und der Universität Potsdam : Online-Ausleihe an Angehörige der Universität Potsdam. In: Rundbrief der Historischen Kommission der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft 6 (1997), 2, S. 52-56.
13. Retrokonversion in der Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung Berlin unter Zuhilfenahme des DBI-Retro-VK. In: Retrokonversionsprojekte: Planung und Durchführung : Referate und Materialien aus einer Fortbildungsveranstaltung des Deutschen Bibliotheksinstituts. Berlin 1997, S. 129-134.
14. Österreichische historische Bibliographie (Computerdatei). Rezension. In: Informationsmittel für Bibliotheken 5 (1997), H. 3/4, S. 704-707.
15. Historische Bibliographie (Computerdatei). Rezension. In: Informationsmittel für Bibliotheken 5 (1997), H. 3/4, S. 707-709.
16. Jahresberichte für deutsche Geschichte (Computerdatei). Rezension. In: Informationsmittel für Bibliotheken 5 (1997), H. 3/4, S.709-713.
17. Die Online-Bestelldienste der Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung. In: Bibliotheksdienst : Organ d. Bundesvereinigung Deutscher Bibliotheksverbände (BDB) 32 (1998), 4, S. 703-711.
18. Zeitschriften, Zeitungen 1739 bis 1932 im Bestand der BBF : Berlin: Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung, 1998. (Bestandsverzeichnis zur Bildungsgeschichte ; Band 7). In: Rundbrief der Historischen Kommission der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft 7 (1998), 1, S. 34-35.
19. Dr. Marion Bierwagen. In: Mitteilungsblatt / Förderkreis Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung 10 (1999), 1, S. 1-2.
20. Hybris eines Erziehers oder Verknennung eines pädagogischen Klassikers? : zu Karl Heinrich Gottfried Wittes Schriften im Bestand der BBF. In: Mitteilungsblatt / Förderkreis Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung 10 (1999), 1, S. 15-27.
21. Pädagogische Zeitschriften und Nachschlagewerke als elektronische Dokumente im Internet [Elektronische Ressource] : ein DFG-gefördertes

Projekt der Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung (BBF). Berlin 1999. Online-Ressource. URL: <http://www.bbf.dipf.de/archiv/1999/abhand-006/abhand-006.htm>.

22. Respektsperson: Lehrer - Respektsperson: Schüler. In: Respektspersonen : Wandlungen autoritären Verhaltens in Elternhaus und Schule ; Gemeinschaftsausstellung Staatsbibliothek zu Berlin - Preußischer Kulturbesitz ; Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung. Berlin 1999, S. 22-34.
23. Bildungsgeschichte digital - die Zukunft pädagogischer Zeitschriften und Nachschlagewerke als elektronische Dokumente im Internet : ein DFG-gefördertes Projekt der Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung (BBF). In: PÄD-Forum : unterrichten erziehen 28 (2000), 5, S. 416-420.
24. Joachim Heinrich Campes Arbeitsbibliothek wurde an die Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung (BBF) übergeben. In: Rundbrief der Historischen Kommission der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft 9 (2000), 1, S. 26-28.
25. Pädagogische Interessen eines Postmeisters im ausgehenden 18. Jahrhundert. In: Mitteilungsblatt / Förderkreis Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung 12 (2000), 2, S. 10-15.
26. Pädagogische Zeitschriften und Nachschlagewerke als elektronische Dokumente im Internet : ein DFG-gefördertes Projekt der Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung (BBF). In: B.I.T. online : Zeitschrift für Bibliothek, Information und Technologie mit aktueller Internet-Präsenz 3 (2000), 1, S. 61-70.
27. Marion Bierwagen. In: Ritzi, Christian/Geißler, Gert (Hrsg.): Wege des Wissens : 125 Jahre Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung. Berlin 2001 (2. Aufl. 2003), S. 216-217.
28. Vom Freikorps-Kämpfer zum Bibliotheksdirektor : zur Biographie von Hanns Beckmann - Leiter der Deutschen Lehrerbücherei 1942 – 1944. In: Ritzi, Christian/Geißler, Gert (Hrsg.): Wege des Wissens : 125 Jahre Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung. Berlin 2001 (2. Aufl. 2003), S. 61 - 92. Auch in: Mitteilungen & Materialien : Zeitschrift für Museum und Bildung 57/58 (2002), S. 61-109.
29. Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung übernimmt Hamburger GEW-Bibliothek. In: Rundbrief der Historischen Kommission der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft 11 (2002), 1, S. 36-43.
30. Friedrich Fröbel im Denkmal. In: PÄD-Forum : unterrichten erziehen 30 (2002), 5, S. 351-357. Auch in: Mitteilungsblatt / Förderkreis Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung 13 (2002), 2, S. 10-24

31. Pädagogische Gedanken zur Gestaltung des Weihnachtsfestes - Anno 1775.
In: PÄD-Forum : unterrichten erziehen 30 (2002), 6, S. 419-423. Auch in:
Mitteilungsblatt / Förderkreis Bibliothek für Bildungsgeschichtliche
Forschung 13 (2002), 2, S. 28-38.

32. Bilder als Quellen der bildungshistorischen Forschung : Pictura Paedagogica
Online. In: Schilling, Heinz (Hrsg.): Erziehung und Schulwesen zwischen
Konfessionalisierung und Säkularisierung : Forschungsperspektiven,
europäische Fallbeispiele und Hilfsmittel. Münster 2003, S. 189-203.

33. Bilder als Quellen der bildungshistorischen Forschung : Pictura Paedagogica
Online. In: Thaller, Manfred (Hrsg.): Digitale Bausteine für die
geisteswissenschaftliche Forschung. Göttingen 2003, S. 137-157.

34. Pictura Paedagogica Online : bildungsgeschichtliche Abbildungen im Internet.
In: Benkert, Hannelore (Hrsg.): Die Bibliothek zwischen Autor und Leser.
Frankfurt/M. 2003, S. 169-181.

35. Scripta Paedagogica Online : digitales Textarchiv zur deutschsprachigen
Bildungsgeschichte. In: Thaller, Manfred (Hrsg.): Digitale Bausteine für die
geisteswissenschaftliche Forschung. Göttingen 2003, S.103 - 122

36. "Die nationalsozialistische Staatsführung hat sofort erkannt, welche Dienste
ihr die Auskunftstelle für Schulwesen leisten konnte" : zur Nützlichkeit einer
pädagogischen Behörde in vier politischen Systemen. In: Ritzi,
Christian/Wiegmann, Ulrich (Hrsg.): Behörden und pädagogische Verbände
im Nationalsozialismus : zwischen Anpassung, Gleichschaltung und
Auflösung. Bad Heilbrunn 2004, S. 89-144.

37. Schulprogramme. Zur Geschichte einer wenig beachteten Publikationsform.
In: Sedina-Archiv (2004), S. 155-163.

38. Clio-online – die Muse küsst die Bildungsgeschichte. In:
Erziehungswissenschaft 15 (2004), H. 28, S. 131-133.

39. Vox Paedagogica Online. In: Rundbrief der Sektion Historische
Bildungsforschung in der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft.
15 (2006), S. 52-64.

Mitautorenschaft

40. Zusammen mit Marion Bierwagen
Bilder als Quellen bildungshistorischer Forschung in der Bibliothek für
Bildungsgeschichtliche Forschung : Bestände und Perspektiven. In: Schmitt,
Hanno/Link, Jörg/Tosch, Frank (Hrsg.): Bilder als Quellen der
Erziehungsgeschichte. Bad Heilbrunn 1997, S. 389-404.
41. Zusammen mit Rudolf W. Keck,
Zum Aufbau eines virtuellen Bildarchivs zur Bildungsgeschichte. In:
Mitteilungen & Materialien 52 (1999), S. 28-37.
42. Zusammen mit Rudolf W. Keck,
Zum Aufbau eines virtuellen Bildarchivs zur Bildungsgeschichte. In:
Mitteilungsblatt / Förderkreis Bibliothek für Bildungsgeschichtliche
Forschung 10 (1999), 1, S. 6-14.
43. Zusammen mit Dietmar Haubfleisch, Klaus Peter Horn und Jörg Link
Internet und bildungsgeschichtliche Forschung. In: Jahrbuch für Historische
Bildungsforschung 5 (1999), S. 267-288.
44. Zusammen mit Klaus Peter Horn
Einleitung. In: Horn, Klaus Peter/Ritzi, Christian: Bilanz in Büchern Berlin
2000, S. 3-12.
45. Zusammen mit Rudolf W. Keck und Stefanie Kollmann,
Pictura Paedagogica Online : Konzeption und Verwirklichung. In: Rundbrief
der Historischen Kommission der Deutschen Gesellschaft für
Erziehungswissenschaft 10 (2001), 1, S. 33-42.
46. Zusammen mit Rudolf W. Keck und Stefanie Kollmann,
Pictura Paedagogica Online : Konzeption und Verwirklichung. In:
Mitteilungen & Materialien 55 (2001), S. 72-84.
47. Zusammen mit Stefan Cramme
Recherchieren: Materialarten/Textsorten, Suchmittel, Suchstrategien. In:
Rückriem, Georg/Stary, Joachim (Hrsg.): Technik wissenschaftlichen
Arbeitens. Berlin 2001, CD-ROM
48. Zusammen mit Stefanie Kollmann
Das virtuelle Bildarchiv zur Bildungsgeschichte : Konzeption und
Verwirklichung. In: Information research & content management :
Orientierung, Ordnung und Organisation im Wissensmarkt ; 53. Jahrestagung
der Deutschen Gesellschaft für Informationswissenschaft und
Informationspraxis e.V., DGI ; proceedings / 23. Online-Tagung der DGI,
Frankfurt am Main, 8. bis 10. Mai 2001. Frankfurt/M. 2001 (Tagungen der

Deutschen Gesellschaft für Informationswissenschaft und Informationspraxis ;
4), S. 419-425.

49. Zusammen mit Rudolf W. Keck,
Zum Aufbau eines virtuellen Bildarchivs zur Bildungsgeschichte. In:
Mitteilungsblatt des Förderkreises Bibliothek für Bildungsgeschichtliche
Forschung 10 (2001), 1, S. 6-14.
50. Zusammen mit Peter Jung
Leserbriefe an die "Junge Welt" : zur Forschungsrelevanz einer wenig
bekannten Quelle jugendlichen Selbstverständnisses in der DDR. In: Häder,
Sonja/Ritzi, Christian/Sandfuchs, Uwe (Hrsg.): Schule und Jugend im
Umbruch : Analysen und Reflexionen von Wandlungsprozessen zwischen
DDR und Bundesrepublik. Baltmannsweiler 2001, S. 55-70.
51. Zusammen mit Christine Lost
Einleitung zum Thema „Pädagogische Ästhetiken“. In: PÄD Forum 30
(2002), S. 335-337.
52. Zusammen mit Klaus-Peter Horn:
Die "pädagogisch wichtigsten Veröffentlichungen" des 20. Jahrhunderts :
Bilanz einer Bilanz, zugleich Einleitung in diesen Band. In: Horn, Klaus
Peter/Ritzi, Christian (Hrsg.): Klassiker und Außenseiter : pädagogische
Veröffentlichungen des 20. Jahrhunderts. Baltmannsweiler 2001 (2. Aufl.
2003), S. 7-22.
53. Zusammen mit Sonja Häder und Uwe Sandfuchs
Schule und Jugend in Ostdeutschland vor und nach der Wende : eine
Einleitung. In: Häder, Sonja/Ritzi, Christian, Sandfuchs, Uwe (Hrsg.): Schule
und Jugend im Umbruch : Analysen und Reflexionen von
Wandlungsprozessen zwischen DDR und Bundesrepublik. Baltmannsweiler
2001, S. 7 - 14
54. Zusammen mit Stefanie Kollmann
Pictura Paedagogica Online - Bildungsgeschichtliche Abbildungen im
Internet. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Technischen Universität
Dresden 51 (2002), 6, S. 37-41.
55. Zusammen mit Stefanie Kollmann
Pictura Paedagogica Online - Bildungsgeschichtliche Abbildungen im
Internet. In: AKMB-news : Aktuelles zu Kunst, Museum und Bibliothek 8
(2002), 1, S. 38-43.
56. Zusammen mit Ursula Basikow
Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung : zu Geschichte und Profil
einer Forschungsbibliothek in Berlin. In: Mitteilungen des Förderkreises
Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung (2002), 22, S.
4-7.

57. Zusammen mit Stefan Cramme
Literatur ermitteln. In: Franck, Norbert (Hrsg.): Die Technik wissenschaftlichen Arbeitens: eine praktische Anleitung. Paderborn 11. Aufl. 2003, 12. Aufl. 2006, S. 33-74.
58. Zusammen mit Gert Geißler
Aufstand vs. Putsch: Der 17. Juni 1953 in Jugendpresse und Schulbüchern in West- und Ostdeutschland. In: Ritzi, Christian (Hrsg.): Aufstand vs. Putsch. Berlin 2003, S. 5-44.
59. Zusammen mit Rudolf W. Keck und Stefanie Kollmann,
Pictura Paedagogica Online : Konzeption und Verwirklichung. In: Lehner, Christoph/Ohly, Peter, Rahmstorf, Gerhard (Hrsg.): Wissensorganisation und Edutainment. Würzburg 2004, S. 65-75.

Herausgeberschaft

60. Bestandsverzeichnisse zur Bildungsgeschichte. Bd. 3: Liebmann, S.: Educational Management and Administration. Accession list of the years 1992-1993. Berlin 1993.
61. Bestandsverzeichnisse zur Bildungsgeschichte. Bd. 1: Förster, C.: Erziehungswissenschaften. Ein thematisches Bestandsverzeichnis. Auswahl. Berlin 1994.
62. Bestandsverzeichnisse zur Bildungsgeschichte. Bd. 2: Dornhof, C.: Lehrpläne der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) 1945 - 1990 - Allgemeinbildendes Schulwesen. Berlin 1994.
63. Bestandsverzeichnisse zur Bildungsgeschichte. Bd. 5: Büttner, V.: Friedrich Wilhelm Dörpfeld - ein thematisches Bestandsverzeichnis – Auswahl. Berlin 1994.
64. Bestandsverzeichnisse zur Bildungsgeschichte. Bd. 6: Büttner, V./Ribbschlaeger, A.: Sekundärliteratur zur Reformpädagogik. Ein thematisches Bestandsverzeichnis. Auswahl. Berlin 1994.
65. Bestandsverzeichnisse zur Bildungsgeschichte. Bd. 4: Basikow, U.: Archiv. Bestandsverzeichnis. Teil 1. Berlin 1996.
66. Kinder und Pädagogen auf Briefmarken, Münzen und Medaillen (Katalog zur Ausstellung). Berlin 1997.
67. Zusammen mit Ulrich Wiegmann
Zwischen Kunst und Pädagogik : zur Geschichte des Schulwandbildes in der Schweiz und in Deutschland. Baltmannsweiler 1998.

68. Bestandsverzeichnisse zur Bildungsgeschichte. Bd. 7: Ribbschlaeger, A./Großkreutz, I./Förster, C.: Zeitschriften / Zeitungen 1739 bis 1932 - Verzeichnis der Bestände der ehemaligen deutschen Lehrer-Büchereien Comenius-Bücherei, Leipzig; Deutsche Lehrerbücherei, Berlin; Süddeutsche Lehrerbücherei, München. Berlin 1998.
69. Friedrich Fröbel und das Jahr 1848 (Katalog zur Ausstellung vom 22.4.-2.7.1998). Berlin 1998.
70. Bestandsverzeichnisse zur Bildungsgeschichte. Bd. 8: Basikow, U.: Verzeichnis bildungshistorisch relevanter Bestände in Archiven Berlins und des Landes Brandenburg. Berlin 1999.
71. Zusammen mit Christa Förster und Carola Pohlmann
Respektspersonen: Wandlungen autoritären Verhaltens in Elternhaus und Schule. Wiesbaden 1999
72. Zusammen mit Hans Jürgen Apel und Heidemarie Kemnitz
Bildungsideen und Schulalltag im Revolutionsjahr 1848. Baltmannsweiler 1999.
73. „Selbst verändern müssen wir“. Leserbriefe an die „Junge Welt“ (Katalog zur Ausstellung vom 10.11.1999 - 28.1.2000). Berlin 1999.
74. Zusammen mit Rudolf Keck
Geschichte und Gegenwart des Lehrplans : Josef Dolchs "Lehrplan des Abendlandes" als aktuelle Herausforderung. Baltmannsweiler 2000.
75. Bestandsverzeichnisse zur Bildungsgeschichte. Bd. 9: Marko Demantowsky:
Das Geschichtsbewußtsein in der SBZ und DDR. Historisch-didaktisches Denken und sein geistiges Bezugsfeld (unter besonderer Berücksichtigung der Sowjetpädagogik) - Bibliographie und Bestandsverzeichnis 1946-1973. Berlin 2000.
76. Bilanz in Büchern. Pädagogisch wichtige Veröffentlichungen im 20. Jahrhundert (Katalog zur Ausstellung vom 6.10.2000 - 5.1.2001). Berlin 2000.
77. Zusammen mit Gert Geißler
Wege des Wissens : 125 Jahre Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung Berlin 2001.
78. Zusammen mit Sonja Häder und Uwe Sandfuchs
Schule und Jugend im Umbruch : Analysen und Reflexionen von Wandlungsprozessen zwischen DDR und Bundesrepublik. Baltmannsweiler 2001.

79. WissensWege. Von der Lehrerbücherei zur Forschungsbibliothek. 125 Jahre Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung (Katalog zur Ausstellung vom 21.5.2001 - 15.9.2001). Berlin 2001.
80. Plain Children. Erziehung und Bildung der Amish People (Katalog zur Ausstellung vom 1.3.2002 - 31.5.2002). Berlin 2002.
81. Clara Grunwald. Ein Leben für die Montessori-Pädagogik (Katalog zur Ausstellung vom 23.11.2002 - 7.3.2003). Berlin 2002.
82. Zusammen mit Klaus Peter Horn
Klassiker und Außenseiter : pädagogische Veröffentlichungen des 20. Jahrhunderts. Baltmannsweiler 2001. 2. korr. Aufl. 2003.
83. Bestandsverzeichnisse zur Bildungsgeschichte. Bd. 10: Förster, C.: Hitler-Jugend. Primär- und Sekundärliteratur der Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung. Berlin 2003.
84. Zusammen mit Gert Geißler
Wege des Wissens : 125 Jahre Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung. 2. um die Dokumentation eines Zeitzeugengesprächs erw. Aufl. Berlin 2003.
85. Philipp Aronstein (1862-1942). Ein großer Berliner Neuphilologe und ein deutsch-jüdisches Schicksal (Katalog zur Ausstellung vom 4.4.2003 - 6.6.2003). Berlin 2003.
86. Aufstand vs. Putsch. Der 17. Juni 1953 in Jugendpresse und Schulbüchern. (Katalog zur Ausstellung vom 7.7.-5.9.2003). Berlin 2003.
87. Überlieferung und Kritik der Pädagogik. Beiträge aus Österreich und Deutschland in zehn Sprachen. Eine Ausstellung anlässlich des 75. Geburtstages von Prof. Dr. Dr. h.c. Wolfgang Brezinka (Katalog zur Ausstellung vom 8.12.2003-26.3.2004). Berlin 2003.
88. Bestandsverzeichnisse zur Bildungsgeschichte. Bd. 11: Basikow, U./Lenze, I.: Nachlässe, Autographen und Sammlungen als Quellen für die bildungsgeschichtliche Forschung. Bestandsverzeichnis des Archivs der Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung. Berlin 2004.
89. Zusammen mit Ulrich Wiegmann
Behörden und pädagogische Verbände im Nationalsozialismus : zwischen Anpassung, Gleichschaltung und Auflösung. Bad Heilbrunn 2004.
90. Zusammen mit Inge Hansen-Schaberg
Wege von Pädagoginnen vor und nach 1933. Baltmannsweiler 2004

91. Zusammen mit Heidemarie Kemnitz
Die Preußischen Regulative von 1854 im Kontext der deutschen
Bildungsgeschichte. Baltmannsweiler 2005
92. Kinder der Solidarität. Die sozialistische Pädagogik der ‚Kinderfreunde‘ in der
Weimarer Republik (Katalog zur Ausstellung vom 27.1.-21.4.2006). Berlin
2006.
93. ‚Realistisch denken verlangt geistesgeschichtlichen Kontext‘. Prof. Dr.
Heinrich Roth zum 100. Geburtstag (Katalog zur Ausstellung vom 12.5.-
1.9.2006). Berlin 2006.

Reihenherausgeber

95. Ritzi, Christian (Hrsg.): Bestandsverzeichnisse zur Bildungsgeschichte.
Berlin 1994 ff.
96. Zusammen mit Christine Lost
Basiswissen Pädagogik : Historische Pädagogik. Bd. 1-6. Baltmannsweiler
2002
97. Zusammen mit Daniel Tröhler
Quellen und Dokumente zur Alltagsgeschichte der Erziehung. Bad Heilbrunn
2006 ff.